

SILVIO GESELL ■ GESAMMELTE WERKE ■ BAND 12

SILVIO GESELL

**GESAMMELTE
WERKE**

Band 12 · 1920 – 1921

VERLAG FÜR
S O Z I A L
Ö K O N O M I E

SILVIO GESELL | GESAMMELTE WERKE

© 1988 - 2009 Gauke GmbH | Verlag für Sozialökonomie
Hofholzallee 67, 24109 Kiel | Deutschland
Telefax: [49]0431-6793651 | www.gauke.net | eMail: mail@gauke.net

Internet: www.silvio-gesell.de
www.sozialoekonomie.info | www.sozialoekonomie.de [Shop]

Herausgegeben von der "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung",
Hamburg [www.stiftung-geld-boden.de]

Lektorat: Werner Onken

ISBN-GESAMTÜBERSICHT der Printausgabe:

ISBN 3-87998-410-7 (Gesamtausgabe)

ISBN 3-87998-411-5 (Band 1)

ISBN 3-87998-412-3 (Band 2)

ISBN 3-87998-413-1 (Band 3)

ISBN 3-87998-414-X (Band 4)

ISBN 3-87998-415-8 (Band 5)

ISBN 3-87998-416-6 (Band 6)

ISBN 3-87998-417-4 (Band 7)

ISBN 3-87998-418-2 (Band 8)

ISBN 3-87998-419-0 (Band 9)

ISBN 3-87998-420-4 (Band 10)

ISBN 3-87998-421-2 (Band 11)

ISBN 3-87998-422-0 (Band 12)

ISBN 3-87998-423-9 (Band 13)

ISBN 3-87998-424-7 (Band 14)

ISBN 3-87998-425-5 (Band 15)

ISBN 3-87998-426-3 (Band 16)

ISBN 3-87998-427-1 (Band 17)

ISBN 3-87998-428-X (Band 18)

ISBN 3-87998-429-8 (Register)

Übersicht

- 7_ Zum Geleit
- 17_ Verteidigungsrede
Erfurt und Bern: Freiland-Freigeld-Verlag, 1920
- 41_ Verhandlungsbericht
Erfurt und Bern: Freiland-Freigeld-Verlag, 1920
- 54_ Das Reichswährungsamt – Wirtschaftliche, politische und finanzielle Vorbereitung für seine Errichtung
Rehbrücke bei Berlin: Freiland-Freigeld-Verlag, 1920
- 149_ Internationale Valuta-Assoziation (IVA) – Voraussetzung des Weltfreihandels, der einzigen für das zerrissene Deutschland in Frage kommenden Wirtschaftspolitik
Sontra: Freiwirtschaftlicher Verlag, 1920
- 191_ Ein Beispiel der Internationalen Valuta-Assoziation in Tätigkeit
Bern: Schweizer Freiland-Freigeld-Verlag, 1920
- 196_ Ein Flugblatt des Reichsbankdirektoriums
Der Physiokrat – Sozialökonomisches Kampf-Blatt für das arbeitende Volk Nr. 6/1919-1920
- 200_ Dr. Theophil Christen †
Der Physiokrat – Sozialökonomisches Kampf-Blatt für das arbeitende Volk Nr. 6/1919-1920
- 201_ Schwankender Boden
Deutsche Freiwirtschaft Nr. 6/1919-1920
- 207_ Marx, Helfferich und Erzberger
Deutsche Freiwirtschaft Nr.7-8/1919-1920
- 210_ Das Ende des Schlachtestes
Deutsche Freiwirtschaft Nr. 9-10/1919-1920
- 212_ Wegelins Kritik der Freigeld-Zinstheorie
Die Freistatt Nr. 11/1920
- 215_ Planlosigkeit?
Die Freistatt. Nr.15/1920
- 217_ Die Vermögensabgabe und die Interessen der „Partei“
Die Freie Meinung Nr. 4/1920
- 219_ Vaterland und Kommunismus
Die Freie Meinung Nr. 9/1920
- 223_ Die Physiokratie will das Proletariat ausrotten
Berlin: Flugblatt, 1920
- 227_ „Gedeckter Scheck“ und volkswirtschaftliche Erkenntnis
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 2/1920
- 229_ „Bargeldloser Verkehr“
Die Freiwirtschaft durch Freiland und Freigeld Nr. 3/1920

- 232_ Die Stellung der Wissenschaft zu den Bestrebungen des Schweizerischen Freiland-Freigeld-Bundes
Bern: Schweizer Freiland-Freigeld-Verlag, 1921
- 275_ Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbundes und für die Überprüfung des Versailler Vertrages
Barmen: Verlag des Freiland-Freigeld-Bundes, 1921
- 297_ An das deutsche Volk! – Kundgebung auf dem Kongreß zu Hannover
Erfurt: Freiland-Freigeld-Verlag, 1921
- 317_ Aktive Währungspolitik – Sollen wir zur Goldwährung zurück? (mit Ernst Frankfurth)
Erfurt: Freiland-Freigeld-Verlag, 2. Auflage 1921

Zum Geleit

In den Tagen der ersten Münchener Räteregierung schien für Silvio Gesell die Verwirklichung seiner Reformen greifbar nahe zu sein. Doch die Möglichkeit politischen Handelns war ebenso schnell vorbei wie sie entstanden war. Nun folgten Wochen und Monate höchster Ungewißheit über sein weiteres Schicksal. In den ersten Tagen der Einzelhaft im Gefängnis Stadelheim schrieb Gesell in einem Brief an Jenny Blumenthal: "Es geht mir hier gut. Ich habe für solches einsame Leben von jeher viel Vorliebe gehabt und kann mir gut vorstellen, daß die Mönche sich gar nicht nach der sogenannten Freiheit sehnen. Die Freiheit liegt immer in uns selbst ... Die Verpflegung ist reichlich und gut; wie mir scheint, ist sie sogar mit etwas Menschenliebe gewürzt. Als Finanzminister hatte ich Hunger – als Mönch bin ich satt." [Brief Silvio Gesells an Jenny Blumenthal vom 3.6.1919.] In der Folgezeit geriet Gesell jedoch in eine große seelische Bedrängnis, was bei dem Eingekekertsein in der Haftzelle – dem "Ungemach 169" – gar nicht anders möglich war und was auch Rolf Engert aus eigener Anschauung bezeugen konnte. [Rolf Engert, Silvio Gesell in München 1919, Hann.-Münden 1986, S. 55.] Die Ermordung Gustav Landauers hatte ihn tief getroffen und die Erschießung Eugen Levinés war bis in seine Zelle zu hören. Die Härte der Standgerichtsurteile weckte in Gesell Ängste, daß ihm dasselbe Schicksal bevorstehen könnte, und sie versetzte ihn in höchste innere Anspannung. In dieser Grenzsituation entstand seine Verteidigungsrede, das wohl eindrucksvollste Bekenntnis, das Silvio Gesell vor der Welt abgelegt hat und das den Vergleich mit berühmteren Apologien in keiner Weise zu scheuen braucht. Überschieden war sie mit einem Satz aus Shakespeares "Kaufmann von Venedig": "Dies ist der Narr, der Geld umsonst auslieh. Acht auf ihn, Schließler." In treffender Anspielung auf Gesells Ziele und auf die Haftsituation hatte Rolf Engert ihm als dem "königlichen Kaufmann", der das Geld vom Zins befreien wollte, dieses Drama in die Haftzelle geschmuggelt.

Wenn man von ihren jeweiligen Lebensumständen absieht, werden Parallelen sichtbar zwischen den Persönlichkeitsstrukturen Silvio Gesells und anderer großer Menschen wie Sokrates und Paulus. Sokrates lebte in der festen Überzeugung, daß er den Platz, "... wo Gott mich aufgestellt hat", nicht verlassen dürfe. [Platon, Apologie des Sokrates, Stuttgart 1989, S. 45.] Paulus wußte sich von Gott berufen als "Diener und Zeuge", den Menschen gesandt, "... um ihnen die Augen zu öffnen". (Apg.26, 16-18) Und Gesells Denken und Handeln folgte seinem Gewissen als einem "gebieterischen inneren Drang": "Sollte ich nur an meine Sicherheit denken, nachdem mir die Pflicht den Weg zeigte, den ich ging? Wer solches von mir fordert, der hat sicherlich in seinem Leben noch niemals empfunden, was sittliche Pflicht ist, der hat keine Vorstellung von dem, was es heißt, vom Schicksal als Lastträger einer der Menschheit gehörenden Wahrheit erkoren oder besser gesagt verurteilt worden zu sein." [Silvio Gesell, Verteidigungsrede, in: SGW Band 12, S. 34.]

Wer von solchem Impetus beseelt ist, trachtet auch nicht nach materiellem Reichtum. Sokrates betonte vor seinen Richtern, daß er "... verachte, was dem

Haufen am Herzen liegt: Gelderwerb und geordnete Verhältnisse". [Platon, Apologie des Sokrates, S. 71.] Ebenso wenig ging es Gesell in München um Posten und Pfründe. Sein Motiv für die Übernahme des Finanzministeriums war "weder Sehnsucht nach der Büroluft noch die Hoffnung auf Lohn. Diesen habe ich nicht nötig" [Silvio Gesell, Verteidigungsrede, in: SGW Band 12, S. 20.], denn wie Paulus (Apg. 20.34) arbeitete er für seinen Unterhalt selbst. Vor Gericht standen im antiken Athen wie in München das Streben, innere Aufträge zu erfüllen und gegen alle Widerstände der Mächtigen Wahrheit zu verbreiten. Während Sokrates sich der Herrschaft der Staatsgötter seiner Zeit widersetzte, kämpfte Gesell gegen die dem Götzen Mammon dienende "unfruchtbare Wissenschaft" [Silvio, Gesell, Verteidigungsrede, in: SGW Band 12, S. 22.] und die von ihr geleitete Politik, die unfähig war, Ordnung in die Wirren der Nachkriegszeit zu bringen. Das Einstehen für Wahrheit wurde für beide zur Quelle eines starken Selbstbewußtseins und der unerschütterlichen Gewißheit, einmalig und unersetzlich zu sein. Sokrates war fest davon "überzeugt, daß euch in der Stadt noch nie eine größere Wohltat zuteil geworden ist als dieser mein Dienst an dem Gotte." [Platon, Apologie des Sokrates, S. 49.] Und Gesell sah, daß außer ihm niemand wußte, wie die Währung, der "Drehpunkt der Volkswirtschaft", geregelt werden könnte. Er war sicher, dieses "Rätsel der Volkswirtschaft" gelöst zu haben: "Mich brauchen Sie jetzt hier und im Deutschen Reich! Nicht daß es an Männern fehlt, die die geistigen Fähigkeiten zu dieser Arbeit haben. Daran liegt es nicht. Aber niemand ist da unter den 70 Millionen, der sich für diese Aufgabe vorbereitet hätte. Ich allein tat es." [Silvio Gesell, Verteidigungsrede, in: SGW Band 12, S. 57 und 22.]

Selbst in den Haltungen, die sie zu ihren möglichen Todesstrafen einnahmen, ähnelten sich Sokrates und Gesell. Beide sagten sie ihren Richtern, daß die Todesstrafe nicht sie persönlich treffe, sondern die von ihnen verkörperte Wahrheit. "Wenn ihr mich tötet", sagte Sokrates, "dann werdet ihr nicht so sehr mir Schaden zufügen als vielmehr euch selbst." [Platon, Apologie des Sokrates, S. 51.] Und Gesell bezeichnete sich selbst als "fleischgewordene Lehre vom Zins": "Wenn Sie von dieser Zinstheorie absehen, so bleibt nichts als ein Häuflein Asche ... Was Sie darum an mir einkerkern oder erschießen würden, das wäre die Theorie des Zinses." [Silvio Gesell, Verteidigungsrede, in: SGW Band 12, S. 39.] Nicht um ihrer selbst willen, sondern um der Wahrheit und Gerechtigkeit willen baten die beiden Männer um Straffreiheit. Sokrates appellierte an seine Richter: "Wenn ihr also auf mich hören wollt, dann schont ihr mich." [Platon, Apologie des Sokrates, S. 53.] Und Gesell schloß mit den Worten: "Heraus aus dem Gerichtssaale mit der Theorie des Zinses! Hände weg von Silvio Gesell!" [Silvio Gesell, Verteidigungsrede, in: SGW Band 12, S. 40.]

Anders als Sokrates blieb es Gesell schließlich erspart, einen Giftbecher zu leeren. Am 9. Juli 1919 sprach das Standgericht ihn, Theophil Christen und Karl Polenske von der Anklage des Hochverrats frei. Die Verteidigung hatte der Rechtsanwalt Dr. Gundelwein übernommen, auf dessen Anraten Gesells Verteidigungsrede nicht vor Gericht gehalten wurde. Sie erschien zusammen mit

dem Verhandlungsbericht in der Broschüre “Die Freiwirtschaft vor Gericht” von Richard Hoffmann. Rolf Engert hat weitere Einzelheiten der Verhandlung und der voraufgegangenen Haftzeit überliefert. [Richard Hoffmann, Die Freiwirtschaft vor Gericht, Erfurt 1920. Rolf Engert, Silvio Gesell in München 1919, Hann.-Münden 1986.] Im Staatsarchiv München ist zudem die Prozeßakte erhalten geblieben. –

Menschliche Größe schließt Fehlbarkeit nicht aus. Im Gegenteil, erst die Unvollkommenheiten machen eine große Persönlichkeit menschlich. Als eine Schwäche wird man Silvio Gesells Indifferenz in den Fragen der politischen Realisierung seiner Boden- und Geldreform ansehen müssen. Im Gegensatz zu seinen Äußerungen in der Verteidigungsrede und während der Gerichtsverhandlung dürfte es keineswegs gleichgültig sein, in welcher Regierungsform die “außergewöhnliche Tat” vollbracht wird. Zwischen einer Monarchie, einer parlamentarischen Demokratie und einer proletarischen Diktatur bestehen gewiß mehr als nur “rein formale” Unterschiede. [Silvio Gesell, Verteidigungsrede, in: SGW Band 12, S. 19. – Zu den Münchener Ereignissen bleibt der Hinweis von Ludwig Reinders nachzutragen, daß Gesell ihm im persönlichen Gespräch von sachlichen Differenzen mit Otto Neurath berichtet habe; vgl. Ludwig Reinders, Die wirtschaftlichen Maßnahmen der Münchener Räteregierung und ihre Wirkungen, Dissertation Würzburg 1921, S. 86 (Fußnote), 93 und 111f .] (Die Möglichkeit einer faschistischen Diktatur dürfte zu jener Zeit noch außer Betracht gelegen haben.)

Durch Gesells gesamtes Denken, vor allem durch seine Freiland-Konzeption, zog sich eine antimonarchistische republikanische Tendenz, die während des Ersten Weltkriegs fließend in eine Tendenz zur Akratie überging. Zum Nadelöhr auf dem Weg zur Entstaatlichung der Gesellschaft wurde dabei die Frage, auf welchem politischen Weg die Boden- und Geldreform in die Tat umgesetzt werden könnte. Einerseits stand Gesell hinter der Demokratie und beklagte die große Inflation als eine “Sabotage der Demokratie”. [Vgl. Silvio Gesell, Für das sozialistische Wörterbuch der Volkswirtschaft (II), in: Gesammelte Werke Band 10, S. 340.] Andererseits bekräftigten die politischen Wirren der frühen Nachkriegsjahre seine schon lange bestehende Abneigung gegen jegliche Parteipolitik. [“Mit der Bodenreform stirbt die Monarchie aus ... Politik, die nicht mehr von Privatinteressen geleitet wird, sondern von der höheren Warte des öffentlichen Wohls, ist keine Politik mehr, sondern reine Wissenschaft. Mit der Bodenreform wird die heutige Parteipolitik wesenlos.” (Silvio Gesell, Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform (1904), in: SGW Band 4, S. 68-70; vgl. auch S.50)] Die extreme Zersplitterung der politischen Kräfte, die mangelnde Integrationskraft von Sozialdemokratie und Zentrum, Aufstände, Massenstreiks, die Morde an Kurt Eisner, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, der Kapp-Putsch und die Dolchstoß-Legende, mit der Hindenburg das politische Klima vergiftete – all das weckte den allgemeinen Wunsch nach einem ‘starken Mann’, der einer weiteren Auflösung Einhalt gebieten könnte. Aus dieser Not und Verzweiflung der frühen Nachkriegsjahre entstanden auch in Gesell immer größere Zweifel am Parlamentarismus. So gelangte er im “Aufruf an das deutsche Volk” zu der Vorstellung, daß es zur “Rettung des Ganzen” einer überparteilichen großen Koalition aller Berufsverbände und der Gewerkschaften bedürfe, die gleichsam als Notstandsregierung eine “Diktatur des Gemeinwohls “ ausüben und mit Hilfe der Boden- und

Geldreform den das Ganze zerfleischenden Klassenkampf überwinden sollte. Weder ließ er sich dabei von Volksgemeinschaftsideologien leiten, noch wollte er eine "auf Bajonetten sich stützende Diktatur", sondern "unter Mitwirkung des ganzen Volkes" sollten ökonomische Grundlagen für ein besseres Funktionieren der Weimarer Verfassung geschaffen werden. [Silvio Gesell, An das deutsche Volk!, in: SGW Band 12, S. 297 ff. – Bereits im "Not-Wirtschaftsprogramm für die sozialistische Einheitsfront forderte Gesell Freiland und Freigeld ausdrücklich als "Fundament für unsere neue demokratische Staatsverfassung". (SGW Band 10, S. 328)]

Im Vergleich zu den Feindseligkeiten, denen die junge Weimarer Demokratie von rechts und links ausgesetzt war, ist Gesells Kritik an ihr eher gemäßigt. Und vor dem Hintergrund jener Zeitumstände mögen seine politischen Überlegungen, die 1922 in der "Diktatur der Not" wieder aufgenommen und erweitert wurden, sogar verständlich sein. Dennoch zwingen spätere Erfahrungen mit proletarischen und auch mit faschistischen Diktaturen zu der Frage, ob eine Diktatur wirklich ein geeignetes Mittel zur Durchführung der Boden- und Geldreform sein kann. Gewiß stellte Gesell sie sich gewaltfrei und auch nur als vorübergehendes Stadium auf dem Weg zum Abbau des Staates vor. Aber erwies sich nicht auch Marx' und Engels' Verheißung als leeres Versprechen, daß der Staat nach einer Übergangsphase der Diktatur des Proletariats "absterben" werde? Gab es jemals Diktaturen, die auf Gewaltmittel verzichteten und die nicht im blutigen Terror endeten? Und wer könnte schließlich garantieren, daß eine "Diktatur des Gemeinwohls" nicht zu ganz anderen Zwecken als zur Überwindung der Geld- und Bodenprivilegien mißbraucht würde? –

Die schweren Erschütterungen, denen die junge Weimarer Republik ausgesetzt war, konnte Silvio Gesell inzwischen aus nächster Nähe miterleben. Trotz seines Freispruchs hatten ihm nämlich die schweizerischen Behörden die Rückkehr in seine Wahlheimat im Neuenburger Jura verweigert. Seine Mitwirkung in der Münchener Räteregierung hatte genügt, um ihn als "unerwünschten Ausländer" abzuweisen. Daraufhin ließ sich Gesell in Rehbrücke bei Potsdam nieder. Von dort aus beobachtete er das politische Geschehen in Berlin und entfaltete eine rege publizistische Tätigkeit, um sowohl der deutschen als auch der internationalen Wirtschaftspolitik Wege aus dem Chaos zu weisen.

Mehrfach wiederholte Gesell seine Forderung nach einer einmaligen großen gestaffelten Vermögensabgabe, mit deren Hilfe die finanziellen Folgen des Krieges auf alle Bevölkerungsschichten gerecht verteilt werden sollten. [Silvio Gesell, Die große Vermögensabgabe – Das Not-Wirtschaftsprogramm für die sozialistische Einheitsfront, in: SGW Band 10, S. 277ff und 323ff.] Für den Neubeginn nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung erschien ihm in Anbetracht der gigantischen Inflation eine Sanierung der Währung vordringlich, denn: "Wer ein ganzes Volk zerrütten und entsittlichen will, der braucht nur die Währung anzutasten." [Silvio Gesell, Die gesetzliche Sicherung der Kaufkraft des Geldes durch die absolute Währung, in: SGW Band 10, S. 249.] In verantwortungsloser Weise ließ die Deutsche Reichsbank die Notenpresse auf Hochtouren laufen. An ihre Stelle sollte "ein vollkommen selbständiges Reichs-

währungsamt“ als öffentliche Institution treten, das keinerlei private Bankgeschäfte mehr betreibt, sondern die alleinige Aufgabe hat, die Menge des zirkulierenden Geldes so zu dosieren, daß seine Kaufkraft, gemessen an einem Warenpreisindex, dauerhaft stabil wird. An die Stelle der früheren Goldwährung und der ihr nachgefolgten unkontrollierten Papiergeldflut sollte eine „... von Erkenntnis geleitete ... aktive Währungspolitik“ treten. [Silvio Gesell, Das Reichswährungsamt, in: SGW Band 12, S. 67.] Um die deutsche Öffentlichkeit hierüber aufzuklären, veröffentlichte Gesell eine zweite Auflage seiner gemeinsam mit Ernst Frankfurth verfaßten „Aktiven Währungspolitik“ und faßte die deutsche Übersetzung seiner früheren Schrift „La cuestion monetaria argentina“ mit der an die Weimarer Nationalversammlung gerichteten Denkschrift „Die gesetzliche Sicherung der Kaufkraft des Geldes durch die absolute Währung“ zur Broschüre „Das Reichswährungsamt“ zusammen. [Vgl. die früheren Ausgaben in: SGW Band 2, S. 219ff; Band 5, S. 178ff und Band 10, S. 247ff.] Zusätzlich zu einer binnenwirtschaftlichen Stabilisierung galt es nach dem ersten Weltkrieg auch, auf internationaler Ebene Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu legen. Schon frühzeitig warnte Silvio Gesell, daß der Völkerbund seine Aufgabe nicht würde erfüllen können, wenn nicht auch die wirtschaftlichen Ursachen von Kriegen beseitigt würden. „Der Kriegsgeist“ – so mahnte er in einem Vortrag „Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbundes und für die Überprüfung des Versailler Vertrages“ – „wird nicht erst dann geboren, wenn man uns die Flinte in die Hand drückt ... Er ist ein eheliches Kind unserer eigenen sozialen Zustände ... Aus der Zweiteilung des Volkes in Arbeiter und Genießer ist der Kriegsgeist erwachsen.“ [Silvio Gesell, Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbundes und die Überprüfung des Versailler Vertrages, in: SGW Band 12, S. 291.] Diese auf Gewalt beruhende und neue Gewalt forzeugende soziale Spaltung der Menschheit in Reiche und Arme muß überwunden werden durch den Übergang zu Freiland und durch den Verzicht aller Staaten auf die Erhebung von Zöllen. Grenzen werden dann zu bloßen Verwaltungsgrenzen, die die Menschen und Völker nicht mehr voneinander trennen. Der unbeschränkte Weltfreihandel würde alle Völker miteinander verbinden und ihnen den Frieden bringen.

Weil der Freihandel im Laufe der Geschichte immer wieder von multinationalen Unternehmen und Kolonialmächten zum Ausbau von grenzüberschreitenden Machtpositionen mißbraucht worden war, war er vielfach in Mißkredit geraten. Staatsinterventionen und Zölle wurden oftmals zum ‘Schutz’ von Binnenmärkten gefordert. Wie Henry George war Gesell jedoch von tiefer Abneigung gegen Grenzen und Zölle erfüllt. [Vgl. SGW Band 2, S. 221-224; Band 4, S. 67ff und S. 79ff.] Eindringlich warnte er vor dem „... gefährlichen Gedanken des in sich geschlossenen, durch Kolonien und Eroberungen zu erweiternden nationalen Wirtschaftsgebietes“ [Silvio Gesell, Das Reichswährungsamt, in: SGW Band 12, S. 61. – Fichtes "Geschlossenen Handelsstaat" verurteilte Gesell scharf als einen "verrückten Gedanken"; vgl. den Aufsatz "Preisabbau und Schutzzoll" im "Befreier" (SGW Band 13)], der in Deutschland mit Fichtes „Geschlossenem Handelsstaat“ begann und später in nationalsozialistischer Autarkie- und Eroberungspolitik endete. Statt der Errichtung protektionis-

tischer Hürden auf kapitalistisch vermachteten Weltmärkten hatte Gesell offene monopolfreie Weltmärkte vor Augen. Schon seit vielen Jahren beschäftigte er sich auch mit den Problemen einer Regelung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Einberufung einer internationalen Währungskonferenz hatte er erstmals 1909 in Argentinien und ein weiteres Mal während seiner Amtszeit in der Münchener Räteregierung vorgeschlagen. [Vgl. SGW Band 5, S. 235 ff und Band 10, S. 276 und 189] Für den Fall, daß auch nach einer Stabilisierung der nationalen Währungen noch weltwirtschaftliche Ungleichgewichte auftreten, entwickelte er nunmehr als Instrument zu deren Beseitigung die Grundlagen für eine "Internationale Valuta-Assoziation". [Silvio Gesell, Internationale Valuta-Assoziation, in: SGW Band 12, S. 149ff.] Anknüpfend an die Erfahrungen, die die Schweiz, Frankreich, Belgien, Italien und Griechenland mit der "Lateinischen Münzunion" gemacht hatten, schlug Gesell vor, daß sich die Staaten freiwillig zusammenschließen, um die verbleibenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte mit Hilfe einer gemeinsamen Kunstwährung – den sogenannten "IVA-Noten" – auszugleichen.

Mit diesem Modell einer über allen nationalen Währungen stehenden internationalen Währung und mit zugleich freien und stabilen Wechselkursen hat Silvio Gesell die Entwicklung einer Weltwährungsordnung um Jahrzehnte vorweggenommen. Zwar wurde das Modell in der Fachliteratur zuweilen beachtet, doch überwogen dabei mangelnde Verständnisbereitschaft und Voreingenommenheit. Eine Rezension von Albert Hahn sollte nur illustrieren, "welche eigenartigen Vorstellungen das Nachdenken über das Valutaproblem in manchen Köpfen gezeitigt hat." [Albert Hahn, Rezension zu Silvio Gesell, Internationale Valuta-Assoziation, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Band 49, S. 227-229.- Vgl. auch Franz Haber, Untersuchungen über Irrtümer moderner Geldverbesserer, Jena 1926, S. 134ff. – Karl Schröder, Die Idee des Weltgeldes, Dissertation Münster 1928, S. 61ff. – Wilhelm Trimborn, Der Weltwährungsgedanke, Jena 1931, S. 78ff.] Inhaltlich blieb Hahn dem Schutzzollgedanken verhaftet. In jener Zeit bemühte man sich noch ganz, Ungleichgewichte innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft mit Hilfe des systemkonformen Gold-Devisen-Standards zu bekämpfen. Leider haben es auch Gesells Mitarbeiter und Nachfolger bislang versäumt, das IVA-Konzept noch detaillierter auszuarbeiten und die zum Beispiel von Franz Haber bezeichneten offenen Fragen zu beantworten. [Jean Barral, Die Geldwährung des Völkerbundes, Erfurt o.J. (ca. 1920). -Der "Schweizer Freiland-Freigeld-Bund" unterbreitete das IVA-Modell einer internationalen Finanzkonferenz, die der Völkerbundsrat im September 1920 nach Brüssel einberufen hatte. Dort wurden indessen alle Weltgeldpläne verworfen. (Vgl. dazu Schröder – wie Anm. 28 – S. 66)]

Den Gedanken einer zwischenstaatlichen Kunstwährung nahm John Maynard Keynes während des Zweiten Weltkriegs in seinen "Proposals for an International Clearing Union" wieder auf. [Eine deutsche Übersetzung mit dem Titel "Vorschläge für die Gründung einer internationalen Clearing-Union" erschien in der Zeitschrift "L'Ettre international" Nr. 2/1988, S. 39-48 sowie in Stefan Leber (Hg.), Wesen und Funktion des Geldes, Stuttgart 1989, S. 323-349. (Sozialwissenschaftliches Forum Band 3)] Eine Clearing-Union als eine Art Weltzentralbank sollte ein für alle nationalen Notenbanken verbindliches Rechen- und Reservegeld ausgeben, den sogenannten "Bancor". Anders als Gesell, der an die Emission von IVA-Banknoten dachte, schlug Keynes vor, daß diese Clea-

ring-Union die Zahlungsbilanzen ihrer Mitgliedsländer durch Buchungen von Bilanzüberschüssen und -defiziten auf sogenannten Bancor-Konten ausgleicht. Als besonderes Ausgleichsinstrument sah er vor, daß nicht nur Bancor-Schuldner, sondern auch Bancor-Gläubiger für ihre aus Bilanzüberschüssen entstandenen Bancor-Guthaben Zinsen zahlen müssen. Diese Pflicht zur Verzinsung auch der Guthaben ist mit der Gesellschen Gebühr auf liquide in der Kasse gehaltenes Geld verwandt und möglicherweise von daher angeregt worden. Auf der Konferenz von Bretton Woods (1944) konnte sich Keynes mit diesem Entwurf für eine Weltwährungsordnung der Nachkriegszeit nicht durchsetzen. Statt des Bancors wurde der amerikanische Dollar zur internationalen Leitwährung, bis das System von Bretton Woods 1973 zusammenbrach. Im Hinblick auf die Diskussion über die Globalisierung der Finanzmärkte und deren zunehmende Instabilität, auf eine Europäische Währungsordnung und auf eine insbesondere im Interesse der Drittweltländer liegende Reform des Weltwirtschaftssystems könnten von Gesells IVA-Plan und von Keynes' Bancor-Plan bedeutsame Impulse ausgehen. [Vgl. hierzu Karl Walker, Neue Europäische Währungsordnung, Lauf bei Nürnberg 1962, S. 113 ff. – Elimar Rosenbohm, Internationale Währungsordnung – 25 Jahre Bretton-Woods-Abkommen, in: mensch-technik-gesellschaft / Zeitschrift für Sozialökonomie 5. Jg. 1970, 18. Folge, S. 7-23. – Hans Hoffmann, Stabilität bei fixierten oder freien Wechselkursen, ohne Ort 1972. – Hans Hoffmann, Woran scheitert die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion?, Hamburg 1974. – Wilhelm Hankel, Weltwirtschaft, Düsseldorf 1974. – Wilhelm Hankel, Heldensagen der Wirtschaft, Düsseldorf 1975, S. 211 f und S. 290 ff., wo Hankel Gesells IVA als Vorläufer von Keynes Bancor-Plan würdigt. – Karl Walker, Das Weltwährungssystem, Hann.-Münden 1979. – Wilhem Hankel, John Maynard Keynes – Die Entschlüsselung des Kapitalismus, München 1986, S. 70-78. – Hugo Godschalk, Keynes-Plan 1944 und Silvio Gesells IVA-Plan – Grundlagen einer Europäischen Wirtschaftsordnung, in: Fragen der Freiheit Nr. 206/1990, S. 35 ff. – Im Zusammenhang mit der Conquista in Lateinamerika vgl. Werner Onken, 1492-1992: 500 Jahre Mord, Landraub und Ausbeutung in Lateinamerika – Silvio Gesells Beitrag zur Umkehr und zur Versöhnung von Nord und Süd; in: Zeitschrift für Sozialökonomie 29. Jg. 1992, 94. Folge, S. 3-16. – Thomas Betz, Was der Euro soll und was eine internationale Währung wirklich sollte, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 117. Folge (1998), S. 35 ff; über die IVA- und Bancor-Pläne vgl. S. 39-43.] –

Der amerikanische Wissenschaftssoziologe Thomas Kuhn hat in seinem Buch "Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen" das oft schwierige Verhältnis zwischen "normalen" und "außerordentlichen" Wissenschaftlern beschrieben. Besonders spannungsreich ist dieses Verhältnis, wenn es sich bei den "außerordentlichen" Wissenschaftlern um Autodidakten handelt, die wie Silvio Gesell mehr von praktischen Erfahrungen als von akademischen Theorien geprägt sind und die außerhalb des Lehr- und Forschungsbetriebs stehen. Daß seine Theorien schließlich doch zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Kontroverse wurden, war Theophil Christens Bestreben zu verdanken, sie in die Sprache der akademischen Ökonomie zu übersetzen. Die "Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft" nahm einen Beitrag von ihm auf und lud im Anschluß daran namhafte Wissenschaftler zu Stellungnahmen ein. Die Kritiken der Professoren Stefan Bauer, Karl Diehl, Robert Liefmann und Heinrich Sieveking sowie der Privatdozenten Victor Furlan, Paul Gygax und Edmund Kellenberger erschienen 1920 unter dem Titel "Enquete über die absolute Währung" [Stefan Bauer

u. a., Enquete über die absolute Währung, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft 56. Jg. 1920, S. 61-97. – Vgl. dazu den vorangegangenen Aufsatz von Theophil Christen, Zur Kritik der absoluten Währung, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft 56. Jg. 1920, S. 61-66.] – die ebenfalls eingeladenen Professoren Gustav Cassel, Georg F. Knapp und Vilfredo Pareto gaben keine Stellungnahmen ab. Auf diese zum Teil überheblichen und polemischen Kritiken reagierte der "Schweizer Freiland-Freigeld-Bund" mit einer nicht weniger scharfzüngigen Erwiderung, deren Veröffentlichung die "Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft" ablehnte. Unter dem Titel "Die Stellungnahme der Wissenschaft zu den Bestrebungen des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes" erschien sie als eigenständige Broschüre. [Hrsg. vom Schweizerischen Freiland-Freigeld-Bund, Bern 1921. Im gleichen Jahr erschien im Freiland-Freigeld-Verlag in Erfurt eine weitere Ausgabe unter dem polemischen Titel: Die "Wissenschaft" und die Freiland-Freigeld-Lehre – "Kritik" und Erwiderung. In beiden Ausgaben ist kein Verfassernamen genannt, doch haben Friedrich Landmann und Willy Hess diesen Text in ihre Verzeichnisse der Werke Silvio Gesells aufgenommen und es ist anzunehmen, daß Gesell zumindest Mitautor war.]

Beiderseitige Ressentiments führten zum vorzeitigen Ende dieser an sich notwendigen Diskussion zwischen der Freiwirtschaft und der Schulökonomie. Und der Mann, der sie initiiert hatte und der sie vielleicht hätte versachlichen können, war nicht mehr am Leben: Im Mai 1920 suchte Theophil Christen den Tod im Genfer See. Nach Paulus Klüpfel verlor Gesell schon wieder einen seiner engsten Mitarbeiter, in den er noch große Hoffnungen gesetzt hatte. In seinem Beileidsschreiben an Frau Christen fand sein Schmerz über diesen Verlust seinen Ausdruck: "Wir wollten weiter zusammenarbeiten bis ans Ziel, ans gewaltige Ziel der Schaffung einer des Menschen würdigen Ordnung auf Erden, in der er nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem auch seelisch gedeihen kann ... Dieses schöne Ziel hat Dr. Christen zwar nicht erreicht, aber erlebt hat er es im Geiste oft. Ihnen und uns fehlt nun der treue Gefährte. Trost finde ich nicht. Ihn gibt es offenbar nicht." [Brief Silvio Gesells an Frau Christen vom 15. Mai 1920.] In der Person von Theophil Christen fand die Medizin ähnlich wie bei Franz Oppenheimer ihre Erweiterung von der Heilung einzelner Menschen zur Heilung des ganzen Sozialorganismus. Er war, wie Günter Bartsch in einem Portrait schrieb, "... gleichsam der Lukas in der engeren Umgebung Silvio Gesells". [Günter Bartsch, Die soziale Krankheit und ihre Heilung – Versuch eines Portraits von Theophil Christen, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 29. Jg. 1992, 93. Folge, S. 21ff. Höchst bemerkenswert ist, daß lange vor Oppenheimer und Christen der große Arzt Paracelsus sich schon mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigte und das Zinsnehmen ablehnte. Vgl. Paracelsus, Werke Band IV, hrsg. von W.-E. Peuckert, Basel und Stuttgart 1967, S. 215f.] An seine Stelle trat in gewisser Hinsicht der Edener Arzt Friedrich Landmann.

An der Universität Zürich entstand 1920 eine Dissertation "Tauschsozialismus und Freigeld" von Walter Wegelin. Sie ging von der im Marxismus wurzelnden Ansicht aus, daß der Zins kein Phänomen der Zirkulationssphäre, sondern der Produktionssphäre sei. Die Goldwährung würde ihre Aufgaben hinreichend erfüllen, und eine völlige Stabilisierung der Währung sei weder notwendig noch möglich. Gesell beantwortete diese Kritik mit einem Aufsatz in der "Freistatt". Bedeutsam ist Wegelins Dissertation allerdings insofern, als sie ebenso wie die im

Zusammenhang mit dem IVA-Plan erwähnte Dissertation von Franz Haber gedankliche Verbindungen zu anderen geldreformerischen Strömungen herstellte. [Walter Wegelin, Tauschsozialismus und Freigeld – Eine dogmengeschichtlich-kritische Untersuchung der Freigeldlehre, Berlin 1921. – Zu Gesells Replik vgl. in: SGW Band 12, S. 212 ff. – Wegelin diskutierte auch die Konzeptionen von Robert Owen, Karl Rodbertus, Pierre Joseph Proudhon, Michael Flürscheim und Ernest Solvay. Franz Haber (vgl. die Anm. 28) bezog neben Gesell Bertold Otto, Gottfried Feder, Professor Oppermann und Emil Hubricht in seine kritische Darstellung ein. – Als weitere Kritik an Gesell vgl. E. J. Walter, Freigeldwirtschaft oder Sozialismus?, Zürich o.J (ca. 1920).]

Silvio Gesells Verteidigungsrede.

Shylock: Dies ist der Narr, der Geld umsonst auslieh!
Acht auf ihn, Schließer!

Meine Stellung zum Staat, soweit sie Bezug hat zur Anklage wegen Hochverrats, ist folgende: Ich erkenne ohne weiteres jede Macht an, die mich in den Straßen der Hauptstadt verhaften kann, mich mit Revolvern und Gewehrkolben bedroht, die das Volk zu Gewalttaten gegen mich aufhetzt, die es duldet, daß man mich mißhandelt, bespuckt, beschimpft, und die mich sodann einkerkert.

Solche Macht ist für mich unbedingt göltig und bleibt es solange, bis eine andere Macht mich mit Handgranaten und Minen oder sonstwie befreit.

Der König ist tot, hurra! So lebe der König!

Weil das meine Ansicht über die Rechtmäßigkeit einer Regierung ist, konnte ich am 7. April, als ich mit der Ernennung zum Volksbeauftragten überrascht wurde, mir sagen: So weit ich sehe, um mich herum, liegt die Macht in den Händen der Räteregierung. Möglich daß diese Regierung heute abend schon durch eine andere ersetzt wird. Das kostet ja nicht viel, es geht ja so unblutig, ich möchte sagen gemütlich zu. Ein Leutnant und zehn Mann würden allem Anschein nach genügen.

Wie sollte ich mich nun verhalten? Sollte ich mich in München, in den Bergen, im Walde umsehen, ob vielleicht noch eine andere Regierung im Lande sich herumtrieb? Mir ist das Personal einer Regierung nicht so bedeutsam, daß ich Zeit verliere, auf fahnenflüchtige Minister zu fahnden. Den Schwerpunkt suche ich nicht in der Regierung, sondern weiter zurück im Regierenden. Und dieses Regierende, der eigentliche Herrscher, das sind die Kräfte, die der Regierung die Grundsätze für ihr Handeln vorschreiben, – das sind die wirtschaftlichen Zustände, die Gußform aller Gesetze. Sind diese Zustände verwirrt – so ist auch das Regierende und die Regierung verwirrt, kraftlos, arbeitsunfähig.

Und das ist im Reich, wie im Lande heute der Fall. Das Regierende ist durch den Krieg und besonders durch die Berliner Papiergeldwirtschaft in Nebel aufgelöst, eine ungestaltete Masse sich gegenseitig bekämpfender, hassender, sich kreuzender Triebkräfte. Und bis sich in diesem ungeordneten Urstoff eine neuer Kraftwirbel bildet, der die Führung übernimmt, kann von einer Regierung im herkömmlichen Sinne nicht die Rede sein. Gesetzlosigkeit, gemildert durch gelegentliche Putsche, das ist der Zustand seit November im Reich wie in den Einzelstaaten.

Die urstoffmäßige Unordnung ist zu groß, als daß das Regierende sich zu dem nötigen Kraftwirbel verdichten und der Regierung Richtung und Arbeitsziel vorschreiben könnte. Außerdem drängt die Zeit zu Taten.

Andererseits kann man von der aus dem gemeinen Parteigeist hervorgegangenen Nationalversammlung wie auch vom Landtag nicht erwarten, daß diese Parlamente aus sich heraus das tun werden, was zu tun jetzt not täte. Das wäre zu viel von der Einsicht des Parteigeistes verlangt. Die Wähler haben ja noch keine Vorstellung von der wahren wirtschaftlichen Sachlage, von der Größe der Zerstörung und der Opfer, die für den Wiederaufbau gebracht werden müssen. Sie wurden zunächst von Berlin mit Geldpapier in guter Stimmung erhalten, ähnlich wie vorher durch die Kriegsberichte. Und die wenigen, die den Schaden übersehen, die haben noch immer die eitle Hoffnung, daß die Lasten des Krieges vom ganzen Volk getragen werden, daß es also möglich sein wird, einen Teil dieser Last auf den Arbeitslohn abzuwälzen, und daß es darum für den einzelnen Kapitalisten nicht zu dem großen Opfer zu kommen braucht. Wenn darum der Landtag, aufgeklärter als die Wähler, der Unantastbarkeit des Lohnes als internationaler Größe Rechnung tragend das Finanzproblem aufstellen würde, so käme es im Lande zu Streitigkeiten, weil die Wähler die Notwendigkeit solcher Opfer nicht begreifen können.

Wer diese merkwürdigen Verhältnisse als Unbeteiligter, so von oben herab, nachdenklich überschaut, der kommt leicht zu dem Schlusse daß dem Landtag diesmal von außen her geholfen werden muß. Der kleinliche verderbte Parteigeist versagt heute, und wo dieser versagt, versagt auch sein Kind, der Landtag. Die zu lösende Aufgabe verlangt opferfreudigen, großzügigen Geist. Die Lage fordert vom Parteimann etwas, was entschieden an den Selbstmord des Kapitals erinnert, wenn es sich auch nur um den Selbstmord eines Todkranken handelt. Der Schmerz lähmt, und darum versagt der Parteimann, wie auch ein Kranker versagt, dem der Arzt die Instrumente aufs Lager wirft mit den Worten: Dein Bein ist brandig, ich habe keine Zeit, säge es dir selber ab! Der Eingriff, der jetzt am Wirtschaftskörper gemacht werden muß, kann nicht vom Landtag ausgeführt werden; es wäre grausam, es von ihm zu verlangen. Nur jemand, der nicht selbst mit dem zu operierenden Körper verbunden ist und den Schmerz nicht empfindet, nur die besitzlose Menge kann diesen heilenden Schnitt vollziehen. Nur diese kann die hier unentratbare [= erforderliche] Rücksichtslosigkeit walten lassen. Allerdings käme zum Vollziehen dieses Eingriffs ja auch noch die Entente in Betracht, die wahrscheinlich mit eben solchem Gleichmut die Verteilung der Lasten auf die einzelnen Kapitalisten vornehmen würde und sicherlich gern bereit sein wird, als Scharfrichter die Urteile zu vollstrecken, die die in Paris für das deutsche Kapital eröffnete Kadaververwertung fällen wird. So oder so wird also dem Landtag die Hilfe von außen kommen.

Möglich, daß ich die Entschlußkraft der Nationalversammlung und des Landtages unterschätze. Mich würde es freuen. Vielleicht sieht es der Landtag jetzt nach acht Monaten Revolution und Putscherei endlich ein, daß er sich zu durchgreifenden Taten ermannen muß, indem er einem rein proletarischen Kabinett das Messer und die Vollmacht gibt, den unabwendbaren Heilschnitt zu vollziehen. Doch ich kann dies nicht glauben; ich kann diesem armseligen Häufchen Unglück, das der Krieg übrig ließ, keine solche Entschlußkraft zutrauen. Nehmen wir aber an, es wäre so.

Ob dann diese mit Zustimmung des Landtages gebildete rein proletarische Vollziehungsgewalt sich Räteregierung oder parlamentarische Re-

gierung nennen wird, wem kann das etwas verschlagen? Die Tatsache wird bestehen bleiben, daß der Landtag in schwierigen Zeiten versagte und zu seinem eigenem Besten die Vollziehungsgewalt dem Proletariat übergeben mußte. Mehr aber wollte die Räteregierung – zunächst wenigstens – nicht. Die Räteregierung sollte verrichten, was zu verrichten der Selbsterhaltungstrieb dem Landtag unmöglich machte

Ich sehe also die Notwendigkeit einer außergewöhnlichen Tat ein, – wobei es mir ziemlich gleichgültig erscheint, in welchen äußeren Formen diese Tat sich vollziehen wird, ob in Befehlsform einer proletarischen Vollziehungsgewalt der demokratischen Regierung oder in Form der sogenannten Räteregierung. Auf diese rein formalen Unterschiede lege ich keinen Wert.

Ich erwähne diese Dinge, um zu erklären, warum ich als ausgesprochener Individualist, als Eigenständler, in den Dienst einer Räteregierung treten konnte. Daß diese Räteregierung mich als Finanzmann erwählte, war für mich ein Beweis, daß es sich nicht oder noch nicht um Bolschewismus oder Kommunismus handelte. Mir war die Räteregierung nur ein fast unausweichlicher Entwicklungsabschnitt des politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruches, und ich sah die Wahrscheinlichkeit, daß nach vollzogenem Heilschnitt der Landtag die Kräfte wiedergewinnen würde, um das Regiment ohne weitere Hilfe weiterführen zu können.

Diesem Sinne der Räteregierung entsprechend, sah ich meine Aufgabe nun darin, den großen Heilschnitt, die zur Verhütung des Staatsbankerotts und der völligen Auflösung nötige große Vermögensabgabe in die Wege zu leiten und sie ohne Hilfe der Berliner Papierwirtschaft durchzuführen.

Nach Abschluß dieser Arbeit wäre m.E. der Zweck der Räteregierung erreicht, der Weg für die demokratische Regierung wieder frei gewesen.

Freilich, – ich sah auch die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten, die dem Namen der Räteregierung anhaften, – Möglichkeiten, die ich mit aller Kraft bekämpfen und die ich weiter besprechen will.

Seit 20 Jahren (mit Unterbrechung) bin ich in der Schweiz angesiedelt. Im Januar reiste ich nach Berlin, um eine neue Auflage meines Werkes – „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ – vorzubereiten. Im März vernahm ich in Berlin, daß Herr Niekisch, mit dem ich in den letzten Jahren einige Briefe gewechselt habe und der in der sozialdemokratischen Presse im Sinne meiner Zinstheorie schrieb, in München in der sozialen Bewegung eine Rolle spiele. Ich schrieb darauf an meinen Freund Dr. Christen, der Herrn Niekisch persönlich aufsuchte. Es kam darauf die drahtliche Anfrage, ob ich mich an der Sozialisierungskommission der Regierung Hoffmann beteiligen würde. Ich bejahte. Ich würde die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer Sozialisierung des Geldwesens, wie ich sie erstrebe, gelenkt haben. Da jede weitere Mitteilung aus München ausblieb und meine Arbeit in Berlin beendet war, trat ich die Rückreise nach der Schweiz an und traf am 1. April in München ein. Auf fernmündliche Anfrage erfuhr ich, daß Herr Niekisch nach Berlin gereist sei und erst am 5. zurückerwartet würde. Ich beschloß zu warten; der Aufenthalt war mir lieb, da ich mit Dr. Christen vieles über die Herausgabe neuer Schriften und über die Einrichtung des Deutschen Freiland-Freigeld-Bundes zu besprechen hatte. Ich wohnte bei *Dr.*

Christen und bereitete die Mahlzeiten für uns beide. Ich hatte viel zu tun mit Durchsicht von Druckabzügen und kam kaum vor die Tür, so daß ich eine Reihe von Besuchen, die ich mir vorgenommen hatte, nicht ausführte. Nur flüchtig las ich die Zeitungsberichte über die Friedensverhandlungen. Die bayrische Tagespolitik regte mich nicht auf.

Als ich mich am 7. abends ins Wittelsbacher Palais begab – es war das erste Mal –, um nach Herrn Niekisch zu fragen, wußte ich nicht, das etwas Besonderes geschehen sei. Niekisch sagte mir, er habe mich für die Finanzen vorgeschlagen, und ich nahm die Wahl an. Gleichzeitig teilte er mir mit, daß Landauer, der meine Bestrebungen kannte und von dessen Anwesenheit ich erst jetzt etwas erfuhr, die Wahl unterstütze.

Warum nahm ich die Wahl an? Sehnte ich mich nach dem Posten? Was konnte er mir bieten! Volksbeauftragter einer Räteregierung zu sein, deren Ziel wahrscheinlich meinen Bestrebungen geradewegs widersprach. Auf alle Fälle: Es war weder Sehnsucht nach der Büroluft, noch die Hoffnung auf Lohn. Diesen habe ich nicht nötig, und die Rolle, die ich in der Freiland-Freigeld-Bewegung spiele, scheint mir unendlich viel wichtiger als die eines von der Partei beherrschten kleinen Ministers. Im Deutschen Freiland-Freigeld-Bund wird nicht geflickt; dort arbeitet man an den Grundquadern des gewaltigsten Werkes aller Zeiten, und alle, die wir da arbeiten, sind uns dessen voll bewußt. Der Finanzminister Bayerns ist ein gar kleiner Mann, verglichen mit dem geringsten Maurergesellen an unserem Freiland-Freigeld-Dome.

Ein Gemisch von vielen Trieben bewog mich anzunehmen. Als „provisorisch“ war ich ernannt, und als vorläufige Aufgabe betrachtete ich das Amt. Erstens hatte ich Wichtigeres zu tun, und dann war es mir unklar, in welche Richtung nun die Regierung durch die sogenannten souveränen Massen gedrängt werden würde. Immerhin, ich fühlte mich stark, sofern man mich arbeiten ließ, um in kurzer Zeit und in großen Zügen den Plan zur Neuordnung der bayrischen Finanzen zu entwerfen und so ein Muster für alle deutschen Bundesstaaten wie auch für die Reichsfinanzen zu schaffen. Außergewöhnliche Aufgaben waren zu erfüllen. Mit den bekannten Mitteln, mit Zigarettensteuern und dergleichen kam man da nicht aus. Die Ausgaben waren verzwanzigfacht, die Währung vollkommen verpfuscht, alle Warenpreise durch die Blockade und die Höchstpreispolitik aus ihrer natürlichen Rangordnung gerissen. Für die Entente müssen Auslandswerte, Devisen, viele Milliarden, aufgetrieben werden ohne Gegenleistung. Die Krieganleihen müssen verzinst werden. Der Zinsfuß stieg, und eine weitere starke Steigerung ist zu erwarten. Das bedeutet einen Kursrückgang aller festverzinslichen Papiere, der Krieganleihen, in denen die Aktiven der Banken der kleineren Gewerbetreibenden angelegt sind. Diese 200 Milliarden kann man getrost als schwimmend betrachten. In Berlin, von der Reichsbank, war nichts Gutes zu erwarten: dort lebt man noch ganz im Goldwahn, der von den Geldfürsten genährt wird. Dort hat man noch nichts gelernt. Der mit dem Goldwahn zusammenhängende Plan eines Abbaues der Papiergeldflut, der Inflation, und zwar eines langsamen, allmählichen Abbaues, auf den Havenstein sich immer noch, wie es scheint, etwas einbildet, steht noch unerschüttert vor der Gesamtheit der Gewerbetreibenden. Dieser Abbau aber bedeutet m. E. die wirtschaftliche Not, die wirtschaftliche Eiszeit, – unser aller Untergang. Dagegen mußte angekämpft werden wie gegen die Pest.

Kurz, es war viel Arbeit zu bewältigen. In allen diesen Fragen fühlte ich mich zu Hause. Seit 30 Jahren hatte ich diese Dinge der gründlichsten Bearbeitung unterworfen. Ich wußte, daß ich, sofern man mir dazu die Vollmacht gegeben hätte, die Wirtschaft Bayerns zurecht würde lenken können, mit Ach und Weh selbstverständlich, aber ich hätte den Zahlungsverkehr aufrecht erhalten, die Volkswirtschaft in Vollbetrieb gesetzt und darin erhalten. Den jetzt durch die fortgesetzte Papiergeldflut verschleierte Staatsbankrott hätte ich verhütet. Für die Entente wären die Devisen zur Stelle geschafft worden, und am Ende des Monats wäre in den Steuerkassen das Geld gewesen für die Kriegsverletzten, für die Arbeitslosen, für die Witwen und Waisen, für die Zinsen der Krieganleihen, wie auch für die laufenden Staatsausgaben; das alles ohne Havensteins Allheilmittel, ohne die Papiergeldwirtschaft fortzusetzen. Ich hätte den für die feste Währung sich ergebenden Überschuß an Reichsbanknoten eingezogen und verbrannt. Dem Wucher mit Wertpapieren an der Börse hätte ich ein Ende gemacht, diesen Riesenschmarotzer zur Strecke gebracht, den Kurs der Krieganleihen vor weiteren Schwankungen bewahrt.

Freilich, ich war kein Bayer, aber war das nicht ein besonderer Vorzug für einen Finanzminister? Was bewog s. Zt. die Rumänen, Bulgaren, Norweger, sich ihren König aus dem Ausland zu holen? Doch nur deshalb, weil man einen Mann brauchte ohne Sippe, ohne Anhang. Und ist es nicht gerade auch heute das, was Bayern braucht, einen Finanzminister, der ohne Rücksichten sich sachlich einstellen kann und, ohne nach links und rechts zu schielen, den geraden Weg geht? Dieses vollkommene Losgelöstsein vom klebrigen, lähmenden Schmutze des Parteigeistes wäre meine Kraft gewesen. Der Starke ist ja immer am mächtigsten allein. Wie ein Aar hätte ich in den Lüften über allen kleinen und kleintlichen Partezwistigkeiten geschwebt, hätte einfach das getan, was die Not erforderte.

Sie mögen nun denken: Was mag aber ein Ausländer von bayrischen Finanzen verstehen? Nun, ich meine, heute versagt ja doch die Landeskunde. Was nützen die Wegweiser im zerstörten Frankreich? Heute muß doch alles neu aufgebaut werden. Neuland ist Bayern auch für den Bayern. Und im übrigen will ich bemerken: Was an den bayrischen Finanzen besonderer Art ist, sind Dinge minderer Ordnung. Und für diese Dinge würde ich im Beamtenstand des Finanzministeriums gewiß genug geschulte Kräfte vorgefunden haben. Das machte mir keine Sorge. Geschulte Hilfskräfte findet man immer. Für den Grundplan der Finanzen aber, für die Richtlinien und Drehpunkte gelten die gleichen Gesetze für die Bayern, wie für die Preußen und für unsere Gegenfüßler.

Für die sichere Leitung der Finanzen großer wie kleiner Staaten kommen die Gesetze des Zinses, des Geldes, des Wertverhältnisses zum Ausland, des sogenannten Schutzzolles, der Wirtschaftsstörungen, der Arbeitslosigkeit, der Börsenmachenschaften, der Grundrente, des Wertzuwachses, der Bodenpreise usw. in Betracht, d.h. wenn sie überhaupt gelten.

Also nicht etwa irgend eine Wirtschaftslehre, von denen 12 aufs Dutzend gehen, keine graue Theorie, sondern die eine, die richtige lichtsprühende Theorie. Diese eine in Betracht kommende Lehre, die findet sich jedoch nicht so von ungefähr überall, wo man sie sucht. Und auch nicht

jeder findet sie. Die besten Köpfe des Altertums und der Neuzeit haben sie vergebens gesucht. Und wer sie heute zur Führung der Finanzen braucht, dem wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als nach Stadelheim [Das Gefängnis, in dem *Silvio Gesell* in Untersuchungshaft gesessen hat.] sich zu bequemem. Dort in dem Ungemach 169 wird er sie finden. Denn sie ist mein unanfechtbares geistiges Eigentum, mein Schatz. Und das eben wäre das Neue, das Hoffnungsvolle gewesen, daß mit meiner Ernennung zum ersten Male in der Weltgeschichte die Finanzen nicht mehr wie bisher handwerksmäßig, gefühlsmäßig geführt worden wären, sondern mit Kompaß und Senkblei nach senkrechten Erkenntnissätzen, nach einem lückenlosen, geschlossenen Gesetz der Güterverteilung. Und was das für Bayern, für Deutschland jetzt in dieser außergewöhnlichen Zeit bedeutet hätte, dafür finde ich eine entsprechende Erscheinung in den Erfolgen der deutschen Industrie, der wissenschaftlich geleiteten deutschen Industrie.

Diese eine Richtlinie gab es also bisher noch nicht, und das ist der Grund, warum heute nirgends in der Welt der Finanzminister nach wissenschaftlichen Grundlagen arbeitet. Und nicht nur die Finanzminister. Kein Unternehmer, kein Kaufmann, kein Börsenspieler, kein Bankmann hofft aus dem Lesen volkswirtschaftlicher Werke irgend einen Nutzen zu ziehen und seine Gewinne auch nur um ein Tausendstel zu erhöhen. Juristen. ja die findet man als Rechtsbeiräte in vielen Betrieben; was aber könnte man dort mit einer Wissenschaft beginnen, „die das, was sein soll, nicht erforschen, geschweige denn verkünden darf“! (Schmoller.)

Was kann dem Geschäftsmann eine Wissenschaft nützen, von der *Knies* sagt, sie sei ganz auf der Lehre vom Werte aufgebaut, und dem dann eine andere Fachgröße antwortet: in dieser Lehre vom Werte sei aber alles noch streitig, von den Benennungen angefangen. (Zuckerkandl.)

Wenn also die Finanzminister auf die Benutzung der Wissenschaft bislang gänzlich verzichteten, so hat das seinen guten Grund. Es war eine unfruchtbare Wissenschaft; sie galt allgemein als das Schwerstverständliche, was der im Dunkel irrende Menscheng Geist zu Tage gefördert hat. Bekannt ist das Wort Beaconsfields: „Nichts hat mehr Verrückte gemacht, als die Liebe und die Währungsfrage.“ Dasselbe hätte man aber von jedem Sondergebiet dieser Wissenschaft sagen können.

In diese trostlosen Verhältnisse habe ich nun eingegriffen. Sämtliche für die Finanzen in Betracht kommenden *Rätsel der Volkswirtschaftslehre* habe ich restlos gelöst. In einer nun schon 30jährigen ununterbrochenen Arbeit habe ich die Gesetze des Lohnes, der Grundrente, des Papiergeldes, des Zinses, der Wirtschaftsstockungen (Krisen) ausgearbeitet und für das wirkliche Leben verwendbar gemacht. Sie sind in dem Werke niedergelegt, von dem in diesen Tagen die 6. Auflage erscheint: „Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“. Daß mir diese Arbeit in solchem Umfange glückte, lag daran, daß die Lösung wie ein Rattenkönig mit dem Werträtsel verquickt war, von dem Boehm-Bawerk sagt, „daß seine Lösung die Volkswirtschaftslehre auf der ganzen Linie mit einem gewaltigen Ruck vorwärts bringen würde.“ Diese Werträtsel habe ich der Wissenschaft aus der Bahn des Fortschrittes geräumt, und damit konnte ich dann selber mit vollen Händen die Früchte dieser glücklichen Arbeit ernten.

Vielleicht mögen sie denken, daß es sich hier auch wieder nur um eine Lehrmeinung handelt, daß die Bestätigung durch die Erfahrung ausstehe. Nun, was Erfahrung anbetrifft, so bin ich älter als Methusalem. Eine 4000jährige Erfahrung liegt hinter mir. Alles, restlos alles, was sich seit Hammurabi auf dem Gebiete der Volkswirtschaft zugetragen hat, fügt sich kristallisch ein in meine Lehre und findet in ihr genügende Erklärung.

Man hat meine Lehre totgeschwiegen, viele Jahre lang, weil sie sowohl den Schatzhabern, den Kapitalisten, wie den Sozialisten, oder wenigstens ihren wissenschaftlichen Führern, unbequem war. Sie ist unmittelbar tatsächlich verwertbar, geht unmittelbar über ins politische Leben, fordert zu Taten auf. – Das ist also nichts für unsere bequemen Hochschullehrer, die sich für öffentliche, wissenschaftliche Angelegenheiten nicht einkerkeren lassen wollen. Sie widerspricht glatt der Marxschen Lehre vom Kapital, von den Sachschätzen, und verlangt darum von den Marxisten eine vollkommen neue Stellungnahme. Die im Marxschen „Kapital“ angelegten geistigen Schätze der Marxisten sind vollkommen wertlos geworden. Umlernen heißt es jetzt. Und das ist auch nichts für die alten Genossen in Berlin.

Und eine Kapitaltheorie, die den Arbeitern nun endlich den Weg zeigt, den sie zu gehen haben, um ihren uralten Feind zu besiegen, – das ist wieder nichts für die Kapitalisten, für diejenigen, die von der Zinsknechtschaft leben. So habe ich alle Parteien, das ganze Volk zum Gegner.

Jetzt hilft aber das Totschweigen nichts mehr. Es ist zu spät. Das Licht bricht sich Bahn trotz der feigen Totschweigerei. Zahlreich sind die Vertreter meiner Gedanken, ernsthafte, klardenkende, zur Tat entschlossene Männer. Selbst Vertreter der Geldmächte beugen sich mit Bekennermut vor der Macht der sieghaften Wahrheit.

„Es schlägt der Blitz befreiender Gedanken
Krachend in Mammons Tempel ein“

sagt G.Blumenthal. Drei Zeitschriften vertreten die Freiland-Freigeld-Sache. Ich greife das Kapital nicht mit Gewalt an – mit Streik und Betriebshemmung, mit Sabotage. Ich greife es mit der einzigen Waffe an, die dem Proletariat angeboren ist, mit der Arbeit. Indem ich den Massen unverdrossene, ungehemmte, durch die frohe Siegeshoffnung geförderte Arbeit empfehle, bringe ich den Götzen Zins zur Strecke. In einem Meer neuen Kapitals will ich den Zins ersäufen.

Freilich gehe ich auch scharf gegen die vor, die bisher dem Arbeiter den Gebrauch dieser Waffen verwehrten, die Schatzhaber (Kapitalisten), die den uralten Kniff anwandten, mit ihrem Gelde zurückzuhalten, sobald unter dem Drucke fleißiger, ungestörter Arbeit der Zinsfuß zu sinken begann.

Diesen seit 4000 Jahren immer von selbst einsetzenden künstlichen Hemmungen der Gütererzeugung, die man Krise nennt, mache ich ein Ende. Ein für allemal Schluß mit dem Zurückhalten des Geldes! Die Gütererzeugung soll dem Geldzins nicht mehr unterworfen werden. Die Arbeiter sollen nicht mehr bataillonsweise arbeitslos herumlungern, – bloß weil die Geldmacht es so zum Schutze des Zinses befiehlt. Diese Geldmacht wird durch das Freigeld gebrochen. Den Zins, den Mehrwert nach *Marx*, löse ich auf, und das Lösungsmittel ist der Schweiß der Arbei-

ter, die nicht mehr gegen ihren Willen der Arbeitslosigkeit verfallen sollen. In 10 bis 15 Jahren wird das Ziel erreicht sein.

Sang der Marxist: „Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will“, so sage ich: „Alle Räder müssen laufen, soll das Kapital ersaufen.“

Das ist mein Ziel: Beseitigung der Krisen, der Arbeitslosigkeit; Der Schatzhaber (Kapitalist) soll nicht mehr willkürlich durch Zurückhalten seines Geldes die Arbeitsbetätigung unterbrechen können.

Der Werbeschatz [Werteschatz?], das Kapital, hat nur einen Feind. Dieser ist nicht Marx, nicht Lenin, nicht Spartakus, nicht Grachus, nicht Lycurg, nicht Moses, nicht das christliche Sittengesetz, nicht das gesetzliche Zinsverbot, nicht die rohe Gewalt. Über all diese Mächte hat das Kapital bislang immer gesiegt, und meist kostete der Sieg den Untergang eines Reiches, eines Volkes. Babylon ging unter, Salomons Reich ging unter, Athen und Rom gingen unter. Und wenn wir jetzt untergehen sollten, so verschwände damit doch nicht die Ursache der Zinsknechtschaft, des Kapitalismus. Die Keime der kapitalistischen Seuche würden auch diesen Zusammenbruch wieder überdauern. – Der einzige Feind der Zinswirtschaft, der erste, der ihm mit Siegeszuversicht entgetreten durfte, das ist das Freigeld.

Lycurg ächtete das Gold, und Pythagoras lobte ihn deshalb und nannte das aus Gold und Silber hergestellte Geld die Ursache aller Verbrechen. Über 21^{1/2} Jahrtausende waren seitdem verflossen, und noch harrte Lycurgs Rätsel der Lösung. Alle Versuche nach wissenschaftlicher Erledigung der ärgerlichen Fragen scheiterten. Bekannt ist Prof. *Boehm-Bawerks* Buch über die Geschichte der Zinsherrschaft. Und wo stehen wir heute? Ehret *Helfferich*, ehret die Reichsbank-Aktiengesellschaft; treu hütet sie den Goldschatz, die Ursache der Zinswirtschaft und des Zusammenbruches!

Der Mann, der jetzt in Bayern, in Deutschland, wie in allen anderen Ländern die Verwaltung des Geldwesens übernehmen soll, muß imstande sein, als erste Tat, als Grundlage für alles übrige, bei den Proletariern, bei den Besitzlosen Volksschichten *eine neue, große, lichte Hoffnung* an die Stelle der Verzweiflung zu setzen. Denn ohne Hoffnung kann niemand leben und arbeiten. Lieber ein Ende mit Schrecken.

Es bieten sich Ihnen da verschiedene Möglichkeiten. So können sie die Verwaltung des Geldwesens zurücklegen in die Hände eines Vertrauensmannes der Geldmächte, *Dernburgs* etwa. – Dem steht aber entgegen, daß der Arbeiter sich nun diesmal nicht mehr hoffnungslos unters Joch der Zinsknechtschaft beugen will.

Berufen Sie andererseits für dieses aussäztige Amt einen Sozialisten der Marxschen Schule, *Wissel* z.B. – er wird sich entschuldigen mit der Redensart, daß die Entwicklung noch nicht reif sei. Und mit diesem Ausspruch der Verzweiflung treibt er die Arbeitermassen zu Verzweiflungstaten. Wenn wir nach 4 – 6000jähriger Zinswirtschaft noch nicht reif sind, wann dann? So fragen mit Recht die Spartakisten. Der Kommunist aber sagt schon heute: „Hände weg! Verbranntes Kind scheut das Feuer. Nicht die kapitalistische Wirtschaft, nein, der Mensch ist noch nicht reif zum Gesellschaftsleben. Seht die Massengräber unserer kommunistischen Brüder! Wo ist unser großer Bruder Gustav Landauer?“

Was also nun tun? In der Zinsknechtschaft, im Kapitalismus können wir nicht stecken bleiben; andererseits ist ein Zurück zur Wirtschaftsweise der Naturvölker, zur Gütergemeinschaft, zum Kommunismus ausgeschlossen. Vorwärts müssen wir, vorwärts: Durch oder Untergang. Durch können wir nur auf dem Wege, den ich in der Freiwirtschaft gezeigt habe.

Billigerweise staunte man in München, als das bayrische Proletariat landfremde Männer in so großer Zahl in führende Stellen einsetzte.

Es war fast eine lächerliche, ja beschämende Erscheinung für eine Stadt, die sich mit Recht zu den besten Pflegestätten feiner Bildung rechnet, beschämend in erster Linie für die gebildeten Kreise, denen dieses Verhalten der großen Volksmenge den Vorwurf ins Gesicht schleuderte, daß sie kein Herz, daß sie nichts übrig hätten für die Nöte des eigenen Volkes.

Diese Erscheinung hat man in bürgerlichen Kreisen allzu oberflächlich als fremde Einmischung, als dreistes Vordrängen ehrgeiziger Politiker gedeutet. Vordrängen heißt auch zugleich Verdrängen. In Wirklichkeit haben aber diese Landfremden niemand verdrängt. Die Stühle waren unbesetzt. Aus den bürgerlichen, gebildeten Kreisen fehlten die Männer, die sich der Sache des Proletariats annehmen und die damit verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nachteile auf sich nehmen wollen. Hier wie überall auf der Welt die unüberbrückbare Kluft zwischen Bürgertum und Proletariat. Mit Recht empfindet das Proletariat diesen Pariazustand als völkischen Verrat, als Blutschändung. Es ist darum ein ganz natürlicher Rückschlag, wenn das Proletariat sogar Rassefremden, denen es diesen völkischen Verrat nicht vorwerfen kann, weniger mißtrauisch entgegentritt als den lieben Blutsverwandten. Dazu kommt, daß die Arbeiterwelt die aus ihrem Schoße hervorgehenden natürlichen Führer durch den „sozialen Aufstieg der Tüchtigsten“ immer zwangsläufig an die anderen Klassen abtreten muß. Durch diesen gesellschaftlichen Aufstieg wird die Arbeiterwelt so zu sagen immer von neuem enthauptet, – der Führerlosigkeit überantwortet. Praktisch bedeutet also der soziale Aufstieg für das Proletariat nicht mehr noch weniger als organisierten Königsmord, wenn es sich auch hier um den Mord der „rois des gueux“ handelt.

Die so beklagte Erscheinung des Einströmens landfremder Männer erfordert also eine andere Erklärung als die, die man zu geben beliebte. So schmerzlich und beschämend die Erscheinung auch für jeden völkisch empfindenden Menschen ist, – Vogelstraußpolitik kann hier nichts nützen. Es heißt hier, sich nicht bequem im Hintergrunde halten und abwarten, sondern Opfer bringen für die erstrebten Hochziele; es heißt Hand ans Werk legen, damit alle im Volke sich brüderlich geeint fühlen. Denn eine Teilung des Volkes in hohe, mittlere und niedere Schichten bedeutet völkischen Verfall. Völkisches Empfinden duldet keine Zinsknechtung anderer oder gar die Beteiligung daran. Wer noch etwas wie rassisches, völkisches Empfinden verspürt, der gehe in sich, tue Buße; der gestehe, daß er und seine Ahnen Verrat begingen am eigenen Volk, am eigenen Blut.

Der wahrhaft-völkisch gesinnte Mensch, der den Klassengeist haßt und ein schönes Volksleben sehen möchte – wie man es vielleicht ahnen kann, aber noch nie erlebt hat, – der verläßt Vater, Mutter und Standesangehörige, um zu denen zu stoßen, die an der völkischen Auflösung nur leidend mitwirkten, zum geknechteten, ausgebeuteten Proletariat. Moses, der Pharaos Hofhaltung verließ, um den Seinen zu helfen, der sollte all

denen als Beispiel dienen, die sich über das Verhalten des Münchener Proletariats empören, denen aber offenbar die mit dem gesellschaftlichen Aufstieg verbundenen äußeren Genüsse mehr am Herzen liegen, als die Nöte des eigenen Volkes. Wer den Tag herbeisehnt, wo wir selbstgewählten, unserem Volkswesen angepaßten Zielen unter Führung eigener, dem Schoße unseres Volkes entsprossener Männer zustreben werden, der begnüge sich nicht mit billigen Wünschen, der unterstütze mit allen Kräften die auf den Abbau des Klassenstaates gerichteten Bestrebungen.

Man hat mir, als einem dieser landfremden Eindringlinge, dem Preußen, vorgeworfen, ich hätte hier auf dem Rücken des Bayernvolkes und auf seine Kosten waghalsige Versuche anstellen wollen.

„*Ich warne Sie vor Experimenten*“, telegraphierte mir der Herr Reichsbankpräsident *Havenstein* – der Mann, der uns mit seiner Flut von 40 Milliarden Papiergeld die Preistreiberei, die Schieber- und Wucherprozesse, die Kriegsgewinne, die Riesenstreiks, die Not der Festbesoldeten brachte und damit am Zusammenbruche der inneren Front, an der Zermürbung der öffentlichen Moral, an der allgemeinen Verhetzung der Berufe, der Klassen, der Volksstämme mehr beigetragen hat als alle sonstigen Kriegsnöte. Wenn die Soldaten von der Urlaubsreise regelmäßig den schlechtesten Eindruck von der sittlichen Haltung des Volkes zur Front zurückbrachten und so den Glauben an ihr Volk verloren, so ist das zum größten Teil auf die alles zerfressende Reichsbankpolitik zurückzuführen. „*Nervus rerum*“ nennt man das Geld, den Nerv aller Dinge, die Moral eingeschlossen.

Havenstein wiederholt ein tausendmal gemachtes und tausendmal verfluchtes Experiment, und dann warnt er vor Experimenten, ausgerechnet mich, den ersten Vertreter der absoluten Währung! – Zum Lachen!

Wer Experimentenmacher und Phantasten finden will, der suche sie anderswo. Gleich bei Beginn des Krieges warnte ich *Havenstein* in einer Reihe von Flugblättern und Zeitungsartikeln und zeigte ihm den Ausweg aus der durch den Krieg geschaffenen Lage. Er schlug meine Warnung in den Wind. Er sah nur Gold und dachte nur an Gold, Gold, Gold! Was ist denn Gold?

Bald nach Kriegsausbruch versagten die neutralen Staaten dem Golde die gesetzliche Zahlkraft – und trotzdem blieb die Reichsbank bei ihrem uralten Goldwahn. Wenn wir in Deutschland Goldgruben gehabt hätten, alte, verlassene Goldwäschen, ich bin überzeugt, *Havenstein* hätte zur Verlängerung der Golddecke allen anderen Gewerken, selbst der Landwirtschaft, die Arbeiter entzogen, um sie Gold, Gold waschen zu lassen. Nicht Steine, Gold hätte er uns statt Brot gegeben

Bei den Ptolemäern war die Erde der feste Drehpunkt des Weltalls, bei *Havenstein* ist es ein Goldblock.

Bei den Ptolemäern drehte sich alles bunt im Kopfe herum, als mit Galileo auch ihr Drehpunkt ins Kreisen geriet. Bei *Havenstein* dieselbe Drehkrankheit, sobald sein goldzentrischer Standpunkt erschüttert wird.

Man erinnert sich, daß auf Betreiben der Reichsbank nicht lange vor Kriegsausbruch der sogenannte Kriegsschatz in Spandau um sage und schreibe 60 Millionen Mark vermehrt wurde, (genug also für einen Feldzug von 7 Stunden und 12 Minuten!) und daß man dies als Teil der finanziellen Kriegsbereitschaft erklärte.

Man erinnert sich auch, daß das Eintreten für den nach jeder Richtung hin ganz blödsinnigen Abbau der Preise von der Reichsbank ausgeht – als erster Schritt zur Wiederaufnahme der Goldwährung. Wer die Wirkung solcher Abbaupolitik kennt – und das muß ein Fachmann doch! – der faßt sich an den Kopf.

Jetzt haben wir eine Notenausgabe von über 40 Milliarden, von denen dreiviertel gehamstert sind und auf den Abbau der Preise warten! Diese überzähligen 30 Milliarden stehen da über unseren Häuptionern wie ein Gletscher, dessen baldiger Bruch sich durch Krachen ankündigt. Sie müssen sofort und unbedingt zurückgerufen werden, wenn der Währung wieder Zügel und Kandare angelegt werden sollen. Aber wie will die Reichsbank das machen, wie will sie jetzt noch 30 Milliarden Anleihen unterbringen, wenn der Kurs sowieso schon auf 80 und darunter gesunken ist? So geht es immer denen, die ohne tiefere Erkenntnis verfahren und sich auch unter völlig veränderten Verhältnissen nur nach ihren Vorgängern richten. Auf ebener Straße mag es gehen; dort aber, wo man die Wissenschaft, die Arme der Götter herbeirufen muß, da versagen sie.

Niemand hat im Deutschen Reiche nur eine Ahnung, nach welchen Richtlinien die Reichswährung geführt werden soll. Über diese Dinge schweigt sich die Reichsbank grundsätzlich aus. Die Reichsbank will sich nicht durch ein Programm binden. Sie will mit unbeschränkter Vollmacht unverantwortlich weiter arbeiten – wie von jeher. Weiß jemand in München, welche Maßnahmen Berlin etwa für die Gesundung der Währung plant, und zu welchem Börsentermin dieses differenzschwängere Schiebergeschäft angekündigt werden soll? Sie können sich vorstellen, wie viel Milliarden dieses Geheimnis einem Börsenmann, einem Pierpont Morgan etwa, wert sein würde. Das Münchener Kindl aber weiß nichts von alledem. Und an der Berliner Börse freut man sich, daß die Dummen nicht alle werden, und fürchtet nur ein Ding, das ist die *feste Währung!* Und da man diese absolute Währung nicht öffentlich ablehnen und noch weniger öffentlich mit stichhaltigen Gründen bekämpfen kann, so sucht man sie bei den Dummen lächerlich zu machen, indem man von Experimenten redet.

Experimentenmacherei in Verbindung mit Geheimniskrämerei, Mistbeet für Börsendifferenzen, die nach Milliarden rechnen, – das ist die Politik des Mannes, der aus der Tiefe eines Geldpapiersumpfes von 40 Milliarden mich dem bayrischen Volk gegenüber als Experimentenmacher erklärt und es zur Vertuschung der eigenen verpuschten Politik gegen mich aufhetzt. Havenstein fürchtet die *stetige Währung*, an der man seine Pfuscherieen würde ablesen können.

Alle herkömmlichen Mittel zur Gesundung der Währung versagen jetzt. Solange wir aber die Währung, diesen Drehpunkt der Volkswirtschaft, nicht zu einem starken Fels, einem „rocher de bronze“ machen, kommen wir nicht heraus aus dem Zustand der Streiks, der Empörung und der Gewalttaten. Wir stehen auf einem Vulkan von Papiergeld.

Also weit davon entfernt, hier in Bayern Experimente zu betreiben, war mein ganzer Sinn, meine ganze Kraft darauf gerichtet, den bayrischen Freistaat vor der Fortsetzung der Berliner Papiergeldwirtschaft zu schützen, wie das ja auch aus meinen Veröffentlichungen klar hervorgeht.

Meine Absicht war, die für das Wirtschaftsleben ausschlaggebende Währungsfrage, wie es sich in einem Volksstaat gehört, vor der Öffent-

lichkeit in gründlicher Weise zu behandeln. Die politische Reife eines Volkes stellt als erste und wichtigste Bedingung die Kenntnis aller mit der Währung zusammenhängenden Vorgänge. Volksherrschaft und Geheimniskrämerei ist ein Widerspruch. Auf der schiefen Ebene der Reichsbankpolitik werden wir von der Volksherrschaft unter die Herrschaft der Geldmächte geraten, und von da bis zur gemeinen Räuberherrschaft und völligen Auflösung ist nur noch ein Schritt.

Die Währung hält den Staat zusammen oder sprengt ihn – je nachdem. Wird hier gepfuscht, so löst er sich in kleinste Teile auf, wie wir es jetzt erleben, in Atome, die sich gegenseitig abstoßen. Stadt gegen Land, Beruf gegen Beruf, Volksstamm gegen Volksstamm, Norden gegen Süden, Gläubiger gegen Schuldner, Festbesoldete gegen Lohnarbeiter, – bis schließlich Arbeiterbataillone gegen Arbeiterbataillone marschieren.

In den Vereinigten Staaten hatte man vor 30 Jahren damit begonnen, das Volk über die Währungsfrage aufzuklären; Bryan hatte die Währung an erster Stelle bei den Wahlen zur Erörterung gestellt. Viel Licht wurde in diesem dunklen Jagdgrund der Börsianer verbreitet. Das Volk bekam einen Einblick in den inneren Zusammenhang zwischen der Notenbankpolitik und den Börsenkursen. Aber die Finsternis hasst das Licht. Die Mächte, die die Presse beherrschen, sorgten dafür, daß der Gegenstand wieder von der Tagesordnung gestrichen wurde. Der Erfolg waren die gewaltigen, immer dreister werdenden Börsenraubzüge, von denen der letzte 1907 unerhörten Umfang hatte und seinem Leiter Pierpont Morgan Milliarden an Gewinn eintrug.

Und in Deutschland hat die Verbannung der Währungsfrage aus der Presse den Erfolg gehabt, daß sich die Reichsbankpolitik jeder Nachprüfung durch das Volk entziehen konnte. Unter 100 000 Wählern und Wählerinnen, in großen Städten, in ganzen Provinzen findet man oft nicht eine einzige Menschenseele, die einen Schimmer hat von dem, was in dem Worte Währungsfrage steckt. Wenn sie wüßten, wenn sie wüßten! – Das ist das Werk unserer Presse! Versuche es heute jemand in Deutschland, die Politik der Reichsbank nachprüfend zu beleuchten! Die Reichsbank selber hat es nicht nötig, solche Kritik zu verhindern, das besorgen aus eigenem Antrieb die Mächte, die aus der Politik der Reichsbank Vorteil ziehen, indem sie sie in Kursdifferenzen ausmünzen. Deshalb hat man sich so gegen die Verstaatlichung der Reichsbank gewehrt, daher will man sie als Aktiengesellschaft geleitet wissen, damit die Verbindung mit der Pestbeule der Volkswirtschaft, mit der Börse, nicht verloren gehe. Selbstverständlich ist die Reichsbank selbst ganz unbeeiligt am Börsenwucherspiel, das man mit Hilfe ihrer Noten betreibt; die Harmlose weiß von nichts. Ihre Ablehnung der stetigen Währung rührt einfach von ihrer Unfähigkeit her, das Papiergeld wissenschaftlich zu begreifen. Sie selbst leugnet jeden Einfluß ihrer Notenpolitik auf die Warenpreise und Börsenkurse. „Das Geld,“ sagt sie in prächtigem Einklang mit Karl Marx, „kann nur den Wert eintauschen, den es selber hat!“ Fragt man dann, was sie unter Wert versteht, dann bleibt sie stumm.

Ich stelle die Forderung, – seit 30 Jahren tue ich das unermüdlich – daß die Reichsbank zur reinen Staatseinrichtung erhoben werde. Unbedingte Loslösung von der Börse, schärfste Trennung von allen verführerischen, privatwirtschaftlichen Belängen, – eine Notenanstalt soll sie sein,

mehr nicht! Die Ausgabe von Banknoten soll nach scharf gezogenen Richtlinien erfolgen, die jede Willkür ausschließen, jedes Börsenwucherspiel im Keim ersticken, Krise, Krach, Geldstreik unmöglich machen. Die Leitung der Notenbank soll der öffentlichen Aufsicht dadurch zugänglich gemacht werden, daß die Einfachheit ihrer Grundsätze jedem durchsichtig wird. So wie ich den Plan entwerfe, würde sogar jede Hausfrau mit ihrem Haushaltsvoranschlag Havenstein wirksam zur Verantwortung ziehen können.

Das alles war in meinem Telegramm an die Reichsbank enthalten: „Ich will die Währung mit durchgreifenden Mitteln sanieren, verlasse die Wege der systemlosen Papiergeldwirtschaft, [Die Presse hatte seinerzeit fast ausnahmslos geschrieben: „... verlasse die Wege der Bargeldwirtschaft ...“ und damit eine bewußte sinnentstellende Fälschung begangen.] gehe zur absoluten Währung über und bitte um Bekanntgabe Ihrer Stellungnahme.“ So hieß mein Telegramm an Havenstein. Es war also eine Einladung zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Währungsfrage auf Grundlage der stetigen (absoluten) Währung, die in der glatten Anerkennung des allgemeinen Preisstandes der Waren, als dem ausschließlichen Maßstab des Geldbedarfes, besteht.

Von Experimenten kann hier nur ein Mann reden, der vielleicht ein vorzüglicher Bankbeamter sein mag, der aber von der großzügigen, weitausgreifenden, neuzeitigen Börsenspekulation keine Ahnung hat und überhaupt noch nicht darüber klar ist, welche Aufgaben eine Notenbank zu erfüllen hat. Ein guter, ehrlicher, harmloser Strohmann in den Händen der gerissenen Leute, die immer noch die Notwendigkeit betonen, die Reichsbank als Aktiengesellschaft weiterzuführen, um Einfluß auf die Ernennung des Bankdirektoriums zu behalten. Und so läßt es sich verstehen, daß die Reichsbank gehorsam jede Währungspolitik, die nicht vom Profit und der Dividende ausgeht, selbstverständlich als Phantasterei bezeichnet. So erklärt sich die aufhetzende, dabei so hilflose Antwort auf mein Telegramm und die Fälschung meines Telegrammes durch die Presse: grobe, wohbedachte Fälschung.

Allen, denen die Währungsfrage ein Buch mit sieben Siegeln ist, genügt diese Antwort Havensteins natürlich, um mich als Phantasten, als Schwärmer zu verurteilen. Ich möchte wetten, daß der Mann, der mich in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ so betitelte, sein Urteil ganz nach dieser Antwort Havensteins gebildet hat. Es scheint eben eine unausrottbare Wahnvorstellung zu sein, die aus jedem Bankmann, jedem Geldwechsler und namentlich aus dem Bürokraten der Reichsbank auch einen Sachverständigen für Währungsfragen macht. Und doch ist gerade der Bankmann der einzige Bürger im Reiche, der berufsmäßig mit der Währung niemals in Berührung kommt. Die Währungsfrage entsteht durch den Gebrauch des Geldes als Tauschmittel. Der Bankmann, der niemals Waren kauft oder verkauft, dem das Geld nur Zahlungsmittel ist, lernt das Geld als Tauschmittel gar nicht kennen, so wenig wie der Kaufmann, der den ganzen Tag mit eisernen Gewichten umgeht, das Eisen dadurch kennen lernt. Würde ein Eisentechniker in schwierigen Fachangelegenheiten sich an einen solchen Gewichtshantierer wenden? Nun, ein Bankmann ist auch nur ein Geldhantierer, und von allen Bankleuten besitzt das Reichsbankdirektorium diese Eigenschaft am reinsten.

Was geht es den Bankmann an, ob der Getreidepreis steigt oder fällt, oder ob der Durchschnittswarenpreis, der Index des „Economist“ sich verändert hat? Der Bankmann ist der einzige Gewerbetreibende, bei dem nicht nur das Soll, sondern auch das Haben aus Geld und Geldforderungen besteht. Ganz anders der Kaufmann, der Fabrikant, der Bauer. In seinem Jahresabschluß kommen alle Schwankungen der Währung, alle Berliner Puschereien unmittelbar zum Ausdruck, z.B. jetzt in Gestalt einer mächtigen aufgebauchten Summe für alle Posten auf der Habenseite.

Wollen wir also Sachverständige für die Beurteilung meiner Tätigkeit und Absichten anhören, so suchen wir sie überall, nur nicht bei der Reichsbank, deren ehemaliger Präsident Koch sogar es fertig brachte, ein dickes Buch über die Reichsbank zu schreiben mit einer Wiedergabe der einschlägigen Gesetze, worin das Wort Preis und Ware überhaupt nicht vorkommt! Ich meine, diese Tatsache genügt zum Beweise, daß die Reichsbank die Währungsfrage überhaupt nicht sieht. Das geht auch aus dem Umstand hervor, daß Havenstein immer nur von Zahlungsmitteln spricht. Der Bedarf an Zahlungsmitteln wird bei ihm zu einem Bedarf an Tauschmitteln! Und hier, in dieser mit dem Bankmannsberuf verfilzten Verknüpfung des wahren Wesens des Geldes ist letzten Endes die Ursache der Papiergeldwirtschaft und des Zusammenbruches zu erblicken.

Welche bösen Folgen diese ganze verkehrte Einschätzung des Bankmannsberufes uns bringen kann, haben wir jüngst wieder in Paris erfahren. Dort geschah das Unglaubliche, daß sich das Deutsche Reich zur Zahlung von 100 Milliarden Goldmark verpflichtete, ohne mit einem Worte die Veränderlichkeit der Kaufkraft des Goldes zu erwähnen, sodaß wir jetzt all den Fährnissen ausgesetzt sind, die die gewaltigen Schwankungen im Preise des Goldes mit sich bringen. Die diesen 100 Milliarden und ihren Zinsen entsprechenden Arbeitsleistungen können sich so unter Umständen verdoppeln und verdreifachen; wobei noch zu beachten ist, daß unsere 100-Milliarden-Gläubiger – Die Amerikaner werden es sein – keine weichherzigen Männer, sondern gerissene Ausbeuter, denen es nicht darauf ankommt, Deutschland zur ewigen Sklaverei zu verurteilen –, tatkräftig in die Gestaltung der Kaufkraft des Goldes eingreifen werden. Wenn das Deutsche Reich s. Zt. zwecks wucherischer Ausbeutung eines natürlichen Monopols eine Reihe von Kalibergwerken stilllegen und so den Amerikanern einige 100 Millionen mehr abluchsen konnte – warum würden die Amerikaner nach dem gleichen Verfahren jetzt nicht die afrikanischen Goldgruben stilllegen, um den Goldpreis zu heben? Und wenn das nicht genügt, warum sollten sie zu demselben Zwecke nicht von den 100 Milliarden einen Teil in die See versenken? – Kommt es nicht vor, daß man Schiffsladungen Ware in die See versenkt, um den Preis zu heben, daß man Hunderttausende von Bauarbeitern auf die Straße setzt, um ein weiteres Sinken des Hauszinses zu verhüten? – was der Wirkung nach dasselbe wäre, als wenn wir das Arbeitserzeugnis dieser hunderttausend Maurer in die See stürzten. Die Bankmänner, die das Deutsche Reich als Sachverständige nach Paris schickte, haben uns verraten, genau wie sie vor 50 Jahren das Wohl des Volkes an die Goldwährung verrieten. Den Börsenräuber Morgan haben wir jetzt zum Gläubiger, und Shylock zum Richter.

Dabei wäre es leicht gewesen, Sicherungen in genannter Richtung zu schaffen. In Woodrow Wilson hätten wir sogar einen verständnisvollen Helfer gehabt, – denn er selbst hat noch vor Jahren, noch als Professor, den Vorschlag gemacht, den Goldinhalt des Dollars den Schwankungen des Index, d.h. der ermittelten Durchschnittspreise, anzupassen – und so die Kaufkraft des Geldes zu festigen. Es ist das ein umständlicher Weg zur stetigen Währung, er hätte uns aber genügt. Jetzt ist es zu spät. – Schuster, bleib bei deinem Leisten! soll man dem Bankmann zurufen.

Meine Lage hier ist recht merkwürdig, fast einzigartig. Ich habe Ihnen, m.H., den Beweis zu erbringen, daß ich Fachmann bin, und um Sie urteilsfähig zu machen, muß ich Sie erst ebenfalls zu Fachleuten heranbilden und dazu Männer von ihrem Sockel reißen, die seit Jahrzehnten das höchste Ansehen als Fachleute genießen.

„Verbannt, was Ihr bisher angebetet; betet an, was Ihr bisher verbannt habt!“

muß ich Ihnen zurufen. Etwas werden Sie heute auch schon gelernt haben. Ich bin hier in einer ähnlichen Lage wie Galilei vor dem Papste, und bin, ich muß es zu meiner Schande gestehen, gerne bereit, wie Galilei es getan, alles zu widerrufen, was ich gesagt habe, und Havensteins Papiergeldwirtschaft als die geistreichste Puscherei zu bezeichnen, die seit den Zeiten der Schinderlinge, der John Law und der Assignaten von Fachleuten und Handwerkern betrieben wurde. – Manches von dem, was ich gesagt habe, wird Ihnen natürlich nicht gleich verständlich sein, ich müßte mich dazu viel breiter fassen. Ja, um ganz deutlich zu sein, müßte ich mein dickes Buch hier Zeile für Zeile vorlesen. Doch hoffe ich, daß Sie darauf verzichten. Es gibt aber unter den Streichen unserer Reichsbank auch solche, zu deren Beurteilung die Rechtsgelehrsamkeit genügt. Und da möchte ich Sie bitten, m.H., sich einmal als Rechtskundige die Inschrift anzusehen, die Herr Havenstein für die Banknoten verfaßt hat. Da steht: „Berlin, 1. Mai 1919 – also ganz frisch! – Die Reichsbank zahlt dem Inhaber bei Vorzeigung, ohne Legitimation 100 Mark.“

Beachten Sie, daß das Wort „zahlen“ von zählen herkommt, und daß ein Gegenstand nur dann zählbar ist, wenn er greifbar und auf irgendeine Weise durch Farbabtönung oder Flächenbegrenzung auch sichtbar ist. – Nun bitte, bemühen Sie sich zum Schalter der Reichsbank und lassen sie sich den greif- und sichtbaren Gegenstand zeigen, den die Reichsbank durch die Inschrift dem Inhaber zu „zählen“, d.h. vorzuzählen versprach! Der Kassenwart schlägt Ihnen die Tür wütend vor der Nase zu. – Die Inschrift bedeutet also, daß die Bank dem Inhaber die Note zurückgibt. Offenbarer Unsinn, Fälschung auf der wichtigsten Handelsurkunde; und zwar alles bewußt! Denn am 1. Mai 1919, als Havenstein da schrieb: Ich zahle jedem bei Vorzeigung dieses den hier angezeigten Betrag, da wußte er doch, was er schrieb. Den Tatsachen entsprechend müßte es hier heißen: „Diese von der Reichsbank ausgegebene Note hat gesetzliche Zahlkraft für 100 Mk. Wer sie einlösen will, wende sich an diejenigen, die Waren feil halten.“

Aber die Reichsbank macht sich eher vor jedem Dienstmädchen lächerlich, als daß sie eingesteht, am Ende ihres Lateins zu sein. Sie reitet aus Verblendung, vom Goldwahn besessen, das Reich noch immer tiefer ins Unglück. Über unseren Häuptern hängt der Papiergeldgletscher von 40 Milliarden, – der Gletscherbruch ist unvermeidlich, wenn nicht bald wirksame Maßnahmen ergriffen werden. Und dazu brauchen Sie eben nicht

einen Fachmann – es gibt ja so viele, die sich so benennen lassen –, sondern mich!

Jawohl, mich brauchen Sie, Sie alle. Das geht aus allen Maßnahmen hervor, die die Reichsregierung, die Bundestaatsregierungen, die Gemeinden jetzt ergreifen. Nirgendwo ein leitender Gedanke, nirgendwo die Spur einer Führung. Schlaff hängen die Zügel. Schießereien, Gerichtsverhandlungen, Todesurteile, bluttriefende Richterstühle, mehr ist nicht zu sehen. Flickarbeit, vollkommene Ratlosigkeit gegenüber der Arbeitslosigkeit, der Wohnungsnot; Hoffnungslosigkeit in den Arbeiterkreisen, Verzweiflung in den führenden Schichten. Immer neue Reibungen zwischen den Ministern, von denen die eine Hälfte rechts zieht, die andere wohl nach links möchte, aber den Weg dahin nicht findet: Dernburg – Wissel! Stillstand ist der Erfolg, und Stillstand ist heute die Ruhe, in der die Hagelwetter sich vorbeereiten. Der Wagen steckt im Sumpfe; Sie brauchen als Vorspann einen ungebrochenen Hengst, keinen Parteiklepper, – mich brauchen Sie!

Das wollen, das können Sie natürlich nicht glauben! Ich verstehe es. Wozu haben wir denn unsere Hochschulen? werden Sie fragen. Sie haben recht, so zu fragen. Wozu waren diese Hochschulen da, wenn man dort selbst der Ansicht war, daß auf den Hochschulen keine Politik zu dulden sei? Unsere Hochschulen sind von jeher auf dem Gebiete der Volkswirtschaft den Hochzielen verschlossen gewesen. Wer auf diesem Gebiete etwas lernen wollte, durfte keine Hochschule besuchen, der mußte die Volkswirtschaft erleben. Und das habe ich getan. Als Kaufmann, als Landwirt in Deutschland, in Spanien und Argentinien, in der Schweiz, und als Fabrikant habe ich die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge ergründet, meine Erkenntnisse zu einer Wissenschaft ausgebaut und so Theorie und Praxis, Wissenschaft und Leben verknüpft – zu beider Vorteil. Ich gedieh. Mir war die Theorie nicht grau, bares Geld war sie mir!

Wo sind die Scharen von Doktoren der Volkswirtschaftswissenschaften geblieben, die die Hochschulen Jahr für Jahr „auf den Markt werfen“. Jetzt, in diesen verhängnissschweren Zeiten gäbe es doch wahrlich genug Gelegenheit zu zeigen, daß man auf den Hochschulen auch etwas gelernt hat. Ja, wo sind sie? Jetzt z.B. müßte mit Entfaltung aller Kräfte gegen die ungeheure Gefahr angekämpft werden, die in dem beabsichtigten Abbau der Preise liegt. Tatsache ist, daß abgesehen vom Deutschen Freiland-Freigeld-Bund in Deutschland nur noch drei Männer das Geldwesen behandeln, und zwar jeder von ihnen nur einen kleinen Ausschnitt des gewaltigen Gebietes, nur den Teil, mit dem er im Leben in persönliche Berührung kommt. – Da ist Bendixen, Direktor der Hypothekenbank Hamburg, der das Geld mit einem Gepäckschein, mit einer Garderobenmarke vergleicht; [Bendixen ist inzwischen gestorben.] Professor Knapp, Jurist in Straßburg, der das Geld nur in seiner rechtlichen Beziehung zum Staate betrachtet, und Liefmann, Professor in Freiburg, der es nur als Bezieher eines Einkommens, seiner Bezüge, kennen lernt. Das Einkommen, sagt er, bestimmt die Höhe der Preise. Es kümmert ihn nicht, daß die Festbesoldeten die Forderung einer Gehaltserhöhung mit der Preissteigerung der Waren begründen.

Und mehr ist nicht da. Drei Mann hoch!

Das Gebiet des Zinses ist überhaupt ganz verlassen. Soweit die deutsche Zunge klingt: ich bin auf diesem Kampfplatz der einzige, der noch

kräht und krähen darf. Niemand, der mir zu antworten wagt! Der früheren Schreibseligkeit ist, seitdem meine Arbeiten bekannt geworden sind, der Schreibkrampf gefolgt; sie wissen mit ihrer Schulgelehrsamkeit nichts mehr anzufangen. Sie merken, daß sie auf den Hochschulen nicht zum Licht geführt wurden. Sie erfahren es jetzt wie bitter ernst es Lujo Brentano meinte, als er sagte: „In der Volkswirtschaftslehre gelangt eine richtige Lehre erst dann zur Anerkennung, wenn sie den Interessen einer mächtigen Partei entspricht, und nur solange, als diese mächtig ist; wird eine andere mächtiger, so gelangen auch die irrigsten Lehren wieder zu Ansehen, sobald sie den Interessen der Mächtigen zu dienen geeignet erscheinen ...“

Unter derartigen Verhältnissen kann man verstehen, daß die Hochschule auf dem Gebiete der Volkswirtschaftslehre nur geistige Krüppel züchten kann. Manchen der Bemitleidenswerten könnte ich noch helfen; doch ist das erschwert durch den gewaltigen Ballast, der erst gelöscht werden müßte. Und manchen ist zudem der Weg zu mir noch versperrt, weil meine Lehre niemanden kalt läßt, sondern zur Tat anreizt. Wie wird z.B. ein gerecht denkender Mensch, der die Zusammenhänge erfaßt hat, sich nicht empören gegenüber der Sabotage des Produktionsprozesses durch den Geldstreik der Geldmächte? Da er aber zu solcher Empörung unter den obwaltenden Verhältnissen Mut gehört, – so schweigen sie lieber. Die Zivilcourage ist eben, wie Bismarck schon sagte, ein gar seltenes Gut! Darum wiederhole ich, und zwar keineswegs in gehobener Stimmung, sondern mit dem Bewußtsein, eine Wahrheit zu sagen, die voller Unannehmlichkeit für mich ist: Mich brauchen sie jetzt hier und im Deutschen Reich! Nicht daß es an Männern fehlt, die die geistigen Fähigkeiten zu dieser Arbeit haben. Daran liegt es nicht. Aber niemand ist da unter den 70 Millionen, der sich für diese Aufgabe vorbereitet hätte. Ich allein tat es.

Deutschland ist jetzt nicht mehr als Gläubiger am Zins beteiligt, sondern als Schuldner. Deutschland muß ans Ausland Zins zahlen, und in diesem Falle muß Deutschland wie jedem Schuldner daran liegen, daß der Zinsfuß zurückgeht. Ob der Zinsfuß 5 oder 4 ist, macht für Deutschland gleich Milliarden aus. Wer kann nun zielsicher in die Entwicklung des Zinsfußes eingreifen? Ich kann es, sonst niemand. Von mir hängt es ab, ob Deutschland unter der Zinsenlast zusammenbricht oder nicht.

Deutschland ist aber nicht nur an der Höhe des Zinsfußes beteiligt, sondern auch am Preise des Goldes. Je niedriger dieser Preis, umso leichter die Last. Unter 70 Millionen Deutschen, die im Nebel der verworrenen Marxschen Wertlehre umher irren, werden Sie aber niemand finden, der sich diese Last nachprüfend näher betrachtete. Ich tat es, – sonst niemand. Sie sind alle, wie die Katzen um den heißen Brei, um die Währungsfrage herumgegangen oder haben, wie die Marxisten oder die Bettler, das Geld einfach angestaunt. Ich habe mir das Geld kritisch angesehen und habe gefunden, daß man hier viele Mittel hat, um den Goldpreis fast beliebig zu unserem Schaden wird heben können, – wie ich das schon vorhin erwähnte. Ohne daß Morgan und seine Spießgesellen mir in die Quere kommen könnten, würde ich durch eine ganze Reihe das Ziel verfolgender Maßnahmen einen ungewöhnlichen Druck auf den Goldpreis ausüben können und so die Schuldenlast zwar nicht abwerfen, aber doch erleichtern können. Leicht wäre es, die Last um 20 – 30 – 50 Prozent zu mindern.

So wie ich Ihnen das hier sage, werden Sie wohl an Reineke Fuchs denken und meinen, ich verspreche hier wunder was, um aus der Falle zu kommen. Was ich sage, kann jeder nachprüfen. – In meiner Schrift „Aktive Währungspolitik“ und in einer spanischen Schrift „La Pletora monetaria Argentina“ sind eine Reihe bestimmter Vorschläge gemacht, die jedermann sofort einleuchten. Wenn ich mich auch nicht auf Alchimie verstehe und kein Gold machen kann, – eines verstehe ich: die kaufmännische Alchimie, d.h. die Kunst, die Gestaltung des Goldpreises zu beeinflussen.

Stand es aber derart mit der wissenschaftlichen Vertretung der Volkswirtschaft, so frage ich Sie, m.H., was sollte ich tun, jetzt, da es mir gelang, diesen schwarzen Erdteil endlich zu durchqueren und der grauen Theorie zu lichtsprühendem Leben zu verhelfen? Glauben Sie nicht, daß es so etwas gibt wie sittliche Pflicht, und daß ich die Pflicht hatte, meine idyllische Studierstube am Züricher See zu verlassen und in diesen so außergewöhnlichen Zeiten die Arbeit zu verrichten, für die sich ja doch sonst niemand vorbereitet hatte? Sollte ich mich durch kleinliche juristische, partikularistische oder gar erschießliche Bedenken abhalten lassen? Sollte ich nur an mich, an meine Angehörigen, an diesen blutrieselnden Richterstuhl denken? Nur an mich? Ist das die erste Bürgerpflicht des braven Mannes? Das ist nun einmal sicher: Feiglinge, selbstsüchtiges Gesindel kommen nicht vor den Richter. Die bleiben hübsch zu Hause und mehren ihr Gut. Nicht einmal für die Bürgerwehr sind sie zu haben.

Also wie ist es, sollte ich nur an meine Sicherheit denken, nachdem mir die Pflicht den Weg zeigte, den ich ging? Wer solches von mir fordert, der hat sicherlich in seinem Leben noch niemals empfunden, was sittliche Pflicht ist, der hat keine Vorstellung von dem, was es heißt, vom Schicksal als Lastträger einer der Menschheit gehörenden Wahrheit erkoren oder besser gesagt, verurteilt worden zu sein, und noch dazu einer Wahrheit von solcher Tragweite wie diese. Seit 3000 Jahren, seit Lykurg suchte man nach der Quelle des Zinses. Vergeblich. Mir gelang es, sie im herkömmlichen Gelde festzustellen. Lange Jahre war ich in Sorge, daß ich verunglücken könnte, ehe ich meinen Fund seinem rechtmäßigen Eigentümer ausgehändigt hätte, ehe es mir gelänge, den Bann des Totschweigens zu brechen. Seit 30 Jahren bin ich bestimmt nicht eine einziges mal zu Bett gegangen, ohne mich zu fragen, was ich noch tun könnte, um meinen Schatz loszuwerden, ihn zum Gemeingut zu machen. Wahrhaftig, keinem Christophorus ist je eine so schweres Kind auf die Schulter gebürdet worden!

Und nun, da mich das Proletariat aufforderte, sollte ich mich, mein ganzes Leben verleugnen, sollte ich das Proletariat verraten?

Sie werden zugeben, daß das zuviel von mir verlangt wäre, und daß, wenn die Gesetze meine Handlung mißbilligen, in diesem Falle nicht ich dem Gesetze, sondern das Gesetz mir zu weichen hat. Über allen Gesetzen, über dem Staat und seinen provisorischen Interessen steht das Ewige, der nach dem Kompaß des Gewissens handelnde Mensch. Weg mit den Gesetzen, die dem Menschen nicht gestatten, sich als Mensch zu gebärden. Der Mensch, nicht der Staat, ist das Maß aller Dinge!

Ich sagte zu Beginn, daß eine Mischung von mancherlei Trieben mich zur Annahme des mir angetragenen Amtes veranlaßt habe, eine Flut von Hoffnungen und Befürchtungen. Mehrere dieser Triebe habe ich genannt. Der Hauptgrund ist aber folgender: Ich bin Individualist, Eigen-

ständler, lehne für den Menschen jede Bevormundung durch andere Menschen ab. Die Selbständigkeit, die Selbstverantwortung will ich verstärken, vertiefen. Keine Proletarier, nein, nicht *einen*; keine Knechte, keine Herren! Alle diese Abhängigkeiten will ich auflösen. Das Lohnverhältnis der Arbeiter zum Unternehmer will ich durch Sicherung ihrer wirtschaftlichen Unterlagen, durch Auflösung der Arbeiter-Reservearmee zu einem gewöhnlichen Handelsvertrag gestalten, bei dem keinem der beiden Teile ein Übergewicht verbleiben wird, und zu dessen Schutz es keiner besonderen Gesetze bedarf. Alles, restlos alles, was zum Schutze der Arbeiter auf dem Wege der Gesetzgebung durch 1000 Bestimmungen und Polizeiverordnungen kümmerlich und lückenhaft erzielt werden kann, das und viel mehr schafft in aller Vollkommenheit die Auflösung der Arbeiter-Reservearmee. Der Begriff Arbeiter als eines, des besonderen Schutzes durch die Gesetze bedürftigen Menschen verschwindet mit dem Freigeld. Der Lohn ist dann einfach nichts als der Preis eines fertiggestellten Arbeitserzeugnisses. Der Unternehmer, dem Gesetze des Wettbewerbes unterworfen, wird, weil es ihm selbst nützt, freiwillig alles das tun, was das Gesetz ihn heute zu tun zwingt. Wer es versäumt, findet dann einfach keine Arbeiter oder muß höhere Löhne zahlen. Auch Beamtenstellen im Staatsdienst sind auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken. Keine Anstalten und Anstaltsmenschen, freie Menschen brauchen wir, – Menschen, die je nach Veranlagung an ihren Lastern zugrunde gehen oder an ihrer Tugend zur Gottheit streben. Ich will die Gesetze der natürlichen Auslese, die, wie Moses sich noch ausdrückt, den Ungehorsamen vor dem Angesichte Gottes ausrotten, in ihrer vollen, wundertätigen Wirksamkeit erhalten. Hier, in diesen heiligsten Einrichtungen der Natur, dulde ich keinen Eingriff der Menschenhand. – Hände weg!

Weil nun jedes äußere Vorrecht einen solchen Eingriff bedeutet und die Auslese fälscht, darum hauptsächlich hasse ich den aus der Zinsknechtschaft, aus dem Kapitalismus hervorgehenden Klassenstaat. Weg mit den Vorrechten jeglicher Art, die das Korn zerstören und das Unkraut schonen, die uns mit all dem Minderwertigen umgeben, das uns zu verschlingen droht! Ich will den Wettstreit, scharfen Wettstreit. Auch das freie Wahlrecht für die Frauen will ich, und zwar das große, freie Zuchtwahlrecht. Ich erblicke hierin den einzigen Weg zur Veredlung der Sitten, die einzige Möglichkeit, den Kampf wider die Unzucht, wider die gesellschaftlichen Laster, vornehmlich gegen die Trunksucht, wirksam und rechtzeitig zu Ende zu führen.

Der Wettstreit ist der einzige Weg zur göttlichen Hochzucht der Menschen, – Wettstreit von früh bis spät, von der Wiege bis zum Grabe. Aber dieser Wettstreit soll auf vollkommener Ebene ohne Vorrechte ausgefochten werden, der Sieg darum nur angeborenen, vererbungsfähigen Eigenschaften zuzuschreiben sein. Diesen Wettstreit denke ich mir nicht in der Auswirkung roher Kräfte. Nein, denn diese braucht der Mensch nicht mehr. Das ganze unübersehbare Gebiet friedlicher Betätigung in Gewerbe, Kunst, Wissenschaft, Gesetzgebung, geselligem Leben, im Landbau, in der Tierzucht, das ist die Kampfbahn des Wettstreites. Nach hohen, immer höher zu schraubenden Leistungen wird jeder streben müssen, der in der Gesellschaft der Männer und Frauen nicht ins Hintertreffen geraten will. Dieses Hintertreffen setzt sich um in Hemmungen mancherlei Art, vor allem bei der Gründung und Erhaltung der Familie und dem-

zufolge in geringere Nachkommenschaft. Auf diesem Wege, ohne irgend welchen Kunstgriff irrender Behörden, gelangen wir dahin, daß das Wertvollere gefördert, die Söhne der Lasterhaften, der Schutzzöllner und Verbrecher aber immer weniger Nachkommenschaft hinterlassen. – Und so sehe ich, wie das stille, folgerichtige Walten der Natur uns umformen wird zu einem neuen, schönen, dem Lichte zugewandten Geschlechte.

Diesem hohen Ziele stehen die beiden heutigen Hauptrichtungen in der Wirtschaftsordnung, der Kapitalismus und der Kommunismus, also die Zinsknechtschaft und der Gemeinschaftsbetrieb, gleich hemmend im Wege. Die Gemeinwirtschaft hebt den Wettstreit mehr oder weniger vollständig auf, und die Zinswirtschaft fälscht seine Bedingungen. Sie kennen die Vorschläge Rathenaus, Neuraths, Berthold Ottos. Überall Zwang, nichts als Zwang, Angestellte und der Staat, d.h. eine allgewaltige Bürokratie. Diese Bürokratie leitet nun die Menschheit ihren Weg. Von ihr hängt die Auslese ab. Sie fördert den Menschenschlag, der ihr gefällt, sie hemmt an anderen Stellen. Wohin führt sie uns? Wer sagt uns, daß die Leitung gerade den Edelsten, den Tüchtigsten zufallen wird, und nicht etwa den Gewaltmenschen, den Strebern, den Demagogen? Sicher ist: Wer durch die Politik und nur allein durch sie zur Macht gelangen will, der muß auf alles verzichten, was der Majorität nicht erreichbar ist. Und das ist zuweilen das Beste. Wenn alles und jedes, was in den vergangenen Zeiten unternommen wurde, nur durch Mehrheitsbeschluß hätte unternommen werden können, – dann würde ganz bestimmt die Sonne noch heute die Erde umkreisen, und Amerika wäre noch nicht entdeckt.

Darum erblicke ich in jeder Erweiterung des staatlichen Machtbereichs eine schwere Gefahr, und im allumfassenden kommunistischen Staate Ottos, Rathenaus und Neuraths geradezu den Zusammenbruch, den Untergang der Menschheit. Und gegen diese drohende, ungeheure Gefahr kämpfe ich und opfere diesem Kampfe meine ganze Kraft. Niemals ist m.E. die Menschheit in größerer Gefahr gewesen. Der Kaiser Wilhelm gab jedem, der in Deutschland unzufrieden war, den Rat, auszuwandern. Wie aber soll im Staate Neuraths der Unzufriedene denn noch auswandern? Der Staat hat und behält ja alles: die Eisenbahn, die Schiffe und alles Gut. Man überlege doch nur einen Augenblick, wohin es führen muß, wenn der Staat die Druckgenehmigung für alle schriftstellerischen Arbeiten zu geben hat und dann auch noch obendrein den Druck besorgt? Der Staat zahlt den Schriftstellerlohn, und zwar nach bestimmten Sätzen und je nach Beschaffenheit. Auch staatsfeindliche Besprechungen werden vom Staate als Arbeiten 1. bis 5. Güte abgeschätzt und entsprechend entlohnt! So geht`s auf dem ganzen Gebiet der Arbeit. Ihr Richterstuhl hier, m.H., rieselt nur von Blut, – aber vor Neuraths Richterstuhl wird die Seele der Kunst, der Wissenschaft und des Handwerks hingerichtet. Er, der Staat, gibt dadurch, daß er die verschiedenen Leistungen abschätzt, die Richtung an, auf der das ganze Volk sich zu bewegen hat! Ich übertreibe nicht. Man lese nach im Katechismus unserer Kommunisten!

Ich verstehe Neurath, wie ich alle Kommunisten verstehe; sie wollen heraus aus der Hölle der Zinsknechtschaft, und da sie keinen anderen Ausweg kennen, so sagen sie sich: Dieser Zwangskommunismus ist wahrhaftig kein Paradies, aber für die ausgebeuteten Volksteile ist er das

kleinere Übel. (Eine freilich verkehrte Annahme.) Für den Kommunisten gibt es eben nur Kapitalismus oder Kommunismus.

Für mich besteht dieses Entweder – oder nicht, weil ich noch zur rechten Zeit einen Notausgang aus der kapitalistischen Hölle in die Freiheit entdeckte. Zur rechten Zeit, sage ich, weil ich zureichenden Grund für die Annahme habe, daß es meinen nun schon zahlreichen und weitverbreiteten Freunden gelingen wird, die Arbeiterbewegung von den kommunistischen Zielen ab auf die Bahn der vorrechtslosen Freiwirtschaft zu lenken. Diese zuversichtliche Hoffnung habe ich immer und zwar vom ersten Tage an gehabt. Sie gründet sich letzten Endes auf die innere Wahrheit meiner Lehre. Nur einmal war ich im Zweifel, ob ich nicht zu spät auf der Bildfläche erschienen sei. Und das war hier in München, als mich die Räteregierung zum Finanzmann ernannte. Räteregierung und Bolschewismus sind ja heute verwandte Begriffe, und die Bolschewisten sind ausgesprochene Kommunisten, Zwangskommunisten, – nicht Kommunisten von der feinen Landauerschen Richtung.

Allerdings, die Münchner Räteregierung hatte noch kein wirtschaftliches Ziel oder Programm. Ich hatte ihr gegenüber keinerlei Verpflichtungen übernommen. Aber ich war mir völlig bewußt, daß jede Räteregierung, die nur das oben genannte Entweder – oder kennt, zwangsläufig in den Kommunismus mündet.

Da gab es für mich kein Besinnen. Ich handelte nach dem Grundsatz: Widerstehe den ersten Anfängen! Zwar sah ich die Stadt nicht im Feuer – wie man den Bolschewismus zu zeichnen pflegt –, aber Anstalten sah ich, nichts als Anstalten: Staat, Behörden, Uniformen, preußischen Drill, Nummern, Zwang, Schlüssel. Ketten, – Ketten wie im Gefängnis von Stadelheim, wo der Mensch aus einer Hand in die andere geht, niemals seinem Willen überlassen ist. Und damit verglich ich die göttliche, freie Entwicklung, wie ich sie mir im Freistaat vorstelle.

Und da griff ich zu. „Alle Mann auf den Damm!“ schrieb und drahtete ich meinen Freunden. Und von allen Seiten eilten sie herbei, um zu löschen und aufzubauen.

Irgend ein Verrat an Parteibestrebungen lag hier nicht vor. Niekisch und Landauer, die meine Wahl vorgeschlagen, wußten, was sie taten, wußten, daß ich keine Puppe bin. Sie kannten meine Ziele, die den Kapitalismus, die Zinsknechtschaft bekämpfen, aber ebenso sehr den Kommunismus, die Gemeinwirtschaft. Ihrer Unterstützung war ich sicher. Landauer hatte in seinem Buche meine Vorschläge mit Anerkennung begrüßt. – Zudem haben mir Stichproben, die ich, wo ich nur kann, mache, bei den Bauern, bei den Arbeitern, Beamten, regelmäßig meine Ansicht bestätigt, daß der Untergrund der kommunistischen Strömung in der Hauptsache aus Hunger, Rat- und Hoffnungslosigkeit besteht. Alle horchen gleich aufs Höchste gespannt auf, wenn man ihnen in der Freiwirtschaft den Notausgang aus dem Kapitalismus und Kommunismus, aus Zinsknechtschaft und der Gebundenheit des Gemeinschaftsbetriebes zeigt. Die Arbeiter, und gerade die tüchtigeren, streben nach Freiheit; Zwang und Bevormundung haben sie genug zu kosten bekommen. So wäre es meinen Freunden verhältnismäßig leicht gewesen, den kommunistischen Staudamm zu durchstoßen und den Strom der Arbeiterbewegung in seinem natürlichen, durch Freiland und Freigeld geregelten Bett dem sozialistischen Ziel zuzuleiten.

Weltumfassende Aufklärungsarbeiten, deren Kosten nicht vom bayerischen Staate, sondern vom Deutschen Freiland-Freigeld-Bund bestritten wurden, das sollte unsere erste Arbeit sein. Durch ein besser aufgeklärtes Volk wollte ich mich in meinem Amt bestätigen lassen. Von Anmaßung und Gewaltherrschaft keine Spur. Das, was allen verständigen Menschen immer als der einzige Weg erschienen ist: Abbau der Zinswirtschaft statt Umsturz, das hätte hier in Bayern mit Zustimmung und Unterstützung des Volkes zum ersten Male in der Weltgeschichte in Angriff genommen werden können.

Aus diesen Ansätzen ist aber zunächst noch nichts geworden. Die Kommunisten setzten mich ab, und die Sozialisten kerkerten mich ein. Ich habe es ihnen verziehen; hoffentlich verzeiht es ihnen auch das Proletariat.

Das waren die Hauptbeweggründe meines Handelns gewesen. Dazu kam noch die etwas spießbürgerliche Erwägung, daß, wenn ich ablehnte, ich eigentlich persönlich verantwortlich zu machen wäre für all die Torheiten, die dann vielleicht ein weniger Erfahrener an meiner Stelle begehen würde. Ich wenigstens halte es für selbstverständliche Bürgerpflicht, daß jeder in entscheidungsschweren Zeiten dort eingreift, wo er glaubt, Unheil, Schaden, Verbrechen, Hochverrat, Amtsanmaßung und dergleichen verhindern zu können, unbeschadet der Möglichkeit, daß man ihn darob selber der Amtsanmaßung und der Beihilfe zum Hochverrat anklage. Zuerst kommt die Erfüllung der Pflicht, und dann die Überlegung, ob die Tat uns Lob oder Tadel einbringen wird. Handle jeder wie Hindenburg, der ebenfalls von den Soldatenräten das Amt eines Demobilisierungskommissars annahm, ohne sich um die rechtliche Fragen zu kümmern; er hat dadurch unsagbares Unheil verhindert. Bei mir wurden diese Beweggründe durch die Zeitumstände und die Bedeutung der Sache derart verstärkt, daß ich nach juristischen Bedenken überhaupt nicht gefragt habe. Solche Bedenken erschienen mir wahrlich zu kleinlich, so daß ich überzeugt bin, daß trotz der altmodischen, jetzt noch üblichen Einsperrerei, trotz der Lebensbedrohung, der Mißhandlung und Beschimpfung, die mir meine Handlungsweise eintrug, vielleicht auch im Hinblick auf die treue Anhänglichkeit, die mir meine Münchner Freunde gezeigt haben, ich künftig in gleicher Lage genau wieder so handeln würde.

Die Strafe, die sogenannte Strafe, die Sie über mich verhängen mögen, wird, da sie nur als abschreckende Strafe gedacht sein kann, ihren Zweck nicht erreichen. Dem Gewissen, dem gebieterischen inneren Drang gegenüber versagen solche schulmeisterlichen Erziehungsmittel.

Ich sprach bis jetzt in Hinsicht auf mein eigenes Wohl. Wenigstens war das meine Absicht. Ich möchte aber noch einige Worte zum Wohle der Allgemeinheit, zum Vorteil des Staates, sozusagen als Staatsanwalt hinzufügen. Der Staat, dessen Wohl Sie hier zu vertreten vermeinen, entpuppt sich in dieser Angelegenheit als ein recht zwitterhaftes, widerspruchsvolles Wesen.

Hat der Staat, den Sie vertreten, wirklich Vorteil davon, den Entdecker des im Zinswesen steckenden Spaltpilzes einzukerkern und ihn so daran zu hindern, sich weiter an der Ausrottung der Zinsseuche zu betätigen, an der der Staat jetzt zu verenden droht?

Der Finanzminister, der den Zins für die jetzigen ungeheuren Staatsschulden aufzubringen hat, wird diese Frage selbstverständlich glatt verneinen. Laßt ihn laufen, wird er sagen, vielleicht gelingt es ihm, den Geldmarkt so zu gestalten, daß ich den Zinsfuß der bayerischen Staatsschulden von 5 auf 4 oder 3 Prozent herabsetzen kann. Das würde eine Ersparnis von 300 bzw. 400 Millionen an Zinsen jährlich bedeuten.

Aber der Finanzminister ist ja nur ein Angestellter der am Ruder stehenden Parteien. Kämen nun die Gläubiger der Staatsschulden ans Ruder: würden die sich auch wie der Finanzminister für eine Verringerung der Zinslasten begeistern? Würden die nicht umgekehrt sagen: Das wäre unseren Schuldnern, den bayerischen Steuerzahlern, wohl recht, wenn der Zins herunterginge; aber wie sollen wir dabei bestehen? Haltet den Mann, der den Zinsbazillus entdeckte; zerbrecht ihm seine Wünschelrute, kerkert ihn ein! Der Staat, das sind wir, die Gläubiger! Dem Finanzminister ist eine Rüge zu erteilen!

Sie sehen, m.H., daß es für Sie nicht so leicht ist, hier zu richten und als Anwälte eines verschuldeten Volksstaates ihr Urteil ohne Voreingenommenheit abzugeben. Sie können doch unmöglich zugleich für Shylock *und* für seine Schuldner eintreten. Was aber noch toller ist: diesen widerstrebenden Belängen gegenüber können Sie sich nicht einmal neutral verhalten. Ich greife den Zins wirksam an, ich habe die verwundbare Ferse des Kapitals entdeckt. Wenn Sie mich verurteilen, wird Shylock sein Wort wiederholen können: „Dies ist der närrische Gesell, der Geld umsonst auslieh. Acht auf ihn, Schließer!“ (Kaufmann von Venedig.) Sämtliche Börsenspieler und Wucherer, Schutzzöllner und Müßiggänger werden Ihnen begeistert zujubeln, und Sie werden sich der Liebkosung des Gesindels nicht erwehren können. Sprechen sie mich dagegen frei, so nehmen Sie Partei für den Finanzminister, für die Steuerzahler, für die besitzlose Arbeiterwelt, für die Bauern. Moses, Lykurg, Pythagoras, Licinius, die Kirchenväter werden Ihnen verständnisvoll zunicken, sich zum letzten Male im Grabe herumdrehen und nun endlich die ewige Ruhe finden.

Wie schwer ist es doch zuweilen dem Richter gemacht, unparteiisch zu bleiben!

Ich habe mir den Fall überlegt und bin zu folgendem Schluß gekommen: Der Kampf für und wider den Zins, – oder was heute hier gleichbedeutend ist: der Kampf für oder wider mich, – wie man ihn nicht auf der Hochschule ausfechten kann, so auch nicht vor Gericht. Ich bin sozusagen die fleischgewordene Lehre vom Zins, und wenn Sie von dieser Zinstheorie absehen, so bleibt nichts als ein Häufchen Asche, nichts Greifbares für den Staatsanwalt. Was Sie darum an mir einkerken oder erschießen würden, das wäre die Theorie des Zinses. Wollen Sie nun hier eine Lehrmeinung, und zwar eine wirtschaftliche Lehrmeinung aburteilen? Erinnern Sie sich der Aussage Brentanos, die ich vorhin anführte. Die Lehre vom Zins ist nicht nur eine Frucht wissenschaftlicher

Forschung; sie ist das Scheidewasser für edle und unedle Geister, aber daneben auch, solange es noch Menschen gibt, die sich vom Zins, vom fremden Arbeitsertrag nähren, ausgesprochenes politisches Gift, gefährlichster Korruptionsstoff. Und da möchte ich Ihnen, m.H., um Schaden von unserem Gerichtswesen abzuwenden, raten: Halten Sie sich fern von diesem Gift, tragen Sie es nicht in den Gerichtssaal hinein. Berühren Sie Silvio Gesell nicht. Er hat für Sie als Richter die Räude, ist aussätzig. Jeder Richter, der sich an diesem Manne vergreift, besudelt sich und seinen ganzen Stand. Heraus aus dem Gerichtssaale mit der Theorie des Zinses! Hände weg von Silvio Gesell!

Verhandlungsbericht.

München, 9. Juli 1919. Beginn nachmittags 3 Uhr 40. Ende 9 Uhr.
 Zusammensetzung des Standgerichtes: drei Zivil- und zwei Militärrichter.
 Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Diesel. Die Anklage vertritt Staatsanwalt
 Hahn. Verteidigung: Rechtsanwalt Dr. Gundelwein.

Zuerst werden die Personalien des Angeklagten Silvio Gesell festgestellt.

Staatsanwalt: Ich klage an: Silvio Gesell, es gemeinsam mit anderen unter-
 nommen zu haben, die Verfassung des Bundesstaates Bayern gewaltsam zu
 ändern; Dr. Theophil Christen und Dr. Karl Polenske, dem Silvio Gesell zur
 Begehung des erwähnten Verbrechens durch die Tat wissentlich Hilfe geleistet
 zu haben.

Durch das vorläufige Staatsgrundgesetz vom 17. März 1919 war für den
 Bundesstaat Bayern eine Verfassung geschaffen. Mit dem Ziel und dem Zweck,
 diese Verfassung gewaltsam zu ändern und die gesetzmäßige Regierungsgewalt
 zu stürzen, wurde am 7. April 1919 in München für Bayern die Räterepublik aus-
 gerufen. An deren Spitze stand der „revolutionäre Zentralrat Bayerns“. Nach des-
 sen Ansicht sollten „von den Räten des arbeitenden Volkes bestellte, dem Volke
 verantwortliche Vertrauensmänner als Volksbeauftragte für bestimmte
 Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten erhalten.“

Als Volksbeauftragter für Finanzen wurde Silvio Gesell bestellt. Er hat dieses
 Amt bis zum Sturze der ersten Räteregierung, bis zum 14. April 1919, geführt
 und als Volksbeauftragter eine Reihe von Anordnungen getroffen, welche nur
 einer gesetzmäßigen Regierung zugekommen wären, und hat dadurch beige-
 tragen, die Verfassung gewaltsam zu ändern.

Vorsitzender: Worin hat Ihre Tätigkeit bestanden?

Gesell: Meine Tätigkeit war eine sehr geringe. Ich erfüllte die laufenden
 Aufgaben auf ganz spießbürgerliche Weise, wie sie jeder andere auch erfüllt
 hätte. Daneben war meine Hauptaufgabe, ein Wirtschaftsprogramm für Bayern
 und gleichzeitig für das Deutsche Reich auszuarbeiten

Vorsitzender: Haben Sie sich dazu in der Lage geglaubt, wo die bayrischen
 Verhältnisse Ihnen doch fremd waren?

Gesell: Ja. Die bayrischen Verhältnisse sind genau so wie in der ganzen Welt.
 Die Schwierigkeiten sind die gleichen; was verschieden ist, ist untergeordnet.
 Die Hauptsachen sind überall gleich. Die wichtigsten Grundlagen sind die Lohn-
 Theorie, die Kapital- und Arbeitslosen-Theorie und die Grundrenten-Theorie.
 Wer sich darin stark weiß, der kann die Finanzen eines Landes oder einer Stadt
 führen.

Vorsitzender: Glaubten Sie, daß in Bayern die Reformen zunächst allein durchgeführt werden könnten, wo es doch in weltwirtschaftlichem Zusammenhang steht?

Gesell: Was nicht im kleinen durchführbar ist, läßt sich auch nicht im großen durchführen. Bayern ist ein großer Staat, es kommt nicht auf die Zahl der Menschen an, sondern auf die Qualität der Menschen.

Vorsitzender: Worin bestand Ihre Tätigkeit?

Gesell: Meine Tätigkeit bestand in der Vorbereitung eines Finanzprogramms, das ich dem Zentralrat vorgelegt hatte. Bei dessen Begründung wäre es zum Klappen gekommen mit den Kommunisten. Wenn ich den Zentralrat für mich gewonnen hätte, wäre ich geblieben, und sonst gegangen. Daran wurde ich gehindert, weil ich abgesetzt wurde.

Vorsitzender: Haben Sie Ministerrats-Sitzungen beigewohnt?

Gesell: Nein. Ich bin nur zuweilen in der Zentralratsversammlung gewesen, weil man mich dorthin rief wegen Ausgabe von 100 Millionen neuer Banknoten; sonst war ich vielleicht eine Stunde dort.

Vorsitzender: Haben Sie bei Beschlüssen des Zentralrats mitgewirkt?

Gesell: Die politische Verfassung des Zentralrats interessierte mich nicht. Ob sie gestürzt wurde, war mir ganz einerlei. Ich führte das Amt als ein Provisorium.

Vorsitzender: Ist Ihnen nicht bekannt geworden oder zum Bewußtsein gekommen, daß die Räteregierung durchgedrückt wurde gegenüber einer rechtlichen Regierung, daß die organisierte Arbeiterschaft bewaffnet wurde?

Gesell: In einer Versammlung hörte ich Landauer, wie er gegen die Bewaffnung der Arbeiter und Soldaten redete. Das ist nur kurze Zeit gewesen. Ich habe mich nicht beteiligt, ich war auch nicht ein einziges Mal bei einer Abstimmung anwesend.

Vorsitzender: Wußten Sie von der Unterdrückung der Presse, vom Verbot der Versammlungen, von der Festnahme der Geiseln?

Gesell: Hinterher habe ich von den Zwangsmaßnahmen erfahren. Beteiligt habe ich mich nicht.

Vorsitzender: Was wußten Sie über die Öffnung der Bankfächer und über die Tätigkeit des revolutionären Bankrates?

Gesell: Den revolutionären Bankrat wollte ich auflösen. Am Tage nach meiner Entlassung sollte das besprochen werden. Die Öffnung der Bankfächer war unnötig und schädlich.

Vorsitzender: Wie endete Ihre Tätigkeit?

Gesell: Am Sonntag arbeiteten wir am Finanzprogramm. Wir besprachen alle möglichen Formen für die große Vermögensabgabe. Dann erschienen Soldaten, die das Büro besetzten. Das war am 13. April, Palmsonntag. Die Soldaten ließen uns noch einmal heraus, weil wir sagten, wir hätten zu tun und wollten zum Essen gehen. Wir kamen zurück, um die Arbeit zu vollenden. Dann bekamen die Soldaten Auftrag, uns irgendwohin zu führen. Nachts wurden wir von den Kommunisten, die den Bahnhof gestürmt hatten, befreit und nach Hause gebracht. Wir schliefen, und am Vormittag gingen wir wieder ins Finanzministerium und arbeiteten weiter, bis wir vom Zentralrat die telephonische Mitteilung erhielten, daß ich meines Amtes entsetzt sei. Wir packten unsere Sachen ein, die Bücher und die Papiere, und damit war alles beendet. Weiter habe ich mich nicht mehr um die Räterepublik gekümmert. Durch die fol-

genden Ereignisse erfuhr ich, daß es ein kommunistischer Zentralrat war. Gegen den konnte ich nichts machen, weil er den Generalstreik erklärte und die Versammlungsfreiheit aufhob. Es waren Leute unterwegs, Freunde von mir, die mir geholfen hätten; aber sie fanden dann kein Feld, sich zu betätigen. Es waren Dr. Schneider aus Bern, Herr Schwarz aus Schwarzenburg und Professor Polenske aus Greifswald. Sie gingen unverrichteter Dinge wieder heim, weil keine Möglichkeit zur öffentlichen Meinungsäußerung war.

Vorsitzender: In welcher Weise haben Dr. Christen und Professor Polenske sich betätigt?

Gesell: Herr Dr. Christen ist seit vielen Jahren mit mir befreundet. Er kennt gründlich meine Bestrebungen. Er hat sie in selbständigen Schriften bearbeitet und Teilfragen in mathematische Formeln gebracht und außerordentlich fleißig gearbeitet. Als ich zum Finanzminister ernannt war, begab ich mich nach Hause und fragte ihn, ob er mir helfen wolle als mein Privatsekretär. Er sagte ohne weiteres ja, ohne nach der Regierungsform zu fragen. Die Hauptsache war für ihn die Förderung der Sache. Er war nicht in amtlicher Stellung.

Vorsitzender: Hatten Sie nicht Beiräte? Christen und Polenske waren nicht kraft öffentlicher Anstellung, sondern private Mitarbeiter?

Gesell: Ja, private Mitarbeiter. Was ich zu bearbeiten hatte, waren so außerordentlich umfangreiche Dinge, daß ich froh war, Dr. Christen zu haben, der eine große Arbeitskraft ist. In irgendeiner Weise politisch ist er nicht tätig gewesen. Im Zentralrat wußte man nichts von seiner Tätigkeit im Finanzministerium. Polenske war in den letzten Tagen eingetroffen, vielleicht Freitag oder Donnerstag. Er war in Greifswald, kannte unsere Bestrebungen, und als er in der Zeitung las, daß ich im Finanzhause war, kam er hierher geeilt, um das Volk aufzuklären.

Vorsitzender: In der Broschüre nennt er sich Rechtsbeirat.

Gesell: Ja, er war privater Rechtsbeirat und Dr. Christen mehr Beirat auf wirtschaftlichem Gebiete.

Vorsitzender: Woher kamen die Mittel?

Gesell: Die Mittel, um das zu bestreiten, bekam ich vom Deutschen Freiland-Freigeld-Bund.

Vorsitzender: Sie bekamen kein Gehalt?

Gesell: Nein, auch Dr. Christen und Polenske nicht. Bis jetzt hat mir der Staat noch keinen Pfennig bezahlt. Wenn er es noch tun will, nehme ich es gerne an. Ich habe keine Forderung an Bayern gestellt.

Vorsitzender oder *Staatsanwalt:* Sind Sie sich nicht über staatsrechtliche Fragen klar geworden, wie es mit dem Ministerium Hoffmann stehe?

Gesell: Ich hatte keine Zeit, mich mit diesen Sachen zu befassen.

Vorsitzender: Das ist aber der Hauptpunkt der Anklage.

Gesell: Diese Anklage geht mich wenig an.

Vorsitzender: Haben Sie vom Ministerium Hoffmann nichts gewußt? Das stand doch in den Zeitungen.

Gesell: Ich kann nicht sagen, nichts gewußt. Daß im November das bayrische Volk den König gestürzt hat und das Königtum abgeschafft war, das wußte ich, und daß ich das ganze bayrische Volk für Hochverräter hielt.

Staatsanwalt: Das bayrische Volk hat aus allgemeinen Wahlen und auf allgemeiner Grundlage einen Landtag gewählt und ein vor-

läufiges Staatsgrundgesetz einstimmig angenommen. Auf Grund dieser vorläufigen Verfassung ist das Ministerium Hoffmann eingesetzt worden. Die Episode Eisner war abgeschlossen, das bayrische Volk hatte sich seine Vertreter gewählt, und diese Regierung war nur gestürzt worden durch eine Räteregierung.

Gesell: Diese Regierung war 3 Wochen alt. Ein Recht, das drei Wochen alt ist, ist kein Recht. Übrigens war es nur eine Notverfassung. Das sind Dinge, die meine Handlungsweise nicht im geringsten beeinflußt haben. Die Meinung, die ich mir nachträglich gebildet habe, gehört vielleicht nicht hierher, aber ich denke, der Zentralrat war überhaupt noch nicht beseitigt; unter ihm haben die Wahlen stattgefunden, und unter ihm tagte am 17. März der Landtag. Neben dem Landtag bestand also noch eine Nebenregierung, das war der Zentralrat. Mir schien alles chaotisch. Die Schießerei im Landtag bewies auch, daß nicht alles in Ordnung war.

Staatsanwalt: Das war eben auch der Anfang der kommenden Ereignisse.

Gesell: Die Revolution denke ich mir nicht darin, daß man den König absetzt und dann sagt, wir sind ein Volksstaat. Der Volksstaat muß sich erst einleben. Die Revolution ist ein Entwicklungsvorgang. Wir werden vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren davon reden können, daß die Revolution beendet ist. Und vielleicht muß dies ganze jetzige Geschlecht aussterben, bevor von einem Volksstaate gesprochen werden kann. Heute ist es noch so wie bei den Marken, wo man das Gesicht des Königs mit dem Gummistempel zum Volksstaat stempelt. Die Revolution wendet sich, je nach den wirksamen Kräften, nach links oder nach rechts.

Staatsanwalt: Sie halten sich für unpolitisch. Sie haben aber ein Telegramm an das Reichsbankdirektorium gerichtet. Es muß Ihnen der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Reichsregierung bekannt gewesen sein.

Gesell: Die diplomatischen Beziehungen wurden amtlich als abgebrochen bezeichnet.

Staatsanwalt: Wie erklären Sie sich das politisch?

Gesell: Ich erkläre mir die Sache so, daß die Reichsregierung den Kampf gegen die Räteregierung aus Gründen politischer Natur aufnehmen wollte. Im Reiche fürchtete man den Bolschewismus, der in dem Namen Räteregierung angedeutet ist.

Staatsanwalt: Sie wußten daß die Räteregierung mit dem Reiche gebrochen hat?

Gesell: Ja, das wußte ich.

(Es wird vorgelesen: Erstes Stück aus „An Alle“ nicht bis zum Ende.)

Vorsitzender: Sie reden da von einem Währungsamt. Dachten Sie da an ein Währungsamt für Bayern?

Gesell: Unter der Voraussetzung, daß Bayern längere Zeit vom Reiche abgeschlossen worden wäre, wäre das Währungsamt in Bayern notwendig geworden. Sobald wir es in München haben, wird es in Berlin gefordert. Man kann es nicht einführen, wenn nicht das Volk aufgeklärt ist. Dazu ist öffentliche Meinung nötig. Es ist eine Sache von eingreifender Bedeutung.

Staatsanwalt: Sie haben ein Aktionsprogramm ausgearbeitet, das sollte am 15. veröffentlicht werden. Sie haben es auch in der Versamm-

lung im Löwenbräukeller verbreitet. Gleichzeitig ist die Verfügung über die große Vermögensabgabe verbreitet worden.

Gesell: Ja, ich war aber nicht mehr Volksbeauftragter; denn am 14. April war ich schon abgesetzt worden.

Staatsanwalt: Sie haben den Bruch der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich angedroht.

Gesell: Durchaus nicht, sondern nur die Einstellung der Währung auf den festen Preisstand.

Staatsanwalt: Sie haben also den Abbruch inbezug auf die Währung angekündigt. Damit haben Sie der Reichsbank angedroht, wenn sie nicht auf Ihre Experimente eingehe, Sie selbständig vorgehen wollten. Das bedeutet den finanziellen und wirtschaftlichen Ruin der Räteregierung.

Gesell: Durchaus nicht. Durch dieses Telegramm wollte ich die Reichsbank einladen, die Währung nach wissenschaftlichen Grundsätzen zu leiten.

Staatsanwalt: Sie ist aber nicht darauf eingegangen, sie spricht von „Experimenten“.

Gesell: Sie wäre schon darauf eingegangen.

Staatsanwalt: Warum hat sie es dann abgelehnt?

Gesell: Sicherlich, weil sie die Sache nicht verstanden hat. Vielleicht sind auch andere Gründe vorhanden, warum sie es nicht verstehen will. Meine Arbeit war darauf gerichtet, aus dieser unglückseligen Papiergeldwirtschaft uns herauszuheben und zu zeigen, wie man das Geld zu verwalten hat, und das deutsche Volk zu veranlassen, der Reichsbank Richtlinien vorzuschreiben. Die Reichsbank arbeitet schon seit Kriegsausbruch mit Blankovollmacht.

Staatsanwalt: Woher nehmen Sie das Recht in Anspruch, die Sache besser zu verstehen als die Reichsbank?

Gesell: Der Bankier befaßt sich nicht berufsmäßig mit der Währungsfrage.

Staatsanwalt: Die Reichsbank wird doch nicht von Bankiers geleitet?!

Gesell: Doch. Das Reichsbankdirektorium besteht aus Bankiers. Das Reichsbankdirektorium ist ein Bankgeschäft und leitet als Bankgeschäft die Währung. Der Bankier kennt die Währung nicht. Er kennt das Geld nur als Zahlungsmittel, nicht als Tauschmittel. Der Bankier lernt das Geld kennen, etwa wie der Kaufmann das Eisen kennen lernt, wenn er es als Gewicht benützt.

Staatsanwalt: Woher haben Sie die Befähigung, diese Sache besser zu verstehen als, sagen wir, die Beamten?

Gesell: Ich beschäftige mich seit 30 Jahren mit der Frage.

Staatsanwalt: Es wäre wünschenswert, wenn der Angeklagte bei dieser Gelegenheit seinen Werdegang darlegen würde.

Vorsitzender: Wo waren Sie früher? Wie sind Sie darauf gekommen, sich mit der Währungsfrage zu befassen?

Gesell: Ich bin im Regierungsbezirk Aachen geboren. Ich habe die Elementarschule besucht, daneben von meinen Brüdern und von meiner Mutter Unterricht in anderen Fächern erhalten. Drei Jahr war ich Postbeamter, bin dann aus dem Postdienst ausgetreten, bin bei meinen Brüdern in Berlin in den Handel übergegangen, habe mich vorbereitet zum Einjährig-Freiwilligen-Examen. War Korrespondent in einer Goldleisten-

fabrik, in Spanien zwei Jahre tätig als Korrespondent fremder Sprachen. Nach Berlin zurückgekehrt, diente ich ein Jahr im 2. Garderegiment. Nach Braunschweig kam ich als Korrespondent einer Nähmaschinenfabrik. In Hamburg war ich bei einem Spediteur. Ich reiste nach Argentinien und machte mich selbständig in einem Geschäft für zahnärztliche und Apothekerwaren. 1887 bis 1900 war ich in Argentinien, dann überließ ich das Geschäft meinem Bruder, der aus Belgien gekommen war.

Vorsitzender: Wie kamen Sie dazu, sich mit der Währungsfrage zu beschäftigen?

Gesell: Ich kam in Argentinien in schwierige Verhältnisse hinein, weil die Währung vollkommen verpfuscht war, ähnlich wie hier, da ging man nur gefühlsmäßig vor, nicht wissenschaftlich. Ich gab auch gleich Schriften heraus, schon 1891. Es waren drei Broschüren in deutscher Sprache: „Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat“, „Nervus rerum“, „Die Verstaatlichung des Geldwesens“. Ferner drei Schriften in spanischer Sprache. Es war der Abbau der Preise geplant, den man jetzt vorhat und der in den Abgrund führt. Ich hatte auch eine Kartonnagenfabrik, ich machte Schachteln für die ganze dortige Industrie. Als Folge des Abbaus der Preise gerieten die Industrien in Schwierigkeiten. Ich hatte keine Bestellungen mehr für meine Schachteln. In dieser Zeit verfaßte ich diese Schriften, um dem Volk zu zeigen, welche Schwierigkeiten sich aus dem Abbau der Preise ergeben. Der Handel muß rechnerisch unmöglich werden, wenn die Preise ständig abwärts gehen. Ich wollte die Regierung veranlassen, nach meinen Vorschlägen zu handeln. Aber ich erreichte den Zweck nicht. Ich schloß meine Fabrik ab und liquidierte sie zum größten Erstaunen meiner Konkurrenten, die Sache war erledigt. Zwei Jahre darauf wurde die Regierung durch den vollkommenen Zusammenbruch der Wirtschaft veranlaßt, nach meinen Vorschlägen die Währung zu sanieren. Meine Voraussagungen waren wörtlich eingetroffen. Ich schrieb noch ein Buch „Die Anpassung des Geldes und seiner Verwaltung an die Bedürfnisse des Verkehrs“. Dann bin ich nach Deutschland zurückgekehrt. Ich reiste in die Schweiz. Im Kanton Neuenburg erwarb ich ein Bauerngut. Ich beschäftigte mich mit Schriftstellerei. Durch meine berufliche Tätigkeit in Argentinien hatte ich mir die Mittel erworben, diese Lebensweise zu führen. Ich gab eine Zeitschrift heraus: „Die Geld- und Bodenreform“. Ich beteiligte mich am Streit um das Nationalbankmonopol. Nach Argentinien mußte ich noch einmal zurück nach dem Tode meines Bruders und dort bleiben bis 1911. Ich schrieb dort die „Aktive Währungspolitik“. Ich ging nach Berlin; dort beteiligte ich mich an der Herausgabe der Zeitschrift: „Der Physiokrat“ und hielt Vorträge. Es bestehen jetzt drei Zeitschriften für meine Bestrebungen: Die „Freiwirtschaft“ und die „Freistatt“, außerdem „Der Physiokrat“. Angriffe gegen meine Theorie hat noch niemand gewagt. Sie ist unangetastet. Telegramme, wo man mich lächerlich zu machen sucht: Ich warne Sie vor Experimenten – aber keinen sachlichen Einwand.

Staatsanwalt: Sie sandten auch ein Telegramm an Hoffmann, Sie stellten sich dieser Regierung zur Verfügung und dem Landtag?

Gesell: Als wir am 13. April im Bahnhof waren, übergab ich dem Leutnant zur Weitersendung ein Telegramm an den Ministerpräsidenten Hoffmann. Ob es befördert worden ist, ist mir nicht bekannt geworden.

(Das Telegramm wird verlesen.)

Dr. Christen macht zunächst Angaben über seine Person. Ich war nicht im bayrischen Staatsdienst, ich war ausschließlich Privatsekretär, um Gesell zu entlasten.

Vorsitzender: Sie sind doch schon länger in Bayern?

Dr. Christen: Seit vier Jahren bin ich in München.

Vorsitzender: Haben Sie sich politisch irgendwie betätigt?

Dr. Christen: Politisch war ich nie orientiert. Ich halte die Wirtschaftsfragen für viel wichtiger als die Fragen nach der Regierungsform.

Vorsitzender: Die Wahlen zum Landtag waren Ihnen doch bekannt?

Dr. Christen: Ja. Aber die politischen Ereignisse interessierten mich überhaupt nicht. Auch für die Schweiz wären mir Änderungen der Verfassung ganz gleichgültig.

Vorsitzender: Wie erklärten Sie sich, daß der Landtag nicht mehr da war?

Dr. Christen: Die Leute, mit welchen ich gesprochen habe, konnten mir nicht sagen, durch welche Macht der Landtag beseitigt worden war – ich bin staatspolitisch ganz gleichgültig. Unsere Wirtschaftsreformen könnten unter einem König ebensogut durchgeführt werden wie unter einer Demokratie oder einer Räteregierung. Wenn die Reichsbank so weiter wirtschaftet, sind wir verloren, gleichviel, ob ein König da ist oder eine Räteregierung. æ Meine Herren! Herr Gesell ist nicht ein Mann der Wissenschaft, aber ein genialer Denker. Ich habe mir Mühe gegeben, seine Ideen exakt wissenschaftlich zu fassen. Vier Aufsätze von mir sind in den „Annalen des Deutschen Reiches“ erschienen. Dort habe ich ausdrücklich zur Kritik aufgefordert. Diese Gedanken wurden totgeschwiegen, und ich glaube sagen zu können, daß sie richtig sind. Sie haben sich ja auch in Argentinien bewährt. Daraufhin sind Gesell und ich berechtigt, zum mindesten anzunehmen, daß diese Gedanken nicht widerlegt sind.

Der pythagoräische Lehrsatz ist in Argentinien gerade so richtig wie in Deutschland. Die Gesellschen Reformen sind von größter Bedeutung für Jahrhunderte. Die Währung ist nicht statisch zu verstehen, sondern dynamisch. Um Ihnen das klar zu machen, denken sie an die Flugmaschinen. Wer statisch denkt, sagt, die Maschine ist schwerer als die Luft, also kann sie nicht fliegen; aber das dynamische Prinzip kommt durch den Motor zur Geltung. Bis jetzt hat niemand einen Grund namhaft gemacht, der sich gegen Gesells Lehre anführen ließe. Sie ist hundertfach bewährt in der Geschichte. – Sind wir nicht Toren, wenn wir uns nicht wenigstens die Frage vorlegen, ob wir diese Ideen in die Tat umsetzen sollen? Gesell hat seit Ausbruch des Krieges die Reichsbank gewarnt. Es ist alles eingetroffen, wie er vorausgesagt, und wenn die Reichsbank so weiter wirtschaftet, kommen wir so weit wie in Argentinien. Ich stelle die Behauptung auf: Wenn ein Mensch in Deutschland fähig ist, die Wirtschaft zu retten, so ist es Gesell. Und daher fühle ich mich verpflichtet, mit ihm zu arbeiten. Ich habe mich an viele Männer in führenden Stellen gewandt, an das Reichsschatzamt, an Scheidemann, an Eisner, an Jaffe, an Haller. Niekisch war der einzige unter den führenden Männern, der die Bedeutung Gesells erfaßt hatte. Im März sagte ich zu ihm: Seien Sie doch so gut und machen Sie Ihren Einfluß geltend, daß Gesell die Möglichkeit bekommt, an maßgebender Stelle gehört zu werden.

Vorsitzender: Was hielten Sie von der Räteregierung?

Dr. Christen: Die Ausrufung war für mich ein „fait accompli“, eine vollendete Tatsache.

Vorsitzender: Waren Sie sich klar über die Folgen, die eine Beteiligung an der Räteregierung durch Sie haben könnte?

Dr. Christen: Beim Rückzug arbeitete Hindenburg auch unter den Soldatenräten weiter, weil er wußte: Ich bin der einzige, der das kann.

Vorsitzender: Waren sie sich klar über die gewaltsame Umwälzung?

Dr. Christen: Ob der Landtag mit Gewalt beseitigt oder von selber gegangen, weiß ich nicht. Ich bin ein unbedingter Gegner jeder Anwendung von Gewalt, und weil ich weiß, daß durch die falsche Steuerung der Wirtschaft das ganze Unglück über uns gekommen ist, glaubte ich auch auf diesem unblutigen Wege eine Versöhnung herbeiführen zu können. Auf Grund unseres Aktionsprogramms hätten sich die feindlichen Brüder versöhnen können.

Abgebrochen zum Eintritt in die Zeugenvernehmung.

Sanitätsrat *Dr. Scholl* in München spricht sich anerkennend über Dr. Christen als Persönlichkeit, Arzt und Wissenschaftler aus und erwähnt eine Eingabe des Ärztebundes in München um Freilassung des Herrn Dr. Christen.

Univ.-Prof. *Dr. Gustav Klein* in München kennt Dr. Christen als einen durchaus ernst zu nehmenden Mann, der auf dem Gebiete der Röntgentherapie Weltruf genießt. Er sei Führer. „Ich bin überzeugt, daß er die Freigeld-Freiland-Sache sehr tief nimmt und daß sie vielleicht sogar richtig ist.“

Ernst Niekisch, Volksschullehrer in Augsburg, erzählt, daß er seit 1915 mit den Lehren Silvio Gesells bekannt sei. Im Laufe der Zeit habe er sich auf den Boden dieser Ideen gestellt. 1917 warb er in den sozialdemokratischen Blättern dafür. Als er erfuhr, daß von Landauer eine Sozialisierungskommission aufgestellt werden solle, wollte er Gesell hineinbringen. „Bevor mein diesbezüglicher Antrag vorbeschrieben wurde, kamen die Aprilereignisse. Ich wollte ein Telegramm an Gesell richten, der aber schon vorher eintraf. Köberl richtete im Zentralrat eine Anfrage an mich, warum ich mich an Gesell gewandt habe, der hier ganz unbekannt sei. Ich legte die Sache klar, worauf Köberl ausscheiden mußte. Gesell sind die politischen Dinge recht gleichgültig, wie mir schon in seinen Schriften aufgefallen ist. Er ist ganz und gar erfüllt von seinen Wirtschaftslehren und hat das Bestreben, diese Lehren zu verwirklichen. Ich glaube, daß es ihm an Verständnis für die einfachsten politischen Verhältnisse fehlt. In der Sitzung des Zentralrates vom 6. auf 7. April wurde die Frage erwohen, wem die Finanzen übertragen werden sollten. Landauer war für Silvio Gesell, ebenso Mühsam und ich. Silvio Gesell kam am 7. April ins Wittelsbacher Palais, ohne von diesen Dingen unterrichtet zu sein. Er war wie aus den Wolken gefallen, als er hörte, daß er Finanzminister werden solle. Ich bin überzeugt, daß Gesell nicht daran dachte, daß die Räteregierung nicht rechtmäßig sei, denn meiner Ansicht nach war ja bis zum 17. März der Zentralrat die alleinige Regierung und der Landtag nicht souverän. Der Zentralrat war der Einberufer des Landtages. – Ich weiß, daß Gesell darauf brennt, seine Gedanken zu verwirklichen, und daß er kraft seiner inneren Leidenschaft keine besonderen Untersuchungen mehr anstellt.“

Vorsitzender: Hat er Sie nicht gefragt: Wie kommt Ihr auf mich?

Zeuge *Niekisch*: Nur ein Mann, der weniger Glut für seine Ideen hat, wird solche Fragen stellen. Ich halte ihn für ein Kind in politischen Dingen. Er hält sich für den gegebenen Mann in Finanzfragen. Er glaubt daran, daß ihn der Zentralrat gerufen hat. Auch bestand der Zentralrat schon unter der Regierung Hoffmann seit dem 21. Februar. Es wäre ihm ganz gleich, ob er unter dem Schah von Persien oder unter der Kaiserin-Witwe von China das Finanzwesen leitet!

Trefzer, Fritz Wilhelm, Direktor des Eidgenössischen Versicherungsamtes in *Bern*: „Ich betrachte es als eine große Ehre, für Silvio Gesell vor Ihnen Zeugnis abzulegen. Seine Lehren haben mich interessiert in bezug auf das Versicherungswesen, mit dem ich mich seit 30 Jahren beschäftige. Auf Grund der Lehren von Henry George und Marx habe ich die Lehren Silvio Gesells kennen gelernt und sie für sehr wichtig erkannt. Sie sind von großer Bedeutung auf dem Gebiete des Versicherungswesens. Die privaten Versicherungsbeiträge beruhen auf Zahlungsverträgen für größere Zeiträume, bei denen es wichtig ist, daß die Kaufkraft des Geldes dieselbe bleibt.“ –

Zeuge *Trefzer* berichtet ferner, daß er infolge seiner Arbeit im Sinne Gesells in eine amtliche Sachverständigenberatung berufen worden sei. Seine Anregung, die Währungsfrage bei der Schweizer Nationalbank einem besonderen Ausschuß zu überweisen, wurde angenommen.

Der Direktor des International. Arbeitsamtes in *Basel*, Prof. Dr. *Stephan Bauer*, schreibt: „Ich bin überzeugt, daß die Verurteilung eines solchen Mannes den denkbar ungünstigsten Eindruck erwecken müßte.“

Direktor *Hans Keppler* von der *Arminia* in München hat sich auch lebhaft mit der Lehre befaßt, die er für außerordentlich wichtig für das Versicherungswesen hält.

Kommerzienrat *Dr. Karl Zitzmann*, Fabrikdirektor in Erlangen, der vormalige Chef von *Dr. Christen*, würdigte *Dr. Christens* Intelligenz und Charakter, kennt ihn seit Jahren, ist überzeugt, daß er nichts tun würde, was unmoralisch sei, und was er anpacke, nehme er ernst. Er gab seine Stellung in der Firma *Reiniger, Gebbert & Schall*, wo er die Strahlenforschungsstelle geleitet und ein hohes Gehalt bezogen hatte, auf, um mit Herrn Gesell zusammenzuarbeiten. Am 7. April ist er ausgetreten.

Weißleder, Otto, Bergwerksdirektor in Eisleben, bezeichnet die Gesellsche Theorie als eine geniale Lösung eines ganzen Netzes von volkswirtschaftlichen Fragen. Was seine politische Haltung betrifft, hat Gesell sich keiner Partei verschrieben. Der Zeuge gehört dem Alldeutschen Verband an und tritt für Gesells wirtschaftliche Anschauungen voll ein. Er trat als Deutsch-Arier bei völkischen Verbänden für ihn ein, um die Zersetzung aufzuhalten.

Dr. Christen hebt hervor, daß *Weißleder* als Vertreter der deutschen Industrie die Bedeutung der Gesellschen Lehre für dieselbe erfaßt hat.

Staatsanwalt: Ich stelle den Antrag, wegen der bezeichneten Verbrechen zu verurteilen: Silvio Gesell zu zwei Jahren Festungshaft, *Dr. Christen* zu einem Jahr drei Monaten, kostenfällig.

Aus der Rede des *Verteidigers*.

Rechtsanwalt *Dr. Gundelwein*: „...Silvio Gesell ist kein Blender, kein guter Redner, kein Schwärmer und kein Phantast. Ein Erkennen, der sich in seinen Erkenntnissen getäuscht haben kann, ein Erkennen auf einem

dornenvollen Weg, kein junger Faselhans, ein Mann von gereifter Lebenserfahrung, ein Mann, der viele Länder, Städte und Menschen gesehen, der dreißig Jahre lang in seiner stillen Studierstube wie im regsamen brausenden Leben volkswirtschaftliche Kenntnisse gesammelt und verarbeitet hat.

Ist Gesell dadurch, daß er als reiner Fachminister in eine ihm in ihren politischen Zielen gänzlich fremde Regierung eintrat, zum Hochverräter geworden? Das können Sie nicht annehmen. Dann müßten Sie auch annehmen, daß ein Frauendorffer, der ein Fachministerium annahm, das nur er zu leiten imstande war, in einer durch Hochverrat heraufgeführten Regierung ein Hochverräter ist. Dann müßten Sie auch annehmen, daß Hindenburg ein Hochverräter war, weil er sich den Soldatenräten zur Verfügung gestellt hat. Gesell hat sein Amt übernommen, wie diese beiden, nicht im Interesse einer Regierung oder einer Partei, sondern einzig und allein im Interesse der bayerischen Volkswirtschaft. Sie haben auch gehört, wie Gesell und Dr. Christen ihr Amt verwaltet und geführt haben, einzig dem Lande zu nützen und es vor Schaden zu bewahren. Es ist ihnen denn auch gelungen, soweit es in jener kurzen Zeit möglich war, den Wagen vor dem Umschlagen zu bewahren. Fürsorge für die Kriegsbeschädigten hatte er von je auf seine Fahne geschrieben. Der Abordnung, die ihn bat, sechs Millionen für Zwecke der Kriegsbeschädigten zu reservieren, hat er sogleich zugesagt. Sein Aktionsprogramm stellte an erster Stelle Forderungen für die Kriegsbeschädigten. Ihnen galt die Sorge dieses Mannes ... Druck von Freigeld hatte Gesell erst für später vorgesehen, wenn er das Volk durch Aufklärung für seine Ideen reif gemacht hätte. Er hat nur den friedlichen Wettstreit der Arbeit gewollt. Er wollte durch Aufklärung das Volk für diesen Wettstreit bereit machen. Jetzt galt es vor allem, die Papiergeldflut, gegen die er seit Kriegsbeginn mit der Reichsbank gekämpft, nach Möglichkeit einzudämmen. Die praktischen Maßnahmen, die er hier ausüben konnte, kann ich Ihnen in einzelnen nicht auseinandersetzen. Er ist zu allem nicht gekommen. Sein Telegramm an die Reichsbank ist, wie er sagt, nicht verstanden worden. Es ist nicht verstanden worden, weil man die ganze Lehre Gesells noch nicht genügend studiert hatte. Es sind Aufgaben, mit denen man sich ernstlich auseinandersetzen muß. Den Sinn hat man in den Zeitungen entstellt, indem man von Geldflut gesprochen hat. Zur Zeit, als Gesell seine große Vermögensabgabe angeregt hat, war er kein Minister mehr. Sie enthielt auch nicht mehr, als was jetzt vom Reiche geplant ist ...

... Gewinnen wollen sie die Menschen, indem sie sie überzeugen. So haben sie in der Betriebsräteversammlung vom 15. April ein Aktionsprogramm verbreitet, ein echtes Freigeld-Freiland-Programm, das die Wiederaufnahme der Arbeit, des Vollbetriebes der Volkswirtschaft regelt und das den Kommunisten ganz merkwürdig in den Ohren geklungen haben muß. Die Kommunisten haben Gesell nicht brauchen können, sie haben ihn schleunigst abgesetzt. Mit diesem Versuche, die auseinanderstrebenden Kräfte der Revolution auf sein Wirtschaftsprogramm zu einigen, war es nichts geworden. Damit war die Tätigkeit der beiden beendet. Nach diesem 15. April haben sie sich an der Politik so wenig beteiligt, wie sie es vor dem 7. April getan hatten. Man hatte ihre fachmännische Arbeit abgelehnt; Politiker waren sie nicht und wollten sie nicht sein. Sie lebten von da an bis zu ihrer Verhaftung als Privatleute ohne einen Gedanken an Flucht, zu der sie hundertmal Gelegenheit gehabt hätten, in dem sicheren Bewußt-

sein, mit ihrer volkswirtschaftlichen Hilfsarbeit nichts getan zu haben, was gegen das Gesetz verstieß. Die Reinheit und Selbstlosigkeit der beiden Angeklagten hat selbst der Herr Staatsanwalt zugegeben. Zeugen haben sie bestätigt. Leider ist es nicht gelungen, Ihnen eine genügende Anschauung zu geben von der Tragweite dieser großen Entdeckung der Dynamik des Geldwesens, die Dr. Christen in den Annalen des Deutschen Reiches, einer so angesehenen Zeitschrift, veröffentlicht hat; von der Bedeutung dieser Theorie, die Anhänger und Verfechter in allen politischen Lagern gefunden hat, bei Leuten aller Berufe und in den hervorragendsten Stellungen, als welche Sie den Herrn Direktor Trefzer des Eidgenössischen Versicherungsamtes in Bern, den Herrn Bergwerksdirektor Weißleder, hier gehört haben. Ich schweige ganz von jenen, die ich Ihnen noch hätte vorführen können, ich habe hier noch ganze Bände. Aber Sie haben zum mindesten eine Anschauung bekommen, wie diese Fragen lebendig sind in vielen Köpfen, wie diese Theorie die Geister bewegt.

Diese Theorie hat schon drei Zeitschriften: die „Freiwirtschaft“, die „Freistatt“ und den „Physiokraten.“ Eine Reihe von Vereinigungen in allen Städten hat sich in ihren Dienst gestellt, und zahlreiche Druckschriften und Vorträge haben weiteste Verbreitung in allen politischen Lagern ... Dreißig Jahre hat sich Silvio Gesell gegen die Allmacht des in der Reichsbank und in ihrer Goldverehrung verkörperten Kapitalismus gestellt, hat er mit seiner Lehre nach dem Hochziele gestrebt, die Selbständigkeit, die Selbstverantwortung, das Eigentumsrecht zu stärken und zu vertiefen, eine Hochzucht, einen Wettstreit zu schaffen ohne rohe Kräfte, in friedlicher Betätigung, in Industrie und Kunst, in Wissenschaft und Gesetzgebung, im geselligen Leben. Diesem hohen, echt faustischen, deutschen Ziele stehen die beiden Hauptformen der heutigen Wirtschaftsordnung, der Kapitalismus und der Kommunismus, gleich hemmend im Wege. Der Kommunismus, der den Wettstreit mehr oder weniger vollkommen aufhebt, und der Kapitalismus, der seine Bedingungen fälscht ... Gesell stellt einen besonders reinen Typus dar des Volksbeglückers, wie er nach seinen eigenen Worten eine Begleiterscheinung eines jeden Revolutionsprozesses ist. Die Eigenschaften, die diese beiden Männer in sich vereinigt haben, die allein vermögen, unserem armen Vaterlande wieder aufzuhelfen ...

Der *Vorsitzende* gibt den beiden Angeklagten das Schlußwort:

Gesell: Der Herr Staatsanwalt hat mir vorgeworfen, daß politische Unkenntnis einen Finanzminister unfähig mache. Ich behaupte, ein Parteimann kann überhaupt als Finanzminister nicht mehr in Frage kommen. Wie soll ein politisch eingestellter Mann zum Finanzminister taugen? Ein Parteimann kann nicht Volkswirtschaft treiben, und damit würden wir nie aus dem Wirrsal herauskommen. Daß man mich hier als politisches Kind betrachtet – wie Herr Niekisch getan hat – das ist durchaus nicht zutreffend. Ich möchte betonen, daß davon keine Rede sein kann. Ich gehe über die Personen hinweg und erkenne die Grundlagen der Politik. Ich habe eine tiefere politische Witterung als die gewöhnlichen Politiker, die sich mehr nach Personen richten als nach den politischen Triebkräften.

Dr. Christen: Um die Herren Richter nicht zu ermüden, habe ich meine Anschauung in neun Leitsätzen kurz zusammengefaßt, die ich bitte, verlesen zu dürfen:

1. Die Welt verdankt Silvio Gesell eine Entdeckung, von deren ungeheuren Tragweite für die Volkswirtschaft und das ganze Leben der Völker die meisten Sachverständigen heute noch nichts ahnen: die Entdeckung der *Dynamik des Geldwesens*.

2. Die Reichsbank geht noch heute nicht von dynamischen, sondern von statischen, also falschen Erwägungen aus und hat durch ihre systemlose Währungspolitik das ganze Wirtschaftsleben auf das schwerste geschädigt, alle Zahlungsverträge gefälscht und dadurch alle Schuldner, Gläubiger und Lohnempfänger gegeneinander verhetzt. Die hieraus entstehende allgemeine Unzufriedenheit ist eine der wichtigsten Ursachen für den *unglücklichen Ausgang des Krieges*.

3. Gesell hat seit Anbeginn des Krieges die Reichsbank auf ihre verhängnisvollen Fehler aufmerksam gemacht, sowohl durch Zuschriften als auch durch die Presse und durch Flugblätter, so lange, bis ihn die Zensur mundtot machte. Leider hat er umsonst gewarnt, und es ist alles so gekommen, wie er es vorausgesagt hatte.

4. Einen Kampf gleichen Sinnes habe ich mit dem Schweizerischen Finanzdepartement in Bern geführt, glücklicherweise mit etwas mehr Erfolg, da in der Schweiz keine Zensur hindernd eingriff. Die Akten gestatte ich mir den Herren Richtern auf den Tisch zu des Hauses zu legen.

5. Um den naheliegenden Einwand zu entkräften, Gesell würde von der Wissenschaft nicht anerkannt, habe ich seine Dynamik des Geldwesens exakt mathematisch begründet und das Ergebnis in den Annalen des Deutschen Reiches veröffentlicht. Diese Abhandlung ist bis heute meines Wissens von keiner Seite angegriffen oder gar widerlegt worden. Die Sonderdrucke liegen bei den Akten des Herrn Staatsanwalts.

6. Auf Grund dieser Tatsachen festigte sich in mir die Überzeugung, daß Gesell der einzige Mann ist, der es vermag, die deutsche Volkswirtschaft vor der Katastrophe zu retten, in die sie durch die falsche Währungspolitik der Reichsbank hineingesteuert wurde.

7. Diese Überzeugung machte es mir zur Pflicht, alles aufzubieten, um Gesell zu dem nötigen Einfluß auf die deutsche oder doch wenigstens auf die bayerische Finanzwirtschaft zu verhelfen. Unter allen einflußreichen Männern, mit denen ich in Verbindung trat, war Niekisch der einzige, der die ungeheure Bedeutung dieser Aktion erkannte und mir versprach, Gesell zunächst in die Sozialisierungskommission der Regierung Hoffmann zu berufen. Das war im März 1919.

8. Daß sowohl Gesell als auch ich die weitere Mitarbeit auch nach Ausrufung der Räterepublik nicht verweigerten, rechtfertigt sich durch unsere Überzeugung, daß die Rettung der bayerischen Volkswirtschaft vor dem sicher drohenden Untergange für den, der den Weg dazu kennt, eine unabweisbare *Pflicht* ist und daß diese Aufgabe ungeheuer *viel wichtiger ist als die Frage nach der Regierungsform*. – Wäre es denn besser gewesen, wenn gleich anfangs einer der späteren Männer eingetreten wäre? Mit den Methoden der Reichsbank wird die Volkswirtschaft unter einer Monarchie ebenso ruiniert, wie unter einer Demokratie oder einer Räte-Republik. Selbst in einer Räte-Republik konnten wir dem bayerischen Volk aufs beste dienen, wenn Gesell das Steuer der Währung in die Hand nahm, um noch in letzter Stunde das Schiff von der Klippe abzudrehen, auf die es

aufzulaufen drohte und an der es mit Sicherheit zerschellen wird, wenn man unsere Warnungen weiter in den Wind schlägt.

9. Auf diese Rettungsarbeit allein kam es uns an. Wir überlassen unseren Herren Richtern als billig denkenden Menschen, zu beurteilen, ob eine aus dieser Überzeugung unternommene Handlung ein Hochverrat ist.

Vorsitzender: Das Urteil wird beraten und sogleich verkündet werden.

Pause.

Vorsitzender: Das einstimmig gefaßte Urteil lautet:

Silvio Gesell und Dr. Christen werden von der Anklage kostenlos *freigesprochen*. Das Urteil beruht auf folgenden Erwägungen:

Die Verfassung des Freistaates Bayern beruht auf dem vorläufigen Staatsgrundgesetz, das am 17. März einstimmig angenommen worden ist. Durch dieses Verfassungsgesetz ist die Regierung einem Ministerrate übertragen worden; das ist die verfassungsmäßige Regierung, die bestanden hat. Demgegenüber haben allerdings schon längere Zeit Bestrebungen sich geltend gemacht, hier eine Räteregierung zu errichten. Vom 6. bis 7. April wurde gewaltsam die Verfassung geändert durch Ausrufung der Räterepublik. An dieser unrechtmäßigen, weil durch gewaltsamen Umsturz eingesetzten Regierung hat sich der Angeklagte Silvio Gesell insofern beteiligt, als er das Amt eines Volksbeauftragten für Finanzen übernommen hat und Christen als privater Mitarbeiter seine Tätigkeit dem Volksbeauftragten für Finanzen zur Verfügung gestellt hat. Die *Anklage* erblickt darin ein Verbrechen der Beihilfe zum Verbrechen des Hochverrats. Sie nimmt an, daß die beiden wissentlich Beihilfe zum Verbrechen des Hochverrats geleistet haben. Es mußte gewußt und gewollt sein. Das *Standgericht* nimmt das nicht an. Die beiden Angeklagten haben glaubhaft angegeben, sie wären sich nicht bewußt gewesen, ein System zu unterstützen, das sich nur durch Gewalt an die Macht gebracht und durch Gewalt in der Macht erhalten hat. Das Gericht ist zu der Einsicht gelangt, daß sie, wenn sie sich dessen bewußt geworden wären, diese gewaltsam eingerichtete Regierung nicht mitgemacht hätten, daß sie an dieser unrechtmäßigen Regierung nicht teilgenommen hätten. Es liegt also kein Verbrechen nach dem § 81 des R.St.G.B. vor. – Haben Sie verstanden? Sie sind kostenlos *freigesprochen*.

**Das
Reichswährungsamt
Wirtschaftliche, politische und finanzielle Vorbereitungen
für seine Errichtung**

von
Silvio Gesell

1920
Freiland-Freigeldverlag, Rehbrücke bei Berlin

Als

Einleitung

zu dieser Schrift wird hier die *Eingabe* abgedruckt, die der Freiland-Freigeld-Bund im Frühjahr 1919 an die damals in Weimar tagende Nationalversammlung richtete, nebst der dazu gehörigen Denkschrift über:

Die gesetzliche Kaufkraft des Geldes durch die absolute Währung.

An die Nationalversammlung zu Weimar

Unter Berufung auf die beiliegende Denkschrift wendet sich der Freiland-Freigeld-Bund an die Nationalversammlung mit der Bitte, unverzüglich, ehe das Unheil weiter um sich greift, die Regelung der heute vollkommen zerfahrenen Währungsverhältnisse in die Hand zu nehmen.

Wir verlangen zunächst:

1. Die Obhut über die Reichswährung wird einem zu gründenden, der Oberaufsicht der Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern, sowie der Gewerkschaften unterstellten
Reichswährungsamt
 übertragen.
2. Dieses Währungsamt benutzt als Maßstab für die Bemessung des Geldbedarfs den von den Handelskammern und Gewerkschaften fortlaufend zu ermittelnden Durchschnittspreis der Waren. Diese Ermittlung bildet die Grundlage für die angestrebte „Absolute Währung“, die den Zustand des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage bezeichnet.
3. Das Währungsamt wird, in Übereinstimmung mit der Quantitätslehre, Geld einziehen, so oft und so lange die Warenpreise aufwärts streben und umgekehrt Geld ausgeben, so oft und solange die Warenpreise eine Neigung nach unten zeigen.
4. Ausdrücklich wird dem Währungsamt bei der Bemessung des Geldbedarfs jede Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Reichskasse, der Banken, auch der Reichsbank, sowie auf den Zinsfuß untersagt. Auch darf das Reichswährungsamt keinerlei Bank-

geschäfte betreiben, die zu Beziehungen zu Privatpersonen führen.

5. Als Verfahren zur Ermittlung des Durchschnittspreises der Waren wird dem Statistischen Amt die sogenannte Indexzahlenmethode vorgeschrieben.
6. Das Reichswährungsamt setzt das von ihm auszugebende Papiergeld im Wege der Versteigerung durch Rückkauf von Reichsanleihen in Umlauf. Diese Papiere werden der Reichsschuldenverwaltung zur Vernichtung überwiesen.
7. Das Einziehen von überschüssigem Papiergeld erfolgt durch Verkauf von Reichsanleihen an den Meistbietenden, zu welchem Zwecke ein Teil der unter 6 erwähnten Reichsanleihen als Rücklage zurückbehalten wird.
8. Das Reichswährungsamt hat für die Erneuerung des Papiergeldes Sorge zu tragen.
9. Betriebsgewinne und -verluste werden auf das Reich übertragen.
10. Das Reichswährungsamt geht bei Erfüllung seiner Aufgabe ohne Rücksicht auf Gewinne oder Verluste vor.
11. Um die jetzt in großem Maßstab gehamsterten und für die Währung bald bedrohlich werdenden Banknotenmassen dem Umlauf zu entziehen, dürfte zurzeit der unter 7 bezeichnete Weg nicht zum Ziel führen. Darum soll eine besondere *Währungsanleihe* aufgelegt werden, und um dieser das Hamstergut zwangsweise zuzutreiben, wird der Umtausch der heutigen Banknoten gegen eine besondere einmalige Geldsteuer auf Banknoten angeordnet.
12. Um die mit dem internationalen Zusammenbruch der Goldwährung zur brennenden Frage gewordenen Regelung der Valuta im Sinne der in der Denkschrift gemachten Vorschläge herbeizuführen, soll das Nötige für die Einberufung eines internationalen Währungskongresses veranlaßt werden.

Wenn jemand im Reich verantwortlich zu nennen ist für den Zusammenbruch, so ist es in erster Linie die Reichsbank. Wer an der Währung rüttelt, der rüttelt an den Grundfesten der Volkswirtschaft und des Staates. Auf der Währung ist die Volkswirtschaft aufgebaut. Löhne, Gehälter, das Kreditwesen, das Kapital der Gläubiger (Hunderte von Milliarden), alles steht und fällt mit der Währung. Wer ein ganzes Volk zerrütten und entsittlichen will, der braucht nur die Währung anzutasten. Und das tat die Reichsbank, gleich vom ersten Kriegstage an. Durch die Massenaufgaben von Banknoten wurde dem im Kriege stehenden Volk Reichtum und Wohlstand vorgegaukelt, durch die mit der Notenausgabe möglich gewordene allgemeine Preis-

treiberei wurde eine Umschichtung fast des gesamten Nationalvermögens bewerkstelligt. Dieses Vermögen entglitt den Händen der Gläubiger in die ihrer Schuldner, was bei diesen zu einer plötzlichen Vermehrung ihres Einkommens und zu mancherlei Verschwendung führte. Der Kriegsgewinn ist eine Frucht der allgemeinen Treiberei, zu der die Reichsbank die Triebkräfte gab. Solche Preistreibereien mit dem dazu gehörigen Wucherspiel kann man mit Banknoten zu jeder Zeit in beliebigem Umfang fortsetzen.

Diese Preistreibereien aber sind es gewesen, die die innere Front zermürbten, und die jetzt noch ihre aufregende Wirkung nicht eingebüßt haben. Die Unzufriedenheit der Festbesoldeten, die Streikpolitik der Arbeiter sind Ausfluß der Preistreibereien, eine Tat der Reichsbank. Die Politik der Reichsbank muß letzten Endes auf den dort immer noch spukenden und in den Köpfen der Bankmänner, wie es scheint, unausrottbaren *Goldwahn* zurückgeführt werden. Wie die Reichsbank vor dem Kriege sich in ihrer Diskontopolitik niemals nach den Warenpreisen, sondern immer nur nach dem Goldstand richtete, so auch nach Kriegsausbruch, nach der gesetzlichen Sperrung des Reichsbankschatzes. Daß jetzt mit den 37 Milliarden zu viel Geld in Umlauf gesetzt wurde, erkennt die Reichsbank nicht am Stand der Warenpreise (sie führt überhaupt keine Warenpreisstatistik), sondern ausschließlich am Stand ihrer ungesetzlich kleinen Goldreserven. Würde man heute durch Beschlagnahme allen goldenen Zierrates die Dritteldeckung wieder vervollständigen, so hätte die Reichsbank überhaupt nichts mehr an unseren Währungsverhältnissen auszusetzen. Hätten wir Goldbergwerke im Deutschen Reich gehabt, so würde die Reichsbank ganz bestimmt daraufhin gearbeitet haben, den Kohlenbergwerken oder der Landwirtschaft die Arbeiter zu entziehen, um durch Goldgräberei die zu ihrer Massennotenausgabe angeblich unentratbare Dritteldeckung zu gewinnen – wenigstens stände solche Handlungsweise ganz im Einklang mit ihrer während des Krieges betriebenen Jagd auf die Goldmünzen.

Jetzt, wo so viele Wahngelbte in Scherben liegen, ist auch die Zeit gekommen, das älteste und gefährlichste dieser Gebilde zu Grabe zu tragen.

Wir müssen anstelle der Reichsbank ein vollkommen selbständiges Reichswährungsamt bilden und für die Notenausgabe einen ganz neuen Maßstab schaffen, der uns zu allen Zeiten, auch im Kriege, als sicherer Leitstern dient – und das kann nur die in der Denkschrift behandelte absolute Währung sein.

Hochachtungsvoll

Berlin, am 10. April 1919.

Freiland-Freigeld-Bund.

Denkschrift zu vorstehender Eingabe an die Nationalversammlung.

Bereits vor dem Kriegsausbruch war das theoretische Gebäude der Goldwährung von der Kritik in Trümmer gelegt worden. Dieser theoretischen Vernichtung wäre auch die praktische gefolgt, wenn man gewußt hätte, was an die Stelle der Goldwährung gesetzt werden sollte.

Der Krieg, der die Goldwährung zerschlug, zwingt uns zu handeln, irgendwie zu handeln, und zahllos sind bereits die Stimmen in der Presse, die eine Berichtigung der Währungsgesetze fordern. Bezeichnend ist es auch, daß die Reichsbank nichts zum Schutze der Goldwährung zu sagen weiß.

„Währung ist, was von selber währt“ sagte *Bamberger*, einer der Hauptwortführer der Goldwährung, bei ihrer Einführung im Deutschen Reich. Er lehrte, ohne durchschlagenden Widerspruch zu erwecken: kraft der inneren Eigenschaften des Goldes, währt die Mark D.R.W. Und *Otto Arendt* verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Mark D.R.W. sei nichts als der xte Teil eines Zentners Feingold.

Heute schütteln wir über solche Sätze den Kopf. Wir lachen, wenn jemand noch versucht, mit Hilfe des Trugbildes der „Wertlehre“ jene tollen Sätze ernsthaft, wissenschaftlich zu begründen.

Die erste Wirkung dieser, nun endlich wohl als überlebt zu bezeichnenden Lehre war, daß man allgemein glaubte, einer öffentlichen staatlichen Verwaltung des Geldes überhaupt entraten zu können. Der Staat glaubte, mit der Prägung der Münzen und mit der Verfolgung der Falschmünzer alles getan zu haben, was seinerseits in Währungsangelegenheiten vernünftigerweise geschehen kann. Die Mark D.R.W. war ja nichts als Gold. Die ganze staatliche Verwaltungseinrichtung bestand demnach nur aus einer Waage zum Nachwägen der Münzen. Das Geld war Gold, die Reichswährung war Eigenschaft des Goldes. Alles, was man vom Gold erwarten durfte, wähte man in vollendeter Weise im Gold der Münzen vereinigt. Wie wahr das ist, geht klar aus der Tatsache hervor, daß in der Sammlung von Reichsbankgesetzen, die der frühere Leiter der Reichsbank, Dr. Koch, wenige Jahre vor dem Krieg noch herausgab und mit langen Erläuterungen versah, die Worte „Ware“ und „Preis“, diese Ausgangspunkte für die Betrachtung der Währung, überhaupt nicht vorkommen! Koch, der jahrzehntelang die Reichsbank verwaltete, benutzte offenbar auch nur den Schmelztiegel und die Waage, um festzustellen, ob in der deutschen Währung alles in Ordnung sei.

Da wir keine Geldverwaltung haben, nicht einmal dem Namen nach, so ist auch bis jetzt die Reichswährung ganz ohne staatliche Aufsicht ge-

blieben. Die Reichsbank hat bisher innerhalb der Schranken des Dritteldeckungsgesetzes ganz nach Gutdünken mit der deutschen Währung (die trotz Bamberger kein toter Gegenstand ist) schalten und walten können. Gedeckt durch die Theorie, daß die Mark D.R.W. kraft der metallischen Eigenschaften des Goldes von selber währte, konnte die Reichsbank die Verantwortung ihrer Maßnahmen aktiver und passiver Natur von sich abwälzen und es den beflissenen Volkswirtschaftlern überlassen, die Ursachen der verheerenden Begleiterscheinungen der Goldwährung überall anders, nur nicht in dem zu suchen, was die Reichsbank tat und unterließ. Es herrschte völlige Willkür auf dem weitaus wichtigsten Gebiete des Staates. Gleich nach Einführung der Goldwährung schossen die Warenpreise unter dem Drucke des uns aus Frankreich als Kriegsentschädigung zuströmenden Goldes in die Höhe (Gründerzeit). Die Löhne folgten. Die Erzeugungskosten der deutschen Industrie überstiegen die Grenzen der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Die Ausfuhr ging zurück, die Einfuhr wuchs: die bis dahin aktive Handelsbilanz kippte um, und der Saldo der Zahlungsbilanz hatte schon 1873 die französischen Milliarden restlos über die Grenze geworfen. Die deutsche Industrie und Landwirtschaft hatten aber noch nicht Zeit gehabt, sich diesen neuen Verhältnissen anzupassen, als der Krach von 1873 schon wieder eine neue Stellungnahme nötig machte.

Für die Preistreiber während der Gründerzeit, für den Krach, der ihnen folgte, konnte niemand verantwortlich gemacht werden, aus dem einfachen Grunde, weil in Übereinstimmung mit der Goldwährungstheorie man ein Eingreifen des Staates für wirkungslos halten mußte. Die Mark D.R.W. war ja laut G.W.-Theorie [Goldwährungs-Theorie] der xte Teil von einem Zentner Gold, und was hätte der Staat an dem xten Teil eines Zentners Gold verwalten können? Die Theorie der Goldwährung schließt ja von vornherein jedes staatliche Eingreifen in Währungsangelegenheiten aus.

In aller Erinnerung sind wohl auch die traurigen Zustände unserer Volkswirtschaft in den Jahren, die dem Krache folgten. Die Preise wichen von Jahr zu Jahr auf der ganzen Linie. Der Getreidepreis ging sogar von 240 auf 140 Mark herunter, und zwar blieb er jahrelang in der Nähe dieses Tiefstandes, obschon Deutschland in dieser Zeit von der Getreideausfuhr zur Einfuhr überging. Der Unternehmungsgeist war gelähmt. Die Arbeitslosen zählten nach Hunderttausenden, trotzdem die Zahl der Auswanderer bis auf 221 000 im Jahre 1881 stieg. Deutsche Sklavinnen, von der Not überwältigt, bevölkerten die Hurenhäuser der ganzen Welt. Hödel und Nobiling begingen Verzweiflungstaten; mit Gewaltmitteln ärgster Art mußte die äußere Ordnung aufrecht erhalten werden.

Dem deutschen Beispiel waren nach und nach die meisten anderen Staaten gefolgt, und damit wurden die deutschen wirtschaftlichen Zustände zu einer Welterscheinung. Niemand, mit Ausnahme der Doppelwährungsverteidiger, wußte, woher der Druck kam, der auf der Wirtschaft lastete. Man tröstete sich mit dem Anblick der glitzernden, goldenen Münzen, von denen man Rettung erwartete. Wissenschaftlich wurde die Währungsfrage so innig mit dem größten Irrtum aller Zeiten, mit der Wertlehre, verfilzt, daß niemand, selbst die Bimetallisten nicht, weder ein noch aus wußte. Schließlich wurde das Witzwort Lord Beaconfields, daß die Liebe und die Währungsfrage die meisten Verrückten erzeugt haben, zu einer allgemein befolgten Warnung, sich nur nicht mit der Währungsfrage zu befassen. Den Geldgewaltigen aber in der ganzen Welt kam das wieder zugute, denn die völlige Unwissenheit des Volkes auf diesem Gebiete lieferte diesen Mächten die unbegrenzte Herrschaft über das Geldwesen aus.

Mit Hilfe der Wertlehre erklärte man den Rückgang der Warenpreise als eine allgemeine Überproduktion von Waren. Mit der gewaltig gestiegenen Leistungsfähigkeit der Maschinen und Schiffe erzeuge man zuviel von allem.

Es fehle einfach der Bedarf für so viele Waren. Daher der Preisrückgang, daher die Zuvielerzeugung, daher die hungrigen Arbeitslosen! Das Gold habe seinen festen „inneren Wert“, es tausche immer nur den Wert ein, den es selber hat; es tue nichts, als die Werte messen, es spiele nebenbei nur noch die höchst nützliche Rolle eines Wertbewahrsers, Werttransportmittels, Wertspeichers und Wertpetrefakts [wörtlich: Versteinerung]!

Wie könne übrigens auch die Ursache des Notstandes vom Geldmangel herühren, sagte man, da doch die Zunahme der Bargeldbestände in den Banken und der Rückgang des Zinsfußes eine allgemein in allen Staaten festgestellte Tatsache sei! Geldmangel und niedriger Zinsfuß widersprechen sich, wie etwa Brotmangel und niedrige Brotpreise. Das Sinken des Zinsfußes könne nur von einem Geldüberfluß kommen – folglich sei die bimetallistische Erklärung der Krise falsch. Die Verteidiger der Doppelwährung antworteten, daß der scheinbare Geldüberfluß, der in den wachsenden Geldbeständen der Banken zutage trete, und der niedrige Zinsfuß gerade der beste Beweis für den bestehenden Geldmangel seien. Die Preise weichen [sinken] wegen Geldmangels, erklärten sie, und weil die Preise weichen, können die Unternehmer auch das vorhandene Geld nicht gebrauchen. Gebt den Unternehmern und Kaufleuten die Gewähr, daß die Preise von heute ab nicht mehr weichen werden, so werden sie das vor der allgemeinen Krise in die Kassen der Banken geflüchtete Geld gleich wieder in den Verkehr bringen. Bei Geldmangel kann man auch das wenige Geld nicht sicher anlegen, sagten sie.

Aber damals begriff man diesen Sachverhalt noch nicht. Die Bimetallisten wurden abgewiesen. Man lehnte es ab, dem Niedergang der Warenpreise von der Geldseite her zu steuern. Aktive Währungspolitik hatte man noch nie und nirgendwo betrieben. Seitdem man das Metallgeld kennt, seit 3000 Jahren hatte man das Geld immer sich selber überlassen. Die Wirtschaft hatte sich immer dem Gelde angepaßt, niemals war umgekehrt das Geld der Wirtschaft angepaßt worden. Das Geld hatte „inneren Wert“, es währte kraft seiner metallischen Eigenschaften! Das Geld war Stoff, die Währung Eigenschaft des Stoffes! Eine aktive Währungspolitik kann man ja nur betreiben, wenn man die Währung vom Stoff trennt und zum Betätigungsgegenstand einer öffentlichen Verwaltung, also zu einer Staatsangelegenheit, zu einer Tat macht. Das hätte aber dem Staate eine zu große Machtfülle gegeben. Der Staat dürfe die Religion, die Schule, die Waffen verstaatlichen, aber die Geldverwaltung darf man ihm nicht anvertrauen, diese muß den Banken, den internationalen Geldmächten überlassen werden, denen man das wirtschaftliche Wohl des Volkes besser anvertrauen kann als dem Staate. (Helfferich vertritt diese Ansicht noch in seinem 1910 erschienenen dicken Buche „Das Geld.“ [Neuerdings auch Prof. Karl Diehl in der Zeitschrift für schweizerische Statistik. Heft I, 1920])

Jedoch, man mußte etwas tun. denn die Landwirte und Unternehmer drängten zu rettenden Taten. So kam man also wieder auf den uralten, blöden Vorschlag zurück, die Preise von der Warensseite aus zu heben. Wenn man weniger arbeitet, weniger Waren erzeugt, so müssen doch auch die Preise steigen – so dachte man. Die Massenauswanderung von Arbeitern und Bauern (1 342 423 von 1881 – 1890) wirkt ja schon ganz erfreulich in dieser Richtung, noch mehr das Stilllegen von Fabriken und die ungewollte Verkürzung der Arbeitszeit, – aber doch nicht schnell, nicht gründlich genug. Zudem ist die Arbeitslosigkeit als Währungsregulator, als Mittel die Warenpreise zu heben, doch eigentlich kein ideales Mittel. Besser schon wäre es, wenn man die Arbeitslosigkeit auf das Ausland abwälzen könnte. Sperren wir also den ausländische Waren unsere Märkte, so wird das Angebot von Waren zurückgehen, und die Preise werden gehoben! So dachte und handelte man. Uns so brachte uns der Schutz gegen den Rückgang der Preise den Schutzzoll! Die Schutzzölle aber schufen den gefährlichen Gedanken des in sich geschlossenen, durch Kolonien und Eroberungen zu erweiternden nationalen Wirtschaftsgebietes, der notwendigerweise die Staaten in Gegensatz zueinander bringt und als die wahre und letzte Ursache des heutigen Weltkrieges zu betrachten ist.

Diese Entwicklung ist noch besonders im Hinblick auf die Tatsache höchst sonderbar und merkwürdig, daß der der Goldwährung zugrunde liegende Gedanke einer vertragslosen internationalen Währung in Wahrheit ein freihändlerischer ist. Deutschland, wie fast alle anderen Staaten, war vor Einführung der Goldwährung freihändlerisch, ebenso wie England, das mit der Goldwährung vorgegangen war. Statt aber den Freihandelsgedanken zu erhalten und weiter zu fördern, brachte der Druck, den die Goldwährung auf die Warenpreise ausübte, die Schutzpolitik überall zum Sieg. Die Zollpolitik muß also als Schutz gegen die wirtschaftlichen Wirkungen der Goldwährung angesprochen werden – *die uns den Freihandel sichern sollte*. Wir erreichten das Gegenteil von dem, was wir bezweckten. Wenn die Freunde des Gedankens eines geschlossenen Wirtschaftsgebietes zur Förderung und Erzwingung dieses Zieles die *internationale* Goldwährung gefordert hätten, so wäre das, wie die Erfahrung gelehrt, durchaus vernünftig gewesen. Die Goldwährung, das steht fest, hat sich für die Entwicklung des Welt- und Freihandels als das denkbar größte Hindernis erwiesen.

Nun ist es ein für die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge verhängnisvoller Zufall gewesen, daß die Entdeckung der Goldfelder in Südafrika und Alaska mit der Einführung der Schutzzölle zeitlich zusammenfiel. So ist es gekommen, daß man den Aufschwung der Wirtschaft, der nun einsetzte, nicht mit der steigenden Goldförderung, also mit Ereignissen auf dem Währungsgebiete, in ursächlichen Zusammenhang bringt, sondern mit den Wirkungen der Schutzzollpolitik. Darum wollen wir hier um so stärker betonen, daß jener Aufschwung eine *Welterscheinung* gewesen ist, und sich auch namentlich in denjenigen Ländern ebenso stark bemerkbar gemacht hat, gegen die die Politik der Schutzzollstaaten gerichtet war, oder die dem Freihandel treu blieben.

Mit den reichen Goldfunden Afrikas, deren Wirkung durch das bekannte Spiel des Dritteldeckungsgesetzes verdreifacht wurde, zogen endlich die Preise wieder an, und machten den Handel rechnerisch wieder möglich. Alles, was uns die Goldwährung gebracht hatte: allgemeiner Notstand, Arbeitslosigkeit, Unzufriedenheit, Verelendung der Volksmassen, namentlich der Bauern, Sozialdemokratie, Massenauswanderung, Landstreicher, Bettelei, Not der Landwirtschaft, Wucher und Wuchergesetze, Judenhetze, unzählige Zahlungseinstellungen, Zusammenbruch großer und kleiner Unternehmer, Rückgang der Dividenden, Kursrückgang aller Börsenpapieren, Fehlbetrag im Haushalt der Einzelpersonen, der Gemeinden, der Bundesstaaten und des Reiches, Zölle, Zollkämpfe, Verhetzung aller Volksklassen und Völker und die entsprechenden Rüstungen, das alles verschwand nun nach und nach,

seitdem man in Afrika soviel Geld fand, oder es war wenigstens in der Rückbildung begriffen. In allen Ländern wurde mit Hochdruck gearbeitet. Und trotzdem die Erzeugung sich überall verdoppelte und vervielfachte, gingen die Preise nicht zurück, sondern stiegen weiter, und niemand sprach von Überproduktion. Das Wort, das vordem in aller Munde war, und 20 Jahre lang in keinem Zeitungsaufsatz fehlte – war fast in Vergessenheit geraten. Und zur Verblüffung aller, die die Doppelwährungstheorie bekämpft hatten, stieg der Zinsfuß und verschwanden die Geldansammlungen in den Banken in demselben Verhältnis, wie als Folge der wachsenden Goldfunde in der ganzen Welt die Herstellung von Metall- und Papiergeld vermehrt wurde. All das bestätigte aufs glänzendste die Behauptung der Bimetallisten, die die Ursache der überstandenen Not auf schlechte Währungsverhältnisse zurückführten.

Angesichts dieser niederschmetternden Widerlegung der Goldwährungstheorie wäre nun wohl eine Umgestaltung der Währungsgesetze am Platze gewesen. Aber es geschah nichts. Die Reichsbank hielt fest am Bestehenden. Was sie vorschlug, sollte nicht der Beseitigung der Goldwährung dienen, sondern ihrer Befestigung. Übrigens gingen ja die Geschäfte gut, jetzt war erst recht kein Grund vorhanden, sich um die Währung zu kümmern. Vom Taumel des flotten Geschäftsganges ergriffen, hatte auch niemand Lust, die Zeit – die jetzt wirklich Geld war – mit dem Erforschen des Währungsrätsels zu verlieren.

Die Erfahrung hatte zwar die Richtigkeit der bimetallistischen Anschauung über die Ursache der großen Wirtschaftskrise bewiesen, zugleich hatte sie aber auch die Gründe beseitigt, derentwegen die Bimetallisten die Goldwährung angegriffen hatten. Diese hatten ja in der Währung nur den mangelnden Zufluß von Gold auszusetzen gehabt. Dieser Mangel war nun gehoben – also war alles wieder in bester Ordnung. *Otto Arendt*, der den Bimetallismus so eifrig gepredigt hatte, erklärte sich nun als Anhänger der Goldwährung.

Jedoch die Herrlichkeit dauerte nicht lange. Der Goldzufluß, der bis 1910 rasch gestiegen war, blieb nun ungefähr auf gleicher Höhe, während der Goldabfluß in die Industrie und in die neu zur Goldwährung übergehenden Staaten ununterbrochen wuchs. Viele Staaten benutzten die günstigen Verhältnisse dazu, um durch Ankauf von Gold ihre Währungen zu „fundieren“. Argentinien allein entzog dem Weltmarkt in den Jahren 1900 – 1910 mehr als 300 Tonnen Feingold. Brasilien, Chile, Mexiko, Rußland, Japan handelten ähnlich. Zugleich bewirkte der zunehmende allgemeine Wohlstand, den der flotte Geschäftsgang erzeugt hatte, daß die Goldmünzen massenhaft für die Zwecke der Goldschmiede eingeschmolzen wurden. Das ist ja einer der größten Fehler der Goldwährung, daß der Wohlstand, den der

Vollbetrieb der Volkswirtschaft erzeugt, die Ursache dieses Vollbetriebes gesetzmäßig vernichtet.

So genügten also die reichlichen Goldfunde in Afrika jetzt nicht mehr, um die hochgeschraubten Preise weiter in die Höhe zu treiben. Der flotte Geschäftsgang braucht aber unter dem heutigen Geldsystem den Ansporn *steigender* Preise. Stetige oder gar fallende Preise kann die von der Goldwährung bediente Volkswirtschaft nicht vertragen. Mehrere Jahre schon vor Kriegsausbruch erregten die wirtschaftlichen Zustände allenthalben größte Besorgnis. Wie weit diese Besorgnisse am Kriegsausbruch beteiligt sind, soll hier nicht weiter untersucht werden. Sicher ist, daß damals vielen Kaufleuten, Unternehmern, Landwirten aus Geschäftsrücksichten nicht mehr viel an der Aufrechterhaltung des Friedens gelegen war. Und diese Rücksichten spielen doch sonst eine gewichtige Rolle.

Der Kriegsausbruch warf die Goldwährung gleich über den Haufen. Den ersten Stoß hatte sie bereits 1911 erhalten, als die Reichsbanknote zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt und damit der Papierwährungstheorie das erste gesetzliche Zugeständnis gemacht wurde. Mit der Auflösung der Einlöschungspflicht im August 1914 wurde die unmittelbare Verbindung des Papiergeldes mit dem Gold zerhauen und das deutsche Papiergeld zum erstenmal ganz auf sich selbst gestellt. Zwar ist dieser Sachverhalt noch nicht amtlich anerkannt worden. Immer noch liest man, selbst auf den Noten, die jetzt frisch von der Presse kommen, daß die Reichsbank dem Inhaber „bei Sicht x Mark zahlt“. Aber jeder weiß, daß es sich hier um leere Worte handelt, um eine Verlegenheitsinschrift, die viel mehr darauf berechnet ist, die Vorrechte der Reichsbank-Aktiengesellschaft als die Rechte des Noteninhabers zu betonen. Die Reichsbank „zahlt“ ja nicht mehr, und es ist gut so. Wer das Papiergeld der Reichsbank sinngemäß als Tauschmittel braucht, also Waren damit kauft, hat ja alles, was er vom Geld erwarten kann. Warum also noch das *Zahlungsversprechen*? Die Reichsbank kann gelassen einen Strich durch ihr Zahlungsversprechen ziehen, es wird darum doch niemand, der Waren zu verkaufen hat, und nun auf das Reichsbankpapiergeld angewiesen ist, dieses zurückweisen. Das Erklären der Reichsbanknote zum gesetzlichen Zahlungsmittel und das Fehlen jeglichen anderen Geldes genügen vollauf, um dem Reichsbankpapiergeld die Kursfähigkeit unter den Warenbesitzern zu sichern. Eine besondere Einlösung ist überflüssig, denn Geld werden wir doch immer brauchen, solange wir Waren erzeugen und auf den Markt bringen. Das Papiergeld einlösen heißt das Papiergeld vernichten. Warum aber dem Volk die Vernichtung des Papiergeldes versprechen – wenn wir es doch ewig brauchen werden? Viel wichtiger als das „Zahlungsversprechen“ in den Bank-

noten, wäre ein Versprechen sinngemäßer, geordneter Verwaltung des Geldes. Was wir wünschen, was wir von einer geordneten Geldverwaltung fordern können, ist eine Gewähr dafür, daß wir für das Geld immer Waren kaufen können, bei dauernd festem Durchschnittspreis. Der Durchschnittspreis der Waren muß fest bleiben, das ist alles, was die Reichsgeldverwaltung in der Inschrift ihres Papiergeldes dem Inhaber zu versprechen braucht. Und da die Reichsbank das Alleinrecht der Notenausgabe hat, so kann sie dieses Versprechen auch halten, und zwar selbst unter den unglücklichsten Verhältnissen, selbst im Kriege – wenn sie das will. Sie muß Geld herstellen und ausgeben, so oft und so lange der Durchschnittspreis der Waren fällt, und umgekehrt Geld einziehen und verbrennen, so oft der Durchschnittspreis der Waren steigt. Mehr braucht sie nicht zu tun. Selbst braucht sie keine Ware feilzuhalten, am allerwenigsten Gold oder Silber, die ja für 99% der Bevölkerung gerade die nebensächlichsten aller Waren sind. Sie braucht sich auch nicht um den Preis der einzelnen Waren zu kümmern. Nur allein der vom statistischen Amte ermittelte *Durchschnittspreis* soll der Reichsbank als Maßstab für den Geldbedarf dienen. Wie dieser Preis zu ermitteln ist, ist heute keine Streitfrage mehr. Über diese Frage ist die Entscheidung gefallen für alle, die sich ernsthaft mit ihr befaßt haben. Wir verweisen auf die Arbeiten von Dr. Th. Christen, Prof. Irving Fisher, Silvio Gesell und anderen. Die absolute Währung, unter der der Durchschnittspreis unter allen Umständen fest bleibt, ist heute Sache des Wollens, nicht mehr des Könnens.

Die absolute Währung würde uns von alledem frei halten, was uns die Goldwährung gebracht hat. Sie gibt uns volle Gewähr gegen den Wechsel der Marktverhältnisse; sie beschränkt die Schwankungen im Preise der einzelnen Ware auf die natürlichen, im Verbrauch liegenden Ursachen, und bringt dadurch die Währung unmittelbar unter die Aufsicht des Volkes. *Der Begriff „Mark D.R.W.“ wird zu einer festen, allbekannten Größe, die in den sich dem Gedächtnis mit der Zeit einprägenden Warenpreisen ihren festen Boden hat.* Dadurch werden auch die Kaufleute einer höchst wirksamen öffentlichen Aufsicht unterworfen. Heute weiß niemand, was eine Mark ist, weil die Warenpreise ständig die größten Schwankungen durchmachen.

Die Goldwährung schuf Zeiten des Geldüberflusses und des Geldmangels. Mit der absoluten Währung werden wir immer haarscharf den Tagesbedarf decken. Der Geldüberfluß schuf die Hochkonjunktoren, mit der Schädigung aller sogenannten Festbesoldeten, der Altersgeldempfänger, Pfandschuld- und Obligationengläubiger. Vielfach mußten die Arbeiter durch Androhung von Streik die Löhne den gestiegenen

Warenpreisen anpassen. Mit der absoluten Währung bleibt der Durchschnittspreis fest. Der Geldmangel, der bei der Goldwährung den Geldüberfluß ablöste, schuf die Flaue [Flaute], mit all ihren bekannten Begleiterscheinungen: Krisen, Arbeitslosigkeit, Schädigung und Bankrott der Schuldner, Fehlbeträge im Staatshaushalt usw. Mit der absoluten Währung wird niemals handelstechnischer Geldmangel herrschen. Die Goldwährung war eine Zufallswährung; sie hing von den Goldfunden ab, und die Geschichte beweist uns, wie unregelmäßig diese Funde sind. Während der ganzen Dauer des Mittelalters wurde so gut wie nichts gefunden – und deshalb mußte man sich im Mittelalter auch größtenteils ohne Geld, ohne Handel und ohne die gewaltigen Vorteile der Arbeitsteilung behelfen. Wir haben keinerlei Gewähr dafür, daß die Funde, auf die uns die Goldwährung anweist, auf der Höhe unseres Bedarfs bleiben werden. Mit der absoluten Währung dagegen ist der Handel für alle Zeiten vom Zufall unabhängig.

Wegen der Unregelmäßigkeit, womit der Markt mit Geld versorgt wurde, war der Handel immer ein gefährliches Unternehmen, und niemand wollte darum Geld im Handel anlegen, es sei denn, daß eine hohe Verzinsung für die Verlustgefahr Deckung schuf. So wurde der Warenaustausch verteuert. Mit der absoluten Währung verschwindet dieses besondere Risiko; hiernach wird sich auch das Handelskapital mit einer niedrigeren Verzinsung begnügen können und den Gesetzen des Wettbewerbes auch begnügen müssen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der *Zinsfuß* mit den Warenpreisen steigt und fällt. Die Flaue (Baisse) ist von einem niedrigen Zinsfuß begleitet und die Hochkonjunktur von einem hohen Zinsfuß. Von der Höhe des Zinsfußes wird der Kurs der festverzinslichen Wertpapiere bestimmt. Jede Veränderung im Zinsfuß überträgt sich, mit 20 – 25 vervielfältigt, auf den Kurs der Festverzinslichen. Diese Schwankungen werden jetzt, da die Börse mit den Kriegsanleihen belastet ist, märchenhafte Summen ausmachen, falls der Zinsfuß die tollen Sprünge der letzten Jahrzehnte wiederholen sollte – und das wird er, wenn wir keine Währung, keine Stetigkeit in unsere Währungsverhältnisse bringen. Mit der absoluten Währung werden die Warenpreise und der Zinsfuß fest bleiben – darum werden auch die Kurse der festverzinslichen Papiere keine Sprünge mehr machen.

Kurz, der Vorteile, die wir von der absoluten Währung erwarten können, sind so viele, daß man schon schwerwiegende Gründe aufbringen müßte, um sie ablehnen zu können. Tatsächlich läßt sich aber vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt überhaupt nichts gegen die absolute Währung vorbringen. Privatwirtschaftliche Gesichtspunkte sollen aber in einer öffentlichen Sache, wie sie das Geld ist, überhaupt keine Berücksichtigung finden, da man diesen privat-

wirtschaftlichen Belängen nur auf Kosten anderer privater Interessen gerecht werden könnte. Die absolute Währung steht unparteiisch über aller Rücksicht auf einzelne.

Ein Wort ist noch zu sagen inbezug auf den *Devisenkurs* (Wechselkurs – Valuta).

Wir können dem Reichswährungsamt nicht zwei verschiedene Maßstäbe vorschreiben, mit denen es den Geldbedarf messen soll. Wir haben zu entscheiden, ob die Geldausgabe auf feste Warenpreise oder aber auf feste Devisenkurse gerichtet sein soll. Der überragenden Bedeutung des Inlandhandels entsprechend wünschen wir vor allem feste Warenpreise; daneben, soweit es sich vereinbaren läßt, auch feste Devisenkurse. Der erstrebte feste Durchschnittspreis der Waren hängt allein von der Tätigkeit des Reichswährungsamtes ab. Jedoch kann die Verbindung dieses Zieles mit festen Devisenkursen nur auf Grund von festen Vereinbarungen mit den betreffenden Ländern erfolgen. Der feste Devisenkurs stellt sich ein, sobald die am Außenhandel beteiligten Staaten eine mit der unsrigen übereinstimmende nationale Währungspolitik betreiben. Bisher hatten wir auch inbezug auf die Devisenkurse kaum etwas, was man aktive Währungspolitik hätte nennen können. Wenn trotzdem die Schwankungen der Devisenkurse sich nur zwischen den Goldpunkten bewegten, so lag das daran, daß die Ware, auf die die Devisen lauteten, also das Gold, sich leicht und ohne größere Unkosten von einem Lande zum anderen hinüberleiten ließ. Konnte man also keine Devisen auftreiben, so verpackte man das Geld, womit man sonst die Devisen gekauft hätte (Gold) und schickte es anstelle der Devisen. Dieses Verfahren bewirkte dann noch, daß in den Ländern mit passiver Handels- und Zahlungsbilanz, wo es also zur Goldausfuhr kam, als Folge dieses Goldexportes die Warenpreise wieder auf den internationalen Stand sanken, wodurch die Handels- und Zahlungsbilanz wieder zugunsten dieses Landes selbsttätig umkippte. Wir hatten also anstelle einer Verwaltung einen Automaten. Anstelle des die Dinge durchdringenden Geistes eine Maschine – die Maschinenarbeit lieferte. Der Automat wirkte, wie alle Automaten, d.h., erst dann, wenn man das Geld eingepackt und abgeschickt hatte. Er beugte nicht vor. Er trat in Tätigkeit, wenn das Höchstmaß der Störung bereits eingetreten war, d.h., wenn als Folge eines verhältnismäßigen Geldüberflusses die Warenpreise die Grenze der Abweichung vom Gleichstand, die zur Goldausfuhr führte, erreicht hatten.

Anstelle dieses Automaten wollen wir eine von der Erkenntnis geleitete Handlung setzen. Die am Welthandel beteiligten Länder werden ihre Währung ebenfalls auf die Festigkeit des Durchschnittspreises einstellen, und damit verschwinden die Hauptgründe für die Schwankungen in der Handelsbilanz. Die internationalen Handels-

beziehungen werden viel stetiger werden. Wir erinnern hier an die Störungen, die seinerzeit die Einfuhr (und Wiederausfuhr) der französischen Milliarden in der Handelsbilanz, namentlich des Deutschen Reiches, aber auch der anderen Länder verursachte. Solche Störungen werden mit der absoluten Währung nicht mehr vorkommen. Lange, bevor die Handelsbilanz zu Störungen der Zahlungsbilanz führen kann, werden die Währungsämter der beteiligten Länder eingreifen. Dort, wo die Warenausfuhr zu stark ist, werden die Preise durch Ausgabe von Geld gehoben – dort, wo die Wareneinfuhr zu stark ist, werden die Preise durch Geldeinzug gesenkt; kurz das, was unter der Goldwährung heute selbsttätig, aber zu spät eintritt – Goldeinfuhr und Goldausfuhr – wird hier rechtzeitig und vorbeugend durch dasselbe Mittel, durch Geldeinziehen und Geldausgeben willkürlich herbeigeführt. Denn Goldausfuhr ist der Wirkung nach nichts anderes als Geldeinzug, und Goldeinfuhr ist auch nichts anderes als Geldausgabe. Für jede Mark, die die Reichsbank für die Ausfuhr hergibt, muß sie ja aller Regel nach 3 Mark in Noten einziehen (Dritteldeckung). Der Unterschied in dieser Beziehung liegt also darin, daß die Währungsämter vorbeugend handeln werden, während die Reichsbank heute nur dann eingreift, wenn von ihr Gold für die Ausfuhr verlangt wird – wenn also der Geldüberschuß, den sie einzieht, seine störende Wirkung bereits getan hat.

Kommt es zu einer Verständigung zwischen den einzelnen Staaten in bezug auf die leitenden Grundsätze der Währungsämter, so liegt der Gedanke nahe, ein *internationales Währungsamt* zu gründen, wo die Bewegungen der Devisenkurse beobachtet, ihre Ursachen erkundet und den nationalen Geldverwaltungen diejenigen Maßnahmen nahegelegt werden, die geeignet erscheinen, um die Devisenschwankungen zu beseitigen, wobei es sich immer nur um die Vermehrung oder Verminderung des Geldumlaufes handeln kann. Mit der Zeit wird dann wohl auch der Vorschlag auftauchen, die Währungsämter der einzelnen Staaten in diesem internationalen Amt zusammenzufassen, um den alten Traum des Weltgeldes zu verwirklichen. Mit der Metallwährung ist ein solcher Vorschlag nicht ausführbar. In der Natur der auf dem Papiergeld begründeten absoluten Währung liegt aber nichts, was der Verwirklichung dieses Vorschlages im Wege stände. Übrigens läßt sich die absolute Währung nur auf diesem Wege mit völliger Festigkeit der Devisenkurse vereinigen.

Da dem Inhaber des Papiergeldes nur die absolute Währung, aber keine bestimmte Ware (Gold) versprochen wird, so ist auch jede sogenannte Deckung (Goldreserve) überflüssig. Die absolute Währung muß man sich dynamisch, nicht statisch vorstellen (Christen). Sie ist eine Tat, eine Verwaltungsmaßnahme, kein Stoff, keine Eigenschaft

eines Stoffes. *Als Deckung des vom Reichswährungsamt ausgegebenen Papiergeldes gilt dessen Betätigung als Geld, die Dynamik des Tausches der Waren*, ähnlich wie wir uns die Deckung einer Eisenbahnaktie auch nicht in dem Stahl der Schienen, sondern im Güterverkehr, der sich auf den Schienen abspielt, vorstellen. Ohne diesen Verkehr wäre die Aktie leer, wie das Geld ohne den Warenaustausch auch inhaltslos wäre. Aus dem gleichen Grund ist auch die *Sicherheit* des Papiergeldes in den im Lande feilgebotenen Waren zu suchen. Solange und nur solange Waren feilgeboten werden, ist das Geld gesichert. Das hat uns der Krieg jetzt wohl deutlich genug vor Augen geführt. Wie mancher denkt heute: hätten wir nur Waren anstelle des so oft genannten Goldschatzes der Reichsbank! Was nützt dem Besitzer der Reichsbanknote die Metalldeckung, wenn die Läden leer sind? Wer die Natur des Papiergeldes und der absoluten Währung begriffen hat, der lehnt jede besondere Deckung, auch die Dritteldeckung ab. Ja, namentlich diese unantastbare Dritteldeckung, die von der Wissenschaft schon längst, jetzt auch von Praktikern als Unsinn erkannt ist. Der *antastbare* Teil der Deckung hat, solange man keine aktive Währungspolitik betreibt und man die Währung als Selbstbetätigung der Goldreserven erwartet, noch einen Sinn. Die unantastbare Dritteldeckung aber, da sie nie wirksam werden darf, ist sinnlos. Ebensogut könnte man das unantastbare Gold des Mondes als Deckung verwenden. Es hat übrigens auch noch niemals jemand für das Dasein dieses unantastbaren Goldes einen vernünftigen Grund entdecken können.

Jetzt zeigt auch wieder der Krieg all denen, die unfähig sind, die Dinge auf theoretischem Wege zu durchschauen, wie die Dritteldeckung uns nicht davor bewahrt hat, daß der Devisenkurs so tief unter pari sinken konnte. Die Dritteldeckung ist, wenn unantastbar, wirkungslos, daher überflüssig. Der Teil der Golddeckung aber, der bisher zur Noteneinlösung diente, läßt sich mit Vorteil durch Reichsanleihen ersetzen und noch besser durch aktive Währungspolitik überflüssig machen.

Auch der alte Glaube, daß die Dritteldeckung nötig sei, um das „Vertrauen“ des Volkes zum Papiergeld zu unterhalten, ist ein Märchen. Tatsächlich kann die öffentliche Geldverwaltung von der Rücksicht auf das Vertrauen und Mißtrauen des Volkes völlig absehen. Die Macht des Geldmonopols ist jederzeit unbeschränkt. Solange die Geldverwaltung kein anderes als ihr Geld im Verkehr duldet, bleibt den Erzeugern von Waren nur die Wahl, das Geld des Staates anzunehmen, oder ihre Waren unverrichteter Sache wieder nach Hause zu tragen. Dafür aber, daß sie letzteres nicht tun werden, sorgt die Natur ihrer Erzeugnisse. Kein Bauer wird seine Waren deshalb, weil er dem Gelde mißtraut, verderben lassen. Selbst das Erklären

des Papiergeldes zum gesetzlichen Zahlungsmittel ist für den Warenaustausch überflüssig. Im Wettbewerb mit anderen Geldarten siegt immer das Produkt des Staatsmonopols, *und zwar siegt es um so leichter, je größer das Mißtrauen ist, dem es begegnet*. Die Erklärung dieses eigentümlichen Spieles der Kräfte gibt das sogenannte *Greshamgesetz*.

Wer die Währung dynamisch als Verwaltungsmaßnahme betrachtet, braucht also auch den Ballast der Dritteldeckung nicht.

Die *Wiedereinführung der Goldwährung* ist nicht unmöglich, wie manche heute behaupten. Die Goldwährung entzieht sich nicht ganz einer aktiven Währungspolitik. Die Goldwährung verlangt z.B. durchaus nicht, daß wir beim gleichen Münzfuß bleiben. Wir können das Gold strecken, wie wir es auch umgekehrt behandeln können. Heute rechnen wir 2790 Mark auf das Kilo Fein. Wir können aber auch 4 – 8 – 10 000 Mark aus dem Kilo ziehen. Das steht der Goldwährung an sich nicht im Wege. Wir können das Gold so weit strecken, daß wir die Kriegspreise beibehalten können. Und auf dieser Grundlage könnte man so wie bisher „weiterwursteln“. Wir brauchen also, wenn wir durchaus bei der Goldwährung bleiben wollen, die Kriegspreise nicht rückwärts zu schrauben. Und wenn wir nach dem Vorschlag handeln, den seinerzeit Professor Woodrow *Wilson* (jetzt Präsident *Wilson*) machte, so können wir sogar die absolute Währung bis zu einem gewissen Grade mit der Goldwährung verbinden. *Wilson* schlug nämlich vor, den Goldgehalt der Dollarnote zu vermehren, wenn die Warenpreise aufwärts strebten, und ihn zu vermindern, wenn die Preise fielen. Niemand wird leugnen, daß auf diese Weise die absolute Währung zu erreichen ist. Praktisch wie theoretisch läuft die Sache aber auf unseren Vorschlag hinaus, indem auch hier der Durchschnittspreis der Waren den Maßstab für die Ausgabe von Dollarnoten abgeben wird. *Wilson* kann die Währung noch nicht ganz dynamisch, als Tat, begreifen. Er haftet noch am Stoff, sonst hätte er die vollkommene Trennung des Dollars vom Gold verlangt.

Ganz und gar unmöglich ist jedoch die *Rückführung der Preise* auf den Stand vor dem Kriege. Einerlei, welches Tempo man auch für diese Rückführung vorschlagen würde – der Vorschlag ist undurchführbar. Der Versuch allein, die Warenpreise wieder rückwärts zu schrauben, würde uns mehr kosten als der Krieg. Auch würde man es sofort als größte Ungerechtigkeit erkennen, wenn diejenigen, die ihre Pferde, Schweine, Gänse, Leder, Wolle usw. zu Kriegspreisen verkauften und mit dem Erlös Kriegsanleihen zeichneten, jetzt beim Verkauf der Kriegsanleihen ihre Pferde, Schweine usw. zu Friedenspreisen wieder einkaufen könnten – also zur Hälfte, zum Drittel von

dem, was sie dafür erhielten. Außerdem ist ja ein allgemeiner Preisrückgang gleichbedeutend mit Wirtschaftskrise. Wenn man aber die früheren Preise nicht wieder herstellen kann, so soll man auch nicht davon reden, nicht damit drohen. Sagen wir es heute offen und ehrlich, damit sich jeder darauf einrichten kann: für uns ist die Goldwährung endgültig erledigt.

Man sage auch nicht, daß wir uns durch eine solche Lossagung von der Welt absondern. Das Gegenteil ist der Fall. Durch den Bruch der Goldwährung sind die Völker heute alle in bezug auf die Währung abgesondert, – am meisten vielleicht die Staaten, die bei der Goldwährung verblieben, wie die Schweiz z.B., die mit keinem Lande mehr in einem festen Valutaverhältnis steht, trotz Goldwährung. Führen wir dagegen in Deutschland die absolute Währung ein, so schaffen wir „einen festen Punkt in der Erscheinungen Flucht“, einen Kristallisationskern, um den sich die anderen Staaten durch Einführung der gleichen Währung gruppieren können – wenn sie wollen. Schaffen wir die absolute Währung, so weiß jeder im Ausland, was er hat, wenn er einen Markwechsel gekauft hat. Er weiß, daß die Mark währt, und zwar dort währt, worauf es allen in erster Linie ankommt, auf den Märkten, den Waren gegenüber. Kehren wir dagegen zur Goldwährung zurück, so sagt der Markwechsel dem Ausländer gar nichts; er weiß nicht, ob er die Waren zum halben oder zum doppelten Preis wird bezahlen müssen.

Dabei gibt uns die absolute Währung die Möglichkeit, als Ausgangspunkt der eigentlichen Geldverwaltung denjenigen allgemeinen Preisstand zu wählen, der den Bedürfnissen des Handels, der Landwirtschaft, der Industrie, der Reichsfinanzen und des allgemeinen Zahlungsverkehrs am besten gerecht wird. Wenn die Landwirte, Handwerker und Unternehmer nach Friedensschluß z.B. die jetzigen Kriegspreise für ihre Erzeugnisse weiter erhalten, so können sie auch mit der Zahlung der erhöhten Löhne und Steuern fortfahren, und dann können die Arbeiter auch den erhöhten Wohnungszins bezahlen. So werden die verschuldeten Hausbesitzer ihrerseits ihren Hypothekenverpflichtungen nachkommen können. Der damit verfilzte Zahlungsverkehr wird keine Unterbrechung erfahren. Dann wird die zum Vollbetrieb zurückkehrende Volkswirtschaft die neuen Kriegssteuern tragen und auch der Staat seinen Verpflichtungen mit Einschluß der Kriegsanleihen gerecht werden können; während die Rückführung der Warenpreise auf einen vollkommen unübersehbaren, vielleicht 100% niedrigeren Goldwährungsstand, und die damit verbundene Wirtschaftskrise die Steuerkraft des Volkes untergraben, den Zahlungsverkehr unterbrechen und die unverkürzte Verzinsung der Kriegsanleihen ganz unmöglich machen würde.

Bei den Friedensverhandlungen wird man nicht umhin können, über die künftige Feststellung der Devisenkurse sich zu verständigen. Dies wird nur mit der absoluten Währung möglich sein. Und da mit der absoluten Währung die Gründe, die die meisten Staaten zur Schutzpolitik trieben, fortfallen, so wird auch bei denselben Friedensverhandlungen die Frage des *Wirtschaftsfriedens*, also des Weltfreihandels eine Beantwortung erhalten.

* * *

Kopernikus entdeckte die Bewegungen der Erde um die Sonne. Er konnte sich aber nicht zum Gedanken einer frei im Raume schwebenden Erde erheben. Er ließ die Erde auf einer festen Ebene laufen. Galilei befreite die Erde von dieser Fessel und schleuderte sie in den Raum.

Die Ergebnisse der Neuzeit haben bei einer Reihe von Theoretikern den Gedanken einer Papierwährung erweckt, die, wie die absolute Währung, um den Durchschnittspreis der Waren, statt um das Gold kreisen soll. Aber diese Theoretiker, Nominalisten nennen sie sich, haften noch am Stoffe, sie brauchen zum Begriffe ihres Papiergeldes noch irgend eine feste stoffliche Ebene (Golddevisen), auf der sie ihr Papiergeld kreisen lassen. Mit der absoluten Währung wird auch diese letzte Fessel beseitigt; die absolute Währung kreist, ohne an irgend eine bestimmte Ware gebunden zu sein, frei, wie die Erde um die Sonne, um den Durchschnittspreis der Waren.

Wirtschaftliche, politische und finanzielle Voraussetzungen für die Errichtung des Reichswährungsamtes.

Währung heißt Ordnung, volkswirtschaftliche Ordnung, die sich getrennt von finanzieller Ordnung nicht denken läßt. Sie ist der Ausdruck allseitiger Gesundheit. Ihre Zerrüttung ist zugleich Ursache und Wirkung wirtschaftlicher, politischer, finanzieller Zerrüttung.

Der Angriff zur Herstellung gesunder Verhältnisse muß gleichzeitig auf der ganzen Front erfolgen – auf der politischen, finanziellen und volkswirtschaftlichen Front. Sonst wird die Gesundung nicht einsetzen, und der schon lange drohende völlige Zusammenbruch und Untergang wird kaum noch zu vermeiden sein. Je länger wir zögern, umso schwerer werden die schmerzhaften Eingriffe sein müssen. Jetzt schon werden wir ganze Glieder unseres staatlichen Gefüges opfern müssen.

Wer das erkannt hat und sich auch bewußt ist, daß der einzelne sich heute nicht retten kann, wenn nicht das Ganze gerettet wird, der wird auch bereit sein, für sich alle Opfer zu bringen, die die Rettung aller von ihm fordert. Freilich! Letzterer Behauptung wird – so wie die Dinge heute stehen, nicht so allseitig zugestimmt werden, wie man vernünftigerweise wohl ohne weiteres voraussetzen möchte. Die bisher herrschende Klasse sieht das Ungewitter kommen und ist bereit, Opfer zu bringen, um das alte Gefüge überhaupt zu retten. Sie ist bereit, große Vermögensteile fahren zu lassen, um den Rest zu retten – mit der Hoffnung, das Verlorene später wieder zu erlangen. Anders ist es bei den Arbeitern. Auch sie wollen Opfer bringen, schwere Opfer sogar; sie wollen ihr Bestes hergeben, so wie es die Lage von ihnen fordert. Aber das tun sie nicht, um die alten Zustände, den kapitalistischen Klassenstaat zu retten.

Kann man von der werktätigen Bevölkerung annehmen, daß sie sich dazu hergibt, ihre Ketten neu zu schmieden, die die Kriegseignisse verrostet ließ? Keinen Hammerschlag für die Wiedereinsetzung der alten Ordnung; lieber ein Ende mit Schrecken, als eine Fortsetzung dieser Arbeiterdämmerung.

Hier liegt die zu lösende Aufgabe, von der alles übrige abhängig ist. Der Vollbetrieb der Volkswirtschaft, die Reichsfinanzen und das

Reichswährungsamt setzen die freudige Mitwirkung der gesamten werktätigen Bevölkerung voraus – und töricht wäre es, diese zu erwarten, wenn es sich nur darum handeln würde, die Zwingburgen des Kapitals neu zu errichten. Nein, das Rettungswerk muß etwas Neuem, Schönerem gelten. Es muß, wenn es gelingen soll, im Proletariat, bei den Beamten, Bauern, bei der gesamten werktätigen Bevölkerung eine große, lichte Hoffnung erweckt werden. Die besitzlose Menge muß wissen, daß der Schweiß, den sie zur Rettung vergießen soll, und das geduldige Tragen des Notstandes, *dem Aufbau des Zukunftsstaates* gilt.

Ist seit dem Umsturz, in den 1 $\frac{1}{2}$ Jahren, irgend etwas geschehen, was solcher Hoffnung Nahrung geben könnte? Ist das Programm unserer politischen Parteien auf solches Ziel gespitzt? Hat sich die Lage, die wirtschaftliche, politische, wie finanzielle Lage, seit 1 $\frac{1}{2}$ Jahren nicht von Tag zu Tag verschlechtert? Ist der Papiergeldumlauf nicht von 15 auf 55 Milliarden angewachsen? Ist die Valuta nicht seitdem von 65 auf 10 gefallen? Müssen die Lohnsätze nicht täglich umgestaltet werden? Ja, ist die kapitalistische Ausbeutungsrate, der allgemeine Zinsfuß nicht von 4 auf 8, der Handelsprofit von 35 auf 70 gestiegen? Ist nicht anstelle der nötigen, großen, lichten Hoffnung bei allen Arbeitern die Verdrossenheit, ja die Verzweiflung getreten? Die Verzweiflung aber ruft Verzweiflungstaten herbei.

Der Kommunismus widerspricht der Natur des Menschen; der sozialdemokratische Bürokratenstaat geht an Innenreibungen zugrunde, der kapitalistische Staat liegt verendend am Boden. Was tun? Wer rettet uns aus dieser Verworrenheit? Wer zeigt uns den gangbaren Weg in den Zukunftsstaat? Die Programme unserer politischen Parteien zeigen uns diesen Weg nicht. Das Programm der Kommunisten und der Sozialdemokraten bringt uns statt der ersehnten persönlichen Befreiung die allseitige Gebundenheit. Schon der kapitalistische Staat schlug viele von uns in Fesseln; – der kommunistische Staat verstärkt diese bis zur Unerträglichkeit. Mit diesem Programm, das den Menschen zum Teil eines Betriebes macht, das das Gefühl der Verantwortung ertötet, das die Faulen, Dummen den Starken aufbürdet, bis auch diese unter der Last zusammenbrechen, das die natürliche Auslese, das Naturgesetz, das uns formt, uns der ständig wechselnden Außenwelt anpaßt, fälscht oder ganz ausschaltet – mit diesem Programm, wahrhaftig, kann man das Volk nicht einigen. Es wird ewig unmöglich bleiben, die Massen des werktätigen Volkes geschlossen für die Durchführung des kommunistischen Programms zu gewinnen – so daß dieses Programm, wie ihr Hauptvertreter, Otto *Neurath*, es ja auch selbst zugibt, nur durch Zwang, allseitigen Zwang durchgeführt werden könnte. Zwang aber ist Krieg, und Krieg ist Untergang.

Und die Programme der anderen Parteien? Des Zentrums, der deutschen Demokraten, der deutschen Volkspartei? Entweder ist das, was sie erstreben, mit der neuen Verfassung erledigt, oder aber es dient der Erhaltung der kapitalistischen Vorrechte, des Klassenstaates, und ist damit hoffnungslos, also auch erledigt.

Was heute zu tun ist, kann von einer Partei überhaupt nicht erledigt werden. Es gehört dazu die Mitwirkung des ganzen werktätigen Volkes. Es muß etwas Neues geschehen – es muß ein Boden gefunden werden, auf dem sich alle, ohne Ausnahme alle Werktätigen – die Industrie- und Landarbeiter, die selbständigen Bauern, Handwerker, Kaufleute, Beamten aller Art verständigen, zu gemeinsamem Vorgehen finden können, ohne daß sie ihre Sonderprogramme, Sonderziele, Parteien und Organisationen aufzugeben brauchen – ein Band also, das alle Parteien der werktätigen Bevölkerung umschlingt.

Dieses Band, dieser gemeinsame Kampfboden, dieses einheitliche Ziel aller Werktätigen und ihrer Parteiorganisationen – der Kommunisten, Sozialisten, Beamten, Bauern, Handwerker, wie auch der gewaltigen Masse der Pensionäre und Altersrentner ist der Kampf wider alles Schmarotzertum, *der Kampf wider Kapital, Zins und Grundrente*, Inbegriff der Ausbeutung, des arbeitslosen Einkommens, des Marxistischen Mehrwertes.

Der Ausgangspunkt und Antrieb zu allen sozialistischen Bestrebungen ist nicht der Wunsch gewesen, die persönliche Selbständigkeit und Selbstverantwortung aufzugeben und sich den Anordnungen der – wenn auch selbstgewählten – Behörden zu unterwerfen. Nein, das war nicht die Triebfeder. Was die mannigfachen sozialistischen Bestrebungen hat aufkommen lassen, das war und ist die Ausbeutung durch das Kapital, die im Zins und in der Grundrente genau meßbar ist.

Die Sozialisten entstanden zusammen mit dem Zins und mit der privaten Aneignung des Bodens, die zur Ausbeutung in Form der Grundrente führte. Die mannigfachen sozialistischen Systeme, die Utopien, schwärmerische Ausgestaltung eines Zukunftstaates, sind nur Mittel, Mittel zum Schutze gegen die Ausbeutung oder zu ihrer vollen Beseitigung. Der Papst verbot erfolglos die Ausbeutung; die sozialistischen Systeme sollen sie unmöglich machen.

Die bisher bekannten sozialistischen Systeme konnten dieses Ziel immer nur auf dem Wege einer völligen Aufhebung des Privateigentums, der Selbständigkeit und Eigenverantwortung erstreben. Wo es zu Versuchen kam, hat es sich regelmäßig herausgestellt, daß ihre Mängel größer waren als das Übel, das sie bekämpfen wollten – daß die Menschen, wie sie heute sind, für eine derartige Wirtschaftsordnung sich nicht verwenden lassen. Mißerfolg auf Mißerfolg. So kamen denn

so viele Sozialisten zu der trübsinnigen, verzweifelten Ansicht, daß zur Besserung unserer Gesellschaftsordnung vor allem bessere Menschen nötig seien. Eine hoffnungslose, verzweifelte, zum Selbstmord treibende Ansicht.

Die einzigen Sozialisten, die heute voller Hoffnung sind, die den Kampf wider alle Ausbeutung mit Hilfe der heutigen Menschen, mit Hilfe der heutigen Wirtschaftsordnung, mit Hilfe und mit Betonung des Egoismus, der Eigenliebe, des Eigennutzes, des Privateigentums zu einem siegreichen, zu einem schnellen Ende zu führen hoffen, das ist der

Bund für Freiland und Freigeld.

Das Programm dieses Bundes setzt nichts voraus als die Beseitigung von Hemmungen, die der vollen Entfaltung der freien Wirtschaft im Wege stehen. Er braucht keine anderen Menschen als die, die die 6000jährige kapitalistische Unzucht hervorgebracht hat. Mit den Enkeln der deutschen Leibeigenen, mit den Mißgeburten, mit den Kindern der Sauffreiheit, der einzigen Freiheit, die dem Deutschen nie verkümmert wurde, mit den Schwachsinnigen, Zuchthäuslern, mit den Leuten, die blindlings militärische Befehle mit Kadavergehorsam befolgen, mit den Schutzzöllnern und organisierten Parteimenschen, kurz mit dem ganzen wüsten Menschenbrei des zum Himmel stinkenden Klassenstaates, wird der Freiland-Freigeldbund den Kampf wider das Kapital aufnehmen und dieses Scheusal in kurzem Kampfe zur Strecke bringen, so daß wir, die Lebenden, den Sturz noch mit ansehen werden. Diesen Enderfolg werden wir nicht plötzlich vor uns haben, etwa wie im Theater, wenn der Vorhang gezogen wird. Wir werden Schritt für Schritt den Sieg erringen, in den Zukunftsstaat hineinwachsen. Die Ausbeutungsrate wird nicht durch ein Machtwort beseitigt, sie wird durch das werktätige Volk im wahren Sinne des Wortes – abgebaut. Jedes Jahr wird man Fortschritte feststellen können. Betrug die Ausbeutungsrate von jeher, seit Hammurabi, 5% im Jahre, oder fürs Deutsche Reich etwa 20 Milliarden Goldmark (1913), so wird unter dem Einfluß der vom *Freiland-Freigeldbund* geforderten Reformen diese Ausbeutung bald nur mehr 19 – 18 – 17 Milliarden betragen und wird in einem Zeitraum von 15 – 20 Jahren ganz verschwinden – und noch früher, wenn wir alle, angespornt durch die sichtbaren Erfolge, unverdrossen, unter voller Anspannung unserer Muskel- und geistigen Kräfte arbeiten werden. Denn was der vom F.F.B. gegen den Kapitalismus geführte Kampf vom Einzelmenschen verlangt, ist nicht Hunger, Streik und Kampf, sondern das, was jeder gerne gibt, wenn er den gerechten Lohn erwarten kann, nämlich die Arbeit, dieselbe Berufsarbeit, die jedermann genugsam kennt und deren Mühseligkeiten nur dann überwunden werden können, wenn jeder weiß, daß der Ertrag der Arbeit ihm per-

sönlich zufällt, nicht aber der Gemeinde, der Gesellschaft, dem Staate, der Menschheit und wie man diese nebelhaften Ungeheuer bisher noch benannt hat.

Der *Freiland-Freigeldbund* unterscheidet sich von allen anderen sozialistischen Organisationen dadurch, daß er den Eigennutz als allgemeine Triebkraft in sein von der Natur gewolltes Recht einsetzt. Vor den Pflug, der den steinigen, schweren Boden aufreißen soll, spannt der F.-F.-B. nicht die allgemeine Gleichheit und Brüderlichkeit. Er würde dort ganz bestimmt stecken bleiben, und der Acker bliebe brach. Dem Sinn für Eigentum, für persönliche Unabhängigkeit legen wir das schwere Joch der Arbeit auf, geben ihm als Vorspann noch den persönlichen Ehrgeiz, und so, mit diesem Dreigespann gelingt es, den Acker für die Ernte vorzubereiten und die Märkte des Landes zum Wohle aller mit Gütern zu überschwemmen.

Bei allen anderen Sozialisten, die zur Bekämpfung des Kapitalismus mit dem Eigennutz und Eigentum nichts anfangen können, muß von den *selbstlosen Trieben der Nächstenliebe* alles Heil erwartet werden – ja, in ihren Träumereien vom Zukunftsstaat muß die Nächstenliebe den Eigennutz ganz allgemein überwinden! Im *Freiland-Freigeldstaat* verhält es sich gerade umgekehrt. Hier wird das Dasein arterhaltender Triebe nicht verneint, doch leugnet man, daß diese allgemein stark genug seien, um den Selbsterhaltungstrieb, den Eigennutz zu überwinden. Diese Arterhaltungstriebe sind nur verwässerte, meistens sogar stark verwässerte Lösungen des Selbsterhaltungstriebes. Aus Eigennutz, höherem Eigennutz, gebärdet sich der Mensch oft als Apostel der Nächstenliebe. Weil er erkannt hat, daß das eigene Wohl am sichersten im Wohle aller verankert ist, darum sieht man ihn dem Wohle aller persönliche Opfer bringen. Im allgemeinen wird man die Beobachtung machen, daß der Mensch sich um so mehr für das Allgemeinwohl einsetzt, je um- und weitsichtiger er veranlagt ist, d.h., je mehr er befähigt ist, die oft verschlungenen Fäden zu verfolgen, die das Gemeinwohl mit dem Wohl des einzelnen verknüpfen. Auch der Prediger der Nächstenliebe wirft nur Würste nach der Speckseite.

Darum, weil die Selbsterhaltungstriebe, die Triebe des Eigennutzes die ursprünglichen, die starken, unüberwindlichen Triebe sind, muß auch eine Wirtschaftsordnung, die sich unmittelbar auf diese Triebe stützt, in dem Grade besser gefügt sein und umso bessere Erfolge erzielen, je stärker diese Triebe sind als ihr Abstammling, die Selbstlosigkeit oder Nächstenliebe, der Arterhaltungstrieb.

Die Wirtschaftsordnung des *Freiland-Freigeld-Bundes* ist kein neues künstliches Gefüge; sie ist nichts anderes als die Fortentwicklung

der Ordnung, die von selber entstand als Erzeugnis der Arbeitsteilung, des Privateigentums, des Tausches und der Geldwirtschaft. Sie wäre eine vollkommene, wenn der Tausch ein vollkommener und wenn den Menschen der Zugang zu den Rohstoffen der Natur unter gleichen Bedingungen für alle gesichert wäre. Diese beiden Bedingungen sind nicht erfüllt, und das ist der Grund, warum wir die großartige Einfachheit und den eigentlichen Sinn dieser Ordnung nicht sehen können. Wir sehen vor lauter Unkraut das Kraut nicht mehr, und statt zu jäten, wollen wir ganz neue Pflanzungen anlegen, ohne zu untersuchen, ob sie für Boden und Himmelsstrich sich eignen. Unser Geldwesen, das wir von den Babyloniern, Juden, Griechen, Römern mit allen seinen schweren Mängeln unbe-sehen übernommen haben, an dem von Anfang an nicht das geringste geändert wurde, bildet im Verein mit unseren, ebenfalls von den Römern geerbten Grundeigentumsformen den Boden, auf dem der Zins, der Kapitalismus, die Spekulation, der Wucher, die Krisen, kurz alles das wuchert, was wir unserer Wirtschaftsordnung fälschlich als fest in ihr wurzelnd zuschreiben.

Diese Fehler im Aufbau unserer heutigen Wirtschaftsordnung beseitigen nun die *Freiland-Freigeldreformen*. Mehr erstreben diese Reformen nicht. Es genügt vollkommen für den Schutz gegen jede Ausbeutung, für die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag.

In den Bestrebungen des *Freiland-Freigeldbundes* liegt also nichts Willkürliches, Künstliches, Erdichtetes. Sie schaffen nur einer natürlich gewachsenen Ordnung künstliche Hemmungen aus dem Wege ihrer Fortentwicklung. Der Freiland-Freigeld-Bund macht keine Versuche mit unsicherem Ausgang. Er hat die Erfahrung der Jahrtausende für sich, daß diese Ordnung leistungsfähig ist. Was sie bisher technisch leistete, wird sie weiter leisten und weit über diese Leistungen hinauswachsen, sobald die genannten Hemmungen verschwinden.

Die Frage ist nun, ob wir für diese *Freiland-Freigeldziele* die für den Kampf wider den Kapitalismus nötige Einheitsfront des gesamten arbeitenden Volkes gewinnen können.

Wir haben unzählige Stichproben gemacht, bei den Industrie- und Landarbeitern, bei den selbständig wirtschaftenden Bauern, Kaufleuten, Handwerkern, bei den Ärzten, Künstlern, Beamten, Angestellten, und immer sind sie zugunsten unseres Programmes ausgefallen. So oft wir uns unmittelbar an die Ausgebeuteten wandten, bestätigte sich die Erfahrung, daß es dem Proletariat ganz einfach auf das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, auf die Beseitigung der Ausbeutung in all ihren Formen, auf den Schutz vor Krisen und Arbeitslosigkeit ankommt. Bei den Bauern und allen selbständig Wirtschaftenden treten neben diese Forderungen noch die Sicherung vor weiteren staatlichen,

sozialbehördlichen oder kommunistischen Eingriffen in ihre persönliche Freiheit und Selbstverantwortung. Wenn die heutigen Parteiführer die Schriften des *Freiland-Freigeld-Bundes* nicht totgeschwiegen hätten, so wären wir längst am Ziel. Die Einheitsfront wider das Kapital wäre zum entscheidende Stoß geschlossen.

Und warum dieses Verhalten der Arbeiterführer gegenüber den *Freiland-Freigeldbestrebungen*? Weil sie sie nicht kennen oder nicht beherrschen und keine Zeit haben, sie zu prüfen. Die Parteidisziplin aber verlangt von den Arbeitern, daß sie auf das Wort ihrer Führer warten. Wir machen niemand Vorwürfe. Wir wissen, wie schwer es den von den Organisationsfragen und Parteipolitik überlasteten Parteibeamten ist, sich die Zeit zur Vertiefung ihrer wirtschaftlichen Kenntnisse zu nehmen.

Um die Neuordnung im Sinne von *Freiland-Freigeld* aufrechtzuerhalten, bedarf es nirgendwo eines Zwanges, eines behördlichen Eingriffes, ja es kann sogar mit dieser Neuordnung der Staat in der Hauptsache, d.h. bis auf die Verwaltung der Verkehrsmittel, abgebaut werden. Sie kommt damit den Wünschen der Bauern, der Anarchisten, der Manchesterlichen Freihändler, der Leute der Eugen Richterschen Schule in weitestem Maße entgegen. Und wundersam – auch den Kommunisten bereitet diese Neuordnung den Boden für die Ausführung ihrer Pläne. Nichts wird den wirklichen Kommunisten mehr im Wege stehen, sich zusammen zu tun.

Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, das mit Freiland-Freigeld für jedermann, also auch für die kommunistischen freien Gemeinden, verwirklicht ist, mehrt den Arbeitsertrag derart, daß auch der vergleichsweise geringe Ertrag der kommunistischen Wirtschaft groß genug sein wird, um sie alle zu ernähren.

Und noch eins kommt in Betracht, was uns das *Freiland-Freigeldprogramm* als das Geeignetste, ja als das einzig Mögliche erscheinen läßt, um eine stoßkräftige Einheitsfront gegen den Kapitalismus zu schaffen, nämlich – es kann jeder den Freiland-Freigeldstaat als Übergangsstufe zu seinem eigenen Idealstaat betrachten. Sofern nur in diesen Idealstaaten die Gerechtigkeit gegen jedermann erstrebt wird, die Ausbeutung verpönt und die jetzige kapitalistische Unzucht in Hochzucht verwandelt werden soll, müssen solche Idealisten den Freiland-Freigeldstaat unmittelbar als Vorschule für die Menschen ansehen, auf die sie durchaus für die Verwirklichung ihrer Träume angewiesen sind. Auf alle Fälle, hier unter der erzieherischen Wirkung des zur Tat gewordenen Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag, wird der wahre sozialistische und friedensfreundliche Geist gezüchtet werden, der zum Aufbau des Zukunftsstaates sicher nötiger ist als der Geist, den die Partei, der Klassenkampf und die Revolution großgezogen haben. Mit den jetzigen

neidischen, lasterhaften kleinen Alberichen ist kein Staat zu bauen, der an die Herzensgüte und Liebe irgendwelche Ansprüche stellt.

Gelänge es also unter dem Banner des *Freiland-Freigeld*programmes die Arbeiter aller Stände zu einem Bunde zu schließen, so gewänne solche zum Volk angewachsene „Partei“ eine derartig gewaltige Übermacht, daß von politischen Kämpfen dann überhaupt nicht mehr die Rede sein könnte. Es würde dann einfach das geschehen, von dem das werktätige Volk wünscht, daß es geschehe. Nicht Gewaltherrschaft des Proletariats, aber doch Herrschaft des werktätigen Volkes, mit Einschluß des Proletariats. Die demagogischen, auf Wahlerfolge gerichteten Taten der heutigen Regierung würden sachlichen Erwägungen Platz machen. Und damit wäre dann die zweite Voraussetzung für das zu gründende Reichswährungsamt erfüllt.

Die dritte und letzte Voraussetzung für die Schaffung des Reichswährungsamtes ist die Lösung der finanziellen Frage. Das Finanzproblem ist vom privatwirtschaftlichen Standpunkt durch die Papiergeldwirtschaft zu einem unauflöselichen Knoten geworden, den die bisherigen Finanzprogramme immer nur noch mehr verwickelten. Die Tatsache, daß durch diese Papiergeldwirtschaft das Haben der Gläubiger (etwa 200 Milliarden Goldmark) zugunsten der Schuldner auf etwa den zehnten Teil herabgesetzt worden ist, sagt genug. Die Schuldner sind aus den Taschen der Gläubiger mit 180 Milliarden Goldmark beschenkt worden. Unter diesen Gläubigern befinden sich alle die alten Leute, die ihr Leben lang für ihr Alter gespart und ihre Sache der Goldwährung anvertraut hatten. Alle die Besitzer der Sparkassenbücher (in Preußen 12 Milliarden Mark) sind ebenfalls zu jenen unglücklichen Gläubigern zu rechnen. Zu den Schuldnern aber sind zu zählen: die Rittergutsbesitzer, die Aktionäre, die mit Obligationen arbeitenden Gesellschaften – oft steinreiche Leute. – Diese Papiergeldwirtschaft erweist sich also als eine Lastenabschüttelung, die in zahlreichen Fällen den umgekehrten Erfolg hatte, den Solon mit seiner „Seisachtheia“ [Erlaß der bäuerlichen Schulden und Aufhebung der Schuldknechtschaft überhaupt] bezweckte.

Man war mit der Absicht in die Papiergeldwirtschaft hineingesegelt, sie nach Schluß des (siegreichen) Krieges mit Hilfe der dem Feinde aufzubürenden Kriegstribute wieder abzubauen. Wenigstens war das Helfferichs Absicht. Es kam ja anders, aber selbst wenn es auch so gekommen wäre, wie *Helfferich* erwartete – der Abbau der Preisaufblähung hätte sich aus volkswirtschaftlichen Gründen als unausführbar erwiesen. Die Schwierigkeiten, in die zahllose Unternehmer durch die Verschlechterung der Valuta gerieten, sind um keinen Pfennig größer als die Schwierigkeiten, die anderen zahllosen Unternehmern durch die jüngste „Besserung“ der Valuta erwachsen sind.

Wir können nicht rückwärts. Eine kurze Überlegung muß jeden überzeugen, daß der Abbau der Preisbildung bedeutend größere Schwierigkeiten schaffen würde, als die waren, die diese Aufblähung mit sich brachte. Die Papiergeldflut hatte immerhin wenigstens die wohltätigen Wirkungen, die jede Hochkonjunktur begleiten. Der Abbau aber heißt „Baisse“, Niedergang, Krise, Einstellung des Zahlungsverkehrs, allseitiger Bankrott.

Wenn es sich also um die Ordnung der Finanzen handelt, so müssen wir uns grundsätzlich einmal für immer von jeder auf Abbau gerichteten Währungspolitik lossagen. Die Papiergeldflut, die Mein und Dein, Soll und Haben auf den Kopf stellte, dieser größte Schwindel aller Zeiten, kann niemals durch den Abbau wieder gut gemacht werden. Nur neue Ungerechtigkeiten würde man damit schaffen. Wir brauchen für den Vollbetrieb der Volkswirtschaft – Währung, während Preise, und ohne diesen Vollbetrieb kann die Lage der Gläubiger sich nicht bessern. Der Preisabbau ist unmittelbar gegen sein Ziel gerichtet. Der Versuch, die Geprellten auf dem Wege des Preisabbaus, der „Deflation“ zu „entschädigen“, würde sie alle durch den Bankrott ihrer Schuldner des letzten Restes ihrer Habe berauben. Währung bedeutet, daß wir die Preise auf der einmal erklimmenen Höhe festhalten. Die Anpassung der Löhne, Gehälter, Tarife an die Preise muß der Entwicklung der Wirtschaft überlassen werden. Unter dem Einflusse der Währung werden die Löhne schnell in ihre natürliche, durch Nachfrage und Angebot beherrschte Rangordnung gebracht. Wie weit dabei im Einzelfall die Löhne sich den ums Zehnfache gestiegenen Kosten der Lebenshaltung anpassen werden, darüber wird die Lage der einzelnen Erwerbszweige bestimmen. So werden z.B. alle Industrien, die für den besonderen Bedarf der reichen Leute arbeiteten, mit dem allmählichen Verschwinden der reichen Leute [*Wer nach Aufhebung der Zinswirtschaft sich zu Wohlstand aufschwingt, verdankt dies persönlichem Fleiß oder besonderer Begabung, nicht aber der Ausbeutung anderer; diese Möglichkeit ist also für alle gegeben. Reichtum und Armut gehören zusammen. Allgemeiner Wohlstand ist möglich, allgemeiner Reichtum ein Unding.*] (als Wirkung der *Freiland-Freigeldreformen*) sich den neuen Verhältnissen anpassen müssen, und solche Umstellung ist nicht ohne allseitige Einbußen durchzuführen, auch für die Arbeiter dieser Industriezweige nicht.

Über diese Angelegenheit wird man sich noch streiten, weil die Einsicht fehlt; aber sie kann nicht anders als im genannten Sinne gelöst werden. Gelingt es, die werktätigen Klassen, deren Wohl dem Vollbetrieb der Volkswirtschaft vor allem abhängt, über diese Grundforderung einer Finanzgesundheit zu einigen, so wäre der Weg frei, um Einnahmen und Ausgaben in den Reichs-, Staats- und Ge-

meindefinanzen ohne die weitere Mithilfe der Notenpresse in Einklang zu bringen, und um den Zahlungsverkehr auf der ganzen Linie der Volks- und Privatwirtschaft aufrecht zu erhalten.

Freilich, ohne eine Vermögensabgabe, die groß genug bemessen ist, um sämtliche Reichs-, Kriegs-, Staats- und Gemeindegeldschulden zu tilgen, wird es dann auch noch nicht gehen. Solange diese Vermögensabgabe nicht erfolgt, weiß niemand im Reiche, woran er ist, für wen er arbeitet. Diese Ungewißheit lähmt alle Kräfte und ist schlimmer als die Vermögensabgabe, die man fürchtet. Diese Vermögensabgabe muß sofort beschlossen und finanziert werden.

Für die Finanzierung mache ich folgenden Vorschlag: Das Vermögen im Deutschen Reiche betrug vor dem Kriege nach *Helfferrichs* Schätzungen 350 Milliarden Mark oder 35 000 Milliarden Pfennige. Da die Mark heute auf 10 Pfg. gesunken ist und auf diesem Stand erhalten werden soll, so müßte man das deutsche Vermögen heute auf 3500 Milliarden Mark (in Reichsbank-Papiergeld) einschätzen, wenn der Krieg dieses Vermögen unberührt gelassen hätte und nicht große Landesteile vom Reiche losgerissen worden wären.

Helfferrichs Schätzungen stehen wahrscheinlich weit unter der Wirklichkeit, da ihm zu seinen Berechnungen nur die Steuerrollen zur Verfügung standen. Wenn die Franzosen für die verwüsteten Bezirke, die nicht 10% des Landes und keine einzige größere Stadt enthalten, schon 100 Milliarden Goldfranken als Entschädigung fordern, so kämen, wenn von diesen Bezirken nichts, nicht einmal der Boden und die in Sicherheit gebrachten Möbel und Schätze übrig bliebe, auf ganz Frankreich *1000 Milliarden Goldfranken*. Nach diesem Maßstabe müßte man das Vermögen in Deutschland auf 1500 Milliarden Goldmark schätzen.

Rechnen wir den durch den Krieg hervorgerufenen Verlust am deutschen Vermögen mit 50%, so betrüge das jetzige deutsche Vermögen nach *Helfferrichs* Schätzung 175 Milliarden Goldmark oder 1750 Milliarden jetzige Mark. Freilich, nach den heute tatsächlich für Häuser, Aktien, Grundstücke, Ackerland gezahlten Preisen käme auch diese Summe, trotz dem Abstrich von 50% noch nicht heraus, weil alle diese Vermögensgegenstände zu 4% kapitalisiert sind, während heute mit 8% gerechnet wird. Außerdem verhindert die Wohnungspolitik (Mietesteigerungsverbot) die selbsttätige Anpassung der Grundstückspreise an die auf das 10 fache gestiegenen Baukosten. Zudem wird in weiten Kreisen immer noch mit dem Abbau der Preisaufblähung gerechnet, und vielen mag die Unsicherheit der Lage das bare Geld schätzenswerter erscheinen lassen als Vermögensgegenstände, die man nicht essen, womit man sich nicht bekleiden kann. Die Zahl der Personen, die ihr flüssiges Vermögen in Liegenschaften festlegen können, ist auch ganz gewaltig zurückgegangen. (Beweis: der hohe Zinsfuß.) Vielfach wird die Inventur nicht nach den heutigen Kosten berechnet.

Alle diese Umstände, die es verhindern, daß die 10 fache Aufblähung der Warenpreise sich auch zu einer 10 fachen Aufblähung der Warenerzeugungsmittel auswachsen kann, würden aber mit der Gesundung unserer politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Lage schnell verschwinden. Wenn es gelänge, auf dem Boden des *Freiland-Freigeld*programmes die Wirtschaft international in Vollbetrieb zu setzen, so müßten 3 – 4 – 5 Jahre wohl genügen, um den Zinsfuß wieder auf seinen geschichtlich gewohnten Stand von 4% zu senken und damit den Kurs aller Erzeugungsmittel mit den Preisen der Waren in Übereinstimmung zu bringen – d.h. auf den 10 fachen Stand der Vorkriegszeit. Dann wäre das Vermögen im deutschen Reiche (nach Helfferichs Schätzung) wieder 350 Milliarden Goldmark oder 3500 Milliarden Zehnpfennigmark, oder unter Anrechnung der abgetrennten Gebiete rund 3000 Milliarden Mark jetziger Güte.

Diese Rechnung setzt voraus, daß die Schaffenskraft des deutschen Volkes nach der oben vorgeesehenen Übergangszeit wieder die gleiche sein wird, wie zur Zeit, als *Helfferich* seine Schätzung machte. Sie setzt weiter voraus, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden keinen Einfluß auf die Erzeugung hat; daß die Löhne in dem gleichen Verhältnis zur Erzeugung stehen wie ehemals. Alles, was zuviel vorausgesetzt wird, müßte von jener Summe von 3000 Milliarden gekürzt werden.

Die mit der Einstellung der Währung auf das Zehnfache des Friedenspreisstandes und mit der Rückkehr zum Vollbetrieb der Wirtschaft zu erwartende *Vermögensinflation* (das in Geld geschätzte sogenannte Volksvermögen) kann man also ziemlich sicher auf $3000 - 350 = 2650$ Milliarden Mark von der jetzigen Güte schätzen. Das Zehnfache der inländischen Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzschulden.

Diese Vermögensanschwellung, die man schon vor dem Kriege als sogenannten „Wertzuwachs“ den Staatsbedürfnissen nutzbar zu machen suchte – die wollen wir jetzt für die Finanzierung der Vermögensabgabe heranziehen. Sie liefert uns ein geradezu vollkommenes schmerzstillendes Mittel bei der Amputation der für die Gesundung der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanz zu *opfernden Glieder des Volksvermögens*.

Ich mache folgenden Vorschlag:

Die Höchstpreise, die gesetzlichen Regelungen über Wohnungsmieten usw. werden restlos fallen gelassen. Jeder soll wie früher für seine Waren als Lohn, als Gehalt, als Miete, Pacht usw. soviel fordern, wie er nach Lage des Marktes hofft erlangen zu können. Kurz, „Nachfrage und Angebot“ sollen wieder unbeschränkt die Preise, Löhne, Tarife beherrschen. Jedermanns Sache ist es wieder, seine Wirtschaft den Marktverhältnissen anzupassen, wie er es früher tat: ein jeder so gut er es versteht.

Die mit dieser allseitigen Freigabe nun einsetzende

und mit der Besserung unserer allgemeinen Wirtschaftslage sich fortsetzende Vermögensinflation wird dann in der Weise für die Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen dienstbar gemacht, daß $\frac{3}{4}$ des erzielten oder erzielbaren Mehrs an Mieten, Pachten, Dividenden oder Einkommen aus solchen Liegenschaften als Vermögensabgabe abgeliefert werden, – $\frac{1}{4}$ aber den Eigentümern verbleibt.

Es wird hierbei angenommen, daß die Aktionäre wie bisher durch vernünftige Anordnungen ein Höchstmaß an Dividenden herauswirtschaften werden, daß die Hausbesitzer wie früher die Wohnungsmieten auf den nach Lage des Wohnungsmarktes erreichbaren höchsten Stand bringen werden, daß auch die Landwirte ihre Interessen an der Grundrente nach allen Regeln der Kunst betätigen werden – alle unter der Triebfeder des Eigennutzes, der Gewinnbeteiligung handelnd. Denjenigen Besitzern, die etwa aus Lässigkeit oder anderen Gründen mit den Mietanpassungen zurückbleiben gegenüber der allgemeinen Entwicklung, wird darum doch kein Pfennig von der Vermögensabgabe nachgelassen. (Da die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung aller Wahrscheinlichkeit nach im Osten, Westen, Norden und Süden des Reiches nicht gleichmäßig sein wird, werden auch die Mieten ungleichmäßig steigen.)

Der an die Staatskassen abzuliefernde Teil der Mietsteigerungen wird monatlich bezahlt – zur Deckung der laufenden Ausgaben des Reiches. Ebenso beim ländlichen Grundbesitz. Hier werden für die Einschätzung der Grundrentenschwellung die bei den öffentlichen Pachtsteigerungen der Domänen erzielbaren Pachtzinse gute Dienste leisten.

Bei den Aktiengesellschaften geschieht die Erhebung der Vermögensabgabe in der Weise, daß die Dividenden durch Ausgabe junger Aktien, die zu 75% an das Reich abzuliefern sind, auf die Friedenshöhe verwässert werden. (Diese jungen Aktien werden vornehmlich für die Tilgung der aus den Ententeforderungen entstehenden Auslandsschulden gute Verwendung finden.)

Die öffentliche Aufsicht über die Vorgänge in der Vermögensanschwellung und über die entsprechenden Abgaben an das Reich geschieht am besten wohl in der Weise, daß an jedem Hause vorn an der Straße ein Schild angebracht wird, auf dem die Höhe der Mietpreise und der bezahlten Abgabe ersichtlich ist. Ebenso für die Äcker usw., so daß durch Vergleich leicht festgestellt werden kann, wo Schiebungen zum Schaden der Steuerkassen stattfinden.

Es muß hier noch einmal betont werden, daß es ganz unmöglich ist, die Entwicklung der Vermögensanschwellung für die einzelnen Vermögensgegenstände im voraus zu schätzen oder gar zu berechnen. Alle Umstände, die die Preise der Liegenschaften bestimmen, sind durch den

Krieg, die Zwangswirtschaft, durch die Arbeiterpolitik, durch die Währung vollkommen aus ihrer natürlichen Rangordnung gerissen. So wird z.B., entsprechend dem allgemeinen Zug nach der 4. Klasse, ein Haus mit kleinen Wohnungen für anspruchlose Mieter bedeutend schneller die Vermögensanschwellung durchmachen, als etwa eine „hochherrschaftliche“ Villa, für die es nach der Vermögensabgabe und nach Schluß der die Schieber begünstigenden Papiergeldwirtschaft kaum noch Mieter oder Liebhaber geben wird. Solche Villen, wenn sie nicht etwa von Ausländern beansprucht werden, wird man umsonst mieten können – für sie gibt es keine Vermögensanschwellung und infolgedessen auch keine Abgaben. Und ähnlich verhält es sich für viele Zweige der Industrie. Und namentlich für alle Bauplätze. Es wird voraussichtlich in den nächsten 5 – 10 Jahren in Deutschland überhaupt nicht gebaut werden – auf alle Fälle nicht früher, als bis die Mietsteigerung genügend ist, um die übliche Rente für die um das 10 fache gestiegenen Baukosten aufzubringen; und zu welchem Zinsfuß sie sich rentieren müssen, das wird ganz wesentlich davon abhängen, wie schnell es gelingen wird, das Freigeld international einzuführen. Auf alle Fälle, beim jetzigen Zinsfuß von 8% und bei einer 10 fachen Baukosteninflation, müßten die auf der Grundlage von 4% sich bewegenden Mietsätze der Friedenszeit sich nicht etwa verzehnfachen, sondern verzwanzigfachen, ehe sich Neubauten rentieren könnten.

Aus all diesen und mehr Gründen lassen sich Liegenschaften heute nicht schätzen und mit bestimmten, nach einem einheitlichen Maßstab berechneten Steuersummen belasten. Mit dem gemachten Vorschlag werden alle Umstände, die die Einzelvermögensgegenstände betreffen, vollauf berücksichtigt. *Die Vermögensabgabe wird nicht als bestimmte Summe erhoben, sondern als ein bestimmter Anteil des Reiches an der erwarteten, in Zeit und Höhe jedoch völlig unbestimmbaren Vermögensanschwellung.* Der Steuereintreiber erscheint bei der Ernte, nicht bei der Saat; wenn die Vermögensanschwellung vollzogene Tatsache ist – und das Geld im Kasten liegt – dann wird die Abgabe erhoben. Sie erdrückt keinen Betrieb, sie läßt alle Betriebe unberührt, die sich von den Kriegereignissen nicht mehr oder nur schwer erholen können. *Sie verlangt von niemand Abtretung von Betriebskapital.*

Von den Vermögensgegenständen, die Wareneigenschaft haben, wird keine Vermögensanschwellungssteuer erhoben, da hier die Anschwellung schon vollzogene Tatsache ist. Für diese Gegenstände wird die allgemeine Vermögensabgabe in Kraft treten. Für den abzutretenden Teil des Warenvermögens werden die Kaufleute langfristige und zu verzinsende Wechsel zeichnen. (Diese Wechsel, die ja eine gute Kredit-

unterlage geben, könnte das Reich ebenfalls zur Tilgung der Ententeforderungen mitbenutzen.)

Einige Beispiele mögen das erläutern:

Beispiel 1. Die P.F.T.-Aktiengesellschaft mit 10 Millionen Kapital verteilte im Durchschnitt der letzten Friedensjahre 5% Dividende = M. 500 000.

Durch die Papiergeldflut wurde sie besonders dadurch begünstigt, daß sie mit 5 Millionen Obligationen arbeitete, die sie mit dem jetzt mit 90% verwässerten Geld verzinst und tilgt. Hieraus allein entsteht auf Kosten der Gläubiger ein Gewinn von 4¹/₂ Millionen, der nach und nach in der Dividende zum Vorschein kommen muß. Trotz wiederholter Umstellung ihres Betriebes auf Kriegs-, dann wieder auf Friedensware, trotz gestiegener Löhne, hoher Rohstoffpreise, Streiks usw. hat sie einen Betriebsüberschuß von 10% der zu den Buchwerten ange-rechneten Kapitalanlagen; also eine Million.

Nach dem Gesetz müssen nun so viele junge Aktien ausgegeben werden, daß auf die einzelne Aktie nur mehr die Friedensdividende von 5% entfällt. Von diesen jungen Aktien erhält das Reich 75%; die übrigen erhalten die Aktionäre.

Überschuß 10% von 10 Millionen	=	1 Million
hiervon 5% an die Aktionäre	=	M. 500 000
25% junge Aktien an die Aktionäre	=	M. 125 000
75% junge Aktien als Vermögensabgabe	=	M. 375 000

Die Aktionäre erhalten statt 500 000 Goldmark jetzt 625 000 Mark Papiergeld oder 62 500 Mark von der früheren Güte.

Beispiel 2: Die R.N.T.-Aktiengesellschaft für Villenbauten mit 50 Millionen Mark – kann nur, wie vor dem Kriege, 4% Dividende verteilen. Da der Krieg den Reichtum zerstörte, der zu den Villen gehört, so können die Villen, wenn überhaupt, nur zu Preisen vermietet werden, die knapp an die Friedenspreise heranreichen. Die 200 000 Mk., die sie an die Aktionäre verteilt, sind in Wirklichkeit nur 20 000 Goldmark. Hier ist für das Reich noch nichts zu holen. In 3 – 4 – 5 Jahren vielleicht, wenn die Mieten so weit gestiegen sind, daß es sich rentiert, die Luxusvilla in Mietshäuser zu verwandeln – dann wird vielleicht auch hier sich noch ein Anschwellungsüberschuß zeigen und etwas für die Steuer übrigbleiben.

Beispiel 3: Hausbesitzer N. vermietete in Friedenszeiten seine Drei-Zimmerwohnung mit 1000 Mk., die ihm nach Abzug der üblichen Abschreibung und der laufenden Unterhaltungskosten 900 Mk. übrig ließen. Er vermag nun infolge starker Nachfrage nach kleinen Wohnungen und der mit Papiergeld vollgepfropften Taschen der Mieter die Zinsforderungen für seine Wohnungen zu vervierfachen.

So erhält er statt 1000 jetzt 4000 Mk. für die Wohnung, wovon er für Abschreibung und Unterhalt jetzt bei den 8 fach höheren Löhnen auch das 8 fache verwenden muß – statt 100 Mk. also 800 Mk. So verbleibt ihm ein Überschuß

von	M.	3 200
Hiervon geht der ursprüngliche Überschuß ab	<u>M.</u>	<u>900</u>
Und in den Rest von	M.	2 300
teilen sich das Reich mit 75%	M.	1 725
und der Hausbesitzer mit 25%	M.	575

Der Hausbesitzer hatte früher 900 Goldmark, jetzt M. 1475 Papiermark, die auf dem Markte 147¹/₂ Goldmark gelten.

Der *Zeit* nach begrenzt bleibt diese Vermögensabgabe durch den Zweck, den man mit ihr verfolgt. Ist dieser Zweck erreicht, d.h., sind sämtliche Kriegsschulden, die Forderungen der Entente getilgt, sind auch die aus der Bodenverstaatlichung entstehenden Reichsschulden abgetragen, ist für diejenigen, die gesundheitlich oder wirtschaftlich Opfer des Krieges und der Papiergeldwirtschaft wurden, in einer der allgemeinen wirtschaftlichen Lage entsprechenden Weise gesorgt, dann wird die Erhebung der Anschwellungssteuer ganz eingestellt, nachdem man schon vorher abbaute in dem Maße, wie man dem Ende des Notstandes sich näherte.

Der *Höhe* nach begrenzt ist die Steuer durch die 10 fache Anschwellung. Wenn eine Aktiengesellschaft auf je eine alte 9 junge Aktien ausgeben konnte, ohne die Dividende unter den Friedensstand zu drücken, wenn von diesen jungen Aktien je 75% an das Reich abgeliefert werden – dann ist diese Aktiengesellschaft von weiteren Abgaben befreit.

Auch bei den Haus- und Landbesitzern wickelt sich die Sache in gleicher Weise ab. An der Steigerung der Mieten und Pachten ist das Reich nur bis zum 9 fachen der Friedensmiete beteiligt. Von dort ab erlischt das Anteilsrecht des Reiches auf etwaige weitere Mietssteigerungen – die dann besonderen Umständen, nicht aber noch der Preisanschwellung zuzuschreiben wären, da diese ja auf das 10 fache der Friedenspreise durch das Reichswährungsamt festgenagelt werden soll.

Bei den Aktiengesellschaften ist durch die Abgabe der jungen Aktien in dem eben bezeichneten Umfang Zins und Schuld getilgt. Das Reich hat die jungen Aktien zur Tilgung der Ententeforderungen verkauft. Die Besitzer dieser Aktien sind nun Mitbesitzer des Aktiengesellschaftskapitals. Anders ist es bei den Haus- und Landbesitzern, wenn die Vermögensabgabe in der oben beschriebenen Weise erhoben wird. Dann wird nur der Zins der Reichsvermögensabgabe gezahlt. Die Abgabe geht also als Zins fortlaufend weiter, genau wie eine Hypothekenschuld.

Hierauf gründet der folgende Vorschlag zur Tilgung aller Staats- und Gemeinde-, Kriegs- und Bodenverstaatlichungsanleihen und zur

Finanzierung der Leistungen des Reiches gegenüber den Kriegsverletzten und den wirtschaftlichen Opfern des Krieges und der Papiergeldwirtschaft.

Aus den Einnahmen des Reiches, die ihm durch die Vermögensanschwellung nach dem vorhin entwickelten Plane zufließen, und die 75% einer Anschwellung betragen sollen, die alles Haus-, Land- und Industriekapital nach und nach auf das Zehnfache des Friedensstandes heben wird, werden zunächst die bevorrechtigten Gläubiger des Staates d.h. alle, die durch den Krieg, die Revolution und die Papiergeldwirtschaft in Not gerieten, versorgt. Mit dem Reste bis zur Höhe des regelrechten Zinses von 5% werden die Kriegsanleihen verzinst; – reicht es zunächst dazu nicht aus, so setzt man den Zinsfuß herab, um später mit den wachsenden Einnahmen zu ersetzen, was in der ersten Zeit weniger gezahlt wurde. Die dann schnell wachsenden Überschüsse werden zur Schuldentilgung verwendet, zur Tilgung der Reichs-, Staats- und Gemeindeschulden, die während des Krieges und seither entstanden sind. Sobald das geschehen, werden die Überschüsse dazu verwandt, um das Land von den Privateigentümern in das Eigentum des Volkes zurückzuführen. Den Besitzern soll der volle Preis nach Friedensschätzung in bar (aus den Überschüssen) bezahlt werden.

Wie die Biene den Honig aus den Blumen saugt, ohne die Blume zu verletzen, so soll der Steuerapparat sich betätigen. Zudem soll die Steuer ergiebig sein, sie soll wenig Erhebungsunkosten verursachen; der besonderen Lage jedes einzelnen Steuerzahlers soll sie Rechnung tragen. Sie soll den Unternehmungsgeist nicht lähmen, die Freude an der Arbeit nicht ersticken. Sie soll auch für den beabsichtigten Zweck ausreichen. Sie soll von der Ernte, nicht vom Saatgut nehmen. Das alles berücksichtigt die vorgeschlagene Vermögensanschwellungssteuer.

Ihr Hauptvorzug aber ist, daß sie der ersten und wichtigsten Forderung, die man an eine Steuer erhebt, in ganz hervorragender Weise genügt. Sie ist gerecht, gerecht in dem Sinne, daß sie alle Vorteile, die aus der Verwässerung den Schuldnern auf Kosten der Gläubiger erwachsen sind, jetzt nachträglich zum Wohle aller einzieht. [Siehe hierzu den Zusatz am Schluß]

Entwicklung und Grenze der Vermögensanschwellung (Inflation).

Versuchen wir es, uns ein Bild davon zu machen, wie die Vermögensanschwellung [Für *Inflation* (Papiergeldflut) setzen wir hier *Aufblähung* und *Anschwellung*, womit zugleich das Ungesunde des Zustandes Ausdruck findet.] vor sich gehen wird, und zwar gleich beim Haupt-

stück unserer Besitzwerte – beim Gebäudekapital, insbesondere bei den Mietshäusern.

Zu dem Zwecke müssen wir uns zunächst die Lage vergegenwärtigen, in die das Mietshäuserkapital durch den Krieg gebracht worden ist. Gesetzliche Eingriffe einseitig begünstigender Natur hinderten die Hauswirte daran, sich nach Maßgabe der durch die Papiergeldflut geschaffenen neuen Nachfrage nach Wohnraum an der allgemeinen Aufblähung (Inflation) zu beteiligen, und viele glauben nun, daß, wenn man jetzt die genannten „Schutzgesetze“ in die Ecke wirft, die Mieten plötzlich auf ihre natürliche Höhe emporschnellen würden. Stimmt das? Und was haben wir als „natürliche Mietshöhe“ anzusehen?

Die Mieten haben dann die natürliche Höhe erreicht, wenn sich dabei die Kosten der Neubauten zum Marktzinsfuß verzinsen, d.h., wenn der Unternehmer aus den Mietseingängen so viel an Zins einnimmt, wie er an Zins für das entlehene Baukapital zahlen muß.

Da nun die Löhne und Rohstoffpreise nach den im vorigen Abschnitt gestellten Voraussetzungen nicht abgebaut werden sollen und aus dem im Anhang entwickelten Gründen auch nicht abgebaut werden können, so werden die Kosten der Neubauten das Vielfache der Vorkriegskosten betragen – und von diesem Vielfachen der Baukosten wird der Unternehmer noch außerdem die doppelte Rente fordern müssen, weil, so nehmen wir an, der allgemeine Zinsfuß die doppelte Höhe der Vorkriegszeit erreichen wird. [Die in den Vereinigten Staaten jüngst untergebrachte schweizerische Anleihe von 125 Millionen Franken wird mit 9,1% verzinst, rückzahlbar in 20 Jahren.]

Sind die Baukosten um das Zehnfache gestiegen, und ist der Zinsfuß verdoppelt, so müssen, ehe an die Wiederaufnahme der Bautätigkeit gedacht werden kann, *die Mieten allgemein auf das Zwanzigfache der Vorkriegszeit steigen!*

Diese Rechnung bedarf jedoch einer kleinen Berichtigung, indem hier vorausgesetzt wird, daß alle Baukosten, mit Einschluß also auch der Kosten für den Bauplatz, gleichmäßig steigen werden. Dies wird jedoch nicht der Fall sein. Im Gegenteil ist sogar anzunehmen, daß infolge der fehlenden Nachfrage nach Bauland, dessen Preis, statt zu steigen, noch unter den Vorkriegspreis fallen und in der Regel nicht höher sein wird als für Kartoffeläcker.

(Vom Bauland würden wir somit überhaupt keine Vermögensanschwellungssteuer erheben können.)

Nach obigen Ausführungen würden also die Mieten wie folgt steigen müssen, um die oben gekennzeichnete „natürliche Höhe“ zu erreichen und die Wiederaufnahme der Bautätigkeit zu gestatten.

Wir nehmen an, ein Mietshaus habe vor dem Kriege gekostet:

an Bauland	M.	20 000	
an Löhnen und Bauzeug	"	<u>80 000</u>	= M. 100 000

An Miete mußte dieses Haus mindestens M. 4000 reinen Zins abwerfen, wenn es rentieren sollte.

In Zukunft kostet dasselbe Haus

an Bauland nur	M.	10 000	
an Löhnen und Baustoffen aber	"	800 000	= M. 810 000

und muß nun bei doppeltem Zinsfuß = 8% netto an Miete einbringen M. 64 000,
also das 16 (Sechzehn)fache der Vorkriegszeit.

Geht dann, wie man von der Rückkehr zum Vollbetrieb der Volkswirtschaft erwarten darf, der Zinsfuß bald, d.h. in 3 – 4 – 5 Jahren wieder auf 7 – 6 – 5 – 4%, und mit der allgemeinen Einführung des Freigeldes auf 3 – 2 – 1 und 0% herab, so wird auch die Rentabilitätsgrenze in demselben Verhältnis sinken. Zunächst aber müssen wir damit rechnen, daß, solange die Mieten nicht das oben geschätzte 16 fache erreicht haben, kein Haus gebaut werden wird; solange aber nicht gebaut wird, muß auch der Mangel an Wohnungen sich fühlbar machen – ein Mangel, der bei wiederkehrendem Wohlstand der Mieter sich in Nachfrage nach Wohnungen, in höhere Mieten umsetzen wird.

Können aber bei nur 8 fach erhöhten Löhnen (s. S. 35) und bei 10 fach erhöhten Kosten der Lebenshaltung – die Mieten auf das 16 fache steigen? Diese Frage wird jeder ohne weiteres verneinen. Aus vielen Gründen, von denen wir nur einige hervorheben wollen, können wir sogar annehmen, daß die Mieten nicht – vorerst wenigstens nicht – auf den gleichen Prozentsatz des Einkommens der Mieter steigen können, den sie in der Vorkriegszeit beanspruchten, daß darum, wenn auch die Löhne das 8 fache der Vorkriegszeit betragen, die Mieten *unter* diesem 8 fachen bleiben werden. So wird u.a. die Wiederherstellung des vom Kriege arg mitgenommenen Sparkassenguthabens, des ebenso angegriffenen Hausrates, namentlich der Wäsche, der Kleider, der stark gesunkenen Körperkräfte usw. im Haushaltsplan der einzelnen Familien mehr Berücksichtigung finden, als vor dem Kriege. Dies alles kann aber nur auf Kosten des für die Wohnung bestimmten Einkommensanteiles berücksichtigt werden. Statt daß man also, wie vor dem Kriege, zumeist 20% des Einkommens für die Wohnung opfert, wird man für diesen Ausgabeposten nur 15 oder 10% und weniger bereitstellen. Kurz, man wird an der Wohnungsmiete zugunsten der Küche sparen, ähnlich wie sonst oft umgekehrt in der Küche für das äußere Ansehen, für eine „standesgemäße“ Wohnung gespart wurde.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände gelangen wir für die Mietanschwellung zu folgenden Zahlen:

<i>Arbeiterwohnungen: Arbeitslohn</i>	M.	1 000
davon 20% für die <i>Wohnungsmiete</i>	"	200
Bei einer 8 fachen Lohnanschwellung steigt der Lohn auf	M.	8 000
wovon nur 10% für die <i>Wohnungsmiete</i> ausgegeben		
werden können	"	800

Bei den Arbeiterwohnungen wird also die Miete an der Zahlungsfähigkeit der Mieter schon bei einer 4 fachen Anschwellung die natürliche oberste Grenze finden. Erst wenn die allgemeine wirtschaftliche Lage der Volkswirtschaft den Lohn auf die volle 10 fache Anschwellung gehoben haben wird, und die privatwirtschaftliche Lage dem Arbeiter gestattet, wieder 20% seines Einkommens für Wohnungszwecke auszugeben, kann die Mieteschwellung jene Grenze überschreiten und sich der Rentabilitätsgrenze der Neubauten nähern, die zu 8% Zins bei einer 15 fachen und zu 4% bei einer 7 $\frac{1}{2}$ fachen Anschwellung erreicht wird.

Beamtenwohnungen: Ist schon bei den Arbeiterwohnungen die Lohnanschwellung hinter der Preisaufblähung zurückgeblieben, so ist dies noch viel mehr bei den höheren Beamtengehältern der Fall gewesen. Das wird wohl so lange bleiben, wie der Notstand fortbesteht, wahrscheinlich so lange, wie der Staat es nicht nötig haben wird, durch Aufbesserung der Gehälter die nötigen Bewerber heranzulocken. Hier wollen wir darum unserer Rechnung eine nur 4 fache Gehaltsanschwellung zugrunde legen für die Gehälter, die vor dem Kriege über M. 10000 betragen:

		wovon für Miete		Mark
Beamtengehalt vor dem Kriege	M.	15 000	20%	= 3 000
bei 4 facher Anschwellung	"	60 000	nur 10%	= 6 000

Bei diesen besseren Wohnungen würde also schon bei einer 2 fachen Mietanschwellung die Grenze der Zahlungsfähigkeit der Mieter erreicht sein. Sie wird auf das Vierfache steigen, sobald die privatwirtschaftliche Lage der Beamten – also die Wiederherstellung des Hausrates und der Reserven – wieder die Aufwendung von 20% des Gehaltes für Wohnungszwecke gestatten wird. Sie wird aber in absehbarer Zeit – aus den angegebenen Gründen – die allgemeine, für die Aufnahme der Bautätigkeit unentratbare Preisanschwellung nicht erreichen können.

„Luxus“- oder *Rentnerwohnungen.* Hier ist die Lage für die Mieteufblähung eine hoffnungslose. Von diesen Wohnungen wird der Staat niemals einen Pfennig Anschwellungssteuer erheben können, und versucht er es, von den Besitzern eine direkte Steuer vom Hause selbst zu erheben, so werden ihm diese Luxuswohnungen zu tausenden

als „wertlos“ einfach überlassen werden. Wie unter nackten Negern ein faustgroßer Diamant kein Feigenblatt wert ist, so in Zukunft im Bettlerstaat der Deutschen die Luxuswohnung. Von dem in festverzinslichen Papieren (Kriegsanleihen, Hypotheken, Obligationen, Sparkassenbüchern) angelegten Vermögen hat der Rentner überhaupt keine Schwellung zu erwarten.

Es sei denn, es geschähe als Hilfeleistung des Staates – ähnlich wie man s.Z. der Not der Grundrentner – der sogen. Not der Landwirtschaft – durch Zölle, Rentenschutzzölle – zu begegnen gesucht hat. Bei den kleinen Rentnern, die ihre Sache ganz Helfferichs Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung anvertraut hatten, wird man das schon bald tun müssen, wenn man hier ein großes Sterben verhüten will. Immerhin wird das erst dann geschehen können, wenn die allgemeine Lage der Reichsfinanzen durch die Vermögensabgabe derart erstarkt ist, daß die Notenpresse außer Gebrauch gesetzt werden kann.

Bei den übrigen Vermögensgegenständen der Rentner, die die Anschwellung mitmachen – ein jeder, so gut es die Marktverhältnisse gestatten werden – also sehr ungleich –, beansprucht nach der diesem Finanzgesundungsplan zugrunde gelegten Forderung der Staat $\frac{3}{4}$ der Aufblähung für sich, so daß die Vermögensanschwellung bei diesen Gegenständen für die Besitzer nur bis zum $3\frac{1}{2}$ fachen steigen kann.

Ein Vermögensgegenstand im Vorkriegswert von	M.	100
stellt sich bei 10 facher Anschwellung auf	"	1000
Die Steuer = $\frac{3}{4}$ der Anschwellungshöhe von M. 900 beträgt	"	675
Es verbleiben für den Besitzer	"	325

Die Rentner werden also allgemein und ausnahmslos sich die größten Einschränkungen auferlegen müssen, um bei der 10 fachen Aufblähung der Preise zurechtzukommen, und diese Flucht nach links, in der Richtung zur vierten Klasse, wird sich in erster Linie bei den Luxuswohnungen zeigen. Niemand im Deutschen Reich wird noch Dienstboten halten können, um eine Luxuswohnung, eine „hochherrschaftliche Villa“ instand zu halten. Diese Häuser werden darum nur dann eine Mietanschwellung erfahren, wenn der Bauplan eine Aufteilung gestattet und solcher Umbau die nötige Rente zu vorläufig 8% verspricht. Die Mieter solcher Luxuswohnungen werden darum in der beneidenswerten (!) Lage sein, einen Druck auf die Miete ausüben zu können; ihre klägliche allgemeine Lage wird ihre Lage als Mieter verbessern. Sie werden in vielen Fällen diese Lage des Wohnungsmarktes zu einem wucherischen (!) Druck auf ihre Hauswirte ausbeuten. Statt daß man ihnen die Miete erhöht, wird man sie herabsetzen, und statt daß man vom Besitzer solcher Häuser eine Anschwellungssteuer erhebt, wird man von Notstandsmaßnahmen reden. (Hier will ich diese armen Teufel

dem Schutze des Bundes deutscher Bodenreformer empfehlen, deren Ehrenvorsitzender, Prof. Adolf Wagner sich s.Zt. ja auch der notleidenden Grundrentner erbarmte und für Kornzölle eintrat auf Kosten des Proletariats.)

[Hier werden wahrscheinlich unsere Wähler den Punkt entdecken, wo sie dieses Finanzprogramm angreifen zu können glauben. Sie werden sagen: Die Wohnungsmiete der Arbeiter steigt zugunsten der Steuerkasse und der Hausbesitzer auf das 4 fache, die der wohlbezahlten Beamten nur auf das Doppelte, und den Rentnern wird sie herabgesetzt! Ist das demokratisch - sozialistisch? Sie werden verschweigen, daß der Lohn auf das 8 fache, die Gehälter nur auf das 4 fache und die Renten zum großen Teil garnicht, der Rest auf das 3 $\frac{1}{2}$ fache – im Durchschnitt somit auf etwa das Doppelte, bei einer 10 fach verteuerten Lebenshaltung gestiegen sind.]

Nach diesen Rechnungen, Schätzungen und Steuerforderungen hätten wir eine Mietanschwellung zu erwarten:

bei den Arbeiterwohnungen auf das 4 fache der Vorkriegsmiete
 bei den mittleren Wohnungen auf das 2 fache der Vorkriegsmiete;
 bei Luxuswohnungen dagegen einen Rückgang.

Vor dem Kriege warfen alle diese Wohnungen den gleichen Zins der Baukosten ab. Sie standen alle in gleichem Rang. Der Krieg hat diese Ordnung zerrissen. Demnach kann man zur Schätzung des Ertrags der Vermögensanschwellungssteuer nicht einfach die Summe des Gebäudekapitals benutzen, so wie es vor dem Kriege zu Buche stand, sondern wir müssen unterscheiden. Vor dem Kriege mag das Wohnungskapital im Deutschen Reich über 100 Milliarden Goldmark betragen haben, die wir veranschaulichend in großen Umrissen wie folgt verteilen wollen:

Wohnungskapital für	Klein-,	Mittel-,	Luxuswohnungen
Vorkriegswert	500	300	200 Milliard.
Mehr für Anschwellung	300% = 1500	100% = 300	0% = – Milliard.
Reichsanschwellungssteuer			
auf dieses Mehr	75% = 1125	75% = 225	– Milliard.
zusammen also 1350 Milliarden für das Wohnungskapital.			

Ich muß mich bei diesen Schätzungen hier auf das Wohnungskapital beschränken. Beim Industriekapital gelten dieselben allgemeinen Gesichtspunkte – d.h., es wird keine neue Fabrik gebaut werden, von der man nicht die Rente der auf das 10 fache gestiegenen Baukosten zum (vorläufig) doppelten Zinsfuß erwarten kann. Demnach muß mit der Zeit ein Mangel an Fabriken sich einstellen, der über kurz oder lang jene Rentabilität wieder herstellt. Da schon jetzt die Preise der Fabrikate die 10 fache Höhe zumeist erreicht oder gar überschritten haben, so liegt es nur an den durch den Krieg geschaffenen allgemeinen Verhältnissen, an der schlechten Versorgung mit Rohstoffen, an der verrosteten Maschinerie, an den endlosen Streiken, am Verluste der im

Felde verbliebenen Arbeiter, Techniker und kaufmännischen Kräfte usw., wenn die Dividenden nicht auch schon jener 10 fachen Aufblähung entsprechen. Diese Anschwellung muß aber kommen; es kommt die Zeit, wo in der Industrie die Aktiva an Gebäuden, Maschinen usw. 10 fach erhöht gebucht werden können und auf dieses 10 fach erhöhte Kapital die regelrechte Dividende von 5% verteilt werden kann, wovon nach unserem Vorschlag $\frac{3}{4}$ dem Reich in Form junger Aktien, $\frac{1}{4}$ den Aktionären zufallen sollen.

Beim landwirtschaftlichen Kapital, das vom Kriege weniger mitgenommen wurde, wird die Aufblähung des toten und lebenden Inventars mit der Beseitigung der Höchstpreishemmungen und fortfallender Bedrohung mit Preisabbau die Höchstgrenze sofort erreichen; beim Boden und bei den Gebäuden steht nur der hohe Zinsfuß der vollen 10 fachen Heraufsetzung im Wege. Sie wird dem Sinken des Zinsfußes auf den Fersen folgen. Hier wird also das Reich die ersten Früchte der Vermögensanschwellungssteuer einheimen können.

Überhaupt ist es für die Gesundung der Finanzen, für die Rettung aus der Papiergeldwirtschaft von größter Wichtigkeit, daß die Anschwellung mit möglicher Beschleunigung sich entwickle und ihr Ende erreiche, damit die Steuerkassen für den gewaltigen Bedarf sich füllen. Bei den Wohnungsmieten denke ich mir den Vorgang ungefähr so:

Sobald die Mietsverträge freigegeben sind, werden die Hauswirte neue Forderungen stellen. Viele werden es mit einer Verdoppelung versuchen. Noch unter dem Eindruck der jetzigen scheinbaren, d.h. auf staatliche Maßnahmen zurückzuführenden „Wohnungsnot“, in der Furcht, keine andere Wohnung zu finden, werden viele, vielleicht die Mehrzahl, diese Forderung der Hausbesitzer zunächst annehmen. Immerhin, eine Anzahl und namentlich alle die, die noch andere Gründe für einen Wohnungswechsel haben, werden die Forderung zurückweisen und sich nach anderer Wohnung umsehen. Hier wird dann wieder der allgemeine Zug nach links, nach der 4. Klasse, zutage treten. Die, die bis dahin 10 Zimmer besetzten, werden sich, entsprechend ihrer verschlechterten Vermögenslage, mit 5 Zimmern begnügen und die, die 5 Zimmer besetzten, werden eine 10 Zimmerwohnung suchen, um durch Abvermietung von 8 Zimmern sich einen Nebenerwerb zu verschaffen, den sie früher nicht brauchten. Hierdurch wird aber schon so viel Wohnraum freigemacht werden, daß nicht nur die jetzige „Wohnungsnot“ verschwindet, sondern noch ein Überschuß bleiben wird, der sich sofort als Hemmung für die weitere Anschwellung fühlbar machen wird. Das wird jedoch noch viel stärker in Erscheinung treten, wenn die Anschwellungssteuer zu wirken beginnt und der jetzige Zug nach links sich in eine Kopfüberhalsflucht in der Richtung nach der 4. Klasse verwandelt. Dann wird es wieder zunächst so kommen, daß

viele Hauswirte, um Mieter für den leerstehenden Wohnraum anzulocken, die Mieten wieder mehr oder weniger herabsetzen werden.

Die echte, wirtschaftlich begründete 6 fache Anschwellung wird dann einsetzen und sich entwickeln, wenn der Kriegsnotstand die Volkswirtschaft in Vollbetrieb versetzt und das Arbeitserzeugnis wieder die frühere Größe erreicht haben wird – in der Landwirtschaft, wie in der Industrie.

Es handelt sich, wie gesagt, um einen Entwicklungsvorgang, der sich schneller oder langsamer abspielen wird, je nachdem die im vorigen Abschnitt aufgezeichneten politischen, finanziellen, wirtschaftlichen Forderungen erfüllt sein werden oder nicht. Es ist auch ein Entwicklungsvorgang der sich sehr ungleich abspielen wird – nicht nur in bezug auf einzelne Werte, sondern auch in bezug auf ganze Städte und Provinzen.

Aber gerade darum, weil es heute unmöglich ist, nach einheitlichen Maßstäben die Vermögensgegenstände für die Steuer oder Vermögensabgabe einzuschätzen, wird sich die Anschwellungssteuer als eine glückliche, ja als die einzig mögliche Lösung erweisen – weil sie, wie ein guter Arzt den Kranken, so unsere kranken Vermögensgegenstände behandelt, je nach ihrer Eigenart unterscheidend, weil sie von der *Ernte*, nicht von der Saat nimmt, oder besser, weil sie auch nicht von der Ernte, sondern von der Rente, vom *Betriebsüberschuß* nimmt.

Reichswährungsamt.

a) Unter Währung ist die dauernde Aufrechterhaltung eines bestimmten allgemeinen Preisstandes der Waren zu verstehen, die darin ihren stets genau meßbaren Ausdruck findet, daß mit einer bestimmten Geldsumme (Lohn, Gehalt, Renten, Pension) heute, morgen, immer eine bestimmte Lebenshaltung bestritten werden kann. Wohlverstanden handelt es sich hier nicht um Festsetzung der Preise einzelner Waren, sondern nur des Durchschnittes, so daß, wenn auch einzelne Preise fallen, andere dafür steigen.

b) Solche Währung kann nur als Wirkung einer fortlaufenden Handlung, einer Verwaltung des Geldes erwartet werden, nicht aber von Eigenschaften eines Stoffes – wie das die Vertreter der Goldwährungstheorie anzunehmen scheinen. Mit anderen Worten: solche Währung muß dynamisch, nicht statisch betrachtet werden.

c) Die genannte Geldverwaltung besteht in der Hauptsache:

1. in der fortlaufenden statistischen Ermittlung des erwähnten Durchschnittswarenpreises (der sogenannten Indexzahl).

2. in der fortlaufenden Anpassung des Geldumlaufs an diesen Durchschnittspreis. Zum Zwecke dieser Anpassung werden bei anziehenden Preisen die Menge der umlaufenden Noten oder deren Umlaufgeschwindigkeit oder aber die Geldersatzmittel (Wechsel) ein

geschränkt, bei rückgängigen Preisen dagegen verstärkt. Der allgemeine Preisstand wird auf diese Weise stets wieder auf den Ausgangspunkt zurückgebracht, so oft er sich davon entfernt. Die Abweichungen müssen um so geringfügiger sein, und umso schneller müssen die Preise auf den Normalstand zurückfallen, je besser die Geldverwaltung, das Reichswährungsamt, wacht und die entsprechenden Gegenzüge vornimmt. Die Tätigkeit des Reichswährungsamtes ist demnach mit der Arbeit des Schiffssteuermannes zu vergleichen, der das durch Strömung und Wind ständig aus dem Kurs geworfene Schiff durch entgegengesetzte Steuerwendungen doch immer wieder in die gewollte Richtung zurückzwingt.

d) Ihre wissenschaftliche Stütze findet diese Geldverwaltung in der bereinigten „Quantitätstheorie“, laut welcher die Warenpreise jederzeit und unbedingt davon abhängen, wieviel Geld im Verkehr ist und wie schnell dieses Geld umläuft. Sofern das Währungsamt die Weisung hat, das Geld nach den in c) bezeichneten Richtlinien zu verwalten, dürfen Änderungen im allgemeinen Preisstand keinen anderen Ursachen zugeschoben werden, als einer mangelhaften Führung der in c) geforderten Geldverwaltung, der Währungspolitik. Namentlich dürfen solche Änderungen nicht mehr auf Rechnung des Warenangebots gestellt werden, da das R.W.A. ja die Aufgabe hat, die vom Warenangebot kommenden Einflüsse durch Gegenzüge im Geldangebot aufzuheben, so daß z.B. gute Ernten, verbesserte Produktionstechnik, verstärkte Zufuhren aus dem Auslande usw. durch vermehrten Geldumlauf, entgegengesetzte Einflüsse dagegen durch verminderten Geldumlauf ausgeglichen werden. Da das R.W.A. die Befugnis erhalten soll, zu jeder Zeit das Geldangebot unbeschränkt zu mindern oder zu mehren, so muß es auch unter allen denkbaren Verhältnissen das ihm gesetzte Ziel erreichen können.

Machtmittel des Reichswährungsamtes.

Das R.W.A. ist nach allen Seiten hin unabhängig; – namentlich auch gegenüber den Geldbedürfnissen des Finanzministeriums ist diese Unabhängigkeit eine unbedingte. Der Geldbedarf des Reiches muß unter allen Umständen innerhalb der Grenzen der vom R.W.A. geschaffenen volkswirtschaftlichen Ordnung seine Deckung finden. – Dem Reichswährungsamt die Notenpresse, dem Reichsfinanzministerium die Steuerpresse. – Das R.W.A. wird mit allen sachlichen und gesetzlichen Mitteln ausgestattet, die für die Erfüllung seiner Aufgabe als nötig erachtet werden, so daß Zweifel am Bestande der deutschen Reichswährung vernünftigerweise nicht mehr aufkommen können. Damit wird dann den Spekulationsgeschäften der Boden entzogen, und der Handel kann sich auf einer festen Unterlage entwickeln.

Zu diesem Zwecke erhält das R.W.A. nicht nur das Recht zu einer dem Nennwerte nach unbeschränkten Notenausgabe, sondern auch die Oberaufsicht über die Umlaufgeschwindigkeit der ausgegebenen Noten, *die es durch das Mittel des Freigeldes ausüben wird*. Dem R.W.A. werden dadurch beide Zügel der Währungspolitik, die Menge und die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, in die Hand gegeben; sie erhält damit unbedingte Macht. Durch den mit dem Freigeld erstrebten und erreichten geschlossenen Kreislauf des Geldes wird die eine der beiden die Preise bestimmenden Triebkräfte, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, zu einer feststehenden Größe, während die andere Triebkraft, die Geldmenge, durch das Recht zu unbeschränkter Notenausgabe und Notenverbrennung fest in der Hand des R.W.A. liegt.

Zum Überfluß wird auch der Verkehr in Geldersatzmitteln (Wechseln) dem R.W.A. unterstellt. Durch Einführung, Erhöhung, Ermäßigung oder Beseitigung der Wechselstempelsteuern soll, sofern es für nützlich erachtet wird, der Wechselverkehr verstärkt oder eingeschränkt werden, je nachdem das R.W.A. dies wegen der Währung für geboten hält. Rücksichten auf Reichseinnahmen dürfen bei der Wechselstempelsteuer nicht mitspielen. Nur währungstechnischen Zielen soll diese Steuer dienen. Immerhin fließt ihr Ertrag der Reichskasse zu.

Auch das Lotteriewesen, durch welches zeitweise große Summen baren Geldes vom Warenverkehr ferngehalten werden können, wird dem R.W.A. unterstellt und zwar solange, wie die jetzigen außergewöhnlichen Umstände anhalten und das R.W.A. restlos alle Hilfsmittel der Währungstechnik zu Rate ziehen muß.

Das R.W.A. hat das Recht, Währungsanleihen zu veranstalten, um die heute noch stark gehamsterten Noten, deren unzeitgemäße Rückkehr in den Handel die Maßnahmen des R.W.A. stören könnte, dem Verkehr in dem vom R.W.A. für nötig erachteten Umfang entziehen zu können. Diese Anleihen sollen völlig getrennt von den Reichsfinanzen vom R.W.A. selbständig verwaltet werden.

Als Ausgangspunkt für die zu führende Warenpreisstatistik wird der mit 10 (12 – 15?) zu vervielfältigende Preisstand (Index) der Vorkriegszeit genommen –, d.h., das R.W.A. wird die Preise nicht abbauen, sondern die Währung so führen, daß die Preise auf den genannten Stand zurückfallen oder auf seine Höhe steigen.

Alle Tarife, Löhne, Gehälter werden sich mit der Zeit diesen Preisen in ihrer natürlichen, durch die Zwangswirtschaft gestörten Rangordnung anpassen, soweit dies nach Lage der Volkswirtschaft möglich ist. Die durch den Krieg geschwächte Schaffenskraft des deutschen Volkes muß selbstverständlich in einem entsprechend geringeren Arbeitsertrag zum Ausdruck kommen. Wäre diese Ergiebig-

keit um 20% gesunken, so würden die Löhne, Gehälter in ihrem Aufstieg um ebensoviel unterhalb des um das Zehnfache gestiegenen allgemeinen Preisstandes zum Stillstand kommen.

Das Kapital des Reichswährungsamtes.

Das Papiergeld ist kein Schuldschein, der zu einer bestimmten Frist eingelöst werden soll. Es hat keinen vernünftigen Sinn, dem Volke die „Einlösung“, d.h. die Rückzahlung und *Vernichtung* des Papiergeldes feierlich in der Inschrift der Banknoten zu versprechen, da wir Geld ja doch immer brauchen werden. Was wir in Wirklichkeit brauchen, ist das Versprechen, daß das Geld *niemals* eingelöst wird. Das Einlösungs- oder Vernichtungsversprechen ist eine *Drohung*, keine Beruhigung; es bildet fürwahr die allerschwerste Bedrohung, der der Handel ausgesetzt ist. Der schon oft angedrohte Abbau der Preise zeigt uns den Sinn und Unsinn des Einlösungsversprechens in der Inschrift der Banknoten. Mit denselben Gründen, die zur Einlösungsforderung führten, könnte man ja auch den Eisenbahnreisenden zu ihrer Beruhigung versprechen, daß nach der glücklichen Beendigung ihrer Reise die Bahn „eingelöst“, d.h. abgebrochen werden wird. Anstelle dieser Einlösungsbedrohung muß das Papiergeld die Bestimmung des Gesetzes enthalten, die dem Reichswährungsamt zur Pflicht macht, den Geldumlauf zu jeder Zeit haarscharf den Bedürfnissen des Marktes anzupassen. Mehr ist nicht nötig. Will man ein übriges tun, so mag man schreiben: Für die Allgemeinheit sind die Schalter des R.W.A. geschlossen. Die Einlösung findet auf den Märkten, in den Läden und Börsen gegen die dort feilgebotenen Waren und Dienstleistungen statt. Waren hat der Inhaber für diesen Geldzettel gegeben, Waren hat er zu verlangen. Das R.W.A. selbst hat keine Warenlager, auch kein Geld, keine Geldschränke, keine Stahlkammern. Das R.W.A. wird jedoch die Waffen seines Alleinrechtes auf Notenausgabe stets so verwenden, d. h. die Marktlage stets so gestalten, daß die Besitzer der Geldzettel stets soviel an Waren werden kaufen können, wie sie selbst dafür hergeben mußten. Wenn dies im Einzelfall nicht immer zutreffen wird – so doch im allgemeinen, im Durchschnitt, so daß man mit derselben Geldsumme immer die gleiche oder ähnliche Lebenshaltung wird bestreiten können.

Die zu solcher Währungspolitik nötigen Mittel müssen selbstverständlich vorhanden sein, um jeden sich zeigenden Geldüberschuß dem Verkehr entziehen zu können. Mit dem durch das Freigeld erreichten geschlossenen Kreislauf des Geldes, der die Haupttriebkraft in der Bildung der Preisschwankungen, d.i. die Unregelmäßigkeit in der Umlaufgeschwindigkeit, *in eine feststehende Größe verwandelt*, werden überraschend geringfügige Mittel ausreichen, um die von der Waren-

seite herrührenden Einflüsse auf die Preise auszugleichen. Diese Mittel können wir uns in Gestalt von Wechseln, Devisen, fremden Geldsorten vorstellen. Auch Waren, namentlich Stapelartikel, sogar Silber und Gold können diesen Dienst leisten. Auch Verkauf und Einlösung von Staatspapieren (Währungsanleihen), Steuerzuschlag und Steuerabschlag, wie auch die erwähnten Wechselstempelsteuern sind zum Kapital des R.W.A. zu zählen.

Irgendwelche andere Deckung im Sinne des heutigen Reichsbankgesetzes ist überflüssig, da es sich hier nicht mehr um eine Aktiengesellschaft, sondern um ein Reichsamt handelt. Hier gilt als Deckung der Noten des R.W.A., als Sicherheit, nicht ein toter Schatz (Gold), der, so groß er auch bemessen sein mag, doch immer, wie z.B. jetzt in Deutschland, zu einer schier lächerlichen Winzigkeit zusammenschrumpfen kann, sondern die unversiegbare Quelle aller Schätze, die *Arbeitsteilung*, die den Markt immerfort mit Waren beschickt, und auf die letzten Endes alle echte Nachfrage nach Geld zurückzuführen ist. Ist doch das Geld ja nichts anderes als das Tauschmittel für die Erzeugnisse der Arbeitsteilung.

Die Arbeitsteilung wird also zugleich die Deckung der Noten und das Kapital des Reichs-Währungsamtes sein.

Wird das R.W.A. bei einer zehnfachen Anschwellung (Inflation) den jetzigen Notenbestand beibehalten können? Im Hinblick auf die Schwierigkeit, durch Währungsanleihen unter Umständen einen größeren Posten Banknoten zurückziehen zu können, mag auch noch diese Frage kurz beleuchtet werden.

Das vor dem Kriege im Verkehr befindliche Geld (Metall- und Papiergeld) schätzte man auf etwa 7 Milliarden, oder auf etwa 6 Milliarden, wenn wir vom jetzigen verkleinerten Gebiet des deutschen Geldes sprechen. Das entspräche bei einer durchgeführten allgemeinen zehnfachen Anschwellung aller Preise, Löhne und Tarifsätze ungefähr dem heutigen Notenumlauf. Wenn alle übrigen, auf die Preise wirkenden Umstände unverändert geblieben wären, so hätten wir zurzeit ungefähr die Geldmenge im Verkehr, die für die Aufrechterhaltung der zehnfachen Preishöhe nötig ist. Es könnte sich dann nur mehr um einige Milliarden zuviel oder zu wenig handeln.

Die die Preise mitbestimmenden Triebkräfte haben jedoch starke Veränderungen erfahren. Auf Seite der Waren sind es die Zahl der Arbeiter, ihre Arbeitskraft, ihr Arbeitswille, die Arbeitszeit, ihre Arbeitsmittel, die außerordentliche Einbuße erlitten haben. Millionen Männer sind im Felde geblieben, andere Millionen sind als körperliche und geistige Krüppel heimgekehrt, die jetzt, statt Werte zu schaffen, die Arbeitskraft von Millionen Krankenpflegern festlegen. Hunderttausende der tüchtigsten unserer Arbeiter bereiten sich zur Auswande-

rung vor. Hunderttausende ausländischer Arbeiter sind nicht wiedergekommen. Dazu die Unterbrechung der Arbeitsbetätigung durch Streike, Valutakrisen, behördliche Hemmungen, Mangel an Rohstoffen, Düngemitteln, Beförderungsmitteln usw., und vor allem das stark heruntergewirtschaftete industrielle und landwirtschaftliche Geschirr, die mangelhafte Ausbildung des Nachwuchses, die weitverbreitete Unzuverlässigkeit usw. – das alles muß sich selbstverständlich in einem starken und wachsenden Rückgang der Warenerzeugung bemerkbar machen. Freilich sind andererseits auch wieder Hunderttausende, vielleicht Millionen von Frauen durch die Not in die Warenerzeugung gepreßt worden, die es sonst nicht nötig gehabt hätten. Der starke, wachsende Geburtenrückgang hat auch die Arbeitskraft dieser Frauen freigemacht. Auch die große Anzahl alter Männer, die als Ruhegehaltsempfänger, Rentner ihr Leben zu beschließen hofften und nun sich wieder unters Joch beugen müssen, ist hier zu erwähnen.

Alles in allem geschätzt, mag die Warenerzeugung um $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{3}$, oder $\frac{1}{4}$ gegen früher zurückbleiben, und dementsprechend müßten wir von dem zehnfach aufgeschwollenem Geldumlauf $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{3}$, oder $\frac{1}{4}$ zurückziehen, wenn es bei dieser zehnfachen Anschwellung sein Bewenden haben soll. Jedoch ist auch hier wieder zu beachten, daß die allgemeine Erschütterung des Kredites und die daraus entspringende Notwendigkeit, alles immer bar, d.h. also mit Papiergeld zu bezahlen, diesem Gelde ein neues, großes Verwendungsgebiet eröffnet. Das weite Feld, das vor dem Kriege den Geldersatzmitteln, dem Wechsel, dem Scheck, überlassen war, muß jetzt mit Papiergeld versorgt werden. Vor dem Kriege liefen allein an Wechseln für 30 Milliarden 3 Monatwechsel um (aufs Jahr gerechnet also $7\frac{1}{2}$ Milliarden ausmachend) die die Rolle allgemeiner kaufmännischer Rücklagen spielten, und an deren Stelle jetzt Papiergeld tritt. Der Handel müßte als Ersatz für diese Wechsel eine ähnliche Summe Papiergeld aufnehmen, und das wären bei einer zehnfachen Preiserhöhung $10 \times 7\frac{1}{2} = 75$ Milliarden, oder bei einem um $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{3}$ oder $\frac{1}{4}$ verminderten Warenumsatz – 30 – 50 Milliarden –. Hierbei ist auch wieder zu beachten, daß die Kaufleute, die früher ihre Rücklagen in Gestalt von Wechseln in ihren Geldschränken aufbewahrten und nun anstelle von Wechselreserven – Bargeld treten lassen, sich des Zinsverlustes wegen mit geringeren Rücklagen begnügen werden. Und sofern der Kredit der Banken unerschüttert bleibt [Ein Gutes hatte wenigstens die Papiergeldflut insofern, als der Zahlungsverkehr in „glänzender“ Weise aufrechterhalten werden konnte und keine einzige große Bank die Zahlungen einstellte. Mit dem, was man mit der Geldverwässerung den Gläubigern gestohlen hat, ist der Fehlbetrag der Volkswirtschaft, auch der der Banken, gedeckt worden. Ja, das Geld, das man in den Taschen der Gläubiger fand (bei einer 10 fachen Vermehrung mögen so den deutschen Gläubigern 200 Milliarden Goldmark entwendet worden sein) hat sogar gereicht, um den Banken, trotz dem allgemeinen Zusammenbruch, die Verteilung von Dividenden zu gestatten. Mit der absoluten Währung wird nun dieser „Reptilienfonds“ – der sowieso bis auf 10% erschöpft ist – nichts mehr hergeben; alles, was nicht mehr zur verarmten deutschen Wirtschaft paßt, wird dann zusammenbrechen. Die Gelage der von der Hochgeldflut Begünstigten auf dem Wrack der deutschen Wirtschaft nehmen dann ein Ende.], werden sie solche Reserven als Bankguthaben

führen, was dann wiederum eine entsprechende Verkleinerung der Gesamtsumme dieser Rücklagen ermöglicht. – Statt der errechneten 30 – 50 Milliarden werden mit Berücksichtigung des Bankbetriebs nur 10 oder 15 Milliarden nötig sein.

Noch eins ist hier bei der Abschätzung des Geldbedarfs zu beachten. Es heißt, daß noch viele heute an den von unseren Finanzministern dem Volke „versprochenen“ oder angedrohten Preisabbau glauben, und daß bedeutende Geldmassen in Reserve lägen, auf den Tag wartend, wo der Preisabbau nicht etwa beginnt, sondern amtlich als beendet erklärt wird. Mit der Erklärung, daß die Preise nicht abgebaut werden sollen, sondern auf den zehnfach aufgeblähten Friedensstand festgenagelt werden – kommen diese Milliarden aus ihrem Versteck, werden den Banken übergeben oder werden unmittelbar in Waren umgesetzt. Dieser Stoß muß dann unbedingt aufgefangen werden, wenn die Preise keine neue Aufwärtsbewegung erleiden sollen. Es werden darum ebensoviel Milliarden dem Verkehr entzogen werden müssen, wie die Hamster diesem zuführen.

Und dann noch folgendes: Mit dem Übergang zum Freigeld müssen wir mit einer vollkommenen Auflösung des Hamster- und Spekulationskapitals rechnen. Aus diesem Grunde wird auch wieder die Masse des zur Bewältigung des Handels nötigen Geldes ganz außerordentlich vermindert werden müssen, und es würde gar nicht überraschen, wenn wir mit dem Freigeld die Hälfte, vielleicht sogar $\frac{2}{3}$ des Notenumlaufes als überflüssig zurückziehen und verbrennen müßten, sofern es bei einer zehnfachen Aufblähung gegenüber dem Stand vor dem Kriege bleiben soll.

Alles das macht die Gesamtlage unübersichtlich, und das Reichswährungsamt wird möglicherweise genötigt sein, restlos alle zu Gebote stehenden währungstechnischen Machtmittel auszunutzen, die im Abschnitt S. 44 ff. beschrieben wurden.

Ja, wenn die Deckung der heutigen Reichsbanknoten eine Deckung im währungstechnischen Sinne wäre! Aber von dem ganzen Stoff, den die Reichsbank als gesetzmäßige Deckung bezeichnet, und den sie bei ihrer Auflösung als Bestand (Aktivum) dem Reichswährungsamt übergeben wird, wird für die Zwecke der absoluten Währung so gut

wie nichts zu gebrauchen sein, denn das Gold wird man den Franzosen, das Silber den Engländern ausliefern; die Reichsschatzanweisungen aber, die wird man wohl einfach verbrennen können – denn wer wird noch im Deutschen Reiche in der Lage sein, nach der Vermögensabgabe Schatzanweisungen, überhaupt Zinspapiere zu kaufen? Aber die Vermögensabgabe wird wohl zu einem genügend großen Teil in Bargeld erfolgen, und wenn die so eingehenden Gelder verbrannt werden, dann werden die übrigen Machtmittel des Reichswährungsamtes ausreichen.

Das Notenausgaberecht der jetzigen *Reichsbank* erlischt, und die Abwicklung erfolgt in der Weise, daß das Reichswährungsamt die Aktiven (Goldbestände, Wechsel, Schatzanweisungen, Darlehenskassenscheine), und die Passiven (Reichsbanknoten) übernimmt. Das Aktienkapital, 180 Millionen, das ja heute nur noch ein Dreihundertstel des Notenumlaufes (50 000 Millionen) beträgt, wird den Aktionären zum Börsenkurs zurückerstattet.

Valuta.

Dem Reichswährungsamt können wir nicht zwei Maßstäbe zur Führung der Notenpolitik geben. Es kann die Währung nicht zugleich auf feste Preise *und* auf feste Valuta mit 100 selbständig vorgehenden Staaten einstellen. Die Valuta muß im Einvernehmen mit allen Staaten behandelt werden.

Die Aufgabe, einen festen Auslandskurs (Valuta) mit festem Warenpreisstand (Index) zu verbinden, ist jedoch völlig befriedigend gelöst, sobald in allen Ländern die nationale Währung nach den gleichen, hier für das R.W.A. aufgestellten Grundsätzen geführt wird, d.h. also, wenn überall die nationale Währungspolitik auf die dauernde Aufrechterhaltung des allgemeinen Preisstandes gerichtet ist, weil dann das einmal ausgebildete Verhältnis von Ausfuhr und Einfuhr keinen erheblichen Schwankungen mehr ausgesetzt ist und der etwaige Saldo in der Zahlungsbilanz durch Kreditmaßnahmen der Handelswelt seinen Ausgleich findet.

Es ist anzunehmen, daß, wenn wir in Deutschland unsere nationale Währung nach den hier entworfenen Grundsätzen leiten, die günstigen Erfolge bald alle übrigen Staaten zur Nachahmung veranlassen werden. Mehr wird aber zur Lösung der Valutafrage niemals nötig sein, als daß in allen Staaten die nationale Währung nach international gültigen, an sich gesunden Grundsätzen geleitet werde.

Anhang:

Der Abbau der Preise im Lichte argentinischer Erfahrungen.

Weiterhin, auf S. 54 ff. gebe ich die deutsche Übersetzung meiner im Jahre 1898 in Buenos Aires veröffentlichten Schrift: *La cuestion monetaria argentina. (Die argentinische Währungsfrage: Eine Untersuchung über Wesen und Ursache des gegenwärtigen wirtschaftlichen Tiefstandes).*

Erklärungen über den Ursprung dieser Schrift:

Im Jahre 1885 wurden in Argentinien neue, auf Gold lautende Banknoten in den Verkehr gebracht und als einziges gesetzliches Zahlungsmittel erklärt. Das Gold dazu (die sogenannte Deckung) war durch eine auswärtige Anleihe beschafft worden. Die wirtschaftliche Entwicklung machte jedoch die Aufrechterhaltung dieser Goldwährung unmöglich, und nach ganz kurzer Zeit wurde die Einlösung der Banknoten eingestellt. Damals (1885) waren die Goldfelder Afrikas noch nicht entdeckt, und die Preise der argentinischen Landeserzeugnisse standen unter dem Drucke, der sich seit der Ausbreitung der Goldwährung auf der ganzen Welt bemerkbar gemacht hatte. Mit dem früheren Papiergeld (*moneda corriente*), das nach den „soft money“-Grundsätzen (nicht hartes, dem Wucher dienendes, sondern „weiches“ Geld) verwaltet worden war, hatte das ständig wachsende Goldagio das stetige Zurückgehen der Weltmarktpreise vom argentinischen Bauer und Viehzüchter abgewendet. Trotz sinkender Weltmarktpreise stiegen sogar die Preise in argentinischer Währung, und die Hypothekenschuldner, Pächter, Wechselschuldner konnten ihren Verpflichtungen nachkommen, während in anderen (Goldwährungs-) Ländern die Landwirte und Gewerbetreibenden in kläglichen Tönen die Staatshilfe anrufen mußten. (Not der Landwirtschaft).

Mit der oben erwähnten Einführung der Goldwährung in Argentinien wurde der Weltmarktpreis auch unmittelbar Landespreis für die argentinische Wirtschaft, der ständige Rückgang dieser Welt-

marktpreise übertrug sich von nun an ohne den Puffer des Agios auf die argentinischen Märkte und schuf damit dort die gleiche Notlage, unter der die werbende, schaffende Klasse Europas litt. Er lähmte die auf schnelles Wachstum eingestellte argentinische Wirtschaft; die Auswanderung überwog die Einwanderung, zahllose Bankrotte unterwühlten den Kredit der Kaufmannschaft und auch den der Regierung. Die verheerende Krise führte zu einer ständig wachsenden Unterbilanz im Staatshaushalt, die man in den ausländischen Kapitalistenkreisen liederlicher Staatsverwaltung zuschrieb. Hätte man dort diese Unterbilanz auf ihre wahre Ursache – die Goldwährung – zurückgeführt, so würde das dieser Hochburg der Kapitalisten leicht zum Verhängnis haben werden können. Argentinien wurde der Kredit gesperrt, und das zwang nun die in Zahlungsschwierigkeiten befindliche Regierung, die Notenpresse wieder nach alter Weise arbeiten zu lassen. Mit den damit in den Verkehr gelangenden Papiergeldmassen gingen die Warenpreise in die Höhe, die verschuldeten Klassen bekamen wieder Luft, die Wirtschaft entwickelte sich freier, die Einwanderung nahm gewaltigen Umfang an, die Unterbilanz im Staatshaushalt verschwand. Man wäre zufrieden gewesen, wenn nicht das Goldaufgeld und namentlich das jede genaue Kostenberechnung unmöglich machende Börsenspiel (Agiotage) gewesen wäre. Man schämte sich dieses Agios, wie man sich alter Schulden schämt. Man war ganz allgemein der Ansicht, daß das Papiergeld ein Schuldschein des Landes sei, den man unter allen Umständen, und erst recht, wenn die Möglichkeit sich dazu bietet, einlösen muß. Und der blühende Stand der Volkswirtschaft (Folge des Goldagios, dessen man sich schämte) bot solche Möglichkeit. Der Kredit Argentiniens hatte sich in Europa, dank der gewaltig gestiegenen Erzeugung und trotz dem Goldagio wieder befestigt. Also beschloß man, den Schönheitsfehler der Volkswirtschaft auszumerzen und durch eine Reihe von Maßnahmen das Agio „abzubauen“ – genau wie es heute in Deutschland Finanzminister, Bauern, Fabrikbesitzer gibt, die auf den Abbau der Preise drängen. In der Hauptsache bestanden diese Maßnahmen darin, daß man besondere Steuern (Steuern auf Hüte, Seife, Öl usw., sowie Ausfuhrzölle) erhob, deren Ertrag der Notenbank in Form ihrer eigenen Noten übergeben und dort verbrannt wurde, so den Geldumlauf vermindern.

Gegen diese Politik wurde kein Widerspruch erhoben. Das ganze Volk jubelte. Jeder rechnete den Vermögenszuwachs aus, der ihm persönlich dadurch zufallen mußte, wenn das Goldagio von 250 nach und nach auf Null fallen würde. Das in Bargeld und in Geldforderungen angelegte Vermögen mußte sich ja so verdoppeln, verdreifachen – gerade wie die Zeichner der letzten Kriegsleihe ausrechneten, daß sie für diese Papiere, die sie für den Erlös der zu Kriegs-

preisen verkauften Kühe und Schweine erstanden, nachher zu Friedenspreisen die doppelte und dreifache Anzahl Kühe würden kaufen können!

Die einzige Schrift, die den Widersinn solcher Währungspolitik dem Volke klar zu machen suchte, war und blieb meine hier in der Übersetzung vorliegende Schrift: *La cuestion monetaria argentina*.

Den unmittelbaren Anstoß zu der Schrift gab die Sorge um meine eigenen Unternehmungen. Ich betrieb neben einem Einfuhrgeschäft noch eine Fabrik für Pappschachteln, mit denen ich die argentinischen Fabriken versorgte. Ich wußte, daß, wenn die eingeschlagene Währungspolitik längere Zeit andauerte, die argentinische Industrie und damit auch meine Schachtelfabrik zur Untätigkeit verurteilt sein würde. Ich wollte wissen, wie tief der Goldwahn in den Köpfen der argentinischen Parlamentarier und Kaufleute sitze; ob die Hoffnung begründet sei, daß man bald, durch Schaden klug gemacht, die Währungsgesetze widerrufen würde. Das war 1898.

Ich schickte meine Schrift an alle Senatoren und Abgeordneten, an die Presse, an alle, die sich zur Währungsfrage öffentlich geäußert hatten, an alle Banken, an viele Kaufleute und Unternehmer. Der Erfolg war kläglich. So wartete ich nicht lange, sondern veräußerte die Fabrik mit erträglichem Schaden. Später erfuhr ich, daß meine Maschinen, wegen der nun ausbrechenden Krise, niemals von den Erwerbern aufgestellt worden sind. Ein Jahr später stand die gesamte Industrie einfach still. 40 000 Arbeitslose machten eine Kundgebung vor dem Regierungsgebäude, verlangten eine geordnete Verwaltung und *eine schärfere Anwendung der auf Preisabbau gerichteten Gesetze!!!*

Nun kehrte ich (1900) nach Deutschland zurück. Mittlerweile waren doch viele durch die Tatsachen darüber belehrt worden, daß die auf Preisabbau gerichteten Währungsgesetze wohl die wahre Ursache der Krise seien, und nicht die gespannten Beziehungen zu Chile, die man bis dahin als Grund der Erscheinung ansah. Die auf den Preisabbau gerichteten Währungsgesetze wurden also widerrufen und neue Gesetze erlassen, die sich mit den Vorschlägen deckten, die ich in der Schrift „*La cuestion monetaria argentina*“ gemacht hatte. Bis zu dieser Währungsreform lagen $\frac{2}{3}$ der gesamten Notenausgabe (200 von 300 Millionen Pesos) brach in den Banken! Niemand im Handel, in der Industrie oder Landwirtschaft hatte Verwendung für dieses Geld, nicht einmal zinslos hätte man das Geld nützlich anlegen können. *Für hinterlegte Gelder zahlten die Banken keinen Zins!* Als die Abbaupolitik preisgegeben wurde, kehrten die Gelder schnell in den Verkehr zurück. Der große Aufschwung Argentiniens setzte mit der Währungsreform ein, und ich hatte die Genugtuung, daß die Dinge so verliefen, wie ich sie in meiner Schrift voraussagte, daß sogar meine

Berechnung der Einkünfte, die die Konversionskasse von diesem Aufschwung erwarten durfte (S 92/93) fast aufs Haar in Zeit und Höhe mit der Wirklichkeit übereinstimmten.

Restlos alles, was in dieser Schrift gesagt ist, kann nun auf die deutschen Zustände angewandt werden, und zwar sowohl privatwirtschaftlich, wie auch volkswirtschaftlich.

Wenn ich in der „Cuestion monetaria“ keine weitergehenden Forderungen an die öffentliche Geldverwaltung stellte, als die Festigung der Landeswährung in ihrem Verhältnis zur Goldwährung, so lag das daran, daß solche Forderungen wie „Freigeld“ und „absolute Währung“ ganz und gar nicht verstanden worden wären, wie ja auch vor dem Kriege in Deutschland nur kleine, meist sozialistische Kreise Verständnis für meine Forderungen zeigten. Wenn es heute schon wesentlich anders ist, so ist das auf den großen Starstecher „Professor Not“ zurückzuführen.

Hier folgt nunmehr der ins Deutsche übertragene Wortlaut meiner vorerwähnten Schrift von 1898:

La cuestion monetaria argentina.

(Die argentinische Währungsfrage).

[Einige hinzugefügte Fußnoten und Einschaltungen ergeben sich aus dem Zwecke, der mit der Wiedergabe dieser Schrift verfolgt wird, und aus den gegenwärtigen deutschen Zuständen.]

Das Gesetz begünstigt den Abbau der Preise [In dieser Schrift sind je nach dem Zusammenhang die Ausdrücke *Geldknappheit*, *Geldverteuerung*, *Hebung des Geldwertes* usw. angewandt, daneben: *Abbau der Preise*, *Senkung der Warenpreise*, *allgemeiner Preisrückgang* usw. – Alle diese Ausdrücke bezeichnen den gleichen Vorgang: d.h., *Hebung des Geldwertes ist gleichbedeutend* mit: *Senkung der Warenpreise*, wobei der Ausdruck „Ware“ im weitesten Sinne gedacht ist; dazu gehören Ländereien, Löhne, Leistungen jeder Art.]. Die Gesetze über Notenausgabe gestatten der Regierung nicht, das Geldangebot der wachsenden Nachfrage anzupassen; im Gegenteil, jene Gesetze bestimmen, daß ein Teil der staatlichen Geldeinnahme zurückgezogen und verbrannt werde, in der offenkundigen Absicht, dadurch die Warenpreise abzubauen, den Wert des Geldes zu heben, und in der Erwartung, daß mit der Zeit der Peso-Nationalgeld seinen ursprünglichen Preis, etwa das Dreifache des gegenwärtigen Standes, zurückerlangt.

Da jene Gesetze schon einige Jahre in Kraft sind, dürfen wir uns nicht wundern, daß ihre Wirkung fühlbar zu werden beginnt. Der Peso-Nationalgeld, Wertmesser und Tauschmittel des argentinischen Handels, die Grundlage aller Kapitalunternehmungen, beginnt ernst-

lich knapp zu werden und im Werte zu steigen. Der Maßstab für alle Werte wächst, schwillt, erweitert sich. Und es kann folgerichtig auch nicht anders kommen, wenn einerseits, mit dem Anwachsen der Bevölkerung, der Bedarf an Geld zunimmt, während andererseits das Geldangebot künstlich beschränkt wird. Es ist die notwendige und angestrebte Wirkung der jetzigen Geldpolitik.

Das Geld steigt im Werte und wird zweifellos mit der Zeit noch weiter steigen. Solange die gegenwärtigen Gesetze über Notenausgabe bestehen bleiben, wird der Wert des Peso-Nationalgeld schrittweise weiter steigen, ganz übereinstimmend mit dem, was bei Erlaß jener Gesetze bezweckt wurde.

Was aber haben wir von dieser Wertsteigerung des Geldes zu erwarten?
Antwort: *den allgemeinen Preissturz.*

Mit der Hebung des Pesos müssen, im genauen Verhältnis dazu, die Preise aller übrigen Werte sinken.

Verdoppeln wir die Länge des Meterstabes, so wird die Länge aller mit ihm gemessenen Dinge um die Hälfte verkleinert, und da das Geld Maßstab für alle übrigen Werte ist, so gibt es keine Handelsware, die sich dem vom Anwachsen ihres Maßstabes, des Geldes, erzeugten Preissturz entziehen kann.

Die Waren im allgemeinen, die Mieten, Ländereien, Arbeitslöhne, Aktien von gewerblichen Unternehmungen, alles, alles ohne Ausnahme wird erdrückt durch das steigende Gewicht des Peso-Nationalgeld.

Mit dem allgemeinen Sinken der Warenpreise muß auch der *Goldpreis* heruntergehen, denn auch Gold ist Ware, und kein Wertgegenstand kann sich dem durch die Geldknappheit bewirkten Preisrückgang entziehen. Der Rückgang des Goldpreises wird unmittelbar die staatlichen Zolleinnahmen verringern, und falls die Regierung die Verwaltungskosten nicht vermindert, indem sie die Gehälter ihrer Beamten dem neuen Wertmaßstab anpaßt, so wird der jährliche Fehlbetrag im Staatshaushalt sich im genauen Verhältnis zur Wertsteigerung des Geldes erhöhen.

Auch die innerstaatlichen Abgaben, Patentgebühren usw. werden dem neuen Stand anzupassen sein. Die Tarife der verschiedenen, staatlich beherrschten Unternehmungen: Eisenbahnen, Straßenbahnen, Standdroschken, Post und Telegraph, Gas- und Wasserwerke – alles muß berichtigt werden.

Die Kaufleute müssen alle ihre Berechnungen berichtigen, ebenso die Gewerbetreibenden und die Landwirte.

Und diese ganze gewaltige Arbeit wird fast täglich neu gemacht werden müssen, nämlich so oft die Nachfrage nach Geld sich wieder um einen Punkt höher stellt als das Angebot.

Alle Preise werden nur Tagesgültigkeit haben.

Und welchen vernünftigen Zweck kann diese Geldpolitik haben, die in das Handelsgetriebe Wirrisis trägt und nicht nur der Volkswirtschaft unberechenbaren Schaden zufügt, sondern auch den Gebräuchen und sogar den sittlichen Anschauungen des Volkes? Denn da, wo die Grundlage für eine gesunde Entfaltung des Handels fehlt, wo das Geld der notwendigen Wertbeständigkeit ermangelt, wo alle Preise stetem Wandel unterliegen, dort wird der Handelsstand allzusehr geneigt sein, sich auf zweifelhafte Unternehmungen aller Art einzulassen – und die bis dahin maßgebend gewesenen Ehrbegriffe werden Schaden leiden.

Wären diese mit Zahlen zu messenden Schwierigkeiten die einzigen oder die größten, die wir von der Geldknappheit zu befürchten haben, so würden sie kaum genügt haben, um einen Geschäftsmann zu bestimmen, zum Wohle der Allgemeinheit die Feder zu ergreifen.

Sehen wir deshalb zu, was uns die Geschichte hinsichtlich der Geldknappheit, d.h. des allgemeinen Preisrückganges, lehrt.

Geschichtliche Tatsachen.

Die Geschichte lehrt uns folgendes: Während der ganzen Dauer des Mittelalters zeigt sich eine erstaunliche und außergewöhnliche Stockung in der Entwicklung von Handel und Gewerbe, sowie im allgemeinen Fortschritt, eine geistige Schlawheit bei den verschiedenen Völkern. Diese Erscheinungen fallen zusammen mit einer ständig wachsenden Geldknappheit (einer Verteuerung des Geldes, einem Abbau der Preise), und umgekehrt ist der mit der Entdeckung Amerikas eintretende Wandel in jenen Erscheinungen zurückzuführen auf die dann einsetzende Geldvermehrung und die damit auftretende allgemeine Preissteigerung. Dieser Wandel läßt sich mit der bloßen Entdeckung eines neuen Weltteils nicht erklären, denn Amerika erzeugte damals – mit alleiniger Ausnahme des Goldes – *nichts* von dem, was nicht auch die schon vorher bekannten Weltteile aufwiesen: es lieferte weder besondere Menschen, noch Gedanken, noch nutzbare Stoffe.

Die hin- und herfahrenden Schiffe brachten aus Europa – *Soldaten*, und als Rückfracht Gold, Geld.

Und die zauberhaften Wirkungen dieses Goldes können wir auch nicht seinen stofflichen, metallischen Eigenschaften zuschreiben, denn, als Geld gebraucht, hat das Gold keine Gelegenheit, diese Wirkungen zu entwickeln.

In seiner Geldeigenschaft hat das Gold nur *eine* wirksame Eigenschaft: seinen Preis. Und dieser Preis ist nicht abhängig von Gewicht, Geruch oder chemischen Verwandtschaften des Goldes, sondern von Angebot und Nachfrage nach Geld; das Angebot von Geld dargestellt durch die am Markte erscheinende Geldmenge, die Nachfrage nach

Geld durch Menge und Beschaffenheit der zum Verkauf angebotenen Waren.

Insofern also ein ursächlicher Zusammenhang besteht zwischen dem in Amerika gefundenen Gold und dem bei seiner Einführung nach Europa entstandenen Aufschwung, müssen wir diese Wirkung dem Einflusse zuschreiben, den jenes Gold auf die Preise ausübte.

Vom Ausgange des 18. Jahrhunderts an wurde das Geld wieder knapper (wie im Mittelalter), und während der ganzen Dauer dieses allgemeinen Abbaues der Preise sehen wir nichts als eine Aufeinanderfolge wirtschaftlicher Stockungen, von arbeitslosen Zeiten, von staatlichen Umwälzungen.

Und als wiederum Handel und Gewerbe einen Aufschwung nahmen, die öffentlichen Einrichtungen, die allgemeine Lebensführung aufblühten, der Reichtum sich entfaltete, war dies unmittelbar zurückzuführen auf die Goldschätze, die die kalifornischen Bergwerke den dorthin strömenden Abenteurern lieferten, auf den dadurch entstehenden reichlichen Geldumlauf, auf die überall steigenden Preise.

Als im Jahre 1872 Deutschland zur Entmünzung des Silbers schritt und eine Anzahl anderer Staaten seinem Beispiel folgen mußten, um die Stetigkeit des Auslandskurses sicherzustellen, sanken die Preise schrittweise als Folge jener künstlichen Beschränkung von Vorrat und Angebot des Geldes, und von jenem Zeitpunkt sprach man in Europa nur noch von Wirtschaftsstockungen, Zahlungseinstellungen, Geschäftsaufösungen. Tausende von Arbeitern wurden brotlos, und alle Welt wunderte sich über die Unzahl von Landstreichern.

Die höchste Blütezeit der Vereinigten Staaten Nordamerikas fiel zusammen mit den hohen Preisen, die von der Ausgabe der sogenannten Greenbacks, in Verbindung mit der freien Silberprägung herrührten. Als dann die Sicherung eines steten Auslandskurses es nötig machte, die Greenbacks zu verbrennen und die Entmünzung des Silbers anzuordnen, brach eine fürchterliche und jetzt (1898) noch andauernde Krise aus.

Die in Europa nach der Entmünzung des Silbers beobachteten Erscheinungen wiederholten sich in den Vereinigten Staaten: Geldknappheit, Preissturz, Krise, Zahlungseinstellungen, Arbeitsmangel, Landstreicher.

Diese Tatsachen sind wissenschaftlich festgestellt und jedem wohl bekannt, der sich mit den Geldfragen befaßt; auf sie stützen sich die Doppelwährungsfreunde bei Verteidigung des Bimetallismus, und die Verteidiger des Goldes waren nicht imstande, sie zu entkräften, trotz aller Mühe, die sie sich mit der Beweisführung für ihre Behauptungen geben.

Im übrigen ist es wohlbekannt, daß in Europa wie in den Ver-

einigten Staaten der geringste Preisrückgang, die geringste Geldverteuerung, die sich bemerkbar machte, sogleich den Markt beunruhigten, weil man darin den Vorläufer und Herold eines schrecklichen Feindes erblickt: die „Krise“.

Im Gegensatz dazu herrscht allgemeine Freude, sprechen alle von guten Zeiten, wenn die Preise steigen, oder wenn sie wenigstens nicht zurückgehen.

Geldknappheit und Wirtschaftsstockung bedeuten auf jenen Märkten dasselbe.

Es ist also eine nicht mehr bestrittene Tatsache, mit der man zu rechnen hat, daß Geldknappheit stets eine Krise im Gefolge hatte; es ist von allen Volkswirtschaftlern anerkannt, daß die Verteuerung, die Wertsteigerung des Geldes, d.h. also der allgemeine Preisrückgang der Waren und die Wirtschaftsstockungen, so eng miteinander verknüpft sind, daß da ein notwendiger, unerbittlicher, ursächlicher Zusammenhang bestehen muß.

Und finden wir jene innige Verbindung zwischen Geldknappheit und Wirtschaftsstockung nicht verstärkt durch das, was wir jetzt auch hier bei uns beobachten, und durch das, was in unserer Nachbarrepublik Chile vor sich geht?

Hier wie in Chile eine Geldpolitik, die die Geldknappheit begünstigt; hier, wie in Chile die gleiche lahmgelegte Entwicklung von Handel und Gewerbe. Hier wie in Chile allgemeiner Preisrückgang, hier wie in Chile wirtschaftliche Stockung, Krise. Und sogar der Gradunterschied, den wir in der Stärke der Wirtschaftsstockungen zwischen hier und dort beobachten, erklärt sich durch den Unterschied in der Tatkraft, die bei uns und die in Chile mit dem Ziele der Geldbestandsverringering entfaltet wird.

In Chile durchgreifende Gesetze, starke Kraftanspannung zum Erzielen einer Wertsteigerung des Geldes, einer Senkung der Warenpreise; in Chile eine entsprechend heftige und tiefgehende Krise.

Hier in Argentinien schwächlichere Gesetze, geringere Kräfteentfaltung, und im Verhältnis dazu auch eine weniger augenscheinliche, weniger verwüstende Krise.

Wie soll man, angesichts so klarer Beweise, eine Geldpolitik kennzeichnen, die künstlich das begünstigt, was die Geschichte verurteilt, die anbetet, wo man verbrennen, die verbrennt, wo man anbeten muß? Wir erstreben das, was überall als Verkünder und Begleiter der Wirtschaftskrisen angesehen wird. Wir begünstigen den allgemeinen Preisrückgang, der an allen Börsen den Warnungsruf, das Anzeichen der Krise bedeutet.

Oft genug hört man es hier aussprechen, daß hierzulande die wirtschaftlichen Maßnahmen genau das Gegenteil von dem bewirken,

was man von ihnen erwartete, daß die wirtschaftlichen Gesetze, streng und unerbittlich in anderen Ländern, bei uns andere Wirkungen auslösen angesichts des noch unausgebeuteten Reichtums der Republik.

Die Aufklärung des sich ergebenden Widerspruchs müssen wir aber nicht darin suchen, daß sich die wirtschaftlichen Gesetze zugunsten unserer Republik geändert haben, sondern darin, daß unser prüfender Verstand auf Irrwege geriet – es liegt eine Augentäuschung vor. Wäre unser gesunder Menschenverstand von seiner geraden Richtung nicht abgelenkt worden durch die wirtschaftlichen Trugschlüsse, mit denen die Volkssprache noch durchsetzt ist, so würden wir zwischen den wirtschaftlichen Gesetzen und ihren Wirkungen keinen Widerspruch gefunden haben; wir würden im Gegenteil vorausgesehen haben, daß alles, was schon eingetreten ist und noch eintritt, notwendigerweise kommen mußte.

„Das Geld verteuert sich, die Preise (sagt man) werden abgebaut – und trotzdem sehen wir nichts von dem Glückszustand, den doch ein so hoffnungserregender Vorgang nach sich ziehen müßte!“

Ist nun aber die Erwartung berechtigt, daß der Abbau der Preise einen Glückszustand hervorzurufen geeignet ist?

Wo hat man denn jemals den Volkswohlstand aus einem allgemeinen Rückgang der Warenpreise entstehen sehen? Wann ist jemals die Geldknappheit von einem Aufschwung des Handels und der Industrie begleitet gewesen?

Wenn also die Dinge sich im Gegensatz zu unseren Erwartungen entwickeln, so liegt es nicht daran, daß die wirtschaftlichen Gesetze vor der Unermeßlichkeit der Pampa sich beugen, sondern daran, daß wir „Birnen von der Ulme pflücken“ wollen. Unsere Augen sind schlecht, wir sind blind, – das ist das einzige Widersprechende, was sich hierzulande in bezug auf wirtschaftliche Gesetze ergibt.

In keinem Lande der Welt genießt das, was den Welthandel fördert, einen so weitgehenden Schutz wie in England, und den Beweis dafür sehen wir darin, daß Großbritannien heute das einzige Land ist, das am Freihandel festgehalten hat. Als wirksamstes Mittel zur Förderung des Welthandels erkennt man in England die Stetigkeit der Wechselkurse, und dort ist die Rücksicht auf dieses wichtigste aller wirtschaftlichen Erfordernisse der Leitstern für die ganze Geldpolitik.

Befindet sich indessen die englische Regierung einmal in der Zwangslage, entweder einen Abbau der Preise vornehmen oder die Stetigkeit der Kurse opfern zu müssen, so wählt sie das Letztere. Beweis dafür ist die nachstehende Auslassung, gerichtet von der Indischen Regierung an das Englische Schatzamt, als Berichterstattung darüber, ob es angezeigt wäre, dem nordamerikanischen und französischen Ver-

langen nach Wiederzulassung der freien Silberausprägung durch die Indische Münze zuzustimmen.

Dieses Schriftstück besagt unter anderem wörtlich Folgendes:

„Alles, was hier gesagt wurde über den Erfolg oder Mißerfolg eines Abkommens, war völlig unabhängig von dem durch Frankreich und die Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Tauschverhältnis. Die von uns gegen jenes Abkommen vorgebrachten Gründe behalten ihre Bedeutung, wie immer das Tauschverhältnis sei, auf das man sich einigt, doch müssen wir hinzufügen, daß unsere Befürchtungen sehr verstärkt würden durch die Höhe des vorgeschlagenen Tauschverhältnisses, nämlich $15\frac{1}{2}$ zu 1.

Nach unserer Auffassung sind die Schwierigkeiten, zu einem Übereinkommen zu gelangen, ganz bedeutend dadurch vermehrt worden, daß ein so stark vom gegenwärtigen Preis abweichendes Tauschverhältnis vorgeschlagen wurde. Selbst wenn sich dieses Tauschverhältnis aufrecht erhalten ließe, müßten wir, um Indien vor Schaden zu schützen, dagegen Einspruch erheben und Ew. Exz. empfehlen, in keiner Weise dahin zu wirken, daß ein Abkommen auf Grund jenes Tauschverhältnisses abgeschlossen werde.

Wir machten bereits darauf aufmerksam, daß als erste Wirkung des vorgeschlagenen Abkommens die *Verteuerung* der Rupie sofortige Verwirrung in den Gang von Handel und Industrie bringen und sich eine sehr schwere Stockung ergeben würde, wenn die Steigerung von 15 oder 16 auf 23 Pence sich erhöhen sollte.

Zweifellos würden infolgedessen verschiedene Zweige des indischen Ausfuhrhandels und damit zusammenhängender Industrien, in denen große europäische Kapitalien stecken, stark leiden, wenigstens zeitweilig.

Diese wirtschaftliche Störung kann längere oder kürzere Zeit anhalten, doch wird von sachverständiger Seite versichert, daß eine so starke und plötzliche Verteuerung dauernden Einfluß ausüben und den Handel Indiens in seinen Grundlagen erschüttern würde. Wie es sich aber auch hiermit verhalten mag, wir bestehen auf unserer Meinung, daß alle auf Sicherung eines steten Tauschverhältnisses zwischen Gold und Silber gerichteten Maßnahmen sich stützen müssen auf ein nur wenig von 16 Pence für die Rupie abweichendes Verhältnis; jede auf eine darüber hinausgehende Verteuerung der Rupie gerichtete Maßnahme würde große Gefahren ohne entsprechende Vorteile mit sich bringen.

Ew. Exz. werden bemerken, daß wir den Vorteilen keine große Bedeutung beilegen, die in Linie 5 des Telegramms von einer so erheblichen Verteuerung unseres Geldes abgeleitet werden; wir halten im Gegenteil den Schaden für weit erheblicher.

Es mag sein, daß die Schwierigkeiten, mit denen wir seit vielen Jahren kämpfen, um die stetig wachsende Summe von Rupien zusammenzubringen, die zur Deckung unserer in Gold zahlbaren Verpflichtungen nötig sind, uns alles das übertrieben vorteilhaft erscheinen lassen, was jene Schwierigkeiten zu mindern beitragen kann. Wir leugnen nicht, daß die Staatseinnahmen mit einer so weitgehenden Verteuerung der Rupie bedeutend wachsen werden.

Es darf jedoch nicht vergessen werden, daß andererseits die Staatseinnahmen in mancher Weise infolge jener Verteuerung leiden würden. Dies würde die Gewinne der Staatskasse mindern – und diese Gewinne stellen ungefähr den einzigen Vorteil dar, den wir als Regierung von den vorgeschlagenen Reformen erwarten können. Der zu erwartende

allgemeine Preisrückgang würde schädigend auf unsere Einnahmen einwirken, und ebenso auf die Lage der Bodenbebauer des Landes.

In erster Linie ist die Grundsteuer zu nennen, die im Laufe der jüngsten 10 – 15 Jahre einem großen Teile des Landes auferlegt wurde. Der Preis der Bodenerzeugnisse bildet den Maßstab für jene Steuer. Sinkt dieser Preis, so wird die Last schwerer; ist der Preisrückgang erheblich, so entsteht ein Mißverhältnis zwischen dem Ernteerlös und der auf ihm ruhenden Last – und dies würde das Wohlbefinden der ländlichen Bevölkerung ungünstig beeinflussen.

Die mit einer neuen Einschätzung verknüpfte Arbeit ist groß, und mehrere Jahre würden wahrscheinlich nötig sein, um sie zu beenden. Und wenn sie dann beendet wäre, würde ein großer Teil des Gewinnes verschwinden, den die Regierung von der vorgeschlagenen Verteuerung erwartet.

Ebenso würde es mit den Einnahmen aus unseren Eisenbahnen gehen, die gegenwärtig einen erheblichen Teil unserer Einkünfte ausmachen. Diese hängen z. T. von der Ausfuhr ab, und der die Ausfuhr treffende Schlag würde unmittelbar den Voranschlag unserer Eisenbahnen beeinflussen.

Wir empfehlen aus diesen Gründen, auf die Anfrage der Regierungen Frankreichs und der Vereinigten Staaten ablehnend zu antworten.“

Simla, 16. September 1897.

Dies ist die Meinung, die man in Indien über die Wirkungen einer Verteuerung des Geldes hat. Und man beachte wohl, daß es sich dort lediglich um eine Erhöhung des Geldpreises von 16 auf 23 handelt, während hier davon gesprochen wird, den Papierpeso auf den Stand des Goldpesos zu bringen, also im Verhältnis von 1 zu 3 oder von 16 auf 48!

Auch ist zu beachten, daß das mit der Verteuerung der Rupie verknüpfte Opfer sich zum Teil ausgeglichen haben würde durch die Stetigkeit des Auslandskurses, ein Ergebnis, dem wir mit der Verteuerung des Papiergeldes auch nicht entfernt nahekommen. Der ungeheure Vorteil eines stetigen Kurses wiegt in der Meinung der Regierung von Britisch-Indien die Nachteile nicht auf, die sie von einer vergleichsweise unbedeutenden Verteuerung ihres Geldes befürchtet.

Die Geldverteuerung als gewöhnliche Ursache der wirtschaftlichen Störungen.

Der Umstand, daß alle wirtschaftlichen Störungen immer begleitet waren von einer Verteuerung des Geldes, also von einem allgemeinen Rückgang der Warenpreise, beweist, daß es sich hier nicht um etwas Zufälliges handelt und fordert geradezu auf, zwischen beiden Erscheinungen den ursächlichen Zusammenhang festzustellen.

Wir haben also noch zu untersuchen, wo die treibende Kraft steckt, die beide Erscheinungen miteinander verbindet; wir müssen feststellen,

ob der Preisrückgang Ursache oder Wirkung der Wirtschaftsstockung, der Krise ist.

Untersuchen wir die Einzelheiten einer beliebigen Wirtschaftskrise, indem wir ihrem Ursprunge nachgehen, so finden wir ohne weiteres, daß sie alle auf eine einzige, gemeinsame Ursache hinweisen – auf den allgemeinen Rückgang der Warenpreise, also auf die Verteuerung des Geldes; und verfolgen wir umgekehrt in allen Einzelheiten die Wirkungen einer Verteuerung des Geldes, so ergibt sich, daß sie sich vollkommen decken mit dem, was wir unter dem Worte „Krise“ verstehen.

Alle bei einer wirtschaftlichen Krise auftretenden Erscheinungen erweisen sich als notwendige, verhängnisvoll notwendige Folgen des allgemeinen Rückganges der Warenpreise, also der Verteuerung des Geldes. Läßt sich denn in der Tat eine Wirtschaftskrise ohne Preisrückgang denken, und ein allgemeiner Preisrückgang ohne Krise?

Wie wären die Zahlungseinstellungen und Stundungserklärungen zu begreifen, wenn nicht die Geldverteuerung, also der allgemeine Rückgang der Warenpreise das Gleichgewicht aufhobe zwischen Soll und Haben der Kaufleute, Gewerbetreibenden, Landwirte usw.? Woher käme die Lahmlegung des Handels, die Arbeitslosigkeit, wenn nicht die Geldverteuerung, d.h. der allgemeine Preisrückgang der Waren das Umlaufen der Kapitalien unmöglich machte?

Oder ist es uns vielleicht unbekannt, daß die Geldverteuerung, also der allgemeine Rückgang der Warenpreise das „Soll“ vergrößert, das „Haben“ mindert, im genauen Verhältnis zu jenem Preisrückgang, daß die Geldverteuerung notwendigerweise den Geldumlauf hemmt?

Zweierlei Zwecken dient das Geld im Wirtschaftsgetriebe der Völker: es ist Tauschmittel für die Waren, und es bildet die Grundlage für Kapitalübertragungen. Für beide Zwecke hat das Geld nur *eine* wirksame Eigenschaft: seinen Preis; und der Preis des Geldes wird gemessen an Menge und Güte der Waren, die man dafür erhält oder dafür hergeben muß.

Das Geld steigt im Werte (verteuert sich), wenn Menge und Güte der Waren, die man zum Erlangen des Geldes benötigt, sich mehren; und umgekehrt verbilligt sich das Geld, sein Wert wird geringer, wenn ich mit wenig Ware viel Geld kaufen kann.

Wird das Geld teurer, so sehen alle Geldschuldner ihre Schulden anwachsen, im genauen Verhältnis zum gestiegenen Geldwert. Zahlenmäßig ändert sich nichts, aber stofflich steigert sich das Gewicht der Schuld; die Opfer wachsen, die man bringen muß, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Verteuert sich das Geld um 5%, so steigt auch die Last der Schulden um 5%; beträgt die Steigerung 10%, so beträgt auch die Schuldenvermehrung 10%, nicht zahlenmäßig, aber der Last nach.

Die Gesetze über Emission und Konversion des Papierpeso-Nationalgeld streben gegenwärtig dahin, das Nationalgeld auf die Höhe seines Vorgängers, des gemünzten Goldpesos zu heben, der heute fast das Dreifache kostet. Werden jene Gesetze durchgeführt, so verdreifachen sich alle Schulden dem Werte nach.

Wer Geld schuldig ist, wird dreimal soviel, wie er heute tatsächlich schuldet und wie er vielleicht empfangen hat, zurückgeben müssen.

Wieviel betragen gegenwärtig die in der Republik bestehenden schwebenden Schulden, die in Geld eingegangenen Verpflichtungen? Wer kann das wissen? Sind es 10, 20, 50 Tausend Millionen Pesos? Niemand weiß es.

Gesetze wurden gutgeheißen, die auf Verteuerung des Geldes hinzielen, ohne daß auch nur der Betrag der durch diese Gesetze berührten Interessen festgestellt wurde. Übrigens liegt hierin nichts Befremdendes; in anderen Ländern verfährt man ebenso, und dies pflegt hierzulande ein Grund zu sein, der alle Irrtümer sowohl der Behörden wie der Einzelbürger rechtfertigt.

Wäre es jedoch nicht recht und billig gewesen, vor dem Erlassen irgend eines den Preis des Nationalpesos beeinflussenden Gesetzes zunächst zu untersuchen, auf wieviel ungefähr sich die öffentlichen und privaten Schulden belaufen, deren tatsächlicher Wert allmählich mit dem Wert des Pesos gesetzlichen Geldes erhöht werden soll?

Wäre es nicht verständlich und billig gewesen, die Höhe jener Belänge durch eine Ermittlung festzustellen?

So unwahrscheinlich es sein müßte, scheinen doch die Anzeichen zu bestätigen, daß beim Erlassen der Gesetze über Notenausgabe nicht einmal gedacht worden ist an die mit dem Preis des Peso-Nationalgeld verknüpften öffentlichen und privaten Interessen. Offenbar waren die Augen der Gesetzgeber gebannt auf die jämmerlich unbedeutenden 300 Millionen der Emission, und sie sahen nicht die hundertfach größeren Beträge, die hinter jenen versteckt waren.

Es handelt sich jedoch hier nicht um versteckte Beziehungen. Der Schuldner sieht und fühlt sie, und der Gläubiger, sofern er nicht an Wunder glaubt, muß sie gleichfalls sehen und fühlen. Der Gläubiger, der von Tag zu Tag den Wert seines Besitzes sich steigern sieht, muß wissen, daß dieser Zuwachs nicht vom Himmel fällt, er muß wissen, daß die Wertsteigerung seines Kapitals sich auf Kosten seiner Schuldner vollzieht, und wenn er zartfühlend ist, so wird es sogar sein Gewissen beschweren, daß er mehr erhält, als er gegeben hat.

Und auch der Schuldner erkennt den Unterschied im Preis des Pesos, den er geborgt erhielt, und des Pesos, den man von ihm zurückverlangt; er erkennt ihn, weil er verarmt, während sein Gläubiger

reich wird. Der Schuldner erkennt, daß die Geldverteuerungsgesetze ihn betrüben. Nicht mehr und nicht weniger.

Versuchen wir jetzt, uns eine Vorstellung zu machen von der Höhe der Summen, die durch die Verteuerung des Geldes als der Grundlage der kapitalistischen Geschäfte betroffen werden.

Rechnen wir also zusammen: die in Pesos-Nationalgeld eingegangenen Nationalschulden, die Schulden der Provinzen und Städte, die Hypothekenschulden der ganzen Republik, die kapitalisierten Beträge der Miet- und Pachtverträge, die Beamtenpensionen, den Wert aller Handelspapiere: Wechsel, Akzente, Hinterlegungsurkunden, Sparkassenbücher; die einfachen Anleihen, die laufenden Rechnungen der Kaufleute, die Anteile der stillen Teilhaber usw. usw.

Alles dieses zusammengerechnet mag 10, 20 oder 30 Tausend Millionen Pesos Nationalgeld ergeben. Niemand vermag uns über einen so wichtigen Teil der Geldfrage aufzuklären, doch sind 30 Tausend Millionen Pesos nach meiner Meinung eine geringe Schätzung – *dreißigtausend Millionen*. Nehmen wir jedoch an, jene Schätzung von 30 Tausend Millionen sei zu hoch, nehmen wir an, der Gesamtbetrag aller in Nationalgeld bestehenden Verpflichtungen erreiche nur 10 Tausend Millionen, so werden wir trotzdem staunen über die ungeheuren Interessen, die verknüpft sind mit jenen ärmlichen 300 Millionen, die sich die Regierung versteift, allmählich auf das Dreifache ihres gegenwärtigen Wertes zu steigern.

Zugleich mit dem Preis dieser 300 Millionen als Betrag der Notenausgabe steigt der Preis der 10 000 Millionen an Verpflichtungen, die von Behörden wie von Privatleuten in tausend Formen übernommen worden sind.

Indem wir allmählich den Preis der ausgegebenen 300 Millionen auf das Dreifache heben, verdreifachen wir allmählich den Preis der 10 000 Millionen, verdreifachen wir die Last aller Schuldner zugunsten ihrer Gläubiger. Dem Nennwerte nach ändert sich nichts, aber der Betrag von 10 Milliarden Nennwert wird sich dem wirklichen Werte nach auf 30 Tausend Millionen erhöhen.

Die Schuldner werden Werte im Betrage von 30 Milliarden hergeben müssen, um den erhaltenen Wert von 10 Milliarden zu bezahlen

Mit der Verteuerung der emittierten 300 Millionen wird das Haben der Kaufleute ganz vom Soll aufgesogen werden, die Hypothek wird das Eigentum aufzehren, das gesamte Industrie- und Handelskapital geht vom Haben auf das Soll über, geht über in die Hände der Gläubiger.

Zweifellos wird dies das Endergebnis sein, wenn man die Konversionsgesetze durchführt, wenn die Konversionskasse sich bemüht, das Geldangebot künstlich zu beschränken, indem sie das auf dem

Markte so sehr nötige Geld zu Asche verbrennt, während gleichzeitig die Bevölkerung wächst und der Handel sich bis an die äußersten Grenzen des Freistaates ausdehnt, *während also die Nachfrage nach Geld zunimmt.*

Wo bleibt da der gesunde Menschenverstand? Schließen denn die Kaufleute, Gewerbetreibenden, Landwirte, als man jene Gesetze erließ?

In der ganzen Welt gibt es eine Geldfrage, in der ganzen Welt sucht man die Lösung der Geldfrage in der Stetigkeit des Geldpreises; in allen Ländern, in denen man die Geldfrage erörtert, waren es die das Teurerwerden des Metallgeldes begleitenden wirtschaftlichen Erscheinungen, die die Allgemeinheit dazu brachten, Stellung zur Geldfrage zu nehmen, was dann zu leidenschaftlichen Redekämpfen führte.

Allgemein gilt es jetzt schon als ausgemacht, daß die Geldverteuerung unheilvoll gewirkt hat, daß der allgemeine Rückgang der Warenpreise das Schlimmste ist, was der Wirtschaft eines Landes zustoßen kann. Hierzulande erblickt man im Gegensatz dazu in jenem allgemeinen Preisrückgang das zu erstrebende Ziel! In den europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten wurde in mühevoller, verwickelter Arbeit festgestellt, daß die Geldverteuerung infolge oder seit der Entmünzung des Silbers 10 bis 15% betragen hat, und man steht dort nicht an, zu erklären, daß diese künstliche Geldverteuerung, der entsprechend verstärkte Druck der Schulden, das größte, jemals begangene Unrecht gewesen ist. Und dies, wo es sich nicht um 300% wie hierzulande, sondern nur um 10 bis 15% handelt.

Wer wird denn den Mut finden, Geld zum Begründen einer Industrie im Lande aufzunehmen, wenn er gewärtigen muß, das Dreifache von dem zurückzahlen zu müssen, was er erhalten hat? Und wer wird sich erkönnen, einen Miets- oder Pachtvertrag zu unterzeichnen, wenn es bekannt ist, daß die Landesgesetze dahin zielen, allmählich den tatsächlichen Wertinhalt des Vertrages zu verdreifachen?

Liegt nicht in dieser Aussicht auf allgemeinen Rückgang der Preise, auf Steigerung des Geldwertes mehr als genügende Erklärung für den völligen Mangel an Belebtheit und Beginnkraft, an Unternehmungslust in allen Gewerbskreisen, eine Erklärung dafür, daß nach einem so verheißungsvollen Anlauf die gewerbliche und Handelsentwicklung wie mit einem Schlage erlahmte?

Bis hierher sprach ich nur von den mit dem Geldpreis verknüpften Belängen des Kapitals. Sehen wir jetzt zu, was im Handel, im Warentausch geschieht, wenn das Geld dazu neigt, teurer zu werden, wenn der Handelsstand sich von einem allgemeinen Rückgang der Warenpreise bedroht sieht.

Die treibende Kraft beim Warenaustausch ist der Gewinn.

Ich kaufe, um mit Gewinn zu verkaufen, und diese Käufe und Verkäufe sind es, die die Waren vom Erzeuger dem Verbraucher zuführen, die die gewerbliche Entwicklung begünstigen, Arbeit schaffen, den Reichtum des Landes mehren. Die Arbeitsteilung, die Hauptschöpferin alles Reichtums, ist abhängig von der Möglichkeit des Austausches der Erzeugnisse.

Unterbricht man den Warenaustausch, so ist auch die Arbeitsteilung unterbrochen, – die Gewerbetreibenden schließen ihre Werkstätten, die Arbeiter sind brotlos.

Und jene Unterbrechung des Warenaustausches ist notwendige, schicksalschwer notwendige Folge der Gesetze, die die Geldverteuerung, den allgemeinen Rückgang der Warenpreise begünstigen, denn solange jene Gesetze gelten, *ist ein Gewinn unmöglich, und die treibende Kraft der Volkswirtschaft erlahmt.*

Der Kaufmann hört auf, zu kaufen, wenn der Rückgang der Warenpreise ihn zwingt, mit Verlust zu verkaufen, und diese Verluste werden unvermeidlich, solange die Neigung zur Preissenkung anhält, solange das Geld teurer wird! In der Zeit, die zwischen Kauf und Verkauf liegt, verschlingt der durch die Geldverteuerung bewirkte Rückgang der Warenpreise allen Gewinn, der sich beim Verkauf erwarten ließ. Ebenso unmöglich, wie daß das Wasser sich flußaufwärts bewegt, ist die kaufmännische Betätigung, solange die Steigerung des Geldpreises andauert. Wer anders aber als der Kaufmann soll die Waren ihrer Bestimmung zuführen?

Der Kaufmann unterbricht den Güteraustausch, weil die Warenpreise sinken, weil das Geld teurer wird. Der Kaufmann kann nicht Waren kaufen, die im Preise sinken, deren Verkauf nicht mit Überschuß den Einstandspreis deckt. Das Geld wird teurer, die Warenpreise sinken, die Waren werden zu geringem Preis verkauft und neigen dazu, sich noch weiter zu verbilligen – aber niemand will sie.

Die Geldverteuerung führt dazu, daß alle Waren mißachtet werden. Der scharfblickende Kaufmann löst seine Geschäfte, und der Gewerbetreibende folgt seinem Beispiel. Wozu denn auch arbeiten, Geld anlegen in Arbeitslöhnen und Rohstoffen, wenn das im Werte sinkende Erzeugnis die Erzeugungskosten nicht deckt?

Solange wir eine weitere Geldverteuerung zu erwarten haben, besteht die beste Art, Vorteil von unserem Vermögen zu ziehen, darin, die Fabriken zu schließen, die Maschinen ins Ausland zu schaffen, die Arbeiter zu entlassen, alle Werte in gesetzlichem Gelde anzulegen und dieses Geld aufzuheben. Denn dort im Kasten nimmt das Geld allmählich an Wert zu, es verdreifacht sich, ohne persönliches Zutun, ohne Arbeit und Verlustgefahr, ohne Kopfzerbrechen.

Wo gibt es ein Industriekapital, das, selbst in guten Zeiten, gleiche Gewinne abwirft? Wo gibt es ein Geschäft, das hinsichtlich des Reinertrages mit einer so überaus einfachen Anlage wetteifern kann?

Solange das Geld danach neigt, sich zu verteuern, ist das Brachlegen des Kapitals das einzige Geschäft, das nicht zum Bankrott führt

Bemerkung. Was den Kapitalisten berührt, ist nicht der *Nennwert* einer Summe. Der Pfundsterling-Millionär hat keinen Grund, den tausendfachen Reis-Millionär zu beneiden. Der tatsächliche Wert ist es, der den Maßstab abgibt, und wenn die Kapitalisten einen greifbaren Gewinn erzielen, was kümmert es sie dann, daß sie am Nennwert verlieren?

Es wäre deshalb durchaus nichts Seltsames, wenn die Inhaber von Cedula [Briefe, im Sinne von Wechseln], Akzepten, Wechseln, Pfandbriefen usw. sich entschlossen, die Konversionskasse in ihrem auf Geldvertuierung gerichteten Bestreben in der Weise zu unterstützen, daß sie für ihre Rechnung einen Teil der ausgegebenen Noten zurückzögen und verbrennten.

Was z.B. würde es für sie ausmachen, 100 Millionen zurückzuziehen, zu verbrennen und zu verlieren, wenn sie damit erreichen, 100fach größere Summen im Werte zu steigern? „Mit Würsten nach der Speckseite werfen“ könnte man ein solches Vorgehen nennen.

Das Streben nach Gewinn, das das Kapital in Bewegung setzt, das im Wirtschaftsgetriebe die treibende Kraft darstellt, wird unwirksam, sobald sich das Geld verteuert. *Das Geld verteuern, bedeutet so viel, wie Wasser auf die Feuer des wirtschaftlichen Motors schütten.*

Dies ist die einfache Erklärung dafür, daß jederzeit und überall auf der Welt, in Ländern mit Goldwährung, wie auch in Ländern mit Silber- oder Papierwährung – die Geldvertuierung stets den Zusammenbruch der Industrien, die Lahmlegung des Handels, die Krise herbeigeführt hat.

Die die Geldvertuierung, den allgemeinen Rückgang der Warenpreise begünstigenden Gesetze unterbrechen schicksalsschwer den Umlauf der Kapitalien, legen die Entwicklung des Handels lahm; sie sind es in Wahrheit, die den Aufstieg der jugendlichen Industrie Argentiniens zu den Gestirnen aufgehalten haben.

Suchen wir nicht die Erklärung für das gegenwärtige wirtschaftliche Unbehagen in der schlechten öffentlichen Verwaltung. Wir haben sie schlimmer gehabt.

Suchen wir nicht den Grund für die Lahmlegung der industriellen Entwicklung in schlechten Ernten, in den niedrigen Preisen der Ausfuhrerzeugnisse – auch diese haben wir schlechter gehabt.

Versuchen wir hingegen, eine richtige Vorstellung zu gewinnen über die Tragweite der Gesetze über die Vertuierung des Peso-Nationalgeld, sowie des allgemeinen Rückgangs der Warenpreise, den jene Geldvertuierung notwendigerweise erzeugen muß, und wir haben

dann nicht mehr nötig, weiter zu suchen, wir kennen dann die Ursache des Übels, an dem der Wirtschaftskörper der Nation krankt.

Fährt die Konversionskasse fort, die Banknoten zu verbrennen, so wird ihre Esse alsbald die einzige aller argentinischen Fabriken sein, die noch Rauch zum Himmel entsendet.

Es besteht kein vernünftiger Grund für die Geldverteuerung.

Angesichts der von uns geschilderten Folgen, die wir an der Hand der Geschichte, der vorliegenden Tatsachen, der Äußerungen von Sachverständigen und der Vernunft von der Geldverteuerung abzuleiten berechtigt sind, müßten wir selbstredend vermuten, daß es sehr schwerwiegende Gründe gewesen sind, die zum Erlassen der Geldverteuerungsgesetze führten, sofern sie nicht allein die uns daraus erwachsenen ungeheuren Schäden wettmachen, sondern uns außerdem noch einen greifbaren Vorteil einbringen sollen.

Und doch, wie nichtig erscheinen jene Beweggründe bei näherer Prüfung – nicht ein einziger, der eine solche Prüfung im geringsten aushält. Da ist zunächst

Die Verbilligung des Lebensunterhalts.

Eine Zeitung der Hauptstadt anerkennt in einer Besprechung über die Mietspreise, daß diese heruntergehen müssen, wenn das Geld weiter im Preise steigt und – wunderlicherweise – spricht sie im gleichen Aufsatz über die Verbilligung des Lebensunterhalts, die in Begleitung der Geldverteuerung eintreten soll.

Wo bleibt denn aber die Verbilligung, wenn zugleich mit dem Preis dessen, was ich kaufe, auch der Preis dessen, was ich verkaufe, sinkt?

Der durch die Geldverteuerung bewirkte Preisrückgang ist immer allgemein – kein Wertgegenstand kann sich seiner Wirkung entziehen, und somit ist die Verbilligung des Lebensunterhalts nicht vorhanden.

Wenn die Möglichkeit bestände, vermittels der Geldverteuerung die Kosten des Lebensunterhalts zu verbilligen, würde es da nicht genügen, das Verbrennen der Banknoten etwas tatkräftiger zu betreiben, um alsbald alles umsonst und im Handbereich eines jeden Almosenempfängers zu haben?

Wenn die Preissenkung der Waren, die Verteuerung des Geldes wirklich eine Verbilligung des Lebensunterhaltes bedeutete, so müßten die Länder, in denen die Preise der durch Geld ausgedrückten Werte billig sind, auch die reichsten sein. Und sehen wir nicht, daß genau das Gegenteil davon besteht?

Die Verbilligung des Lebensunterhalts durch die Verteuerung

des Geldes ist daher eine Wahnvorstellung, und wenn es Fälle gibt, in denen jemand einen wirklichen Vorteil von der Geldverteuerung haben kann, so muß notwendigerweise auch jemand da sein, aus dessen Tasche jener Vorteil bezahlt wird. Für die Allgemeinheit wird die Verringerung des „Soll“ durch eine Minderung des „Haben“ ausgeglichen. – Die zweite Behauptung lautet:

Wir nähern uns der Konversion.

Mit der Verteuerung des Geldes nähern wir uns allmählich der „gediegenen Metallgeldwährung“, und wenn wir erst den Preis des Papierpesos auf den Stand des Goldpesos heraufgebracht haben, dann hören die den Handel so sehr schädigenden Preisschwankungen auf. –

Danach wird, um die den Handel so sehr schädigenden Schwankungen im Preise des Geldes zu bekämpfen, eine Geldpolitik betrieben, die notwendigerweise Handlungen und Gegenhandlungen heftigster Art erzeugen muß, denn die Heraufsetzung des Nationalpesos auf den Stand seines Vorgängers, des Goldpesos, stellt an sich die außergewöhnlichste Schwankung dar, die jemals in irgend einem Lande erlebt wurde und die kein Kaufmann ausgehalten hat.

Nehmen wir einmal an, die Verteuerung des Geldes, die allgemeine Senkung der Preise sei in dem beabsichtigten Maße ausführbar. Nehmen wir an, es gäbe keine wissenschaftlichen oder praktischen Gründe, an der Möglichkeit zu zweifeln, den Preis des argentinischen Pesos auf das Dreifache seines jetzigen Preises zu erhöhen; nehmen wir an, es wäre uns gelungen, das Geldangebot dergestalt einzuschränken, daß der Preis des Peso-Nationalgeld pari mit dem Goldpeso notiert würde.

Was würden wir damit gewinnen? Werden damit die den Handel so sehr schädigenden Preisschwankungen beseitigt? Werden mit der Erhöhung des Geldpreises die Ursachen aufgehoben, die die Schwankungen in der Nachfrage nach Geld und in dessen Angebot erzeugen? Ich sehe keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen einer derartigen Triebkraft und einer derartigen Wirkung.

In Wirklichkeit sind die Preisschwankungen stets die Folgen von Schwankungen in Angebot und Nachfrage, und um jene Schwankungen zu meistern, muß die Notenbank Rücklagen besitzen, damit Angebot und Nachfrage sich einander anpassen.

Diese Reserven sind unentbehrlich. Es ist ja gerade der völlige Mangel an Rücklagen für die stete Anpassung des Geldangebotes an die Nachfrage nach Geld, die das Schwanken des Preises des Peso-Nationalgeld hervorruft, und solange diese Reserven fehlen, wird auch die Ursache bestehen bleiben, die die Ebbe und Flut des Nationalpesos erzeugt.

Und dies ist völlig unabhängig von der Höhe, auf die wir den Preis des Geldes gebracht haben mögen.

Ob der argentinische Peso, gegen Gold verkauft, im Verhältnis von 3 zu 1, oder pari notiert wird, übt keinerlei Wirkung aus auf das in den unentbehrlichen Reserven anzulegende Kapital. Für sich allein wird die Geldverteuerung uns die Reserven nicht verschaffen. Haben wir es wirklich erreicht, den Preis des Peso-Nationalgeld zu verdreifachen, so werden wir uns immer noch vor leeren Kassen befinden und nicht imstande sein, die Schwankungen zu beherrschen, für deren Beseitigung wir doch das Opfer der Geldverteuerung bringen.

Die Verteuerung des Nationalgeldes verringert nicht um einen einzigen Peso den Betrag der Rücklagen, die zur Beherrschung seiner Preisbewegung nötig sind, die Verteuerung nähert uns um keinen Schritt der Stetigkeit des Geldpreises, und es ist deshalb ein Irrtum, zu behaupten, die Geldverteuerung nähere uns allmählich der Konversion, der Unterdrückung des Börsenspiels, bringe uns der „gediegenen Metallgeldwährung“ näher.

Die Senkung der Warenpreise als Entschädigungsmittel.

Als Rechtfertigungsgrund für die Geldverteuerung pflegt man noch folgendes anzuführen:

Die in den Jahren 1886 – 1892 bewirkte Geldentwertung hat vielen Bewohnern der Republik ungeheure Verluste gebracht, und es ist gerecht und billig, daß diese Leute entschädigt werden. Diese Entschädigung wird in der Rückkehr des Peso-Nationalgeld zu seinem alten Preise liegen. –

Dazu ist zu sagen: Ist es gerecht und billig, die durch die Geldpolitik der Republik geschädigten und zugrunde gerichteten Einwohner zu entschädigen, so ist es auch billig und gerecht, daß jene Personen und überhaupt alle entschädigt werden im *genauen Verhältnis zu den erlittenen Verlusten; ferner auch, daß dies nicht auf Kosten neuer Ungerechtigkeiten geschehe.*

Dann aber ergibt sich die Frage: Wird die Wertvermehrung des Geldes jene Entschädigungen herbeiführen unter Berücksichtigung der angegebenen Umstände?

Das aber ist unmöglich

Die Titel der Papiere, die man durch die Geldverteuerung im Preise heben will, haben tausendfach den Besitzer gewechselt, viele dieser Titel sind nicht mehr vorhanden, viele Titel sind jetzt in den Händen von Personen, die durch den früheren Rückgang des Geldwertes bereichert worden sind. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß alles, was die einen durch die Preissenkung des Geldes verloren, von anderen gewonnen wurde, und daß, wenn es große, ungeheuer große

Verluste gegeben hat, auch die Gewinne entsprechend groß gewesen sind. Das Kapital übertrug sich vom Haben auf das Soll der einen, und vom Soll auf das Haben der anderen.

Das Entgegengesetzte geschieht jetzt mit der Geldverteuerung. Die Wertsteigerung aller durch die Preiserhöhung des Peso-Nationalgeld begünstigten Werte – fällt doch nicht vom Himmel. Die Werte fallen nicht als Regen nieder, sie wachsen nicht auf Bäumen; irgend jemand muß sie bezahlen, und es werden nicht die Europäer sein, die jene Differenzen bezahlen.

Die Entwertung des Geldes ging zu Lasten des Gläubigers; die Verteuerung zahlt jetzt der Schuldner.

Und wie viele durch die Entwertung ihrer Titel zugrunde gerichtete Gläubiger befinden sich jetzt in den Reihen der Schuldner? Weit entfernt also davon, die Opfer der früheren Geldpolitik zu begünstigen, erschwert die Geldverteuerung deren Lage noch mehr, indem sie einer Ungerechtigkeit eine neue hinzufügt.

Die ursprünglichen Inhaber jener Titel ziehen aus deren Werthebung keinen Vorteil, soweit sie sie nicht mehr besitzen; dagegen wird diese Wertsteigerung sie in unendlich vielen Fällen schädigen, weil sie die Last ihrer Schulden vermehrt. Als Entschädigungsmaßregel gedacht, wirkt also die Geldverteuerung in unendlich vielen Fällen ihrem Zwecke entgegen.

Handelte es sich um *Gilden* von Schuldnern und Gläubigern, so ließe sich die Geldverteuerung als Entschädigungsmaßregel in Erwägung ziehen, aber die Gerechtigkeit kennt keine Gilden, sondern nur Personen.

Aus diesem Grunde ist für die den Gläubigern durch die frühere Geldpolitik zugefügte Ungerechtigkeit keine Wiedergutmachung möglich. Da man nicht alle benachteiligten Personen entschädigen kann, da man nicht einen jeden nach dem Maße des erlittenen Verlustes schadlos halten kann, muß man den Entschädigungsgedanken aufgeben und sich damit bescheiden, keine neuen Ungerechtigkeiten zu begehen.

Als Begründung für das Streben nach Hebung des Geldwertes wird noch angeführt:

Das Ansehen der Nation wird durch die Geldentwertung leiden.

Wir entkräfteten bereits die ersten drei Rechtfertigungsgründe, indem wir nachwiesen, daß die Geldverteuerung den Lebensunterhalt nicht verbillige, daß sie uns der Konversion um keinen Schritt näher bringe, und ferner, daß sie auch ernsthaft nicht als Gerechtigkeitsmaßregel zur Entschädigung der Opfer der früheren Geldpolitik angesehen werden könne. – Als letzter Beweggrund für die Wert-

steigerung des Geldes verbleibt die Rücksicht auf das Ansehen des Landes, das angeblich durch den niedrigen Preis des Peso-Nationalgeld geschädigt sein soll.

Man sagt, das vom Lande ausgegebene Geld sei eine Nationalschuld, und diese zu bezahlen. sei heilige Pflicht der Nation. Man sagt ferner, die jetzige Bewertung der Titel jener Schuld beweise klar, daß der öffentliche Kredit noch sehr pflegsamere Behandlung bedürfe, und es eines gesitteten Volkes unwürdig sei, daß die Titel seiner öffentlichen Schuld zu so niedrigem Preis notiert würden.

Man sagt, daß die vergangene Krise nicht als überwunden gelten könne, solange der Peso-Nationalgeld nicht seinem Ursprungswerte entsprechend gewürdigt werde, daß die Ehre des Landes und seiner Bewohner eng verknüpft sei mit dem Preise seiner Geldscheine. Kein Opfer könne als übertrieben hoch angesehen werden, wo es sich um Ehre, Ansehen, um den guten Ruf des Landes handle!

Und tausend andere hochklingende Redensarten, alle von der unverbrüchlichen Annahme ausgehend, das Geld sei eine öffentliche Schuld, die zu zahlen und aus dem Verkehr zu ziehen sei.

Stellt denn aber das von einem Lande ausgegebene Geld wirklich eine Schuld da?

Allerdings stellt die Inschrift auf den argentinischen Geldscheinen es außer Zweifel, daß die in Geldform ausgegebene Summe als Landesschuld angesehen wird, doch ist jene Inschrift bei aller Kürze so widerspruchsvoll, daß man sie unmöglich ernst nehmen kann. Sie besagt:

*Die Nation
zahlt dem Inhaber bei Vorzeigung
10 Pesos
in Nationalgeld.*

Was aber bedeutet dies? Was ist ein Peso-Nationalgeld? Was bedeutet in jener Inschrift das Wort „zahlt“?

Das Wort „zahlen“ bezeichnet in der spanischen Sprache lediglich das Aushändigen von Geld, und die Anwendung dieses Ausdrucks in der Inschrift des Geldscheines muß uns notwendigerweise vermuten lassen, es gebe etwas, was – ausgehändigt werden könne, und wovon der Geldschein nur der Platzhalter, die Etikette sei.

Damit aber jenes „Etwas“ überreicht oder gezahlt werden kann, muß es notwendigerweise sichtbar oder wenigstens greifbar sein, denn die Inschrift spricht von 5, von 10 oder 100 bestimmten Einheiten. Um jene Einheiten festzustellen, muß man sie zählen, und wie soll das geschehen ohne ihre Sichtbar- oder Greifbarkeit?

Somit ergibt sich die Frage: Wo ist jener sichtbare Körper, der Peso-Nationalgeld? Wer hat ihn gesehen? Wer kann uns jenen Körper

beschreiben, den die Nation dem Inhaber des Scheines als dessen Bezahlung einzuhändigen verspricht?

Der in Gold gemünzte Peso kann es nicht sein, denn die Inschrift der alten Scheine sprach von gemünztem Gold, und jene Wörter wurden in den nach der Umwandlung ausgegebenen Scheinen gestrichen. Weshalb wurden sie gestrichen? Zweifellos doch deshalb, weil ein Peso gesetzlichen Geldes nicht ein geprägter Goldpeso ist.

Die Anwendung des Wortes „*zahlt*“ in der Inschrift unserer Scheine muß beim Lesenden notwendigerweise die Vorstellung wecken, es müsse etwas vom Schein Getrenntes und von ihm Unabhängiges geben, irgend etwas Sichtbares, das man übergeben kann, und die Streichung der Wörter „gemünztes Gold“ der alten Inschrift beweist, daß jenes Etwas nicht der geprägte Goldpeso ist.

Da nun aber außer dem Schein selbst nichts da ist, was ausgehändigt werden kann, nichts Wirkliches, nichts Unwirkliches, nicht einmal etwas wenigstens Vorstellbares, und da doch gleichzeitig mit jenem Geld verknüpfte Verpflichtungen bestehen, die täglich mittels des Geldscheines erfüllt werden, so ist erwiesen, daß der Geldschein nicht Platzhalter für einen eingebildeten, in eingebildeten Schatzkammern versteckten Peso-Nationalgeld ist, sondern daß der Schein selbst persönlich den Peso-Nationalgeld darstellt. Der Schein selbst ist der sicht- und greifbare Gegenstand, den wir Peso-Nationalgeld nennen.

Demgemäß bezeichnet die Inschrift auf dem Schein, indem sie den Peso-Nationalgeld von sich selbst trennt, nicht mehr und nicht weniger als eine *Verneinung des Seins*, etwas Unsinniges.

Cogito ergo sum. Ich denke, und mithin so bin ich.

Ich zahle, und mithin *bin* ich der Geldschein, bin ich persönlich der Peso-Nationalgeld. Niemand kann mich zahlen, denn ich selbst bin der Zahlende. Ich bin der Peso-Nationalgeld, trotz der mein Dasein leugnenden Inschrift.

Wie ist nun angesichts dieser Tatsachen die Inschrift des Scheines zu erklären? Die mit dem Abfassen der Inschrift Beauftragten gingen davon aus, der National-Geldschein sei eine Urkunde über eine Nationalschuld, und da Schulden bezahlt werden müssen, hielten sie die Einschaltung des Wortes „*zahlt*“ für unentbehrlich, da sonst die amtliche Anerkennung der Eigenschaft als Schuld gefehlt haben würde.

Beim Abfassen des Wortlauts der Inschrift hatte man zwischen zwei Dingen zu wählen: entweder das Dasein, die Tatsachen zu leugnen, oder aber eine ererbte Theorie aufzugeben, die wie alles Ererbte ohne eigene Arbeit, ohne Prüfung erworben war.

Man entschied sich für das Erste und verließ damit den festen Boden der Wirklichkeit, um sich in einem Irrgang von Widersprüchen zu verlieren.

Die ganze Verwirrung, die in der Geldpolitik Argentinien (und vieler anderen Länder) erkennbar ist, entspringt aus dem Wortlaut, den man der Inschrift auf den Geldscheinen gab, oder vielmehr aus den Lehrmeinungen, die den Abfassenden die Feder führten.

Und doch, wenn man schon einmal die Theorie annahm, der Geldschein sei Urkunde über eine Schuld, die gezahlt und getilgt werden muß, so war die Frage zu beantworten: Wer wird eine Schuldurkunde annehmen, die keinen Zins trägt?

Denn es steht doch fest, daß der Ausgeber von Geldscheinen niemals Zinsen zahlt, daß im Gegenteil es der Ausgeber ist, der Zinsen auf die ganze ausgegebene Summe erhebt. Hierzulande ist der Erlös der ausgegebenen Geldscheine zum Schuldzahlen benutzt worden; hätte aber nach dem Vorgang Deutschlands, Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten die Regierung den Gegenwert der ausgegebenen Geldscheine in ihren Kassen und in Gestalt von Wechseln zurückbehalten, so würde die Notenausgabe der Regierung eine Jahresrente von vielen Millionen einbringen.

Ist also der Geldschein eine Schuldurkunde, so ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß der Schuldner (Notenausgeber) Zinsen erhebt, und der Gläubiger (das Volk) Zinsen zahlt.

Genügt nicht dieser Umstand für sich allein, um die Annahme, der Geldschein sei eine Schuldurkunde, als Trugschluß erkennen zu lassen; um zu beweisen, der Geldschein sei im Gegenteil ein Gegenstand mit eigenem Wert?

Bemerkung. Man wird hier einwenden, der Geldschein könne nicht ein Gegenstand mit *eigenem Werte* sein, denn, wäre es so, so hinge es nur vom Belieben der Regierung ab, den *Reichtum* des Landes durch Verordnungen über Notenausgabe zu vermehren.

Dies aber ergibt neue Verwirrung, ist ein neuer Trugschluß! Reichtum und Wertscheine sind zweierlei. Wir können den Reichtum des Landes mehren, ohne die Wertscheine zu vermehren, und umgekehrt.

Der Reichtum eines Landes besteht in einer Anhäufung nützlicher Dinge; um aber diese *nützlichen Dinge in Wertgegenstände* zu wandeln, ist die Gütertrennung nötig.

Würden wir nun aber etwa den *Reichtum* des Landes mehren, wenn wir durch einfache *Regierungsverordnung* der Gütertrennung, den *Wertscheinen* größere Ausdehnung gäben? Steigern etwa die Verkäufe von Staatsländereien den allgemeinen Reichtum? Nein, gewiß nicht.

Die Titel der öffentlichen Schuld vermehren gleichfalls die Wertgegenstände, ohne daß man sagen könnte, die öffentliche Schuld bilde einen Teil des öffentlichen Reichtums.

Wengleich also die Regierung den *Landesreichtum* nicht durch Verordnungen mehren kann, so hat doch die Vermehrung von *Wertscheinen* durch Verordnungen nichts Auffälliges, und wenn die Regierung Geld (Wertscheine) ausgibt, so mehrt sie damit nicht den Reichtum.

Kann nun aber das Geld ernsthaft nicht als Schuldkunde gelten, so ist es auch unnötig, jene Titel zurückzuziehen und zu bezahlen; wir können also in der Inschrift der Geldscheine das Wort „zahlen“ streichen, ohne zu befürchten, daß die Scheine deshalb zurückgewiesen werden.

Ist es nicht das Wort „zahlt“, was uns den Geldschein schätzenswert macht, so wird auch die Streichung jenes Wortes nicht dazu führen, daß wir ihn zurückweisen.

Im Einklange mit den Tatsachen können wir also schreiben:

*Dies sind 10 Pesos gesetzlichen Geldes,
ausgegeben von der Landesregierung.*

Der Marktpreis der Geldscheine ist ganz unabhängig von den Kräften, die den Preis der öffentlichen Schuldkunden beeinflussen.

Der Geldpreis ist abhängig von denselben Umständen, die den Preis der Waren bestimmen; der Preis der öffentlichen Schuldkunden wird beherrscht von den Umständen, die den Preis der Rententitel bestimmen.

Demgemäß beobachten wir oft, daß der Geldpreis steigt, während gleichzeitig die Rententitel zurückgehen.

Die Ehre des Landes, sein Kredit, können also nicht von den Schwankungen des Geldpreises berührt werden. Nur allein der Handel ist der Leidtragende, daneben vielleicht noch der Ruf der mit der Notenausgabe betrauten Männer, die es nicht verstanden haben, diese Emissionen so geschmeidig zu gestalten, daß sie sich den Bedürfnissen des Handels anpassen könnten.

Die Frage, wer denn zuguterletzt die Geldscheine bezahlen wird, berührt uns also nicht, und braucht uns nicht zu beschäftigen, so lange der Verkehr dauernd die ganze Notenausgabe aufnimmt. (Er würde, wenn sie da wären, noch mehr Noten aufnehmen, wie das stete Steigen des Geldpreises beweist.)

Dieselben Kräfte, die seit so vielen Jahren das Geld im Umlauf erhalten, die ständig die Nachfrage danach erzeugen und ihm seinen Wert verleihen: *Eigentumsübertragung und Arbeitsteilung*, sie sind da und schwellen täglich mehr an. Die Bevölkerung wächst; der Handel, den Spuren folgend, die ihm die neuen Eisenbahnlinien weisen, trägt den Segen der Arbeitsteilung zu den einfachen Bewohnern fernabliegender Gebiete, und verwandelt den unerschlossenen Reichtum weiter Strecken in Werte, in Waren, in Nachfrage nach Geld.

An das Zurückziehen des Geldes, an das Auszahlen des Geldscheininhabers kann nur derjenige denken, der dem Lande alle Zukunft abspricht, und der befürchtet, daß Arbeitsteilung und Eigentumsübertragung als Einrichtungen der menschlichen Gesellschaft keinen gesunden Boden haben.

Es widerspricht dem gesunden Verstand, Eisenbahnen zu bauen, von Wohlstand und wachsender Bevölkerung zu reden, gleichzeitig aber von der Notwendigkeit, die Noten aus dem Verkehr zu ziehen.

Der Verkehr würde die Geldscheine zurückstoßen und ihre Zurückziehung nötig machen, wenn die Umstände, die das Geld ständig im Umlauf erhalten, ihre treibende Kraft verlören, d.h., wenn durch Beschluß des Proletariats Eigentumsübertragung und Arbeitsteilung abgeschafft würden, wenn die Erzeugnisse menschlicher Arbeit und des Erdbodens nicht mehr verkauft, sondern gegenseitig verschenkt würden.

Tritt dieser Zustand ein, dann allerdings brauchen wir das Geld nicht mehr, das Geld verliert seine Daseinsberechtigung, denn alle Werte verschwinden alsdann, um als Reichtum der Allgemeinheit, als öffentlicher Besitz wieder zu erscheinen.

Solange dies nicht geschieht (und die jetzt von der Zahlung der Geldscheine sprechen, behaupten am lautesten, daß der Fall nie eintreten wird), wird der Markt ein Tauschmittel benötigen und die Gesamtheit ausgegebener Noten aufnehmen, wie er es bis jetzt tut.

Statt also vom Zurückziehen der Geldscheine, von der Auszahlung oder Entschädigung ihrer Inhaber zu sprechen, sollten wir im Gegenteil darauf bedacht sein, dem Markte alles Geld zu liefern, das die wachsende Nachfrage verlangt.

Was der Handel benötigt und die Gerechtigkeit verlangt.

David Hume, der große Philosoph, sagte: Mit der Fülle an vorhandenem Geld beleben sich Arbeitsbetätigung und Gewerbe, der Kaufmann wird unternehmend, der Gewerbetreibende geschickter und rühriger, und sogar der Siedler führt seinen Pflug mit mehr Eifer und Feuer.

Das ist es, was auch wir benötigen: eine ausreichende Fülle von Geld, um jeden Preisrückgang zu verhindern und den schaffenden Kräften des Landes, der Industrie und dem Handel freie Entfaltung zu gestatten.

Nicht aber wünschen wir eine Geldfülle im Sinne *John Laws*, im Sinne der Inflationisten (Geldüberschwemmungsfreunde) Nordamerikas und der finanziellen Ratgeber *Juarez Celmans*. [Der 1890 wegen finanzieller Mißwirtschaft gestürzte Präsident der argentinischen Republik.] Unter einer Geldfülle, die das von Hume beobachtete Ergebnis zeitigt, ist ein derartiger Geldbestand zu verstehen, der die Bedürfnisse des Marktes ohne kleinliches Zumessen zu decken gestattet.

Jedes Übermaß führt zu Preissteigerungen; was aber der Handel benötigt, ist Stetigkeit der Preise. *Die Preise sollen nicht sinken; sie sollen aber auch nicht steigen.*

Allgemeiner Preisrückgang führt zur Wirtschaftsstockung, zur Krise; allgemeine Preissteigerung bringt andere Mißstände mit sich. Wir wünschen also, daß niemals Geld fehle und daß niemals Geld in Überfülle vorhanden sei. Ausreichende Geldversorgung, um jeden allgemeinen Preisrückgang zu verhindern, und gleichzeitig weises Maßhalten bei dieser Versorgung, um das Steigen der Preise zu vermeiden.

Wir wünschen den gesunden Menschenverstand zu wecken, das Verständnis der Öffentlichkeit und aller mit der Verwaltung des Geldes Betrauten; wir wünschen die selbstsüchtigen Bestrebungen einiger an der Verwaltung des Geldmonopols beteiligter Privatpersonen auszuschalten. Dies ist es, was der Handel verlangt, und was auch mit den Forderungen der Gerechtigkeit übereinstimmt. Es ist ungerecht, das Geld zu entwerten, weil dies den Schuldner auf Kosten des Gläubigers begünstigt; es ist ebenso ungerecht, den Geldwert zu heben, weil dies den Gläubiger zum Schaden des Schuldners bevorzugt. Die Gerechtigkeit verlangt, daß der Wert des Geldes auf einem festen Stand erhalten werde.

Wie das zu erreichen ist? Einfach, indem man das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nach Geld aufrechterhält.

Wir müssen Geld herstellen, ausgeben, dem Markte zuführen, so oft das Angebot von Waren (das gleichbedeutend ist mit Nachfrage nach Geld) zunimmt; wir müssen Geld zurückziehen, aufbewahren oder verbrennen, so oft das Warenangebot sich verringert.

Kurz ausgedrückt: wir müssen dem Verkehr Geld entziehen, wenn die Preise zum Steigen neigen, wir müssen Geld zuführen, wenn die Preise Neigung zum Zurückgehen zeigen.

Dies ist die Geldpolitik, die uns not tut und die mit den Anforderungen unseres gesunden Menschenverstandes übereinstimmt. Wir verlangen, daß das tägliche Geldangebot sich der Nachfrage anpaßt, und auf die Frage, ob wir Geld verbrennen oder aber mehr Geld ausgeben sollen, muß nicht ein veraltetes Gesetz die Antwort geben, sondern das Verkehrsbedürfnis.

Wir können nicht im voraus wissen, wie groß der Bedarf an Geld morgen, übermorgen, in einem Monat, einem Jahr sein wird. Wir können unmöglich heute feststellen, wie groß morgen die in den Verkehr zu bringende Geldmenge sein muß; es ist unmöglich, jenen Bedarf derart zu bestimmen, daß weder zu viel, noch zu wenig da sei und daß die Nachfrage durch das Angebot gedeckt werde, ohne daß sich ein Überschuß ergibt. *Deshalb verlangen wir Aufhebung des Gesetzes, das eine bestimmte und unabänderliche Geldmenge*

auszugeben vorschreibt, das die Schwankungen in der Marktlage nicht berücksichtigt.

Die gleichen Gründe, die die Anarchisten gegen die Zweckmäßigkeit geschriebener Gesetze anführen, können wir auch gegen die jetzt bestehenden Emissionsgesetze anführen. Einen Tag nach seinem Inkrafttreten ist das geschriebene Gesetz bereits veraltet, paßt es nicht mehr zu den jeden Augenblick sich anders gestaltenden Bedürfnissen des Lebens.

Nicht ohne ernste Gründe verlangen deshalb die Anarchisten die Abschaffung aller geschriebenen Gesetze, der toten Buchstaben, und ihre Ersetzung durch lebendige, von den Bedürfnissen des Lebens und des Augenblicks eingegebene Gesetze.

Und in der Tat, wäre es ausführbar, was die Theorie der Anarchisten verlangt, so würde die Verteidigung ihrer Lehre nicht, wie heute, nur von wenigen Eiferern geführt werden.

Erweist sich jedoch das geschriebene Gesetz, das die Rechte jedes einzelnen von uns umgrenzen soll, in der Durchführung allzu schwerfällig, um seinen Zweck so vollkommen, wie es zu wünschen wäre, zu erfüllen, um wieviel mangelhafter muß uns da ein Gesetz erscheinen, ein totes, vor Jahren erlassenes Gesetz, das eine bestimmte, unabänderliche Geldmenge auszugeben vorschreibt, mit der der Handel sich dann einrichten soll, während doch in keiner Lebensbekundung des Gesellschaftskörpers eine solche Regsamkeit, ein gleich häufiger Formenwechsel, eine gleiche Fülle von Entwicklungen und Umgestaltungen wahrnehmbar ist, wie im Handel!

Was ist von einer durch tote Buchstaben beherrschten Geldpolitik zu erhoffen? Weiter nichts als stete Schwankungen im Preise des Geldes.

Die Schwankungen in den Jahreszeiten und in der Luftwärme gleichen wir durch einen Wechsel in unserer Kleidung aus; eine Geldpolitik aber, die nicht die Notwendigkeit vorsieht, sich dem Wechsel der Handelsbedürfnisse anzupassen, kommt uns vor, wie ein Reisender, der nur einen Rock hat, und der abwechselnd über Kälte, dann über Hitze klagt. Wir klagen über das Schwanken im Preise unseres Geldes, und wir suchen die Ursache dieser Schwankungen im Stoff unseres Geldes, während doch dieses Geld so gefügig, anpassungsfähig, gehorsam ist, wie man es sich nur vorstellen kann. Nein, es liegt nicht an unserem Gelde, wenn wir mit ihm nicht die vom Handel benötigte und von der Gerechtigkeit geforderte Stetigkeit der Preise erreicht haben.

Sicher ist es nicht Schuld des Papiers gewesen, wenn der argentinische Peso infolge der übermäßigen Notenausgaben der früheren Verwaltung im Werte sank; auch jetzt ist nicht das Papier daran schuld, wenn wegen ungenügender Notenausgabe der argentinische Peso im Werte steigt.

Nein, das Papier ist nicht schuld gewesen, sondern ganz allein die Gesetzgebung über Notenemission; die Verantwortung tragen die Gesetzgeber. Der Peso-Nationalgeld sank im Werte, so oft die Gesetzgeber diese Senkung wünschten; er stieg im Werte, so oft die Gesetzgeber diese Hebung beschlossen.

Wenn also, wie wir gesehen haben, der aus Papier gefertigte Peso-Nationalgeld sich dem Willen der Gesetzgeber fügt, so ist klarerweise nicht das Papier schuld an den Schwankungen, vielmehr liegt die Schuld an den Menschen. Gehorcht der Preis des Peso-Nationalgeld dem Willen der Gesetzgeber, so wird sein Preis festbleiben, an dem Tage, an dem sie seine Stetigkeit beschließen.

Das ist ein bündiger Schluß.

Der Preis einer jeden monopolisierten Ware ist beherrscht vom Willen des Monopolbesitzers. Und das ist verständlich, weil der Inhaber des Monopols das Angebot der Ware der Nachfrage danach anpaßt. In denjenigen Ländern Europas, in denen die Regierung Salz, Zündhölzer, Tabak, Weizen usw. monopolisiert, verkauft man diese Dinge zu einem festen, unveränderlichen Preis; jede Preisschwankung ist ausgeschlossen, *weil die Regierung die tägliche Lieferung der täglichen Nachfrage anpaßt.*

Nähme der Monopolinhaber keine Rücksicht darauf, daß die *Nachfrage* nach seiner Ware sich ganz seiner Herrschaft entzieht, daß die Nachfrage schwankt, so würde es ihm wenig nützen, auf jedem Paket den Verkaufspreis anzugeben. Dieser Preis würde sich so oft ändern, wie das Angebot jener Ware nicht in Einklang stände mit der Nachfrage danach.

Wenn die französische Regierung, als Inhaberin des Zündhölzchenmonopols, eine 5 oder 10 Jahre im voraus gesetzlich festgelegte Menge von Zündhölzern auf den Markt würde, ohne die schwankenden Bedürfnisse des Marktes zu berücksichtigen, so ist es gewiß, daß die Zündhölzchen sich abwechselnd mit Aufgeld, dann wieder mit Verlust verkaufen würden.

Wenn die deutsche Regierung, als Besitzerin aller Eisenbahnen im Reiche, durch ein auf Jahre im voraus festgelegtes Gesetz verpflichtet wäre, eine ganz bestimmte und unabänderliche Zahl von Zügen fahren zu lassen, ohne die Entwicklung des Verkehrs und der Bevölkerungszahl zu Rate zu ziehen, ohne auf die Jahreszeiten Rücksicht zu nehmen, so würde sofort eine Agiotage, ein Handel mit Frachtwagen und Fahrscheinen einsetzen.

Der Monopolbesitzer beherrscht nur das Angebot; die Nachfrage ist selbständig und entzieht sich fast ganz seinem Einfluß. Will also der Monopolbesitzer den Preis beherrschen, so muß er sich dabei der Waffen bedienen, die ihm das Angebot bietet.

Das Angebot ist der Lotse, der den Preis der monopolisierten Waren in gerader Linie durch die Schwankungen der Nachfrage hindurchsteuert.

Dies ist das Grundgesetz für verständige Verwaltung eines jeden Monopols, und das Geld – als Monopolgegenstand allererster Ordnung – kann sich jenem Gesetz nicht entziehen.

Ist es nicht gelungen, für den Peso-Nationalgeld, dessen Herstellung die Regierung monopolisiert, einen festen Preis aufrecht zu erhalten, so liegt es gerade daran, daß man das durch jenes Gesetz vorgezeichnete Verhalten nicht beachtet hat.

Als der Preis des argentinischen Pesos sich verbilligte, bestand die einzige wirksame und unfehlbare Abhilfe dagegen darin, das Angebot des Nationalgeldes durch Zurückziehen des Überschusses aus dem Verkehr einzuschränken.

Statt jedoch hiernach zu verfahren, suchte man den Preis zu heben, indem man die *Nachfrage* nach Geld vermehrte und zu dem Zwecke Gold und Einwanderer aus Europa heranzog.

Die Maßnahme blieb erfolglos und mußte es bleiben, denn Gold und Einwanderer entziehen sich dem Machtbereich der Regierung.

Man beauftragte den Minister, den Geldwert zu heben, und dieser begab sich auf die Suche nach außerhalb seines Machtbereichs liegenden Wirkungskräften, statt daß er von der ihm durch das Monopol zustehenden Macht Gebrauch machte.

Wir sagten, daß die französische Regierung die Stetigkeit des *Preises* der Zündhölzchen *durch Anpassung des Angebots an die Nachfrage* erreicht. Träte jedoch der Fall ein, daß jene Regierung bei Geldklemme eine übergroße Menge Zündhölzchen auf den Markt wüfße und den zu erwartenden Preissturz durch Belebung der Nachfrage mittels Prämien und sonstiger Opfer zu vermeiden suchte, so würden alle ein solches Vorgehen für unvernünftig erklären.

Wem würde man die Schuld an diesen Preisschwankungen aufladen, dem Streichhölzchen oder der Regierung?

Und doch hat man hinsichtlich des Peso-Nationalgeld nach jenem unverständigen Verfahren gehandelt; man hat damit die Ergebnisse gezeitigt, die alle kennen und für die man jetzt den Stoff verantwortlich machen will, aus dem jenes Geld gefertigt wurde,

Deshalb wiederhole ich, daß die Ursachen der Schwankungen im Preise des Nationalgeldes falsch bewertet worden sind.

Das Papiergeld kann sich dem Willen seiner Verwalter nicht entziehen. Aber nötig ist, daß jene Verwalter mit Waren umzugehen lernen, daß sie den Handel verstehen, daß sie einsehen, die Stetigkeit des Preises vom Peso-Nationalgeld sei nur durch *Anpassung seines Angebots an die Nachfrage* zu erreichen.

Außerdem aber ist nötig, den Monopolverwaltern die zum Befolgen jener Politik unentbehrlichen Befugnisse einzuräumen; es ist nötig, alle jene Schranken niederzulegen, mit denen übervorsichtige Gesetzgeber die Macht des Geldmonopols umgeben haben. Vor allem müssen wir das Gesetz beseitigen, wonach eine auf Jahre im voraus festgesetzte Summe Geldes ausgegeben werden sollte; wir müssen dafür ein neues Gesetz schaffen, wonach alles fehlende Geld neu auszugeben und alles überschüssige Geld zurückzuziehen ist; wir müssen die Regierung ermächtigen, das Geld auszugeben in einer Menge, die nicht durch das Gesetz, sondern nur durch die Verkehrsbedürfnisse beschränkt wird, und wir müssen der Regierung die Mittel geben, um jeden sich einstellenden Überschuß an Noten zurückzuziehen.

Dies ist die Geldpolitik, die uns unfehlbar die Stetigkeit des Preises einbringen wird, die Stetigkeit des Geldpreises, die die Forderungen der Gerechtigkeit und die Bedürfnisse des Handels befriedigen wird.

Der Maßstab für den Bedarf an Geld.

Sagten wir im vorigen Abschnitt, daß es die Verkehrsbedürfnisse sein müßten, die in der Frage der Geldemission entscheiden, so ergibt sich die Frage: wo ist der Maßstab für jene Bedürfnisse?

Die einen werden sagen: Den Maßstab liefert die Preisermittlung der Waren im allgemeinen, der Warendurchschnittspreis; die anderen werden sagen: Der Maßstab liegt im Wechselkurs auf das Ausland, wie ihn das Agio, das Goldaufgeld widerspiegelt.

Die ersteren erstreben die unbedingte Geldpreisfestigkeit, die anderen begnügen sich mit der Beseitigung der Schwankungen beim Golde. Welche Anschauung verdient da den Vorzug?

In den Ländern mit Goldwährung bestreitet man nicht, daß dieses Geld großen Schwankungen unterworfen ist; zuweilen sind diese plötzlich und schroff, zuweilen langsamer, und gerade diese Schwankungen sind es, die den Freunden der Doppelwährung die Waffen zu ihren Angriffen liefern.

Dafür können wir andererseits hiezulande nicht leugnen, daß der Goldpreis, die Festigkeit des Auslandskurses, für Argentinien außergewöhnliche Bedeutung hat, insofern fast die ganze Erzeugung gegen Gold verkauft wird und auch die Preise der Mehrzahl der Verbrauchsgüter nach Gold berechnet werden (sich nach dem Stande der Valuta richten). Ich glaube, es gibt kein zweites Land, wo im Vergleich zur Volkszahl der Auslandshandel so groß ist, wie hier.

Wenn wir nun bei der Verwaltung unseres Geldwesens die Warenpreisstatistik zur Richtschnur nehmen und die Währung auf feste Warenpreise hinsteuern, so wird nicht zu vermeiden sein, daß dieses Vorgehen

auf Widerspruch bei denen stößt, die eine feste Valuta wünschen, und zwar so oft, wie das Gold im Preise steigt oder fällt (d.h., so oft die Valuta sich „bessert“ oder „verschlechtert“). Beide Ziele werden erst vereinbar sein, wenn in allen Ländern in der Währungspolitik der feste Durchschnittswarenpreis (Index number) zum Ziele genommen wird, denn es ist klar, daß im Verkehr zwischen Ländern mit beiderseitigen festen Warenpreisen (unveränderlichem Index) auch der Wechselkurs, die Valuta fest sein wird. [Hier mache ich auf die in meiner Schrift „Iva“ gemachten Vorschläge aufmerksam, durch die mit dem denkbar einfachsten Mittel die hier erstrebte Verbindung erreicht wird.]

Wir müssen uns also entscheiden, ob wir die Festigkeit der Valuta dem festen Preisstand der Waren unterordnen wollen oder ob wir umgekehrt eine feste Valuta anstreben und dafür auf den festen Preisstand der Waren verzichten wollen.

Entscheiden wir uns für den festen Preisstand der Waren, so werden alle Schwankungen, die das Gold in seinem Tauschverhältnis zu den Waren auf den europäischen Märkten erleidet, sich in unserer Valuta widerspiegeln; stellen wir aber unsere Währungspolitik auf feste Valuta ein, so übertragen wir alle Schwankungen, die das Gold in seinem Tauschverhältnis zu den Waren (in Europa) erleidet, unmittelbar auch auf unsere Märkte. (D.h. also, daß, wenn im Ausland die Preise schwanken, sie auch in Argentinien schwanken werden.)

Ich kann hier nicht dieser wissenschaftlich, wie praktisch äußerst wichtigen Sache auf den Grund gehen. Ich werde mich begnügen, den kürzesten und sichersten Weg anzugeben, der zur Versöhnung dieser auseinanderstrebenden Wünsche führen kann.

Zurzeit muß es unser Bestreben sein, unsere Geldpolitik einem festen Auslandskurs anzupassen, und wir müssen für den Augenblick zugunsten der überragenden Interessen des Auslandshandels, auf die festen Warenpreise verzichten. [Diese Verbeugung vor der Goldwährung geschah aus politischen Gründen. Ich konnte so eher damit rechnen, verstanden zu werden. Das Volk denkt statisch, nicht dynamisch; es nimmt auch die von Menschen geschaffenen Verhältnisse, wenn sie nicht ganz unerträglich werden, als etwas Feststehendes hin, dem man sich anpassen muß, statt daß es umgekehrt diese Dinge nach seinen Bedürfnissen umgestaltet. Die auf feste Warenpreise gerichtete Währung ist eine dynamische Währung und kann nur dynamisch begriffen werden. Dasselbe ist ja auch mit der Goldwährung der Fall, aber um dieses einzusehen, muß man die Wertlehre überwinden.] Zugleich aber müssen wir alle mit uns Handel treibenden Länder Europas und Amerikas zu einer zwischenstaatlichen Beratung einladen, um dort die zur Vermeidung der Schwankungen im Index eines jeden Landes erforderlichen Maßnahmen zu besprechen; denn wenn alle Staaten, mittels einer einheitlichen Geld

politik die Warenpreise innerhalb enger und fester Grenzen zu erhalten bestrebt sind, so wird die Valuta unter allen diesen Ländern festbleiben, ohne daß es nötig wäre, ihnen allen das mit der Einführung der Goldwährung verknüpfte Opfer aufzuerlegen.

Jedes Land kann dann den ihm für sein Geld am passendsten erscheinenden Stoff auswählen, – das eine Land wird hierfür das Papier bevorzugen, ein anderes Silber, Nickel, Kupfer, Gold; wenig kommt hierauf an, vorausgesetzt, daß in allen Ländern das Angebot von Geld genau der Nachfrage angepaßt werde, daß innerhalb der Grenzen eines jeden Landes das Tauschverhältnis des Geldes zu den Waren nicht schwankt; alsdann wird der Wechselkurs zwischen all diesen Ländern folgerichtiger- und notwendigerweise fest bleiben.

Der Valutakurs, zwischen Paraguay und Argentinien ist gegenwärtig 1 zu 2,48. Wenn wir bei uns die Warenpreise senken, wird unsere Valuta steigen; erhalten wir aber die Warenpreise auf ihrem jetzigen Stand, und geschieht das gleiche in Paraguay, so wird sich der Kurs nicht wesentlich von seinem jetzigen Stand entfernen können.

Der gegenwärtige Valutakurs zwischen England und Argentinien ist 1 zu 2,70. Entdeckt man aber in Klondyke Berge von Gold, oder führt man die Doppelwährung ein, so werden die in Gold ausgedrückten Warenpreise steigen und hier in Argentinien wird die Valuta sich „bessern“. Unterdrückt man aber in England die freie Goldausprägung (wie man bereits die freie Silberprägung aufgehoben hat) und paßt man dafür diese Ausprägungen (die Geldausgabe) den Bedürfnissen des Marktes an, um auf diese Weise die Warenpreise im eigenen Lande zu befestigen – dann wird der Wechselkurs zwischen Argentinien und England gleichfalls unveränderlich bleiben.

Der Valutakurs zwischen Argentinien und Chile dreht sich gegenwärtig um X. Fahren diese zwei Freistaaten fort, die Warenpreise im gleichen Verhältnis zu senken, so wird der Kurs unverändert bleiben, trotzdem die Warenpreise sinken. Weicht aber einer der Freistaaten vom vorgezeichneten Wege ab, so werden wir sofort eine Abweichung im Kurse haben.

Diese Feststellungen genügen, um zu zeigen, daß die Stetigkeit des Auslandskurses unabhängig ist von dem für die Geldherstellung gewählten Stoff; ferner, daß ein Land für sich allein das Ziel nicht erreichen kann, daß dies vielmehr nur das Ergebnis einer einheitlichen Geldpolitik aller Staaten sein kann; – nur eine zwischenstaatliche Verständigung kann die Erfordernisse eines festen Wechselkurses mit denen eines festen Geldpreises in Einklang bringen.

Es ist deshalb anzustreben, daß diese zwischenstaatliche Einigung

möglichst bald zustande komme, und inzwischen tun wir gut daran, die Festigkeit im Preistand der Waren der überragenden Bedeutung unseres Auslandshandels unterzuordnen.

Der Auslandswechsellkurs, wie ihn der Preis des Goldes widerspiegelt, wird also den Maßstab abgeben, an dem wir die Bedürfnisse des Marktes in Fragen der Notenausgabe abschätzen, und bis dahin, wo wir uns mit den anderen Völkern über einen gerechteren und wissenschaftlich genaueren Maßstab geeinigt haben, werden wir Noten in den Verkehr bringen, so oft der Wechselkurs zurückgeht (die Valuta sich verschlechtert) und umgekehrt Noten verbrennen, so oft der Kurs (das Gold) steigt.

Befolgen wir dieses Verfahren mit Festigkeit, so wird der Wechselkurs auf das Ausland so unbeweglich bleiben, wie wenn gemünztes Gold bei uns umliefe. Wir werden die Vorteile der Goldwährung genießen, ohne genötigt zu sein, in ihr ein totes Kapital im Werte von 300 Millionen Pesos festzulegen.

Wir müssen so viel Noten ausgeben, wie sich als fehlend erweisen, und so viel Noten zurückziehen, wie sich als überschüssig erweisen. *Wir müssen, um den festen Wechselkurs aufrecht zu erhalten, das tägliche Geldangebot der täglichen Nachfrage nach Geld anpassen.*

Untersuchen wir jetzt, auf welche Machtmittel sich die Geldverwaltung stützen könnte, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Ersetzen wir das Gesetz, wonach jahrelang eine feststehende Summe Geldes für den Umlauf bestimmt wird, durch ein anderes, das die Regierung zu einer vom Gesetz der Summe nach nicht festgelegten, sondern nur durch die Verkehrsbedürfnisse begrenzten Notenausgabe ermächtigt, so steht der Verwaltung ohne weiteres alles Geld zur Verfügung, das sich im Handel als fehlend erweist.

Ein solches Gesetz eröffnet den Auslandswechseln (Devisen), dem Gold, einen unbegrenzten Absatz. Alles Gold, das *unter* einem festgesetzten Preis angeboten wird, kauft die Geldmonopolverwaltung mittels neu ausgegebenen Papiergeldes auf. Alles Gold, das also zu jenem festgesetzten Preis keine Käufer findet, findet Aufnahme in der Schatzkammer der Monopolverwaltung. Infolgedessen wird der Auslandswechsellkurs niemals zurückgehen können [Wir drücken uns in Deutschland so aus: Infolgedessen wird sich die Valuta niemals bessern können. Dieser Ausdruck ist jedoch irreführend. Es gibt keine Besserung der Valuta, die nicht von weiten Kreisen des Volkes als schwere Schädigung empfunden wird. Das hat die jüngste große „Valutabesserung“ gezeigt.], denn niemals wird die Nachfrage nach Gold fehlen. *Jenes Gesetz wird den Goldpreis vor jedem Sinken schützen.*

Damit aber haben wir schon unendlich viel gewonnen. Wird der Goldpreis nicht mehr wegen Mangels an Käufern sinken können, so werden die Warenpreise auch nicht unter ihre Goldpreise (Weltmarktpreise) sinken können, – Kaufmann, Landwirt, Gewerbetreibender werden gegen jeden von der „Besserung“ der Valuta herrührenden allgemeinen Preisrückgang vollkommen gesichert sein.

Wer ein Unternehmen mit Hilfe fremden Geldes zu begründen beabsichtigt, wird nicht mehr zu befürchten brauchen, er könnte durch die „Besserung“ der Valuta zugrunde gerichtet werden.

(Einschaltung zu dieser Neuausgabe von 1920.) Die Reichsbank erklärte in ihrem Flugblatt vom März d.J., der deutsche Kaufmann sei noch nicht reif, um sich in Valutafällen zurechtzufinden. – Wenn diese Annahme zuträfe, so wären hier vielleicht einige Erläuterungen zu obigem Satze nötig, wonach Kaufleute durch die „Besserung“ der Valuta zugrunde gerichtet werden können.

Nehmen wir an, ein Unternehmer habe mit 100 000 Pesos geborgtem Geld (gesetzliches argentinisches Zahlungsmittel) europäische, in Gold zahlbare Maschinen gekauft und bezahlt, und zwar zum Kurse von 3 Pesos Papiergeld für 1 Peso Gold. Nun „bessert“ sich die Valuta, so daß der Goldpeso schon für 2 Papierpesos zu haben wäre, so wird dieser Unternehmer nach den Gesetzen des Wettbewerbes den Preis seiner Produkte nicht mehr mit dem Zins von 100 000, sondern nur mehr von 66 000 beschweren können, da ja jetzt jeder Konkurrent die gleichen Maschinen mit 66 000 Pesos kaufen kann. Der Abbau der Preise, den die Regierung betreibt, baut zugleich das Kapital der Unternehmer ab. Die „Besserung“ der Valuta ist für alle, die Schulden haben, eine Verschlechterung. Der Unternehmer, von dem hier die Rede ist, wird den Zins des geborgten Kapitals nicht bezahlen können.

Selbstverständlich wird jede Valuta-Spekulation unmöglich, sobald die Valuta sich nicht „bessern“ kann. Wenn heute der Wucherspieler in der Hoffnung auf eine Valutaverschlechterung einen Einsatz wagt, so geschieht es in der Zuversicht, daß er die Valuta wieder wird bessern (heben) können; steigt aber das Geld, dessen Preis er mit Opfern gesenkt hat, nicht wieder, hat das Geld nicht mehr die Spannkraft, um immer wieder auf seinen Ausgangspunkt zurückzukehren, so verliert jenes Wucherspiel seinen Reiz. Der Wucherspieler würde seinen Besitz entwerten, ohne Aussicht, den Wert wieder anschwellen zu sehen, ohne Aussicht auf das Erlangen von Überschüssen, die doch das Ziel seiner Machenschaften sind.

Indem wir also die „Valutabesserung“ unmöglich machen, beseitigen wir das Wucherspiel, und damit verschwindet wieder eine der Ursachen, die bisher den Geldmarkt in Verwirrung brachten.

Niemand wünscht sein Kapital zu mindern, und wenn Wucherspieler zeitweise sich darauf einlassen, ihr Geld im Werte herabzusetzen, so geschieht es allein in der Hoffnung, das Verlorene in der unvermeidlichen Rückflut mit Wuchergewinn wiederzuerlangen. Diese Hoffnung

schwindet aber für sie, sobald die öffentliche Geldverwaltung dem Angebot durch eine unbegrenzte Nachfrage entsprechen kann.

Das ist es, was wir über die Besserung der Valuta zu sagen hatten.

Untersuchen wir jetzt, wie die Geldverwaltung auch eine „Verschlechterung“ der Valuta zu verhüten in der Lage sein wird.

Um die Verschlechterung der Valuta zu verhüten, wird man den sie verursachenden Überschuß an Geld zurückziehen, also aufkaufen müssen. Mit welchen Mitteln? Antwort: Mit dem, was das Geldmonopol einbringen wird.

Jeder Tag zeigt uns, daß das Monopol irgendeiner, noch so unbedeutenden Ware etwas einträgt, und zuweilen ganz bedeutende Summen.

Die Einkünfte, die viele Erfinder aus dem Vertrieb ziehen, bilden den Ertrag des Monopols, das ihnen das Erfindungspatent verleiht. Sollte da das Monopol unseres Geldes, eines unentbehrlichen Artikels, der wichtigsten Marktware, nichts einbringen?

Es wäre ein seltsamer, für jeden Kaufmann unfaßbarer Fall, wenn das Monopol unseres Geldes, unseres Tauschmittels unfruchtbar bliebe, nichts einbrächte. Wirklich unfaßbar.

In Frankreich, Deutschland, England, den Vereinigten Staaten, bringt das Monopol der Notenausgaben dem Staate jährlich beträchtliche Summen ein. In Deutschland 5% der nicht durch Gold gedeckten Noten [Heute zieht das Reich aus der Notenausgabe von 50 Milliarden einen jährlichen Gewinn von 5% = 2 1/2 Milliarden Mark.]. Wo bleiben jetzt die Summen, die die Notenausgabe von 300 Millionen Pesos erbringen müßte? Man antwortet darauf: Kapital und Zinsen sind zum Bezahlen von Schulden verwendet worden.

In diesem Falle schuldet das Land der Geldverwaltung jene Summe, und sie muß ihr billigerweise erstattet werden. Möge das Land seine Schulden mit Rententiteln bezahlen. Die Emissionen sind dazu da, den Verkehr mit dem für den Warenaustausch nötigen Geld zu versehen, und man soll nicht die Bedürfnisse der Staatskasse mit jenen des Marktes vermengen.

Man erstatte somit der Geldverwaltung den Gegenwert jener 300 Millionen in Rententiteln. Das ist eine gerechte Forderung.

Man eifert gegen das Papiergeld, gefällt sich darin, jenes Geld haftbar zu machen für alle Leiden, die den Markt treffen, und gleichzeitig beraubt man es seiner eigenen Waffen.

Man erstatte demnach die 300 Millionen in Rententiteln, und wir werden dann sehen, ob mit dieser Rücklage und dem, was jährlich an Zins hinzukommt, die Geldmonopolverwaltung nicht fähig ist, jed-

weden Geldüberschuß zurückzuziehen und die Schwankungen zu beherrschen; wir werden sehen, ob sie nicht unbedingte Herrin in ihrem eigenen Hause ist, ob nicht in der Tat das Papier zur Geldherstellung taugt.

Die durch die Notenausgabe eingebrachten 300 Millionen gehören jener Emission, und solange man dem gesetzlichen Gelde nicht erstattet hat, was ihm gehört, ist jede Urteilsabgabe über Vor- und Nachteile des Papiergeldes mindestens voreilig.

Die Länder Europas, die das Gold als Stoff für die Herstellung ihres Geldes erwählt haben, ziehen aus diesem Golde keinerlei Gewinn, denn Metallgeld ist totes Kapital.

Im Gegenteil kostet ihnen jenes Gold Zinsen. So erwarb Rußland in den letzten Jahren Gold für gewaltige Summen, für deren Zahlung dort Rententitel ausgegeben wurden.

Österreich und Italien verfahren ebenso, und die Ausgabe 5-prozentiger Schuldscheine, die in den Vereinigten Staaten erfolgt, so oft dort die Reserven abnehmen, kostet dem nordamerikanischen Volke bedeutende Summen.

Keinerlei Opfer verlange ich zugunsten des Peso-Nationalgeld. Das aus Papier gefertigte Geld ist nicht so anspruchsvoll, wie sein aus Gold hergestellter Genosse; ich möchte nur zugunsten unseres bescheidenen Geldes einen kleinen Teil der Liebe erbitten, die andere Länder für ihr Goldgeld verschwenden; ich möchte nicht, daß man das aus Papier gefertigte Geld mißhandelt und ausbeutet, während man zugunsten des Goldes Opfer jedweder Art bringt – um sodann zu behaupten, das Papier sei untauglich. Denn das ist nicht ernst.

Man verfolge eine gesunde, verständige Geldpolitik, man erstatte dem Papierpeso, was ihm gehört, und wir werden dann sehen, welches das bessere Geld ist: das Geld, das gegenwärtig die Abenteurer von Klondyke ausgeben, ohne Rücksicht auf die Verkehrsbedürfnisse zu nehmen, oder das Geld, das wir hier ausgeben werden, nachdem wir eindringlich unsere Marktlage erforscht haben werden; – dann soll sich erweisen, ob eine vom Zufall und von Abenteurern geführte Geldpolitik sich messen kann mit derjenigen, die den Markt und seine Bedürfnisse zur Richtschnur nimmt.

Das Geldmonopol indessen, auch nachdem es der Raubsucht der Staatskasse ausgeliefert, nach allen Regeln der Kunst geplündert und erschöpft zurückgelassen wurde, erweist sich als so fruchtbar und kraftvoll, daß es ohne fremde Hilfe, aus eigener Kraft etwas erbringen und sich aus seiner traurigen Lage herausarbeiten muß.

Ähnlich wie ein fruchtbares Feld, ausgebeutet durch einen geizigen Bebauer, der ihm nicht an Dünger zurückgab, was er an Ernten herausgezogen hatte, mit der Zeit doch seine ursprünglichen Kräfte wiedererlangt, so wird sich auch das Geldmonopol verhalten.

Aus diesem Grunde brauche ich nicht einmal auf jener ersten Forderung bestehen, wonach der Monopolverwaltung der Erlös aus den ausgegebenen 300 Millionen Noten erstattet werden soll; ich will vielmehr nachweisen, daß das Monopol auch ohne jene Hilfe aus seiner jetzigen Lage sich befreien kann, d.h., daß die ihm noch verbliebenen Kräfte es dem Geldmonopol noch gestatten, die nötigen Rücklagen für seine geordnete Verwaltung zu bilden.

Sehen wir zu. Seit Jahren, d.h. seit den letzten Notenausgaben hebt sich die Valuta (sinken die Warenpreise), einesteils als Folge der Verbrennung von Geldscheinen durch die Konversionskasse, hauptsächlich aber infolge Vermehrung der Bevölkerung. Und das ist verständlich, denn entsprechend ihrem größeren Handelsverkehr benötigt eine größere Bevölkerung mehr Geld als eine kleine, und wenn keine der wachsenden Nachfrage nach Geld entsprechende Befriedigung durch Ausgabe neuer Noten erfolgt, so muß naturnotwendig ein Rückgang der Warenpreise eine Folge jener Versäumnis sein. Wollen wir also bei weiterem Anwachsen der Bevölkerung einen festen Preisstand haben, so muß neues Geld im Maßstabe jenes Anwachsens ausgegeben werden.

Das Gold steht jetzt 260 im Kurs, aber wir hatten auch einen Stand von 350 und darüber. Nehmen wir an, das Gesetz habe der Konversionskasse die Befugnis erteilt, einen festen Goldpreis aufrecht zu erhalten, – wieviel Noten hätte die Kasse dann ausgeben müssen, um ein Sinken des Goldes von 350 auf 260 zu verhindern?

Die Ausrechnung stellt sich wie folgt: Bei einem Notenstand von annähernd 290 Millionen ist der Goldpreis 270, und die zum Aufrechterhalten des Standes von 350 nötige neue Notenausgabe würde also betragen haben:

290 : 270 = 1074 X 350 =	375 900 000
wovon der jetzige Bestand abgeht mit	<u>290 000 000</u>
Pesos	<u>85 900 000</u>

Die Geldmonopolverwaltung (die jetzige Konversionskasse) hätte also zu dem gegenwärtigen Notenumlauf weitere 85 Millionen Pesos ausgeben müssen, um ein Sinken des Goldes unter den Stand von 350 zu verhindern; und die Ausgabe jener 85 Millionen würde den gleichen Erlös in Werten aller Art erbracht haben; sei es, daß man für jene Neuausgabe an der Börse Wechsel, Rententitel, Gold oder was immer sonst geeignet gewesen wäre, gekauft hätte.

Mit jenen Werten in seiner Kasse könnte heute die Geldmonopolverwaltung 85 Millionen Pesos gesetzlichen Geldes, also 20% der ganzen Notenausgabe aus dem Verkehr ziehen. Würde dieser Betrag nicht ausreichen, um den Goldpreis auch bei einer Neigung zum Sinken zu beherrschen? Auch

die europäischen Banken haben Reserven, aber, wie erheblich diese auch sein mögen, reichen sie niemals an die 20% des gesamten Geldumlaufs [Die Reichsbank z.B. verfügte damals als Waffe für ihre währungspolitischen Maßnahmen nur über den in Kaufmannswechseln angelegten Betrag ihrer Notenausgabe. Das mögen damals 1000 Millionen oder der sechste Teil des auf 6 Milliarden geschätzten Gesamtgeldumlaufes gewesen sein. Heute hat sie zwar, da das Metallgeld verschwunden ist, viel größeren Wechselbestand – doch kann sie diese Wechsel (Schatzwechsel), weil der Wechselschuldner zahlungsunfähig ist, nicht zu währungspolitischen Maßnahmen verwenden.]

Die gleichen Ursachen aber, die das Sinken des Goldes von 350 auf 270 erzeugten, bestehen immer noch. Die Bevölkerung wächst, der Handel dehnt sich entsprechend aus, die Nachfrage nach Geld nimmt mit der Volkszahl und der Handelsausdehnung zu, und wenn wir nicht wollen, daß die Preise wegen Mangels an Nachfrage oder Geld weiter sinken, so bleibt nur der Ausweg, schrittweise den Notenbestand zu vermehren. Diese allmähliche und unvermeidbare Ausgabe neuer Noten wird also eine stetige und zuverlässige Einnahmequelle für die Geldmonopolverwaltung bilden, und die Einnahme wird dem Bevölkerungszuwachs entsprechen. Steigt die Volkszahl um 1% jährlich, so wird die Jahreseinnahme 3 Millionen Pesos sein, beträgt der Zuwachs 2%, so werden es jährlich 6 Millionen Pesos sein.

Gegenwärtig beschränkt sich der Bevölkerungszuwachs fast auf die Vermehrung, die das Volk aus sich heraus erzeugt; dies schulden wir der Krise, die als Folge der Hebung der Valuta auftritt und die Einwanderer abhält. Gelingt es uns jedoch, der Geldpolitik eine andere Richtung zu geben, so werden sich Gewerbe und Handel wieder beleben und die Einwanderung aufs neue heranziehen.

Reißen wir also die Deiche ein, die durch den Preisrückgang, durch die Geldknappheit der gesunden Entfaltung der Schaffenskraft des Landes im Wege stehen, so muß der Bedarf an Geld steigen, er muß notwendigerweise in stets wachsendem Maße sich steigern.

Die Wirtschaftsgeschichte des Landes, der noch unausgebeutete Reichtum ausgedehnter Gebiete berechtigt uns, auf die Zukunft Argentiniens zu vertrauen; diese selbe Zuversicht aber muß zur Annahme berechtigen, daß der argentinische Verkehr einen wachsenden Bedarf an Geld haben wird.

Wenn bei einer Einwohnerzahl von 4 Millionen 300 Millionen an Geld für den Verkehr nicht ausreichen (der Beweis für ihre Unzuverlässigkeit liegt im steten und allgemeinen Preisrückgang vor) so leuchtet ein, daß wir bei 5 Millionen Bevölkerung 375, und bei 6 Millionen 450 Millionen an Geld benötigen werden.

Bemerkung. Alle diese Berechnungen beruhen auf der Annahme, daß das Tauschverhältnis zwischen Gold und Waren auf unseren Auslandsmärkten sich nicht verändern wird. Fallen oder steigen jedoch die in Gold ausgedrückten Preise, so würde die Voraussetzung für diese Berechnungen nicht mehr zutreffen. Sinken die Warenpreise in Europa, so werden sie auch hierzulande sinken, und wir werden, um das Gleichgewicht zu erhalten, Papier zurückziehen müssen; steigen aber die Warenpreise (in Gold ausgedrückt), so werden wir entsprechend mehr Papiergeld ausgeben müssen.

Jedoch liegt im Bevölkerungszuwachs nicht die einzige Handhabe, die der Geldmonopolverwaltung zur Bildung ihrer Reserven zur Verfügung steht; auch nicht die wichtigste.

Die Grundlage für jede Nachfrage nach Geld besteht im Privateigentum und in der Arbeitsteilung. Je stärker entwickelt diese beiden wirtschaftlichen Einrichtungen sind, um so größere Nachfrage nach Geld werden sie erzeugen.

Beide aber, Arbeitsteilung wie auch Privateigentum, sind hier in Argentinien noch sehr ausdehnungsfähig. Es gibt ganze Provinzen, die wegen fehlender Arbeitsteilung noch fast nichts für den Markt erzeugen. Die Bewohner begnügen sich, das für den Eigenbedarf Nötige hervorzubringen, und sie haben keine anderen Bedürfnisse als diejenigen, die sie mit eigenen Armen und den Hilfsquellen der umgebenden Natur befriedigen können. Mangel an Beförderungsmitteln macht Warenaustausch und Arbeitsteilung unmöglich. In jenen Provinzen besteht keine Nachfrage nach Geld. Die ihre Geleise täglich vorschiebenden Eisenbahnen ermöglichen jedoch die Ausfuhr einer großen Menge von Erzeugnissen und verleihen ihnen Wert; dieser Wert aber reizt zu vermehrter Arbeitsteilung. Deswegen wächst die Nachfrage nach Geld mit jedem Kilometer, um den wir die Ausdehnung unserer Bahnlinien vermehren, und wir müssen deshalb die Notenausgabe so vermehren, daß sie mit dem Eisenbahnbau Schritt hält.

Wieviel beträgt die Vermehrung der Geldnachfrage, soweit sie von wachsender Arbeitsteilung herrührt? Auch dies können wir annähernd genau ausrechnen.

Vom Jahre 1892 bis 1897 sank der Goldpreis von 370 auf 270, was annähernd 30% ausmacht.

Im gleichen Zeitraum verbrannte die Konversionskasse

10 Millionen, also	3%
und die Bevölkerung wuchs um	<u>10%</u>
Insgesamt	13%

Rechnen wir diese von den 30% ab, so bleiben auf Rechnung vermehrter Arbeitsteilung 17%, also ungefähr 3% für ein Jahr.

Wenn wir nun annehmen, daß die Zunahme der Arbeitsteilung einige weitere Jahre hindurch im gleichen Verhältnis andauert, so

würden wir die sich daraus ergebende verstärkte Nachfrage nach Geld mittels neuer Notenausgaben auszugleichen haben, weil sonst – wie seit Jahren – das Geld weiter im Preise steigen, oder, was dasselbe ist, der Preis der Waren weiter sinken würde.

Es bestehen jedoch, und ich erkenne dies ohne weiteres an, gewisse Kräfte, die imstande sind, der Wirkung entgegenzuarbeiten, die der Bevölkerungszuwachs und anderes auf die Nachfrage nach Geld ausüben, denn es könnte der Fall eintreten, daß die *Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zunähme*, was im Verkehr dieselbe Wirkung üben würde wie eine vermehrte Notenausgabe.

Und es liegen statistisch festgestellte Tatsachen vor, die die Möglichkeit erweisen, daß dieser Fall eintritt. So steht es z.B. fest, daß der englische Markt nicht halb so viel Geld aufnehmen kann, wie der französische Verkehr in ständigem Umlauf erhält, und dies, trotzdem die Arbeitsteilung in England entwickelter ist, als in Frankreich.

Dies liegt an den Bankeinrichtungen, die den Gebrauch des Geldes und die Nachfrage danach schmälern und seinen Umlauf beschleunigen.

Die von mir vorgeschlagene Geldpolitik würde nun sofort einen beschleunigten Geldumlauf herbeiführen, indem sie dem Markte alle die Gelder wieder zuführen würde, die durch die Hoffnung auf weitere Steigerung des Geldwertes zurückgezogen sind, und wir müssen deshalb sofort Anstalten treffen, um die durch den beschleunigten Umlauf herbeigeführte Beeinflussung der Preise zu bekämpfen.

Nach „Mulhalls statistischem Wörterbuch“ betrug der Geldumlauf auf den Kopf der Bevölkerung in:

Großbritannien	4,4	Pfund	Sterling
Deutschland	5	"	"
Vereinigte Staaten	7	"	"
Frankreich	11,8	"	"

Unser Notenumlauf von 290 Millionen ergibt zum jetzigen Kurs von 270 den Betrag von 4,7 Pfund Sterling auf den Kopf der Bevölkerung und weist uns unsere Stellung an zwischen den beiden Ländern, die nach der erwähnten Ermittlung im Vergleich zu ihrem Handel das wenigste Geld benötigen. Dies könnte uns zur Annahme verleiten, daß das Geld hierzulande schon sehr schnell umläuft und daß daher keine große Gefahr für eine merkliche Beschleunigung besteht.

Bedeutet aber die beschränkte Geldmenge, mit der der argentinische Handelsverkehr auskommt, nicht vielleicht Mangel an Nachfrage nach Geld, Mangel an Arbeitsteilung, Mangel an Besitzwechsel? Ohne eine ins einzelne gehende Untersuchung ist diese Frage schwer zu beantworten.

Doch können wir das beiseite lassen. Sicher ist, daß die Hebung

der Valuta, die alle von den jetzt geltenden Emissionsgesetzen erwarten, dem Verkehr einen merklichen Teil der ausgegebenen 300 Millionen vorenthält, sicher ist, daß die „Besserung der Valuta“ gegenwärtig den Geldumlauf behindert, während die vorgeschlagenen Reformen im Gegensatz dazu seinen Umlauf begünstigen würden.

Sicher ist, daß die vorgeschlagenen Reformen den Geldumlauf sofort beschleunigen und damit preistreibend wirken würden.

Andererseits ist es gleichfalls sicher, daß die Reformvorschläge Handel und Gewerbe neu beleben und daß die mehr erzeugten Güter wahrscheinlich das vermehrte Geldangebot (vielleicht mit Überschuß) ausgleichen würden.

Nehmen wir diese Wirkung als sicher eintretend an, daß also der erwartete schnellere Geldumlauf sich durch die erhoffte verstärkte Warenerzeugung (Nachfrage nach Geld) ausgleicht, so würde sich die Lage der Geldmonopolverwaltung wie folgt gestalten:

Jährliche Notenausgabe zum Ausgleich der verstärkten Nachfrage nach Geld, die als Folge des Bevölkerungszuwachses eintritt:

2% auf 290 Millionen Pesos 5 800 000

Desgl. zum Ausgleich der verstärkten Nachfrage nach Geld die durch die zunehmende Arbeitsteilung erzeugt wird

3% auf 290 Millionen	<u>8 700 000</u>
Insgesamt Pesos	14 500 000

Ebensoviel im zweiten Jahre, zuzüglich Zinsen auf das Erträgnis des ersten Jahres, und nach 3 Jahren würde die Geldmonopolverwaltung bereits über 50 Millionen Pesos an Börsenwerten ersten Ranges verfügen.

Würde diese Summe nicht ausreichen, um die Valuta auch vor einer „Verschlechterung“ zu schützen?

In drei Jahren würde die Notenausgabe auf 352 gestiegen sein, und die in den Kassen der Geldmonopolverwaltung befindlichen 50 Millionen würden somit den siebenten Teil der ganzen Emission ausmachen.

Gibt es auf der Erde ein zweites Land, das über vergleichsweise so gewaltige Mittel zur Regelung des Geldumlaufs verfügt?

Durch den Verkauf dieser 50 Millionen an Rücklagen könnte die Geldmonopolverwaltung an der empfindlichsten Verkehrsstelle, an der Börse, 15% des gesamten Geldumlaufes zurückziehen!

Und diese Reserven würden alljährlich schrittweise zunehmen, genau entsprechend dem Bevölkerungszuwachs, im genauen Verhältnis zur Weiterentwicklung der Arbeitsteilung und des Besitzwechsels. Schritthaltend mit dem argentinischen Handelsverkehr würde die

Macht der Geldmonopolverwaltung sich mehren, sie würde in wenigen Jahren ihren Machtbereich durchaus beherrschen. [Der Erfolg hat die Richtigkeit vorstehender Schätzungen und Berechnungen durchaus bestätigt. – 1903, nachdem 3 Jahre die argentinische Währung nach meinen Vorschlägen geführt worden war, befanden sich bereits 47 000 000 Goldpesos in der Konversionskasse, die durch keine anderen Kräfte als die genannten angezogen worden waren. Die Konversionskasse, die bei ihrer Gründung so gut wie nichts an Rücklagen besaß, beherrschte mit Hilfe der ihr selbsttätig und kostenlos zufließenden Mittel schon 1903 den Geldmarkt so, daß während dieses ganzen Jahres das Goldagio unverändert auf dem durch Gesetz festgelegten Punkt, nämlich 127,27 stehen blieb. Heute verfügt Argentinien über einen Goldschatz von 472 Millionen Pesos (1 Peso = 4 Goldmark). Die Noten sind dort mit 80% durch Gold „gedeckt“.

Beim Vergleich mit den regulatorischen Machtmitteln anderer Notenbanken ist zu beachten, daß in Argentinien (wie jetzt in Deutschland) alles umlaufende Geld aus Noten der Nationalbank besteht, während in Deutschland damals die Hauptmasse des Geldes aus Gold- und Silbermünzen bestand, auf die die Reichsbank keinen Einfluß hatte. Daher hauptsächlich die Schwäche der Reichsbankpolitik. Je mehr Metallgeld im Verkehr war – um so schwächer war die Reichsbank. Diesen Sachverhalt hat die Reichsbank heute noch nicht voll begriffen.]

Schlußfolgerung.

Das aus Papier gefertigte Geld begegnet auf der ganzen Erde großem Mißtrauen, und es liegt darin nichts Verwunderliches. Denn nicht alle haben Muße, der Sache auf den Grund zu gehen, bevor sie ihr Urteil abgeben.

Wann hat man zum Papiergeld gegriffen? Das geschah, so oft unter der Herrschaft des Metallgeldes eine Krise ausbrach (in den Vereinigten Staaten, in Italien z.B.) und die Regierungen, die Bedürfnisse der Staatskasse mit denen des Verkehrs verwechselnd, die Notenausgabe als bequemes Mittel, sich Geld zu verschaffen, benutzten (in England, Frankreich, Rußland, Italien, Argentinien, Chile usw.); es geschah, wenn in Kriegszeiten, bei Hungersnot, als Folge von Seuchen das Metallgeld verschwand (Gresham-Gesetz), kurz, stets in Zeiten der Not, und nicht in dem Bestreben, den Geldumlauf zu bessern, sondern unter dem Drucke, den die dem Geldwesen vollständig fremden Triebkräfte ausübten.

Niemals, in der Gesamtgeschichte des Papiergeldes nicht ein einziges Mal, griff man zum Papiergeld, weil man sich daraus einen Vorteil für den Verkehr versprach. Niemals hat man zugunsten des Papiergeldes das kleinste Opfer gebracht (wie es doch alltäglich zugunsten des Metallgeldes geschieht); man hat es im Gegenteil seiner eigenen Hilfsquellen beraubt.

Ist es da verwunderlich, daß das Papiergeld, mißhandelt und aus-

gebeutet, die berechtigten Ansprüche des Verkehrs nicht befriedigen konnte, daß es, verglichen mit seinen metallischen Genossen, dem verhätschelten Lieblingskind sämtlicher Regierungen, sich als mangelhaft erwies? Ist es nicht ganz natürlich, daß infolge naheliegender Gedankenverbindungen das Wort Papiergeld die Erinnerung wachruft an Krise, Hunger, Krieg, Elend?

Es besteht hierzulande als Abteilung der Regierung eine Konversionskasse. Entspricht der Zweck dieser Einrichtung dem Sinne ihrer Bezeichnung, so muß die Absicht vorliegen, zum Metallgeld zurückzukehren, und das Bestehen der Konversionskasse muß als der erste Schritt nach jener Richtung angesehen werden.

Ist aber die Umwandlung unseres Geldwesens, ist die Konversion beschlossene Sache, so müssen wir auch annehmen, daß die Fragen und Aufgaben, die heutzutage das Metallgeldwesen stellt, bei uns bereits gelöst worden sind. In welchem Sinne ist das geschehen? Geschah es zugunsten des Silbers, des Goldes, der Doppelwährung, der freien oder der bedingten Ausprägung?

Ich glaube, daß wenn man diese Fragen entschieden hat, dies leichthin, ohne daß man der Sache auf den Grund ging, geschehen ist.

Heutzutage zum System des Metallgeldes übergehen, heißt einen Sprung ins Dunkle tun, der teuer zu stehen kommen kann. Schon der bloße Umstand, daß gegenwärtig der Zufall und die Abenteuerer von Klondyke und Transvaal über das Schicksal der Emission bestimmen, ist Beweis dafür, daß dieses Geldsystem große Mängel haben muß. Das Mangelhafte aber ist nicht von Dauer.

Dem Silber ist kürzlich das Prägerecht entzogen worden, und die dadurch bewirkte Entwertung dieses Metalls hat zu ungeheuren Verlusten in all den Ländern geführt, wo man das Silber zur Geldherstellung gewählt hatte. Was heute dem Silber widerfuhr, kann morgen dem Golde zustoßen. Also Vorsicht mit dem Golde!

Die Aufhebung des Prägerechtes für das Gold aber wird an dem Tage einsetzen, an dem irgendwo auf dem Erdball beschlossen wird, mit dem Papiergeld einen *ernsthaften Versuch* zu machen. An diesem Tage wird das Geldproblem für immer gelöst werden.

Wird dem Lande Argentinien die Ehre zufallen, diese Frage gelöst zu haben? Buenos Aires, im Mai 1898.

Silvio Gesell.

Bemerkung. – Da mir daran liegt, festzustellen, wieweit der Handelsstand die Dringlichkeit einer Änderung unserer Gesetze über Notenausgabe erfaßt hat, und ob ein Feldzug gegen jene Gesetze auf Unterstützung im Volke würde rechnen können, fügte ich dieser Schrift eine Postkarte bei, in der ich bitte, daß alle, die in der Verteuerung unseres Geldes die wirkliche Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftsstockung erblicken, diese Überzeugung durch ihre Unterschrift öffentlich bekräftigen. Ich beabsichtige, diese Zustimmungserklärungen zu sammeln und sie alsdann ausgiebig als Werbemittel für die Verwirklichung der hier dargelegten Reformvorschläge zu benutzen [Hiermit schloß meine 1898 in Buenos Aires veröffentlichte Schrift. – Zur Kennzeichnung der Unwissenheit, in der das Volk in Währungsfragen lebt, sei bemerkt, daß von den hier erwähnten Postkarten nur ganz wenige mit zustimmenden Worten, eine ganze Anzahl aber mit unflätigen Verwünschungen mir zugestellt wurde.].

Der vorstehenden Schrift wurde später noch folgendes als Anlage lose beige-fügt:

Jedes Volk hat das Geldwesen, das es verdient.

Die letzten Tage haben erkennen lassen, daß in der Frage unseres Geldes viel geredet, aber wenig nachgedacht wird. Es darf uns deshalb nicht wundern, daß wir von der Lösung ebensoweit entfernt sind, wie vor 10 Jahren.

Niemand hat sich in die Frage vertieft. Die gleiche Unwissenheit herrscht wie vor 10 Jahren. Vergleicht man das, was früher gesagt und geschrieben wurde, mit den gegenwärtigen Erörterungen, so ist nicht der geringste Fortschritt zu bemerken.

Schon vor sechs Jahren machte ich darauf aufmerksam, daß der Wortlaut der Inschrift auf unseren Geldscheinen Unsinn ist, daß der Handelsstand es unter seiner Würde halten müßte, ein Geld anzunehmen, dessen Inschrift ein Hohn auf die gesunde Vernunft ist. Nach wie vor sind jedoch jene Scheine im Umlauf, und niemand erhebt Widerspruch.

Um die Erforschung der Geldfrage anzuregen, werde ich aus meiner Tasche eine Spende von

Eintausend Pesos Nationalgeld

demjenigen auszahlen, der eine befriedigende Erklärung darüber geben kann, was der Peso-Nationalgeld ist, den die Nationalbank bei Vorzeigung dem Inhaber unserer Geldscheine zu zahlen verspricht, also dem, der einen Sinn im Wortlaut der Inschrift unserer Geldscheine entdeckt.

Und solange nicht jemand sich diese Spende verdient hat, werde ich wiederholen, daß in bezug auf das Geldwesen viel geredet, aber wenig nachgedacht wird, und ich werde berechtigt sein, jedem, der ein Urteil über die Geldfrage abgeben will, den Rat zu erteilen, er möge schweigen und zunächst einmal die Sache ergründen.

Nur vertiefte Forschung, die ihre Erkenntnisse an den Vorgängen des wirklichen Lebens nachprüft, kann die Geldfrage endgültig lösen. Nur wenn die wirtschaftlichen Gesetze, die die Preise bestimmen, allgemeiner bekannt werden, ist eine sichere Gewähr, ein unerschöpfliches Unterpfand für die Sicherheit des Geldes gegeben.

Buenos Aires, 10 Oktober 1898.

Silvio Gesell.

Nachtrag

Der Krieg darf niemand irgend welchen Vorteil bringen. Steuern, Seuchen, Hunger, orgeldrehende, bettelnde Kriegskrüppel, Lumpen, das soll die Bescherung, wie des dreißigjährigen, so auch dieses Krieges sein. So lange muß das vom Kapital gezüchtete Gesindel hungern, bis der echte, friedensstriefende Geist seinen Einzug am Herde der deutschen Familie hält. Nichts von Hypothekentilgung, von achtstündigem Arbeitstag, von Heimstätten, von Lastenabschüttelung, von Solons „Seisachtheia“. Keine Herabsetzung des Zinsfußes, keine politische Freiheit, nein, nichts Erfreuliches, nur Unerquickliches soll uns allen der Krieg hinterlassen. Nicht einmal bessere Erkenntnis, so daß auch der, der etwa im Kriege „umgelernt“ hat, sich nur noch tiefer in Wahngebilde verirrt.

Auch die, die hofften, durch Helfferichs Papiergeldwirtschaft von allen Schulden befreit zu werden, müssen sich jetzt mit der Vermögensaufblähungssteuer zu Hiob auf den Mist setzen und die Eiterbeulen des Krieges mit Scherben auskratzen. Nein, es soll, es darf nicht sein, es wäre eine Sünde wider den heiligen Geist, wenn in späteren Zeiten die Klasse der Schuldner sich des Krieges erinnerte, als eines Mittels, sich vom Druck der Schulden zu befreien.

Der Krieg muß unbedingt auch finanziell derart abgewickelt werden, daß sein bloßer Name bei allen, ausnahmslos allen, ein Grausen hervorruft. Dann wird er uns den einzigen Nutzen gebracht haben, den wir von ihm erwarten können.

Internationale Valuta-Assoziation (Iva)

Voraussetzung des Weltfreihandels –
der einzigen für das zerrissene
Deutschland in Frage
kommenden Wirt-
schaftspolitik.

Von

Silvio Gesell



1920

Freiwirtschaftlicher Verlag, Contra in Hessen.

Einleitung.

Hart wie unversöhnliche Feinde, schroff wie Felsklippen sind in den Schulatlanten die Staatsgrenzen gezogen und hart und schroff prägen sich die blauen, roten, gelben Flecken durch Flächenbegrenzung und Farbenabtönung dem kindlichen Geiste ein. Und die Erklärungen, die der Lehrer zu diesen Bildern bringt, sind nicht geeignet, diese Schärfen zu mildern. Die grüne Fläche zeigt dein Land, die daran stoßende rote Fläche gehört den Russen. Und so trägt der Lehrer zu den Härten der Grundrisse noch die der Eigentumsbegriffe.

Und mit diesen unwahren, pädagogischen Nebenzwecken dienenden Gebilden als Unterlage, treiben dann die Erwachsenen ihr Leben lang Politik. Hart stoßen sich im Eigentumsbegriffe diese scharfkantigen Sachen. Darf man sich wundern, daß es da nur schrille Töne gibt?

Nun könnte man annehmen, daß das Leben manches an diesen Schulbildern berichtigen müßte. Aber dafür, daß das nicht geschehen kann, daß im Gegenteil die Grenzlinien der blauen, grünen und gelben Flächen täglich wie mit einer Messerschneide schärfer nachgezogen werden, sorgen die *Zölle* und das mit ihnen entstehende neue Trugbild des „*geschlossenen Handelsstaates*“, des „*nationalen Wirtschafts-Gebietes*“, des „*Zollvereins*“, des „*Mitteleuropa*“ und wie alle diese Freihandels-Ersatzmittel genannt werden mögen. Wer es etwa vergessen hat, wie die Staatsgrenze verläuft, wer dafür in der Natur der Dinge, in den Menschen und ihren Einrichtungen keine genügenden Anhaltspunkte findet, wem etwa die fremdsprachige Unterhaltung der Mitreisenden, der Wechsel der Landschaft, die lauen oder herben Lüfte, die blonden oder schwarzen Zöpfe nicht genügend Beweis dafür sind, daß er die Grenzen seines Landes, der blauen oder roten Fläche verläßt oder wieder überschreitet, dem wird es hier an der Zollgrenze aufs Nachdrücklichste gezeigt. Wenn bärtige, vermummte Männer dich im Eisenbahnwagen aus dem Schlafe rütteln, dich in die kalte Winternacht zur Zollrevision treiben, dein Gepäck aufreißen und durchwühlen, dann hast du den Beweis, daß du deinen Staat verlassen oder wieder betreten hast. Ohne es zu

beachten, ohne von jemand daran erinnert zu werden, im Schlafe hast du zeh'n verschiedene natürliche und künstliche Grenzen überschritten, Sprachgrenzen, Gemeinde-, Staats- und Kantonsgrenzen, Naturgrenzen, Volks- und Rasegrenzen. Irgend welche Belästigung, Nachteil oder Störung haben sie dir nicht gebracht. Aber hier an den Zahlischen des Zollamtes wirst du es erfahren, was eine Grenze ist, und wirst an das scharfkantige Bild denken, das man dir in der Schule vom Staate zeichnete.

Mit der Rasse, Sprache, Religion, Staatsverfassung usw. hat man noch niemals einen Staat vom anderen trennen können. Das Leben webt diese Trennungszeichen immer wieder zu, wie die Wunde einer Baumrinde durch Überwallung vernarbt und verschwindet. Aber die durch den Zoll geschaffene, klaffende Grenze, die allein vernarbt nicht. Die Wunde, die hier der Menschheit geschlagen wurde, die eitert ewig fort und wird zudem durch neue, willkürliche Zollgesetze immer wieder neu aufgerissen.

Träte zu den natürlichen Grenzen nicht noch die des Zolles, so würde das Staatsbild, das wir den Atlanten verdanken, mit der Zeit immer verschwommener, die Erfahrung würde es berichtigen, der Wirklichkeit nahe bringen. Es ist sogar wahrscheinlich, daß es sich in vielen Fällen ganz auflösen würde, wie das Bild von zwei Wassertropfen, die man miteinander in Berührung bringt, so daß es wohl öfters vorkommen würde, daß Menschen, denen das Leben zu interessant erscheint, um den politischen Tagesstreitigkeiten Zeit zu opfern, nicht mehr recht wissen würden, ob sie in dem blauen, gelben oder grünen Staate leben. Kommt solches nicht schon heute in den durch Zollverein zusammengeschweißten Staaten vor? In Deutschland, in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten Nordamerikas? Welcher Deutscher, Schweizer, Amerikaner, vermag die Grenzen der Bundesstaaten oder Kantone, ja sogar seines Kantönlis nur einigermaßen naturgetreu zu zeichnen? Was oder wer erinnert ihn daran, daß er eine Bundesstaats- oder Kantonsgrenze überschreitet? Ohne den Fuß zu heben, den Kopf zu senken, ohne schein nach links und rechts Ausschau zu halten, überschreitet man alle Grenzen, sofern sie nicht von Zollbeamten bewacht werden. Praktisch sind sie ohne jede Bedeutung für 99 Prozent des Volkes.

Zu Beginn des Krieges wurde in den Schweizer Zeitungen eifrigst die Frage behandelt: Was eigentlich das Unterscheidungszeichen der Staatswesen sei? Alle Versuche, diese Frage mit den natürlichen Kennzeichen eines Volkes zu beantworten,

scheiterten. Sogar das Prunkstück unter den Merkmalen des Staates, die Verfassung, konnte man für die Beantwortung der Frage nicht gebrauchen, denn es war bekannt, daß sich viele Staaten die Verfassung einfach abgeschrieben, oder auf dem Wege des Buchhandels vom Ausland bezogen hatten, um sie unverändert zur ihrigen zu machen. Die richtige Antwort wäre gewesen, daß die Zollgrenze, der Zolltarif, die Zollflagge, die Uniform der Zollbeamten in den heutigen Staaten das einzige geblieben ist, was die Dutzendstaaten – als Staaten – von einander unterscheidet. Der Zoll, nichts als der Zoll prägt dem Staate die Brandmarke auf und gibt den Staatsgrenzen den Charakter des Geschlossenen.

Schafft man die Zollgrenzen durch Einführung des Weltfreihandels ab, so verlieren die Staatsgrenzen jede Schärfe. Das Trennungszeichen verwandelt sich in einen Verbindungsstrich. Die Staatsgrenze wird zu einer einfachen Verwaltungsgrenze, wie etwa die Gemarkungen der ländlichen Gemeinden, die auch nicht durch Stahl und Eisen, sondern durch einen blumigen Rain gezogen sind. Dann fließen die Staaten mehr oder weniger unvermittelt in einander über und allen Menschen ist es dann gleichgültig, wie die Grenzen der verschiedenen Staaten verlaufen. Denn nur an die Zollgrenze denkt der Unternehmer, Weltreisende, Kaufmann, wenn von Staatsgrenzen die Rede ist. Sie ist es, die Unruhe in die Volksseele trägt, die jedem das eigene Land klein, zu klein erscheinen läßt und die die Patrioten der Gewähr beraubt für eine gesunde Entwicklung ihres Volkes. Der Zoll, nichts als der Zoll ist es, der die Weltkugel in Mein und Dein zerlegt und der den wenigen Querköpfen, die aus Ruhmsucht Imperialist sind, den moralischen Machtzuwachs aus den Kreisen der werbenden Stände zuträgt. Zwangsläufig verwandelt der Zoll, der bestehende, wie noch mehr der erwartete, jeden Mäusefallenfabrikant in einen Imperialisten und Annexionisten, denn sobald mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß durch künftige Zollsperren dem Absatz der Produkte und dem Bezug von Rohstoffen ganze Staaten und Erdteile entrissen werden können, muß der Unternehmer darauf bedacht sein, sich wenigstens ein möglichst großes eigenes Zollgebiet zu sichern. Sobald nicht jedem das Ganze, die ganze Erdkugel als Tummelplatz gesichert ist, beginnt auch der Kampf um die dann immer zu kurze Decke.

Die Zollgrenze hebt gewaltsam alles auf, was die Völker natürlich eint. Die trennende Gewalt der Zölle wiegt alle anderen einenden Umstände auf. Jeder freie, normale Mensch erhebt

Anspruch für sich und die gesamte Menschheit auf die ganze Erdkugel. Mit einem umgrenzten Stück, und mag es noch so groß bemessen sein, ist er nicht zufrieden. Alle natürlichen Grenzen dürfen und wollen wir achten, doch die Zollgrenzen müssen wir spurlos versenken. Die Kugel, die da in weitem Bogen um die Sonne kreist, das ist unser, wie jedes Menschen „Platz an der Sonne“.

Krieg ist also die fast unvermeidlich scheinende Antwort auf den Zoll, ja der Zoll ist schon die Kriegserklärung; Freihandel ist die Voraussetzung des Friedens. Der Freihandel, der Weltfreihandel bietet allein allen Völkern die Gewähr, daß sie unbehelligt ihrer Eigenart leben, diese in friedlichem Wettbewerb zur vollen Entfaltung bringen können. Sprache, Sitte, Religion, geschichtliche Überlieferung, kurz alles, was einem Volke heilig erscheint, findet nur im Freihandel den Schutz der Menschheit gegen jede fremde Vergewaltigung. Wer seine Fenster gegen den Hagel schützen will, braucht sie nur zu öffnen; wer in seinem Lande unbelästigt leben will, öffne seine Tore dem Welthandel.

Wenn der Zar s. Zt. für die Konferenz im Haag statt der militärischen Abrüstung, die wirtschaftliche Abrüstung, d.h. den Freihandel vorgeschlagen hätte? Ob er nicht noch heute auf seinem Throne säße, fest wie auf einem rocher de bronze [ehener Fels]? Denn Freihandel ist ja Abrüstung. Die Rüstung ist da, um die Zollmauern einzurennen.

Wilson fordert im § 3 seines Friedensprogrammes den Weltfreihandel, allerdings mit der Klausel „nach Möglichkeit“. Ohne diese Klausel wäre dieser Paragraph an sich ein volles Friedensprogramm gewesen. Denn „in nuce“ [im Kern] enthält der Weltfreihandel alle übrigen Forderungen dauernden Friedens. Führt den Weltfreihandel ein, stellt ihn an die Spitze aller allgemeinen Menschheitsrechte und damit in den Schutz aller Staaten, so wird euch alles Übrige, Friede, Freiheit, Demokratie, Sicherheit der Meere, Schutz der kleinen Nationen als Zugabe in den Schoß fallen. So hätte sich Wilson ausdrücken können, wenn er die volle Tragweite seines § 3 erfaßt hätte. Vielleicht hat er sie auch erfaßt – nur, daß er den Freihandel nicht für möglich, wenigstens nicht für sofort durchführbar hielt.

Es dürfte sich also empfehlen, einmal den Dingen nachzuforschen, die den Weltfreihandel für jetzt unmöglich erscheinen lassen, um zu sehen, ob sie nicht doch noch dem Weltfrieden aus dem Wege geräumt werden können. [Wie einfach gestaltet sich das Problem des Schutzes der kleinen und kleinsten Nationalitäten und der in der Diaspora lebenden Völker (Juden), wenn man es vom Standpunkte des Freihandels betrachtet. Wie einfach dann die Frage des freien Zuganges zum Meer. Sieht man vom Freihandel ab, so gestaltet sich das genannte Programm in der Regel zu einem gordischen Knoten, den nur die Brutalität, die Macht lösen kann. – Das wird man ja auf dem kommenden Friedenskongreß sehen. Wenn man z.B. den Polen einen Zugang zum Meer geben will, so kommen die Bewohner des Rheintales, bis hinauf zu den Alpen, und verlangen dasselbe – nach dem Grundsatz, was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Und wenn man den Polen den Zugang zum Meere gibt (Danzig), wie kann man ihn dann denen nehmen, die diesen Zugang bereits haben, den Österreichern, z.B. (Triest). Und unzählige derartige Widersprüche. – Mit dem zum allgemeinen Menschenrechte erhobenen Weltfreihandel und seiner feierlichen Proklamation als unantastbares Gut des Menschengeschlechtes, hat jedes einzelne Volk und Völkchen, ja sogar jeder Mensch, jeder herumziehende Zigeuner, freien, uneinschränkbaren Zugang zu allen Meeren.]

Der Weg zum Freihandel.

Außer den mit den Zöllen verknüpften Privatinteressen steht dem Freihandel noch die herkömmliche Behandlung der Währung im Wege. Wie man diese Privatinteressen zu behandeln hat, werde ich nur kurz andeuten können, um mich dann meinem Hauptthema, der freihändlerischen Behandlung der Währung zuzuwenden.

Im allgemeinen wird man wohl in Übereinstimmung mit dem Satz, daß ein guter Baum nur gute Früchte bringen kann, auch behaupten können, daß alles, was einer natürlichen und gerechten Sache im Wege steht, schon darum allein als schlecht und verwerflich angesehen werden muß, und daß darum auch alle Privatinteressen, die dem Freihandel sich entgegen stemmen, schlechthin als unnatürlich anzusehen sind. Wie man die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und Menschen als das allgemeine Lotblei für Gerechtigkeit ansehen kann, so wird uns auch der Freihandel zeigen, was an unseren wirtschaftlichen Einrichtungen falsch oder richtig, gerecht und ungerecht, gut und schlecht ist. Faul muß alles sein, was auf dem Zolle gedeiht, von ihm irgend welche Fördernis erfährt, wie auch notwendigerweise alle Lehrsätze, die zur Stütze des Zolles herangezogen werden, von vornherein mit Mißtrauen betrachtet werden müssen.

Aber mit solcher Qualifizierung ist dem Freihandel wenig gedient. Privatinteressen stehen nun einmal dem Freihandel im Wege – breit und mächtig. Und für uns, die wir dem Frieden die Wege bereiten wollen, kann es sich nur darum handeln, wie wir am schnellsten zu unserem Ziele kommen. Zwei Wege öffnen sich uns hier. Wir können die mit dem Zolle verknüpften Privatinteressen politisch bekämpfen, durch Gesetz aus dem Wege räumen – ähnlich wie die Zollinteressenten den Freihandel bekämpften und zur Strecke brachten. Wir können diese Privatinteressen aber auch ablösen, mit Geld abkaufen.

Der kürzeste und darum auch der billigste Weg wird wohl in den allermeisten Fällen und Ländern die Ablösung sein. Mit der Ablösung verwandeln wir die zähesten Anhänger der Zollgesetzgebung unmittelbar in begeisterte Befürworter des Freihandels. Man vergesse nicht, daß jeder, der vom Freihandel persönlichen Nachteil erwartet, selbstverständlich auch für jede freihändlerische Werbearbeit taub ist und taub bleibt. Verkauft man irgend einem Menschen ein landwirtschaftliches Gut, so denkt dieser Mensch auch schon agrarisch, d.h. schutzzöllnerisch. An den Wahlurnen vertritt er die Zollpolitik. Tauscht derselbe Mensch späterhin sein Gut gegen Industrie-Aktien, so verwandelt sich am gleichen Tage der Schutzzöllner in einen Freihändler. Und tat er letzteres nur zur Hälfte, so pendelt er haltlos zwischen Schutzzoll und Freihandel. Mit dieser Tatsache muß der Freihändler rechnen, sofern es ihm ernst ist mit der Verwirklichung seines Ideals, und er nicht Fischen predigen will.

Manchem wird es ja sicher etwas komisch vorkommen, wenn man ihm ernsthaft den Vorschlag macht, den Agrariern die Zölle abzukaufen, um damit ihren Widerstand gegen den Freihandel aufzuheben. Außerdem wird er an die Kosten einer solchen Politik denken. – Wem es aber heiliger Ernst mit dem Weltfreihandel und dem Völkerfriede ist, der wird auch nicht vor einer Handlung zurückschrecken, nur weil sie Geld kostet. Was uns die Zölle gekostet haben, das haben wir durch den Krieg erfahren. – Mit einem kleinen Bruchteil von dem, was für den Krieg verausgabt wurde, hätte man alle Privatinteressen nett und glatt dem Weltfreihandel aus dem Wege geräumt. Und schließlich liegt denn in der Ablösung der Zölle eine besondere Belastung des Volkes? Ob das Volk den Gegenwert der Zölle in den Preisen der Produkte zahlt oder in Gestalt von Zinsen, kann ihm rechnerisch vollkommen gleichgültig sein. Eine neue Belastung des Volkes entsteht dadurch nicht. Auch wird der

Vorschlag der Ablösung der Zölle nur demjenigen komisch erscheinen, der nicht weiß, wie schnell die Zölle sich mit sämtlichen wirtschaftlichen Interessen eines Landes zu einem unentwirrbaren Ganzen verfilzen. So viel Ungerechtigkeit in der Einführung der Zölle lag, so viel neue Ungerechtigkeit würde die einfache Abschaffung der Zölle auslösen. Mit den Zöllen sind die Grundrenten gestiegen, mit den Grundrenten stiegen die Preise der Äcker, mit diesen die Hypothekarklasten. So haben heute manche Pfandbriefe, in die der vorsichtige Vormund das Vermögen seines Mündels angelegt hat, in der Hauptsache den Zolltarif als „reale“ Sicherheit. Der Zollkredit ist zum Realkredit geworden! Und was weiß der kleine Bauer, wie der Preis des von ihm gekauften Ackers eigentlich zustande kommt? Weiß er, daß das, was er da bezahlt in der Hauptsache kapitalisierte Zölle sind? Nichts weiß er, er weiß nur, wieviel sein Nachbar für einen gleichen Acker bezahlt hat, daß der Nachbar sein Auskommen findet und, daß er mit fleißiger Arbeit den Zins der Hypotheken aufzubringen vermag. An den Zoll, an die Möglichkeit, daß der Zoll abgeschafft werden könnte, denkt der Bauer nicht. Die Erfahrung ist die Grundlage seiner Berechnungen und im Glauben, daß diese Grundlagen einschließlich des Zolles unveränderlich sind, ist er bereit, den gleichen Hypothekenzins auf sich zu nehmen, den der Nachbar bezahlt.

In solchem Falle ist es sicherlich nicht unverständlich von einer Ablösung der Zölle zu reden. Ähnlich verhält es sich aber mit allen durch den Zoll geschützten Interessen. Hat sich z.B. in einem Lande im Schatten eines sogenannten Schutzzolles eine Industrie entwickelt, die nun dank diesen Zöllen minderwertige Fabrikate zu erhöhten Preisen im Zollgebiet absetzen kann, so darf man doch offenbar diesen Schutzzoll nicht so ohne weiteres niederreißen und den Fabrikanten den rauhen Lüften der Welt-Konkurrenz aussetzen, wie man auch klugerweise Treibhauspflanzen nicht unvermittelt ins freie Land versetzt. Der mit den Zöllen verfolgte Zweck war doch die Treibhauskultur. Man wollte die Unternehmer veranlassen, im gut oder schlecht verstandenen Interesse des Staates, trotz der ungünstigen lokalen Produktionsverhältnisse ihr eigenes und fremdes Geld in dem mit Zöllen zu heizenden Treibhaus anzulegen. Das haben diese Leute getan. Sollen sie nun den nachträglich besser verstandenen öffentlichen Interessen, dem Freihandel geopfert werden? Wenn man das will, so darf man sich nicht wundern, daß der Widerstand gegen den Freihandel mit allen Mitteln und mit dem aus der Verzweiflung erwachsenden Mute gesteigert

werden wird. Auf diese Weise werden wir kaum hoffen können, die Widerstände zu brechen. Das Geld dient so oft als Brecheisen – warum sollen wir es nicht auch als solches für den Freihandel benutzen? Und man glaube nicht, daß der Widerstand gegen die Einführung des Freihandels allein auf den unmittelbar beteiligten Unternehmer beschränkt bleiben wird. Sobald der Unternehmer bekannt gibt, daß der Freihandel ihn zur Stilllegung seines Werkes zwingen wird, verwandeln sich auch schon die in diesem Werke beschäftigten Arbeiter und die von ihnen abhängigen Kaufleute und Handwerker, also die ganze Umgegend, in überzeugte Schutzzöllner.

Dem Feinde baue man goldene Rückzugsbrücken!

Wie man im Einzelfalle vorgehen wird, soll in einer Abhandlung gesagt werden. Nur allgemein will ich bemerken, daß der Übergang von der Zollwirtschaft zum Freihandel nur dort Privatinteressen schädigen kann, wo es sich nicht um Generalzölle handelt, die alle Waren gleichmäßig treffen, sondern um spezifische Zölle, eigentliche Privilege, mit denen man auf Kosten der Volkswirtschaft einzelne Industrien „schützen“ oder fördern wollte. Der „Schutz“ oder das Vorrecht besteht ja darin, daß der Bevorrechtete oder der Zollschützling sein eigenes Produkt zwar zu den um die Zollsätze beschwerten Preisen verkaufen kann, daß er aber seinerseits alles, was er selber für seine Industrie kauft, nicht zu verzollen braucht oder zu „geschützten“ Preisen bezahlen muß. Der Zollschutz muß eine Ausnahme sein. Sobald dieser Schutz verallgemeinert wird, verliert er seine Wirksamkeit. So gibt es manche Länder, wo man 50 Prozent und mehr an Zöllen erhebt und wo sich doch keine Industrie entwickeln kann. Daß es kein Universalvorrecht geben kann, liegt schon im Worte ausgedrückt. Darum kann in solchen Ländern der Übergang zum Freihandel weiter keine nachteiligen Folgen für die Unternehmer haben und kann darum auch nicht Anlaß zu irgendwelchen Entschädigungen geben. Im Gegenteil werden die Unternehmer – vielleicht mit Staunen – wahrnehmen, daß der Wegfall der „Schutzzölle“ sie allesamt durch eine sogar im Mißverhältnis zu den Zollsätzen stehende Verbilligung der Produktion für den Weltmarkt-Wettbewerb kräftigen wird. [Im Mißverhältnis darum, weil zu den Zollsätzen noch die Zollspesen kommen, sowie die Profitsätze der Kaufleute, die die Zollrechnung mit dem gleichen Profit zu belasten pflegen, wie die Rechnungen der Fabrikanten.]

Der Übergang von der Zollwirtschaft zum Freihandel ist also auch dann, wenn die volle Entschädigung der Zollschützlinge ins Auge gefaßt wird, durchaus keine so große finanzielle Operation, wie man wohl von vornherein anzunehmen bereit ist. Was der Zollschützling bis dahin in den Preisen der Waren vom Volke erhob, dasselbe treibt jetzt der Staat auf dem Steuerwege für die Entschädigung der Zöllner ein. Finanziell ist eigentlich nur der Staat an der Sache beteiligt, der für seine Zollauffälle und für die Entschädigungssummen neue Einnahmequellen wird erschließen müssen, was auch wieder keine Schwierigkeiten bieten kann, da die Steuerkraft des Volkes ja zusammen mit der Entlastung von den Zöllen wachsen muß.

Die oben aufgestellten Behauptung, daß ein Generalzoll keinem Unternehmer Nutzen bringt, und daß darum der Übergang vom Generalzoll zum Freihandel auch Niemanden schädigen kann, bedarf einer Einschränkung. Schadlos für das Unternehmertum, wie für allewerbenden Kreise, vollzieht sich nämlich der Übergang zum Freihandel nur unter der Voraussetzung, daß die Abschaffung der Zölle den allgemeinen Preisstand der Waren nicht senken wird. Wäre das nicht der Fall, würde z.B., wenn die Zollwirtschaft den allgemeinen Preisstand der Waren um etwa 20 Prozent gehoben hatte, durch den Übergang zum Freihandel der allgemeine Preisstand nun wieder um ebensoviel gesenkt, so müßten sämtliche Unternehmer, Kaufleute, Handwerker, Landwirte 20 Prozent von ihren Aktiva streichen, während die Passiva (Wechsel, Obligationen, Hypotheken, Schuldscheine) in unveränderter Größe in der Bilanz aufgeführt werden müssen. Und das würde doch genügen, um unzählige Unternehmer mit dem Bankrott zu bedrohen und um den Kredit der Übrigen in Frage zu stellen. Kann man aber erwarten, daß das Unternehmertum einer Politik zustimmen wird, deren erste „Segnung“ der Bankrott wäre? Das hier vorliegende Problem der Übergangswirtschaft zum Freihandel muß unbedingt in befriedigender Weise gelöst werden, sonst wird es niemals gelingen, das Unternehmertum, die Kaufleute, die Landwirte, zum Freihandel zu bekehren.

Wie dieses Problem, das im Grunde ein Währungsproblem ist, gelöst werden soll, werden wir jetzt im Zusammenhang mit anderen, dem Freihandel entgegenstehenden Währungsfragen zeigen.

Der Übergang zum Freihandel hat für die Unternehmer auch den Vorteil, daß die ganze Welt zum Absatzgebiet wird und daß sie darum auch in ganz anderer Weise sich der Vorteile der Arbeitsteilung bedienen können.

Die Beziehungen der Schutzzollpolitik zur Währung.

Die Bimetallisten [Vergl. *E. de Laveleye* – *La monnaie et le bimetalisme.*] sind es wohl gewesen, die die allgemeine Aufmerksamkeit zum ersten Male auf die seltsame Erscheinung lenkten, daß wohin auch die Goldwährung kam, nicht lange darauf im Lande ein allgemeiner Ruf der werbenden Klassen nach staatlichem Schutz, nach Zöllen folgte. [Nur England, das zuerst die Goldwährung einfuhrte, macht hier eine Ausnahme. Der große Vorsprung, mit dem die englische Industrie arbeitete, half uber die Mängel der Währung hinweg. Auch fiel in England der Ubergang zur Goldwährung in eine Zeit ausgesprochener Hochkonjunktur.] So in Deutschland, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. So paradox es auch klingt: Der Siegeszug der für den Weltfreihandel gedachten Goldwährung lief parallel mit dem Siegeszug der Schutzzolltheorie.

Die Bimetallisten erklärten diese Erscheinung ungefähr wie folgt: Mit der Abschaffung der Doppelwährung, haben die Geldpragungen um den Betrag der Silberproduktion abgenommen. Zugleich wollte es der Zufall, daß um jene Zeit die Goldfunde nachließen. [1870 195.026, 1875 173.904, 1880 172.414, 1885 154.959 Kg. Gold (Weltproduktion). Im Jahresdurchschnitt 1866 – 1870 betrug die Produktion der Geldmetalle (Gold und Silber) 3919 Mill. Mk. Nach Ausschaltung des Silbers fiel diese Produktion (Gold) in den folgenden 5jahrigen Durchschnitten 1875 – 1880 – 1885 auf 2426 – 2405 – 2162 Millionen Mark. (Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.)] In Ubereinstimmung mit der Quantitätstheorie mußte dies den allgemeinen Preisstand der Waren senken, und zwar mußte dieser Einfluß sich um so stärker fuhlbarmachen, als der Rückgang der Preise zururckwirkt auf die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und auf den Gebrauch der Geldsurrogate. Der Preisstand der Waren hängt aber ebenso sehr von der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ab, wie von der Menge des Geldes, ebenso vom Gebrauch der Geldsurrogate. Und da ist es eine sehr unglückliche Begleiterscheinung des Metallgeldes, daß die Umlaufge-

schwindigkeit des Geldes nicht etwa, wie man wohl annehmen möchte, wächst, wenn die Geldmenge ungenügend ist, sondern daß sie dann im Gegenteil erlahmt. Wie dieselbe Umlaufgeschwindigkeit auch umgekehrt wächst und an die Grenzen stößt, die die gegebenen Handelseinrichtungen ihr ziehen, sobald wegen stärkerem Zufluß von neuem Geld (oder anderen Ursachen) die Preise anziehen. (In Zeiten von Hochkonjunktur, lösen sich alle Geldreserven auf.) Zugleich aber erschüttert der Preisrückgang der Waren den Kredit der Kaufleute, so daß dann auch der Gebrauch der Geldsurrogate (Kreditinstrumente), gerade wieder zu der gleichen Zeit zurückgeht, wenn ihre stärkere Verwendung ausgleichend auf den Mangel an Geld oder auf die verminderte Umlaufgeschwindigkeit wirken würde. [Prof. Irving Fisher: Die Kaufkraft des Geldes. Berlin 1916. Dr. Th. Christen: Die Quantitätstheorie des Geldes. S. 85. Freiwirtschaftlicher Verlag, Sontra. 1,50.]

Für den Beweis des erfolgten allgemeinen Rückganges der Warenpreise, beriefen sich die Bimetallisten auf die statistischen Arbeiten des Economist und andere, die in der Hauptsache übereinstimmende Ergebnisse lieferten. Hier will ich nur die heute noch erschreckend auf die Klasse der Schuldner wirkende Tatsache erwähnen, daß die Kornpreise in der Zeit von 1870 (vor der Goldwährung) bis 1885, also in kaum 15 Jahren in Deutschland von 240 Mk. auf 150 Mk. fielen.

Durch diesen Preissturz war es den Landwirten, den großen wie den kleinen, unmöglich gemacht, den Zins der Hypotheken zu bezahlen. Der Zins verschlang einen ständig wachsenden Teil der Ernte. Statt 15 Zentner (Tonnen, Fuhren) mußten sie zuletzt 24 Zentner für den Zins aufbringen. Hypothekenschulden haben aber die Landwirte immer. Zwangsläufig führen die Erbschaftsgesetze zur Verpfändung des Bodens. So kam es zu der allgemeinen Klage über die „Not der Landwirtschaft“, zum Notstand im zahlreichsten und einflußreichsten Stand.

Den anderen Erwerbsständen ging es aber auch nicht besser. Wenn sie auch für das tägliche Brot nur mehr 15 statt 24 zahlten, so mußten sie dafür das eigene Produkt für immer weniger Geld verkaufen. Bis zu einem gewissen Grade heben sich ja diese Einflüsse gegenseitig auf. Wenn die Passiva der werbenden Stände solche rückwärtige Bewegung mitmachen würden, könnte es allen gleichgültig sein, ob die Warenpreise steigen oder fallen. Das aber ist nicht der Fall. Hier besteht jeder Gläubiger auf seinem Schein. Auf den Rückgang der Preise

nimmt kein Gläubiger Rücksicht, wie ja auch im umgekehrten Falle es dem Schuldner nie in den Sinn kommt, den Betrag seiner Rückzahlungen um den Betrag der allgemeinen Preissteigerung (Entwertung oder Kaufentkräftung des Geldes) zu ergänzen. So wuchsen bei allen Unternehmern, Kaufleuten, Handwerkern die Passiva im Verhältnis zum Preisrückgang der Waren – wenn nicht nominell, so doch im Verhältnis zu den Aktiva, die bei der Inventur immer niedriger angesetzt werden mußten. Der Preisrückgang erfaßte eben alles, die Waren wie auch die Produktionsmittel. Jährlich mußte aufs Konto der „chronischen Baisse“ ein erheblicher Teil des Vermögens abgeschrieben werden und diese chronische Baisse hielt von 1873 bis etwa 1890 an. Rechnet man diese jährlichen Abschreibungen zusammen, so kommt man zu einer Summe, die mehr oder weniger dem Abstand des Preisniveau von 1873 von dem des Jahres 1890 entspricht. Das genügt aber, um auch gut fundierte Unternehmungen dem Bankrott zuzutreiben. Selbst dann genügt das, wenn die Passiva nicht mit Zinseszins- und Verzugszinsenrechnungen belastet werden. [Die Bedeutung der allgemeinen Baisse für die Zahlungsfähigkeit der Schuldnerklasse kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß bei 5 Prozent Kapitalzins das ganze Deutsche Reich mit allem, was darauf für Geld zu haben ist (Häuser, Fabriken, Schiffe, Eisenbahnen, Warenlager, Vieh, Äcker, Bergwerke, Wälder usw.) alle 20 Jahre über die Zahltische der Zinsbezieher wandert und, daß dieser Zeitraum auf 10 Jahre zusammenschumpft, wenn die Waren (durch deren Produktion und Verkauf die Schuldner sich das Geld für die Zinsen verschaffen müssen) einen Preissturz von 100 Prozent erfahren. Ein solcher Preissturz hat genau dieselbe unmittelbare Wirkung auf die Zahlungsfähigkeit der Schuldner wie eine Erhöhung des Zinsfuß von 5 auf 10 Prozent.]

Zu diesen reinen Inventurverlusten, die ein allgemeiner Preisrückgang der Waren bringt, kommen dann für die Unternehmer und Kaufleute die Betriebsverluste, die dann entstehen, wenn die Betriebsmittel durch Absatzstockung nicht voll ausgenutzt werden können, wenn, wie das in jener Periode jeden Augenblick geschah, Arbeiter entlassen oder die Arbeitszeit verkürzt werden muß. Solche Zeiten stockenden Absatzes, sind dann auch regelmäßig Zeiten stockenden Zahlungsverkehrs und des Zusammenbruches vieler Schuldner. So muß dann der Unternehmer und Kaufmann zu den übrigen Verlusten von seinen Außenständen (Aktiva) einen erheblichen Prozentsatz (der mit der Baisse wächst) als Delkredere [Haftung für den Eingang einer Forderung] abschreiben.

Es war die Zeit, wo man in Deutschland besondere Gesetze zum Schutze gegen den Wucher erließ.

Darf man sich unter derartigen Verhältnissen wundern, daß schließlich von Seiten der Schuldner (die werbenden Klassen) der Ruf nach Schutz erscholl und auf scharf gespitzte Ohren stieß? Und daß dieser Ruf auch auf die mit regelmäßigem Defizit arbeitenden Finanzminister anregend wirkte.

Diesen Ruf nach Schutz beantworteten die Bimetallisten mit der Forderung der Doppelwährung. Sie sagten: wenn wir zu den Goldprägungen noch Silberprägungen fügen [Während in dieser kritischen Zeit die Goldfunde ständig zurückgingen, stiegen umgekehrt die Silberfunde unausgesetzt und zwar wie folgt: 1865 1 101 150, 1870 1 339 085, 1875 1 969 425, 1880 2 450 252 und 1885 2 808 400 Kg. Wäre man bei der Doppelwährung geblieben, so wäre die Baisseperiode 1873 – 1890 der Welt erspart geblieben.], so werden die Preise wieder anziehen, der Unternehmungsgeist wird wieder geweckt, die Aktiva werden wieder höher gebucht werden können und das Gleichgewicht zwischen den Aktiva mit den Passiva wird überall, auch im Staatshaushalt, wieder hergestellt werden. Aber die Bimetallisten konnten nicht durchdringen. Man war eben damals nicht gewöhnt, Änderungen allgemeiner Natur im Preisstand der Waren von der Geldseite her zu betrachten. Heute sogar gibt es noch manche Unternehmer, die das nicht verstehen, bei denen die Redensarten von der „Goldwährung“, von dem „Geld mit festem inneren Wert“ usw. die Meinung hat aufkommen lassen, daß alle Preisänderungen auf Vorgänge auf dem Warenmarkte zurückgeführt werden müssen. Das Geld ist ihnen immer noch ein statisches, kein dynamisches System [S. Dr. Th. Christen: Währung, Zins und Lohn. (Annalen des Deutschen Reiches 1970 S.72.) und die Durchführung der absoluten Währung. Ann. d. D. R. 1917 S. 742. Beide als Sonderdruck im Freiwirtschaftlichen Verlag, Sontra erschienen. Preis je 1,50.]. Man erklärte den allgemeinen Rückgang der Warenpreise, wie man nach einer guten Ernte den spezifischen Preisverfall der Kartoffeln erklärt. Man sagte, es sei zuviel von allem erzeugt worden, es herrsche eine allgemeine Warenüberproduktion, die auf die gewaltig gestiegene Produktivität der Arbeit zurückzuführen sei. Das Angebot sei zu groß – darum fallen die Preise.

So urteilte das Volk und die immer noch begeisterten Anhänger der Goldwährung [Alle, die das Geld nur statisch zu betrachten wissen, müssen selbstverständlich das glänzende, mit so vielen körperlichen Vorzügen ausgestattete Goldstück für das denkbar beste Geld ansehen.] glaubten keinen Grund zu haben,

irgend etwas an diesem Urteil zu berichtigen. Sie überließen das den Bimetallisten, deren Werbekraft bei den Volksmassen nie groß war, weil man hinter ihren Bestrebungen agrarische, rückschrittliche, konservative Politik vermutete. So gruben die Goldwährungsleute, durch ihr passives Verhalten sich selbst, oder wenigstens ihrem Ziele und Ideal, dem Weltfreihandel, das Grab. Ungestraft verhält man sich eben nicht passiv in einer Frage von so weittragender wissenschaftlicher und praktischer Bedeutung.

Von der Behauptung, daß die Ursache des Notstandes in der Überproduktion, also auf Seiten der Ware zu suchen sei, bis zur Forderung eines Sperr- oder Schutzzolles gegen die ausländische Konkurrenz ist nur ein Schritt. Jeder, der das Problem einseitig, also nur von der Warensseite betrachtet, verfällt zwangsläufig der Theorie des Schutzzolles. Es ist kein Denkfehler dazu nötig. Von der genannten Voraussetzung abgesehen, stimmt die Schutzzolltheorie. Von da ab ist alles logisch, ja selbstverständlich an ihr. Angebot und Nachfrage bestimmen die Preise. Die Preise sinken, wenn das Angebot wächst. Das kann man alle Jahre beobachten, einmal für die Frucht, die in der Trockenheit gedeiht, ein andermal für die Frucht, die Regenfülle liebt. Jetzt hat es überall für die Industrie und die Landwirtschaft zur rechten Zeit geregnet, der Tau ist auf Gerechte und Ungerechte gefallen und die Märkte sind überfüllt. Da werden zum Überfluß noch neue Schiffsladungen vom Auslande gemeldet. Von Indien und Argentinien kommen Meldungen über gewaltige Ernten, von Amerika Meldungen von neuen wunderbaren Produktionsverfahren. Die Preise, die schon bedrohlich niedrig sind, drohen noch mehr zu fallen – unter dem Drucke des Angebots. Was soll geschehen? Es muß etwas geschehen, sollen Landwirtschaft und Industrie finanziell fortbestehen. Das Angebot muß vermindert werden, sagen die einseitig orientierten, sagen also alle. Wie soll man das Angebot vermindern? Sollen wir unsere Äcker brach liegen lassen, um dem indischen, argentinischen, russischen Getreide unsere Märkte offen zu halten? Sollen unsere Arbeiter feiern, damit die Hindus uns mit Weizen überschütten können? Kein Mensch wird solches fordern. *Zölle, Sperrzölle*, um den nationalen Markt der nationalen Arbeit zu sichern, *das ist die selbstverständliche Antwort auf die Frage.* Und einfach ausgelacht werden alle, die schüchtern den Vorschlag wagen, man möge das Problem doch einmal von der Geldseite betrachten. Wie

wäre es, wenn man dem wachsenden Angebot von Waren ein parallel wachsendes Angebot von Geld entgegenwerfen würde? Wie wäre es, wenn die „Verbilligung der Produktionskosten“ die allen Waren „zu gute“ gekommen ist, auch den Produktionskosten des Geldes zugute käme? Dann würden doch trotz verdoppelter, ja vervielfachter Warenproduktion die Preise nicht fallen. Dann brauchte man keine Überproduktion mehr zu fürchten. Dann wäre der Absatz gesichert und der Handel rechnerisch immer möglich. Dann würden die Aktiva wachsen, nicht nur nach Rauminhalt und Gewicht, sondern auch im Hauptbuch. Dann könnten die Schuldner die Zinsen zahlen und auch noch etwas für die Tilgung übrig haben. Und dann würde niemand in der Einfuhr indischen, russischen, argentinischen Getreides noch ein Unglück sehen. Im Gegenteil, als Segen würde man diese Schiffsloadungen begrüßen. *Und alle, alle würden den Freihandel feiern, der uns mit allen Gütern der Welt so reichlich versorgt.*

So ungefähr drückten sich die Bimetallisten aus. Die Antwort, die man für sie übrig hatte, war die Redensart: „Nichts hat in der Welt mehr Narren erzeugt, als die Liebe und die Währungsfrage.“

So kamen denn die sogenannten Schutzzölle zustande, in Deutschland, in Frankreich, in den Vereinigten Staaten. Der Rückgang der Warenpreise, den die freihändlerische Goldwährung nicht zu bannen vermochte, ebnete den Sperr- und Schutzzöllen den Weg, so daß man sagen kann: Ohne die freihändlerische Goldwährung wäre die Schutzzollpolitik nicht gekommen, und daß daher die Goldwährung gegen ihren Zweck gerichtet war.

Der Schutzzolltheorie halfen auch noch folgende schwerwiegende währungs- politische Tatsachen zu ihrem billigen Sieg: Indien war bei der Silberwährung geblieben und das von den übrigen Münzstätten abgewiesene Silber suchte Absatz in Indien, wo es die Warenpreise (in Silber ausgedrückt) in die Höhe trieb. Für die dortigen Landwirte bedeutete das eine ebenso große Entlastung, wie der Preisrückgang den europäischen Landwirten eine Belastung war. Dieser finanzielle Erfolg feuerte die Hindus zu besonderen Anstrengungen an. Ernten und Ausfuhr wuchsen. Und wenn auch die in Europa erzielten Goldpreise niedrig waren, so glich das Agio, das der Hindu beim Verkauf dieses Goldes erhielt, diesen Rechenfehler wieder aus. Dieses Agio stieg von 1870 ab unausgesetzt und erreichte noch vor 1900 über 100 Prozent, so daß der Weizen, der in Deutschland von 240 Mark (Gold) auf 150 Mk. (Gold) fiel, in Indien von 240 auf 300 (Silber) stieg.

Preis des Goldes in Silber: 1870 15,55, 1880 17,81, 1890 21,16, 1900 33,54
(Statistisches Jahrbuch des D. Reichs.)

In Argentinien hatten die gleichen Umstände, nur noch viel ausgeprägter, die Weizenerzeugung und Ausfuhr gefördert. Dort hatte man von 1887 – 1893 durch Papiergeldausgabe ein Goldagio von etwa 200 Prozent zustande gebracht [100 pesos Gold galten: 1885 100, 1887 120, 1890 300, 1900 227 pesos Papiergeld.], so daß der Bauer für jeden Goldtaler, den er in Europa für sein Getreide löste, in Argentinien 3 Papiertaler erhielt, die für seine Hypothekenschulden, Steuern, Pachtgelder, Bahnfrachten volle gesetzliche Zahlkraft behielten. Die Bauern wurden so in wenig Jahren alle Schulden los. Sie blieben immer konkurrenzfähig. Das Agio wirkte als Puffer für die sinkenden Goldpreise ihrer Produkte.

Die Darstellung dieser Dinge durch die Agrarier im Reichstag, (gegen die die Goldwährung keinen Schutz bot), trug kräftig dazu bei, den Freihandel über Bord zu werfen.

Es ist für die fruchtbare Kritik der Freihandels- und Schutzzolltheorie ein unmeßbares Unglück gewesen, daß zu derselben Zeit, wo die Schutzzölle in Wirksamkeit traten, die gewaltigen Goldfelder Afrikas entdeckt wurden, die die Weltproduktion des Goldes in wenig Jahren verdoppelten, ja verdreifachten. 1890 waren es 2370, 1895 3420, 1900 5400, 1905 6761 Millionen Mark. Diese Goldproduktion hat in ganz anderem Maße den allgemeinen Preisstand der Waren gehoben, als es die Zölle getan haben. Die Goldproduktion hob das Preisniveau international. Ohne diese internationale Hebung der Warenpreise – die man schließlich dem Zufall verdankt – hätte die Ausfuhrindustrie der Schutzzollländer die durch die Schutzzölle gehobenen Grundrenten bezahlen müssen und hätte diese Last nicht tragen können. Die deutsche Ausfuhrindustrie, die den Arbeitslohn um die Zolllasten erhöhen mußte (weil die Arbeiter sonst ausgewandert wären), hätte für diese Last keine Kompensation in den Auslandspreisen gefunden, weil sie ja mit der Industrie Englands konkurrieren mußte, die frei geblieben war von den schutzzöllnerischen Segnungen. Nun hoben aber die Goldfunde die Preise in der ganzen Welt – auch in England und so stieß der deutsche Ausfuhrhandel mit seinen durch die Zölle beschwerten Produktionskosten auf Konkurrenten, die ihre Preise der Goldfunde wegen erhöht hatten. Zugleich hatten diese gehobenen Preise in der ganzen Welt den Unternehmungsgeist entfacht,

die Nachfrage nach Waren stieg überall gewaltig und die geeinte Kraft sämtlicher Industrieländer, war nicht im Stande, diese Nachfrage zu decken. Es ist also lediglich dem Zufall, den Goldfunden zu verdanken, wenn die düsteren Prophezeiungen der Freihändler nicht in Erfüllung gingen, d.h. daß der Schutzzoll seinen Schützling nicht erdrosselt hat. Die deutsche Industrie, wie diejenige der Vereinigten Staaten entfaltetete ihre gewaltige Kraft nicht wegen der Zölle, sondern trotz ihnen. Dafür liegt der Beweis in der Tatsache, daß die Warenpreise allenthalben weit über die Zollsätze hinaus stiegen.

Es wird schwer halten, den Trugschluß, dem man in den Schutzzollländern durch das genannte Zusammentreffen so verschiedener Faktoren verfallen ist, für die Masse zu entschleiern. es sei denn, daß man sich endlich einmal dazu entschlösse, die Währungsfrage auf breiter Grundlage und vor der breiten Öffentlichkeit zu behandeln. So lange das nicht geschieht, wird der gemeine Mann seinen Augen mehr trauen als seinem Verstand. Den Zoll sieht er, die Währungseinflüsse kann er aber nur verstandesgemäß erfassen, und den Verstand muß man schulen. Eine Menge Tatsachen, die zu einem sachlichen Urteile hier durchaus nötig sind, müßten dem Volke vermittelt und von diesem verarbeitet werden. Sonst wird das Volk in seinem Urteil von tausend scheinbaren Widersprüchen immer wieder unsicher gemacht werden können. So ist z.B. von den Schutzzöllnern die Tatsache, daß die amerikanischen und deutschen Ausfuhrziffern die englischen überholten, ohne weiteres zugunsten ihrer Theorie gebucht worden. Seht, hieß es, wie die Ausfuhr der zollgeschützten deutschen Industrie die Ausfuhr des freihändlerischen England überholt! Man vergaß zu sagen, daß Deutschland fast die doppelte, Amerika fast die dreifache Anzahl Arbeiter hatte. Und man vergaß noch etwas sehr wichtiges zu erwähnen. Vielleicht auch verschwieg man es. Aber der Freihändler muß alles sagen dürfen, wenn er die Widersprüche lösen soll.

Warum nimmt Englands Ausfuhr nicht oder nur verhältnismäßig wenig zu? Weil die Zahl der Rentner zu-, die Zahl der Arbeiter abnimmt. Die Konsumenten mehrten sich auf Kosten der Zahl der Produzenten. Statt die Einfuhr ausländischer Ware mit den Produkten des Hammers und der Hacke, mit Schiffsladungen bezahlen zu müssen, wie das die Amerikaner und Deutschen tun, bezahlen die Engländer mit den Produkten der Kuponschere. Das ist der Grund des Rückganges des englischen Exports.

Wenn ein Rentner ein Einkommen von 1000 Pfund in England verausgabt, so bedeutet das, daß für 1000 Pfund weniger Waren ausgeführt werden können. Statt Fässer, Ballen, Kisten für den Export bereit zu stellen, werden diese Güter in England selbst verzehrt. Schenke man dem deutschen und amerikanischen Proletarier, die das Material zu den „erfreulich“ hohen Ausfuhrziffern schaffen, eine Kuponschere und das dazu gehörige Material, und sofort wird man sehen, wie der Export nachläßt. In England hat man den „Idealzustand“, wo jeder von den Renten lebt, noch nicht ganz erreicht, aber der Rückgang der Ausfuhr, die ständige Zunahme der Einfuhr, bei gleichzeitig dauernd aktiver Zahlungsbilanz, beweist, daß man sich, dank dem Freihandel oder trotz ihm, ständig diesem Zustand nähert. Würde der Export steigen, so würden wir folgern, daß der Wohlstand in England abgenommen, daß viele Rentner wieder zum Hammer haben greifen müssen. Wahrscheinlich wird das jetzt eintreten als Folge der durch den Krieg verursachten Kapitalverwüstung. Möglicherweise wird solches auch mit einer neuen, einer englischen Schutzzollpolitik zusammenfallen. Dann werden die Schutzzöllner wieder triumphierend ausrufen: seht, wie, dank den Schutzzöllen, die englische Ausfuhr sich wieder gehoben hat!

Ein englisches Sprichwort sagt: *eat the pie and have it too*, [Iß den Kuchen, aber behalte ihn trotzdem]. Auf unser Thema bezogen: Als Rentner Sport treiben und zugleich Eisen für die Ausfuhr verhüten! – Das aber ist ein Unding. Halb Schottland haben die englischen Rentner in Parkanlagen verwandelt. Die Landwirtschaft wird ohne jede Rücksicht auf Rente sportmäßig betrieben. Die Renten kommen vom Ausland. Man füttert Füchse für die Jagd, statt Schweine, die man aus Amerika bezieht. Die Söhne der im Freihandel reich gewordenen Unternehmer haben es nicht mehr nötig, den Kurszettel der Baumwolle zu studieren. Woher aber sollen dann die Schiffe die Rückfracht nehmen? *Das Ziel des wirtschaftlichen Strebens ist eben erreicht.*

Spricht das nun für oder gegen den Freihandel? Auf diese Frage mögen alle Schutzzöllner antworten, die noch hoffen, durch Zölle ihre Renten so mehren zu können, daß auch sie das Leben des Sportmannes führen und auf die Exportziffern verächtlich als Zeichen nationaler Armut herabsehen können. –

Ich muß mich auf diese kurze Darlegung beschränken. Ich glaube, sie wird manchen stutzig machen, und ihn veranlassen, der Währung bei der Beurteilung der Freihandels- und Schutzzollfragen mehr Beachtung zu schenken, als dies bisher der Fall war.

Die galileische oder dynamische absolute Währung, als Voraussetzung des Freihandels.

Copernikus entdeckte die Bewegungen der Erde um die Sonne. Er konnte sich aber nicht zum Gedanken eines frei im Raume schwebenden Körpers erheben. Er ließ die Erde auf einer festen Ebene laufen. Galileo befreite die Erde von dieser Fessel und schleuderte sie in den Raum. Und alle haben sich mit dieser Tatsache abgefunden, ein jeder so gut er kann.

Die Ereignisse der Neuzeit haben bei einer Reihe von Theoretikern [Vergl. die Schriften von Bankdirektor Bendixen, Hamburg, Dr. Alfred Schmid-Essen, Dr. E. Kellenberger-Bern, Prof. Knapp-Straßburg, Dr. O. Heyn-Nürnberg, Prof. Liefmann-Freiburg i. B. u. a.] den Gedanken einer Papiergeldwährung erweckt, die, wie die absolute Währung, um den Durchschnittspreis der Waren – statt um das Gold kreisen soll. Aber diese Theoretiker, Nominalisten nennen sie sich, haften noch am Stoffe; sie brauchen zum Begriffe ihres Papiergeldes noch irgend eine feste stoffliche Ebene (Golddevisen und Goldkernwährung), auf der sie ihr Papiergeld kreisen lassen. Mit der im folgenden Abschnitt skizzierten absoluten Währung wird auch diese letzte Fessel beseitigt. Die absolute Währung kreist, ohne an irgend eine konkrete Ware gebunden zu sein, frei, wie die Erde um die Sonne, um den Durchschnittspreis der Waren, Galileische Währung.

Unsere Darstellung der Geschichte des schutzzöllnerischen Triumphzuges hat die Freihändler vor das Problem des absoluten Schutzes gegen allgemeinen Preisrückgang gestellt, denn zwangsläufig führt dieser zum Rufe nach staatlichem Schutze, nach Schutzzöllen. Kann der Freihändler den werbenden Ständen, den aller Regel nach *verschuldeten werbenden* Ständen, keine unbedingte Gewähr vor Preisrückgängen bieten, wie wir sie in der Zeit vor den afrikanischen Goldfunden erlebt haben, so kann er getrost den Kampf um sein Ideal aufgeben. Es ist alles umsonst, was er sagen wird.

Die Furcht vor möglichen Preisrückgängen führt immer zum Verzicht auf die Segnungen des Weltfreihandels. Die Schulden sind eine Realität, der Freihandel eine Hoffnung.

Das Freihandelsproblem ist vor allen anderen Dingen ein Währungsproblem. Diese Währungsfrage müssen wir lösen, dann können wir uns daran machen, dem Weltfreihandel auch die übrigen Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Und die Währungsfrage läßt sich nicht mit der Goldwährung lösen. Wer an der Goldwährung festhält, muß auf den Weltfreihandel verzichten. Die Statistik der Goldproduktion, der Umstand, daß es sich hier um eine vom Zufall abhängige Währung handelt, zeugt gegen solche Möglichkeit.

Hier kann nur die *dynamische* Währung helfen, die Währung, die wir als Tat zu betrachten haben, die einzig und allein von der Währungsverwaltung abhängig ist, und die wir darum jeder Zeit ganz nach den Bedürfnissen der Wirtschaft, des Weltfreihandels gestalten können. Solche dynamische Währung kann man sich jedoch nur als eine von scharf geprägten Grundsätzen geleitete reine Papiergeld-Währung denken.

Der Kriegsausbruch warf die Goldwährung gleich über den Haufen. Den ersten schweren Stoß hatte die Theorie der Goldwährung bereits 1911 erhalten, als die Reichsbanknote zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt wurde, womit der Papierwährungstheorie das erste gesetzliche Zugeständnis gemacht wurde. Mit der Aufhebung der Einlöschungspflicht am 1. 8. 1914 wurde die Verbindung des Papiergeldes mit dem Gold zerhauen und das deutsche Papiergeld zum ersten Mal ganz auf sich selbst gestellt. Zwar ist dieser Sachverhalt noch nicht amtlich anerkannt worden. Immer noch liest man, selbst auf den Noten, die jetzt frisch von der Presse kommen, daß die Reichsbank dem Inhaber bei Sicht X Mark zahlt. Aber jeder weiß, daß es sich hier um leere Worte handelt, um eine Verlegenheitsinschrift, die viel mehr darauf berechnet ist, die Vorrechte der Reichsbank als die Rechte des Noteninhabers zu betonen. Die Reichsbank zahlt ja nicht mehr und es ist gut so. Wer das Papiergeld der Reichsbank sinngemäß als Tauschmittel braucht, also Waren damit kauft, hat ja alles, was er vom Geld erwarten kann. Warum also noch das Zahlungsversprechen? Die Reichsbank kann gelassen einen Strich durch ihr Zahlungsversprechen ziehen, es wird darum doch Niemand, der Waren zu verkaufen hat und nun auf das Reichsbankpapiergeld angewiesen ist, dieses zurückweisen. Die Erklärung der Reichsbanknote als gesetzliches Zahlungsmittel und die Abwesenheit jeglichen anderen Geldes ge-

nügt vollauf, um dem Reichbankpapiergeld die Kursfähigkeit unter den Warenbesitzern zu sichern. Eine besondere Einlösung ist überflüssig, denn Geld werden wir doch immer brauchen, so lange wir Waren erzeugen und auf den Markt bringen. Das Papiergeld einlösen heißt das Papiergeld vernichten. Warum aber dem Volk die Vernichtung des Papiergeldes versprechen – wenn wir es doch ewig brauchen werden? Viel wichtiger als das „Vernichtungsversprechen“ in den Banknoten, wäre ein Versprechen zweckmäßiger, geordneter Verwaltung des Geldes. Was wir wünschen, was wir von einer geordneten Geldverwaltung fordern können, ist eine Gewähr dafür, daß wir für das Geld immer Waren kaufen können, bei *dauernd festem* Durchschnittspreis. Der Durchschnittspreis der Waren muß fest bleiben, das ist alles, was die Reichsgeldverwaltung in der Inschrift ihres Papiergeldes dem Inhaber zu versprechen braucht. Und da die Reichsbank das Notenmonopol hat, so kann sie dieses Versprechen auch halten und zwar selbst unter den unglücklichsten Verhältnissen, selbst im Kriege – wenn sie das will. Sie muß Geld fabrizieren und ausgeben, so oft und so lange der Durchschnittspreis der Waren fällt und umgekehrt Geld einziehen und verbrennen, so oft der Durchschnittspreis der Waren steigt. Mehr braucht sie nicht zu tun, Sie braucht selbst keine Waren feil zu halten, am allerwenigsten Gold oder Silber, die ja für 99 Prozent der Bevölkerung gerade die nebensächlichsten aller Waren sind. Sie braucht sich auch nicht um den Preis der einzelnen Waren zu kümmern. Nur allein der vom statistischen Amte ermittelte Durchschnittspreis soll der Reichsbank als Maß des Geldbedarfes dienen. Wie dieser Preis zu ermitteln ist, ist heute keine Streitfrage mehr. Diese Frage ist *res judicata* für alle die sich ernsthaft mit dem Problem befaßt haben. Die absolute Währung, unter der der Durchschnittspreis unter allen Umständen fest bleibt, ist heute Sache des Willens, nicht mehr des Könnens. Die statistischen Methoden zur Ermittlung des Durchschnittspreises der Waren, sind möglicherweise noch verbesserungsfähig. Dieser Umstand hat aber so lange keine praktische Bedeutung, wie die Führung der Währung sich überhaupt nicht nach den Warenpreisen richtet. Eine schlechte, selbst die schlechteste statistische Preisermittlungsmethode ist immer noch besser als gar keine.

Die Frage, ob die statistische Methode den Ansprüchen des Handels genügt, braucht man nur den Gläubigern und Schuldern zu überlassen. Wenn diese lieber ihre Kreditoperationen auf dem Boden der von einem öffentlichen, verantwortlichen

statistischen Amte geführten Währung abschließen, als auf dem Boden der Goldwährung, so ist die Frage, ob die statistische Methode den heutigen Ansprüchen des Handels genügt, beantwortet. Wenn man den Beteiligten sagt, daß unter der Goldwährung der Durchschnittspreis der Waren selbst für das unbewaffnete Auge wahrnehmbare Sprünge von 10 – 50 – 100 Prozent durchmacht, während sich die Fachleute darüber streiten, ob die Abweichungen der „absoluten“ Währung meßbar sind oder nicht, so werden wahrscheinlich nur noch Glücksspieler Wechsel und Obligationen unterzeichnen, die auf Gold lauten.

Die absolute Währung würde uns von alledem freihalten, was uns die Goldwährung gebracht hat. Sie gibt uns absolute Gewähr gegen den Wechsel der Konjunkturen. Sie beschränkt die Schwankungen im Preise der einzelnen Ware auf die natürlichen im Konsum und Verbrauch liegenden Ursachen, und bringt dadurch die Währung direkt unter die Kontrolle des Volkes. Der Begriff Mark D.R.W. wird zu einer festen, allbekannten Größe, die in den sich dem Gedächtnis mit der Zeit einprägenden Warenpreise ihr Fundament hat. Dadurch werden auch die Kaufleute einer höchst wirksamen öffentlichen Kontrolle unterworfen. Heute weiß Niemand, was eine Mark ist, weil die Warenpreise ständig die größten Schwankungen durchmachen.

Die Goldwährung schuf Zeiten des Geldüberflusses und des Geldmangels. Mit der absoluten Währung werden wir immer haarscharf den Tagesbedarf decken. Der Geldüberfluß schuf die Hochkonjunkturen, mit Schädigung aller sogenannten Festbesoldeten, der Pensionäre, Hypotheken- und Obligationen-Gläubiger. Vielfach mußten die Arbeiter durch Androhung von Streik die Löhne den gestiegenen Warenpreisen anpassen. Mit der absoluten Währung bleibt der Durchschnittspreis fest. Der Geldmangel, der bei der Goldwährung den Geldüberfluß ablöste, schuf die Flaue, mit all ihren bekannten Begleiterscheinungen – Krisen, Arbeitslosigkeit, Schädigung und Bankrott der Schuldner, Defizit im Staatshaushalt usw. Mit der absoluten Währung wird niemals Geldmangel herrschen. Die Goldwährung war eine Zufallswährung. Sie hing von den Goldfunden ab, und die Geschichte beweist uns, wie unregelmäßig diese Funde sind. Während der ganzen Dauer des Mittelalters wurde so gut wie nichts gefunden – warum man sich auch im Mittelalter ohne Geld, ohne Handel und ohne die gewaltigen Vorteile der Arbeitsteilung behelfen mußte. Wir haben keinerlei Gewähr dafür, daß die Funde, auf die uns die Goldwährung anweist, auf der Höhe unseres Bedarfes bleiben werden.

Mit der absoluten Währung ist der Handel für alle Zeiten vom Zufall unabhängig.

Wegen der Unregelmäßigkeit, womit der Markt mit Geld versorgt wurde, war der Handel immer ein gefährliches Unternehmen und Niemand wollte darum Geld anlegen, es sei denn, daß eine hohe Verzinsung für das Risiko Deckung schuf. So wurde der Warenaustausch verteuert. Mit der absoluten Währung verschwindet dieses besondere Risiko und damit wird sich das Handelskapital mit einer niedrigen Verzinsung begnügen können und den Gesetzen des Wettbewerbes entsprechend auch begnügen müssen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Zinsfuß mit den Warenpreisen steigt und fällt. Die Flaue (Baisse) ist von einem niedrigen Zinsfuß begleitet und die Hochkonjunktur von einem hohen Zinsfuß. Von der Höhe des Zinsfußes wird der Kurs der festverzinslichen Wertpapiere bestimmt. Jede Veränderung im Zinsfuß überträgt sich mit 20 – 25 multipliziert auf den Kurs der festverzinslichen. Diese Differenzen werden jetzt, da die Börse mit den Kriegsanleihen belastet ist, fabelhafte Summen ausmachen, falls der Zinsfuß die tollen Sprünge der letzten Dekaden wiederholen sollte – und das wird er, wenn wir keine Ordnung in unsere Währungsverhältnisse bringen. Mit der absoluten Währung werden die Warenpreise und der Zinsfuß fest bleiben – darum werden auch die Kurse der festverzinslichen Papiere keine Sprünge mehr machen,

Kurz, der Vorteile, die wir von der absoluten Währung erwarten können, sind so viele, daß man schon schwerwiegende Gründe aufbringen müßte, um sie ablehnen zu können. Tatsächlich läßt sich aber vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt überhaupt nichts gegen die absolute Währung vorbringen. Privatwirtschaftliche Gesichtspunkte sollen aber in einer öffentlichen Sache wie das Geld überhaupt keine Berücksichtigung finden, da man diesen privatwirtschaftlichen Interessen nur auf Kosten anderer privater Interessen gerecht werden könnte. Die absolute Währung steht unparteiisch über allen privaten Interessen.

Es wird also hier folgendes vorgeschlagen, um die Währung unter die unmittelbare Obhut des Staates zu stellen und sie vollkommen von jedem Zufall unabhängig zu machen:

Die Obhut über die Währung wird einem zu gründenden

Währungsamt

übertragen. Der X. Bank wird das Notenmonopol entzogen.

2. Dieses Währungsamt benützt als Maßstab für die Bemessung des Geldbedarfs den vom statistischen Amt fortlaufend zu ermittelnden Durchschnittspreis der Waren.

3. Das Währungsamt wird in Übereinstimmung mit der bereinigten Quantitätstheorie Geld einziehen so oft und so lange die Warenpreise aufwärtsstreben und umgekehrt Geld ausgeben, so oft und so lange die Warenpreise eine Neigung nach unten zeigen.

4. Ausdrücklich wird dem Währungsamt bei der Bemessung des Geldbedarfes jede Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des Fiskus, der Banken, sowie auf den Zinsfuß untersagt. Auch darf das Währungsamt keinerlei Bankgeschäfte betreiben.

5. Als Methode zur Ermittlung des Durchschnittspreises der Waren wird dem statistischen Amte die sogenannte Indexnumber-Methode [Hiermit wird kein Urteil über die Vorzüge dieser Methode gegenüber anderen Methoden abgegeben. Diese vielgenannte Methode nennen wir, um überhaupt hier eine Methode zu nennen.] vorgeschrieben.

6. Das Währungsamt setzt das von ihm auszugebende Papiergeld durch auktionenweisen Rückkauf von Staatsanleihen in Umlauf. Diese Papiere werden der Staatsschuldenverwaltung zur Vernichtung überwiesen.

7. Der Einzug von überschüssigem Papiergeld erfolgt durch auktionenweisen Verkauf von Staatsanleihen, zu welchem Zwecke ein Teil der unter 6 erwähnten Anleihen als Reserve zurückbehalten wird.

8. Das Währungsamt hat für die Erneuerung des Papiergeldes Sorge zu tragen.

9. Betriebsgewinne und Verluste werden auf den Staat übertragen.

10. Das Währungsamt geht bei der Erfüllung seiner Aufgabe ohne Rücksicht auf Gewinn oder Verlust vor.

Wie wird sich nun die Valuta unter solcher Währungspolitik gestalten?

Wir können dem Währungsamt nicht zwei verschiedene Maße vorschreiben, mit denen es den Geldbedarf messen soll. Wir haben zu entscheiden, ob die Geldausgabe auf feste Warenpreise oder feste Devisenkurse gerichtet sein soll. Der Bedeutung des Inlandshandels entsprechend wünschen wir feste Warenpreise, daneben, in dem Maße wie es sich vereinbaren läßt, auch feste Devisenkurse. Der erstrebte feste Durchschnittspreis der Waren

hängt allein von der Tätigkeit des Währungsamtes ab. Die Verbindung aber dieses Zieles mit festen Devisenkursen, kann nur im Einvernehmen mit den betreffenden Staaten erfolgen. Der feste Devisenkurs stellt sich ein, sobald die am Außenhandel beteiligten Staaten eine von gleichen Grundsätzen geleitete Währungspolitik betreiben. Bisher hatten wir auch in Bezug auf die Devisenkurse kaum etwas, was man aktive Währungspolitik hätte nennen können. Wenn trotzdem die Schwankungen der Devisenkurse sich nur zwischen den Goldpunkten bewegten, so lag das daran, daß die Ware, auf die die Devisen lauteten, also das Gold, sich leicht und ohne größere Unkosten von einem Lande zum anderen hinüberleiten ließ. Konnte man also keine Devisen auftreiben, so verpackte man das Gold, womit man sonst die Devisen gekauft hätte und schickte es an Stelle der Devisen. Diese Praxis hatte dann die Wirkung, daß in den Ländern mit passiver Handels- und Zahlungsbilanz, wo es also zum Goldexport kam, als Folge dieses Goldexportes die Warenpreise auf und unter das internationale Niveau sanken, wodurch die Handels- und Zahlungsbilanz wieder zugunsten dieses Landes automatisch umkippte. Wir hatten also an Stelle einer Verwaltung einen Automaten. An Stelle des die Dinge durchdringenden Geistes eine Maschine – die Maschinenarbeit lieferte. Der Automat wirkte, wenn man das Geld eingepackt und abgeschickt hatte. Er beugte nicht vor. Er trat in Tätigkeit, wenn das Maximum der Störung bereits eingetreten war, d.h. wenn als Folge eines relativen Geldüberflusses die Warenpreise die Grenze der Niveaudifferenz, die zum Goldexport führte, erreicht hatten.

An Stelle dieses Automaten, wollen wir eine von der Erkenntnis geleitete Handlung setzen. Die am Welthandel beteiligten Länder werden ihre Währung ebenfalls auf die Festigkeit des Durchschnittspreises einstellen, wodurch die Hauptgründe für die Schwankungen in der Handelsbilanz verschwinden werden. Es wird viel mehr Stetigkeit in den internationalen Handelsbeziehungen Platz greifen. Wir erinnern hier an die Störungen die s. Zt. die Einfuhr (und Wiederausfuhr) der französischen Milliarden in der Handelsbilanz namentlich des Deutschen Reiches, aber auch der anderen Länder verursachte. Solche Geschichten werden mit der absoluten Währung nicht mehr vorkommen. Lange bevor die Handelsbilanz zu Störungen der Zahlungsbilanz führen und auf die Valuta zurückwirken wird, werden die Währungsämter der beteiligten Länder eingreifen. Dort, wo die Warenausfuhr zu stark ist, werden die Preise durch

Ausgabe von Geld gehoben; dort, wo die Wareneinfuhr zu stark ist, werden die Preise durch Geldeinzug gesenkt, kurz das, was unter der Goldwährung heute automatisch, aber *post festum* [hinterher, zu spät] eintritt – Goldeinfuhr und Goldausfuhr wird hier rechtzeitig vorbeugend durch dasselbe Mittel, durch Geldeinzug und Geldausgabe künstlich herbeigeführt. Denn Goldausfuhr ist der Wirkung nach für die Valuta nichts anderes als Geldeinzug, und Goldeinfuhr ist auch nichts anderes als Geldausgabe. Für jede Mark oder Dollar, die die Notenbank für die Ausfuhr hergibt, muß sie ja aller Regel nach 3 Mark in Noten einziehen (Dritteldeckung). Der Unterschied in dieser Beziehung liegt also darin, daß die Währungsämter vorbeugend handeln werden, während die Notenbanken heute nur dann eingreifen, wenn von ihnen Gold für die Ausfuhr verlangt wird – wenn also der Geldüberschuß, den sie einzieht, seine störende Wirkung bereits getan hat.

Kommt es zu einer Verständigung zwischen den einzelnen Staaten in Bezug auf die leitenden Grundsätze der Währungsämter, so liegt der Gedanke nahe, ein internationales Währungsamt zu gründen, wo die Bewegungen der Devisenkurse beobachtet, ihre Ursachen erkundet und den nationalen Geldverwaltungen diejenigen Maßnahmen nahegelegt werden, die als geeignet erscheinen, um die Devisendifferenzen zu beseitigen, wobei es sich immer nur um die Vermehrung oder Verminderung des Geldumlaufes handeln kann. Mit der Zeit wird dann wohl auch der Vorschlag auftauchen, die Währungsämter der einzelnen Staaten in diesem internationalen Amt zu zentralisieren, um den alten Traum des Weltgeldes zu verwirklichen. Mit der Metallwährung ist ein solcher Vorschlag nicht ausführbar. In der Natur der auf dem Papiergeld begründeten absoluten Währung liegt aber nichts, was der Verwirklichung dieses Vorschlages im Wege stände. Übrigens läßt sich die absolute Währung nur auf diesem Wege mit der absoluten Festigkeit der Devisenkurse vereinigen.

Da dem Inhaber des Papiergeldes nur die absolute Währung, aber keine bestimmte Ware (Gold) versprochen wird, so ist auch jede sogenannte Deckung (Goldreserven) überflüssig. Die absolute Währung muß man sich dynamisch, nicht statisch vorstellen. Sie ist eine Tat, ein Verwaltungsprodukt, kein Stoff, keine Eigenschaft einer Materie. Als Deckung des vom Reichswährungsamte ausgegebenen Papiergeldes gilt die Funktion des Geldes, die Dynamik des Tausches der Waren, ähnlich wie wir uns die Deckung einer Eisenbahnaktie auch nicht in dem Eisen

der Schienen, sondern im Güterverkehr, der sich auf den Schienen abspielt, vorstellen. Ohne diesen Verkehr wäre die Aktie leer, wie das Geld ohne den Warenaustausch auch inhaltslos wäre. Aus dem gleichen Grund ist auch die Sicherheit des Papiergeldes in den im Lande feilgebotenen Waren zu suchen. So lange und nur so lange Waren feilgeboten werden, ist das Geld gesichert. Das hat uns der Krieg jetzt wohl deutlich genug vor Augen geführt. Wie mancher denkt heute: hätten wir nur Waren an Stelle des so oft genannten Goldschatzes der Notenbank! Was nützt dem Besitzer der Banknote die Metalldeckung, wenn die Läden leer sind? Wer die Natur des Papiergeldes und der absoluten Währung begriffen hat, der lehnt jede besondere Deckung, auch die Dritteldeckung, ab. Ja namentlich diese unantastbare Dritteldeckung, die theoretisch schon längst, jetzt auch von Praktikern, als Unsinn erkannt ist. Der antastbare Teil der Deckung hat, so lange man keine aktive Währungspolitik betreibt und man die Währung als automatische Funktion der Goldreserven erwartet, einen vernünftigen Sinn. Die unantastbare Dritteldeckung aber, da sie nie in Funktion treten darf, ist sinnlos. Ebenso gut könnte man das unantastbare Gold des Mondes als Deckung verwenden. Oder hält man die unantastbare Deckung doch für antastbar? Es hat übrigens auch noch niemals jemand für die Existenz dieses unantastbaren Goldes einen vernünftigen Grund entdecken können.

Jetzt zeigte auch wieder der Krieg all denen, die unfähig sind, die Dinge auf theoretischem Wege zu durchschauen, wie die Dritteldeckung uns *nicht* davor bewahrt hat, daß der Devisenkurs so tief unter *pari* [auf dem Gleichstand] sinken konnte. Die Dritteldeckung ist, wenn unantastbar, wirkungslos, daher überflüssig. Der Teil der Golddeckung aber, der bisher zur Noteneinlösung diente, läßt sich mit Vorteil durch Staatsanleihen oder Auslandswechsel ersetzen und noch besser durch aktive Währungspolitik überflüssig machen.

Auch der alte Glaube, daß die Dritteldeckung nötig sei, um das „Vertrauen“ des Volkes zum Papiergeld zu unterhalten, ist ein Märchen. Tatsächlich kann der öffentlichen Geldverwaltung das Vertrauen und Mißtrauen des Volkes gleichgültig sein. Die Macht des Geldmonopols ist zu jeder Zeit unbeschränkt. So lange die Geldverwaltung kein anderes als ihr Geld im Verkehr duldet, bleibt den Erzeugern der Waren nur die Wahl das Geld des Staates anzunehmen oder ihre Waren unverrichteter Sache wieder nach Hause zu tragen. Dafür aber, daß sie letzteres nicht tun werden, sorgt die Natur ihrer Produkte. Kein

Bauer wird seine Produkte verderben lassen, weil er dem Geld mißtraut. Selbst die Erklärung des Papiergeldes zum gesetzlichen Zahlungsmittel wäre für den Warenaustausch überflüssig. Im Wettbewerb mit anderen Geldarten siegt immer das Produkt des Staatsmonopols, und zwar um so leichter siegt es, je größer das Mißtrauen ist, dem es begegnet. Die Erklärung dieses eigentümlichen Spieles der Kräfte gibt das sogenannte Gresham-Gesetz.

Wer die Währung dynamisch, als Verwaltungsprodukt betrachtet, braucht also auch den Ballast der Dritteldeckung nicht.

Die Wiedereinführung der Goldwährung ist nicht unmöglich, wie manche heute behaupten. Die Goldwährung entzieht sich nicht ganz einer aktiven Währungspolitik. Die Goldwährung verlangt z.B. durchaus nicht, daß wir beim gleichen Münzfuß bleiben. Wir können das Geld strecken, wie wir es auch umgekehrt behandeln können. Heute rechnen wir 2790 Mk. auf das Kilo fein. Wir können aber auch 4 – 8 – 10 000 Mark aus dem Kilo ziehen. Das steht der Goldwährung an sich nicht im Wege. Wir können das Gold so weit strecken, daß wir die Kriegspreise beibehalten können. Und auf dieser Grundlage könnte man weiter wirtschaften wie bisher. Wir brauchen also, wenn wir durchaus bei der Goldwährung bleiben wollen, die Kriegspreise nicht rückwärts zu revidieren. Und wenn wir nach dem Vorschlag handeln, den s. Zt. Professor Woodrow Wilson (jetzt Präsident Wilson) machte, so können wir sogar die absolute Währung bis zu einem gewissen Grade mit der Goldwährung verbinden. Wilson schlug nämlich vor, den Goldgehalt der Dollarnote zu vermehren, wenn die Warenpreise aufwärts strebten und ihn zu vermindern, wenn die Preise abwärts neigten. Niemand wird leugnen, daß auf diese Weise die absolute Währung zu erreichen ist. Praktisch wie theoretisch läuft die Sache aber auf unseren Vorschlag hinaus, indem auch hier der Durchschnittspreis der Waren das Maß für die Ausgabe von Dollarnoten abgeben wird. Professor Wilson kann die Währung noch nicht ganz dynamisch als Tat begreifen. Er haftet noch am Stoff, sonst hätte er die vollkommene Trennung des Dollars vom Gold verlangt.

Ganz und gar unmöglich jedoch ist die Rückführung der Preise auf den Stand vor dem Kriege. Einerlei welches Tempo man auch für diese Rückführung vorschlagen würde – der Vorschlag ist undurchführbar. Der Versuch allein, die Warenpreise wieder rückwärts zu revidieren, würde uns mehr kosten als der Krieg. Auch würde man es sofort als größte Ungerech-

tigkeit erkennen, wenn diejenigen, die ihre Pferde, Kohlen, Wolle usw. zu Kriegspreisen verkauften und mit dem Erlös Kriegsanleihen zeichneten, jetzt beim Verkauf der Kriegsanleihen ihre Pferde, Wolle usw. zu Friedenspreisen wieder einkaufen könnten – also zur Hälfte, zum Drittel von dem, was sie dafür erhielten. Außerdem ist ja ein allgemeiner Preisrückgang gleichbedeutend mit Wirtschaftskrise. Wenn man aber die früheren Preise nicht wieder herstellen kann, so soll man auch nicht davon reden, nicht damit drohen. Sagen wir es heute offen und ehrlich, damit sich jeder darauf einrichten kann: für uns ist die Goldwährung endgültig erledigt.

Man sage auch nicht, daß wir uns durch eine solche Lossagung von der Welt isolieren. Das Gegenteil ist der Fall. Durch den Bruch der Goldwährung sind die Völker heute alle in Bezug auf die Währung isoliert – am meisten die Staaten, die bei der Goldwährung verblieben, wie die Schweiz z.B., die mit keinem Lande mehr in einem festen Valuta-Verhältnis steht. Führt man dagegen in Deutschland die absolute Währung ein, so schafft man damit einen „festen Punkt in der Erscheinungen Flucht“, einen Kristallisationskern, um den sich die anderen Staaten durch Einführung der gleichen Währung gruppieren können – wenn sie wollen. Schafft man in Deutschland die absolute Währung, so weiß jeder im Ausland, was er hat, wenn er einen Markwechsel gekauft hat. Er weiß, daß die Mark währt, und zwar dort währt, wo es allen in erster Linie darauf ankommt, auf den Märkten, den Waren gegenüber. Kehrt man dagegen zur Goldwährung zurück, so sagt der Markwechsel dem Ausländer gar nichts; er weiß nicht, ob er die Waren zum halben oder zum doppelten Preis wird bezahlen müssen.

Dabei gibt uns die absolute Währung die Möglichkeit, als Ausgangspunkt der eigentlichen Geldverwaltung denjenigen allgemeinen Preisstand zu wählen, der den Bedürfnissen des Handels, der Landwirtschaft, der Industrie und Staatsfinanzen am besten gerecht wird. Wenn die Landwirte, Handwerker und Unternehmer nach Friedensschluß z.B. die jetzigen Kriegspreise für ihre Produkte erhalten, so können sie auch mit der Zahlung der erhöhten Löhne und Steuern fortfahren und dann können die Arbeiter auch den auf die Rentabilitätsgrenze der Neubauten erhöhten Wohnungszins bezahlen. So werden die verschuldeten Hausbesitzer ihrerseits ihren Hypothekenverpflichtungen und den Steuerlasten nachkommen können. Der damit verfilzte Zahlungsverkehr wird keine Unterbrechung er-

fahren. Dann wird die zum Vollbetrieb zurückkehrende Volkswirtschaft die neuen Kriegssteuern tragen können und der Staat wird auch seinerseits seinen Verpflichtungen mit Einschluß der Krieganleihen gerecht werden können; während die Rückführung der Warenpreise auf einen vollkommen unübersehbaren, vielleicht 50 oder 90 Prozent niedrigeren Goldwährungsstand und die damit verbundene Wirtschaftskrise die Steuerkraft des Volkes untergraben, den Zahlungsverkehr unterbrechen und die unverkürzte Verzinsung der Krieganleihen außerhalb aller Möglichkeit versetzen würde.

Bei den Friedensverhandlungen wird man nicht umhin können, über die künftige Fixierung der Devisenkurse sich zu verständigen. Dieses wird nur mit der absoluten Währung möglich sein. Und da mit der absoluten Währung die Gründe, die die meisten Staaten zur Schutzzollpolitik trieben, in Wegfall kommen, so wird auch bei denselben Friedensverhandlungen die Frage des Weltfreihandels, also des Wirtschaftsfriedens, beantwortet werden können.

Wenn es nach den Absichten der Finanzminister, die sich bisher zur Währungsfrage geäußert haben, gehen müßte, so könnten die Freihändler alle Hoffnungen aufgeben. Denn dann muß man mit einem neuen, gewaltigen Notschrei der Schuldnerklasse rechnen, und damit natürlich auch mit der Wiederholung der alten Forderung nach staatlichem Schutz, nach Schutzzöllen. Die Minister Serény in Budapest, Graf Roedern, Schiffer, Dernburg, Erzberger in Berlin, Klotz in Paris, u.a.m. haben sich nämlich programmatisch für einen „leisen Abbau“ der Inflation, also für die langsame Rückführung der Warenpreise auf den Vorkriegszustand ausgesprochen! Und stießen, so viel man bisher sieht, nirgends auf ernsthaften Widerspruch!

Ungarischer Handelsminister Serény am 28. August 1917: „Es wird unsere erste Aufgabe sein, das Überwuchern der Geldmittel zu verhindern. Das kann nur stufenweise geschehen, damit die Entziehung der Geldmittel nicht verheerend auf die Preise wirkt“.

Staatssekretär Graf Roedern am 23. 4.1918 im Reichstag: „Zu den Möglichkeiten, die wir bei der endgültigen Auseinandersetzung werden berücksichtigen müssen, gehört neben ... auch der leise Abbau der Geldinflation. Diese Geldinflation mußte eine Hebung des Preisniveaus zur Folge haben und damit den ganzen Mittelstand, insbesondere die Festbesoldeten am meisten schädigen.“

Finanzminister Klotz in Paris am 21. Juli 1918: il faut revenir a une institution ou le billet de banque sera remboursable en espèces et a vue. Pas d'avenir pour la France si le credit du billet est atteint aujourd'hui. Die Preise, Gehälter, Kontrakte, Anleihen, aller Handel seien vom Stande der französischen

Währung abhängig. Ihr Stand werde aber von der weiteren Gestaltung der Notenzirkulation abhängen. Wenn diese weiter durch den Staat ins Ungemessene verfälscht werden sollte, so werde die Rückkehr zu den normalen Zahlungen beinahe unmöglich gemacht.

Nach diesem ministeriellen Programm soll also die Inflation, die in den kriegsführenden Ländern reichlich 100 – 500 Prozent betragen mag, leise, d.h. wohl um 10 Prozent jährlich abgetragen werden, was 10 – 50 Jahre in Anspruch nehmen dürfte.

Demnach hätten die Unternehmer, Kaufleute, Handwerker und Bauern 50 Jahre lang alljährlich 10 Prozent ihrer Aktiva zu Gunsten ihrer Passiva abzuschreiben – Konto: Abbau der Inflation! Demnach wüßte jeder Kapitalist, Kaufmann, Landwirt, Unternehmer, daß, wenn er die Hände in den Schoß und sein Geld auf die Bank legt, er mehr verdienen wird, als er sonst durch den Bau eines Hauses, durch die Beackerung eines Feldes, durch die Gründung einer Fabrik, also durch Arbeit, zu verdienen hoffte. Nichtstun wird somit 50 Jahre lang für alle, die Geld haben, das sicherste, einträglichste Unternehmen sein und 50 Jahre lang wird jeder, der baut, sein Kapital abbauen! Fünfzig Jahre lang wird der Bauunternehmer sagen: nächstes Jahr werden die Baukosten, wegen des Abbaues der Inflation, 10 Prozent billiger sein als heute. Und 50 Jahre lang wird er sein beabsichtigtes Unternehmen zurückstellen – bis der Abbau der Inflation beendet, das Kapital der Schuldner restlos auf die Gläubiger übergegangen ist!

Es wird ja nie so kommen. Der schon so oft zu anderen Zeiten, in fast allen Ländern versuchte Abbau der Inflation ist nie geglückt, hat stets, gesetzmäßig die Kräfte vernichtet, die den Abbau der Inflation bewerkstelligen sollten, aber, wie es scheint, soll der Versuch wiederholt werden – und er wird auch wiederholt werden. Denn die Masse des Volkes versteht diese Zusammenhänge nicht. Die Festbesoldeten, die Lohnarbeiter verwechseln immer noch hohe, steigende Preise mit Verteuerung und fallende Preise mit Verbilligung der Lebenshaltung.

Als Proletarier haben sie keine Gelegenheit, praktisch die Zusammenhänge der Volkswirtschaft kennen zu lernen, und nur die Krisis zeigt ihnen, daß sie die Vorteile dieser „Verbilligung der Lebenshaltung“, den Abbau der Inflation, mit Lohn- und Gehaltsverkürzungen, mit dem ganzen Elend der Arbeitslosigkeit, erkaufen müssen.

Wie es scheint, ist die Theorie immer noch zu „grau“. Man will ihre Richtigkeit durch einen neuen Versuch auf die Probe stellen. Gut denn! Vielleicht gibt es diesmal ein Wunder und das Wasser des Rheins wird bergan fließen.

Wie es aber unter solchen Umständen zu der allgemeinen Forderung des Freihandels, zum Weltruf: Fort für immer mit den Zollgrenzen! kommen soll, bleibt zunächst rätselhaft. Hier kann der Freihändler weiter nichts tun, als einen Seufzer fahren lassen und dann seine ganze Kraft darauf verlegen, zunächst dem Volke das A-B-C der Volkswirtschaft und der Währungsfrage beizubringen.

Dem deutschen Handelsvertragsverein möchte ich aber hier den Vorschlag machen, zunächst durch eine Rundfrage festzustellen, welche Stellung seine Mitglieder zur Inflation einnehmen und gleichzeitig einen Preis auszuschreiben für die beste Antwort auf die Frage: Was muß der Freihändler für seine Ziele von dem beabsichtigten Abbau der Inflation erwarten?

Soviel mir bekannt, fehlt in der deutschen Literatur ein Werk, worin diese inhaltsschwere Frage in umfassender Weise, nach ihren handelspolitischen, privat- und volkswirtschaftlichen, wie auch nach ihren rechtlichen und fiskalischen Projektionen behandelt wird. Die Herausgabe einer solchen Schrift – vielleicht als Sammelwerk – sollte der deutsche Handelsvertragsverein veranlassen und fördern – als nächstliegende, wichtigste, folgenschwerste Etappe zu seinem hehren Ziele.

Internationale Valuta-Assoziation.

Auch die überzeugtesten Freunde der dynamischen oder galileischen Währung rechneten bislang damit, daß selbst bei gewissenhaftester allseitiger Führung der nationalen Geldverwaltung, unter strengster Beobachtung der scharf geprägten Grundsätze der absoluten Währung kleine oder kleinste Schwankungen der Valuta nicht zu vermeiden sein würden. Es fehlte der automatische Arbitrage-Automat [Entscheidung über die günstigsten unter den verschiedenen Plätzen sich bietenden Einkaufs- und Verkaufsgelegenheiten], wie ihn die Goldwährung, wenn auch in etwas grober Gestalt, darstellt.

Mit dem hier folgenden Vorschlag einer internationalen Valutanote wird ein Arbitrageautomat geschaffen, der, was Vollkommenheit der von ihm zu erwartenden Arbeit anbetrifft, den Goldwährungsautomat noch übertrifft. Wobei als besonderer Vorzug dieser Lösung zu betrachten ist, daß sie es jedem Staate ohne Weiteres, d.h. ohne Vertrag, möglich macht, sich dieser Internationalen Valuta-Association anzuschließen.

Tatsachen:

1) Die Fünffrankenstücke liefen vor dem Kriege in den Ländern der lateinischen Münzunion hemmungslos um. Sie konnten frei von einem dieser Länder ins andere ausgeführt werden, hatten überall gesetzliche Zahlkraft *pari* mit den anderen Geldsorten dieser Länder und liefen auch meistens *pari* mit diesen um.

2) Das Fünffrankenstück war dabei Kreditgeld. Es war eine Zeitlang nur zu 50 Prozent durch seinen Silbergehalt „gedeckt“. Man konnte mit ihm das Doppelte des eigenen Silbergehaltes kaufen, so daß von je zwei solchen Münzen immer eine als reines Kreditgeld betrachtet werden konnte. Wer die Münze einschmolz, verlor die Hälfte. Wer haftet letzten Endes für diese Münzen? Sicherlich nicht die, deren Bildnis diese 5Frankenmünzen tragen, entthronte, abgedankte, tote Fürsten. Verträge geben ihnen internationalen Kredit.

3) Infolge seiner Freizügigkeit (s.1) spielte es die Rolle eines allgemeinen Arbitrage-Automats, eines internationalen Nivellierers des allgemeinen Preisstandes der Waren.

4) Waren- und Zahlungsbilanz standen durchaus unter der Kontrolle dieses Arbitrageautomats.

5) Mehrte man z. B. im Lande A. der Münzunion den Geldumlauf (Masse oder Umlaufgeschwindigkeit) im Mißverhältnis zum Geldumlauf der anderen Unionsländer B. oder C., so stiegen die Warenpreise in A. über das Niveau der Preise in B. und C. Dies bewirkte, daß die Wareneinfuhr in A aus den Ländern B und C gefördert, die Ausfuhr dagegen gehemmt, daß die Waren- und Zahlungsbilanz passiv und der Saldo durch Ausfuhr von Fünffrankenstücken ausgeglichen wurde.

6) Diese Ausfuhr von Fünffrankenstücken aus A nach B und C drückte die Warenpreise in A und hob sie zugleich in B und C, wobei zu beachten ist, daß die Fünffrankenstücke als Notendeckung galten und daß die Ausfuhr von Fünffrankenstücken, die man sich von der Notenbank holte, zumeist einen doppelt so hohen Noteneinzug zur Folge hatte, also doppelt wirksam war. Diese Ausfuhr von Fünffrankenmünzen dauerte an, bis das Gleichgewicht der Warenpreise, das Gleichgewicht der Ein- und Ausfuhr, das Gleichgewicht der Waren- und Zahlungsbilanz wieder hergestellt war.

7) Hielt im Lande A die Notenvermehrung bis zur gänzlichen Verdrängung der Fünffrankenmünzen an, so konnte der Saldo der Zahlungsbilanz nicht mehr durch Ausfuhr von Fünffrankenmünzen ausgeglichen werden. Dann setzte der Arbitrageautomat aus; an seine Stelle trat das Agio [Aufgeld = Betrag, um den der Preis (Kurs) einer Geldsorte den Nennwert derselben übersteigt].

8) Wünschte man in A das Agio zu beseitigen, so zog man Papiergeld ein. Dann gingen die Warenpreise zurück, die Wareneinfuhr ließ nach, die Ausfuhr stieg, bis die passive Handels- und Zahlungsbilanz aktiv wurde. Dann strömten die durch die vorhergehende Notenausgabe vertriebenen Fünffrankenmünzen wieder zurück und das umgekehrte Spiel setzte ein, bis zum allseitigen Ausgleich. Die Warenpreise waren durch das Fünffrankenstück wie durch ein System kommunizierender Röhren verbunden, in dem das Niveau des Wassers immer nach jeder Störung automatisch das Gleichgewicht sucht. (s. unsere Zeichnung.)

9) Hielt man sich in allen Ländern der Münzunion bei der Notenausgabe an das unter 7. – 8. beschriebene Warnungssignal, so mußten sich die Valutaschwankungen durchaus innerhalb der Kosten der Hin- und Herschickung der Silbermünzen halten.

10) Die Festigkeit der Valutakurse war also innerhalb der Münzunion nicht durch Internationalisierung des gesamten

Geldumlaufes herbeigeführt worden, sondern dadurch, daß man einer beschränkten Anzahl Münzen internationale Gültigkeit verlieh.

(Sinn und Zweck der Münzunion war zwar ein anderer gewesen. Die Gründer der Union wußten nicht, daß das Silbergeld zum Kreditgeld aufsteigen würde. Hätten die Gründer der lateinischen Münzunion die Liquidationsklausel in ihrem Vertrag nicht vergessen, so hätte nach Aufhebung der freien Silberprägungen jeder Staat die ihm gehörigen Münzen eingezogen und eingeschmolzen. Nur dem Zufall verdankt die Menschheit dieses erste internationale Kreditgeld, und die Aufklärung, die es bringt.)

Folgerungen:

1) Das oben beschriebene Spiel der Kräfte steht in voller Übereinstimmung mit der Quantitätstheorie und liefert für dieselbe zugleich den Beweis ihrer Richtigkeit.

2) Es leuchtet ein, daß sich am genannten Spiel der Kräfte nichts ändern kann, wenn wir an Stelle des silbernen Fünffrankenstückes ein solches aus Papier setzen, da das Fünffrankenstück ja nicht Kraft seines Silbergehaltes als Geld funktionierte. Das ihm durch internationale Verträge verbrieft Vorrecht machte es zu internationalem Geld.

3) Gibt man ein solches unter Aufsicht der beteiligten Staaten verfertigtes Geld in einer nur für den Zweck bestimmten Menge aus und nur in einer einzigen Stückelung – etwa 5 Franken –, so würde dieses internationale Geld, wie jetzt die Fünffrankenmünzen, überall frei ein- und ausgehen, überall automatisch auf Warenein- und Ausfuhr regulierend wirken und überall als Arbitrageautomat ausgleichend auf die Valuta und Wechselkurse wirken.

4) Ungewöhnliches Einströmen von solchen Fünffrankennoten wäre der Beweis, daß zu wenig eigenes, nationales Papiergeld in Umlauf ist. Am Ausströmen würde man merken, daß zu viel nationales Geld umläuft.

5) Der vollkommene Abfluß der internationalen Noten und das folgende Auftreten eines Agios wäre der Alarmschuß für die Notwendigkeit einer kräftigeren Drainage des Geldmarktes, die so lange anzudauern hat, bis das Agio verschwindet und die internationalen Noten wieder einströmen.

6) Umgekehrt würde ein starkes Zuströmen der internationalen Noten beweisen, daß zu wenig nationales Geld in Umlauf ist – vorausgesetzt, daß man nicht annehmen will, daß

aus allen anderen Ländern die internationalen Noten durch zu vieles nationales Geld vertrieben wurden. Letztere Annahme führt auf die eigentliche Währungsfrage, die nicht mit der Valutafrage zu verwechseln ist.

Programm für die Internationale Valuta-Assoziation.

- 1) In den Staaten, die sich der Internationalen Valuta-Association anschließen wollen, wird als Währungseinheit die Iva eingeführt.
- 2) Diese neue Währungseinheit (Iva) ist nicht statisch (als Stoff), sondern dynamisch (als Tat), als Produkt einer fortlaufenden Handlung, der Währungspolitik, zu verstehen und kann demnach nur so lange eine genau bestimmte Größe bleiben, als sie durch die Währungspolitik in dieser erhalten wird.
- 3) Die Währungspolitik in den I.V.A.-Staaten ist auf die absolute Währung der Iva eingestellt.
- 4) Die zur absoluten Währung gehörigen statistischen Arbeiten werden nach einheitlichen Richtlinien geführt und ihr Ergebnis in einem besonderen, internationalen, statistischen Büro ständig verglichen und nachgeprüft.
- 5) Die auf die absolute Währung gerichtete aktive Währungspolitik beruht auf der Quantitätstheorie, d.h. auf der Erkenntnis, daß durch Mehrung oder Minderung des Geldangebots das allgemeine Preisniveau immer wieder auf den Ausgangspunkt zurückgeführt werden kann, so oft es sich davon auch zu entfernen strebt – und zwar unter allen Umständen – auch im Krieg.
- 6) In den I.V.A.-Staaten wird somit das Geldwesen national bleiben, jedoch nach einheitlichen, an sich gesunden, für alle Verhältnisse, alle Entwicklungsstadien gültigen Grundsätzen verwaltet.
- 7) Mit der oben gekennzeichneten einheitlichen nationalen Währungspolitik wird schon die Hauptursache der Handelsbilanzstörungen und der aus ihnen hervorgehenden Valutaschwankungen beseitigt.
- 8) Doch sind Störungen des Gleichgewichts in der Handelsbilanz in kleinerem Umfange aus mancherlei Ursachen (z.B. schwankende Erntefälle) nicht ausgeschlossen.
- 9) Um auch die Wirkung dieser Einflüsse auf die Valuta gänzlich aufzuheben, wird eine besondere internationale Valuta-

note geschaffen, für die alle I.V.A.-Staaten solidarisch haften, die unbehindert ein- und ausgeführt werden kann und gesetzliche Zahlkraft *pari* mit dem nationalen Geld haben soll.

10) Diese Iva-Valutanoten werden in einer Zentralstelle der Iva-Verwaltung – unter Aufsicht aller beteiligten Staaten – hergestellt und diesen gegen Erstattung der Herstellungs- und Verwaltungskosten, sonst aber kostenlos ausgeliefert.

11) Die Menge dieser Valutanoten wird ausschließlich durch ihren regulatorischen Zweck bemessen werden. Etwa 20 Prozent des nationalen Notenumlaufes dürften genügen.

12) Die Iva-Verwaltung (Bern?) erhält für die gelieferten Valutanoten Wechsel ausgestellt, die dann fällig werden, wenn durch fehlerhafte nationale Währungspolitik die Handelsbilanz andauernd passiv bleibt, dadurch die Valutanoten gänzlich über die Grenze vertrieben werden und für dieselbe ein Agio auftritt. Von diesem Tage an wird auch für die fälligen Wechsel ein Zins berechnet.

13) Die Valutanote wird zweckmäßig in der Stückelung hergestellt, die besonders für den Kleinverkehr in Frage kommt, so daß jeder Mangel oder Überfluß sich sofort fühlbar macht, wodurch die nationale Währungspolitik der öffentlichen Kontrolle unterstellt wird. Diese Stückelung dürfte zweckmäßig nicht durch nationale Noten gleicher Stückelung ersetzt werden.

14) Die I.V.A.-Staaten betrachten es als in ihrem Interesse liegend alles Nötige zu tun, damit die Valutanote stets *pari* mit dem nationalen Geld umläuft.

15) Das erreichen sie dadurch, daß sie bei andauerndem Einströmen von Valutanoten den Umlauf des eigenen nationalen Geldes vermehren – und umgekehrt bei Abströmen der Valutanoten nationales Geld einziehen.

16) Sollte diese im Interesse der Valutanote betriebene internationale Währungspolitik in erheblichem Umfang und anhaltend zu einer Diskrepanz mit den Forderungen der absoluten Währung führen (s. § 3), so wird durch eine vom internationalen statistischen Büro (s. § 4) geleitete Untersuchung die Ursache der Erscheinungen erforscht und die nötigen Anweisungen an alle Iva-Staaten zur Beseitigung des Übelstandes gegeben werden.

17) Damit die Kosten der Ein- und Ausfuhr von Valutanoten den Parikurs derselben nicht beeinflussen, werden diese Kosten von der Zentralstelle getragen werden.

18) Die Verwaltungskosten werden auf die Iva-Staaten *pro rata* [im Verhältnis] der Einwohnerzahl verteilt.

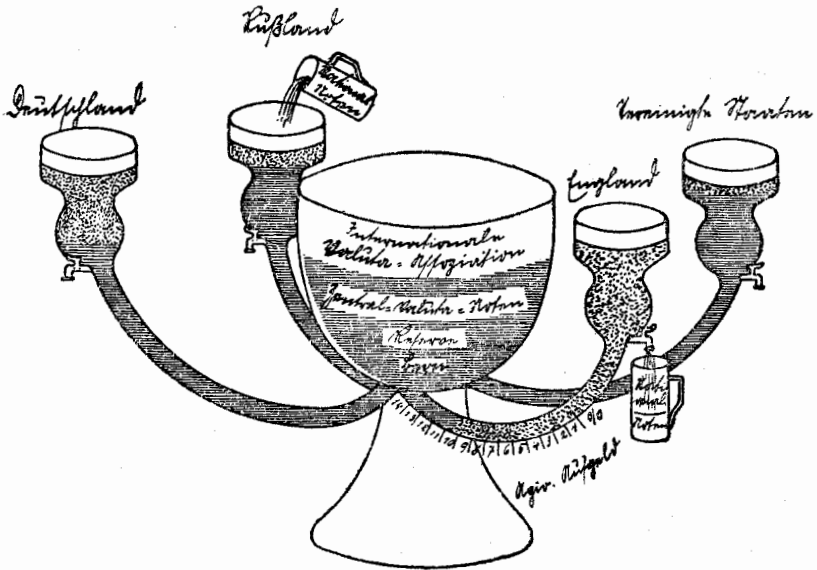
19) Der I.V.A. kann sich jeder Staat, auch außereuropäische, ohne weiteres anschließen. Es genügt dazu die Er-

füllung der Bedingung 1 und die Führung der nationalen Währungspolitik nach

den Grundsätzen der absoluten Währung. (s. § 3.)

20) Der Austritt aus der I.V.A. kann ebenfalls jeder Zeit durch Einlösung der unter § 12 erwähnten Wechsel erfolgen.

21) Die Auflösung der I.V.A. erfolgt durch Inkasso der der Iva-Verwaltung gezeichneten Wechsel und Vernichtung der auf diese Weise eingegangenen Iva-Noten.



Erklärung zu unserem Bilde.

Ähnlich wie in einem System kommunizierender Röhren der Stand des Wassers nach jeder Störung von selbst auf die gleiche Höhe zurückfällt, so wird in den Staaten, die ihr nationales Geldwesen der Iva-Valuta-Note angeschlossen haben, der allgemeine Preisstand der Waren überall auf gleicher Höhe bleiben, bzw. automatisch nach jeder Störung dahin zurückstreben, sofern nur in jedem dieser Staaten die nationale Währungspolitik auf die absolute Währung eingestellt wird.

Verstößt ein Land gegen die Grundsätze der absoluten Währung und achtet nicht genügend auf die Warnungszeichen, – Aus- und Einfuhr von Valutanoten – so kann es vorkommen, daß das Land mit Valutanoten überschwemmt wird (V. St.) oder, daß die Valutanoten völlig aus dem Land verdrängt werden (E). An der Überschwemmung durch Valutanoten hat aber kein Land Interesse, des Zinses wegen, den das Land an den Valutanoten verliert. Die völlige Verdrängung der Valutanoten kann einem Land aber noch weniger gleichgültig sein, des Agios wegen,

das dann auftritt und sich sehr unliebsam im Handel bemerkbar macht.

Fig. D. zeigt den normalen Zustand. Die untere Ausbuchtung, die die einströmenden Valutanoten aufnimmt, ist zur Hälfte gefüllt. Sie kann noch mehr aufnehmen, aber auch welche abgeben.

In Fig. R. dagegen ist das Reservoir der Valutanoten überfüllt. Durch eine kräftige Dosis nationalen Geldes wird dieser Überschuß bald abgestoßen sein, wie auch umgekehrt (s. Fig. E.) das Agio durch Rückfluß von Valutanoten schnell beseitigt sein wird, wenn, wie es geschieht, der Überschuß an nationalem Geld (s. den Ablaßhahn) eingezogen wird.

Ein Beispiel der Internationalen Valuta- Assoziation in Tätigkeit.

Von **Silvio Gesell.**

a) *Tatsachen.*

1. Die silbernen Fünffrankenstücke liefen vor dem Kriege in den Ländern der lateinischen Münzunion [Der lateinische Münzvertrag besteht zwischen Frankreich, Italien, Belgien, der Schweiz und Griechenland.] hemmungslos um. Sie konnten frei von einem dieser Länder ins andere ausgeführt werden, hatten überall gesetzliche Zahlkraft gleichgeltend (*pari*) mit den anderen Geldsorten dieser Länder und liefen auch meistens *pari* mit diesen um.

2. Das Fünffrankenstück war dabei Kreditgeld. Es war eine Zeitlang nur zu 50% durch seinen Silbergehalt „gedeckt“. Man konnte mit ihm das Doppelte des eigenen Silbergehaltes kaufen, so daß von je zwei solchen Münzen immer eine als reines Kreditgeld betrachtet werden konnte. Wer die Münze einschmolz, verlor die Hälfte.

3. Infolge seiner Freizügigkeit (s.1.) spielte es die Rolle eines allgemeinen Arbitrage-Automaten, eines internationalen Valutareglers, eines internationalen Nivellierers des allgemeinen Preisstandes der Waren.

4. Waren- und Zahlungsbilanz waren durchaus durch diesen Arbitrageautomaten beherrscht.

5. Mehrte man z.B. im Lande A der Münzunion den Geldumlauf (Menge oder Umlaufgeschwindigkeit) im Mißverhältnis zum Geldumlauf der anderen Vertragsländer B oder C, so stiegen die Warenpreise in A über den Stand der Preise in B und C. Dies bewirkte, daß die Wareneinfuhr in A aus den Ländern B und C gefördert, die Ausfuhr dagegen gehemmt, daß die Waren- und Zahlungsbilanz mit einem Schuldbetrag abschloß und dieser Saldo durch Ausfuhr von Fünffrankenstücken ausgeglichen wurde.

6. Die Ausfuhr von Fünffrankenstücken aus A nach B und C drückte die Warenpreise in A und hob sie zugleich in B und C, wobei zu beachten ist, daß die Fünffrankenstücke als Notendeckung galten, und die Ausfuhr von Fünffrankenstücken, die man sich von der Notenbank holte, zumeist ein doppelt so hohes Noteneinziehen zur Folge hatte, also doppelt wirksam war. Diese Aus-

fuhr von Fünffrankenmünzen dauerte an, bis das Gleichgewicht der Warenpreise, das Gleichgewicht der Ein- und Ausfuhr, das Gleichgewicht der Waren- und Zahlungsbilanz wieder hergestellt war.

7. Hielt im Lande A die Notenvermehrung bis zur gänzlichen Verdrängung der Fünffrankenmünzen an, so konnte der Saldo der Zahlungsbilanz nicht mehr durch Ausfuhr von Fünffrankenmünzen ausgeglichen werden. Dann setzte der Arbitrageautomat aus; an seine Stelle trat das Agio (Aufgeld).

8. Wünschte man in A das Agio zu beseitigen, so zog man das Papiergeld ein. Dann gingen die Warenpreise zurück, die Wareneinfuhr ließ nach, die Ausfuhr stieg, bis die passive Handels- und Zahlungsbilanz aktiv wurde, d.h. mit Überschuß abschloß. Dann strömten die durch die vorhergehende Notenausgabe vertriebenen Fünffrankenmünzen wieder zurück und das umgekehrte Spiel setzte ein, bis zum allseitigen Ausgleich. Die Warenpreise waren durch das Fünffrankenstück wie durch ein System kommunizierender Röhren verbunden, in dem der Wasserstand immer nach jeder Störung selbsttätig das Gleichgewicht sucht.

9. Hielt man sich in allen Ländern der Münzunion bei der Notenausgabe an das unter 7. / 8. beschriebene Warnungszeichen, so mußten sich die Valutaschwankungen durchaus innerhalb der Kosten des Hin- und Herschickens der Silbermünzen halten.

10. Die Festigkeit der Valutakurse war also innerhalb der Münzunion nicht durch Internationalisierung des gesamten Geldumlaufes herbeigeführt worden, sondern dadurch, daß man einer beschränkten Anzahl Münzen internationale Gültigkeit verlieh.

(Sinn und Zweck der Münzunion war zwar ein anderer gewesen. Die Gründer der Union wußten nicht, daß das Silbergeld zum Kreditgeld aufsteigen würde. Nur von der Theorie des Papiergeldes aus kann man den Mechanismus des beschriebenen Arbitrageautomaten begreifen.)

b) *Folgerungen.*

1. Das oben beschriebene Spiel der Kräfte stimmt voll überein mit der Quantitätstheorie und liefert für diese zugleich den Beweis ihrer Richtigkeit.

2. Es leuchtet ein, daß sich am genannten Spiel der Kräfte nichts ändern kann, wenn wir an Stelle des silbernen Fünffrankenstückes ein solches aus Papier setzen, da das Fünffrankenstück sich ja nicht kraft seines Silbergehaltes als Geld betätigte. Das ihm

durch internationale Verträge verbriefte Vorrecht machte es zu internationalem Geld.

3. Gibt man ein solches unter Aufsicht der beteiligten Staaten verfertigtes Geld in einer nur für den Zweck bestimmten Menge aus und nur in einer einzigen Stückelung – etwa 5 Franken –, so würde dieses internationale Geld, wie jetzt die Fünffrankenmünze, überall frei ein- und ausgehen, überall selbsttätig auf Warenein- und Ausfuhr regelnd wirken und überall die Valutakurse auf dem Gleichstand (*pari*) erhalten.

4. Ungewöhnliches *Einströmen* von solchen Fünffrankennoten wäre der Beweis, daß zu wenig eigenes, nationales Papiergeld im Umlauf ist. Am *Ausströmen* würde man merken, daß zuviel nationales Geld umläuft.

5. Der vollkommene Abfluß der internationalen Noten und das folgende Auftreten eines Agios wäre der Warnungsschuß für die Notwendigkeit einer kräftigen Drainage des Geldmarktes, die so lange anzudauern hat, bis das Agio (Aufgeld) verschwindet und die internationalen Noten wieder einströmen.

6. Umgekehrt würde ein starkes Zuströmen der internationalen Noten beweisen, daß zu wenig nationales Geld im Umlauf ist, – vorausgesetzt, daß man nicht annehmen will, daß aus allen anderen Ländern die internationalen Noten durch zu viel nationales Geld vertrieben wurden. Letztere Annahme führt auf die eigentliche Währungsfrage, die nicht mit der Valutafrage zu verwechseln ist.

In nachstehendem Abschnitt geben wir nunmehr eine Übersicht der Grundsätze für den nach unseren Vorschlägen zu begründenden *Weltwährungsverein* (Internationale Valuta Assoziation).

Der Weltwährungsverein.

International valuta association (Iva). – *Union de stabilisation monétaire universelle.* – *Union universal de cambio.*

1. In den Staaten, die sich dem Weltwährungsverein (der Internationalen Valuta Assoziation „Iva“) anschließen wollen, wird als Währungseinheit die „Iva“ eingeführt.

2. Diese neue Währungseinheit (Iva) ist nicht statisch (als Stoff), sondern dynamisch (als Tat), als Ergebnis einer fortlaufenden Handlung, der Währungspolitik, zu verstehen und kann demnach nur so lange eine genau bestimmte Größe bleiben, wie sie durch die Währungspolitik in dieser erhalten wird.

3. Die Währungspolitik in den Iva-Staaten ist auf die absolute Währung der Iva eingestellt [Als „Absolute Währung“ bezeichnet *Dr. Th. Christen* in seinen Schriften den Zustand des Gleichgewichts zwischen Angebot von Geld und Angebot von Waren, der sich als Folge einer dahin zielenden aktiven Währungspolitik einstellt.].

4. Die zur absoluten Währung gehörigen statistischen Arbeiten werden nach einheitlichen Richtlinien geführt.

5. Die auf die absolute Währung gerichtete aktive Währungspolitik beruht auf der Quantitätstheorie, d.h. auf der Erkenntnis, daß durch Mehrung oder Minderung des Geldangebots der allgemeine Preisstand immer wieder auf den Ausgangspunkt zurückgeführt werden kann, so oft er sich auch davon zu entfernen strebt, und zwar unter allen Umständen, auch im Krieg.

6. In den Iva-Staaten wird somit das Geldwesen national bleiben, jedoch nach einheitlichen, an sich gesunden, für alle Verhältnisse, alle Entwicklungsstufen gültigen Grundsätzen verwaltet.

7. Mit der oben gekennzeichneten einheitlichen, nationalen Währungspolitik wird schon die Hauptursache der Handelsbilanzstörungen und der aus ihnen hervorgehenden Valutaschwankungen beseitigt.

8. Doch sind Störungen des Gleichgewichts in der Handelsbilanz in kleinerem Umfange aus mancherlei Ursachen (z.B. schwankende Ernteausfälle) nicht ausgeschlossen.

9. Um auch die Wirkung dieser Einflüsse auf die Valuta gänzlich aufzuheben, wird eine besondere internationale Valutanote geschaffen, für die alle Iva-Staaten solidarisch haften, die unbehindert ein- und ausgeführt werden kann und gesetzliche Zahlkraft pari mit dem nationalen Geld haben soll.

10. Diese Iva-Valuta-Note wird in einer Zentralstelle – der Iva-Verwaltung Bern – unter Aufsicht aller beteiligten Staaten hergestellt und diesen gegen Erstattung der Herstellungs- und Verwaltungskosten, sonst aber kostenlos ausgeliefert.

11. Die Menge dieser Valutanoten wird ausschließlich durch ihren regelnden Zweck bemessen werden: etwa 20% des nationalen Notenumlaufes dürfte das Richtige sein.

12. Die Iva-Verwaltung Bern erhält für die gelieferten Valutanoten Wechsel ausgestellt, die an dem Tag fällig werden, wo durch fehlerhafte nationale Währungspolitik die Handelsbilanz andauernd passiv wird, wodurch die Valutanoten gänzlich über die Grenze getrieben und nur noch gegen Agio gehandelt werden.

Von diesem Tage an wird auch für die fälligen Wechsel ein Zins berechnet.

13. Die Valutanote wird zweckmäßig in der Stückelung hergestellt, die besonders für den Kleinverkauf in Frage kommt, so daß jeder Mangel oder Überfluß sich sofort fühlbar macht. Hierdurch wird die nationale Währungspolitik der öffentlichen Kontrolle unterstellt.

14. Die Iva-Staaten betrachten es als in ihrem Interesse liegend, alles Nötige zu tun, damit die Valutanote stets pari mit dem nationalen Geld umläuft

15. Das erreichen sie dadurch, daß sie bei andauerndem Einströmen von Valutanoten den Umlauf des eigenen nationalen Geldes vermehren – und umgekehrt bei Abströmen der Valutanoten nationales Geld einziehen.

16. Sollte diese im Interesse der Valutanote betriebene internationale Währungspolitik in erheblichem Umfang und anhaltend zu einer Diskrepanz, einem Zwiespalt mit den Forderungen der absoluten Währung führen (s. § 3), so wird in einer internationalen, von der Zentralstelle Bern geleiteten Untersuchung die Ursache der Erscheinung erforscht und die nötige Anweisung an alle Iva-Staaten zur Beseitigung des Übelstandes gegeben werden.

17. Damit die Kosten der Ein- und Ausfuhr von Valutanoten deren Parikurs nicht beeinflussen, werden diese Kosten von der Zentralstelle getragen werden.

18. Die Verwaltungskosten werden auf die Iva-Staaten im Verhältnis der empfangenen Valutanoten verteilt.

19. Der Iva kann sich jeder auch außereuropäische Staat ohne weiteres anschließen. Es genügt dazu die Erfüllung der Bedingungen 1 und 9 und die Führung der nationalen Währungspolitik nach den Grundsätzen der absoluten Währung (s. § 3). Dann wird diesem Staate die gleiche Summe von Valutanoten (20% des eigenen nationalen Geldumlaufs) von der Zentralstelle Bern kostenlos ausgeliefert.

20. Der Austritt aus der Iva kann ebenfalls jeder Zeit durch Einlösung der unter § 12 erwähnten Wechsel erfolgen.

21. Die Auflösung der Iva erfolgt durch Inkasso der der Ivaverwaltung gezeichneten Wechsel und Vernichtung der auf diese Weise eingegangenen Noten.

Ein Flugblatt des Reichsbankdirektoriums.

Helfferrich, der Begründer des „Vereins zum Schutze der deutschen Goldwährung“, der Verfasser des Werkes „Das Geld“ wußte, was geschehen muß, wenn der Drehpunkt der Volkswirtschaft, die Währung, nachgibt. Soviel mußte er aus seiner Polemik mit den Bimetallisten gelernt haben. Von ihm hätte man also unbedingt erwarten können, daß er die Währung vor den begehrliehen Zugriffen der Kriegsleute schützen würde. Aber der Streber wird zum Demagog, wenn persönliche Interessen es von ihm verlangen. Helfferrich hatte nicht den Mut, den Kapitalisten, die ihn zum Finanzminister gemacht hatten, Steuern für die Kriegskosten aufzuerlegen und so handelte er, wie der erste beste Pöbelführer in gleicher Lage handelt: er gab den Wünschen der ihn beherrschenden Klasse nach. An Stelle der Steuerpresse ließ er die Notenpresse spielen und versprach dem kapitalistischen Pöbel, die Banknoten mit dem Goldschatz der Bank von England einzulösen!

Die Reichsbankdirektoren, brave, folgsame Beamte, wagten nicht Widerspruch gegen solche Verletzung aller Regeln gesunder Geldverhältnisse zu erheben. Sie klammerten sich an ihre Sinekuren, fürchteten wohl auch, wie die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, an die Front geschickt zu werden. Sie gehorchten Helfferrichs Befehlen – deren Folgen sie nun als Mitschuldige mit allen Mitteln vor dem Publikum zu verschleiern suchen.

Diesem Zweck dient u. a. das Flugblatt vom 20. März d. J., das die Reichsbankdirektion in kaufmännischen Kreisen verbreitet und dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Die klägliche Bewertung der Reichsmark ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß man im Auslande nicht mehr das frühere Vertrauen in unsere Tüchtigkeit, weitblickende Tatkraft und unsere so gerühmte Ordnung besitzt.“

Danach wäre es das Benehmen der deutschen Kaufmannschaft auf das in der Hauptsache die klägliche Bewertung der Valuta zurückzuführen ist und nicht auf die Währungspolitik der Reichsbank, auf die 60 Milliarden Papiergeld!

Also, ihr deutschen Kaufleute, *ihr* seid das Karnickel, die Reichsbank ist unschuldig; wenn sie auch die Notenausgabe verdoppelt, verzehnfacht, das hat auf die Preise, auf die Valuta keinen Einfluß. Bessert eure Moral – dann bessert sich die Valuta!

„Den Neutralen und Feinden gefällt es, unsere Mark mit 15 – 16 Pf. zu bewerten, sie also auf weniger als den sechsten Teil ihres inneren Wertes (? Der Verf.) herabzudrücken und der deutsche Michel läßt sich das ruhig gefallen, indem er deutsche Ware zum sechsten Teil ihres Wertes an das Ausland wegwirft.“

So schwatzt das Flugblatt der Reichsbankdirektion weiter. Und sie begründet die Beibehaltung der Zwangswirtschaft mit den Worten:

„Der deutsche Kaufmann ist noch nicht reif zur Selbständigkeit in Ausfuhrfragen“.

Wahrhaftig, die deutschen, in Staatsschulen, Staatskirchen, Staatskasernen dressierten, mit der Staatspresse aufgepäppelten Kaufleute lassen sich viel gefallen. Wie unmündige Kinder werden sie von der Reichsbank behandelt.

Wenn es wahr wäre, daß in größerem, nennenswertem Maße die Waren in Deutschland verschleudert werden – bisher beklagte man sich über wucherische Preistreiberei, jetzt darüber, daß die Waren verschleudert, weggeworfen werden – so kann das nur damit erklärt werden, daß die Konkurrenz der Käufer fehlt und wenn diese fehlt, so muß das auf die Zwangswirtschaft zurückgeführt werden, die alle ehrlichen Kaufleute von den deutschen Märkten vertreibt und diese den Schiebern und Spitzbuben als Jagdgrund überläßt. Mit Behörden, mit Beamten, mit Menschen, die persönlich kein Interesse an der Sache haben, kann nur der Schieber verkehren, weil er allein nicht davor zurückschreckt, das rostige Getriebe der Staatsmaschine „einzufetten“, wie es sich gehört. Behörden und Wirtschaft, Beamtenarbeit mit unkontrollierbaren Massen, führt immer zur Korruption; ja, Ware in der Macht von Beamten ist an sich eine Korruption des Begriffes Ware. Jeder Beamte, der amtlich Waren hantiert, wird es immer nur mit Spitzbuben zu tun haben. Der ehrliche Kaufmann will nicht in den Büros der Kriegsgesellschaften mit den Schiebern antichambrieren. (Das ist auch der tiefere Grund, warum der

Kommunismus unmöglich, warum das Genossenschaftswesen sich so kümmerlich entwickelt.)

Will man in Deutschland auf dem Wege des Wettbewerbes der Käufer die Warenpreise sofort auf die Höhe der Weltmarktpreise heben, so brauchen wir nur die Korruptionsanstalten zu schließen, den Handel frei zu geben. Dann strömen wieder von allen Seiten, von allen Teilen der Welt die ehrlichen Kaufleute herbei. Und mehr ist nicht nötig. Das Übrige besorgt der allgemeine Wettbewerb.

„Es muß darauf hingearbeitet werden, die Bewilligung der Ausfuhr von der Bedingung abhängig zu machen, daß in Auslandswährung verkauft wird.“

In Auslandswährung? Was ist das für ein Ding? Gibt es das? Ist die polnische Mark, die österreichische Krone, der Kerenski-Rubel Auslandswährung? Ist der französische Franken, der belgische Franken, der Schweizer Franken, der italienische Franken – auch Auslandswährung? In Amerika jubiliert oder klagt man, daß die Warenpreise auf das doppelte, in England, daß sie auf das Dreifache gestiegen sind! Was währt also dort, was ist Auslandswährung? Sollen die deutschen Kaufleute ihre Rechnungen in Dollar ausstellen? Sollen sie die Zahlung in Gold fordern? Warum gerade in Gold, das heute nirgendwo in der Welt noch eine Heimstätte hat, das von allen Seiten abgestoßen wird? Aber nehmen wir an, die deutschen Kaufleute hätten im März (Datum des Reichsbankflugblattes) die Auslandsrechnungen in Dollars umgerechnet. Damals kostete der Dollar ca. 80 Mark und eine Rechnung von 100 000 Mark hätte demnach 1250 Dollars erbracht. Heute, den 25. Mai, kostet der Dollar 30 Mark und die fällige Zahlung von 1250 Dollars brächte statt der nötigen 100 000 Mark nur noch 37 500 Mark. *Ein Verlust von $\frac{2}{3}$ des Betrages wäre demnach dem deutschen Kaufmann erwachsen, wenn er den Ratschlägen der Reichsbankdirektion gefolgt wäre!*

Im Flugblatt des Reichsbankdirektoriums heißt es:

„Im Jahre 1918 prägte ein bekannter Bankvertreter Hamburgs das Wort: „Viele Leute, die sich heute von Amtswegen (!) mit der Frage der Valuta zu befassen haben, hielten vor dem Kriege das Wort Valuta für einen Mädchennamen.“

Gewöhnlich ist Selbsterkenntnis der erste Schritt zur Besserung. Aber nach den obigen Proben müssen

wir es leugnen, daß bei der Reichsbank die Selbsterkenntnis die genannte Folge gehabt hat. Sie sind eben alt, greisenhaft; sie müssen sich alle pensionieren lassen, die Herren, die 60 Milliarden Mark über die leeren deutschen Märkte ergießen und die dann die allgemeine Preistreiberei mit einer moralischen Minderwertigkeit des deutschen Kaufmannes erklären und denselben Kaufleuten Verhaltensmaßregeln empfehlen, die – wenn sie befolgt worden wären – unabwendbar den Bankerott von tausenden ehrbarer Kaufleute zur Folge gehabt hätten.

Fort mit der Reichsbank!

Her mit der absoluten Währung!

Her mit dem Reichswährungsamt!

Inzwischen aber empfehlen wir den deutschen Kaufleuten den Weg der Selbsthilfe zu betreten, die direkte Aktion – und zwar durch Schaffung einer eigenen, auf der absoluten Währung beruhenden „Kaufmannsmark“ oder auch „Hansamark“. Sie brauchen dazu nur die Preise der hauptsächlichsten Waren, etwa 100 oder 200 Stapelartikel, allwöchentlich durch ihre Handelskammern festzustellen und diese Zahlen durch geübte Statistiker zum deutschen Index verarbeiten zu lassen. Dann werden die Kaufverträge mit Zahlungsfrist, alle Kreditgeschäfte in dieser Hansamark abgeschlossen. Die Zahlung erfolgt in der Weise, daß die vom Tage der Rechnung eingetretenen Abweichungen vom Index als Agio oder Disagio verrechnet werden; die Zahlung selbst geschieht dann in Reichsmark. Also eine auf die absolute Währung eingestellte „Markbanko“. Das Agio oder Disagio gleicht die Sprünge aus, die die Reichsmark in der Zeit bis zum Zahlungstermin durchmacht. Unter Hinzufügung oder Abrechnung des Agios kann der Kreditgeber (Verkäufer) stets – im Durchschnitt – die Waren wieder erwerben, die er auf Kredit verkauft. Der Kreditnehmer (Käufer) dagegen gibt im Agio das zurück, was er durch allgemeine Preissteigerung etwa gewinnt oder erhält im Disagio zurück, was er durch allgemeinen Preisrückgang etwa verliert.

Die gleiche Markbanko können die Unternehmer und Arbeiter als Unterlage für die Lohnverhandlungen benutzen.

Selbsthilfe! Den Kaiser hat man abgesetzt, den Überkaiser, die Reichsbank, läßt man im Amte. Und das nennt sich Revolution!

Dr. Th. Christen †.

Am 6. Mai starb in den Wassern des Genfer Sees *Dr. med. u. phil. Christen!* Er war mit einigen anderen Mitgliedern des Vereins für Steuerreform der Begründer des „Schweizer Freiland–Freigeld-Bundes“. Unter den vielen hervorragenden Männern, die dieser Bund umfaßt, war Dr. Christen der besten einer. Die Mitglieder des Bundes selber nennen ihn ihren Besten. Er war voller Begeisterung für die Sache und diente ihr mit der ganzen Fülle seines Wissens, seiner gewaltigen, schier unglaublichen Arbeitskraft, unter rücksichtsloser Einsetzung seiner ganzen Person. Seine Worte und Taten standen immer in Übereinstimmung mit seinen Erkenntnissen, ohne viel zu fragen, wie ihm persönlich solches bekommen würde. Als mir in München die Führung der Finanzen der Bayerischen Räterepublik anvertraut wurde, da gab Christen sogleich seine angenehme und einträgliche Stellung als wissenschaftlicher Leiter der Münchener Röntgenwerke auf, um mit mir die Vorbereitungen zur proletarischen Befreiung zu treffen. Er wäre auch jetzt wieder bereit gewesen, dem ersten Rufe des Proletariats zu folgen, auch dann, wenn, wie in München, die Rache der bedrohten Vorrechtsgenießer zu erwarten gewesen wäre. Christen war sich eben voll bewußt, was dem Volk bevorsteht, wenn es nicht gelingt, in naher Zukunft dem Freiland– und Freigeldgedanken die Bahn zu brechen. Gegenüber der Größe dieser Gefahr schien ihm jedes persönliche Opfer wenig.

Während sonst der Arterhaltungstrieb nur eine verwässerte Lösung des Selbsterhaltungstriebes zu sein scheint, war es bei Dr. Christen umgekehrt. Auf's Ganze war sein Sinnen gerichtet; er rechnete mit den Jahrhunderten, wie andere mit Tagen. Das Geschick der Menschheit lag ihm am Herzen. Sein schönes Buch über die menschliche Fortpflanzung zeugt davon, wie weit er seine Ziele setzte. Sein rücksichtsloses Eintreten für das *Recht auf den vollen Arbeitsertrag* war in erster Linie bestimmt durch die Förderung, die die Veredelung der menschlichen Fortpflanzung von der Gesundung unserer Wirtschaft erwarten darf. Wie Paulus Klüpfel, Ernst Frankfurth, Gustav Simons, so erwartete auch Christen von der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Frau die restlose Lösung der schweren Aufgabe, die sich die Bekämpfer

der Volkslasten gestellt haben. Er vertrat darum mit Entschlossenheit den Vorschlag, die Grundrenten unter die Mütter zu verteilen, damit keine Frau aus Not eine Ehe einzugehen oder wider ihr Empfinden fortzuführen brauche.

Seine in rascher Folge veröffentlichten Arbeiten über Freiland – Freigeld zeichnen sich durch außerordentliche Klarheit der Gedanken und der Aussage aus. Niemals läßt er den geringsten Zweifel über den Sinn seiner Worte bestehen. Diese Schriften werden kaum jemals aus unserem Waffenlager durch Besseres verdrängt werden können und so wird unser Kamerad Christen, obschon tot und begraben, wie einst der Cid Campeador, mit uns kämpfen – bis zum Sieg.

Schwankender Boden.

Von *Heinrich Richter*. [Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Als sich die *Kriegsgewinnler* umsahen, wie sie ihre Beute in Sicherheit bringen könnten, da dachten sie zumeist daran, Land zu kaufen. Dies gilt unter den Fachleuten als eine der besten Arten, die flatternden Papierscheine in *dauerhaften Besitz* zu verwandeln. Der Erde Grund steht fest; kein Dieb vermag den Acker aufzurollen wie einen Teppich und fortzuschleppen. Selten hat eine einheimische oder fremde Regierung gewagt, den Grundbesitz anzutasten. Ein Grundbesitzer war es, der Friedrich dem Großen den Weg vertrat mit den Worten: „Es gibt noch Richter in Berlin!“ und der Selbstherrscher, für den sonst Widerstände nur da waren, sie zu überwinden, schreckte vor der *Heiligkeit* des Grundbesitzes zurück.

Und doch: der Schein trügt. Nicht immer hat, wer auf eigenen Boden tritt, auch wirtschaftlich festen Boden unter den Füßen. Das arbeitslose Einkommen vom Boden, der Pachtzins, die Grundrente, ist keineswegs eine feste Größe. Um etwas Festes, Sicheres streitet

man nicht; aber um nichts in der Welt wird soviel *gestritten* wie um die Grundrente. Davon wissen nicht nur die Richter in Berlin, sondern aller Orten zu erzählen.

Die fettesten *Prozesse* sind es, die sich um das *gesetzliche Ausbeutungsrecht der Grundbesitzer* drehen. Es kann eben auch der Frömmste seine Grundrente nicht in Ruhe genießen, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. So ging es mit dem schönen Fernblick zu B., der Tausende von Sommergästen anlockte; und den Einwohnern des Ortes war das wohl zu gönnen. Solch eine *schöne Aussicht* wird ja nicht nur vom Naturfreund, sondern auch von allen Grundbesitzern und Gasthauspächtern der Gegend ungemein geschätzt. Nur mangelt es an einem sicheren Mittel, sie vor dem *Angriff fremder Grundrentner* zu schützen. Ein Fabrikbesitzer läßt nämlich einen Erweiterungsbau ausführen, der einfach einen Teil des Ausblickes zudeckt. Daß unter solchen Umständen der Gemeindevorstand mit scharfen Protesten im Namen sämtlicher Angesessenen nicht zögert, ist zu begreifen. Nicht begreifen wird aber der Fabrikbesitzer, warum er auf seinem Grundstück, das doch vor Gott und den Menschen nur ihm allein gehört, nicht nach Herzenslust bauen soll. – Hier sieht man, *wie Kriege entstehen*, Kriege um die Grundrente; es gehe um die Erze von Briey, oder um das „deutsche“ Kalimonopol, das durch die Abtretung des Elsaß nun durchbrochen wird, um persische Petroleumfelder oder – um den Fernblick von einem Aussichtsturm.

Friedfertigkeit nützt dem Grundrentner nicht viel; denn sein unbewegliches Eigentum zwingt ihn, sich dem Gegner zu stellen und, wenn dieser es will, zu kämpfen bis zum bitteren Ende. Er ist gefangen wie Robinson auf seinem Eiland, der dem Kampf mit den Wilden nicht auszuweichen vermochte. Ist er der Schwächere, so muß er stillhalten und dulden wie der Mann, dessen Leib an den Fel-

sen geschmiedet war und von Geiern zerfleischt wurde.

Hunderte von Rechtsstreitigkeiten sind geführt worden, als der Staat die *Wassergerechtsame* aufheben wollte. Vielfach wurden die Berechtigten abgefunden; oft war ihr Recht an das nahe Wasser umstritten; wiederholt waren die Forderungen zu hoch, und so mußte das Gericht entscheiden. Man sieht: *Prozesse müssen sein*. Nicht weniger als 300 Jahre hat einer der berühmtesten Prozesse dieser Art gedauert.

Auch Friedrich der Große hat Richter sein müssen in dieser Frage; indessen er so wenig wie irgend ein anderer weiser Salomon hat die Verworrenheit des Rechtes oder Unrechts an *Boden und Wasser* durchdringen können. Denn wer kann sagen, der Edelmann dürfe in seinem Park keinen *Springbrunnen* haben, weil dem Müller dann das Wasser fehle! Das ist bei der Schöpfung der Welt falsch eingerichtet worden, daß das Wasser von einem Grundrentner wegfließt zum andern hin und sich, gleich einem Landstreicher und Zigeuner, um keinen Grenzstein kümmert. Wem gehört nun diese Flüssigkeit?

Und doch, wie einfach und klar liegen die Dinge. Seit zehn- oder hunderttausend Jahren strömen die Wellen; sie quollen aus der Erde, als die Wildnis noch in Frieden lag, unberührt von Hader und Streit. Als aber die ersten Menschen in der Einöde erschienen, da *kämpften* sie um den Besitz der Gewässer, um die Salzquellen, und die Bäche färbten sich mit Blut. Dann kam eine Zeit, wo der König des Landes für das ganze Volk Besitz ergriff vom Boden mit all seinen Schätzen. *Gegen Entrichtung von Steuern und Abgaben, gegen Leistung von Diensten verlieh er ihn auf Widerruf*. War diese Art, die Grundrente zu verwalten, auch nicht vollkommen, so war sie doch tausendmal vernünftiger als der gegenwärtige Zustand, der unter Bruch und *Vergewaltigung* jener alten Rechtsformen entstanden ist.

Der *Geldzins* ist heute noch unverwundbar. Der *Sachlohn* aller Arbeiter kann nur vorübergehend unter den Stand sinken, der durch den Arbeitsertrag des Siedlers auf Freiland in der Wildnis bestimmt wird. Aber die *Grundrente* ist von tausend Umständen und Zufällen abhängig, und deshalb müssen *ihre Besitzer mißtrauische, streitsüchtige Menschen* sein. Zittert nicht sogar der allmächtige *Rockefeller* in schlaflosen Nächten, wenn die Entdeckung neuer Brennstoffe den Absatz des Petroleums hemmt? Mußte nicht erst das Reichsgericht angerufen werden, weil Grundbesitzer das *Überfliegen* ihrer Grundstücke durch Flugzeuge nicht dulden wollten? Zum Glück ist der Fall schon in § 905 B.G.B. vorgesehen; sonst wären die Rechte des Grundrentners erhöht bis an die Sterne des Himmels, verankert im Mittelpunkt der Erde. Und wie schwatzten des langen und breiten die Zeitungen darüber, als ob es sich um Wunder was für eine kluge Sache handle, und nicht um dumme, selbstsüchtige Anmaßung.

Alles, was in der Welt geschieht, erregt des Grundrentners sorgenvolles Mißtrauen. Wenn die Reichsbank mit der *Währung* experimentiert – wer vermag dann zu sagen, ob die *Preise* nicht plötzlich anfangen zu sinken wie in den siebziger Jahren und der Bauer in Hypothekennot und Zinsknechtschaft gerät? Selbst seine Kinder muß der Grundrentner mit gemischten Gefühlen aufwachsen sehen; denn was nützt die schönste *Preissteigerung*, die ja die Abbürdung der Schulden ermöglicht, wenn bei *Erteilung* aufs neue Belastung mit Hypotheken und Zinsen eintreten muß! Wie oft heißt es dann: Der ältere Bruder muß dem jüngeren *dienen*. Und Zinsendienst ist härter als die Armut der Besitzlosen.

Macht die Reichsbank mehr Geld, so steigen die Preise, und der Grundrentner hat womöglich Steuern für *Wertzuwachs* zu entrichten, und zwar für einen Wertzuwachs, der bloße *Einbildung* ist. Der Steuerfiskus

handelt dann genau so wie jene Gymnasiasten, die zu ihrem Lehrer sagten: „Heute müssen wir hitzefrei haben, denn gestern waren schon 20 Grad (Réaumur), heute aber sind es gar 25 Grad (nach Celsius)!“ – Auf diese Weise hat die Reichsbank das deutsche Nationalvermögen von 400 Milliarden vor dem Kriege auf mindestens 1000 Milliarden gesteigert, und zwar binnen fünf Jahren.

Und welch böse Sache ist es mit dem *Zinsfuß*! Steigt er, so verstärkt das den Druck der Schulden. Sinkt er, so kann mehr Ödland unter den Pflug genommen und das urbare Land durch technische Verbesserungen ertragreicher gemacht werden, und dann – sinken die Preise und steigen die Löhne, weil viele Arbeiter nach dem neuen Siedlungsland abwandern werden, alles auf Kosten der Grundrente.

Läuft ein *Handelsvertrag* ab, so gehen die Zollkämpfe wieder los; ebenso ist es bei der Wahl neuer Volksvertretungen. Wird ein *Kanal*, eine Eisenbahn in der Gegend gebaut, so könnte das wohl vorteilhaft sein für die Abfuhr der Feldfrüchte, für die Ausbeutung der Kalk- und Lehmgruben, aber nicht für die Ausbeutung der Arbeiter. Denn diesen wird die neue Arbeitsgelegenheit den Rücken steifen, daß sie höhere Löhne fordern. Der *städtische* Grundrentner hingegen wünscht den neuen Bahnhof, das neue Finanzamt in seine Nähe, am liebsten auf sein eigenes Grundstück; und er ruft Himmel und Erde zu Zeugen des erlittenen Unrechts an, wenn das entgegengesetzte Ende der Stadt oder gar die Nachbargemeinde bevorzugt werden.

Unsicher und schwankend, wie des Grundrentners arbeitsloses Einkommen, sind auch seine Gedanken. *Die nationale Einigung* 1871 mit den Brüdern gleicher Sprache und gleichen Stammes war zwar eine herrliche Sache, aber so recht erwärmte man sich nicht dafür. Denn konnte man im voraus wissen, ob die gemeinsame Gesetzgebung gebührend Rücksicht nehmen würde auf das notleidende Grundrententum? Würden die Kirchen-

und Schulverfassung bei den neuen Volksgenossen so unter Aufsicht der Grundrentner stehen wie bei uns? Dann kam die Zeit der *Weltpolitik*. Schifffahrt und Handel blühten auf. Aber ihr Aufschwung verbilligte die Frachten und erleichterte die Zufuhr überseeischer billiger Nahrungsmittel. Nun hieß es zwar, das käme nicht nur den einheimischen Arbeitern, sondern auch den deutschen Brüdern zugute, die in Kanada und Rußland ihren Weizen bauen. Aber was mußten diese Leute auswandern und mit dem deutschen Grundbesitzer in Wettbewerb treten? Wären sie doch zu Hause in Ostelbien, in den Zuckerfabriken der Börde geblieben! –

All diese Dinge sind in ihren Zusammenhängen und Folgen so dunkel und verworren, daß es der Grundrentner für das beste hält, alles *zu lassen, wie es ist*, beim lieb gewordenen Alten zu bleiben, *konservativ* zu sein, selbst auf die Gefahr, daß ihm dieser oder jener Vorteil dadurch entgehen sollte. *Ein Sperling in der Hand ist sicherer als eine Taube auf dem Dache.*

Dazu kommt noch, daß ihm die *Freizügigkeit* versagt ist, wie er sie auch den besitzlosen Arbeitern zu verkümmern trachtet; *daß* er selten hinter die Berge schaut, hinter denen auch Leute wohnen. *Inzucht* verdirbt sein Blut, und zwar nicht nur im hohen, sondern auch im niederen Stande; so sündigt er gegen die Gesetze der Natur, um Grundbesitz und Grundrente zu *sichern*. –

Glücklich wird der Mann gepriesen, der auf eigener Scholle steht, mit den Füßen fest in des Vaterlandes Boden wurzelt und sein Haupt nicht vor Menschen beugt. Aber bei der heutigen Art des Bodenrechtes ist der *Stolz des freien Grundbesitzers* nicht Menschenwürde, deren geistigem und sittlichem Adel jeder neidlos Ehrfurcht zollt; sondern er gründet sich auf *Vorrechte*, auf arbeitsloses Einkommen. Stellt diesen Mann auf sich selber, in den Wettbewerb der Arbeit hinein, und er wird in der Not, wo er Manneskraft beweisen sollte,

zusammenbrechen, weil er *verwöhnt und verweichlicht* ist. Der notleidende Grundbesitzer, der so gut den harten Herrn zu spielen weiß, bittelt um *Zölle* und zittert ums *Wahlrecht*. Schwankend wie die Grundrente ist seine Gesinnung.

Erst wenn der Bodenbesitz befreit ist von dem Druck wirtschaftlicher *Unsicherheit* und von dem Vorwurf der *Selbstsucht*, dann kann er die herrlichen Früchte bringen, die man jetzt vergeblich bei ihm sucht.

Marx, Helfferich und Erzberger.

Diese Überschrift sagt außerordentlich viel. Man braucht nur mit einigem Sinn für die „Ironie der Geschichte“ einen Scherz daraus zu machen. Etwa so: Marx – ein Helfferich im Erzbergwerk des Kapitalismus. Oder so: Der Helffer(ich) Erzbergers ist Marx. Oder auch so: Helfferichs Mark(s) ist Erzberger.

Wer aber angesichts des heftigen Kampfes, den Helfferich und Erzberger miteinander und die Jünger Marxens gegen alle beide führen, unsere Zusammenstellung für sehr gewagt und gezwungen halten und unsern ironischen Scherz als schlechten Witz bezeichnen möchte, der sei auf folgende Tatsachen verwiesen:

Marx bezeichnet Ware und Geld als Äquivalente. Man denke! Dabei setzt er ohne Bedenken Gold für Geld.

Daraus folgt in einem, daß er, wenn nicht *Vertreter*, so doch *Anerkennung* der Goldwährung und *Verkenner des Geldwesens* ist. Beides ist nicht zu trennen von der Tatsache, daß *seine Kapitaltheorie in ihrem Kerne falsch* und die *darauf aufgebauten Maßnahmen zur Überwindung des Kapitalismus wirkungslos* sind. Ein glatter Beweis dafür

war die „Sozialisierung“ der „Eisenbahn-Signal-Bauanstalt von Max Juedel u. Co., A.G.“ in Braunschweig.

Darüber berichtete seinerzeit die unabhängige Braunschweiger Landeskorespondenz, daß der Betriebsrat der Arbeiter und technischen und kaufmännischen Angestellten die Sorge für die Sicherheit der angelegten Kapitalien und der finanziellen Betriebsmittel übernehmen und über die sich ergebenden „Überschüsse“ entscheiden würde, sodaß den Kapitalgebern (Aktionäre) „lediglich (!) Anspruch auf eine entsprechende Verzinsung ihres Anlagekapitals und einen Risikozuschlag“ bleibe. Gutgläubige Sozialdemokraten machen uns gern den Vorwurf, daß unsere Sozialisierung des Geldes und der Grundrente nur eine „Teilsozialisierung“ sei; sie könnten sich aber nur mit einer „Vollsozialisierung“ zufrieden geben. Was diese Vollsozialisierung bedeutet, wie sie vor allem den Kapitalismus überwindet, das haben die „rentablen Spartakisten“ (Physiokrat v. Mai d.J.) gezeigt. Und wer daraus nicht zu erkennen vermag, daß die Vollsozialisierung den Pelz wäscht, ohne ihn naß zu machen, dem sollte es endlich deutlich werden, wenn er erfährt, daß Rathenau, Generaldirektor der A.E.G., und andere, die „was zu verlieren haben“, für die Vollsozialisierung sprechen. Da wollen wir lieber bei unserer „Teilsozialisierung“ bleiben, die mit sehr viel einfacheren Mitteln so außerordentlich viel mehr leisten wird.

Helfferrich ist als Vertreter der Goldwährung und damit des kapitalistischen Wirtschaftssystems bekannt. Aber nicht *er* und die Seinen haben den Kapitalismus noch einmal für einige Zeit gerettet, sondern das haben Marx und seine Jünger getan. „Und wenn es keinen Marx gegeben hätte, so hätte man ihn erstehen lassen müssen, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter durch Hinweis auf *einen* Ausbeuter – das Industriekapital – von den tausend – Rentnern – abzulenken, sagen die denkenden Kapitalisten. Marx ist ein Lamm in Wolfskleidern. Marx ist die wahre Hochburg des Kapitals. Ohne Marx läge Mammon heute besiegt am Boden.“ (S. Gesell in der Korrespondenz f. d. soz. Presse). Marxens falsche Kapitaltheorie hat zunächst einen Teil der Arbeiterschaft zusammengefaßt, um desto

sicherer den anderen abzustoßen, und in der Revolution hat sich ja auch die marxistische Lehre als Spaltpilz im Proletariat voll ausgewirkt. Und so hat man jetzt das traurig-lustige Schauspiel, „daß die Wachen vor Mammons Tempel durch die „rote Garde“ besetzt sind“. (D. Freistatt v. 30. 5. 18).

Und *Erzberger*? Sieht ihm nicht jedermann den *Bourgeois-Kapitalisten mit sozialem Einschlag* an der Nasenspitze an? Und wer's nicht sieht – hat nicht *Erzberger* mit – heiligem Ernst in der Nat.-Vers. hervorgehoben, daß es gelte, den – *Zinsendienst* sicherzustellen! Und bei seinen eigenen Millionen, über die er verfügt, ist ihm das ganz sicher auch heute noch eine bitterernste Sache.

Marx – ein Lamm in Wolfskleidern; *Erzberger* – ein Wolf in Lammskleidern; *Helfferich* – der Ablenker mit dem Ruf: Haltet den Dieb!

Wenn dieses Triumvirat sich einstens im Olymp zusammenfindet, dann wird es Muße haben, das Augurenlächeln nachzuholen, das ihm auf dieser drangvoll-fürchterlichen Erde nicht kommen wollte.

Ironimus.

(Pseudonym für S. Gesell / Die Red.)

Das Ende des Schlachtestes.

Von *Thomas Münzer*. [Pseudonym für S. Gesell / Die Red.]

Das große Schlachtest geht seinem *Ende* entgegen. Geopfert wurden die deutschen *Gläubiger*, die Schmauser sind ihre Schuldner. Die Hälfte des vor dem Kriege auf 400 Milliarden Goldmark geschätzten Vermögens war in Hypotheken, Obligationen, Schuldverschreibungen, Versicherungsverträgen, Sparbüchern usw. angelegt – 200 Milliarden *Goldmark* – die nun zu *Papiergeld* geworden sind, von dem 10 Mark gleich 1 Goldmark sind. Zweihundert Milliarden Goldmark wurden also auf dem Schlachtest geopfert – nur ein Zehntel, ein schäbiger Rest, bleibt noch übrig. 180 Milliarden Goldmark gingen aus den Taschen der Gläubiger in die der Schuldner. Von den Gläubigern hatten die Unternehmer, Landwirte, Kaufleute 200 Milliarden Goldmark erhalten und dafür Waren, Aktien, Äcker, Fabriken, Schiffe zu *Friedenspreisen* gekauft, die nun zum 10-fachen Preis in die Aktiva eingestellt werden können – so daß die Schuldner mit dem zehnten Teil von dem, was sie empfangen, sich aller Schulden entledigen können. Der Papiergeldwirtschaftler, der frühere Vorsitzende des Vereins zum Schutze der deutschen Goldwährung, der Ablaßhändler *Tetzel-Helfferich* [Und seine Nachfolger! Darunter auch Erzberger. Erzberger und Helfferich sind nur insofern Gegner, als sie sich gegenseitig die Schuld an den Folgen ihrer Taten zuschieben, in diesen Taten selbst sind sie völlig gleich. D.H.] sprach alle von Schuld und Sühne frei – auf Kosten der Gläubiger, unter denen sich Millionen von Leuten befinden, die infolge ihres Alters nicht mehr arbeitsfähig sind und die im Glauben an den „inneren Wert des Goldes“ oder an die Macht des Helfferischen Vereins, der deutschen Währung alles anvertrauten, was sie für ihre alten Tage gesammelt hatten.

Wo sind diese 200 Milliarden Goldmark geblieben? Ein bedeutender Teil erhielt den Namen „*Kriegsgewinn*“; ein anderer verwandelte sich in hohe Dividende, oder ist als „*stille Reserve*“

noch nicht ans Licht gezogen worden. [In der Bilanz werden die Aktiva aus der Friedenszeit vielfach noch zu Friedenspreisen aufgeführt. D.V.] Der Löwenteil aber ist für die Deckung der jetzigen *Betriebsverluste* verwendet worden; er ist durch Putsche, Streik, Sabotage, Stilllegung, Phantasielöhne verjuxt, versozialisiert worden.

Man hat sich oft gewundert, daß trotz Krieg und Papiergeldwirtschaft, trotz Kriegsgewinne, Schieber und der ins Maßlose gestiegenen allgemeinen Handelsprofitrate (Nebenerscheinung des Mangels an einer geordneten Währung) die Industrie nicht schon lange zusammengebrochen ist. Man vergaß die *Zuschüsse*, die den Unternehmern durch die Entwertung ihrer Passiva aus den Taschen der Gläubiger durch das Helfferische Papiergeld geleistet wurden. Zusammengebrochen sind allerdings viele, die Millionen alter Kleinrentner, die aus Schwäche nicht mehr viel Krach machen können und die man darum leicht vergißt. (Eine löbliche Ausnahme, eine einzige in der Masse der N.-V. [National-Versammlung] bildet der Abg. Alexander Schneider-Franken, der sich dieser bedauernswerten Leute angenommen hat). Aber jetzt, wo der Reptilienfonds bis auf 10 Prozent zusammengeschrumpft ist, naht auch den Unternehmern der Zusammenbruch. *Dort, wo keine Passiva mehr sind, kann auch die Papiergeldflut nicht mehr helfen.* Aus dem Reste von 10 Prozent der Passiva können die Betriebsverluste nicht mehr lange gedeckt werden. Die Kosten der Streike, Putsche, Sabotage, der gewaltigen Handelsprofitrate, der Sozialisierungspfuschereien, der Zwangswirtschaft, der Valuta-Agiotage usw. *die müssen von jetzt ab aus den Betrieben selbst herausgewirtschaftet werden*, entweder durch Lohnkürzung oder verbesserte Leistungen. Dividenden gibt es nun für lange Zeit nicht mehr, auf deren Kosten man noch wirtschaften könnte, und andere Quellen zur Deckung der Betriebsverluste sind nicht da.

Das Schlachtfest naht seinem unausweichlichen Ende. Der Reptilienfonds der deutschen Unternehmer ist geleert – schon schimmert durch den schäbigen Rest der Boden durch, und jeder kann es lesen, was dort geschrieben steht: *Zusammenbruch und Untergang.*

Wegelins Kritik der Freigeld-Zinstheorie.

Die Zinstheoretiker von Ruf (gibt es die?) fühlen sich, wie es scheint, noch immer unsicher und schicken zur Verteidigung ihrer Position lieber Pioniere voraus. Wegelin hat den Mut, den Pioniere brauchen. Er geht gerade aufs Ziel los. Durch einen Stoß ins Herz sucht er die Sache zu erledigen. Mit sicherem Blick hat er die Säule entdeckt, die, wenn sie nachgibt, den Sturz des ganzen Freiland-Freigeldbundes nach sich ziehen muß. Und das wäre heute schon ein schöner Strauß.

Die Freigeld-Zinstheorie steht und fällt mit der Behauptung, daß das herkömmliche Geld mehr ist als ein einfaches „Äquivalent“, daß es von den Waren, denen es als unentbehrliches Tauschmittel dient, einen Tauschtribut, ein Brückengeld = Zins erhebt und daß dieser Geldzins sich auf alles überträgt, was des Geldes bedarf – auf die gesamte Volkswirtschaft. Marx zweifelt die Äquivalenz von Ware und Geld überhaupt nicht an, Wegelin sucht sie nachzuweisen, die Freigeldtheorie verneint sie. Ja, die Freigeldtheorie sagt sogar, daß für den Sparer, die Sparkassen, die Geldinstitute, die Notenbanken die meisten Waren und das Geld in keiner denkbaren Proportion äquivalent sein können. (s. N.W.O.).

Die Freigeldtheorie weist nach, daß die Inhaber des Geldes gegenüber den Inhabern der Waren den Vorzug der Unverwüstlichkeit ihres Gutes haben, daß, wenn die Tauschverhandlungen (Ware Geld) sich zerschlagen, nur die Warenbesitzer einen Schaden haben, insofern als die Waren sich nur mit stetig wachsenden Kosten aller Art bergen lassen, während die Geldbesitzer ruhig ohne unmittelbaren Schaden warten können, bis die Warenbesitzer, mürbe gemacht, zu neuen Verhandlungen auf Grundlage der Marxschen allgemeinen Tauschformel $G.W.G'$ sich geneigt zeigen.

Wegelin verneint diesen Vorzug des Geldes gegenüber den Waren nicht ausdrücklich. Er sagt aber, daß, wenn er besteht, er ohne Belang sei, *weil der Vorteil, den sich der Geldbesitzer beim Einkauf der Waren bezahlen lassen kann, beim Verkauf der Waren wieder verloren gehe.*

Schon viele haben mir diesen Einwand gemacht – sie übersehen alle, daß die Warenerzeuger, durch Zeit und Raum getrennt, unbedingt darauf angewiesen sind, dem *Kaufmann* ihre Produkte zu übergeben. Der Kaufmann aber übernimmt die Ware nur unter der Bedingung, daß er sie mit Zins belastet an den Verbraucher abgeben kann. Der Konsument, der mit Geld die Ware vom Kaufmann ersteht, kann sich bei den Verhandlungen um den Preis nicht auf die Unverwüstlichkeit seines Geldes berufen, denn er braucht ja die Ware persönlich, und die Marktlage ist aller Regel nach so, daß der Konsument dem Kaufmann das G' bewilligen muß. Hat doch der Kaufmann diese Marktlage selbst dadurch geschaffen, daß er die Übernahme der Waren vom Produzenten so lange verzögerte,

bis daß Produzent oder Konsument in den Abzug oder Zuschlag einwilligte. Wenn es heißt, der Kaufmann „ließe sein Geld arbeiten“, so besteht diese Arbeit eben in der Vorbereitung der Marktlage für die Erhebung des G'. Der Verbraucher schimpft über den hohen Preis, er schränkt unter Umständen seine Einkäufe ein oder begnügt sich mit minderer Güte, doch kehrt er nicht mit leeren Händen heim. Der Händler dagegen bringt von der Börse, von den Märkten nur dann Ware mit – wenn der Preis, den er vom Verkauf erwartet, Raum für den Zins des Geldes läßt, *nebst* dem regelrechten Lohn seiner Arbeit. Das ist seine Bedingung, und seinen Willen setzt er ganz regelmäßig damit durch, daß er sich einfach auf die Unverwüstlichkeit seines Geldes beruft. Der Zins des Geldes, des kaufmännischen Handelskapitals erscheint in der Kostenberechnung der Waren als erster Posten in der Reihe der Handelsunkosten, und zwar als Selbstverständlichkeit. Ist der Warenumsatz 500.000, das Kapital 100.000, der Umsatz also ein fünfmaliger im Jahr, so werden die Preise mit 1% Zins belastet und mit 5%, wenn der Umsatz nur einmal jährlich erfolgt.

Diesen Zins erhebt der Kaufmann offenbar vom Erzeuger oder Verbraucher, also von den Waren. Der Kaufmann erhält für das Geld vom Erzeuger 10 Pfund und verlangt vom Verbraucher dasselbe Geld zurück für 9 Pfund. Den Unterschied behält er für den Zins des Geldes und für seine Arbeit. Da die Verbraucher zugleich Erzeuger sind, so kann man sich den Vorgang so denken, daß sie je 10 Pfd. dem Kaufmann übergeben und je 9 Pfd. vom Kaufmann erhalten. Dieses 1 Pfd. ist nicht reine Entlohnung des Kaufmannes für seine Arbeit, denn es enthält ja den Zins des Geldes, womit der Kaufmann „arbeitet“. Wären Geld und Ware „volle Äquivalente“, täte das Geld nichts anderes, als die Waren austauschen, wie Marx sagt, so dürfte der Kaufmann nur den Lohn seiner Arbeit fordern.

Stud. jur. R.H. machte vor Jahren einmal den Einwand, daß der Zins, den das Geld erhebt, eine einfachere Erklärung zuläßt, als die, die ich als Urzinstheorie gebe. Er sagte: Das Geld ist zugleich allgemeines Sparmittel. Die Sparer halten das Geld fest und geben es nur gegen Zins dem Verkehr zurück. So haben die Kaufleute immer nur zinsbelastetes Geld zur Verfügung. Ohne den Zins würde das Geld bald in den Sparsbüchsen restlos verschwinden, wie das ja auch im Mittelalter als Folge des päpstlichen Zinsverbotes geschah. Da auf diese Weise die Kaufleute selber das Geld verzinsen müssen, so können sie auch nach allen Gesetzen des Wettbewerbs den Zins dieses Geldes den Handelsspesen zuschlagen, wie die Kaufleute aus den gleichen Gründen die Zölle, die Ladenmiete usw. in den Warenpreisen sich erstatten lassen.

Nach dieser Auffassung wäre es dann nicht nötig, den Geldzins auf eine Supervalenz des Geldes zurückzuführen.

Diese Darstellung müßte mit der Erklärung vervollständigt werden, warum der Kaufmann den Zins, den er zahlt, auch als Generalunkosten wieder erheben kann, denn es ist doch klar, daß es nicht genügt, wenn die Sparer einfach

Zins fordern, um auch dem Kaufmann ohne weiteres die Erhebung des Zinses von den Waren möglich zu machen – und warum bliebe dann die Zinsforderung auf 5% stehen? Die Darstellung führt auch zu der Folgerung, daß, wenn den Kaufleuten das Geld von einer Notenbank zu ermäßigtem Zinsfuß oder gar zinsfrei zur Verfügung gestellt würde, dann die Kaufleute auch keinen Zins mehr erheben könnten.

Diese Folgerung diene seinerzeit Flürscheim zu seinen Vorschlägen, die übrigens vorher schon und seitdem noch immer von ungezählten Anderen in tausend Varianten gemacht wurden und werden. Sie führt zu unmöglichen Zuständen, die gesetzmäßig über kurz oder lang den Bankrott der Währung nach sich ziehen. (S. N.W.O. S. 194)

(Anmerkung: Die Unbeschränktheit der zinsfreien Darlehen führt zur Inflation. Die Beschränktheit aber wäre wieder ein Monopol, ein Mittel Geldzins zu erheben.)

Weil es sich also hier um eine Unmöglichkeit handelt, können wir die Hubersche Hypothese auch nicht als Arbeitshypothese verwenden, um zu erforschen, ob die Kaufleute auf die Erhebung des Geldzinses verzichten müßten, wenn ihnen das Geld (das heutige unverwüßliche Geld) zinsfrei zur Verfügung stände – sei es als Eigentum, sei es als Darlehen.

Es handelt sich hier um die Frage: Ob der Kaufmann den Zins für die Sparkassen erheben kann, *weil er kraft einer Supervalenz des Geldes die Waren mit Zins belasten kann*, oder ob er diesen Zins bezahlt und von den Waren erhebt, weil die Sparkasse den Zins von ihm fordert. Würden die Kaufleute, das ist hier die entscheidende Frage, keinen Zins erheben *können*, weil sie alle nur mit eigenen Betriebsmitteln arbeiten – also keinen Zins zu zahlen brauchen? Würden sie, in erster Linie diejenigen Kaufleute, die nur die Konjunktur berücksichtigen, aber keine Rücksicht auf Kundschaft zu nehmen haben, die Leute, die an den Börsen rücksichtslos alle Möglichkeiten ausbeuten, die auch zielbewußt eingreifen (Spekulant), würden sie die Möglichkeit, durch Sperrung des Geldes die Marktlage zu ihren Gunsten zu beeinflussen – nicht ausnutzen? Wer hierüber im Zweifel ist, der möge sich mit einer Anfrage an Morgan, Rockefeller & Co. wenden.

Eine Frage möge dieses Gebiet noch besser beleuchten. Geben die Grundbesitzer den Boden zinsfrei her – weil sie keinen Hypothekenzins zu zahlen brauchen? Wenn es keine Hypotheken gäbe, wäre da die Grundrente einen einzigen Rappen geringer? Der Grundbesitzer sagt: Wenn mir keine Pacht bezahlt wird, so schicke ich die Pächter fort. Und so sagt der Geldbesitzer: Kein Zins – kein Geld – kein Tausch. Aus den so willkürlich geschaffenen Verlegenheiten der Pächter und Warenerzeuger schlagen dann die Grund- und Geldbesitzer den Boden- und Geldzins.

Den schwächsten Punkt der Freigeldtheorie nennt Wegelin die Meinung, daß mit Einführung des Freigeldes, mit der Beseitigung der vom herkömmlichen Geld

ausgehenden Hemmungen das Sachkapital so weit vermehrt werden könnte, daß unter dem Drucke stärkeren Angebots der Zins auf Null fallen würde. Er beruft sich auf Untersuchungen Mengers, Boehm - Bawerks, Cassels, und läßt unerwähnt, was ich in dieser wichtigen Frage sage. (N.W.O. S. 341/361). Hier nur die Frage: Wenn der Zins des Gesamtkapitals (also jährlich 5% der ganzen Schweiz) statt von Rentnern für persönliche Zwecke verbraucht zu werden, restlos in Sachkapital verwandelt würde (Kapitalisierung des Zinses), wenn also das Kapital der Schweiz sich alle 20 Jahre *verdoppeln* würde, wenn mit Hilfe des an die Rentner heute abgetretenen Zinsgeldes alle 20 Jahre neben der Stadt Zürich eine zweite ebenso große Stadt gebaut würde – ob da wirklich das Angebot von Sachkapital noch nicht groß genug sein würde, um den Zins auf Null zu drücken? Diese gefährliche Frage haben Cassel und Boehm - Bawerk nie gestellt. Die Freigeldtheorie stellt sie – und auf sie hätte Wegelin antworten sollen.

Und dann die Frage, die doch heute besonders nahe liegt: Warum hört das Bauen von Mietswohnungen auf, wenn der Zins der Wohnung unter 5% fällt – trotzdem es nicht an Mietern fehlt, trotzdem die Bauarbeiter oft zu Tausenden arbeitslos sind? Warum spricht man in kapitalistischen Blättern von *Baupest* und *Bauwut*, von der Notwendigkeit einer *Bausperre*, wenn unter dem Drucke wachsenden Angebots der Zins der Wohnungen unter die 5% zu fallen droht oder gar schon gefallen ist? Stößt diese einfache Tatsache nicht alle Berechnungen Boehm - Bawerks und Cassels um? Ist nicht jede Wirtschaftskrise, die durch ein Zurückgehen des Zinsfußes hervorgerufen wird, Beweis für die Richtigkeit meiner beiden Behauptungen: 1. daß es einen Urzins gibt; 2. daß nach Beseitigung desselben der Sachzins in absehbarer Zeit (15 – 20 Jahre?) in einem Meere neugeschaffenen Sachkapitals ersaufen soll und ersaufen wird.

Planlosigkeit?

Aus staatssozialistischen Kreisen tönt uns oft der Vorwurf entgegen: Ihr wollt die *Planlosigkeit* der heutigen Produktionsweise erhalten, ihr schützt die *heutige Anarchie in der Produktion*. Nach dem „Plan“ der Sozialbürokratie (die es binnen 2 Jahren in Deutschland auf 23.000 Seiten Vorschriften gebracht hat), sollen Produktion und Konsum behördlicher Zwangswirtschaft unterworfen werden, während in der freien Wirtschaft, die der Schweizer Freiland-Freigeld-Bund anstrebt, die Produktion dadurch mit dem Konsum in Übereinstimmung gebracht wird, daß dort, wo es fehlt, die Preise anziehen, d.h. aus der natürlichen, von den Produktionskosten hergestellten Rangordnung gehoben werden, *was wie eine Produktionsprämie wirkt*. Selbstverständlich können Störungen dieses Planes durch elementare Ereignisse nicht verhindert werden, wie es auch im Reiche der Bürokraten nicht immer zur rechten Zeit

regnen wird. Jedoch liegt es wieder im Plane der Geldwirtschaft, daß sich Überschuß und Mangel der einzelnen Länder automatisch durch den freien Handel ausgleichen, was in der Bürokratie ganz gewiß nicht mit der hier gebotenen Findigkeit und Schnelligkeit verlaufen wird. Der Bürokrat schläft, der freie Kaufmann wacht, und während der Bürokrat schläft, verfaulen die Kartoffeln, die hier überschüssig sind und dort fehlen.

Wir haben heute da und dort die „Planwirtschaft“ – in Deutschland, in Rußland. Und welche Mittel stehen dort den Bürokraten zur Verfügung, um in den einzelnen Produktionszweigen die Leistungen zu erhöhen, wenn es sich als nötig erweist? Die heutige deutsche Planwirtschaft zahlt Frühdruschprämien, Lenin zahlt für Qualitäts- und für besonders notwendige Arbeiten höhere Löhne. Da haben wir es! Die Planwirtschaft bedient sich genau desselben Motors, den auch die angeblich „planlose, anarchistische“ heutige Produktionsweise benutzt!

Mit einfachen, sich automatisch einstellenden Preisdifferenzen, die oft nicht 1/4% ausmachen, wird in der Geldwirtschaft die Produktion von einem Gebiet auf das andere herübergeleitet. Was hier automatisch und beinahe unbemerkt geschieht, dazu braucht die Planwirtschaft einen Rat ehrgeiziger Politiker, Bürokraten, braucht Uniformen, Aufseher, Topfgucker, kurz, die Pest dieses Jahrhunderts. Der Beamtenapparat der Planwirtschaft wird 30 – 40 – 50% der Produktion kosten, und es werden nicht die schlechtesten Bissen sein, die die Oberbonzen vorwegschnappen.

Die Mängel der *heutigen* Wirtschaft sind himmelschreiend, und es ist zu verstehen, daß der Ruf nach *Plan* sich lauter und lauter erhebt und die Bürokratie beinahe lieber ertragen wird als die Anarchie, wie sie bei uns von 1914 bis 1918 ganz besonders herrschte. Aber die Mängel der heutigen Wirtschaft, die die Marxisten planloser Produktion zuschreiben, rühren allerdings von einer Planlosigkeit her, *nämlich von der planlosen Geldverwaltung*, der rein empirisch geleiteten Währungspolitik. Daher war auch die Verwirrung damals am größten, als die Nationalbank am scheußlichsten pfuschte, trotzdem nie so wie in dieser Zeit „planmäßig“ gearbeitet worden ist und eifrige Sozialbürokraten angesichts der Stöße von Reglementen und Vorschriften das begeisterte Wort sprachen: „Sozialismus wohin wir blicken.“

Während sich die Privatwirtschaft von den Preisen leiten läßt (siehe oben), kümmert sich die Währungspolitik überhaupt nie um die Preise. Pfuscherhänden übergeben, stört die planlose Währungspolitik allenthalben unausgesetzt den Wirtschaftsplan der Produzenten und erzeugt so die Zustände, die als „planlose Produktion“ den kurzsichtigen Kritikern der freien Wirtschaft auffallen [Siehe dazu den Abschnitt in der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“: „Das Geld wie es ist.“]. Dort, wo das Metallgeld eingeführt ist, sind es die Schwankungen der Produktion dieser Metalle (neben den Schwankungen der Umlaufgeschwindigkeit und den Geldsurrogaten), die die Tätigkeit der Produzenten stören, dort, wo es sich um Papiergeld handelt, ist es die vollkommene Planlosigkeit der Währungspolitik.

Hier soll darum die absolute Währung eingreifen, die Währungspolitik soll in den Plan der ganzen Wirtschaft eingebaut werden und sich am Plan dieser Wirtschaft orientieren. *Sie soll sich nach den Preisen richten*. Dann wird sie – die absolute Währung – den Plan der freien Wirtschaft krönen, und dann wird der großzügige Plan, dessen Konturen heute nur den Helläugigen sichtbar sind, auch dem blöden Auge erkennbar werden.

Thomas Münzer.

(Pseudonym für S. Gesell / Die Red.)

Die Vermögensabgabe und die Interessen der „Partei“

Der Proletarisierungsprozeß „subjektiv genommen“ (*Busch*) ist ohne Zweifel wohl das Schlimmste, was dem Menschen zustoßen kann. Es ist der Anfang vom Ende und die, die das wissen, gehen darum lieber entschlossen in den Tod, als sich diesem Prozeß zu unterwerfen. Wenn das Proletariat an Zahl zunimmt, so liegt das nicht daran, daß sich das Proletariat am Leben erhalten oder gar vermehren kann. Das Proletariat trägt seinen Namen mit Unrecht. Es vermehrt sich aus eigener Kraft. Ohne den Zustrom aus anderen Schichten würde das Proletariat in der 3. Generation aussterben. Es ist eben falsch, eine optimistische Täuschung, wenn die Marxisten behaupten, der Proletarier erhalte an Lohn, Luft und Sonne das zum Leben und zur Fortpflanzung Nötige. Die Grabsteine der Proletarier zeugen gegen diese Lohntheorie.

Trotz dieses schauerlichen Tatbestands erhofft der Marxist das Heil vom „unaufhaltsamen Proletarisierungsprozeß“. Nur mit Proletariern kann *Marx* das gelobte Land erreichen. Proletarier sollen den Zukunftsstaat bauen, Proletarier, denen die kapitalistische Ausbeutung den Schwindsuchtskeim in die Brust gesenkt hat.

Einen anderen Weg kennt der Marxist nicht. Darum freut sich der Marxist, wenn die durch die Schwindsucht gelichteten Reihen immer wieder durch neue proletarisierte Massen aufgefüllt werden. Darum hat er auch kein Interesse daran, irgend etwas zu tun oder zu fördern, was den Proletarisierungsprozeß hemmen könnte. Im Gegenteil, alles, was solche Entwicklung fördert, das liefert Wasser auf seine Mühle. Krieg, Börsenraubzüge, Krisen, alle Plagen Ägyptens sind darum dem Marxisten hochwillkommene Geschehnisse und es wäre vielleicht ganz angebracht, eine Untersuchung darüber anzustellen, wie weit der Wunsch, den Proletarisierungsprozeß zu fördern, die wissenschaftlich orientierten sozialdemokratischen

Parteienführer damals in solch begeisterte Anhänger der Kriegserklärung umgestimmt hat. Jedenfalls muß jeder, der von der Proletarisierung der Volksmassen den Zukunftsstaat erwartet, Anhänger des Krieges wie aller Unzucht sein. Und wäre die Folter ein Mittel, um das Volk noch schneller ins Proletariat hinabzustoßen – der Marxist müßte sich im Interesse des Zukunftsstaates auch dieses Mittels bedienen. Und so muß man sagen: Ist der Weg zum Zukunftsstaat mit Gerippen von Schwindsüchtigen gepflastert, so zwingt der Verstand den Marxisten, alles zu tun, nichts zu unterlassen, was das arme Volk zum Gerippe macht. Darum, wenn sich heute mit der Vermögensabgabe eine Gelegenheit bietet, breite Schichten des Volkes in die proletarische Unterwelt hinabzustoßen, so muß der zielbewußte Marxist, will er nicht in Widerspruch mit seiner Lehre geraten, diese Gelegenheit wahrnehmen. Er wird also die Vermögensabgabe so verteilen, daß möglichst viele von ihr erdrückt werden und der Partei dadurch neuer Zuwachs erfolgt. Er wird also gegen sein natürliches Empfinden, vom Marxismus besessen, die großen Vermögen schonen, die kleinen dagegen unbarmherzig fassen. Tut er es nicht, so handelt er verräterisch an seiner Lehre, seinem Glauben, seiner Partei. Die Vermögensabgabe wirkt, je nachdem wie sie gehandhabt wird, entweder in der von den Marxisten ersehnten Richtung oder dieser entgegengesetzt. Man kann mit ihr sowohl den Proletarisierungsprozeß wie auch den kapitalistischen Konzentrationsprozeß hemmen oder fördern.

Was soll nun der Zielbewußte tun? Soll er die kleinen Leute schonen, soll er zur Rettung von hunderttausend selbständigen Existenzen den Millionär schärfer fassen? Soll er sich in diesem Falle der Führung seines Menschenherzens oder seines Parteiverstandes anvertrauen? Soll er durch Schonung der kleinen Leute den angeblich für den Zukunftsstaat unentratbaren Konzentrationsprozeß des Kapitals, den Proletarisierungsprozeß der Massen eigenhändig sabotieren?

Hoffen wir, daß er das tut und bei der Gelegenheit eine Antwort auf die Frage suchen wird, ob eine Lehre, die ihn vor ein solches Dilemma stellt, wirklich echt oder wahr sein kann.

Wir Physiokraten kennen dieses Dilemma nicht. Unser Zukunftsstaat wird nicht von Proletariern bevölkert. Wir haben es nicht nötig, um zu unserem Ziele zu kommen, das ganze Volk ins Verderben, in die proletarische Hölle zu stürzen. Wir wollen umgekehrt alle Proletarier, ohne auch nur einen einzigen zu vergessen, aus den Saugarmen der sie umschlingenden kapitalistischen Krake befreien, sie aus ihren Höhlen zur Sonne heben, ihnen Kraft und Macht geben, Eigentum, frei verfügbares persönliches Eigentum, zu erwerben, sie zurückverwandeln in freie, selbständige Vollbürger eines klassenfreien, wahren Volksstaates.

Darum wissen wir auch genau, wie wir uns zur Vermögensabgabe zu verhalten haben. Diese Vermögensabgabe darf den Proletarisierungsprozeß nicht fördern. Kein einziger neuer Proletarier darf aus ihr entstehen.

Vaterland und Kommunismus.

Vor kaum 50 Jahren schlugen sich noch die deutschen
 Stämme - Preussen, Sachsen, Hannoveraner, Westfälische Bayern
 unter Führung ihrer fürsten^{von Koller Knodent} und Labakantoff aufgezogenen
 Generale wie besoffenes Gesindel gegenseitig die Köpfe ein.
 Heute ist es wieder so, oder ähnlich - die Bayern an der
 Spitze, die Preussen, Sachsen sperren sich ab, verteidigen ihre
 Vorteile gegen ~~den~~ ^{die} Verletzungen gegnährter „Brüder“. Wasging
 es die Bayern an, dass die Sachsen Hungerst. Kein General
 hat sich je ^{eigensinniger} ~~sagener~~ benommen. Freilich hier handelt es sich um
 Kapitalistische Mächte, jedoch, ich glaube, ich habe ~~genug~~
 genügende Beweise dafür, dass die Kommunisten und Sozialisten
 und Syndikalisten nicht anders als das Kapitalistische
 Gesindel handeln würden. Den Beweis dafür haben wir in
 der Tazete. Wir machen den Kommunisten den Vorwurf
 der Lohnvereinhaft, durch die der Hunger auf alle gleich-
 mässig verteilt worden ~~kann~~ ^{mag}, ~~was~~ ^{was} ~~aber~~ ^{aber} ~~dass~~ ^{dass} ~~denn~~ ^{denn} ~~irgend~~ ^{irgend} ~~jemand~~ ^{jemand}
 erachtet hat es mit dem Vorwurf nahmen, ohne dergleichen, aufzudecken ~~schaffen~~
~~sich~~ ^{sich} ~~entgegenstellen~~ ^{entgegenstellen} ~~kann~~ ^{kann} ~~Wort~~ ^{Wort} ~~verleumdung~~ ^{verleumdung} ~~ausgesprochen~~ ^{ausgesprochen}. ~~Der~~
~~die~~ ^{die} ~~Kommunistischen~~ ^{Kommunistischen} ~~Brüder~~ ^{Brüder}. ~~Der~~ ^{Der} ~~Beweis~~ ^{Beweis}
~~besteht~~ ^{besteht} ~~also~~ ^{also} ~~erbracht~~ ^{erbracht}, dass auch der Kommunist
 sich neben ~~den~~ ^{den} ~~Verleumdungen~~ ^{Verleumdungen} ~~Genossen~~ ^{Genossen} ~~sich~~ ^{sich} ~~satt~~ ^{satt} ~~essen~~ ^{essen} ~~kann~~ ^{kann}
 wie der Lath Bayer neben dem süren Sachsen. Nicht
 die allgemeine ^{Verleumdung} ~~Verleumdung~~ ~~nemals~~ ^{nemals} ~~bis~~ ^{bis} ~~an~~ ^{an} ~~das~~ ^{das} ~~Pokerommi~~ ^{Pokerommi}
 der Kapitalisten heran, so auch nicht die brüderliche Beziehung
 bis an den Magen der Kommunisten.

2/ Sagt die Wahrheit! mich ekelt eure Henschelerei.
 Kommunisten seid ihr, wenn das Eigentum anderer auch in die
 Augen sticht - sobald es sich um den erblich erworbenen Lohn
 lohnt handelt, lasst ihr Böden, Böden sein. Was? Lump!
 Du wagst es widersprechen? Ich drückte dich, Hands, gegen die
 Wand und würge dich, bis dass du es eingestehst, dass euer
 Geiz von ^{meiner} Pöbellichkeit, Menscheit eben so leer, eben so
 henschelisch ist, wie das Kapitalistende Phrasen von der Vater-
 landsliebe. Seltsamkeit sind es, ^{mit denen man keine} ~~man kann nicht~~

~~Einmal, die Sallen sollen abzutreten seine Aufmerk-~~
~~samkeit vom wahren Fundament abzulassen. ^{Die Kapitalisten geben} ~~Man geht auch~~~~
~~am Programm, von dem man weiss, dass es seine durch-~~
~~fahrung aus der Natur des Menschen ewig erschallen muss -~~

Es stellt das Kapital dem Arbeiter entgegen, so stellt die Partei
 ein Programm für Engel, ist eine Kommunischer Pro-
 gramme, nicht ein Programm für die schlaffe Reich-
 da - einmal in dem, sie auch, man in keine Uniform, als ein

in
 Großstand Produkt einer Jahrtausende ^{von dem Kapitalisten gefordert}
 Glück auf die Hoffnung eines menschen, dass menschenliche Arbeit, keine
 und ~~Schlacht~~ ^{ist nicht} ~~belegt~~ dich Hands doch im Spiegel! und dann
 Lang denn, nicht Mensch ist, dass der 30-jährige, der 7-jährige, Krieg mit das folgende
 heute antwortet, als mit solchem Karbide von Kommunischer
 und Spitz Hakt hat sammelt ^{mit dem schlaffen Organismus, also}
 nicht Staat an gegründet ist - der auf Liebe, allgemein, großartige
 die in Großartige tiefgründige Liebe, menschenliche fordert, nicht
 als menschenliche fordert.

das
 Versteht
 des
 Kapital
 in England
 auch

Einzel-Nummer 20 Hfg.

Abonnement: 6 Nummern portofrei 1,80 M.

Die Freie Meinung.

Das Blatt der Totgeschwiegenen.

Im Existenzkampf ist Bins und
 .. Not gleichbedeutend. ..

Erscheint regelmäßig am 1. jeden Monats.

Was die „Öffentliche Meinung“
 lächerlich zu machen versucht,
 .. betrachte zweimal. ..

Hamburg, September 1920.

Nr. 9.

Verantwortlich für den Inhalt ist neben den Verfassern der einzelnen Beiträge die **Schriftleitung Alfred Voder, Ultrahofstr.** 21, wohin Manuskripte erbeten sind. — Alle anderen Sendungen, Bestellungen usw. sind zu richten an den Herausgeber u. Verleger **Crafft Schmalfeld, Hamburg 4, Eckernförderstr.** 29. Nachdruck nur bei genauer Quellenangabe gestattet. Fernsprecher: Vulkan 1771 (1). Postcheckkonto: Hamburg 25713

Vaterland und Kommunismus.

Vor 50 Jahren schlugen sich noch die deutschen Stämme Preußen, Sachsen, Hannoveraner, Österreicher, Bayern unter Führung ihrer Fürsten von Gottes Gnaden und von lakaienhaft aufgeputzten Generälen, wie besoffenes Gesindel gegenseitig in blinder, echter Wut die leeren Köpfe ein.

Heute ist es wieder so, nur daß die Generäle ein sozialistisches Mäntelchen umgehängt haben und daß ihre Angriffe unmittelbarer auf den Magen gerichtet sind. Die deutschen Stämme, die am besten versorgten an der Spitze, sperren sich wirtschaftlich gegenseitig ab, verteidigen ihre Vorräte gegen die vom Hunger gequälten „Brüder“. Was ging es die wohlversorgten Bayern an, daß die Sachsen hungerten? Kein Gesindel hat sich je eigensinniger benommen. Freilich hier handelt es sich um den bayrischen, den preußischen „Staat“, jedoch, ich glaube, daß die Kommunisten und organisierten Sozialdemokraten nicht anders als die Staaten handeln würden. Den Beweis dafür haben wir in der Tasche. Wir machten den Kommunisten den Vorschlag der Lohngemeinschaft, durch die der Hunger auf alle gleichmäßig verteilt, auch auf die Führer verteilt worden wäre. Wir wurden jedesmal ausgelacht und je ernster wir es mit diesem wirklich kommunistischen Vorschlag nahmen, um so herzlicher, ehrlicher, aufrichtiger lachten die, die sich für Kommunisten ausgaben.

Der Beweis ist also erbracht, daß auch der Lump, der heute frech und dreist den Namen Kommunist usurpiert, sich

neben verhungernenden Genossen (von hungrigen Feinden gar nicht zu reden) satt essen kann – genau wie der satte bayrische Bauer neben dem dünnen sächsischen Weber. Reicht die Vaterlandsliebe niemals bis an den Geldbeutel der Kapitalisten heran, so auch nicht die brüderliche Gesinnung bis an den Magen der Kommunisten.

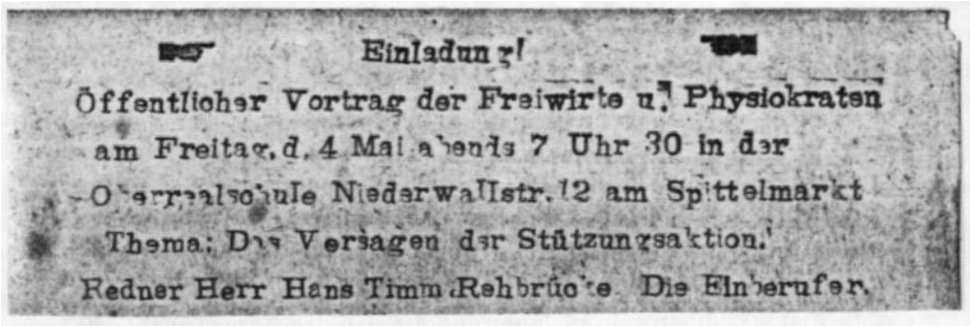
Sagt doch die Wahrheit! Mich ekelt eure Heuchelei. Kommunisten seid ihr, wenn es sich um das Eigentum anderer handelt, sobald euer ehrlich erworbener Lohn in Frage kommt, so laßt ihr Brüder Brüder sein. Was? Lump! Du wagst zu widersprechen? Warte, daß ich dich gegen die Wand drücke, bis daß du eingestehst, daß euer Gerede von Brüderlichkeit und Menschenliebe ebenso leer, ebenso heuchlerisch ist, wie die kapitalistische Phrase von der Vaterlandsliebe. Schlagworte sind es, mit denen man eure Aufmerksamkeit vom wahren Feind ablenkt. Durch Vermittlung eurer harmlosen Führer geben euch die *Kapitalisten* ein Programm, von dem sie wissen, daß seine Durchführung ewig an der Natur der Menschen zerschellen muß. Gestern hieß dieses Programm Christentum, heute heißt es Kommunismus. Hat einer von Euch je einmal einen Christen gesehen? Nein – wie kommt ihr nun dazu, an das Dasein von Kommunisten zu glauben? Es ist kein Unterschied zwischen Christentum und Kommunismus.

Da es keine Kommunisten gibt, so ist das kommunistische, genau wie das christliche Ziel unerreichbar – und so steht darum das Kapital im Schutze – früher der Christen, jetzt der Kommunisten – Die rote Garde – als Schutzpatron vor Mammons Tempel! Seit 2000 Jahren steht sie da einmal in dieser, ein andermal in jener Uniform, aber immer mit der Parole „Jenseits“, mit der Losung „Brüderlichkeit“ – wehren sie alle ab, die, wie die *Physiokraten* in Mammons Tempel einzudringen versuchen.

Ein Programm für Engel ist euer kommunistisches Programm, kein Programm für das ekelhafte Produkt einer 2000jährigen kapitalistischen Wahlzucht. Wie Haustiere, auf Arbeitskraft und Dummheit seid ihr als Leibeigene gezüchtet worden. Schaut euch doch im Spiegel und dann sagt mir, ob mit solchen Zuchtprodukten ein kommunistischer Staat zu gründen ist, der nichts anderes voraussetzt, nichts anderes gebrauchen kann als Liebe, großherzige, warmblütige, tiefgründige allgemeine Menschenliebe!

Thomas Münzer.

(Pseudonym für S.Gesell / Die Red.)



Die Physiokratie will das Proletariat ausrotten.

Wir Physiokraten sind entschlossen, Euch Proletarier, Stiefkinder unserer Gesellschaft, restlos auszurotten und spurlos in einem Meer von Wohlstand und Lebensfreude aufgehen zu lassen. Kein einziger eures unglücklichen Standes soll übrig bleiben. Die Physiokratie duldet in ihrem Machtbereich keinen Hunger, Elend, Jammern und Stöhnen. Auf dieser paradiesischen Erde voll Sonne und Herrlichkeit soll für Menschen ohne Eigentum, Wohlstand und Lebensfreude kein Platz mehr sein.

Packt Eure Sachen zusammen und bereitet Euch vor unter dem Zeichen von Freiland, Freigeld, Festwährung zum Einzug in den von aller Ausbeutung gereinigten, von der Sonne strahlender Gerechtigkeit durchwärmten Gesellschaftszustand der neuen Zeit.

Fort mit Euch, die Ihr alles, was das Leben bietet, immer nur von außen wie die Schaufenster betrachten dürft und die Ihr zudem noch jetzt durch den Zusammenbruch der marxistisch-kommunistischen Experimente aller Hoffnung beraubt wurdet und verzweifelt in die düstere Zukunft schaut! Fahret dahin, Eure Armseligkeit entwürdigt die Natur.

Auf dem Aussterbeetat standet Ihr so wie so schon immer. Das wußtet Ihr auch. Die Verzweiflung, die Aussicht auf den sicheren Tod und Untergang, nicht aber die Hoffnung auf das kommunistische Paradies war es, aus dem Euch Eure Stoßtruppen erwachsen. Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Der Untergang, die Schwindsucht ist heute die letzte Hoffnung jedes klarsehenden Proletariers!

Wie verträgt sich aber mit solcher Hoffnung noch die Tatsache, daß Eure Führer Euch auf dem Wege der Majorität und der damit zu erringenden politischen Macht, manchmal sogar auch noch auf dem Wege der „Natürlichen Entwicklung“, hier also auf dem Wege des Todes, Eurem Ziele, dem Zukunftstaat zuführen wollen? Besucht die Schlachtfelder der Industrie, dort auf dem Friedhof der Tuberkulose liegt eure Zukunft, der wahre

marxistische Zukunftsstaat! Sind Euch die Statistik, die Friedhöfe, ja sogar die Spiegel kein genügender Beweis, daß Ihr Euch auf Holzwegen bewegt? Auf dem Wege der Schwindsucht gelangt man doch nicht zur Majorität. Majorität heißt sich vermehren, in guten Verhältnissen leben, sich vom Schmarotzertum befreien. Majorität heißt aber auch weiter immer neue Werbekraft entfalten und immer größere Kreise des Volkes für das Ziel gewinnen. Eure Majorität ist die der Särge, nicht die der Wiegen. Eure Reihen lichten sich, würden sie nicht immer durch den Proletarisierungsprozess neuer Schichten des Volkes ergänzt, Ihr wäret schon lange restlos ausgestorben. Wenn es nicht anders wird, werdet Ihr ewig weit vom Ziel zusammenbrechen. Niemals aber seid Ihr je so weit vom Ziele gewesen, wie heute. Wollt Ihr leben und Euer Geschlecht erhalten, so schafft Zustände, die Euch zunächst vor der Schwindsucht, vor der Wohnungsnot, vor Hunger und Kälte beschützen. Hierzu aber gehört die politische Macht, eine ganz gewaltige Erweiterung Eurer Kreise. Die Einheitsfront aller Schaffenden gehört dazu. Und glaubt Ihr etwa, daß Ihr mit Eurem Programm solche Einheitsfront schaffen könnt? Nur Leute, die nichts mehr zu verlieren haben, werdet Ihr mit dem kommunistisch-marxistischen Programm an Euch locken.

Streben Eure Führer ernstlich noch nach der Einheitsfront? Laßt Euch nicht täuschen! Eure Führer fürchten sich vor dem Tage, wo ihnen die politische Macht zufallen könnte, vor dem Tage, wo es heißt, die Worte in Taten umzusetzen. Oh, sie fürchten diesen Tag, wie der ungenügend vorbereitete Kandidat das Examen. Sie fürchten sich vor diesem Tage, weil sie wissen, daß ihr Programm undurchführbar ist und weil sie, nun im Besitze aller politischen Voraussetzungen, nicht vor das Volk treten wollen mit dem Bekenntnis, daß sie sich unfähig fühlen zur Tat. Und sie haben recht, diesen Tag zu fürchten, denn Ihr werdet sie nach solchem Bekenntnis sicherlich erwürgen. Es darf also niemals zur Einheitsfront kommen! Hört Ihr! Es darf nicht! Und die Erfahrung hat es uns ja schon bewiesen, daß so oft die Möglichkeit am politischen Himmel auftauchte, daß die politische Konstellation Euren Führern die Macht in die Hände spielen könnte, daß dann wie auf Verabredung die Spaltung eintrat. Auch in Zukunft wird es so sein. Auch die Nürnberger Einigung ist für solches Ereignis schon vorbereitet. Wenn aber die Führer die Einheitsfront nicht wollen, sie sogar berechtigterweise fürchten, darf man

sich da wundern, daß sie niemals Tatsache wird! Wenn die Massen, wenn Ihr auch ewig nach der Einheitsfront ruft, Eure Führer werden sie ewig sabotieren, weil sie sie nach Lage der Dinge sabotieren müssen. Ja, sie sabotieren die Einheitsfront sogar dann, wenn es sich darum handelt, durch eine einheitliche Aktion eine Amnestie für die Genossen zu erzwingen, die der politische Kampf ins Gefängnis gebracht hat. Fragt Scheidemann, Noske, Kautsky und Bernstein, ob sie gewillt sind, heute die Reichsgeschäfte nach dem Nürnberger Programm zu führen. Sie werden auch dann, wenn man ihnen die Reichswehr zur Durchführung des Programmes zur Verfügung stellt, dankend ablehnen. Auch Lenin würde heute, nachdem er das Trümmerfeld überschauen kann, daß das marxistische Experiment mit Hilfe der unbeschränktesten politischen Macht, über die je ein Mensch verfügte, geschaffen hat, auf eine Wiederholung verzichten und, wenn ihn die Massen bedrängen würden, dann würde er sie zur eigenen Rettung bis zur Ohnmacht spalten. Lieber Ohnmacht als Macht mit einem undurchführbaren Programm.

Proletarier! Wollt Ihr eine Einheitsfront der Schaffer gegen das Kapital, deren Führer sich nicht fürchten, die Reichsgeschäfte, so trostlos sie auch sind, in die Hand zu nehmen und die Worte in die Tat umzusetzen? So werbt und schafft für die Physiokratie. Sie bringt Euch Wohlstand, bei gleichzeitiger Freiheit und Selbstständigkeit. Sie verspricht nicht, das ganze Volk ins proletarische Verderben zu stürzen, sondern umgekehrt verspricht sie, Euch wieder den Wohlstand und wirtschaftliche Unabhängigkeit zurückzugeben, die Eure Väter genossen, die sie aber infolge wirtschaftlicher Konstruktionsfehler verloren. Sie braucht nicht die einzelnen Arbeiterklassen zur besseren Agitation gegeneinander zu hetzen, die evangelischen gegen die Katholiken, die Industriearbeiter gegen die Bauern, Kaufleute, Handwerker. Im Gegenteil, sie führt sie alle zusammen, indem sie allen *ein gemeinsames Ziel*, von gewaltiger, wesenhafter Schönheit zeigt zugleich aber auch den gemeinsamen Feind scharfkantig markiert, das Kapital. Das Kapital ist der Physiokratie kein nebelhaftes Schreckgespenst mehr. Auf dem Wege einer glücklichen wissenschaftlichen Untersuchung ist die schwache Stelle des Kapitals entdeckt worden. Dorthin wird die Physiokratie die Lanze richten. *Die Kraft zum Stoß aber sollt Ihr geben, Proletarier!*

Im bittersten Kampfe um Euer Sein versagten die Gewerkschaften. Sie unternehmen nichts gegen die Verschlechterung der

Kaufkraft des Geldes, ihr Kampf galt nur der Erhöhung der Löhne. So auch versagten die Parteien, durch ihre Mitwirkung an der unverständlichen Gesetzgebung wird Eure Lebenshaltung bis zur Unmöglichkeit herabgedrückt.

Retten kann uns nur die gleichbleibende Kaufkraft des Geldes, das ist die Währung.

Leben oder Untergang hier wählt! Es gibt keinen Ausweg.

Entweder Ihr zwingt eure Führer den Weg zur Rettung zu beschreiten oder aber ihr gründet euch neue Organisationen, die denselben gehen.

Vorträge:

Gruppe Norden jeden 3. Donnerstag im Monat Vortrag bei Gliesche, Kopenhagenerstr. 74.

Ausk. b. Paul Funke, Rodenbergstr. 5.

Literatur bei Jan de Greef, Rodenbergstr. 5, Buch- und Papierhandlung.

Bibliothek bei Zucker, Gleimstrasse 12, Stf I, Franz Susemihl, Berlin-Hermsdorf, Moltkestr. 15.

Gruppe Gesundbrunnen jeden 2. Dienstag i. Monat Diskussionsabend bei Mann, Christianiastrasse Ecke Wrieznerstr.

Auskunft und Literatur bei Paul Langner, Friseurgeschäft, Christianiastr. 126.

Gruppe Mariendorf jeden 1. Donnerstag im Monat Vortrag bei Grote, Chaussee-Ecke Kaiserstr.

Auskunft und Literatur bei Willi Otto, Chausseestr. 281 v. I.

Auskunft Willi Ebert, Osten, Königsbergerstr. 16.

Auskunft Paul Rudolf, Moabit, Emdenerstr. 17.

Gruppe Steglitz. Auskunft bei W. Krause, Kurzestr. 3.

Frei Wirtschaftsbund FFF Ortsgruppe Berlin jeden 1. und 3. Freitag i. Mt. Vortrag, Oberrealschule Niederwallstr. 12.

Vors. Eugen Graske. Biesdorf, Prinzenstr. 27.

Literatur:

Das Hauptwerk die natürliche Wirtschaftsordnung von Silvio Gesell Freiland-Freigeld-Fibel.

Georg Blumenthal: Die Befreiung von der Geld- und Zins-Herrschaft.

Georg Blumenthal: Die Sozialisierung des Geldes.

Dr. E. Dick: Das Valuta Problem und seine Lösung.

Silvio Gesell: Das Reichswährungsamt.

” ” Der Abbau des Staates.

” ” Die Diktatur der Not.

” ” Geld und Frieden.

” ” Freiland die eherne Forderung des Friedens.

Dr. Christen: Die absolute Währung des Geldes.

” ” Die Quantitätstheorie des Geldes.

” ” Nationale Währungspolitik.

” ” Die Kaufkraft d. Geldes.

” ” Was der Arbeiter vom Geld wissen muß.

Hoffmann: Die Wohnungsfrage gelöst.

J. Akratillo: Der verblüffte Sozialdemokrat.

Schulz: Währungspuscherei und kein Ende.

Zimmermann: Die Befreiung der Frau.

„Gedeckter Scheck“ und volkswirtschaftliche Erkenntnis.

Der gedeckte Scheck ist eine Abart des gewöhnlichen Schecks, der aber gegen Mißbrauch eine erhöhte Sicherheit bietet. Diese besteht darin, daß dieser Scheck die Unterschrift des Ausstellers zweimal tragen muß. Die erste Unterschrift wird auf der Bank bei Aushändigung des Scheckbuchs vollzogen, die zweite Unterschrift dann, wenn der Scheck ausgestellt wird. Durch Vergleichen der beiden Unterschriften läßt sich also eine leichtere Prüfung der Echtheit vornehmen. In England und Amerika ist diese Scheckart verbreitet.

Ein Antrag der Handelskammer in Leipzig, den gedeckten Scheck auch bei uns einzuführen, wurde auf dem Sächsischen Industrie- und Handelstag abgelehnt.

Aus der Erörterung wird wieder einmal recht deutlich, daß auch *unsere führenden Industrie- und Handelskapitäne vom Geldwesen keine Ahnung* haben, und daß der Deutsche Freiland-Freigeld-Bund noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten hat.

Wie die Regierung, die während des Krieges durch die bekannten Plakate „Zahle bargeldlos“ für den Kreditverkehr in Zeiten steigender Preise eine teure Reklame gemacht hat, so will auch die Handelskammer Leipzig dem bargeldlosen Zahlungsverkehr durch den gedeckten Scheck die Wege ebnen.

Wir müssen deshalb bei jeder Gelegenheit unsere Mitmenschen darauf hinweisen, daß jeder Scheck kein Geldersatzmittel, sondern viel mehr ein *Geldzusatzmittel* darstellt. Wenn wir aber so schon an einer Geldüberschwemmung von 77 Milliarden leiden, so müssen wir alle Zusatzmittel von der Wirtschaft fern halten. Ein *Scheckbuch* ist praktisch gar nichts anderes als eine *Privatnotenpresse*. Die Reichsbanknoten und Dahrlehnskassenscheine sind Geld, also Zahlungsmittel, die innerhalb der Landesgrenzen unter allen Bürgern gesetzliche Zahlkraft haben. Der Scheck aber ist ein Zahlungsmittel, das auf Zeit, auf Ort und auf bestimmte Personen beschränkt wird, also gewissen privaten Vereinbarungen unterworfen ist.

Nun krankt unsere Wirtschaft seit 1914 an den ewigen immer größer werdenden *Preissteigerungen*, weil das Reich durch die daran verdienende privatwirtschaftlich betriebene Reichsbank den Markt mit Geld, also *Nachfrage*, überschwemmt. In solchen Zeiten ist es sinnlos, die *Nachfrage* durch Ausgabe von Privatgeld in Form von Schecks zu *vermehrten* und dadurch erst recht die Preise hochzutreiben. In der Wirkung ist es völlig gleichgültig, ob ich den harten Taler auf die Ladentafel rollen lasse oder als moderner Mensch das Scheckbuch nehme und auf diese Weise *Nachfrage* halte.

Ein gleicher Unsinn wäre auf anderen Gebieten der Wirtschaft kaum denkbar. Angenommen, eine Erfindung ermöglicht es, Eisenbahnwagen ohne nennenswerte Kosten in jeder beliebigen Menge durch eine Wundermaschine zu erzeugen, so wie die Notenpresse aus dem Nichts heraus Geld fabriziert. Keiner Eisenbahnverwaltung würde es einfallen, mehr

Wagen laufen zu lassen als Transportgüter da sind, und etwa die Wagen mit weniger Gütern zu beladen, die Ladeflächen also nicht mehr so wie früher auszunützen. Ganz undenkbar ist es aber, daß noch gleichzeitig für Wagenersatzmittel, z.B. Autos oder Fuhrwerke, von der Verwaltung Reklame gemacht würde, also durch Mitbenützung dieser Ersatzmittel auf jeden Quadratmeter Ladefläche der Eisenbahnwagen noch weniger Transportgut entfielen. Die Autos wirken eben nicht als Ersatzladefläche, sondern als *Zusatzladefläche*.

Nach diesem unsinnigen Rezept verfährt aber die Reichsbank. Trotzdem die Warenmenge, die Tauschgutmenge zurückgeht, wird die Geldmenge, die Tauschmittelmengemehrt, so daß also auf das einzelne Tauschobjekt immer mehr Gelder entfallen. Weil sich der verlodderte *Fiskus* nicht anders zu helfen weiß, wird Geld über Geld gedruckt und dazu noch jeder *Privatmann* aufgefordert, sich außerdem selber eine Notenpresse in Form eines Scheckbuchs zuzulegen. Wie beim Bargeld nun schon der *Deckungswahn* seine unselige Rolle gespielt hat und noch spielt, so jetzt auch beim Scheck, wenn auch in etwas anderer Form.

Haarscharfe Anpassung der Geldmenge, des staatlichen und privaten (Kredit-) Geldes nach Maßgabe eines festen Preisstandes und Brechung des Geldstreiks durch Freigeld ist unsere Lösung.

S.

„Bargeldloser Verkehr“

Für viele verwirrend ist heute noch die Frage, wie man bei vollkommen durchgeführtem bargeldlosem Verkehr sich solch vermeintlich unkörperliches Geld, reines Zahlungsgeld und die dazu gehörige Preisbildung vorzustellen habe. Manche sprechen hier von einem vollkommenen Abstrakt. Die Mark als greifbare Ware in Gestalt von Münzen oder Banknoten sei nicht mehr da. Das, was als Geld dort in den Büchern stehe, sei vollkommen entstofflicht, abstrakte Größe. Wie aber kann man mit einem Abstrakt Handel treiben, feilschen, wuchern, kurz alles das tun, was heute bestimmend auf die Preisgestaltung zu wirken pflegt? Auch hätte man aus den Konti der bargeldlosen Zentrale das Wort „Mark“ als überflüssig gestrichen. Im Scheck begnügt man sich, eine Zahl anzugeben. „Dem Konto A sind 150 zu belasten.“ Eine Zahl, deren Einheit in keinem konkreten Gegenstand dargestellt sei! Und für diese entseelte Zahl könne man alle Kostbarkeiten des Marktes im Handel und Streit erstehen. Unheimlich!

Um eine Sache dem menschlichen Begriffe zu erschließen, muß sie in Raum und Zeit darstellbar sein. Der bargeldlose Handel wirkt vexierend, nur weil wir ihn in Raum und Zeit nicht zu lokalisieren vermögen. So lang das nicht gelingt, steht natürlich der Geist wie der Ochs vor dem Berge. Machen wir uns ein klares Bild von diesem sogenannten bargeldlosen Verkehr. Wir nehmen den einfachen Fall an für die Durchführung des bargeldlosen Verkehrs, den Fall, daß die Reichsbank ihre sämtlichen Noten restlos einzieht und verbrennt und jedem für den Betrag der abgelieferten Noten ein Konto eröffnet. Dann ist der Gesamtbetrag der Konti gleich dem gesamten Notenumlauf. Die Reichsbank zertümmert die Notenpresse. Dafür geht jetzt das Recht der Notenausgabe (Schecknoten) auf die Kontiinhaber über, die es im Rahmen ihres Guthabens ausüben. Das frühere Notenmonopol ist aufgeteilt, kontingentiert, auf das Publikum übertragen. Doch ist es immer noch Monopol der Reichsbank, ohne deren Einwilligung der Gesamtbetrag der Konti nie um eine Einheit zu – oder abnehmen kann. Im Grunde ist es aber nur eine Erweiterung des heutigen Zustandes. Denn heute ist das Notenrecht auch kontingentiert. Die süddeutschen Staatsbanken teilen sich darein mit der Reichsbank. Zu diesen süddeutschen Banken treten jetzt sämtliche Inhaber von Reichsbankkonti. Aber das Gesamtemissionsrecht dieser Konti ist nicht größer als der Betrag der bis dahin umlaufenden Noten. Daß man die Noten der Kontiinhaber Schecks und nicht Banknoten nennt, ist ohne Belang. Die Banknote ist ja nichts anderes als ein Bankscheck.

Nun macht jeder Gebrauch von seinem Notenrecht innerhalb der Grenzen seines Kontingents, das mit jedem Scheck zu– oder abnimmt. Das, was ein Konto verliert, gewinnt ein anderes. Man stellt Schecknoten aus für alles, was man kauft. Es

ist kein für den Begriff wesentlicher Unterschied gegenüber den heutigen Banknoten. Die Schecks sind Banknoten mit befristeter Laufzeit. Setzen wir die Laufzeit der heutigen Banknoten auf 3 Tage herab, so tritt die Wesenseinheit von Scheck und Banknote noch viel deutlicher zu Tage. Auch daß die Gewähr für die Echtheit des Schecks geringer ist, als für die Banknote, berührt nicht das Wesen der Sache.

Wer die Wesenseinheit von Scheck und Banknote noch besser erfassen will, der kann sie äußerlich dadurch in Erscheinung bringen, daß die Reichsbank den Kontiinhabern als Scheckformulare ihre eigenen Banknotenformulare übergibt. Dann ist nur die Unterschrift der Banknoten geändert worden, was für den gesuchten Begriff auch nicht von Belang ist.

Ist nun solches Geld wirklich noch vexierend, gespensterhaft, unserem Begriff verschollen und darum auch nicht zu bemeistern, zielstrebig zu verwalten? Freilich, wer auch noch im heutigen Papiergeld ein unbemeistertes Problem sieht, dem wird das bisher Gesagte nicht viel nützen. Ich verweise auf das, was ich hierüber im Kapitel: „Warum man aus Papier Geld machen kann“ (Nat. Wirtsch. Ordnung S. 126) gesagt habe. Wer das hier in Rede stehende Problem vom Wertgedanken aus in Angriff nimmt, wird an seinem Verstande verzweifeln oder das Problem für unlösbar erklären. *Eugen Dühring* steht nicht an, jeden für wahnsinnig zu erklären, der vorgibt, das Papiergeld begriffen zu haben. Er ging wohl auch vom Wertgedanken aus.

Dieses sogenannte bargeldlose Geld ist in Wirklichkeit genauso gut Bargeld wie die Noten der Reichsbank. Jedes Stück ist greifbar, sichtbar, übertragbar. Der Scheck erfüllt damit alle Bedingungen, die körperlich an ein Geld gestellt werden müssen. Die Herstellung dieses Geldes ist scharf begrenzt. Wie für alles Geld gilt auch für dieses die Formel

$$\frac{G \cdot U}{W} = P.$$

G = die Summe der Bankguthaben. U = die Umlaufgeschwindigkeit. W = Warenerzeugung. P = Preis.

U ist gleich der Zeit, die durchschnittlich verstreicht vom Tage der Ausstellung des Schecks bis zur Meldung, daß der Scheck gutgeschrieben wurde und daß demnach wieder über den Betrag verfügt werden kann. Wenn jeder immer über den vollen Betrag seines Guthabens verfügte und jeder Scheck hätte 3 Tage Laufzeit, dann wäre der Geldumlauf $G/3$. Hier tritt also das zum Begriff nötige Moment der Zeit in die Erscheinung. Die Preise sind wie bei jedem anderen Geldsystem in stärkster Weise von U abhängig. Will man P festlegen, so muß U unter die Kontrolle der Bargeldlosigkeitszentrale gebracht werden.

Das „bargeldlose Geld“, das unbare Geld, ist also Geld wie jedes andere. Es gehört dazu ein Gegenstand – der Scheck – also Raum – Raum und Zeit.

Die Preisbildung vollzieht sich hier wie beim Metall- und Papiergeld durch Angebot und Nachfrage unter vollkommener Ausschaltung der Wertflunkereien. Die Nachfrage nach Waren ist gleich $G = U$.

Freilich, ohne den zu solchem „bargeldlosen“ Handel gehörigen Körper, den Scheckraum mit seinen „Tücken des Objektes“, ohne die zeitraubenden Hindernisse, auf die U stößt, stände der unbare Handel außerhalb der Grenzen unseres geistigen Vermögens. So aber auf Zeit und Raum sich aufbauend, können wir das System erfassen und bemeistern. Sonst würde das System unserem Geiste unerhaschbar sein, es würde ins Chaos sich verflüchtigen.

Denn wenn es keines Raumes, keiner Zeit für den unbaren Handel bedürfte, wenn U somit auf keinerlei Hemmung stoßen würde, dann wäre $U = \infty$ (unendlich) und dann wäre P auch $= \infty$. Ein unendlicher Preis ist aber für Handelszwecke etwas Unmögliches. Wer darum das Bargeld im System des „bargeldlosen“ Handels nicht sieht und dennoch das System zu begreifen sucht, der denkt nicht auf der Unterlage von Raum und Zeit. Er grübelt und wird niemals das System bemeistern.

Handel mit Scheckgeld ist also überhaupt nicht „bargeldlos“. Den verkehrten Ausdruck „bargeldloser Verkehr“ trifft die Schuld, daß so viele sich die Preisbildung unter solchem System nicht vorstellen konnten und in der Verzweiflung sich das Leben nahmen. Der verkehrte Ausdruck schuf verkehrte Vorstellungen, die nicht jeder auch klären konnte, weil er mit ihnen dachte, statt über sie zu denken. Es ist eben falsch zu glauben, „daß, wenn man nur Worte hört es sich dazu doch auch was denken lassen müsse.“ Der „bargeldlose Verkehr“ muß doch wohl etwas sein, denn wie käme man sonst auf den Gedanken, „ihm“ einen Namen zu geben?

Es hat nie bargeldlosen Handel gegeben. Die, die davon reden, haben den Begriff Geld zu eng gefaßt. Sie schufen damit die Bedingungen für ein Gespenst. Dasselbe Licht, das uns das Scheckgeld in Raum und Zeit entschleierte, verscheucht das Gespenst des bargeldlosen Verkehrs. Den bargeldlosen Verkehr hat ganz bestimmt noch niemals ein Mensch begriffen.

Und so fragen wir uns: Wie kann die Reichsbank den „bargeldlosen Verkehr“, für den sie so eifrig wirbt, zielstrebig lenken, wenn dieser außerhalb von Zeit und Raum sich der menschlichen Erkenntnis entzieht?

**Die Stellung der Wissenschaft
zu den Bestrebungen des
Schweiz. Freiland-Freigeld-Bundes.**

Die „Wissenschaft“

und die

Freiland-Freigeldlehre.

„Kritik“ und Erwiderung.



Freiland-Freigeld-Verlag + Erfurt

1921.

D.F.F.B.

Der *D.F.F.B. (Deutsche Freiland-Freigeld-Bund)* kämpft für die Durchführung der Freiland-Freigeld-Forderungen in Deutschland. Er hat sich die Einführung der ausbeutungslosen Freiwirtschaft – der natürlichen Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld – in Deutschland zum Ziele gesetzt und fördert über die Staatsgrenzen hinaus in allen Ländern das Entstehen und die Entwicklung gleichgerichteter Bewegungen.

Der *D.F.F.B.* erklärt Freiland, Freigeld und stetige Währung als die Mittel und Wege, die zur Gesundung und zu einem ungeahnten wirtschaftlichen Aufstieg führen, die Ausbeutungswirtschaft und damit die Klassengegensätze beseitigen und so die Grundlagen zu einem freien, schönen und natürlichen Volksleben schaffen.

Der *D.F.F.B.* führt einen sachlichen Kampf für die Erreichung *seiner rein wirtschaftlichen Ziele*. Unabhängig von jeder Partei, bietet er jedem politischen Willen, mag er sich in Parteien oder Gewerkschaften oder sonstwie verkörpern, die Mittel, Volk und Menschheit aufwärts zu führen.

Der *D.F.F.B.* ist sich bewußt, daß mit der Verwirklichung von Freiland, Freigeld und stetiger Währung *die Hauptaufgabe der Gegenwart und Zukunft* steht und fällt. Er kämpft deshalb mit Aufbietung aller Kräfte für die Durchführung seiner Forderungen und erwartet von jedem Mitkämpfer das Einsetzen seiner ganzen Persönlichkeit für die Volk und Menschheit befreiende Lehre.

* * *

Nähere Auskunft und Aufklärung erteilen und Werbeblätter, Satzungen und Beitrittserklärungen versenden kostenlos die Ortsgruppen und die Geschäftsstelle.

Deutscher Freiland-Freiland-Bund
Geschäftsstelle Erfurt - Nordstraße 1.

Vorwort.

In der Zeitschrift für Schweizerische Statistik wurden eine Reihe von Fachleuten öffentlich aufgefordert, zu den Bestrebungen des *Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes* Stellung zu nehmen.

Dieser Aufforderung folgten die Herren Prof. *Diehl*, *Gygax*, *Furlan*, *Kellenberger*, *Liefmann*, *Sieveking*.

Eine Erwiderung, die der S.F.F.B. einsandte, lehnte der Herausgeber der oben genannten Zeitschrift, Prof. Dr. *Landmann*, Basel, des Tones wegen ab. Diese Erklärung für die Ablehnung können wir nicht gelten lassen, denn war Prof. *Landmann* der hochfahrende Ton, in dem sich die Mehrzahl der genannten Kritiker gefiel, recht, so mußte ihm *jeder Ton*, den die *Angegriffenen* zu ihrer Verteidigung für gut hielten, auch billig sein.

So wird es also zunächst kein Mensch Dr. *Landmann* glauben, daß es wirklich nur der Ton war, der ihn davon abgehalten hat, diese Verteidigung der Angegriffenen zu veröffentlichen. Nein, des Tones wegen läßt man auch heute eine Frage, die die ganze Welt in Atem hält, nicht ungeklärt. Echter Wissenschaft ist jeder Ton recht, wenn es sich um Wahrheit handelt [Abschrift des Briefes Seite 272].

So werden also zunächst alle diejenigen Recht haben, die da sagen, es mußten schwerwiegendere Gründe vorliegen, die die Ablehnung der Erwiderung veranlaßten. Herrn Dr. *Landmann* öffnen wir gern die Spalten der „Freistatt“, um diesen Glauben zu entkräften.

Heute ist glücklicherweise der Boykott der Freiland-Freigeld-Bewegung durch die Presse und die Wissenschaft ganz wirkungslos geworden. Hat uns z.B. Herr Prof. Dr. *Landmann* die Spalten seiner Zeitschrift verschlossen, so bringen wir hier *an die breite Öffentlichkeit*, was er dem beschränkten Kreis seiner Lesergemeinde vorzulegen sich weigerte. Und wahrhaftig! Die Öffentlichkeit findet Geschmack an diesen Fragen!

Bern, Erlachstr. 5, Februar 1921.

Die Geschäftsstelle des S.-F.-F.-B.

Die Stellung der Wissenschaft zur absoluten Währung.

Von den zur Kritik der absoluten Währung aufgeforderten 19 Persönlichkeiten haben sich nur sieben beteiligt. Jetzt, wo die Welt als Folge der von „sachkundigen“ Persönlichkeiten – wir nennen hier nur *Klotz*, *Havenstein*, *Loyd George*, *Helfferrich* – geleiteten Währungspolitik der denkbar größten Gefahr, der vollkommenen gesellschaftlichen Auflösung, ausgesetzt wurde und die gequälte Menschheit allein noch Rettung von der Wissenschaft erwartet, da darf niemand schweigen, der nicht will, daß man das ‚qui tacet, consentit‘ [Wer schweigt, von dem wird angenommen, daß er zustimmt] auf ihn anwendet. Ist es nicht Pflicht aller „Sachkundigen“, der Öffentlichkeit den Weg zu zeigen, der aus der Not führt? Den Weg, den sie als Sachkundige doch gewiß kennen? – Und wir meinen, selbst dann erwächst diesen Sachkundigen diese Bürgerpflicht, wenn es sich darum handelt, „intoleranten“ (siehe *Gygax*) und „kritiklosen Bewunderern von Dilettanten“ (nach *Diehl*) entgegenzutreten – oder war es vielleicht ein Mißgriff der Redaktion dieser Zeitschrift [Zeitschrift für Schweizer. Statistik und Volkswirtschaft.], daß sie diese in Schweigen sich hüllenden Persönlichkeiten als „Sachkundige“ bezeichnete? Dann, meinen wir, wäre es Pflicht dieser Persönlichkeiten gewesen, es mit lauter Stimme zu verkünden, daß sie sich nicht für sachkundig halten, damit niemand Birnen von den Ulmen erwartet.

Um so mehr Anerkennung verdient das Benehmen aller, die dem Rufe der Redaktion dieser Zeitschrift folgen, und darum – aus Dankbarkeit – werden wir versuchen, aus unserer Mördergrube ein Herz zu machen und all die Schwächen und Blößen, die sich in der an der absoluten Währung geübten Kritik zeigen, mit Liebe und möglicher Schonung aufzuzeigen. Wie man in den Wald ruft, so schallt es auch wieder heraus, und wenn wir z.B. in den suffisanten Ton verfallen wollten, den *Diehl* anschlägt, so würde er, wir fürchten es, in Arroganz umschlagen. Und das würde der Sache nichts nützen.

Prof. Dr. *Stephan Bauer* leitet die Kritik der absoluten Währung mit einem Zitat von *Mitchell* ein, worin die erstaunte Frage aufgeworfen wird, ob „wir“ nicht genügend konstruktive Vorstellungskraft und praktischen Scharfsinn besitzen, um ein brauchbares Währungssystem zu entwickeln.

Hier wird einem Gedanken Ausdruck gegeben, der sicher schon viele Köpfe beschäftigt hat. Es ist doch fürwahr erstaunlich, daß wir das Ding da in unserer Hand, die goldene Münze, die blauen oder grünen Lappen, die wir zu einem bestimmten praktischen Zweck hergestellt haben, von dem *Diehl* sogar annimmt, daß er den erstrebten Zweck befriedigend erfüllt, noch immer nicht begreifen und über seine Theorie streiten! Wie Abergläubige, die selbstverfertigte Fetische anstauen! Eine runde Scheibe

Metall und Berge von Literatur, die auf *Aristoteles, Solon, Hammurabi* zurückgeht, zur Erklärung dieses leblosen, in allen Funktionen leicht mit unbewaffnetem Auge zu verfolgenden Gegenstandes!

Ob an diesem drolligen Zustand, der uns am Glauben an die menschliche Geisteskraft irre macht, nicht am Ende gerade „die durchgebildete nationalökonomische Schulung“, die Prof. *Diehl* am *Schweizer Freiland-Freigeld-Bund* vermißt, die Schuld trägt? – Es kann doch unmöglich allein am „Mangel an kritischem Sinn gerade der Dilettanten“ (*Diehl*) liegen, wenn die Währungsfrage nach 3000jährigem Streit für ungelöst gilt. Nein, nicht den Dilettanten, sondern den Zünftlern, all denen, die sich öffentlich, ohne Protest zu erheben, als Fachleute bezeichnen lassen, ist die Schuld an diesem kläglichen Zustand zuzuschreiben. Griff doch gewiß der Dilettant nur darum in die Debatte ein, – weil die „durchgebildete, nationalökonomische Schule“ offenbar hier versagt. Also gegen die offizielle, die zünftige Wissenschaft, nicht gegen *George, Proudhon* und andere Dilettanten richtet sich die zerschmetternde Anklage in *Bauers* Zitat! Besitzen „wir“ nicht genügend konstruktive Vorstellungskraft? In diesem „wir“ sind Sie, Herr Prof. *Diehl*, eingeschlossen, nicht etwa die „kritiklosen Bewunderer“ der Dilettanten *Gesell* und *Christen*, d.h. wir Mitglieder des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes.

Wir wollen die Frage, warum die Schule das uralte Problem nicht lösen konnte, nicht durch Zitate aus den allbekannten Vorträgen *Brentanos* ins Unerfreuliche hinüberleiten und nicht fragen, ob die Hörer in den Hochschulen nicht zumeist auch Schwerhörige sind – was man nicht wünscht, das hört und versteht man nicht –, nur den leisen Zweifel möchten wir hier ausdrücken, ob die von *Diehl* so sehr gerühmte, durchgebildete nationalökonomische Schulung am Ende „die konstruktive Vorstellungskraft und den praktischen Scharfsinn“, die zur Lösung der Aufgabe nötig sind, ertötet hat. Wir werden noch sehen, wie die am Freigeld geübte Kritik der Geschulten Grund zu dem hier ausgedrückten Verdachte gibt. Es wäre übrigens auch nicht das erste Mal, daß der „Schule“ dieser Vorwurf gemacht wird. Auf alle Fälle, dies steht fest: Tausende bewundern heute die konstruktive Vorstellungskraft und den praktischen Scharfsinn, die zum Freigeld geführt haben, und dieses Freigeld entstammt keiner Schule.

Gerade gegenüber der in Rede stehenden Sache mußte die Schule versagen – nicht allein des politischen Inhalts wegen, sondern weil hier ursprüngliche Gedanken nötig sind, die die Schule wohl brauchen, aber niemals erzeugen kann. Männer, die man von Kindesbeinen an gewöhnt, sich stundenlang rezeptiv [nur aufnehmend] zu verhalten, stundenlang also keinen eigenen Gedanken nachspüren läßt, müssen doch mit der Zeit von der Geleisekrankheit (Routinitis) befallen werden. In ihrem Gehirn hat ein fremder Griffel die eigenen Gedankengänge so oft durchkreuzt, bis sie zerstört und für konstruktive Vorstellungsarbeit unbrauchbar wurden.

Dem Volke ist das Dasein der Währungsfrage verheimlicht worden; sogar die Kaufleute sind immer ganz erstaunt, wenn man ihre Aufmerksamkeit auf dieses „ungelöste, wissenschaftliche Problem“ lenkt. Keine Ahnung

haben sie. Und es sieht fast so aus, als ob die Fachkundigen fürchteten, daß ihnen ein Sonntagsjäger den schönen Hirsch vor der Nase wegputzt, wenn sie, wie es wieder *Diehl* tut, für die Vorbereitung zum Studium der Währungsfrage – durchgebildete nationalökonomische Schulung gerade zur Voraussetzung des Erfolges erklären. Denn damit schrecken sie doch alle ab, die diese Schulung nicht haben über sich ergehen lassen, an der Erforschung dieser wirtschaftlichen Rätsel, *ihrer* Wissenschaft, sich zu beteiligen.

Die Aufgabe, die im Rundschreiben der Redaktion gestellt war, lautet: 1. Halten Sie die Theorie der absoluten Währung für richtig? Wenn ja, wie beurteilen Sie 2. die Konsequenzen eines Versuches nach dieser Richtung?

Es liegt auf der Hand, daß für den Wissenschaftler wie für den Praktiker die Frage 2 nur dann Interesse hat, wenn Frage 1 glatt und rückhaltlos bejaht werden kann. Da nun aber keiner der sieben Sachkundigen diese erste Frage bejaht, sich zumeist auch nur oberflächlich mit ihr befaßt, so fragt man sich erstaunt, warum sie sich dann überhaupt noch breit mit der Frage 2 beschäftigen?

Die Aufgabe, die im Rundschreiben gestellt war, kann unseres Erachtens nicht befriedigend gelöst werden, ohne daß man sich über den Zweck des Geldes einigt und sich auf eine Theorie – irgendeine – des Geldes stützt. An der Theorie gemessen, die man für die richtige hält, muß man beweisen, daß die Theorie der absoluten Währung richtig oder falsch ist. *Keiner aber der sieben Kritiker hat uns zu erkennen gegeben, welcher Theorie des Geldes er huldigt.*

Nach diesen allgemeinen Ausführungen soll nun zu den Aussetzungen der einzelnen Kritiker Stellung genommen werden, und zwar der Reihe nach, wie sie in der Zeitschrift erschienen sind.

Prof. Dr. Diehl, Freiburg i. Baden.

Nur durch einzelne Reformen im Geldwesen und im Grundstücksverkehr (Freiland = Reform des Grundstücksverkehrs!) will *Gesell* der Menschheit alles Heil zuteil werden lassen, sollen Krisen, Arbeitslosigkeit, Pauperismus [Massenarmut, allgemeine Verelendung] verschwinden. *Diehl* will mit dieser Trennung der Krise in ihre Bestandteile den Eindruck erwecken, als ob es sich um drei ganz verschiedene Dinge handelte, die man nicht mit *einer* Reform treffen kann. Schützt uns aber die absolute Währung vor Krisen, so schützt sie uns auch vor Arbeitslosigkeit und Pauperismus und vielem mehr, was im Worte Krise steckt. Will nun *Diehl* bestreiten, daß Krisen durch Mängel im Geldwesen hervorgerufen werden können, daß, wenn wir jetzt z.B. eine auf Abbau der Preise gerichtete Währungspolitik treiben, die Volkswirtschaft jetzt der Krise verfallen wird, der sie fünf Jahre hindurch dank der Inflation, dank also der Währungspolitik standgehalten hat? – „*Gesell* will die Grundrente vernichten,“ sagt *Diehl*. Weshalb diese nachlässige Ausdrucksweise? Soll der Eindruck erweckt werden, daß *Gesell* etwas tatsächlich Unmögliches will? Die Grundrente kann man nicht vernichten. *Gesell* will sie aber statt den Taschen der Rentner denen zuführen, die sie schaffen – den Müttern. Auch das Zitat: „Das Privateigentum wird als Staatseigentum

erklärt“ ist unzutreffend, weil es den Eindruck erweckt, als ob *Gesell* und mit ihm der Schweizer Freiland-Freigeld-Bund das Privateigentum bolschewieren will. *Gesell* verlangt vielmehr die Ablösung aller Privatrechte auf den Boden – und dann die öffentliche Verpachtung des Bodens für privatwirtschaftliche Zwecke. „*Gesell* glaubt, damit die ganze Grundrente der Allgemeinheit zuzuführen.“ – Ja, das glaubt er, aber *Diehl* sagt: „An diesem einen Beispiel sieht man, wie *Gesell* glaubt, unendlich schwere und komplizierte Probleme mit einem Rezept lösen zu können.“ Sind sie wirklich so schwer und so kompliziert? Wer kann z.B. leugnen, daß die gesamte Grundrente der preußischen Staatsforsten und Domänen – Millionen Hektaren – restlos der Gesamtheit zugeführt werden? Und wer wird leugnen, daß, wenn im Freilandstaat ein freigewordener Acker öffentlich in Pachtauktion neu vergeben wird, das Höchstgebot nicht die gesamte Grundrente enthält? *Diehl* verneint es mit Worten: „Es kann nicht davon die Rede sein,“ – der Bietende könne ja seine eigene Kraft überschätzen! Freilich kann er das, wie auch der Kaufmann bei seinen Einkäufen über- und unterschätzen kann. Wohl dem Bauern, dem in öffentlicher Pachtversteigerung der Hof billig zugeschlagen wird. Er wird darauf gedeihen, und der gute Stand seiner Finanzen wird den Nachbarn Beweis sein, daß dieser Bauer nicht zu viel bezahlt, daß, wenn ein ähnlicher Acker wieder verpachtet wird, man dafür nicht nur die gleiche Summe, sondern sogar – wenn der Wettbewerb es nötig macht – mehr bezahlen kann. Wie ja überhaupt die Pachtsummen sich mehr nach der Erfahrung als nach der Theorie richten. Kommt ein sonst fleißiger Bauer nicht vorwärts, so sagt er, und die andern sagen es auch, daß er zuviel Pacht bezahlt, und seine Erfahrungen werden bei den folgenden Pachtungen im weiten Umkreis eine Warnung für Überbietung sein. Wer hier „unendlich schwierige und komplizierte Probleme“ erblickt, der sieht wahrhaftig den Tag vor lauter Sonne nicht. Dort, wo sich das Problem kompliziert, beim Bauland und bei den Bergwerken, da hat sich *Gesell* auch nicht mit der allgemeinen Formel begnügt, wie es *Diehl* behauptet. Warum erwähnt *Diehl* die Tatsache nicht, daß *Gesell* die Grundrententheorie aus der Lohntheorie folgert? Er will, das geht aus der ganzen Kritik hervor, den Eindruck erwecken, daß der ganze Schweizer Freiland-Freigeld-Bund eine Gesellschaft leichtfertiger Vögel darstellt, die die unendlich schweren und komplizierten Probleme mit ebenso unendlicher Leichtfertigkeit behandelt. Und das ist nicht schön von ihm.

Daß *Gesell* die Aufgabe, die er sich stellte, nicht für so ganz einfach hielt, beweist der ganze der Grundrentenfrage gewidmete erste (in der vierten Auflage zum zweiten gewordene) Abschnitt der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“. *Diehl* nenne uns das Buch, wo wir alle mit der Grundrente zusammenhängenden Dinge berücksichtigt, geklärt und erklärt finden, die hier zu klären sind. Was noch keinem vorher geglückt war – *Gesell* gibt hier eine völlig geschlossene Theorie der Güterverteilung. Bahnbrechend ist für die Grundrententheorie sein Begriff des vollen Arbeitsertrags, seine Theorie des Lohnes, des Freilandes. So wird z.B. die uralte Streitfrage – wer die Zölle bezahlt – hier zum erstenmal restlos geklärt. Gewiß

werden auch hier wieder alle die bei anderen Autoren zu findenden Teilwahrheiten in *Gesells* Theorie der Güterverteilung zum Vorschein kommen, ja sogar, sofern es wirklich Wahrheiten sind, zum Vorschein kommen *müssen*. Bei *Gesell* aber handelt es sich nicht mehr um Teilwahrheiten, die ohne Zusammenhang ein dürftiges Leben führen. Wer *Gesell* vorwirft, daß er den Dingen nicht auf den Grund zu gehen sucht, der kennt die „Natürliche Wirtschaftsordnung“ nicht – und wer das behauptet (*Diehl* tut es), nachdem er die „Natürliche Wirtschaftsordnung“ mit der Absicht gelesen, sie in einer ausländischen angesehenen wissenschaftlichen Zeitschrift zu kritisieren – der verfolgt andere Absichten als einfache kritische Beurteilung.

Wir haben *Diehl* bereits den Vorwurf der nachlässigen Zitierung gemacht – wir müssen hier diesen Vorwurf wiederholen, wo er *Gesell* nachsagt, er wolle das Kapital erhalten. *Gesell* betrachtet das Kapital, wie auch das Geld, rein dynamisch. Das Kapital ist nicht als Sachgut, sondern als volkswirtschaftlicher Zustand zu betrachten, und diesen Zustand will *Gesell* beseitigen. Wenn demnach *Diehl* *Gesell* nachsagt, daß er das Kapital erhalten wolle, so erweckt er wieder vollkommen falsche Anschauungen von *Gesells* Bestrebungen. Daß wir *Diehl* diesen schweren Vorwurf machen müssen, ist um so unverzeihlicher, als er sich, wie wir hören, selber eingehender mit Proudhons Schriften befaßt hat, der ebenfalls das Kapital dynamisch begriff (siehe *Gesells* Zitat in der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“, vierte Aufl., S.3).

In der weiteren Darstellung wirft *Diehl* *Gesell* Sätze vor, die aus *Proudhons* Lehre stammen, die *Gesell* bekämpft und die mit der absoluten Währung nichts zu tun haben. Und wie brutal hier wieder zitiert wird! Woher käme es denn, daß so viele ihre Waren nicht los werden könnten? – Das käme daher, „weil es den Käufern an Geld fehlt“! In der Literatur des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes wird *Diehl* umsonst nach einem so kindischen Satz suchen. Und diesen geistlosen Satz benutzt *Diehl* als Ausgangspunkt für die Darlegung des theoretischen Grundgedankens der absoluten Währung!! „*Gesell* will das Geld beseitigen,“ sagt *Diehl*, nachdem er die „Natürliche Wirtschaftsordnung“ so weit studiert hat, daß er glaubt, sie in dieser Zeitschrift kritisieren zu können.

Gesell und *Christen*, sagt *Diehl*, begehen den Fehler, eine sekundäre Erscheinung anzugreifen, um auf die primäre zu wirken. Das Geld sei „nur“ ein Vehikel des Wirtschaftsverkehrs. Man könne unmöglich durch die Reform des Geldes all die Übelstände vermeiden, wie Absatzstockungen usw., die mit freier, planloser Wirtschaft verbunden sind.

Jawohl, *Diehl* hat recht, das Geld ist „nur“ ein Vehikel, ähnlich wie die Eisenbahn, das Schiff auch nur ein Vehikel sind. Aber wer wird es wagen, hier von „Nurvehikeln“ zu reden und alles, was durch die Eisenbahn ins Leben gerufen wurde, als das Primäre, die Eisenbahn selbst als das Sekundäre zu bezeichnen! Vehikel und das zu Vehikulierende sind nicht voneinander zu trennen. Bricht die Bahn zusammen, dann bricht auch alles zusammen, was darauf gebaut ist. Und genau so verhält es sich

mit dem Gelde. Auf der Geldwirtschaft ist die Arbeitsteilung aufgebaut – jede Störung in der Geldwirtschaft setzt sich unmittelbar um in Störungen der Arbeitsteilung.

Diehl wirft unserer Volkswirtschaft Planlosigkeit vor. Dieser Plan ist seiner gewaltigen Einfachheit wegen oft dem Auge derjenigen unsichtbar, die überall unendlich schwere und komplizierte Probleme vermuten. Nach dem Plane der Sozialbürokratie sollen Konsum und Produktion behördlicher Zwangswirtschaft unterworfen werden, während in der freien Wirtschaft, die der Schweizer Freiland-Freigeld-Bund befürwortet, die Produktion dadurch mit dem Konsum in Einklang gebracht wird, daß dort, wo es fehlt, die Preise anziehen, d.h. aus der natürlichen, von den Kosten beherrschten Rangordnung gehoben werden, was wie eine Produktionsprämie wirkt. Selbstverständlich können Störungen dieses Planes durch elementare Ereignisse nicht verhindert werden, wie es ja auch im Reiche der Bürokraten nicht immer zur nötigen Zeit regnen wird. Jedoch liegt es wieder im Plane der Geldwirtschaft, daß sich Überschuß und Mangel der einzelnen Länder automatisch durch den freien Handel ausgleichen, was in der Bürokratie ganz gewiß nicht mit der hier gebotenen Findigkeit und Schnelligkeit verlaufen wird. Der Bürokrat schläft, der freie Kaufmann wacht, und während der Bürokrat schläft, verfaulen die Kartoffeln, die hier überschüssig sind und dort fehlen.

Und welche Mittel stehen den Bürokraten zur Verfügung, um in den einzelnen Produktionszweigen die Leistungen zu erhöhen, wenn es sich als nötig erweist? Die heutige deutsche Planwirtschaft zahlt Frühdruschprämien, die frühere deutsche Regierung zahlte Exportprämien auf Zucker, sie erhob Schutzzölle, Lenin zahlt für Qualitätsarbeiten spezifisch erhöhte Löhne. Da haben wir es! Die Planwirtschaft bedient sich desselben Motors, den auch die „planlose“ freie Wirtschaft benutzt. Mit einfachen Preisdifferenzen, die oft nicht $\frac{1}{4}\%$ ausmachen, wird in der Geldwirtschaft die Produktion geregelt, wird die Produktion von der Spargelzucht auf die Diamantenschleiferei hinübergeleitet. Was hier automatisch geschieht, dazu braucht die Planwirtschaft einen Rat ehrgeiziger Politiker, Bürokraten, braucht Uniformen, Aufseher, Topfgucker, kurz, die Pest dieses Jahrhunderts. Der Beamtenapparat dieser Planwirtschaft wird 30 – 40 – 50% der Produktion kosten, und es werden nicht die schlechten Bissen sein, die die nun autokratisch regierenden neuen Herren für sich beanspruchen werden.

Die Mängel der heutigen Wirtschaft, die die Marxisten planloser Produktion zuschreiben, rühren allerdings von einer Planlosigkeit her, nämlich von der vollkommen planlosen Geldverwaltung – der empirisch geleiteten Währungspolitik. Während sich die Privatwirtschaft von den Preisen lenken läßt (s. o.), kümmert sich die Währungspolitik überhaupt nicht um die Preise. Pfuscherhänden übergeben, stört die planlose Währungspolitik allenthalben unausgesetzt den Wirtschaftsplan der Produzenten und erzeugt so die Zustände, die als „planlose Produktion“ den kurzichtigen Kritikern der freien Wirtschaft auffallen. Dort, wo das Metallgeld eingeführt ist, sind es die Schwankungen der Produktion dieser Metalle (neben der unregelmäßigen

Umlaufgeschwindigkeit und den Geldsurrogaten), die die Kreise der Produzenten stören; dort, wo es sich um Papiergeld handelt, ist es die vollkommene Planlosigkeit der Währungspolitik. Hier soll darum die absolute Währung eingreifen, die Währungspolitik soll in den Plan der ganzen Wirtschaft eingebaut werden, sich im Plane dieser Wirtschaft orientieren. *Auch sie soll sich nach den Preisen richten.* Dann wird sie – die absolute Währung – den Plan der freien Wirtschaft krönen, und dann wird der großzügige Plan, dessen Konturen heute nur den Helläugigen dämmern, auch dem Blöden sichtbar werden.

Diehl wagt sich auch an das Freigeld heran und leugnet glatt alle dem Freigeld nachgesagten Wirkungen. Er begründet sein Urteil mit einer fast fluchtartigen Kürze, als ob es ihm auf diesem Boden nicht recht geheuer wäre. Er sagt nur: „Auch mit dem Freigeld wird niemand Waren kaufen, wenn er keinen Bedarf hat.“ Unter Bedarf ist hier der Bedarf der Konsumenten gemeint. Es mag sein, daß es Menschen gibt, die sich aus Sport den Mühseligkeiten der Berufsarbeit unterwerfen, nicht weil der Hunger sie dazu treibt. Ich kenne keinen. Was uns zur Warenproduktion veranlaßt, ist der Bedarf an anderen Produkten. Somit drückt jeder den Bedarf an fremden Produkten mit dem eigenen Arbeitsprodukt aus. Der Warenbedarf ist immer reziprok. Sofern das Geld den Austausch nicht hemmt, gibt es darum keinen Warenüberschuß, und das Freigeld wird den Tausch immer und unter allen Umständen vermitteln müssen. Wer Geld überflüssig hat, muß es bedingungslos, also auch zu sinkendem Zinsfuß, als Darlehen in Umlauf setzen, und dann setzen es die Geldentnehmer gegen Waren um.

Diehl verwirft das Freigeld ohne weiteres auch deshalb, weil es Papiergeld ist und als solches „mit allen Übelständen der Inflation behaftet ist“. Das sagt *Diehl*, nachdem er kurz vorher die freie Wirtschaft der Planwirtschaft als minderwertig gegenüber gestellt hat. *Dem Staate traut Diehl also die Fähigkeit zu, nach einem Plan die ganze Volkswirtschaft zu leiten, um gleich darauf dem gleichen Staat die Fähigkeit abzusprechen, den allereinfachsten Teil dieser Wirtschaft nach einem Plane – dem zu schaffenden Währungsgesetz – zu leiten!* Das soll jemand verstehen! Aber wie kommt *Diehl* dazu, bei der Erwähnung des Papiergeldes von den *Übelständen* der Inflation zu sprechen? Hat er nicht kurz vorher noch gesagt: „Als ob man durch eine Änderung des Geldwesens alle die Übelstände vermeiden könnte, wie Absatzstockungen usw.“ Erst leugnet er den Einfluß des Geldes auf die Entwicklung der Wirtschaft, um dann an anderer Stelle, wo es ihm paßt, wieder von den *Übelständen* der Inflation zu reden, die willkürlich herbeigeführt werden könnten!! Weil *Diehl* kein vernünftiges Maß für die Notenausgabe kennt – eben die absolute Währung – so kann er sich die Papiergeldwährung auch nur als Inflation und als Deflation vorstellen, wie jemand, der nie genug, sondern immer zu viel oder zu wenig ißt.

Auch jeden regelnden Einfluß auf die Preise verneint *Diehl* dem Freigeld. „*Gesell* überschätzt den Einfluß des Geldes auf die Preise.“

Dieser Einwand ist von *Christen* so oft und so schneidig abgetan worden, daß man sich über den Mut *Diehls* wundert, ihn hier noch einmal wiedererstehen zu lassen. Hat *Diehl* in dem Satze, daß mit der Papiergeldwährung die Inflation willkürlich erzeugt werden kann, nicht schon offen zugegeben, daß man den Einfluß des Geldes auf die Preise überhaupt nicht überschätzen kann? Die Preise haben die Form von Brüchen, deren Zähler (Geld) willkürlich (*Diehl* sagt es) vergrößert, verkleinert werden kann, wo also auch der Quotient, die Preise, willkürlich herauf- und herabgesetzt werden können.

Zum Beweis dafür, daß man die Preise nicht auf dem gleichen Stand erhalten könne, beruft sich *Diehl* auf das Gesetz des abnehmenden Bodenertrags und auf die Preise der Bergwerksprodukte! Er verläßt also den Boden der Volkswirtschaft, um seine Beispiele aus der Privatwirtschaft zu nehmen. Nirgends in der Literatur des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes wird man die Behauptung finden, die absolute Währung erstrebe einen festen Preis für die einzelnen Waren.

Diehl meint, „der Geldwert spiele eine große Rolle bei der Preisgestaltung“. Den Satz verstehen wir nicht. Um so besser aber den folgenden: „*Die Schwankungen der Papiergeldausgabe haben einen großen Einfluß auf die Preise.*“ Das wagt *Diehl* zu sagen, nachdem er kurz vorher die Sache geleugnet. Allerdings, sagt *Diehl*, seien die Schwankungen auf der Wareseite noch größer! Womit kann *Diehl* letzteres begründen? Sagt er nicht, daß man die Inflation kostenlos nach Willkür bemessen kann, während dem Staat kein Einfluß auf die Warenerzeugung zusteht und die Produktion auch nur mit entsprechenden Kosten sich mehren läßt? *Und wenn die Schwankungen der Produktion auch groß wären, warum soll man die willkürlich zu bemessenden Schwankungen der Inflation nicht gerade so groß bemessen können, daß sie mit jenen übereinstimmen?* Gäbe es hierfür einen anderen Grund als den Sabotagewillen derjenigen, denen man die Notenpresse überantwortet hat?

Nachdem *Diehl* widerwillig alles das zugegeben hat, was man zur absoluten Währung braucht, nämlich die Möglichkeit einer willkürlich zu bemessenden Inflation und Deflation, vergeift er sich noch einmal an *Gesells* Formel: Freigeld = Warenabsatz = Warenproduktion = Freigeld und nennt diesen mit Freigeld stets zwangsläufig geschlossenen Kreislauf eine Utopie!

Und nachdem *Diehl* es geleugnet hat, daß die absolute Währung mit dem Freigeld erreichbar ist, meint er, „die Preisschwankungen, die unter der Goldwährung eintreten, wären ein ausgezeichnete Indikator der wirklichen Preisvorgänge, während bei einer von der Willkür des Staates abhängigen Währung (hier kann nur die absolute Währung gemeint sein) das Geld diese Rolle als Preisvergleichsmittel nicht mehr spielen könne“. Also wäre die absolute Währung doch mit der hier möglichen „Willkür“ vereinbar! Und warum wären die Preisschwankungen der einzelnen Waren, die mit der absoluten Währung ja nicht verschwinden,

zum Vergleich nicht ebenso brauchbar wie bei der Goldwährung? Als in Deutschland der Haferpreis freigegeben wurde und sein Preis aus der Rangordnung der übrigen Getreidepreise stieg – da bauten die Bauern nur mehr Hafer! Und doch war der Haferpreis auch in Papiergeld ausgedrückt! Die Preisschwankungen allgemeiner Natur, die mit der absoluten Währung verschwinden sollen, sind als Preisvergleichsmittel nur für die Statistiker, nicht aber für die Wirtschaftler brauchbar. Diesen sagt eine allgemeine Preissteigerung nichts. Sie suchen nach den Waren, die durch die Marktverhältnisse aus der natürlichen Rangordnung über ihre Produktionskosten hinausgehoben, deren Herstellung also *prämiert* ist, und ob diese Preise auf Gold, Kupfer oder Papiergeld lauten, ändert nichts an der Sache. Dunkel ist also *Diehls* Rede Sinn.

Die *Gesellsche* Zinstheorie verwirft *Diehl* glatt. Er schreibt *Marx* den Satz ab: „Das Geld ist nicht Kapital und trägt als Geld (als was denn sonst?) überhaupt keinen Zins. Aber das Geld kann Kapital werden (hört!), wenn es Kapitalfunktionen übernimmt.“ Eine merkwürdige Sache ist doch dieses „Kapitalwerden“, die Macht, einen toten Gegenstand willkürlich in Kapital zu verwandeln. Ob der Proletarier, der „kein Kapitalist“ ist, nicht auch so einfach „Kapitalist werden“ kann?

Diehl sagt, durch Verleihen des Geldes „verwandeln“ man es in Kapital. Er vergißt zu zeigen, wie der Geldnehmer, der das Geld doch auch nur zum Ankauf von Waren braucht, den Zins erhebt. Der Geldnehmer zahlt Darlehenszins, und diesen Darlehenszins muß er doch von den Waren, die er kauft, erheben. *Der Kauf von Waren ist aber ein Tausch, kein Darlehen!* Also kann *Diehl* zur Erklärung des Phänomens sich nicht auf den Darlehenszins berufen. Die Dinge verhalten sich umgekehrt, als sie *Marx* und *Diehl* darstellen: weil der Kaufmann von den Waren Zins erheben kann, kann er das dazu geborgte Geld verzinsen, *Diehl* und *Marx* müssen uns also die Kräfte zeigen, auf die der Geldbesitzer sich stützt, um beim Tausch – $G - W$ –, der – wir wiederholen es – kein Darlehen ist, einen Zins erheben zu können. *Diehl* macht hier denselben Fehler, den der Bauer begeht, wenn er sagt: weil man mit Geld einen Acker kaufen kann, der Zins abwirft, darum wirft das Geld Zins ab, – während es doch heißen muß: darum müssen im Gelde auch selbständige, zinserhebende Kräfte stecken. In der Kapitalisationsrate, die bei der Umrechnung eines Ackers in Geld unentratbar ist, steckt das ganze Problem. Vor dem Kriege kapitalisierte man die acker, die Aktien mit 4%, jetzt mit 6 oder 7%. Kann *Marx*, kann *Diehl* das erklären?

Mit dem Freigeld wird das Geld nicht mehr „Kapital werden“ können, die Hexenmeister, die das konnten, verschwinden mit dem Freigeld. In wessen Hände es auch gelangt, zum Sparer, Rentner, Börsianer, zum Konsumenten, zum Kaufmann, einerlei, mit dem Freigeld geht der Handel nicht mehr nach der Formel $G-W-G'$.

Zu *Gesells* Krisentheorie sagt *Diehl*: Möge die Geldverfassung sein, wie sie wolle, die Möglichkeit zu krisenhaften Erscheinungen wird immer vorhanden sein, „wenn die Wirtschaftsordnung die Gelegenheit zu opti-

mistischer Schätzung der Marktlage und damit zur Überproduktion und Überspekulation darbietet“. Diese optimistische Schätzung der Marktlage ist aber nie etwas anderes als die Erwartung einer Inflation. So daß *Diehl* hier bestreitet, was er selbst mit den Worten ausdrückt: die Schwankungen der Papiergeldausgabe habe großen Einfluß auf die Warenpreise – also auf die Inflation, also auf die optimistischen Schätzungen! Wenn dem Währungsamt die Aufgabe gestellt wird, die Inflation zu verhindern, woher bekämen die Kaufleute die Veranlassung zu Hoffnungen auf Inflation und – das Geld zu preistreibenden Käufen? Es sind ja doch immer nur die, die an eine Inflation glauben, die durch ihre Deckungskäufe die Preise hochtreiben. Überdies wird ja doch mit der absoluten Währung jede vermehrte Warenproduktion (Überproduktion an Waren) automatisch auf die Kapitalproduktion hinübergeleitet, wo sie ein unbeschränktes Absatzgebiet findet, wenn ihr das Freigeld den Weg dorthin gebahnt hat. Einen Fingerzeig, wie die absolute Währung die Krisen verhindert, haben wir in der Entwicklung der Weltwirtschaft von 1900 – 1911. Man arbeitete überall mit Volldampf, und dennoch sprach man nicht von Krise und Preisrückgang. Im Gegenteil, die Preise stiegen sogar trotz vervielfachter Produktion, weil der Volldampfbetrieb sich auch auf die Geldproduktion erstreckt hatte. Geld und Warenproduktion wetteiferten miteinander. Man sprach nicht mehr von Überproduktion an Waren, wohl aber von einer Überproduktion an Kapital, von Baupest und Bauwut, vom Rückgang der Mieten, des Kapitalzinses.

Zu *Christens* Schrift „Die Schuld der Reichsbank an Deutschlands Zusammenbruch“, in der auch im Kriege die Aufrechterhaltung der absoluten Währung gefordert und gesagt wird, im Kriege sollen die Ausgaben durch Steuern gedeckt werden, der Geldumlauf soll der verminderten Warenproduktion entsprechend eingeschränkt werden, meint *Diehl*, „der Krieg habe im Gegenteil eine ungeheure Mehrproduktion hervorgebracht und jedenfalls die Notwendigkeit einer starken Vermehrung der Zahlungsmittel“.

Diehl weiß, daß die Mehrproduktion keine Waren betraf. Es waren Granaten, die hier erzeugt wurden, keine Pillen, keine Bürsten, keine Eßwaren. Die Granaten gingen von der Fabrik auf den Staat über. Sie bedurften dazu kaum des Geldes; der Geldumlauf: Staat – Granatenfabrik – Staat – Granatenfabrik war hier auf Kurzschluß eingestellt, die Granaten gingen, sit venia verbo [mit Verlaub zu sagen], von der Hand in den Mund und bedurften dazu auch nur der der Kürze dieses Weges entsprechenden Tauschmittel. Wenn *Diehl* das hier zu vertuschen sucht, so erweist er den verantwortlichen Reichsbankleitern einen persönlichen Dienst, aber nicht der Reichsbank, der Währung, der Wissenschaft. Und mit dem Gebrauch des Ausdrucks *Zahlungsmittel* werden gleiche Zwecke verfolgt. Sprechen wir doch deutsch. Überlassen wir der Reichsbank den euphemistischen Ausdruck „Zahlungsmittel“. Was die Reichsbank als „Zahlungsmittel“ bezeichnete, um dem Pöbel ihre Pfuschereien zu verdecken, – das war Geld, ganz gewöhnliches Geld, Tauschmittel. Wenn die Reichsbank sagt, der Krieg habe die Notwendigkeit einer starken Vermehrung der Zahlungsmittel hervorgebracht, so wird sie nicht gleich von jedem durchschaut, sagt sie aber, der Krieg ver-

lange vermehrtes Geld, mehr Tauschmittel für die verminderte Warenproduktion, so weiß gleich jeder, daß es sich um Bauernfängerei handelt. *Helfferich*, der nicht den Mut fand, die Klasse, die ihn gehoben, mit Steuern zu belasten, erfand den vertuschenden Ausdruck „Zahlungsmittel“, um ihn dort zu gebrauchen, wo der wahre Name sofort Bedenken erzeugt hätte.

Diehl schließt: „Man hätte also daraus den richtigen Schluß ziehen müssen, daß, sobald diese aus der Not geschaffenen anormalen Zustände (das Papiergeld) vorüber sind, die Reichsbank wieder zu den strengeren Grundsätzen der Goldwährung zurückkehren sollte.“ – Also: das Papiergeld braucht man in der Zeit der Not, ihm gegenüber braucht man laxe Grundsätze, und wenn die Folgen sich zeigen, so führt man sie nicht auf die laxen Grundsätze zurück, sondern auf den Papierstoff des Geldes! Dann ruft man nach der Goldwährung, mit der zusammen man strengere Grundsätze aus den Tresors hervorholt.

Und in all dieser Weisheit *Diehls* sollen wir nun die wunderbaren Erfolge „durchgebildeter nationalökonomischer Schulung“ bewundern!

„Anstatt dieser (Goldwährung) empfiehlt *Christen* die Beseitigung der Goldwährung und Einführung einer Papierwährung (?), die gerade all die Übel chronisch hervorbringen müßte (?), die während der Kriegs- und Revolutionszeit als notwendiges Übel in Kauf genommen werden mußten.“ Auf dem sinkenden Schiff der Goldwährung ist *Diehl* die letzte Ratte. Er scheint die Ansicht zu haben, Gold allein vermöge die Gewalthaber zur Anwendung strenger Grundsätze zu zwingen, während Papiergeld diesen Zwang nicht ausüben könne. Das ist einfach Fetischismus, und wir verweisen auf *Knapps* „Staatliche Theorie des Geldes“, die, wenn sie auch von Währung nichts enthält, doch wenigstens das nach allen Richtungen hin klarstellt, daß das Geld unter allen Umständen den Machthabern unterworfen ist. Das Geld ist Fabrikat eines staatlichen Monopols, seine Einheit ist als eine Tat zu begreifen. *Diehl* denkt statisch – der Wertgedanke ist ein solcher statischer Gedanke –, darum wird *Diehl* der Begriff der absoluten Währung verschlossen bleiben.

Privatdozent Dr. Paul Gygax, Zürich.

Gygax schwört auf die Sachkenntnis der Bankleute in Währungsfragen. *Gesell* behauptet, der Bankier wäre der einzige Mann im Lande, der in seinem Beruf niemals unmittelbar mit der Währungsfrage in Berührung komme, weil bei ihm sowohl Aktiva wie Passiva aus Geld bestehen, im Unterschied zu allen anderen Wirtschaftlern, bei denen nur die Passiva diese Form haben, während die Aktiva zumeist aus Wirtschaftsgütern bestehen, die den Preisschwankungen unterliegen. Dem Bankier sind alle Preise gleichgültig, sofern er genügend gesichert ist, für den Fall, daß der Schuldner Bankerott macht. Beschäftigt sich darum der Bankier mit der Währungsfrage, die man hier scharf von der Diskonto-Valuta-Arbitrage- und Risikofrage zu scheiden hat, so geschieht es als Dilettant. Wenn somit „die namhaftesten Bankfachleute der Schweiz“ kein Verständnis für die Bestrebungen des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes bekunden und ihre An

sichten im strikten Gegensatz zu den Theorien des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes stehen, so sagt das so weit nichts mehr, als wenn etwa die Pfarrer sich solchen Bestrebungen gegenüber ablehnend verhielten. Berufsmäßig steht der Pfarrer der Währungsfrage sogar noch näher, weil er mehr, als es der Bankier vielleicht tut, die Frage der Gerechtigkeit in den Vordergrund rückt. Es ist nie der Bankier, sondern der Volksmann, der sich mit der Währungsfrage beschäftigt.

Gygax wirft den Freigeldleuten Fanatismus und Intoleranz vor. Mit Unrecht! *Gygax* vergißt, daß die Währungsfrage eine politische Frage ist, namentlich wenn, wie wir Freigeldler es behaupten, die Lösung der Währungsfrage auch zur Lösung der Kapitalzinsfrage und damit zur sozialen Frage überhaupt führt. Zins aber bedeutet Kampf und Streit.

Auf einige Feststellungen will sich *Gygax* beschränken und sagt, das Suchen nach einem Gute von unwandelbarem „äußeren Tauschwert“ sei aussichtslos. Gewiß, so ist es, sofern es sich um ein Naturprodukt handelt und man unter „äußerem Wert“ eine „Eigenschaft“ versteht, die die Besitzer von Waren zwingen oder veranlassen könnte, im Tausche für diesen gesuchten Gegenstand stets die gleiche Menge Waren herzugeben. Nur statisch orientierte Wertgläubige, wie etwa Marxisten und Vertreter der Goldwährung à tout prix [um jeden Preis], werden solchen idealen „Wertstoff“ suchen. Was man aber hier vergebens sucht, das läßt sich vielleicht herstellen. (Die „Freistatt“ bringt 1920 ein Beispiel eines solchen Versuches, das sie der – „Neuen Züricher Zeitung“ entnahm, deren Redakteur *Gygax* ist – S.76.) Was wäre dazu nötig? Doch nur ein Gut, das monopolisiert und derart verwaltet wird, daß das Angebot immer mit der Nachfrage übereinstimmt.

So soll mit dem Freigeld vorgegangen werden. Ein Marktmaß soll erstellt werden, um zu jeder Zeit den währungstechnischen Bedarf an Geld ermitteln zu können, und je nach den Wandlungen dieses Bedarfes soll Geld ausgegeben oder eingezogen werden, so daß an den Einlösungsstellen des Geldes, das sind alle Läden des Landes, jeder für sein Geld immer durch Handeln, Wuchern, Feilschen, Schwindeln das gleiche Quantum Durchschnittsware erstehen kann. (Den Nominalisten gegenüber betonen wir, daß auch unter der absoluten Währung das Geld kein „Maß“ ist, sondern daß man auch hier die Waren durch Feilschen, Schwindeln, Wuchern – kurz *Handeln* – erhandeln muß. Es soll für dieses Handeln durch diese Politik des Währungsamtes eine stets gleiche Marktlage, eine Konjunkturversteinerung geschaffen werden. Gemessen wird hier nur die Konjunktur, die Marktlage.)

Ist das eben genannte Geldbedarfsmaß geschaffen, so ist der Rest subalterne Arbeit. Über die Erstellung dieses „Maßes“ werden wir an anderer Stelle sprechen – bei der Besprechung von *Kellenbergers* Kritik

Gygax meint: „In der Tat sind bei der Preisbildung Faktoren wirksam, die sich nicht bloß vom Standpunkt des Käufers aus definieren lassen.“ Niemand wird hier widersprechen. Aber *Gygax* sagt weiter: „Das Mo-

ment der vermehrten Produktionskosten ziehen die Anhänger der neuen Lehre nicht genügend in Betracht.“ Dieser Satz ist unverständlich, wenn er mehr besagt, als daß die Ursache der erhöhten Preise in den – erhöhten Preisen zu suchen ist, da doch die Produktionskosten sich aus Preisen, nur aus Preisen zusammensetzen. Den gleichen Posten bucht der Verkäufer als Preis verkaufter Kohlen, der Unternehmer als Produktionskosten. Volkswirtschaftlich betrachtet gibt es nur Preise.

„Der in Geld ausgedrückte Tauschwert (auf deutsch: der Preis!) ist örtlich und zeitlich schon in der Vorkriegszeit sehr verschieden gewesen.“ Dieser Satz soll auf Schwierigkeiten hinweisen, auf die die Statistiker bei der Ermittlung des Indexes stoßen. Aber die Statistiker sollen sich nicht durch übertriebene Ansprüche einschüchtern lassen. Sie sollen sagen, um wieviel sich der Index unter Nichtberücksichtigung dieser Schikanen schlimmstenfalls verschieben wird. Es wird nicht 1% ausmachen. Im übrigen wird man den Weizenpreis cif [cost, insurance, freight = Kosten, Versicherung, Fracht] Buenos Aires oder fob [free on board = frei an Bord] Mannheim nicht mit dem Preis frei Bahnhof Seldwyla verwechseln. Und wenn der Kartoffelpreis statistisch verglichen wird, so wird man den Maipreis nicht mit dem Oktoberpreis vergleichen.

Der Standpunkt, den *Gygax* der Goldwährung gegenüber vertritt, ist recht interessant. „Die Beibehaltung der Goldwährung bedeutet das währungspolitische Ergebnis des Krieges.“ Mit dieser Behauptung vergleiche man den Valutakurszettel der Börsen der ganzen Welt. *In Gold wird keine Valuta mehr notiert.* Bei der Bemessung des französischen, italienischen, englischen, deutschen, spanischen Geldes wird das Gold einfach übersprungen.

„Über die Theorien *Liefmanns* ist man zur Tagesordnung übergegangen“ (also zur Papiergeldwirtschaft?). Der Präsident der *London and River Plate Bank* hat es befohlen, daß „Gold auch in Zukunft die Basis der Währung sein und bleiben wird“. Wenn eine solche Persönlichkeit das sagt (man bedenke, der Präsident der Bank so und so!), so müssen wir Schweizer uns selbstverständlich diesem Befehl fügen. Denn die Orokrate steht *über der* Demokratie!?

Und *Gygax* verbeugt sich vor dem Willen des Bankpräsidenten und verlangt die Deflation, d.h. den Einzug der Noten, bis Noten und Gold überall wieder parì umlaufen können. Also Abbau der Preise, Baisse, Krebsgang, Krise, den allgemeinen Bankerott, den Bürgerkrieg [Geschrieben im September 1920.!] Die Deflation, die den Schwindel der Inflation nach der anderen Seite hin fortsetzt, ist der gerade Weg zum Weltbolschewismus. Lenin kennt das Geldwesen und die ihm innewohnenden hemmenden und fördernden Kräfte nicht, sonst würde er sich allein auf die Deflation konzentrieren und die Entwicklung der Dinge abwarten. Die Deflation würde den Marxisten Beweismaterial für die Behauptung geben, die freie Wirtschaft sei eine planlose Wirtschaft und müsse durch die Sozialbürokratie abgelöst werden. Und bei den verzweifelnden Bauern, Unternehmern und den von den Zinsen Lebenden fänden sie am Ende offene Ohren.

Der Schweizer Freiland-Freigeld-Bund hat seit Jahren mit allem Nachdruck gegen die Inflation und dann gegen die geplante Deflation öffentlich protestiert (Flugblätter des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes, „Freistatt“ 1917 – 1920). Die einzige Kritik der Notenpolitik der Nationalbank ging von hier aus. Mit welchem Recht behauptet nun *Gygax*, die Methoden der Freigeldleute wären dazu angetan, Europa noch stärker in die Papiergeldwirtschaft hineinzuführen? *Die, die die jetzige Papiergeldwirtschaft betreiben, sind ja sämtlich überzeugte Anhänger der Goldwährung, Helfferich ist sogar Vorsitzender des Vereins zum Schutze der deutschen Goldwährung!!* Hier sind also nur zwei Annahmen möglich: entweder wissen sie sich als Empiriker nicht zu helfen, oder sie versuchen, das Papiergeld zu sabotieren, um der Goldwährung die Rückkehr zu sichern, bei der die Macht des Geldes besser aufgehoben ist.

Gygax erblickt in den gegenwärtigen Währungsverhältnissen (die also von den Goldwährungsleuten herrühren) eine besondere Schwierigkeit für Reformen. Warum? Aus chaotischem Lehm ist Adam geknetet worden, nicht aus den Trümmern gebrannter Ziegeln. Heute, wo von Grund aus gebaut werden kann und gebaut werden muß, ist die Zeit wie geschaffen für gründliche Arbeit. Was auf nationalem Gebiete zu tun ist, ist in der Forderung „absolute Währung“ scharf abgegrenzt. Ein jedes Land schaffe sich einen Index. Dazu braucht man nur den Friedensindex, bei dem die einzelnen Preise noch in natürlicher Rangordnung stehen, mit einem der Finanzlage angepaßten Inflationskoeffizienten zu versehen (z.B. in der Schweiz $2\frac{1}{2}$, in Deutschland vielleicht 10 usw.). Sobald dieses geschehen, wird sich sehr bald zwischen all den Ländern ein Valutakurs ausbilden, der nur geringe Schwankungen aufweisen kann. Wie man dann diese Schwankungen vollends beseitigen kann, zeigt *Gesell* in seiner Ivanote [*Valuta-Assoziation*, von *Silvio Gesell*. Bern 1920.].

Die absolute Währung sei ein Sprung ins Dunkle, sagt *Gygax*. Er vergißt, daß er selber vom „heutigen Währungschaos“ sprach und folgerichtig sagen mußte: ein Sprung aus dem Chaos – ins Dunkle. Wie hell würde uns dieses „Dunkel“ erscheinen!

Fisher und *Bauer* heben die Schwierigkeiten einer Bestimmung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes hervor und *Gygax* meint dazu, hier läge für die Praxis die Hauptschwierigkeit. Die Bestimmung der Umlaufgeschwindigkeit ist für die Praxis ohne alle Bedeutung, denn die absolute Währung richtet sich nach den Preisen, nicht nach den Faktoren der Preise. Und im übrigen sei hier wiederholt, was *Gesell* zu der Frage sagt: Mit dem Freigeld verwandelt sich U [Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.] in eine Konstante, so daß für das Freigeld nun die Quantitätstheorie in ihrer „naivsten und rohesten“ Formulierung unter allen denkbaren Verhältnissen absolute Gültigkeit gewinnt. Sie gilt hier womöglich noch unbedingter als für die Waren, die Kartoffeln, die Milch, die Erdbeeren – und die Tageszeitungen. Das Freigeld versieht U mit einem Präzisionsregulator, so daß nun U stets der durch die gegebenen Handelseinrichtungen (die als konstant angenommen werden)

ermöglichten Maximalumlaufgeschwindigkeit entsprechen wird. Beim Metallgeld schwankt bekanntlich U zwischen genanntem Maximum und Null. Der goldene Kriegsschatz in Spandau wurde z.B. in 50 Jahren nicht einmal umgesetzt und in Washington lagern seit fast ebenso vielen Jahren Berge von Silber. Im August 1914 fiel in der ganzen Welt U bei der Hauptmasse des Geldes ebenfalls auf Null. Die Willkür der Geldbesitzer, die in bezug auf U herrscht, ist die einzige Ursache, warum heute die rohe Quantitätstheorie auf so viele Widersprüche stößt. Mit dem Freigeld werden alle Änderungen in P entweder von W oder G herrühren, U scheidet als Konstante aus. $G = W$ das ist die Endformel für das Freigeld.

„Die Freigeldleute rechnen viel zu wenig mit den internationalen Verkettungen des Wirtschaftslebens“, sagt *Gygax*. Er vergißt, daß die Valuta als Produkt all dieser Verkettungen betrachtet werden kann und daß, wenn wir die Währungsfrage aufs Korn nehmen, alle Verkettungen mitgetroffen werden. In der Literatur des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes (besonders in der „Denkschrift zur Internationalen Valutafrage“ und in *Gesell*, Internationale Valuta-Assoziation) ist alles gesagt, was in dieser Hinsicht sagenwürdig ist. Sapienti pauca [Alles Wissenswerte in wenigen Worten]. Mit der Einführung des Freigeldes, der absoluten Währung und der Iva werden alle Dinge so durchsichtig, daß jedes weitere Wort als Pleonasmus [Doppelaussage (z.B. weißer Schimmel)] erscheint. In seinem Hauptwerk widmete *Gesell* diesen „Pleonasmen“ zum Überfluß nicht weniger als 70 Seiten. („Natürliche Wirtschaftsordnung“, vierte Auflage, S. 246 – 316). Man bedenke, was es heißt, 70 Seiten den „Schwerhörigen“ zu widmen in dieser Zeit der Papiernot!

Voller Widersprüche sei *Gesells* Zinstheorie! *Gygax* würde sich den heißen Dank Morgans, Rockefellers, aller Börsenfürsten und Rentner der ganzen Welt erwerben, wenn er nur einen einzigen der vielen von ihm entdeckten und verheimlichten Widersprüche ans Licht zöge [Wir haben ihn mehrmals öffentlich dazu aufgefordert, schon 1918. Er schweigt!]. Und auch den Dank des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes, der dadurch ganz bestimmt von seinem „Fanatismus“ und anderen Besessenheiten gründlich kuriert würde. Nur *einen* Widerspruch wird *Gygax* – wenn er in der Zinslehre beschlagen ist – finden, nämlich den, daß *Gesells* Zinstheorie allen anderen Zinstheorien glatt widerspricht.

In dem Umstand, daß das Geld in den Kassen der Wirtschaftenden, der Spekulanten, Wucherer, Sparer nicht immer gleich in Umlauf gesetzt wird, daß das Kriegsministerium in Berlin 50 Jahre lang 120 Millionen Mark in Gold aufgespeichert hielt, erblickt *Gygax* einen Widerspruch mit der Lehre, wonach U von maßgebendem Einfluß auf den Geldbedarf eines Volkes sei. Er hat recht. Wie der oben erwähnte Schatz von 120 Millionen Mark zeigt, ist es nicht U , sondern *Usp.* – Die Umlaufssperre –, die für den Geldbedarf von veränderlichem, für die Geldverwaltung von maßgebendem Einfluß ist. – Wir freuen uns dieser Erkenntnis *Gygax*. Er ist auf dem Wege zu uns.

Zum Schluß seiner Feststellungen sagt *Gygax*, es wäre bezeichnend für die Freigeldleute, daß sie glaubten, man könne den Quotienten eines

Bruches dadurch verkleinern (vergrößern), daß man den Dividenden verkleinert (vergrößert), daß, wenn das Währungsamt den Dividenden willkürlich ändern kann, auch der gewünschte Quotient erreicht wird.

Wenn die Freigeldleute mit solcher Binsenwahrheit in unserer aufgeklärten demokratischen Schweiz „bezeichnet“ werden können, so ist ihnen der Sieg sicher, denn wenn es auch nur Einäugige sind – unter Blinden sind sie König.

Privatdozent Dr. V. Furlan, Basel.

Furlan spricht es frei und eindeutig aus: Ich glaube an die theoretische und praktische Möglichkeit. – Ein mannhaftes Wort in einer kräftestrotzenden Streitsache. Doch meint *Furlan*, die Regelung des Geldumlaufs böte Schwierigkeiten, die die Freigeldlehre zu gering einzuschätzen schiene. Diese Schwierigkeiten sind allerdings vorhanden, *wenn man bei der absoluten Währung vom Freigeld absehen will*. Die Freigeldlehre stellt dies mit großem Nachdruck fest („Natürliche Wirtschaftsordnung“, vierte Auflage, S. 201: Die Emissionsreform).

Wenn die Eingabe des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes zum Nationalbankgesetz seinerzeit von der Forderung des Freigeldes absah, so geschah das nur aus Zweckmäßigkeitgründen. Das Volk denkt nur, soweit es fühlt. Der Schmerz ist der Pionier des Gedankens. Das Volk sieht die Inflation. Mehr nicht. Wenn sich die absolute Währung einmal bewährt hat, so werden auch die Mittel verlangt werden, um diese Einrichtung zu einer dauernden zu machen. Die Schwierigkeiten, auf die das Währungsamt mit der absoluten Währung *ohne* Freigeld in wenig Jahren stoßen wird, werden die organischen Fehler des heutigen, des *babylonischen* Geldes dem Volke wie auf einem Präsentierteller vorführen. Es wird sich zeigen, daß man mit diesem Geld das Ziel nicht erreichen, vernünftige Währungspolitik auf Dauer nicht betreiben kann. Eine Weile, 3 – 4 – 5 Jahre wird es freilich glänzend gehen, mit Volldampf wird die Volkswirtschaft arbeiten. Aber dieser Vollbetrieb wird bald einen Druck auf den Sachkapitalzins ausüben, dem der Geldzins (Urzins) nicht folgt, und diese Diskrepanz wird dahin führen, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nachläßt. Im Laufe der Zeit wächst G (die ausgegebene Geldmenge) ins Schwindelhafte, und P (der Preisstand) entwächst dem Machtbereich des Währungsamtes. Dieser Sachverhalt ist in dem oben erwähnten Abschnitt der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ genau beschrieben. Solange der Urzins nicht beseitigt ist, zerschellt die absolute Währung an den organischen Fehlern des Geldes.

Mit dem Freigeld fallen alle diese Schwierigkeiten weg. Das Freigeld fügt sich organisch in die Reihe aller anderen wirtschaftlichen Automatismen ein. Da U (Umlaufgeschwindigkeit) konstant geworden, erhält auch die ganze Wirtschaft Konstanz. Die geringen, auf elementare Ereignisse zurückzuführenden Änderungen in der Warenmenge, die bei Weltfreihandel so gut wie ganz wegfallen, werden mit ebenso geringen Veränderungen in der Geldmenge glatt ausgeglichen. Selbstverständlich gehören dazu doch noch Mittel. An- und Verkauf von Staatspapieren – solange es solche gibt –

in Börsenauktionen (Wechsel, als Privatkreditpapiere, sind in einer Demokratie, wo jeder Landstreicher dem Staatskredit gegenüber gleichberechtigt ist, grundsätzlich auszuschalten) liefern für solche Regulierungen von G die einfachste Handhabe. Wer es aber vorzieht, die Währung unter der stetigen scharfen Kontrolle des Volkes zu halten (Demokratie!), der wird sich bei der Regulierung von G für Steuer-Zu- und Abschläge aussprechen. Wenn dem Bürger 10% der Steuern erlassen werden, weil es für die Währung nötig ist, so wird ihm solche Tatsache mehr Lehrstoff liefern als ellenlange Zeitungsartikel über die Vorzüge der Goldwährung. Daneben hat die Währungssteuer den Vorzug, daß das Geld gleich dorthin kommt, wo es wirken soll, in die Läden und auf die Märkte des ganzen Landes. Sonst kann man das gleiche Ziel auch durch Einführung, Beseitigung, Erhöhung oder Ermäßigung der Steuern auf Geldsurrogate erreichen. An Mitteln, um Geld in Umlauf zu setzen oder solches einzuziehen, fehlt es nicht. G, U und S (Geldsurrogate) stehen hier zur Auswahl. Und wer in diesen Dingen ein Neuling ist, der frage bei *Pierpont Morgan* an, mit welchen Mitteln die Hochkonjunktur des Jahres 1906/7 gespeist, mit welchen Mitteln er im August 1907 den Krach herbeigeführt hat („Freistatt“ 1920, S. 13). Was ein einziger Börsianer kann – ohne unmittelbaren Zutritt zur Notenpresse –, das wird der Inhaber des Geldmonopols wohl auch können, – und mehr, wenn es verlangt wird.

Hier können also wirklich keine Schwierigkeiten liegen. *Furlan* glaubt an die Möglichkeit noch verborgener Schwierigkeiten. Aber was darf man denn Böses von einer Reform fürchten, die nichts anderes bedeutet, nichts anderes bezweckt, als aus U die Willkür der Börsenspekulanten, der Geldhamster, der Wucherer, der von der Panik Ergriffenen auszuschalten, U, das heute ein Rohr im Winde ist, in eine Konstante zu verwandeln? Welche Nachteile konnte der Erfinder des Dampfregulators von der Einführung dieses Apparates erwarten?

Furlan glaubt, die Freigeldlehre sei zu radikal, um praktisch durchgeführt zu werden. Das ist eine politische Frage, die wir hier nicht erörtern wollen. Wir begnügen uns mit der Bemerkung, daß dem Volke jede Reform gerade radikal genug erscheint, die es von den Übeln unserer Wirtschaftsordnung zu erlösen verspricht.

Dr. E. Kellenberger.

Right or wrong [richtig oder falsch] – „das Freigeld ist eine törichte Erfindung“. *Kellenberger* will das Freigeld einfach nicht und darf nicht sagen, warum. Mit einer ganz erstaunlichen Behauptung leitet *Kellenberger* seine Kritik ein: „Seit Jahrzehnten wird bereits von den Notenbanken das Geldangebot dem schwankenden Bedarf angepaßt, und zwar in der möglichst vollkommenen Weise und ohne auf den Metallbestand Rücksicht zu nehmen.“

Womit stützt *Kellenberger* eine Behauptung, die, wenn sie zutreffend wäre, die Bestrebungen des Schweizer Freiland-Freigeld-Bundes ja ganz überflüssig machen würde? Sehr einfach: er überläßt es jedem, sich unter dem Ausdruck „Nachfrage nach Geld“ vorzustellen, was ihm beliebt – den

Geldbedarf des mit Unterbilanz arbeitenden Unternehmers, des Staates, den Geldbedarf der Kirche, der gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft, der politischen Partei, des Bettlers, den Geldhunger des Börsenspekulanten, des mit einer Hausse rechnenden Kaufmannes. Hat die Nationalbank diesen Geldbedarf wirklich befriedigt? Geldbedarf kann alles Mögliche sein, darum können wir hier *Kellerbergers* Behauptung ebensowenig nachprüfen, wie es heute möglich wäre, auf Grund des Bankgesetzes die Leitung der Nationalbank zur Verantwortung zu ziehen, denn auch der Bankleitung steht es frei, den Ausdruck Geldbedarf und damit *den einzigen Paragraphen des Bankgesetzes, der von grundsätzlicher Bedeutung ist, nach Willkür auszulegen* [Und gerade diesen Paragraphen nahm man unverändert ins revidierte Gesetz hinüber!]. Ihr ist die Aufgabe gestellt worden, den „Geldbedarf“ zu befriedigen. Man hätte ihr ebensogut die *salus publica*, das Wohl des Klassenstaates, zum Maß der Notenausgabe geben können.

Die Freigeldlehre gibt diesem für die Währungspolitik grundlegenden Ausdruck einen scharfkantig abgesetzten Inhalt. Angebot von Waren = Nachfrage nach Tauschmitteln, nach Geld. Die Nachfrage nach Geld kann man also nur mit dem Angebot von Waren messen. Ob die Nachfrage befriedigt ist oder nicht, läßt sich nur am Stand der Preise messen. So sagt *Gesell* schon seit 30 Jahren.

Es ist nun sicher, daß *Kellenberger* unter Bedarf an Geld nicht diese eben gezeichnete Nachfrage bei seiner Behauptung im Sinne hatte, sondern etwas anderes, etwas Vieldeutiges und Willkürliches, Breiartiges; denn an den Preisen gemessen, wird man nicht behaupten können, daß seit Jahrzehnten die Notenbanken die Nachfrage nach Geld mit möglichster Vollkommenheit gedeckt haben. Wir sprechen hier nicht von der Zeit des Greuels. Wir denken hier nur an den Krach in Wien, an die lange chronische Krise, die der Ausbreitung der Goldwährung folgte, an die ebenso lange andauernde Hochkonjunktur, die mit der Entdeckung der Goldfelder Afrikas einsetzte, an die jähe Unterbrechung dieser Hochkonjunktur durch Morgans Krach an der New Yorker Börse 1907, überhaupt an die zahlreichen Paniken, Krisen. Die Not der Landwirtschaft und Industrie, die in Deutschland, Frankreich, Nordamerika durch den Rückgang der Preise bedingt war, *wurde auch nicht durch die Notenbanken*, sondern durch *Zölle* bekämpft. Jener andauernde Rückgang im Index hat die Notenbanken nicht beunruhigt.

Auch die „gut geleiteten Notenbanken“ (welche sind das?) haben niemals die Warenpreise bei der Notenausgabe berücksichtigt, sie haben niemals ihre Goldbestände aus dem Auge gelassen. Keine von diesen Banken tat es – weder in der Vergangenheit noch heute. *Wonach richteten sie sich also? Morgan hat uns 1907 ganz offen gezeigt, wie man die Notenbanken in den Dienst der Börsenspekulation einspannt.* Und wir nehmen an, daß die Nationalbank nur darum nicht darauf dringt, sich den Begriff „Nachfrage nach Geld“ währungstechnisch und gesetzlich auslegen zu lassen, weil sie ihren Einfluß auf die Börse be-

halten will. Sie will mit Blankovollmacht unverantwortlich das wichtigste Amt der Eidgenossenschaft führen.

Kellenberger tischt uns hier typische Goldwährungsliteratur auf, jetzt, in diesen schweren Zeiten! Schluß mit dieser systematisch betriebenen Volksverhetzung! Wenn *Kellenberger* sagt: „Es ist unmöglich, einen genauen Maßstab für Preisverschiebungen zu finden“, daß aber die Notenbanken in der möglichst vollkommenen Weise den Geldbedarf befriedigen, so bin ich sicher, daß die Börsenkönige ihm verständnisvoll zunicken, Leute, die, wie Helfferich, die Stirn haben zu schreiben: „Den Wert des Goldes kann man nicht messen, aber das Gold genügt in hervorragender Weise allen Ansprüchen, die man an ein wertbeständiges Geld stellen kann!“ (*Helfferich*, Die Währungsfrage).

Solche Sätze gehören in den Handelsteil der Zeitungen, die die öffentliche Meinung für die Börsenraubzüge vorbereiten – nicht aber zur Kritik der absoluten Währung im 56. Jahrgang der Zeitschrift für schweizerische Statistik.

Kellenbergers Unterscheidung zwischen Geldbedarf innerhalb eines Jahres und Geldbedarf innerhalb Jahrzehnten ist völlig unverständlich, es sei denn, daß er damit andeuten will, die Unvollkommenheiten der vollkommenen Befriedigung des Geldbedarfes häuften sich mit den Jahren zu Beträgen, die die Notenbanken zwingen, alle zehn Jahre einmal einen Blick nach der Golddecke zu werfen! In Wirklichkeit kennen die Notenbanken nur eine einzige Sorge, das ist die Metalldeckung ihrer Noten. Solange das Gold da ist, ist für sie alles in Ordnung.

Kellenberger stützt seine Ablehnung der absoluten Währung im wesentlichen mit der Behauptung: „Es ist unmöglich, einen genauen Maßstab der Geldveränderungen zu finden.“

Hier handelt es sich wieder um Goldwährungsliteratur. Denn was heißt in dieser für das tägliche Leben und nicht für die Astronomie gestellten Forderung das Wort „genau“? *Kellenberger* nörgelt, er *will* nicht. Sonst hätte er sagen müssen: „Es ist unmöglich, etwas Besseres zu finden, als was uns die Goldwährung bietet.“ Das darf er aber nicht sagen, um die Aufmerksamkeit nicht auf die gewaltigen Schwankungen zu lenken, die sich unter der Herrschaft der Goldwährung vollzogen haben. Ist es nachweisbar, daß man in der *Schweiz* heute nicht mehr mit derselben Geldsumme die gleiche Lebenshaltung bestreiten kann wie vor 10 – 20 – 50 Jahren, so genügt uns das für unsere Behauptung, daß wir etwas Besseres schaffen können. Ob es uns gelingt, das „genaue“ Maß zu finden und die damit nachweisbaren Schwankungen „absolut“ zu beseitigen, das kommt erst in zweiter Linie in Betracht. Wir wollen etwas Besseres als die Währung, die mit dem Golde auf Leben und Tod verknüpft ist. Wenn es uns gelänge, Währungszustände zu schaffen, die auch nur etwas besser wären als die heutigen, so müßten sich die Verteidiger der heutigen Notenbankpolitik ins Mauselloch verkriechen. Wer es unbestritten läßt, daß die Preise in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege 10 – 20 – 30% gestiegen sind, daß seit dem Kriege diese Preise weiter um 50 – 80 – 100% und mehr stiegen, der hat

wahrhaftig kein Recht, einem Reformvorschlag den Vorwurf zu machen, daß mit ihm unmeßbare, nicht nachweisbare kleine Preisdifferenzen doch noch möglich seien. Das nennt man nörgeln, nicht kritisieren.

Und im übrigen sei folgendes nochmals festgestellt: Man stelle dem Direktor des statistischen Amtes die Aufgabe, dem Währungsamte täglich nach Schluß der Börse den Tagesindex auf den Tisch zu legen. Kann er es nicht, so pensioniere man ihn und setze einen anderen ein, der leistet, was zu leisten ist. Wenn der Besitzer eines Warenhauses Interesse daran hätte, täglich den Index seines aus 500 000 verschiedenen Waren sich zusammensetzenden Lagers zu sehen, so würde ihm der Buchhalter denselben auch täglich überreichen. Hier handelt es sich einfach um eine Geldausgabe. Anstelle des einfachen *Goldstandards* wollen wir den *Multiplestandard*, bei dem die Zufälligkeiten, die in der Goldindustrie eine besonders große Rolle spielen, so gut wie ganz ausgeschaltet werden. Vorsichtige Kapitalisten verteilen ihr Kapital auf verschiedene Aktien, sehr vorsichtige auf sehr viele. Und wenn wir einen Multiplestandard neben dem Goldstandard einführen, so würden ganz gewiß alle vorsichtigen Kapitalisten, namentlich die Vormünder, ihre Sache dem Multiplestandard anvertrauen und nur *Vabanquespieler* würden noch Vermögensteile dem Goldstandard anvertrauen.

Der *Freiland-Freigeld-Bund* macht mehrere Vorschläge, die alle brauchbar sind und sogar ein im Sinne des Pariser Normalmetermaßes „genaues“ Resultat liefern würden.

Gesells Vorschlag, wonach die Kaufleute jährlich den Index ihres Warenlagers gleichzeitig bei der Inventur auszurechnen und diesen dem statistischen Büro des Währungsamtes zu liefern haben, genügt, was die Genauigkeit und Unparteilichkeit anbetrifft, doch schon den rechthaberischsten Forderungen. Wenn dieser Index, der alle Waren des Landes umfaßt, den wirklichen Kostenpreis und den Marktpreis berücksichtigt, alle Waren nach ihrer Bedeutung klassifiziert, den Verteidigern der Goldwährung nicht genügt, so sagen sie einfach, daß ihnen „nachweisbare“ Preisstürze von 5 – 10 – 50% lieber sind als unmeßbare, nicht nachweisbare Indexänderungen. Neben dieser jährlichen Generalprobe wird der tägliche Index der Hauptstapelwaren geführt. Je vollkommener dieser zweite Index ist, um so mehr muß er sich ersterem nähern. Es ist ganz zweifellos, daß, wenn der Index der Hauptstapelwaren festbleibt, auch die übrigen Preise festbleiben. Die einzelnen Waren stehen ja alle in einer von den Produktionskosten beherrschten Rangordnung, aus der sie nur vorübergehend durch besondere Marktverhältnisse gerissen werden und in die sie selbsttätig immer wieder zurückfallen.

Kellenberger meint, daß die Indexausrechnung eine zeitraubende Sache sei. Er mag sich darüber beruhigen. Wir kennen einen ausgedienten Bürokraten, der sich verpflichten will, dem Direktor des Währungsamtes täglich fünf Minuten nach Schluß der *Schweizer* Börsen den Index von 200 – 500, auch 1000 Stapelartikeln auf den Tisch zu legen. Sind einmal die Koeffizienten ausgerechnet, mit denen die Preise der einzelnen Waren

zu beschweren sind, so ist der Rest Sache der Rechenmaschine. Diese Koeffizienten alle Jahre einmal auszurechnen, ist aber auch wieder eine einfache Sache. Die Statistik liefert uns dafür daß nötige Material. Wir wissen, wieviel Liter Milch jährlich die Kühe auf den Markt werfen, wieviel Kohle, Baumwolle, Eisen, Kupfer, Wolle eingeführt wird. Die Koeffizienten sind also da. Und dafür, daß hier alle Sonderinteressen ausgeschaltet werden, sorgt die öffentliche Kontrolle durch die Handelskammern, die Gewerkschaften und den Bauernstand. Halten es die Gläubiger und Schuldner für nötig, so mögen sie sich verbinden und auch einen Abgeordneten in diese Kontrollkommission schicken.

In schroffem Widerspruch mit dem, was *Kellenberger* sagt, behauptet also der Schweizer Freigeld-Freiland-Bund, daß es nicht nur möglich, sondern eine leichte Sache ist, einen genauen Index (genau im Sinne der Praxis, des Lebens) zu schaffen, daß man diesen Index nicht post festum [hinterher, zu spät], sondern täglich aufstellen und für die ehrliche Führung der Währung den nötigen zuverlässigen Kontrollapparat schaffen kann. Wer dies bezweifelt, der zweifelt nicht nur am Staate, sondern auch an den freien Organisationen – er zweifelt an der Menschheit und mag sich dann zu den Pessimisten ins Grab legen.

Kellenberger sagt nun, daß man den Index auch darum nicht als Maß der Notenausgabe benutzen kann, weil Noteneinzug und Notenausgabe erst nach Monaten zu wirken beginnen und man nicht wisse, wie die Preise sich in dieser Zeit ohne das Zutun des Noteninstitutes entwickeln würden, so daß unter Umständen die Maßnahmen der Notenbanken der Absicht entgegenwirken könnten.

Nehmen wir *Kellenbergers* und *Nicholsons* Behauptung als erwiesen an, was müssen wir aus ihr folgern? Zunächst wenigstens, daß die Notenausgabe oder der Noteneinzug nicht an der wirksamen Stelle erfolgt. Wenn wir Geld auf dem Dahrlehensmarkt ausgeben, so mag wirklich oft Zeit verstreichen, ehe dieses Geld den Warenmarkt erreicht und das Preisgebäude beeinflusst. Würde man dagegen solches Geld unmittelbar den Taschen der Konsumenten zuführen oder entnehmen, so würde sich das auch unmittelbar bei den Preisen zeigen. Darum schlägt auch der Schweizer Freiland-Freigeld-Bund vor, die allgemeinen Steuern für die Zwecke der Preispolitik zu benutzen. Wenn den Steuerzahlern ein Abstrich gemacht wird, so ist es ganz unzweifelhaft, daß auch sofort Waren im Betrage dieses Abstriches mehr als sonst gekauft werden.

Nehmen wir aber an, *Kellenberger* sähe hier keinen wesentlichen Unterschied und er bliebe bei der Behauptung, daß das von der Notenbank ausgegebene Geld (das heutige Geld) Zeit brauche, es brauche sogar drei Monate, um eine Wirkung auszuüben, so ändert sich für die Währungspolitik dadurch nur insofern etwas, als dann solche Inkubationszeit mit berücksichtigt werden muß. Ist z.B. der Notenumlauf vermehrt worden, um eine Preissenkung zu bekämpfen, und zeigt sich das nach Ablauf der errechneten Inkubationszeit, so wird man nicht, wie *Kellenberger* anzunehmen scheint, den Notenumlauf sofort wieder vermindern, sondern

man wird in dieser Erscheinung gerade das sehen, was man erzielen wollte.

Immerhin, wir geben zu, daß hier eine Schwierigkeit liegt, die zu den zahllosen Schwierigkeiten tritt, die das herkömmliche Geld einer vernünftigen Währungspolitik bereitet. Darum fordert ja auch der Schweizer Freiland-Freigeld-Bund den Ersatz dieses herkömmlichen, ebenso uralten wie barbarischen Geldes durch *Freigeld*, für das *Kellenbergers* Einwand nicht mehr zutrifft. Die zum Marktsturm angesetzten Freigeldfrankenbataillone durchbrechen die Stellung immer *sofort*, auf Kommando. Nur der, der unmittelbare Ware will, kann Freigeld gebrauchen. *Dieses Geld ist also immer nur in Händen der Käufer. Es ist die verkörperte meßbare Nachfrage.* Die Nicholsonsche dreimonatige Inkubationszeit schrumpft beim Freigeld auf 24 Stunden zusammen. Wie der Donner auf den Blitz, so folgt beim Freigeld die Wirkung auf die Tat. Die Schwierigkeiten, die *Kellenberger* hier sieht, richten sich also nicht gegen das vorgeschlagene Neue, sondern gegen das Alte, das er verteidigt. Sie gehören zu den Dingen, die man sonst in der Goldwährungsliteratur verschweigt.

Allerdings, *Kellenberger* zieht auch schon aktive Währungspolitik im Sinne der absoluten Währung in den Kreis seiner Betrachtungen. Er meint, man könne, „wenn ein plötzlich auftauchender riesiger Hortungsbedarf Befriedigung heischt“, der Notenpresse die Aufgabe zuweisen, diesen „Geldbedarf“ zu decken.

Wie ist das zu verstehen? Eben noch sagt *Kellenberger*, daß das dem Verkehr entzogenen Geld erst nach drei Monaten wirkt; hier wird von plötzlich auftauchendem Hortungsbedarf gesprochen, für den es nach seiner eigenen Aussage kein „genaues“ Maß geben soll und den er plötzlich und derart decken will, daß seine Behauptung, die Notenbanken befriedigten immer schon den Geldbedarf in der möglichst vollkommenen Weise, eine neue Bestätigung erhalte. Kann man mehr und klaffendere Widersprüche in einem Satze häufen?

Die Freigeldlehre sagt zu diesem „riesigen Hortungsbedarf“, der plötzlich auftritt und „Befriedigung heischt“, folgendes: die Hortung des Geldes entstammt der Furcht vor den Folgen der Hortung. Weil man glaubt, daß alle auf den schlaunen Gedanken kommen werden, das Tauschmittel zu horten, d.h. daß der Kreislauf des Geldes unterbrochen wird und daß darum nicht mehr auf regelmäßige Geldeinnahmen zu rechnen ist, sucht jeder Rettung auf eigene Faust. Jeder tut das, was alle nur zu lassen brauchen, wenn sie die Ordnung sichern wollen. Mit der Einführung des Freigeldes weiß ein jeder, daß niemand Geld horten kann, daß der Kreislauf des Geldes unter allen denkbaren Umständen geschlossen bleibt – und daß infolgedessen niemand noch Geld zu horten braucht.

Das Freigeld befriedigt den Hortungsbedarf nicht – sondern beseitigt ihn. Wie es keine Warenhortung gibt (man denke an eine Zeitungshortung, an eine Milch-, Fleisch-, Kartoffelhortung), so soll auch niemand Geld horten können.

„Eine Indexpolitik auf eigene Faust müßte die Schweiz mit stark schwankenden Wechselkursen erkaufen. Die schlechten Erfahrungen, die wir gegenwärtig mit unseren Devisen machen müssen, ermutigen nicht zu einem solchen selbstherrlichen Vorgehen in der Zukunft.“

Wie wehen doch die Lüfte so schwül! Die Schweiz klammert sich an die Goldwährung, als ob sie der einzige Anker wäre, der noch Grund faßt, und macht damit schlimme Erfahrungen mit den Devisen, – ratet man ihr, die Goldwährung auf den Kehricht zu werfen, da heißt es: ja, da müßten wir die Wohltaten einer Indexwährung mit stark schwankenden Wechselkursen erkaufen!?! –

Wenn ein Land, so groß oder klein es auch ist, die Indexwährung einführt, so tut es alles, was es vernünftigerweise auf einseitigem nationalen Gebiete tun kann, um die Devisenkurse vor Schwankungen zu bewahren. Zwar, es könnte im Interesse der Devisenkurse die Puschereien, die einer der 100 anderen Staaten betreibt, affenartig kopieren. Das würde genügen, um mit diesem *einen* Lande in einem festen Valutaverhältnis zu bleiben. Die Schweiz könnte z.B. heute ihre Währung auf deutsche oder ungarische, slowakische, französische, italienische Währung einstellen, denn zwischen Staaten, die die gleichen Puschereien betreiben, ist die Valuta unverrückbar fest, so fest, wie wenn sie beide die Goldwährung hätten. Wenn wir feste Devisenkurse wünschen, so müssen wir sie mit allen Staaten gleichzeitig wünschen – und wie wäre solches anders zu erreichen, als indem alle diese Staaten ihre nationale Währungspolitik auf einen festen Index einstellen.

Die Schweiz, „die mit ihrer Devisenpolitik so schlimme Erfahrungen machen muß“, braucht nur voranzugehen, die anderen Staaten werden diesem Trommler bald folgen. Gehen wir ruhig unseren Weg. Tun wir das an sich Richtige. Sorgen wir für eine geeignete Inlandwährung, und bald werden alle Affen neugierig werden und dasselbe tun. Dann haben wir die Lösung der *Kellenberger* unlösbar scheinenden Aufgabe – die Verbindung eines festen Index mit festen Devisenkursen.

„Eine richtig geleitete Goldwährung,“ sagt *Kellenberger*, „zeichnet sich aus durch denkbar stabile Wechselkurse und ziemlich unbedeutende allgemeine Preisschwankungen.“

Die Goldwährung ist eine internationale Währung – und eine Leitung dieser Währung läßt sich nur als von einer internationalen Zentraleitung ausgehend vorstellen. *Wo ist diese Zentraleitung?* Ist sie in der Wallstreet, in London, Paris, Berlin, Bern? Wo? Und wo sind die Satzungen dieser Leitung? Wo die demokratische Kontrolle? Da eine einseitige Goldwährung mit denkbar größten Wechselkursschwankungen zu rechnen hat (vide [siehe] den schweizerischen Valutakurszettel), so muß Dr. *Kellenberger*, als er von der richtig geleiteten Goldwährung und den stabilen Wechselkursen sprach, bestimmt an eine internationale Leitung gedacht haben, die irgendwo im Verborgenen handelt und amtiert. Wenn das nicht der Fall ist, so ist *Kellenbergers* Behauptung wie alle vorangehenden zu bewerten: Goldwährungsliteratur, Tintenfischpolitik.

Und von dieser unsichtbar geleiteten internationalen Goldwährung sagt *Kellenberger*, daß sie sich durch ziemlich unbedeutende Preisschwankungen auszeichne, nachdem *er selbst* kurz zuvor der Indexwährung vorwarf, *daß es kein Maß für solche Preisschwankungen gebe*. Wie hat also Dr. *Kellenberger* die Tatsachen zu seiner Behauptung festgestellt? Wo hat er das Maß, um die Preisschwankungen so „genau“ zu messen, daß er sagen darf, sie seien „ziemlich unbedeutend“? – Dürfen wir hier vielleicht über *Kellenbergers* Kritik zur Tagesordnung übergehen?

Prof. Dr. Liefmann.

Vor dem Kriege suchte man das Volk vor der Beruhung mit den Freigeldleuten dadurch zu huten, daß man ihm sagte: Wartet auf das Urteil unserer Sachverständigen. Namen nannte man nicht, aber das Volk glaubte an das Dasein von Männern, die die Währungsfrage wissenschaftlich ergründen; glaubte an Autoritäten, an weltbekannte Fachleute und – wartete geduldig. – Es wartete umsonst. Die alten Wahrungsforscher waren tot, ohne Nachwuchs zu hinterlassen. So blieb damals die Freigeldlehre unkritisiert, weil es keine Kritiker gab. Trotzdem hatten es die Freigeldleute schwer, Gläubige für ihre Behauptung zu finden, daß die Währungsfrage ein vollkommen vernachlässigtes Gebiet der Wissenschaft sei. Man wollte es nicht glauben, daß eine so wichtige, so dunkle Angelegenheit, wo dem Forscher noch so viele Lorbeeren winkten, so ganz und gar von der Wissenschaft als Aschenbrödel behandelt werde.

Doch der Krieg brachte auch diese Wahrheit ans Licht der Sonne. Wo blieben die Autoritäten, die Fachleute, als allenthalben die Notenbanken ihre Pfuschereien in Szene setzten und so dem Staat auf seinen Lebensnerv griffen? Niemand zeigte sich. Volkswirtschaftler von Ruf haben sich an der Kritik der Währungspolitik nirgends beteiligt. Vor der neuen Lage, die durch den Zusammenbruch der Goldwährung geschaffen war, waren und sind sie alle offenbar ganz ratlos. Sie waren ja alle unbedingte Anhänger der Goldwährung.

Das Machwerk *Helfferichs* „Das Geld“ hat die Theorie des Geldes in keinem Punkte geklärt. *Knapps* viel zitiertes Buch kann trotz seines Titels kaum zur Wahrungsliteratur gerechnet werden. Enthält es doch nur Material zur Stütze des Satzchens, daß die Proklamationen des Staates die einzige Rechtsgrundlage des Geldes bilden. Und dieser Satz, so wertvoll er auch für die Kritik der Goldwährung ist, ist für die eigentliche Währungsfrage wertlos, solange nicht auch zugleich die Frage beantwortet wird, nach welchen Gesichtspunkten die Proklamationen sich richten sollen.

Moll, Dalberg, Heyn [Kürzlich gestorben.], *Bendixen* [Kürzlich gestorben.], *Meyer, Cohn, Liefmann* – das sind die wenigen, die die Währungsfrage seit dem Kriege umfassender behandelt haben. Die ersten drei kurieren an der Goldwährung herum; *Bendixen* strandete an den Klippen eines von ihm geschaffenen ungeheuren Papiergeldmeeres. Eine Theorie des Papiergeldes liefern die übrigen nicht – *Liefmann* auch nicht.

Aber *Liefmann* getraut sich die Fähigkeit zu, die absolute Währung und das Freigeld zu kritisieren, æ allerdings, ohne sie zu kennen, æ also einfach nach dem Inhalt des Namens, aus dem hohlen Bauch. Von *Gesells* Schriften, aus denen er sich hätte informieren können, kennt er nur ein Heftchen, das von dem Monopol der schweizerischen Nationalbank handelt, worin das Wort Freigeld nicht einmal erwähnt ist. Auch *Gesells* Zinstheorie beurteilt er abfällig, ohne die Möglichkeit zu haben, aus den Schriften, die er zitiert, etwas von dieser Zinstheorie zu erfahren.

Die Quantitätstheorie ist für sich allein noch keine Geldtheorie. Sie sucht eine Erklärung für das Verhältnis, in welchem Waren gegen Geld ausgetauscht werden, aber sie erklärt noch nicht, warum man überhaupt für Papiergeld mehr Ware erhält als für das gleiche Gewicht Geldpapier. Ohne eine stichhaltige Erklärung hierfür wird die Theorie des Papiergeldes, auch die am besten ausgearbeitete Quantitätstheorie, immer in der Luft hängen.

Liefmann formuliert die Quantitätstheorie wie folgt: „Wenn die Geldmenge stark vermehrt wird, steigen viele Preise, und wird sie sehr stark vermehrt, steigen mehr oder weniger alle Preise. Alles, was über diese Formulierung hinausgeht, ist absolut falsch!“ By God – dies ist tiefe Weisheit. Wahrhaftig, wenn die Geldmenge „genügend“ vermehrt wird, um alle Preise hochzutreiben – dann steigen alle Preise!

Dies ist aber die Quantitätstheorie in ihrer „rohesten“, „naivsten“ Formulierung. Die Einschränkung, daß die Preise bei Vermehrung des Geldes nicht gleichzeitig auf der ganzen Linie steigen, ist von untergeordneter Bedeutung und damit zu erklären, daß die Klasse der Gläubiger, die durch die Preissteigerung geschädigt wird, meistens andere Bedürfnisse hat als die der begünstigten Schuldner. Solcher sekundären Erscheinungen gibt es aber eine ganze Reihe und es ist nicht einzu-sehen, warum gerade diese eine in der Formulierung der Quantitätstheorie Platz finden soll. Die Quantitätstheorie hält sich nicht an einzelne Preise. Für die absolute Währung ist *Liefmanns* Einschränkung auch darum noch besonders überflüssig, weil durch sie die Preissteigerungen ja vermieden werden sollen.

In der *Fisherschen* Formulierung der Quantitätstheorie scheint allerdings, wie *Liefmann* zu zeigen versucht, der Motor zu fehlen, der die in Gleichung gesetzten Massen nun auch in Bewegung setzt. Insofern hätte *Liefmann* recht, hier von einer statischen Betrachtungsweise zu sprechen. Bei Dr. *Christen* ist dieser Einwand jedoch unangebracht, weil *Christen* sich auf *Gesell* bezieht, der die hier gesuchte bewegende Kraft im Warencharakter des Geldes lokalisiert hat.

Die Nutzlosigkeit der Produkte der Arbeitsteilung in den Händen der Verfertiger und der Händler ist es, die zur Tauschhandlung zwingt.

Gesells Theorie des Papiergeldes stützt sich von A bis Z auf diese merkamotorische Kraft. Und *Liefmann* sagt lustig, das *Gesell* und *Christen* vom dynamischen Problem keine Ahnung haben. Wenn *Christen* von *Gesells* Theorie sagt, daß sie die einzige rein dynamische sei, so sagt

er vielleicht zu viel. Er hätte sagen sollen, sie ist chronologisch die erste, die das Geld rein dynamisch erfaßt hat; sie ist die einzige geblieben, die alle Vorgänge des Tausches restlos deckt. Wieviel falsche Theorien noch umlaufen, ist gleichgültig.

Liefmann rügt auch den Ausspruch *Christens*, daß mit Ausnahme von *Gesells Theorie* restlos alle anderen Theorien in statischen Argumenten stecken bleiben, wahrscheinlich, weil er sich dabei auch getroffen fühlt. Vielleicht finden wir im weiteren Verlauf dieser Behandlung der *Liefmannschen* Kritik das Material zum Beweise von *Christens* Behauptung.

„Die Vertreter der absoluten Währung haben sich gar nicht mit der Preislehre beschäftigt.“ Wer sind diese Vertreter? *Liefmann* nennt *Knapp* und *Bendixen*, wobei er in seiner nachlässigen Ausdrucksweise es zweifelhaft läßt, ob er *Knapp* zu den Vertretern der absoluten Währung oder zu den Geldpolitikern rechnet! *Knapp* – Geldpolitiker!? *Knapp* Vertreter der absoluten Währung? *Knapp*, der in seinem Buche das Wort Preis nicht einmal braucht!

Christen beruft sich auf *Gesell*, und dieser hat seine Theorie des Geldes unter ausdrücklicher Verwerfung der Wertlehre restlos auf die Theorie der Preise aufgebaut! Unter Wert einer Ware versteht *Gesell* weiter nichts als eine Schätzung, nämlich den Preis, den man unter Berücksichtigung der ständig wechselnden Konjunktur für eine bestimmte Ware durch Handeln und Feilschen zu *erlangen hofft*. In der Inventur steht der Wert der Ware, in den Rechnungen der Preis.

Wenn *Christen* vom Geld als einem Maß spricht, so tut er das als Vertreter der absoluten Währung mit vollem Recht. Wenn das Geld durch eine fortlaufende, zielbewußte Handlung zu einer konstanten Größe wird, so hat man während der Dauer dieser Handlung das Recht, von einem Maße zu reden – ebenso wie wir das Recht haben, einen Meterstock so lange ein Maß zu nennen, wie wir durch eine konstante Überwachung dafür sorgen, daß der Stock nicht in seiner Länge beschädigt wird. Wie es statische Größeneinheiten gibt (Meter, Kilo), so gibt es auch dynamische (Kilowatt, Franken absoluter Währung). In diesem Sinne kann man dann auch von „Kaufkraft“ reden – wenngleich solcher Ausdruck leicht zu der irrigen Auffassung führen kann, diese Kaufkraft sei eine den Naturkräften verwandte, daher unzerstörbare Kraft.

Was sonst noch von *Liefmann* über Kaufkraft, Kosteneinheit, abstrakter Rechnungseinheit, Bewertung dieser Einheit (die bei *Liefmann* sonderbarerweise bei jedem Menschen verschieden ausfällt, so daß diese *Liefmannsche* Einheit doch eigentlich als Vielheit anzusehen ist) gesagt wird, gehört zu den Wahngebilden der Wertlehre, wenn sie auch wohl schon als Fluchtversuche aus dem Bannkreis dieses Wahnes zu betrachten sind. *Liefmann* ist mit *Bendixen*, *Dahlberg* und all den jungen Autoren, die in letzter Zeit, durch das Fehlen jeder kritischen Überwachung übermütig geworden, sich auf das Eis der Währungsfrage wagten, Vertreter der Theorie, die aus dem Tauschmittel der Waren „eine bloße Rechnungseinheit“

macht. Wo waren denn die Wächter der Wissenschaft, als dieser Unsinn auf-tauchte und sich breiter und breiter machte? Die Vertreter der Freigeldlehre trifft hier kein Vorwurf, ihnen, als gefürchteten Feinden des Zinses, ist die Presse, sogar die sozialdemokratische Presse (!) verschlossen. Daß im kriegführenden Deutschland solche Theorien als Kriegsliteratur zur Vertuschung der von der Reichsbank betriebenen Puschereien aufkommen konnte, läßt sich verstehen. Im Kriege blüht eben der Schwindel. Aber hier in der Schweiz hätte man diesen Kriegstheorien sofort mit aller Kraft entgegentreten sollen. Aber es war wohl auch in der demokratischen Schweiz niemand da, der es wagte, einen zur Stütze der Goldwährung erfundenen Schwindel öffentlich zu entlarven. Denn auch in der Demokratie gehört Mut zum Wahrheitsbekenntnis, wenn es sich um das Kapital handelt.

Liefmann sagt: „Die Vertreter der absoluten Währung verkennen das Wesen des Geldes *als bloße Rechnungseinheit*.“ Fürwahr, das tun sie. Ihnen ist das Geld, einerlei ob Metallgeld oder Papiergeld, eine Ware, deren Preis von Fall zu Fall durch Nachfrage und Angebot auf dem Wege des Handelns und Feilschens, des Wuchers und der Spekulation haarscharf festgesetzt wird, wobei durch die Machtmittel des staatlichen Geldmonopols und mit Hilfe der auf die absolute Währung gerichteten Währungspolitik die Marktlage für den Durchschnitt der Waren fortlaufend so vorbereitet werden soll, daß die Nachfrage nach Waren (Angebot von Geld) mit dem Angebot von Waren dauernd im Gleichgewicht stehen muß, was im unveränderlichen Index seinen Ausdruck findet.

Im denkbar schroffsten Widerspruch mit der *Liefmannschen* Theorie von der „bloßen Rechnungseinheit“ sagt die Freigeldlehre: Das Geld ist wie jede andere Ware ein *Streitobjekt* und es bleibt Streitobjekt, ob es sich um bares Geld oder Geldforderungen handelt. Bei jedem Tausch entbrennt der Streit von neuem. Fluchend gehen die Parteien auseinander, einerlei ob der Handel zustande kam oder sich zerschlug. Beide Parteien halten sich stets für übervorteilt. *Das kommt eben daher, weil die Waren und darunter das Geld keine kommensurablen [vergleichbaren] Größen sind, weil ein von 1000 ständig wechselnden Faktoren bespritzter Vertrag das zu verrichten hat, was uns das Wort Rechnungseinheit als Produkt einfachen Messens vorgaukeln will.* Das Wiegen, Messen ist nicht Gegenstand des Handels. Es folgt dem Vertragsabschluß als Nebenerscheinung. Hier liegt das Eisenstück, dort der Speck, und die Zunge der Waage spricht das Urteil. Sinnfällig, wahr ist alles, was diese Zunge redet. Gepäckschein! Anweisung zum Bezuge von Waren nennt *Bendixen* das Geld. Hat man denn je gesehen, daß man am Schalter der Gepäckhallen mit dem Gepäckschein spekulierte und feilschte? *Benedixen*, Direktor einer Hypothekenbank, wo nur vom Zins, nie von den Preisen die Rede ist, wo sowohl Aktiva wie Passiva aus Geldsummen bestehen, wo der Zins wohl auch oft von Dienstleuten im Auftrage Dritter abgeholt oder hingetragen wird – wie auch *Liefmann* selbst, Staatsangestellter, dessen Gehalt von oben herab bemessen wird und dessen Kaufkraft von der Größe dieses Gehalts fest umrahmt wird –

da können oberflächliche Geister leicht auf den Gedanken kommen, das Geld sei wirklich eine bloße Rechnungseinheit, ein Gepäckschein, eine Garderobemarke! Aber *Liefmann* und *Bendixen* müssen, wenn ihre Wiegen nicht gar zu weit von der Börse oder dem Marktplatze standen, bestimmt auch schon das Geld in seiner wahren Domäne kennen gelernt haben. Oder wäre diesen beiden „Geldtheoretikern“ der ohrenbetäubende Lärm der Börse, das Geschrei des Pferdehändlers, die Reklame des Warenhauses niemals ans Ohr geflogen? Wie aber bewährt sich hier der Dienstmann, den *Liefmann* etwa mit dem Gepäckschein zum Bahnhof schickt und ihm den Auftrag gibt, im Vorbeigehen auf der Börse per *ultimo* [am Monatsletzen] Spiritus zu kaufen? Denkt *Bendixen* sich den Handel wirklich als Gepäckträgerarbeit? Auf bloße Rechnungseinheiten und Garderobemarken haben Konjunkturen keinen Einfluß; auf sie angewendet, wird das Gesetz von Angebot und Nachfrage zu der leeren Phrase, die der Vertreter dieser Nominalitätstheorie, sowie ihre Schützlinge, die Börsianer, aus dem Fundamente unserer Wirtschaftsordnung zu machen beflissen sind.

Wie solche grobe Verkennung der Tatsachen sich behaupten kann, will ich hier gleich sagen, so unangenehm es auch den Opfern solcher Täuschung sein mag, damit sie künftighin der Anerkennung ihrer Theorien durch die Presse weniger Gewicht beilegen. Die Presse, auch die sozialdemokratische, gibt sich zur Propagierung einer Wirtschaftstheorie selbstverständlich nur dann her, wenn solche Theorie dem Kapital zu dienen verspricht. Wenn darum die Presse gierig nach *Liefmanns* Theorie griff, so tat sie es, weil sie sie als Schutzpanzer gegen die Kritik der Goldwährung und des Kapitals benutzt. Gelingt es die Sozialisten mit Hilfe der *Liefmann-Bendixenschen* Theorie zu überzeugen, daß das Geld eine „bloße Rechnungseinheit“ ist, so müssen die Sozialisten die Erklärung für die allgemeine Tauschformel GWG' wieder überall in der Welt suchen, nur nicht dort, wo sie zu finden ist. Und dann haben die Kapitalisten wieder Ruhe. *Liefmanns* Theorie stellt damit das Kapital in den Schutz des allmächtigen *Innozentius* [der Unschuldige], sie liefert vollwertigen Ersatz für den von der Freigeldtheorie in Trümmer gelegten marxistischen Schutzpanzer des Kapitals.

Verstehen nun die Vertreter der nominalistischen Theorie, warum die Presse sich ihrer Theorie bemächtigt und ihren Schoß breit und rückhaltlos solch fruchtbaren Theorien öffnete? Sollen wir ihnen hier das *timeo danaos* [ich fürchte die Danaer] entgegenrufen?

Wer vom Gelde als von Rechnungseinheiten redet, der kann selbstverständlich nicht begreifen, daß Privatgeldreserven in den Händen der Börsianer Unheil anrichten können, dem ist das Treiben in der Börse Narrenspiel. Solchem Kinde erscheinen dann alle Geldreserven einfach als für den Bau von Heimstätten, Schokoladenfabriken bestimmt. Wir glauben es Prof. *Liefmann* in Freiburg im Schwarzwald, daß er noch nie die Namen *Bleichröder*, *Rothschild*, *Morgan*, *Lips Tulian* und *Schinderhannes* gehört hat. *Christen* hatte die Welt gesehen, und wenn er von Geldreserven sprach, so dachte er an den Handelsteil unserer Presse, an die Milliarden, die in bar, in Bankguthaben, in Börsenpapieren der Hochfinanz

zur Verfügung stehen und mit denen die Konjunkturschwankungen und ihre Differenzen nach Willkür gemacht werden. *Diese* Reserven will *Christen* mit dem Freigeld der absoluten Währung aus dem Wege räumen.

Wenn alles, was zur Bekämpfung der Spekulation von der Notenbank aus getan werden kann, wirklich getan würde, dann würden sich die Spekulationskapitalien als unrentabel bald auflösen, und dann hätten die Geldreserven den Sinn, den ihnen *Liefmann* zuschreibt. Heute aber verwechselt *Liefmann* das, was sein soll, mit dem, was ist.

Die Notenbanken richten sich nie nach den Warenpreisen [Auch das revidierte schweizerische Nationalbankgesetz hat den alten Kautschukartikel unverändert übernommen.]; keiner Notenbank ist für die Emission jemals Rücksicht auf den Index vorgeschrieben worden – sonst hätten wir ja das, was mit der absoluten Währung erstrebt wird. Wie könnte z.B. der von *Liefmann* als Ursache von Konjunkturschwankungen erwähnte technische Fortschritt noch Einfluß auf den Index haben æ wenn die Notenbank sich in der Notenausgabe vom technischen Fortschritt leiten läßt? Gewiß, das Währungsamt beherrscht den Faktor Warenmenge nicht. Es kann nicht verhüten, daß die Ernteergebnisse verschieden ausfallen, daß die Arbeiter auf Befehl der Streikführer und im Interesse der Kapitalisten bald streiken, bald Überschichten machen – doch den Einfluß solcher Umstände auf die Preise, die sollen mit dem Freigeld und der absoluten Währung beseitigt werden.

Hierfür reicht „die Macht des Staates“ jedenfalls aus, und in diesem Sinne ist es falsch, wenn *Liefmann* sagt, die Freigeldlehre überschätze die Macht des Staates. In Sachen der allgemeinen Preisgestaltung ist die Macht des Staates sogar eine absolute. Darum ist es richtig, wenn die Freigeldlehre sagt: „Allgemeine Wirtschaftskrisen beweisen Fehlgriffe in der Währungstechnik“ – denn Wirtschaftskrisen sind nicht anderes als Störungen des Tauschprozesses und sind auf rückgängige Preise zurückzuführen. Falsch ist es übrigens auch, wenn *Liefmann* diese Freigeldlehre als traurige Folge von *Knapps Chartalismus* bezeichnet, denn die Freigeldlehre war in ihren Grundzügen festgelegt, ehe die Welt etwas von *Knapps* staatliche Theorie des Geldes wußte [*Silvo Gesell*, Die Anpassung des Geldes und seiner Verwaltung an die Bedürfnisse des Verkehrs. Buenos Aires 1897.].

Liefmann „erblickt seine Aufgabe darin, die falschen wirtschaftlich-theoretischen Grundlagen darzulegen, was nur mit einer geschlossenen Wirtschaftstheorie möglich ist, die den Anhängern der absoluten Währung eben fehlt.“ Das darf *Liefmann* natürlich sagen, wenn er zugleich gesteht, daß er die Freigeldlehre kritisiert, ohne sie zu kennen. Sonst müßte man seine Kritik als die eines für die Goldwährung Reisenden bezeichnen. Denn das grundlegende Werk der Freigeldlehre *Gesells*: „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ ist nichts anderes als eine geschlossene Theorie der Güterverteilung, deren Richtigkeit mit Hilfe vollkommen neuer Geld-, Lohn-, Zins-, Grundrenten- und Krisentheorien nachzuweisen gesucht wird!! *Liefmann* mag diese ganze Lehre ablehnen, aber ihr Dasein darf er als Kritiker doch

nicht der Welt verheimlichen. Einem Werke gegenüber, das in vier starken Auflagen verbreitet ist, kann solche Taktik wirklich nicht mehr viel nützen.

Gesell stützt seine Forderung des Freigeldes mit der Behauptung, daß die Waren mit unerheblichen Ausnahmen (Edelmetalle, Edelsteine) der Zerstörung durch die Natur ausgesetzt sind, wodurch ihr Angebot sich unter ständig wachsenden Druck gestellt sieht. Darum soll, um das händlerische Gleichgewicht bei den Tauschverhandlungen herzustellen, auch das Geld solchem Druck ausgesetzt werden – Freigeld.

Die Notwendigkeit einer solchen Forderung, ihre Gerechtigkeit, ihre Begründung, kann selbstverständlich kein Mann einsehen, der wie *Liefmann* das Geld als bloße „Rechnungseinheit“ bezeichnet. Mit der Anerkennung solcher Forderung gäbe ja *Liefmann* seine Theorie preis. Sah nun *Liefmann* diese Gefahr, die seiner Theorie droht, als er von der Behauptung *Gesells* (wonach die Waren im allgemeinen der automatischen Zerstörung ausgesetzt sind) sagte, „sie sei eines der vielen willkürlichen, den Tatsachen nicht entsprechenden Axiome, von denen die Freigeldlehre ausgeht“? Wir müssen es fast annehmen, denn nur jemand, der sich zu Tode getroffen fühlt, kann bestreiten, was in *Gesells* Behauptung liegt. Allein die Bergung der Waren mag jährlich 10 – 20% der Waren verschlingen, und diese Bergung verlangsamt nur den Zerstörungsprozeß, kann ihn aber nicht aufhalten. Diese Dinge liegen klar zutage.

Was *Liefmann* sonst noch über das Freigeld zu sagen weiß, beweist entweder, daß er die Sache kritisiert, ohne sie zu kennen, oder daß er, statisch orientiert, unfähig ist, dynamisch zu denken. – Die Führung der Währung mit Hilfe der Statistik lehnt *Liefmann* mit ähnlichen Mitteln, wie es *Kellenberger* tut, ab und wir verweisen hier auf das dort Gesagte. Anstelle der Notenvermehrung und Notenverminderung will *Liefmann* eine energisch betriebene Diskontopolitik setzen – genau wie *Kellenberger*. Statt die Geldmenge zu ändern, ändert man die Umlaufgeschwindigkeit und verbindet mit dem gleichen Erfolg das edle Ziel, den Zinsfuß auf der ganzen Linie zu erhöhen!! Ist das des Pudels Kern? Aber noch eine Frage wollen wir *Liefmann* an dieser Stelle vorlegen: Wenn das Geld „bloße Rechnungseinheit“ sein soll, wie kann da die Diskontopolitik solche bloße Rechnungseinheit beeinflussen? Eine Rechnungseinheit, der Meterstock z.B., bleibt doch ganz unberührt von den Zinsfußschwankungen.

Den Schwankungen im Gebrauch der Kreditinstrumente räumt die Freigeldlehre den weitgehendsten Einfluß auf die heutige Gestaltung der Preise, der Konjunktur ein. Ihr dient dieser Umstand zur weiteren Begründung der Forderung des Freigeldes. *Gesell* weist nach, daß der Kredit nicht nivellierend, sondern verschärfend auf die Konjunkturschwankungen wirkt. Bei unveränderlichem Preisstand ändert sich darum auch der Kredit nur unerheblich, weshalb dann auch dem Währungsamt aus dem Gebrauch der Kreditinstrumente kaum noch die Notwendigkeit erwachsen kann, seinetwegen besondere Maßnahmen zu ergreifen – solange der Index vor Schwankungen bewahrt wird.

Im übrigen muß hier immer wieder betont werden, daß die „Kreditinflation“, als begrenzte Größe, der Notenausgabe, als unbegrenzter Größe, unbedingt unterworfen ist.

Liefmann fragt, in welchem Umfange mit der absoluten Währung Noteneinzug und Notenausgabe erfolgen sollen und wo die unbedingt nötigen Richtlinien hierfür zu suchen seien und fügt hinzu, die Freigeldlehre unterlasse es aus leicht begreiflichen Gründen, diese Richtlinien zu ziehen!

Ich weiß nicht, haben wir es mit einem gedächtnisschwachen Greis zu tun oder will *Liefmann* hier Material zu einer Wahlrede gegen die absolute Währung liefern? Besteht doch die Freigeldlehre aus nichts anderem als aus Richtlinien für die Führung der absoluten Währung. Will *Liefmann* eine Antwort auf seine Frage, so mag er die Freigeldliteratur studieren, ehe er es wagt, uns sein Elaborat als Kritik vorzulegen. Konnte die deutsche Wissenschaft wirklich keinen würdigeren Vertreter in diesen Kongreß zur Aburteilung der absoluten Währung entsenden?

Prof. Dr. Sieveking

erweitert das Gebiet der Kritik, indem er auch die Freilandlehre heranzieht, „weil sie einen Widerspruch in den Grundsätzen aufzeigt, dem wir auch beim Freigeld begegnen werden“. Merkwürdigerweise ist es derselbe vermeintliche Widerspruch, den auch die Anarchisten in der Freigeldlehre zu entdecken pflegen, nämlich der Umstand, daß Freigeld und Freiland eine Zentralverwaltung, den Staat, verlangt. Nun bedeutet Freigeld-Freiland freilich nicht die anarchistische Freiheit, wo jeder sein eigenes Geld, seine eigene Brücke, seine eigene Eisenbahn hat. Freiland bedeutet: frei von Ausbeutung durch die Grundrentner; Freigeld bedeutet: Geld frei von Zins. Von der Ausbeutung befreites Land und Geld. Immerhin: Freiland und Freigeld kommt *Sieveking's* anarchistischem Begriff der Freiheit näher, als es irgendeine andere sozialistische Forderung tut. *Sieveking* wird sich sein Geld nicht zu machen brauchen, er wird allerdings auch nicht quer durch den Freilandgarten seines Nächsten reiten dürfen, aber die Gewähr wird hier gegeben, daß die Arbeitsprodukte zu barem Gelde, das Land jedem zu gleichen Bedingungen erreichbar sein werden.

Damit ist aber alles erreicht, was der Mensch in wirtschaftlicher Beziehung für seine volle Freiheit braucht. Die Freigeldlehre lehnt die Einmischung des Staates überall dort ab, wo eine Zentrale nicht unbedingt erforderlich ist. Die Verkehrsmittel – Straßen, Eisenbahnen, Post, Geld –, das ist die Domäne des Staates. Alles übrige ist auch nicht im Interesse des Volkes dem Staate aufgebürdet worden, sondern im Interesse der herrschenden Klasse. Hat der Staat einen Gott, eine Seele, einen Geist? Was braucht er also Kirche, Schule, Universität?

Wenn somit theoretisierende Anarchisten den Freigeldleuten den Ruf nach dem „Staate“ als Widerspruch vorwerfen, so können sich die Freigeldleute das gern gefallen lassen. Der Anarchist hält die Fahne der persön-

lichen Freiheit und Unabhängigkeit hoch gegen die Kommunisten, die Sozialdemokratie, die Kapitalisten. Er weist allen Freiheitsbewegungen das ideale Ziel. Den Weg dahin müssen wir aber der Bodenformation anpassen – und das tut Freiland-Freigeld. Außer den Anarchisten hat daher niemand ein Recht, Freiland-Freigeld vorzuwerfen, daß die „Freiheit auf dem Wege zur Freiheit zusammenbrechen würde“. Was mit Freiland-Freigeld zusammenbricht, das ist die Freiheit des Räubers, des Diebes, der allgemeinen Ausbeutung, auch die Freiheit, die sich der kapitalistische Staat mißliebigen Bürgern gegenüber anmaßt.

So weit wäre also in der Freilandlehre kein Widerspruch. Wohl aber finden wir solchen in *Sievekings* Urteilsspruch:

A. Freiland ist ein gewaltsames, mechanisches Mittel.

B. Freiland heißt wirklich der freien Konkurrenz viel zutrauen, wenn man ihr zumutet, sie werde jetzt alles aufs beste regeln.

Die freie Konkurrenz ist doch die Grundlage für die lebendige Welt und damit der Antipod der Mechanik.

Überhaupt wäre es nicht schwer, eine Reihe von Sätzen aus der *Sievekings*schen Kritik in ähnlichen Widersprüchen aufzulösen. So z.B. den Satz, worin er *Gesells* Lohntheorie als richtig anerkennt, um ihr gleich darauf eine andere, die von *Oppenheimer*, als gleichberechtigt zuzugesellen! Als ob es zwei Lohntheorien geben könnte! Ist eine richtig, dann ist die andere falsch.

(Übrigens ist das, was *Sieveking* von der *Oppenheimers*chen Theorie erwähnt, kaum als Theorie aufzufassen. „Der Grenzkuli bestimme den Lohn.“ Der Grenzkuli (Wanderarbeiter) kann den Lohn nur nivellieren, auf seine absolute Höhe hat er keinen Einfluß. Nach *Gesell* ist der Arbeitsertrag auf Freiland der Gleichgewichtspunkt des Lohnes. Der Wanderarbeiter spielt nur die Rolle eines allgemeinen Lohnausgleichers.)

Ähnlich ist der Satz zu beurteilen: „Den Staatsgläubigern gegenüber nimmt Freiland seine Pflichten nicht allzu genau. Sie sollen keinen festen Zins erhalten, sondern einen solchen, daß ihre Papiere immer auf Pari stehen.“ Nimmt nun nicht gerade derjenige Schuldner seine Pflichten ernst, der seinem Gläubiger das zurückgibt, was er von ihm erhalten hat? Vergleiche man mit solchen Freiland-Parititeln die Lage der Staatsgläubiger, auch der schweizerischen, und zwar auch der Vorkriegsgläubiger. Jede Veränderung im Zinsfuß überträgt sich heute, mit 20 – 30 multipliziert, auf den Kurs der Schuldurkunde, verwandelt sich in Börsendifferenzen. Weil der Zinsfuß gestiegen war, fiel die französische Rente (vor dem Kriege) von 100 auf 75, die 3proz. preußischen Staatsanleihen von 94 auf 70. Dabei war die Zinsfußsteigerung zurückzuführen auf die allgemeine Steigerung der Warenpreise. So war der Verlust der Besitzer aller festverzinslichen Papiere ein doppelter – Verlust am Kurs der Papiere, Verlust an der Kaufkraft des Geldes. Der „Physiokrat“ berechnete damals den Verlust, den allein die Besitzer deutscher festverzinslicher Papiere erlitten hatten, auf über 29 Milliarden Mark, die auf ihre Schuldner

übergangen waren. Demgegenüber will Freiland-Freigeld nicht nur den Kurs der Papiere festlegen, sondern dies mit der absoluten Währung verbinden, womit die Schuldverträge allseitig geschützt werden. *Sieveking* macht also hier Freiland einen offenbar leichtfertigen Vorwurf. Wenn ein Börsenmann vom „Standpunkte des Rechtes auf Börsendifferenzen“, dem die Pariverzinsung das Spiel verdirbt, gegen Freiland-Freigeld den *Sieveking*schen Vorwurf erheben würde! Oder will *Sieveking* das Börsenspiel etwa in Schutz nehmen?

Auf gleicher Höhe kritischer Kraft steht der unmittelbar folgende Satz: „*Gesell* rechnet mit einer Entwertung des Geldes, die auch das Pari der Papiere so senken würde, daß schließlich der Zins ganz wegfiel.“ Eben hieß es doch, die Papiere sollten auf Pari erhalten werden. Vielleicht aber erklärt uns der Druckfehlerteufel den Sinn. So wie der Satz dasteht, ist er ganz unverständlich.

Doch zur Sache. Es wäre überhaupt fruchtbarer gewesen, wenn den Kritikern das zu bearbeitende Gebiet schärfer und enger umgrenzt worden wäre. Um die Freigeldlehre zu stürzen, braucht man nur *einen* Baustein herauszubrechen. Sie ist eine in sich geschlossene Theorie der Güterverteilung. Sie steht oder fällt als Ganzes. Die Freigeldtheorie hat eine eigene, völlig neue, charakteristische und scharf pointierte

Theorie des Lohnes,
 Theorie des Papiergeldes,
 Theorie des Zinses und des Kapitals,
 Theorie der Krisen,

die alle vier miteinander verwachsen sind. Beschränke man also zunächst den Angriff auf diejenige dieser vier Theorien, bei der man eine Achillesferse entdeckt zu haben glaubt. Der Rest folgt dann nach. Und wir glauben, die Freigeldleute sind ehrlich genug, um selber dann Hand an das Pulverfaß zu legen.

Einen ganz vorzüglichen Angriffspunkt würde z.B. *Gesell*s Theorie des Papiergeldes geben – denn diese Theorie verwandelt alles, was bisher über das Gesamtgebiet der Volkswirtschaft und auf dem Untergrund der Wertlehre geschrieben wurde, also die gesamte nationalökonomische Literatur, in unlesbares Kauderwelsch. Warum wagt sich niemand an die Kritik dieses heute doch auch sonst ganz besonders wichtigen Gegenstandes? *Eugen Dühring*, der große Mathematiker, von dem es heißt, daß er das Fermatproblem gelöst hat, will z.B. jeden gleich ins Narrenhaus schicken, der behauptet, man könne Papiergeld machen. Hat nun *Gesell* oder der große Mathematiker recht?

Vom Freiland geht *Sieveking* gleich auf die Freigeldzinstheorie über. Ihm scheint also der sozialpolitische Inhalt von Freiland-Freigeld mehr am Herzen zu liegen als die Kritik der absoluten Währung. Leider steckt im Herzen wenig kritischer Sinn. Bei *Sieveking* wuchern alle Zinstheorien neben- und durcheinander wie Kraut und Rüben. Wir möchten ihm empfehlen, v. *Boehm-Bawerks* Buch zu studieren. So nennt er den Wurf des Viehs Zins (Produktivitätstheorie). Danach wäre die Kartoffel-

ernte auch Zins! Man sperrt eine Kuh im Tresor der Banken ein und, wenn erfüllt sind die Tage, geht man mit einem Strick zum Tresor und holt sich das Kälbchen, den Zins. So erklären auch die Bodenreformer à la *Damaschke* heute noch den Zins. „Der Zins kommt vor in Datteln oder Getreide gegen Darlehen von Saatgut.“ Gewiß – wenn Angebot und Nachfrage auf dem Darlehensmarkt für den Zins günstig sind. *Gesell* zeigt aber, daß in der geldlosen Wirtschaft Angebot und Nachfrage dem Zins auch ungünstig sein können, daß man hier ebenso mit negativem wie mit positivem Zins rechnen kann und muß. – *Gesell* lokalisiert darum das Zinsproblem in der Frage, warum mit dem Aufkommen der Geldwirtschaft der positive Zins zur ausnahmslosen Selbstverständlichkeit jeden Darlehens wird. Auf diesen Punkt legt *Gesell* das Schwergewicht seiner Untersuchung. Wer *Gesell* angreifen will, muß es hier tun, und statt einfach zu behaupten, „der Urzins ist auch ohne Geld (also im Tauschhandel) überall vorhanden, wo nebeneinanderstehende Wirtschaften sich gegenseitig gegen Entgelt aushelfen,“ hätte *Sieveking* versuchen sollen, die Richtigkeit dieser Behauptung nachzuweisen. (Es wird hier angenommen, daß die Worte „gegen Entgelt“ so viel bedeuten wie „nach den Bedingungen, die die Marktlage feststellen werden“.)

„Wie das Geld die nach Qualität und Quantität am gleichmäßigsten zu bestimmende Ware, so ist der Geldzins nur die genauest berechenbare Form des Zinses“ – sagt *Sieveking*.

Offenbar ist *Sieveking* auf diesem Gebiete ganz und gar nicht zu Hause, und wenn die schweizerische Wissenschaft keine besseren Kräfte aufzuweisen hat zur Verteidigung der Goldwährung und der Nationalbank, so wird es uns Freigeldleuten bald genug gelingen. Warum wären 5% von 1000 Franken leichter zu berechnen als 5% von 1000 Kilo Kartoffeln oder von 100 Kilo Getreide oder 100 Steinäxten. Ich glaube, kein Schulkind wird in diesen Aufgaben einen Unterschied finden. Und in bezug auf Qualität des Geldes glauben wir, daß in der Welt ganz allein die Freigeldleute Ansprüche an solche stellen. Das herkömmliche Geld ist schlecht, am schlechtesten sind die Goldmünzen – sagen die Freigeldleute. Sie messen die Qualität des Geldes mit der Arbeit, die das Geld verrichtet. Die Handelsspesen sind das Maß, womit die Freigeldleute die Qualität des Geldes, seine merkamotorische Kraft messen. Unter der Herrschaft der Goldwährung sind die Handelsspesen gestiegen, nach *Brentano* sollen sie 35% betragen, und die Freigeldleute behaupten, daß mit Freigeld dieser Satz auf etwa 5% sinken wird. Das Freigeld wäre demnach siebenmal leistungsfähiger, d.h. besser als das herkömmliche Geld.

Der Unternehmergeinn sei auf den Zins von Einfluß, sagt *Sieveking*. Die Freigeldlehre behauptet, daß der Unternehmergeinn reiner Arbeitslohn ist. Das, was dem Unternehmer nach Abzug des Kapitalzinses (4 oder 5%) etwa übrig bleibt, ist, wenn nicht Grundrentensteigerungen in Betracht kommen oder Patentmonopole, auf seine Tätigkeit zurückzuführen, da ja den Unternehmern allgemein das Geld zur Errichtung von Konkurrenzbetrieben zu diesem Satze zur Verfügung steht. Wenn man

ohne Arbeit mehr Zins vom Kapital erwarten könnte, als den Zins der Hypotheken und Staatspapiere, wie käme dann noch der Staat zu dem benötigten Gelde? Jeder würde dann Unternehmer, d.h. im Bette bleiben und Unternehmergewinn einkassieren.

Sieveking hat die Freigeldzinstheorie ganz und gar nicht verstanden, sonst könnte er unmöglich den tollen Satz niederschreiben: „Die Freigeldzinstheorie ist unvollständig, weil sie sich an die *technischen* Qualitäten des Metallgeldes klammert!“ Wo sagen die Freigeldleute, daß sie sich für die technische Qualität des Geldes interessieren? Auf die erpresserischen, wucherischen Qualitäten des herkömmlichen Geldes weisen die Freigeldleute hin und sagen es so oft und so nachdrücklich, das herkömmliche Papiergeld habe genau die gleichen wucherischen Eigenschaften wie das Gold, daß man ihre Zinstheorie mehr als flüchtig studiert haben muß, um ihnen obigen Satz unterschieben zu können.

Auf die *kaufmännischen* Qualitäten des Geldes, nicht auf die technischen Eigenschaften des Geldstoffes kommt es den Freigeldleuten an; sie wollen, daß bei den Preisverhandlungen Käufer und Verkäufer gleich gerüstet seien. Sie haben nachgewiesen, daß der Besitzer des herkömmlichen Geldes besser ausgerüstet ist als der Warenerzeuger und verlangen, daß diese Vorzüge, die nur dem Wucher dienen, beseitigt werden.

Was *Sieveking* gegen die Möglichkeit einer Indexwährung vorbringt, ist im wesentlichen dasselbe, was auch *Kellenberger* sagt. Wir haben es dort widerlegt und wiederholen hier nur: *Alles, was heute gegen die Quantitätstheorie eingesetzt werden kann, ist direkt auch gegen das herrschende Geldsystem gerichtet.* Das Geld muß so beschaffen sein, daß die rohe, naive Quantitätstheorie sich als richtig erweist, so daß wir dann dem guten Bodinus nur mehr vorwerfen können, er habe das, was ist, mit dem verwechselt, was sein soll. Mit dem Freigeld wird das genannte Ziel erreicht.

Sieveking nennt das Freigeld ein gewagtes Experiment, dessen Kosten der Arbeiter zu tragen hätte, weil es im Freilandstaate keine Rentner mehr gäbe, denen solche Lasten aufgebürdet werden könnten. Diese armen Arbeiter! Wer sind denn dann noch diese Arbeiter? Bilden diese im rentnerfreien Staate dann noch eine besondere Kaste? Nein, im Freiland-Freigeldstaate gibt es nur noch Menschen, die ihr Brot durch Arbeit verdienen müssen, wenn sie satt sein wollen. Alle sind dann Arbeiter. Der Ausdruck Arbeiter verliert den differenzierenden Sinn. Die Kosten des Experimentes werden wir also alle tragen. Und wie süß wird diese Last! Mit welcher Begeisterung werden wir die Rechnung zahlen, wenn sie uns vorgelegt wird. Das Experiment wird uns nämlich die Zins- und Grundrentenlasten kosten und, wundersam! – je größer diese Kosten sind, je mehr uns das Experiment kostet, um so mehr werden sich unsere Taschen füllen! Aber *Sieveking* sieht diese Kosten des Experiments nicht. Unter Kosten des Experiments versteht er die Summen, die das Währungsamt durch Steuerzuschlag oder Steuernachlaß für die regulatorischen Zwecke einzieht oder ausgibt. Aber auch von dieser etwas spießbürgerlichen Seite

betrachtet, erscheinen uns die Kosten des Experiments, gemessen mit dem Ziele, wahrhaftig nicht nennenswert. Mit dem Freigeld werden wir mit $\frac{1}{3} - \frac{1}{4} - \frac{1}{5}$ der heutigen Geldmassen bequem auskommen, weil das einzelne Geldstück 3 – 4 – 5 mal schneller umlaufen wird. Die zu regulatorischen Zwecken nötigen Geldmengen werden dann auch nur $\frac{1}{3} - \frac{1}{4} - \frac{1}{5}$ der heute für den gleichen Zweck nötigen Summen betragen – ganz abgesehen davon, daß mit der absoluten Währung alle Schwankungen bereits im Keime, nein, sogar in der mentalen Konzeption des Spekulanten erstickt werden sollen. Es wird sich dann voraussichtlich nur um ein paar Millionen handeln, die durch die Steuerkasse eingezogen oder ausgegeben werden – sagen wir also 5 – 10% des Steuerbetrages.

Im Vergleich mit anderen Kritiken mutet uns die *Sievekingsche* Arbeit oft an, als ob er dem Freigeld nicht von vornherein feindlich gegenüberstände, als ob er sich bemühte, sachlich zu bleiben. Das geht schon daraus hervor, daß er den Humor nicht ganz verloren hat. Zuweilen sogar gestaltet er seine Einwände so, daß man sich sagen muß: das tut er im Interesse der Sache – denn wenn sich gegen die Freigeldzinstheorie nichts weiter einwenden läßt, so muß sie richtig sein. So sagt er: *Gesells* Warentypen sind faulende Eier, rostendes Eisen, schwindender Schnaps. Und dazu sagt *Sieveking*: „Selbst die verderblichen Lebensmittel sucht man durch Salzen und Räuchern, durch Kühlanlage und Konservenbüchse zu Dauerwaren zu machen. Wein wird durch Lagerung besser, Instrumente gewinnen durch Alter. Und was nützt die Feuerbeständigkeit des Goldes, wenn neue Funde den Besitzern seinen Wert mindern?“

Das gesalzene und geräucherte Fleisch ist ein Ersatz für frisches Fleisch. Es steht gegenüber dem frischen Fleische im Preise zurück. Um den Betrag der Räucherkosten und des geringeren Preises hat sich also die Ware verschlechtert. Der Geldbesitzer braucht sein Geld nicht zu salzen, und tut er es versehentlich, so schadet es ihm nicht das geringste. Gesalzene und geräucherte Münzen, aus dem Schutte der Brandstätte hervorgeholt, formlos gewordenen Münzen gelten auf der Notenbank dasselbe wie funkelnagelneue Münzen. Und ob Prof. *Sieveking* der Schinken in seinem Schornstein ebenso sicher ist wie das Geld im Tresor? Ob er nicht an die Betriebskosten der Kühlanlagen denkt, jetzt, bei den teuren Kohlenpreisen? Ob er, wenn er Konservenbüchsen kauft, nicht fragt: wie alt sind sie? Die Heringe z.B., die gesalzene Heringe, die während des Krieges in Norwegen aufgestapelt wurden, fünf Jahre lang, waren um so billiger, je älter sie waren. Jahrgang 1914 kostete die Hälfte des Jahrganges 1918, obschon er fünf Jahre Lagerkosten erfordert und all die Zeit keine Eier gelegt hatte.

Aber warum solche Dinge hier auftischen? Es wird wohl so sein: Prof. *Sieveking* wollte zeigen, daß er gegen die Freigeldzinstheorie nichts einzuwenden wußte, und wollte dafür einen Beweis erbringen, der ihm – als Beamten des kapitalistischen Staates – nicht Stellung und Brot kosten soll. Wir haben volles Verständnis für solche Taktik. Wir wissen, wie roh die kapitalistische Bestie rebellischen Wissenschaftlern gegenüber aufzutreten pflegt.

Wir denken hier an Prof. *Aron*, den Sozialdemokraten und wissen: wer nicht pariert – der fliegt.

Wir denken an den mutigen Ausspruch *Brentanos*:

„In der Volkswirtschaftslehre gelangt eine richtige Lehre erst dann zur Anerkennung, wenn sie den Interessen einer mächtigen Partei entspricht, und zwar nur so lange, als diese mächtig ist; wird eine andere mächtiger, so gelangen auch die irrigsten Lehren wieder zu Ansehen, sobald sie den Interessen der Mächtigsten zu dienen geeignet scheinen.“

Diesen Satz ergänzte *Brentano* kürzlich in einem Nachruf zu Prof. *Max Webers* Tod:

„Es besteht die größte Gefahr, daß die Vertreter von Interessen und anderen nicht wissenschaftlichen Gesichtspunkten bei der Wiederbesetzung seiner Professur durchdringen und sie unter dem Einfluß solcher besetzt werde, die von dem Professor verlangen, daß er bei Änderung des Kommandos von oben wie ein Feldweibel einschwenke.“

Wir ziehen aus diesen Sätzen den allgemeinen Schluß: Staatsbeamte, Professoren sind nicht die geeigneten Personen, Lehren zu kritisieren, die, wie das Freigeld, für ihre Brotherren so schwere Folgen nach sich ziehen. *Ecrasez l'infâme* [Voltaire: Rottet die infame aus, bei ihm bezogen auf Aberglaube und Kirche]! Weg mit dem Staate! Heraus aus den Universitäten mit dem Haderstoff der Volkswirtschaftslehre!

Den freien Volkshochschulen möge man das Freigeld zur Kritik vorlegen – wenn sie frei sind.

Nachtrag.

Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, herausgegeben vom Direktionskomitee der Schweizer. Statistischen Gesellschaft.

Redaktion: Prof. Dr. *Julius Landmann* in Basel.

Basel, den 17. November 1920.

An den Schweizer Freiland-Freigeldbund in Bern.

Ich bekenne mich zum Empfang Ihrer gefl. Zeilen vom 13. d. M. nebst beigelegtem Manuskript der Abhandlung „Zur Kritik der absoluten Währung“. Nach erfolgter Lektüre dieses M.S. sehe ich mich zu meinem Bedauern veranlaßt, Ihnen mitzuteilen, daß ich nicht in der Lage bin, die Abhandlung in der Zeitschrift für Schweizer. Statistik und Volkswirtschaft zu publizieren.

Eine Publikation der Arbeit ist zunächst einmal schon im Hinblick auf den Ton, in welchem die Auseinandersetzungen gehalten sind, ausgeschlossen. Der Verfasser dieser Arbeit behandelt alle Andersdenkenden als moralisch Minderwertige oder intellektuell zurückgebliebene Subjekte. Dies mag in der Publikation einer Sekte der geeignete Ton sein; in wissenschaftlichen Zeitschriften war der Ton bisher nicht üblich und soll auch in die von mir

redigierte Zeitschrift nicht eindringen. Die Insinuationen [versteckte Andeutungen] moralischer Minderwertigkeit und geistigen Schwachsinnnes, von welchen die Abhandlung wimmelt, lassen, wenn überhaupt, nur einen Schluß zu, den in dürren Worten auszusprechen mir meine Erziehung und meine gesellschaftlichen Gewohnheiten nicht erlauben. Hiervon aber abgesehen (und dieses Bedenken könnte ja durch eine entsprechende redaktionelle Umgestaltung der Arbeit beseitigt werden), muß eine Publikation der Arbeit auch in Hinsicht auf den Inhalt ausgeschlossen erscheinen. Ich habe Ihnen seinerzeit die Zusicherung gegeben, daß ich eine Erwiderung auf die in der Zeitschrift erschienenen Beiträge zur Kritik der absoluten Währung veröffentlichen werde, wenn in dieser Erwiderung sachlich Neues, das für den Inhalt der Diskussion relevant [von Belang] ist, vorgetragen wird. Diese Voraussetzung ist nicht erfüllt. Die Abhandlung bringt nichts weiteres als eine an den satksam bekannten Freigeldtheorien orientierte Kritik der Beiträge, die demjenigen, der diese Theoreme [Lehrsätze] kennt, nichts neues bietet. Und in wesentlichen materiellen Punkten ist die Auseinandersetzung ernsthaft nicht zu halten. Es läßt sich leider nichts an der von Diehl hervorgehobenen Ihrerseits zu Unrecht bestrittenen Tatsachen ändern, daß eine fruchtbare Beschäftigung mit der Theorie der Geldes nur auf Grund einer gründlichen volkswirtschaftlichen Durchbildung möglich ist. Fehlt diese Voraussetzung, so artet die Diskussion aus in eine überflüssige Wiederholung hundertmal erwiesener Wahrheiten gegen hundertmal widerlegte Irrtümer. Hierzu darf ich die Spalten der Zeitschrift nicht bieten.

Mit Hochachtung

Landmann.

Dieser Brief von Prof. Dr. Landmann war die Antwort auf unsere Einsendung, die wir vorstehend unverändert abdruckten. Wir halten ihn für den Ausdruck vollkommener Hilflosigkeit. L. will sich und seinen Freunden die unbequeme Last von den Schultern wälzen. Nachdem er Dr. Christen und mit ihm alle Mitglieder des S.F.F.B. als *fanatische, kritiklose Bewunderer von Dilettanten* bezeichnet hatte, mußte er erwarten, daß ihm in ähnlichem Tone geantwortet werde. Seine Betonung der Notwendigkeit einer schulmäßigen Behandlung der Währungsfrage wirkt erheiternd. Und im Hinblick auf die Tatsache, daß noch keine einzige volkswirtschaftliche Theorie auf den Hochschulen sich Geltung verschuf, wirkt solche für die Hochschule gemachte Reklame schon lächerlich. Vor Pasteurs und Kochs Entdeckungen war die gründliche schulmäßige Durchbildung der Mediziner für das Studium der Infektionskrankheiten eher schädlich als nützlich. Und so ist es heute mit der volkswirtschaftlichen Schulbildung. Solange die Schule noch über keine einwandfreie Theorie des Geldes, der Zinsen, der Grundrente, des Kapitals, des Lohnes, der Krisen usw. verfügt, kann das, was sie lehrt, nur als Ballast betrachtet werden. Von den „hundertmal erwiesenen Wahrheiten“, mit denen Dr. Landmann seine Wissenschaft zu zieren sucht, würde er, wenn man ihn

drum befragen würde, kaum eine Einzige nennen können. Es genüge zur Begründung dieser Behauptung der oft zitierte Ausspruch: „Die Lehre vom Wert bildet das Fundament der nationalökonomischen Wissenschaft. Aber in der Lehre vom Wert ist noch alles streitig, von den Benennungen angefangen.“

Wenn Dr. Landmann sich darüber beklagt, daß es in unserer Kritik an neuen Gesichtspunkten fehle, so trifft dieser Vorwurf seine Leute. Hier in der Kritik von Prof. Diehl, Kellenberger, Liefmann vermissen wir allerdings neue Gedanken. Da wir selbstverständlich annahmen, daß alles, was diese Kritiker vorbrachten, wenigstens für Dr. Landmann neu sein mußte (sonst hätte er es ja nicht aufnehmen dürfen), so blieb doch nichts anderes übrig, als uns stramm an die Beantwortung der Kritik zu halten. Oder stellt vielleicht Dr. Landmann nur an die „Ungeschulten“ die Bedingung, daß sie fortzeugend Neues gebären sollen? Ist die Aufforderung, die er an die *Geschulten* richtet, Neues vorzutragen, so hoffnungslos, daß er sie da gar nicht mehr zu wiederholen wagt? Alles, was wir sagen, ist neu, muß sogar neu sein, weil wir von neuen Gesichtspunkten ausgehen.

Dr. Landmann verschließt durch sein Verhalten der Zeitung, die er leitet, das zurzeit wichtigste Gebiet der Wirtschaftswissenschaft. Die Erfahrung wird es ihm zeigen. Ein Schriftleiter, der die Kritik unterdrückt, hat in der freien Schweiz keinen Platz. Fort mit Dr. Landmann! Für den S.F.F.B. ist das Blatt erledigt. Die Zünftler aber, mit ihrer Schulwissenschaft, fühlen sich unsicher. So bald wird wohl keiner von ihnen den Mut nehmen noch ein Wort zur Währungsfrage zu sagen. Auch wissenschaftlich ist die Goldwährung erledigt. Immerhin, Dr. Landmann wird den Ruhm haben, der Letzte gewesen zu sein, der das Lieblingskind der Börsenjobber in den Schutz der staatlichen Wissenschaft genommen hat.

Silvio Gesell

**Deutsche Vorschläge
für
die Neugründung des Völkerbundes
und für die
Überprüfung des Versailler Vertrages.**

Öffentlicher Vortrag, gehalten in
der Aula des Gymnasiums zu
Barmen am 20. Dezember 1920.

Verlag:
Freiland-Freigeld-Bund, Barmen-Elberfeld
Barmen, Zietenstraße 23
1921.

Alles, was durch den Krieg entsteht, ist vom Kriegsgeist durchseucht und muß darum an diesem Geiste zugrunde gehen. Auch der aus dem Krieg hervorgegangene Völkerbund wird vergehen. Schon jetzt zeigen sich die ersten Risse. Deutschland wurde vom Bunde ausgeschlossen, die Vereinigten Staaten blieben fern, Argentinien trat aus dem Bunde wieder aus. Diese Frucht des Krieges ist schon faul oder wird in der Untätigkeit verwesen.

Das will aber nicht bedeuten, daß der Gedanke des Völkerbundes ungesund sei. Es bedeutet nur, daß er nicht von besudelten, blutbespritzten Händen in die Tat umgesetzt werden darf. Der Bund wird geschlossen werden. Die ihm entgegenstehenden Kräfte werden überwunden werden, wenn nicht heute, dann morgen. Die Sache ist ins Rollen gekommen und wird nicht mehr aufgehalten werden können. Wichtig allein ist, daß man die Natur der Kräfte, die sich dem Völkerbunde entgegenstemmen, erkennt und ihre Größe richtig einschätzt. In London, in Paris, in Genf weiß man noch nicht, was dem Völkerbunde alles zu opfern ist. Man glaubt dort, er ließe sich mit Gewalt und anderen billigen Mitteln zusammenfügen. Jedoch ist anzunehmen, daß man auch in Paris wieder lernen wird, den Dingen ins Auge zu

schauen. Die Gewaltmittel sind geschaffen, um Gewaltzustände zu bilden oder zu erhalten. Frieden und Völkerbund sind aber das Gegenteil von Gewalt. Solange man glaubt, daß man der Gewaltmittel nicht entraten kann, soll man nicht nach Genf gehen. Wenn einmal England das letzte Kriegsschiff versenkt, Gibraltar, Ägypten, die Falklandinseln, alle Zwingburgen aufgegeben, wenn die Franzosen die besetzten Gebiete geräumt und gleichfalls abgerüstet haben, dann werden sie den Beweis erbracht haben, daß sie den Völkerbund wirklich wollen, und daß sie würdig sind, in diesem Bunde aufgenommen zu werden. Bis dahin haben sie im Völkerbunde keinen Platz. Der Gestank des Pulvers und der Verwesung, der diesen Ländern noch anhaftet, würde den ganzen Bund vergiften.

Wozu brauchen oder brauchten diese Staaten die Gewalt? Warum muß erst der Völkerbund geschaffen werden, warum steht er nicht von Natur, von selbst da – fest und unzerstörbar?

Der Völkerbund ist eben nicht zu verwechseln mit dem Menschheitsbund. Ohne die Staaten wären die Menschen von Natur fest miteinander verbunden. Die Menschheit hat gemeinsame Interessen, die sich täglich mehr stärken und vertiefen. Nichts treibt sie auseinander. Rasse, Sprache, Sitten geben niemals Grund zu Zänkereien und Krieg. Dort wo, wie in den Vereinigten Staaten, die Rassenfrage die Gesetzgebung beschäftigt, handelt es sich regelmäßig um einen Vorwand. Der amerikanische Arbeiter fürchtet in völliger Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge den Wettbewerb der chinesischen und japanischen Arbeiter. Wenn er von der Einwanderung der Chinesen für sich Vorteile er-

hoffte, würde er diese ebenso befürworten, wie die deutschen Landwirte die Einwanderung fremder Arbeiter mit Einschluß der Kulis stets befürwortet haben.

Anders aber als hier der Mensch, handelt der Staat. Die Staaten, als geschlossene Organisationen, sind vom Trieb der Ausdehnung beseelt und können diesem Trieb nur auf Kosten gleichstrebiger anderer Staaten folgen, nur dadurch, daß der eine den andern auflöst und frißt. Der einzelne Mensch kann nie mehr sein als ein Mensch. Frißt er den Nachbarn – er wird dadurch schwächer, nicht stärker. Am stärksten ist der Staat, der alle anderen gefressen hat und allein übrig geblieben ist, am schwächsten der Mensch, der im Kampf aller gegen alle als Stärkster sich erwies, darum nun allein, ohne die Arbeitsteilung sein Leben fristen muß. Eigentlich müßte man sich sagen, daß das, was den Einzelmenschen stärkt oder schwächt, auch die Menschenorganisationen, die Staaten, stärkt oder schwächt. Daß das nicht so ist, zeigt schon, daß diese Organisationen auf falschen Grundlagen erbaut sind. Wo diese Konstruktionsfehler sind, werden wir gleich sehen.

Die Staaten treten miteinander in Berührung als Wirtschaftskörper. Nicht die Religion, nicht die Kunst oder Sprache geben den Staaten Anlaß zu Auseinandersetzungen mit andern Staaten. Gäbe es nichts als Kunst und Religion, so könnten die Staaten friedlich nebeneinander liegen jahrtausende lang, wie die Mumien in den Pyramiden. Aber als Wirtschaftskörper strebt der Staat immer über seine Grenzen hinaus, weil die Wirtschaft die ganze Welt braucht. Für den Bezug der nötigen Rohstoffe ist jeder Staat auf den Welthandel angewiesen – und wenn ein

Volk fremde Rohstoffe beziehen und zahlen muß, so muß es auch wieder zur Beschaffung der Zahlungsmittel Absatz für die eigenen Erzeugnisse im Auslande suchen und finden.

Als Wirtschaftskörper hat kein Staat mit dem eigenen Land genug; sogar das Riesenreich der Bolschewik mit seiner doch erst dürrtigen Industrie glaubt nicht ohne wirtschaftlichen Kontakt mit der Welt leben zu können. Erst recht ein Staat mit entwickelter Arbeitsteilung, der alle Erzeugnisse der Erde restlos zu seiner Arbeit braucht.

Wären Bezug und Absatz der Erzeugnisse immer gesichert, hätten die Völker nie mit der Möglichkeit zu rechnen, daß ihnen gewaltsam die Grenzen einzelner Länder, ganze Erdteile gesperrt werden können, dann wäre der Wunsch nach Erweiterung der Staatsgrenzen nie aufgekommen – dann hätte sich jedes Volk innerhalb seiner Grenzen vor jedem Angriff sicher gefühlt, dann wären die Rüstungen nie gekommen, dann wären die Völker nie in Waffen gegeneinander gezogen.

Der Krieg, das sehen wir hier schon deutlich, steht im innigsten Zusammenhang mit dem Rechte der Grenzsperrre, *das die Völker heute ganz allgemein als Souveränitätsrecht betrachten*, und das sie ganz gewiß nicht den Beschlüssen des Völkerbundes unterwerfen wollen. Der Haupt-, wenn nicht der einzige Zankapfel der Weltpolitik, steht in Genf außerhalb jeder Besprechung – und trotzdem versuchen sie dort sich zu einem Völkerbund zu vereinigen, ähnlich wie die deutsche Friedensgesellschaft, die kürzlich in Braunschweig tagte und dort viel Schönes zum Ruhme des Friedensgeistes fand, jedoch mit keinem Worte die wirtschaftlichen Lebensbedürfnisse der

Völker, der Menschen erwähnte. Wie in Genf, so in Braunschweig glaubt man das Souveränitätsrecht der Staaten, Zollgrenzen zu errichten, unberührt lassen zu müssen. Eitles Bemühen! Solange es Zollgrenzen gibt, solange der Weltfreihandel nicht in Genf zum unantastbaren Menschenrecht erhoben und das Souveränitätsrecht der Zölle gestrichen wird – wird der Druck auf diese selbe Grenze nicht verschwinden, wird die gepanzerte Faust die Tore der Zollämter zu zertrümmern suchen.

Der Wunsch und das eiserne Muß, die Erzeugnisse ihres Fleißes gegenseitig auszutauschen, bildet die Grundlage des uralten, nie genannten, aber von Natur bestehenden allgemeinen Menschheitsbundes. Derselbe Wunsch, den Bürgern den Tausch ihrer Erzeugnisse zu sichern, veranlaßt den Staat, die Grenzen des eigenen Gebietes mit Gewalt zu erweitern, wenn sie durch fremde Zollgrenzen eingengt wurden, oder auch seine Grenzen durch Zölle – Schutzzölle, zu sperren.

Die Menschen und ihre Bedürfnisse schaffen den Menschheitsbund – und die Organisationen dieser selben Menschen – die Staaten – zertrümmern diesen Bund. Auf dem Wege zum gleichen Ziel zerstört der *Staat* die Brücken, die der Menschheitsbund geschlagen hat.

Was sollen wir nun tun?

Klar ist der Weg vorgezeichnet. Man verzichte in Genf allgemein, *feierlich vor aller Welt auf das Souveränitätsrecht der Zollgrenzen!*

Man erhebe den Weltfreihandel zum allgemeinen Menschheitsrechte. Man schaffe die nötigen Abwehrkräfte um jedes Volk zu strafen, zu boykottieren, das durch Errich-

tung von Zollgrenzen gegen das oberste Menschheitsrecht verstößt.

Geschieht das, dann ist der Menschheitsbund gegründet und der Völkerbund kann als überflüssig gestrichen werden. Mißlingt diese Aktion, so wissen wir, daß die, die in Genf von Völkerbund reden, Heuchler sind, die garnicht daran denken, dem Völkerbund die Opfer zu bringen, die er verlangt, oder daß dort Schwätzer zusammen gekommen sind, die keine Ahnung haben von der Natur der zu überwindenden Schwierigkeiten. In beiden Fällen hat der ehrliche Mann nichts in Genf zu suchen. Er kann nichts Besseres tun, als dem Beispiele Argentiniens zu folgen.

Freihandel, unbedingter, unkontrollierter Weltfreihandel – das ist die Formel des Völkerbundes.

Daß mit der Beseitigung des Hoheitsrechtes der Staaten, Grenzzölle zu erheben, alle Staaten der Welt wirtschaftlich zusammen geschweißt werden, ähnlich wie der Zollverein die deutschen Bundesstaaten damals wirtschaftlich zu einer unzerreißbaren Einheit verfilzte, das kann nur als eine weitere Gewähr dafür angesehen werden, daß wir mit der Forderung der Beseitigung der Souveränitätsrechte der Staaten auf Einrichtung von Zollgrenzen den echten, den wahren Weg zum Völkerbund betreten haben.

Wer den Freihandel will, muß auch seine Mittel wollen. Und wer die Mittel kennen will, muß die Kräfte kennen, die zur Errichtung der Grenzzölle trieben. Durch einfache Verordnung von oben her lassen sich so tief eingreifende Maßregeln wie der Übergang von der zollgeschützten zur freien Wirtschaft nicht durchführen. Die Triebkräfte, die den Zoll schufen, würden auch die Kräfte lahmlegen, die

den Freihandel schaffen wollen. Der Freihandel muß die Privatinteressen aller Bürger schonen und fördern. Dann ist er nicht nur möglich – er bricht sich dann selber Bahn. Also alles das, was zur Errichtung von Zollgrenzen verleitete – das muß beseitigt werden. Das ist eine große Forderung, die wir hier stellen, eine Forderung, die uns ermessen läßt, wie weit wir noch vom Völkerbund sind.

Die Zölle sind entweder Finanz- oder Schutzzölle, Zölle, die die Kassen des Staates, oder Zölle, die die Kassen der geschützten Interessenten zu füllen bestimmt sind. Hier haben wir es nur mit den Schutzzöllen zu tun. Die Finanzzölle können alle Tage ohne weitere Umständlichkeit durch direkte Steuern ersetzt werden. Ein Zuschlag von X% auf den Steuerzettel erledigt die Angelegenheit. Das Volk zahlt mehr Steuern, dafür kauft es die ausländischen Waren entsprechend billiger ein. Hier sind darum keine politischen Widerstände zu fürchten. Anders bei den Schutzzöllen! Da erhebt sich gleich ein mächtiges Geschrei aus den Kreisen der Landwirte und Unternehmer. Sie alle müssen ihre Erzeugnisse billiger hergeben, um mit den Preisen des Auslandes mitlaufen zu können. Ihre Grundrenten, ihre Dividenden leiden darunter. Das Volk, die Masse erfreut sich zwar der billigeren Preise für Speck, für Weizen, für Eisen, aber was hat der Grundrentner, der Fabrikant davon? Das, was er an dem Brote auf dem Tische seiner Familie spart, ist doch nur ein Pfifferling verglichen mit dem Verluste an Renten und Dividenden. Das Volk hat den Vorteil, und es zahlt diesen Vorteil aus seiner Tasche, wie umgekehrt bei Einführung der Zölle, er den Vorteil, das Volk den entsprechenden Nachteil hatte. Inzwischen, d.h. seit Einführung der

Zölle, sind ihre Vorteile auch schon in den Preis der Äcker und damit bei den Erbschaftsteilungen in die Hypothekenschuld übergegangen, so daß die Beseitigung der Zölle für viele Landwirte den wirtschaftlichen Untergang und als Rückschlag den Bankrott der Hypothekenbanken nach sich zieht. So ohne weiteres läßt sich also der Freihandel *nicht* einführen. Gegen die durch die Bankrottbedrohung zur Verzweiflung getriebenen Bauern, des zahlreichsten, geschlossensten und gewichtigsten Standes, zu denen noch die zahllosen um ihr Eigentum bangenden Pfandbrief- und Hypothekenbesitzer treten – und was damit wieder zusammenhängt, läßt sich der Freihandel nicht erkämpfen.

Hier nun zeigt sich wieder, wie außerordentlich glücklich und fruchtbar der *Freilandgedanke* ist. Mit der Ablösung der Privatbodenrechte und mit der Verwandlung des Bodens in Volkseigentum lösen wir die eben erwähnten Schwierigkeiten restlos auf. Mit der Durchführung der Freilandforderung fällt jedes Privatinteresse, Volks- und Staatsinteresse an den Grundrenten vollständig weg. Der Wettbewerb des ausländischen Getreides interessiert den Bauer dann nicht mehr als der Wettbewerb des Nachbarn. Verschärft sich dieser Wettbewerb, geht der Preis des Brotes herab – gut, so wird der Bauer entsprechend weniger Pachtgeld zahlen. Er löst weniger Geld und zahlt weniger. Das gleicht sich aus. Das Volk zahlt weniger für alle Lebensmittel, und kann dafür mehr Steuern zahlen. Auch das hebt sich auf. Und der Staat, der weniger Pachtgelder von den Bauern erhebt, hat dafür eine größere Steuerkraft des Volkes zum Ausgleich.

Wirtschaftlich, von Seiten Privater steht somit nichts

der Einführung des Freihandels für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Wege, sobald wir das Bodeneigentum in Freiland verwandelt haben.

Sind die aus der Landwirtschaft kommenden Hemmungen für Verwirklichung des Freihandelsgedankens durch *Freiland* zu beseitigen, so bedarf der Kampf gegen die industriellen Schutzzölle ganz anderer Vorkehrungen. Nicht der Schutz der Grundrente steht hier in Frage. Was zur Forderung der industriellen Schutzzölle geführt hat, das waren von jeher die durch Preisrückgänge, Preisstürze hervorgerufenen *Absatzkrisen*. Wenn die Unternehmer keine Beschäftigung für die Arbeiter finden, wenn die auf Jagd nach Aufträgen ausgesandten Weltreisenden mit leeren Händen zurückkommen und nur von der scharfen allseitigen Konkurrenz, von Überproduktion zu erzählen wissen, wenn sich in den Lagern, Schuppen, Läden die Waren auftürmen und für die fälligen Wechsel das bare Geld fehlt, dann steigt so sicher wie der Tod der Ruf nach staatlichem Schutz, nach Schutzzöllen. Die Welt kann die Weltproduktion nicht verbrauchen, heißt es dann, so laßt uns wenigstens diesen Überschuß an Erzeugnissen von unsern Grenzen und Märkten abhalten. Sperren wir den ausländischen Konkurrenten und Preisdrückern durch Zölle unsere Märkte, führen wir Schutzzölle für unsere Industrie ein, dann verfügen wir wenigstens über einen zwar recht kleinen, dafür aber sichern Markt.

Das ist immer, überall, zu allen Zeiten der Weisheit letzter Schluß gewesen, und die Erfahrung zeigt, daß die Kritik die erbärmliche Hohlheit solcher Darstellung niemals den Massen klar zu machen vermochte. Es gibt viele wirt-

schaftliche Zusammenhänge, die wie manche mathematische oder wissenschaftliche Erkenntnis für das Fassungsvermögen der gesetzgeberischen, demokratischen Masse unerreichbar sind. Solcher Art müssen auch die für den Freihandel gegen alle Schutzzölle sprechenden Beweisgründe sein, denn, wie gesagt, sie haben nie durchgeschlagen. Für die unter dem Drucke der Krisen stehenden Unternehmer und Kaufleute wiegen die freihändlerischen Sätze immer zu wenig. Heute wieder erleben wir das in England, dem einzigen Lande, das dem Freihandel bis dahin treu blieb. England treibt zur Zeit eine auf Preisabbau gerichtete Währungspolitik und hat mit der damit in Kauf genommenen schweren Krise und Absatzstockung schwer zu kämpfen. Die Webereiindustrie liegt zum großen Teil brach und damit natürlich auch die Färberei. Der Markt für Farbstoffe wird dadurch sehr eingeengt und die deutschen Fabriken, die durch die Absatznot ärger gepreßt werden als die englischen, unterbieten diese, um noch Aufträge zu erzwingen. Das hat dazu geführt, daß durch Gesetz die Einfuhr von Farbstoffen verboten wurde. Ohne den Preisabbau wäre die Absatzstockung der Webwaren nicht eingetreten, die Färbereien hätten mit Volldampf gearbeitet und die deutschen und englischen Farbstofffabriken hätten wahrscheinlich Mühe gehabt, zu vollen Preisen den Bedarf zu decken. So verdankt die Welt hier einer Währungspuscherei die Einführung einer Zollsperrre, der sicher andere folgen werden und die ganz bestimmt nicht dazu beitragen werden, die Beziehungen zwischen England und Deutschland friedlicher zu gestalten. Ist die Krise ausgebrochen, pocht der Exekutor [Beamter, dem die zwangsweise Betreibung öffentlicher Abgaben obliegt] mit einem protestierten Wechsel [Wechsel, dem die Zahlung verweigert wurde] in der Hand an die Tür des Unternehmers,

dann verliert dieser den Kopf. Er ist vernünftigen freihändlerischen Erwägungen einfach verschlossen. Zieht man einen Strich nach dem Verlauf der Preisbewegungen in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts, so erhält man eine stark abwärts geneigte Kurve. Zieht man daneben einen andern Strich nach dem Verlauf der Freihandelsbewegung, so erhält man eine Kurve, die der ersten parallel läuft. In demselben Maße, wie die Preise zurückgingen, entwickelte sich auch das Schutzzollsystem und damit in unmittelbarem Zusammenhang das Rüstungsfieber.

Es hat darum keinen Sinn für Freihandel, Frieden, Völkerbund und Abrüstung zu kämpfen, solange wir die Unternehmer und Kaufleute nicht vor der Gefahr der Preisstürze und Preisrückgänge und den damit verknüpften Absatzkrisen unbedingt zu schützen wissen. Andererseits erübrigt sich solcher Kampf, sobald wir es zeigen und noch besser durch die Erfahrung beweisen können, daß es möglich ist, solchen Schutz zu schaffen. Jeder Unternehmer, jeder Kaufmann, jeder kleine Handwerker ist ganz selbstverständlich für Freihandel, sobald er von ihm keinen Preisdruck mehr zu erwarten hat.

Aus dem Gesagten ergibt sich also folgendes: Der Weg zum Freihandel kann nur über eine Währung führen, die auf die Aufrechterhaltung eines festen Preisstandes gerichtet ist. Eine solche Währung können wir mit Gold und Silber niemals schaffen, wohl aber mit dem Papiergeld, dem jetzt so verpönten Papiergeld. Wenn wir die Währung durch Schaffung eines Reichswährungsamtes nach den bekannten Grundsätzen der *absoluten oder festen Währung* verwalten, so kann kein denkbares Ereignis der Welt, wirt-

schaftlicher oder politischer Natur noch Preisrückgänge, Preissprünge und allgemeine Krisen hervorrufen. Dann steht dem Übergang zum vollkommenen Freihandel und zum Verzicht auf die Grenzzoll-Souveränität nichts mehr im Wege. Dann können wir den Völkern zurufen: Kommt her alle nach Berlin, wir wollen einen neuen, einen echten, einen wirtschaftlichen Völkerbund bilden. Seht, wie wir hier bei uns dem Freihandel die Wege geebnet haben. Seht, wie wir durch *Freiland* die Bauern und durch *Freigeld* die Industrie für den *Freihandel* gewonnen haben. Seht, wie sie unter dem Einfluß dieser drei Reformen gedeihen, wie der Friedensgeist hier seinen Einzug vorbereitet, der Friedensgeist, den wir für die Völkerverständigung so nötig haben. Auf nach Berlin zur großen allgemeinen *Weltfreihandelskonferenz!*

Wenn der Völkerbund zustande kommt, so wird er einfach ein Freihandelsbund sein. Soll er mehr oder weniger als dies sein, so kommt er überhaupt nicht zustande, oder was dann zustande kommt, wird keinen Bestand haben. Der Handel ist die einzige Reibungsfläche zwischen den Staaten, der Freihandel ist der einzige Weg zu einem Zustand, wo diese Reibungsfläche keine Funken mehr gibt. Man ist in weiten Kreisen immer noch der Meinung, daß dieser Krieg von Kapitalisten angezettelt wurde. Mag sein, daß die Rüstungsindustrie, die doch nur einen kleinen Teil der Industrie darstellt, vom Kriege Vorteile erwartete. Dann hätte sie falsch gerechnet. Schon vor dem Kriege hatte der Engländer Angell den ganz genauen Nachweis erbracht, daß der Krieg immer und unter allen Umständen den Kapitalisten nachteilig ist. Das Rechnen ist aber in der Regel

eine gerade von Kapitalisten besonders sorgsam gepflegte Kunst. Mußten sich die Kapitalisten in solch schwerwiegender Angelegenheit von einem Schriftsteller belehren lassen? Nein, die Kapitalisten, die Kuponabschneider, die da in Wiesbaden und Nizza in ihren Villen ein so schönes Leben führen, die wollen sicher keinen Krieg. Für sie ist die Welt vollkommen, wie sie war. Sie wollen den Krieg ebensowenig, wie sie die Revolution wollen. Sie wissen auch, wie leicht aus einem Krieg die Revolution wird. Viel kriegerischer gesinnt ist der vom Hunger, von der Not geplagte Proletarier, dem Krieg und Revolution nach seiner Meinung nie mehr kosten können, als seine Ketten. Viel kriegerischer als der Kapitalist ist auch der von Zollgrenzen eingeengte Unternehmer und der durch die Krise mit dem Ruin bedrohte Kaufmann. Wenn jemand den Krieg als ultima ratio [letztes Mittel, letzter Ausweg] nicht immer gleich von der Hand wies, wenn jemand 1914 vielleicht mit Befriedigung die Kriegserklärung aufnahm, so mag das ein Unternehmer gewesen sein, dem neue Zollschwierigkeiten den Absatz raubten und der im Krieg das Mittel erblickte, um den Zollkriegen ein Ende zu machen, um die Zollgrenzen vielleicht 100 Meilen weiter nach Osten oder Westen zu verlegen, wobei es ihm möglicherweise gleichgültig war, ob der Krieg mit Sieg oder Niederlage endete, ob sein Land bei den Annektionen aktiv oder passiv beteiligt sein würde.

Der Mensch braucht eben die ganze Erde, und wenn ein Volk ein Stück dieser Erde abgrenzt, zum Zwecke andere Völker davon auszuschließen, so ist das eine Tat, die früh oder spät den Krieg nach sich zieht. Zoll und Krieg sind

gleichbedeutend, wie Freihandel und Frieden auch gleichbedeutend sind.

Die ganze Erde, der Erdball, der dort in weitem Bogen um die Sonne kreist, das ist mein, das ist dein, das ist unser aller Platz an der Sonne und diesen Platz darf kein Hoheitsrecht dem Menschen streitig machen.

Fort aber mit dem Souveränitätsrecht der Staaten, so weit es zu der Entwicklung von Zollgrenzen mißbraucht werden kann!

Mancher mag nun hier einen Seufzer ausstoßen und sagen: Was geht uns Deutschen zur Zeit der Völkerbund und der Freihandel an, solange der Vertrag von Versailles uns bedrückt und bedroht. Das Hemd liegt uns näher als der Rock, viel wichtiger als alles andere ist die Frage, wie wir den Hals aus dieser Schlinge bekommen, wie wir eine Nachprüfung dieses Vertrages erreichen können, die uns wieder Luft gibt und zu der Hoffnung berechtigt, daß wir aus diesem Zusammenbruch mit dem Leben davon kommen. Hunderttausend sind schon an der Not zugrunde gegangen, die dieser Vertrag über uns brachte. Millionen wälzen den Gedanken des Selbstmordes in ihren Köpfen.

Gewiß, der Vertrag ist hart, vielleicht überhaupt unerfüllbar, da wir ja noch gar nicht wissen, was uns noch alles aufgebürdet werden wird. Gewiß ist es auch, daß die herrschende Gesellschaft in Paris den Deutschen am liebsten den Garaus machen würde. Sie sind dort in der Beziehung um kein Haar besser als in Berlin. Auch dort würde man, wenn es ginge, die Kommunisten mit Feuer und Schwert ausrotten. Deutschland erscheint vielen Franzosen mit Recht oder Unrecht als eine ewige Gefahr, die sie nur dadurch

glauben beschwören zu können, daß sie uns in irgend einer Weise ums Leben bringen. Das billigste, humanste Mittel zu diesem hohen Kulturziel ist der wirtschaftliche Druck, der Hunger, die Tuberkulose der Jugend.

Es ist ja anzunehmen, daß mit der Zeit und in dem Maße, wie sich die Franzosen von dieser Zwangsvorstellung befreien werden und sie sich wieder sicher fühlen, auch bei ihnen der jetzt in den Hintergrund getretene Kulturmensch sich wieder an die Oberfläche wagen wird, und daß dann die Pariser das Versailler Vertragsinstrument selber als Papierfetzen behandeln und ihn auf den Unrathaufen der Kriege werfen werden.

Zur Beschleunigung dieses Entwicklungsprozesses können wir hier in Deutschland natürlich sehr vieles beitragen. Wenn der Friedenswille, der Friedensgeist sich hier breit machen und die Herrschaft erringen könnte, wenn wir in den Kirchen, den Schulen, in der Presse den Geist propagieren würden, den der Völkerbund voraussetzt, wenn wir auch nur zu der nüchternen Erkenntnis kommen und sie überall öffentlich vertreten würden, daß, wenn die Gewalt uns mit Hilfe unseres unvergleichlichen Heeres nicht zum Ziele führen konnte, dies erst recht nicht mit dem kläglichen Häufchen Soldaten möglich sein wird, das heute übrig geblieben ist – dann würde man sich in Paris sicherer fühlen, und die Sicherheit ist doch die wichtigste Voraussetzung für gerechtes Denken und Handeln.

Wenn also die Revision des Versailler Vertrages für uns eine Lebensfrage ist, wenn diese Revision in hohem Maße von dem in Deutschland herrschenden Geist abhängig ist – so erhebt sich die Frage: Was können wir tun, um

in Deutschland dem Friedensgeist eine Bresche zu schlagen, um den Acker zu bereiten, auf dem der Friedensbaum Wurzel schlagen soll? Früher war der Frieden eine Kulturfrage, jetzt ist er für Deutschland eine Lebensfrage geworden.

Der Kriegsgeist wird nicht erst dann geboren, wenn man uns die Flinte in die Hand drückt und man uns befiehlt, auf fremde, uns völlig unbekannte, vielleicht sogar sehr achtens- ja liebenswerte Menschen zu schießen. Der Kriegsgeist kam nicht plötzlich am 1. August 1914 in Gestalt einer Taube oder eines Raben über das deutsche, russische, englische, französische Volk. Der Kriegsgeist kommt auch nicht mit dem Wind von fernher. Nein, er wird am heimischen Herd, im eigenen Land gezeugt, genährt, gezüchtet. Er ist ein eheliches Kind unserer eignen sozialen Zustände. Aus einer Mörderhöhle kann allein der Kriegsgeist stammen, und diese Mörderhöhle haben alle Völker sich in ihren wirtschaftlichen Zuständen geschaffen. Das, was in früheren Zeiten Räubervölker durch Heeresmacht zu schaffen suchten, ein Sklavenheer, eine Menschenschicht, auf die man alle Mühseligkeiten des Lebens abwälzen konnte, genau dasselbe haben die Deutschen, Franzosen, Amerikaner sich im Proletariat geschaffen und haben die Gesetzgebung benutzt, um solchen unnatürlichen Zustand gewaltsam aufrecht zu erhalten.

Aus dieser Zweiteilung des Volkes in Arbeiter und Genießer ist der Kriegsgeist erwachsen, sie bilden den Born, der fortzeugend Böses gebären muß, den Geist der Gewalt, der Unterdrückung, der in den Sitten und Gesetzen, in Werk und Wort überall in Erscheinung tritt und der sich unter anderm auch darin zeigt, daß die Völker die Souveränitätsrechte zu Errichtung von Zollgrenzen mißbrauchen.

Sollen wir den Kriegsgeist bekämpfen, so müssen wir seine Quelle verschütten. Das Sklavenheer, das Proletariat, die schlechtgenährten, überarbeiteten, in Höhlen wohnenden Massen, die zu jeglicher geistigen Bildung keine Zeit haben, verschwinden müssen sie, zusammen mit denen, die sie reiten. Proletarier und Rentner, Roß und Reiter – fort mit ihnen! Im Zukunftsstaat, im gelobten Land der deutschen Arbeiter darf es keine Proletarier geben.

Die Frage, wie wir in dieses gelobte Land gelangen, beantwortet *Freiland – Freigeld*. Dieselben Mittel, die uns den Weg zum Freihandel und zum Völkerfrieden bereiten, dieselben Mittel, Freiland – Freigeld bewähren sich auch als Bahnbrecher des Bürgerfriedens.

Mit der Zertrümmerung des Klassenstaates, mit der Ausrottung des Rentnertums und des Proletariats wird der Friedensgeist seinen Einzug halten am häuslichen Herd, in der Öffentlichkeit, in der Schule, in der Presse. Und wenn er dann hier Wurzel geschlagen, wenn Gesetz und Recht von diesem Geist durchtränkt sein werden, wenn zu dem die wohlthätigen Wirkungen von Freiland und Freigeld überall in die Erscheinung treten, wenn es offenbar wird, daß wir es hier mit einem gelungenen Versuch eines reinen Arbeiterstaates zu tun haben, wo es keine anderen Ausbeuter mehr gibt, als die Entente, dann werden wir die Arbeitervertreter der ganzen Welt zu uns einladen, damit sie sehen, wie man es macht.

Und dann werden wir ihnen sagen: Das, was ihr hier seht, sind nur die Keime. Es liegt ein Brett darauf, das die volle Entfaltung unseres Arbeiterstaates verhindert. Helft uns, das Brett fortschaffen, helft uns zu einer *Revision*

des Vertrages von Versailles. Die Bolschewisten könnten mit der entschlossenen Unterstützung der Arbeiter aller Länder rechnen, wenn sie den Beweis erbracht hätten, daß das, was sie dort in Rußland geschaffen, wirklich ein Fortschritt ist. Nichts wirkt stärker als das Beispiel. Kein Staat, England sowenig wie Frankreich, könnte dann gegen die Bolschewik irgend etwas unternehmen. Ja, die englischen und französischen Arbeiter würden die Forderung erheben und sie auf irgend eine Weise durchsetzen, daß den Bolschewik bei der Errichtung ihres Staates tatkräftig geholfen werde. Diese Unterstützung blieb den Bolschewik versagt, weil ihr Wirken nur Zerstörung des kapitalistischen Betriebes, nicht aber auch zugleich *Aufbau* des Arbeiterstaates gewesen ist.

Gelingt es uns dagegen, hier in Deutschland zum ersten Male in der Weltgeschichte auf dem Wege von Freiland – Freigeld einen ausbeutungsfreien, reinen Arbeiterstaat zu bilden, wo die Wirtschaft, weil frei von Innenreibung, doppelten, ja, vielfachen Ertrag gibt, wo zudem die persönliche Freiheit, Selbständigkeit, Unabhängigkeit der Bürger sich schon in ihrem stolzen, freien, gesitteten Benehmen kundgibt, so braucht es kaum noch ausgesprochen zu werden, daß dieser unser Staat, der Staat der Boches und Hunnen, der Sympathien der Arbeiter der ganzen Welt, der Anarchisten, der Syndikalistens, der Internationalen, der Mehrheits- und Minderheitssozialisten sicher sein kann, daß diese Arbeiter den deutschen Staat als ihren Versuchsstaat betrachten werden, und daß sie darum jede Bedrückung und Bedrohung dieses Staates als einen gegen sie selbst gerichteten kapitalistischen Sabotageakt betrachten und behandeln werden.

„The germans to the front“, die Deutschen an die Front, hieß es damals. Nun erschallt derselbe Ruf wieder:

The germans to the front – aber nicht mehr mit dem Befehl, den Chinesen die Zöpfe auszureißen, sondern um den Entscheidungskampf aufzunehmen in dem seit 6000 Jahren seit Hammurabi tobenden Kampf gegen die Ausbeutung und Sklaverei.

Die Freiland – Freigeld – Bewegung.

Ihre Hauptträger in Deutschland sind:

a) Der „*Deutsche Freiland-Freigeld-Bund*“, Vorsitzender: Otto Maaß. Erfurt.

Bundeszeitschrift: „Deutsche Freiwirtschaft“, herausgegeben unter Mitwirkung von W. Beckmann, Gewerkschaftsführer; Silvio Gesell; Dr. K. Polenske, Universitätsprofessor; O. Weißleder, Bergwerksdirektor. – Schriftleiter: R. Hoffmann, Erfurt, Nettelbeckufer 16. – *Freiland-Freigeld-Verlag*, Sontra in Hessen.

b) Die „*Physiokratische Vereinigung*“, Bevollmächtigter: Georg Blumenthal; ihre Ziele vertreten die Zeitschriften:

„*Der Physiokrat*“, Herausgeber: Georg Blumenthal, Berlin-Lichterfelde, Steglitzerstr. 31;

„*Die Freie Meinung*“, Herausgeber: E. Schmalfeld, Hamburg 4, Eckernförderstr. 29;

„*Die Entscheidung*“, Wochenzeitung, herausgegeben von Dr. Karl Polenske, Berlin.

Die Zahl der Ortsgruppen dieser beiden Verbände mehrt sich ständig; es bestehen bis jetzt die folgenden:

Barmen, Vorsitzender: A. Bösler, Lehrer, Linienstr. 27

Berlin (D. F. F. B.), Vorsitzender: Langelütke, stud. rer. pol., Berlin-Friedenau, Kreuznacherstr. 2. *Geschäftsstelle*: Berlin-Treptow, Leiblstraße 25 (Fr. Käthe Müller).

Berlin (Ph. V.), Bevollmächtigter: Georg Blumenthal, Berlin-Lichterfelde, Steglitzerstr. 31.

Dresden, Vorsitzender: Dr. C. Lauer, Krusestr. 15.

Eisleben, Vorsitzender: Otto Weißleder, Bergwerksdirektor.

Elberfeld, Vorsitzender: F. Schulze, Lehrer, Frankenplatz 23.

Erfurt, Vorsitzender: R. Hoffmann, Lehrer, Nettelbeckufer 16.

Halberstadt, Vorsitzender: F. Matthias, Lehrer, Seydlitzstr.35

Hamburg (D. F. F. B.), Vorsitzender: L. Berendsohn, Blankenese, Schulweg 4.

Hamburg (Ph. V.), Vorsitzender: Willy Wetzels, H. æ, Eimsbüttel, Faberstr. 15.

Harburg, Vorsitzender: Emil Eickhoff, Jägerstr. 50.

Kiel, Vorsitzender: Manfred Westphal, Düppelstr. 72

Leipzig, Vorsitzender: G. Sickinger, Dipl. Ing., Leipzig-Gohlis, Erfurterstraße 6.

Magdeburg, Vorsitzender: F. Lichtenberger, Lehrer, Leipzigerstr. 1.

Nürnberg, Vorsitzender: Dr. B. Uhlemeyer, Lindenaststr. 1.

Oranienburg, Vorsitzender: Dr. Rich. Bloeck, Eden.

Schmölln, (S.-A.), Vorsitzender: Bruno Schubert, Ronneburgerstr. 37.

Schweinfurt, Vorsitzender: L. Hohmann, Lehrer, Niederwernerstraße 121/2.

Sontra, Vorsitzender: Helmut Haacke, Verleger.

Stettin, Vorsitzender: Born, Oberpostsekr., Pasewalker Chaussee 6.

Weitere Ortsgruppen sind in der Bildung begriffen in: *Bochum, Bremen, Breslau, Düsseldorf, Essen, Freiburg i.B., Hagen i. W., Hagenow i. M., Köln*. Auskunft erteilen die im Schriftenverzeichnis angeführten Geschäftsstellen.

In der Schweiz wirkt seit Jahren mit schon weit gediehem Erfolg der
 „Schweizer. Freiland-Freigeld-Bund“

Zeitschrift: „*Freistatt*“, Schriftleiter: Fritz Schwarz, Erlachstraße 5, Bern.

Seine Ziele faßt der Bund wie folgt zusammen:

„*Was wir wollen*: Nichts Geringeres als die Beseitigung des Klassenstaates und aller Ausbeutung, die Schaffung der wirtschaftlichen Grundlagen für ein schönes, freies, natürliches Volksleben. Was die Sozialisten auf dem Wege allgemeiner Verstaatlichung und der damit nicht zu vermeidenden Freiheitsbeschränkungen erstreben, das erreichen wir, fußend auf einer neuen, unantastbaren *Wirtschaftslehre*, mit einfachsten, aber durchgreifenden Mitteln, unter gleichzeitiger Schonung, ja Förderung der persönlichen Freiheit, Selbstverantwortung und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit aller Bürger.“

Es sind also Ziele, die jeder redlich Schaffende sich zu eigen machen kann; sie sind geeignet, das bisher bitter entbehrt einigende Band um das arbeitende Volk zu schlingen und diesem wahren Kulturträger dadurch die Selbstbestimmung seines Geschickes zu überantworten. Vorbedingung, zugleich aber auch Gewähr für ihre Verwirklichung ist, daß alle, die in sich die Kraft zur Tat oder gar zur Führerschaft spüren, sich mit den wirtschaftlichen Grundlagen vertraut machen, wozu das Buch die „Natürliche Wirtschaftsordnung“ den besten Wegweiser bildet.

Der Freiwirtschaftsbund,

auf dem Kongreß zu Hannover versammelt, beschließt nach umsichtiger Prüfung der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage folgende Kundgebung:

An das deutsche Volk!

Die wirtschaftliche, finanzielle und politische Gesundung fordert unverzügliche durchgreifende Taten. Diese heute erforderlichen Taten stehen jedoch in keinem Parteiprogramm und können auch von keiner Partei erwartet werden, da das, was jetzt zu tun ist, diesmal der Rettung des Ganzen, nicht aber den Parteien zu dienen hat. Keiner Partei darf man verständigerweise die Kraft zumuten, selbst am eigenen Leibe die brandig gewordenen Glieder abzusägen. Die Eingriffe in althergebrachte Vorrechte, in das Privatvermögen, die Opfer an politischen Idealen und Weltanschauungen, die die Rettung des Ganzen immer gebieterischer fordert, sind zu schwerer Natur, als daß wir sie von den Gesandten des Parteigeistes, von der sog. Volksvertretung erwarten dürften. Dort, wo die Mitwirkung aller erforderlich ist, darf man sich nicht mehr an die Parteien wenden.

Bald sind es drei Jahre, daß wir es mit Parteien und Parteikoalitionen versuchen, mit dem Erfolg, daß die Lage immer verworrener, daß der politische Mord sich als Waffe der Parteipolitik einbürgert. Vom Regierungsprogramm ist nichts zu erwarten, und wenn die Regierung gestürzt wird, dann haben wir die Anarchie in der schlimmen Deutung des Wortes. Und nicht nur in bezug auf die innere Politik treiben wir dem Untergang entgegen, auch in der Außenpolitik die gleiche tödliche Untätigkeit. Man ruft uns zu: „*Germans to the Front!*“ Deutschland an die Front des Weltfriedens! Statt aber die wunderbare politische Konstellation zu einem Angriff auf der ganzen Breite der Weltfriedensfrage zu benutzen, sind wir völlig stumm. Die Welt erwartet von *uns*, den Besiegten, nicht von den durch den Sieg berauschten Ententevölkern, den ersten Schritt, die erlösenden neuen Gedanken in der Weltfriedensfrage.

Angesichts dieses völligen Versagens der Parteien müssen wir uns jetzt als Volk über die Parteiorganisationen hinweg zu einen trachten unter Benutzung der unpolitischen Organisationen (landwirtschaftliche Organisationen, Gewerkschaften, Beamtenbünde usw.) und die Parteien auffordern, sich zunächst einmal rückhaltlos in den Dienst des Ganzen zu stellen.

Die Diktatur brauchen wir jetzt, die Diktatur des Gemeinwohls, da alle anderen denkbaren Regierungsformen versagen. Parteiregierung oder Diktatur – ein Drittes gibt es nicht im Klassenstaat. Keine usurpierte [gewaltsam genommen], auf Bajonetten sich stützende Diktatur ehrgeiziger Männer. Die Diktatur der Not soll jetzt herrschen, und in der Erkenntnis ihrer Notwendigkeit werden sich alle zwanglos dem fügen, was dieser strengste aller Diktatoren verfügen wird.

Das, was geschehen muß, soll jetzt geschehen!

Alle wissen es, daß die erste Voraussetzung für die Rettung die durch keinen Parteigeist gehemmte, entschlossene Mitwirkung des ganzen Volkes ist.

Heran! Alle, alle heran! Kein einziger darf fehlen. Die Industriearbeiter, die Bauern, die Beamten, die Kaufleute, alle Vertreter der freien Berufe, die Lehrer und Geistlichen, alle, alle müssen in die Speichen greifen unter den anfeuernden Zurufen ihrer Vertrauensmänner. Und jeder muß sein Bestes geben.

Es wäre jedoch mehr als töricht, solche gemeinsame Rettungstat zu erwarten, wenn nicht alle die, die da mitwirken sollen, von der Hoffnung beseelt wären, daß das Rettungswerk

etwas Neuem, Großem und Schöнем

gelten soll, nämlich dem von Frieden und Freiheit strotzenden Zukunftsstaate. Unserem Staate, dem Staate des werktätigen Volkes soll die Fron jetzt gelten.

Die Diktatur der Not, die Verzweiflung mag das Werk in Gang setzen, aber nur eine

große lichte Hoffnung

wird das Werk in Gang erhalten können bis zur Vollendung.

Das Volk hatte gehofft, den Zukunftsstaat als etwas Fertiges von den „Expropriateuren“ zu erben. Die Kapitalisten wurden als die natürlichen Erbonkel des Proletariats betrachtet, als die tönernen Spargbüchse, die man zerschlägt, um zu ihrem Inhalte zu gelangen. Mit der Einsicht, daß wir vom Staate der Kapitalisten nicht viel mehr als den Bauplatz für den Zukunftsstaat erben werden, daß wir den Staat der Arbeiter von Grund auf neu errichten müssen, daß wir ihn nur tiefend von Schweiß betreten werden, daß Jahre schwerster Arbeit dazu gehören, möchte mancher vielleicht verzagen. *Um so sicherer begründet muß daher die Hoffnung sein, daß diesmal, nach unzähligen mißglückten Versuchen, der rechte, der sichere, der gerade und kurze Weg zum Zukunftsstaat betreten wird.*

Nur dann, wenn solches Bewußtsein bei allen Arbeitern lebendig wird, mögen die geistigen Spannkkräfte nicht erlahmen, bis wir auf der steinigen Straße Einkehr halten in das sozialistische Reich. Den Geist der Sabotage, des Streiks, des Aufruhrs kann jeder in seiner Brust nur bändigen, wenn er von solcher Selbstbeherrschung eine wirksame Förderung seiner Ziele erwartet.

Gibt es aber ein Parteiprogramm, das solche frohen Hoffnungen erwecken, ihnen Nahrung geben könnte?

Statt die Massen zu einen, häuft jedes dieser Parteiprogramme nur noch mehr Sprengstoff zu dem schon vorhandenen. Alle diese Parteipro-

gramme sind vom verabscheuungswürdigen Parteigeist vergiftet, auf Klassenherrschaft zugespitzt. Mit ihnen kann man wohl alles zerstören, aber nicht aufbauen. Nur gezwungen, widerwillig wird der Bauer tun, was ihm der Kommunist befiehlt. Und ehe der Proletarier sich wieder unter das Joch des Kapitalismus beugt, wird er alles in Flammen aufgehen lassen. Der Rat, den der verzweifelnde Kautsky dem Proletariat gab, zerschellt an den Hoffnungen, die derselbe Kautsky im Proletariat erweckt hatte.

Der Grund, warum die Programme der Linken nicht auch *selbstverständlich* zum Programm des gesamten werktätigen Volkes wurden, liegt allein darin, daß diese Programme den Kampf wider den Kapitalismus mit der Forderung der kommunistischen Wirtschaftsordnung verquicken, so daß dann alle, die den Kommunismus ablehnen, sich den proletarischen Heeren nicht anschließen können. Die so bitter nötige Einheitsfront blieb so immer ein Traum.

Zurückzuführen ist diese kommunistische Formulierung des Kampfes wider den Kapitalismus in erster Linie auf die marxistische Lehre, wonach das Privateigentum an den Produktionsmitteln schlechthin den Keim der Ausbeutung enthält, einen Keim, der nach Marx sich zwangsläufig, automatisch und unaufhaltsam bis zur vollkommenen Proletarisierung des ganzen Volkes entwickeln soll. Logischerweise führt solche Lehre zum Schluß, daß nur die Abschaffung des Privateigentums und damit auch nur der Kommunismus den Keim der Ausbeutung aus der Gesellschaft entfernen kann. Hätten die Marxisten recht mit ihrer Auffassung, dann allerdings müßte jeder, der die Ausbeutung verabscheut, wohl oder übel auch den Kommunismus wollen.

So sehr nun die Arbeiter aller Berufe den gleichen Wunsch hegen, das Schmarotzertum von sich abzuschütteln, und darum auch selbstverständlich für jede Aktion zu haben sein müssen, die ihnen solche Befreiung verspricht, so wenig sind die Hoffnungen berechtigt, eine Einheitsfront dieses arbeitenden Volkes unter dem Banner des Kommunismus zustande bringen zu können. Wäre der Kommunismus der einzige Weg, der zum Siege im Kampfe wider die Ausbeutung führen kann, so müßte der Ruf „*Proletarier aller Länder seid einig*“ als Utopie erklärt werden.

Die Bauern, Handwerker, Techniker, Ärzte, Kaufleute, Künstler, Schriftsteller, also heute noch in allen Ländern die große und gewichtige, wahre Masse des Volkes, wollen selbständig bleiben, selbstverantwortlich, keinen verfügenden, befehlenden Behörden in ihrer Berufstätigkeit unterworfen sein. Sie ziehen die persönliche Verantwortung dem Kommunismus unbedingt vor, und das sogar heute, wo diese Schichten vom Kapitalismus ebenso ausgebeutet werden wie das Proletariat. Sie sind sogar in der Regel entschlossen, wenn der Ruf erschallt: „*Hie Kommunismus, hie Kapitalismus*“ Schulter an Schulter mit ihren Ausbeutern und Peinigern gegen die Kommunisten zu marschieren. Von den in der Wirtschaft ausschlaggebenden Bauern kann man das sogar ohne jede Einschränkung behaupten. Wie gering übrigens selbst bei den Industriearbeitern der Wunsch nach wahrem Kommunismus lebendig ist, zeigt die Tatsache, daß sie ihn nie üben, selbst dort nicht, wo, wie in der *Lohngemeinschaft*, sie nichts davon abhält als der Egoismus.

Wäre es darum möglich, das eigentliche Ziel: *die Überwindung des Kapitalismus*, auf anderem als auf kommunistischem Wege zu erreichen, so könnten sich für diesen Kampf sofort die Arbeiter aller Berufe, die Bauern, die Beamten, die Lehrer, die Ärzte und Techniker, die Kaufleute finden, um in geschlossener Front gegen den gemeinsamen Feind zu marschieren. Der Sieg wäre *dann nicht mehr das Werk eines blutigen, mörderischen, erschöpfenden, alles zerstörenden Bürgerkrieges*, sondern ein Willensausdruck der ungeheuren, überwältigenden Mehrheit des Volkes und Sache einer einfachen Proklamation. Das Volk spricht dann: *Es werde!* und es *wird*.

Gibt es nun einen solchen, nicht kommunistischen Ausweg aus der kapitalistischen Hölle?

Der auf dem Kongreß zu Hannover versammelte *Freiwirtschaftsbund*, im Vollbewußtsein der Größe der Verantwortung,

bejaht einstimmig diese inhaltschwere Frage.

Der Forschung gelang es, den vollen, klaren Nachweis zu erbringen, daß der Keim der Ausbeutung, den Marx im Privateigentum schlechthin gefunden zu haben wähnte, nicht dort, sondern weiter zurück im uralten, von den Babyloniern, Juden, Griechen und Römern *unbesehen* übernommenen, *niemals einer Nachprüfung unterzogenen*

Geld- und Bodenrecht

zu suchen ist.

Durch zwei einfache, aber durchgreifende und allumfassende Reformen, die den Namen

Freiland-Freigeld

führen, läßt sich das Übel an der Wurzel fassen und eine im Sinne der Ausbeutung, des Mehrwertes, des arbeitslosen Einkommens, des Zinses, der Grundrenten, der Börsendifferenzen und sonstigen Schmarotzertums vollkommen freie Volkswirtschaft aufbauen, die gegen alle Erschütterungen, gegen Krisen und Arbeitslosigkeit geschützt ist und unter Wahrung der persönlichen Freiheit und Unabhängigkeit, unter Wahrung und Betonung des Privateigentums

das Recht auf den vollen Arbeitsertrag

voll verwirklicht,

die Rückverwandlung des Proletariats in wohlhabende Vollbürger

gewährleistet und noch sonst eine ganze Reihe der segensreichsten Begleiterscheinungen zeitigt, worunter als wichtigste hier erwähnt werden:

- a) die Möglichkeit eines weitgehenden Abbaues des heute an der Gigantanasis verendenden Staates;
- b) die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine wucherisch um sich greifende Politik des Friedens, des Bürger- und des Völkerfriedens.

Das aus dem Parteihaider geborene Parlament, das sich jetzt in der Zeit der höchsten Not als unfähig erweist, auch nur die Gesetze zu erlassen, die für die Balancierung [Ausgeglichenheit] des Etats nötig sind, und so die Reichsregierung zwingt zu Mitteln zu greifen, die sonst nur von Verbrechern gebraucht werden und auch immer als Verbrechen gebrandmarkt worden

sind (*Papiergeldwirtschaft*), wird sich selbstverständlich auch als unfähig erweisen, die hier oben als einzigen Rettungsweg bezeichneten Reformen durchzuführen. Die Verfassung versagt, weil

die ökonomischen Grundlagen für eine solche Verfassung fehlen.

In der Erkenntnis, daß diese ökonomischen Grundlagen des Parlamentarismus nicht vom Parlament geschaffen werden können, daß nur eine über den Parteien stehende *Gewalt* die jetzige Lage entwirren und die Voraussetzungen für eine parlamentarische Regierung schaffen kann, in der auf den völligen Zusammenbruch aller proletarischen Hoffnungen sich stützenden Erwartung, daß dem Freiwirtschaftsbund über kurz oder noch ehe die jetzige Regierung völlig abgewirtschaftet haben wird, die Massen aus allen Parteien zuströmen werden, erklärt der auf dem Kongreß zu Hannover versammelte Freiwirtschaftsbund öffentlich und feierlich, daß er bereit ist und sich befähigt fühlt

die Führung der Reichsgeschäfte

in die Hand zu nehmen und, gestützt auf die Organisationen der Industriearbeiter, der Landwirte, der Handwerker, der Beamten und Kaufleute, sie auf dem Wege der Verfügung zu leiten nach folgendem Programm:

Regierungsprogramm des Freiwirtschaftsbundes.

Versailles.

Solange wir keine Nachprüfung des Vertrages herbeiführen können, werden wir den Vertrag erfüllen, und zwar nicht nach *Möglichkeit*, sondern überhaupt, nach dem Buchstaben der Urkunde.

Für die Revision des „Vertrages“ werden wir die Arbeiter der ganzen Welt gewinnen, wenn wir dem Proletariat zeigen, daß wir hier in Deutschland uns ernsthaft bemühen, das proletarische Ideal, den von jeder Ausbeutung freien Volksstaat zu errichten und daß uns der Versailler Strick daran hindert, dieses große Kulturwerk mit der gebotenen Schnelligkeit zu vollenden.

Über die Möglichkeit, den Vertrag auch ohne solche Revision buchstäblich zu erfüllen, kann kein Zweifel bestehen, wenn es uns gelingt, im Proletariat eine neue Hoffnung zu erwecken und die Volkswirtschaft in Vollbetrieb zu setzen und darin zu erhalten.

Die von der Entente geforderten 132 *Milliarden Goldmark* bilden den dritten Teil des von einigen auf 350, von anderen auf 4 – 500 *Milliarden* geschätzten steuerbaren Vermögens im Deutschen Reich. Wird somit dieses Vermögen mit einer Reichshypothek von einem Drittel belastet, so kann die Ententeforderung restlos von den Reichskassen abgebürdet werden. Daß aber das steuerbare Vermögen im Deutschen Reich eine solche Belastung tragen kann, steht außer Zweifel, da der Zins dieser Summe nur den dritten Teil der Zinsen verschlingen wird, den die Kapitalisten aus ihrem Vermögen ziehen. Nur dann kann man von einer steuerlichen Überspannung reden, wenn die Steuer den Reinertrag des Kapitals überschreitet. Der Beweis, daß das Vermögen im Deutschen Reich eine Belastung von 132 *Milliarden Goldmark* tragen kann, ist übrigens auch schon erfahrungsgemäß erbracht, denn vor dem Kriege trug dies selbe Vermögen eine viel

größere Last an Hypotheken, Obligationen, eine Last, von dem das Kapital durch die Helfferichsche Papiergeldwirtschaft um 90 und mehr Prozent befreit wurde. An die Stelle der zu Wasser gewordenen Privathypotheken setzen wir eine *Reichshypothek*, das ist finanztechnisch für den Steuerzahler der ganze Unterschied. Was der Besitzer der Vermögensobjekte bis vor dem Kriege an Zinsen dem Eigentümer der Hypotheken und Obligationen jährlich zahlte, das wird er jetzt an die Reichskassen abliefern. Privatwirtschaftlich wirkt sich die Sache dahin aus, daß die Zinsen dieser Hypotheken statt von deutschen Rentnern nunmehr von den Rentnern der ganzen Welt verzehrt werden. Ein Unterschied, der dem eine Träne auspressen wird, dem der Gedanke unerträglich ist, daß er nicht mehr von seinen Landsleuten, sondern von Ausländern ausgebeutet wird.

Vor dem Kriege standen die städtischen und ländlichen Liegenschaften reichlich mit 50% der Schätzung unter Hypothek. Das übrige Vermögen, das bewegliche Gut, mag in ähnlicher Höhe durch Schuldbriefe und Wechsel verpfändet gewesen sein. Das wären dann bei einem Vermögen von *400 Milliarden Goldmark* rund *200 Milliarden Goldmark* (Staatspapiere, Hypotheken, Obligationen, Schuldverschreibungen, Wechsel) gewesen, die die Schuldner verzinsen mußten und auch jahraus, jahrein verzinsten. Durch die Helfferichsche Papiergeldwirtschaft sind diese 200 Milliarden Goldmark nun zu 200 Milliarden Papiermark geworden, die zum jetzigen Kurs keine *15 Milliarden Goldmark* ausmachen. *Den Schuldnern der genannten 200 Milliarden Goldmark hat die Papiergeldwirtschaft also 185 Milliarden Goldmark (200 – 15) erlassen.* Werden diese Schuldner nun mit den *132 Milliarden Goldmark* der Entente belastet, so stehen sie sich immer noch um *53 Milliarden besser als vor dem Krieg*, während z.B. die treuen Patrioten, die ihren Grundbesitz verkauften (es mögen nicht viele gewesen sein), um Kriegsanzleihen zeichnen zu können, durch die Papiergeldwirtschaft reichlich 90% ihrer Habe verloren haben, abgesehen davon, daß auch dieser kleine Rest durch direkte und indirekte Steuern zu den Staatslasten in demselben Umfang herangezogen wird wie das übrige, von der Helfferichschen Papiergeldwirtschaft verhätschelte Vermögen. Bei der obigen Rechnung sind zwei Hauptfaktoren unsicher:

- a) die Größe „*Goldmark*“;
- b) die Größe „*deutsches Vermögen*“.

Auf der Brüsseler Konferenz wurde der von Prof. *Cassels*-Stockholm gemachte Vorschlag, wonach die Größe „*Goldmark*“ in einem *Warenpreisindex* festzulegen sei, von der Entente abgelehnt. Bei der Unterzeichnung des *Londoner Vertrages* wurde von der deutschen Regierung kein Einspruch gegen die Ablehnung dieses Vorschlages erhoben. Wir haben uns dort blindlings verpflichtet, *das gesamte greifbare Gold der Welt siebenmal an die Entente abzuliefern, ohne irgendeine Sicherung zu schaffen, daß wir dieses Gold nach jedesmaliger Ablieferung uns zum gleichen Preis für die nächste Ablieferung wieder werden beschaffen können.* Somit besteht die Gefahr, oder wenigstens die Möglichkeit, daß die Entente die Einheit *Goldmark* in ihrem für uns maßgebenden Ausdruck „*Warenpreise*“ beliebig strecken kann, so

daß es ganz vom guten Willen der Franzosen abhängig ist, wieviel Waren wir für die verlangten *132 Milliarden Goldmark* werden liefern müssen. Die Entente kann ja durch einfaches Festhalten unseres in Gold (oder, was hier ganz dasselbe ist: *Goldforderungen*) zu leistenden jährlichen Tributes den für Deutschland in Waren sich ausdrückenden Preis dieses Goldes beliebig hochschrauben! Wenn es zu einer Revision des Vertrages kommt, so werden wir darauf dringen, daß dieser Punkt in erster Linie geklärt werde.

Die Größe „deutsches Vermögen“, die wir mit 4 – 500 Milliarden Goldmark unserer Rechnung zugrunde legten, hängt, wie wir eben sahen, vollkommen von der Entwicklung ab, die der Preis des Goldes (in Waren ausgedrückt) nehmen wird. Dieser Preis könnte nach den Erfahrungen der letzten 50 Jahre leicht auf die Hälfte zusammenschrumpfen, wie auch ebenso leicht auf das Doppelte steigen, falls die Goldproduktion dieselben Schwankungen durchmacht wie bisher. Abgesehen aber hiervon, ist die in Geld ausgedrückte Größe „deutsches Vermögen“ auch wieder vollkommen abhängig von der Entwicklung der Löhne und der Arbeitsleistungen, *denn die als deutsches Vermögen genannte Summe ist ja weiter nichts als das kapitalisierte arbeitslose Einkommen, als der den Schaffenden aller Stände in tausend Formen gemachte Abzug vom vollen Arbeitslohn*. Das deutsche Vermögen steht im umgekehrten Verhältnis zur Höhe der deutschen Löhne. Weiter ist auch hier zu beachten, daß der den Vermögensschätzungen zugrunde gelegte Zinsfuß, die Kapitalisationsrate, keine feste Größe ist, daß bei 3% z.B. das deutsche Vermögen eine doppelt so hohe Summe ergibt wie bei 6%.

In der Versailler Urkunde ist ein Zeitraum von 40 Jahren vorgesehen für die Tilgung der Reparationsschuld. In solch langem Zeitraum kann sich natürlich vieles ereignen. Es könnte z.B. vorkommen, daß Lohnerhöhungen das „deutsche Vermögen“ zum größten Teil in nichts auflösen, wie das schon einmal vor 20 oder 30 Jahren für das landwirtschaftliche Vermögen sich ereignete, als die Lohnsteigerungen einsetzten und auf die Grundrenten drückten (Not der Landwirtschaft). In solchem Falle müßten die an die Entente zu machenden Leistungen vom Vermögenobjekte auf den Lohn abgebürdet werden. Hier aber würde es sich zeigen, daß der Lohn eine *internationale Größe* ist und sich als solche der Steuerkunst entzieht. Immerhin wird man den Versuch machen wollen, der kein anderes Ergebnis zeitigen kann und zeitigen wird als Massenauswanderung, die Tüchtigsten voran. Dann gäbe es einen neuen Anlaß, um die *internationale Solidarität* der Arbeiter gegen den Versailler Vertrag ins Feld zu führen.

Oberschlesien.

Oberschlesien, wie auch die anderen vom Deutschen Reich abgetrennten Gebiete, betrachten wir nicht vom Standpunkt des Machtstaates und auch nicht von dem des *nationalen Wirtschaftsgebietes*. Der Weltkrieg, der die Macht des Deutschen Reiches, der stärksten Weltmacht, zerbrach und so den Gedanken des auf Macht allein vertrauenden Staates geradezu lächerlich gemacht hat, derselbe Weltkrieg, der dem blockierten Deutschland klar machte, was für ein kümmerliches Ding ein solches nationales Wirtschaftsgebiet ist, zeigt auch denen, die nur der Erfahrung trauen, daß

mit den beiden genannten Staatsgrundsätzen kein Staat zu machen ist. *Unser Wirtschaftsgebiet ist die Welt und der Frieden unsere Macht.* Der Krieg entsprang dem Glauben an den Machtstaat und an die Notwendigkeit eines *nationalen, möglichst großen Wirtschaftsgebietes*. Wir verzichten auf beides. Weder Machtstaat noch nationales Wirtschaftsgebiet. Wir sprechen es vor aller Welt aus, daß wir an den Weltfrieden glauben, sofern die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Bürgerfrieden und den Weltfreihandel geschaffen werden. Diese Voraussetzungen werden wir für Deutschland schaffen. Wir schaffen innerhalb unserer Grenzen den Boden für den Bürgerfrieden und damit die Keimzelle für den Völkerfrieden. Der Krieg entsprang dem Glauben an den Machtstaat und an die Notwendigkeit eines nationalen, womöglich sogar „geschlossenen“ Wirtschaftsgebietes, das natürlich nie groß genug sein konnte und darum schon den Keim zu ewigen Reibereien mit gleichstrebenden anderen Staaten in sich trägt. Wir machen Schluß mit diesen unklaren, gefährlichen und krankhaften Gedankengängen.

Wenn wir keine Militärmacht mehr sind, so brauchen wir auch Oberschlesien nicht als Machtfaktor. Und unserem Wirtschaftsgebiet schließen wir Oberschlesien automatisch dadurch an, daß wir keine Zollgrenze vor Oberschlesien legen und nebenbei alles das tun, was wir von uns aus tun können, um dem Freihandel zum Siege zu verhelfen. Kulturell werden wir Oberschlesien uns anschließen, indem wir uns bemühen werden, ein Kulturvolk zu werden. Die Kultur ist eine allmenschliche, eine Weltfrage und zugleich auch der mächtigste Eroberer. Wir werden kulturell die ganze Welt erobern.

Wir werden dem oberschlesischen Volke volle Autonomie geben innerhalb folgender Grenzen: a) Freihandel nach allen Richtungen hin, d.h. auch nach Polen und Tschechien hin; b) vollkommener Abbau des Staates in allen Kulturfragen, also Entstaatlichung der Kirche und der Schulen; Pressefreiheit; c) Auflösung aller Militärmacht; d) Freiland und Freizügigkeit im Sinne der weiterhin für Deutschland vorgeschlagenen Reformen; Internationalisierung der Kohlenbergwerke im Sinne von Freiland; e) Esperanto als Amtssprache.

Da die Gewalt versagt, so muß nun etwas neues geschehen. Es müssen die aus dem heutigen allumfassenden Staatsbetrieb entstehenden endlosen Reibungen beseitigt werden. Das ist das Neue. Die Bedeutung des Staates und auch der *Staatsangehörigkeit* muß möglichst auf Null herabgesetzt werden. Das geschieht, wenn wir Schule und Kirche vom Staate trennen, die Machtfrage durch Auflösung des Heeres ausschalten und die wirtschaftlichen Privatinteressen durch Freihandel und Freiland vom Staate lösen.

Währungspolitisch schließt sich Oberschlesien dem Währungsbund an. Das, was hier für Oberschlesien gesagt ist, gilt für alle anderen vom Reich abgetrennten Gebiete.

Der Völkerbund.

Der Völkerbund ist ein Freihandelsbund oder eine taube Nuß. Was darüber hinausgeht, gehört in den Augiasstall parlamentarischen Geschwätzes,

wenn es nicht gar Heuchelei ist. Die Völker sind durch die gegenseitigen Handelsbedürfnisse von Natur aus aufs innigste miteinander verbunden. Nur der Zoll hat sie auseinandergerissen. Das Streben der Imperialisten ist weiter nichts als ein mit falschen Mitteln geführter Kampf gegen die Zollgrenzen. Sieht man vom Handel ab, dann ist nichts mehr da, was einen Völkerbund nötig machen könnte. Dann liegen die Völker nebeneinander wie die Toten auf dem Friedhof.

Darum stirbt auch der in Genf geschlossene Völkerbund, der die Freihandelsfrage unberührt ließ, an inneren Widersprüchen und an moralischer Schwäche. Wir brauchen für den Völkerbund keinen besonderen Vertrag, keine Satzungen, keinen Präsidenten. Der Völkerbund ist, solange der Freihandel ist, und nur solange er ist. Der Zoll gibt dem Staate durch das mit ihm zwangsläufig aufkommende Wahngelbilde des nationalen Wirtschaftsgebietes eine ganz neue und ihrer Natur nach unlösliche Aufgabe, in deren zielstrebigem Verfolg die Völker und ihre Staaten die Wege der anderen gleichstrebigen Völker kreuzen *müssen*.

Wir lehnen den Beitritt zu der Genfer Mißgeburt als sinn- und zwecklos ab. England verfolgt jetzt trotz Genf eine ausgesprochene Schutzzollpolitik, wohl der beste Beweis, daß der Genfer Bund etwas ganz anderes erstrebt als Völkerbund und Völkerfrieden.

Dem Völkerbund, wie wir ihn vorschlagen, gehören von Natur an alle Völker und Einzelmenschen an, mit Ausnahme derjenigen, die sich selbst durch Errichtung von Zollgrenzen ausschließen wollen. Darum wird den einzelnen Staaten auch die demütigende Aufgabe erspart werden, ein Gesuch um Aufnahme einreichen zu müssen, wie dies dem *Deutschen Reich* in Genf zugemutet wurde.

Der Ruf nach Schutzzöllen ist eine regelmäßig auftretende Nebenerscheinung jedes allgemeinen Niederganges der Warenpreise, und die Erfahrung zeigt, daß dem Schutzzollwahn nicht beizukommen ist, solange das Volk nicht auf andere Weise gegen solche Preisrückgänge geschützt werden kann. Solche allgemeinen Preisrückgänge können jedoch auf einfachste Weise bekämpft werden, und zwar von der Geldseite her mit der zu diesem Regierungsprogramm gehörigen absoluten Währung. *Die absolute Währung und der Weltfreihandel*, das sind die beiden Grundmauern des Völkerfriedens, die auch einen besonderen Völkerbund überflüssig machen.

Wir werden darum die absolute Währung und den Freihandel für Deutschland einführen und zugleich die Völker der ganzen Welt nach Berlin zu einem Weltfreihandelskongreß einladen mit dem Stichwort: Beseitigung der Zollgrenzen und Schaffung der wirtschaftlichen Voraussetzung für solche Beseitigung durch die absolute Währung, die auch das einzige Mittel ist für die Lösung der Valutafrage.

Wirtschaftsprogramm.

Vorbereitungen für die Sanierung der Währung.

Der Reichsfinanzminister stellte die *Währungs- und Valutafrage* an das Ende seines Programms. In der Erkenntnis, daß die Wirtschaft nicht gesunden und auch keine politische Beruhigung eintreten kann, solange

die Währungsfrage ungelöst bleibt, stellen wir die Währungsfrage an die *Spitze* unseres Wirtschaftsprogramms und ergreifen alle für diese Aufgabe nötigen Maßnahmen, schrecken auch nicht vor den schwersten Zugriffen in das Privatvermögen zurück, so lange sich solche für das erstrebte Ziel als notwendig erweisen.

Das nächstliegende Ziel ist *die Stilllegung der Notenpresse*, was die Balanzierung des Reichsetat ohne die Notenpresse voraussetzt, da alle Kreditquellen versiegt sind. *Die laufenden Ausgaben* müssen diesmal mit *laufenden Einnahmen* ausgeglichen werden. Wir treiben russischen Zuständen ohne Bolschewik zu, wenn das nicht geschieht. Und jeder Tag, der verstreicht, erschwert die Lösung der schweren Aufgabe.

Da der Versuch die Löhne zur Tragung der Kriegslasten heranzuziehen unfehlbar an dem Umstande stranden muß, daß der Lohn bei bestehender Freizügigkeit eine unantastbare internationale Größe ist, daß unsere besten Arbeiter in Scharen auswandern würden, sobald Steuern, direkter oder indirekter Art den Sachlohn unter den internationalen Stand senken, *so schaltet der Lohn als Steuerquelle vollständig aus, sowohl für direkte wie für indirekte Steuern*. Die dem *Lohn* zuge dachte Last würde ja doch mit allen Erhebungsunkosten auf das Kapital abgebürdet werden, ähnlich wie der Kaufmann die Zollrechnungen mit allen Handelsunkosten auf den Preis der Ware schlägt. Im allgemeinen Abwälzungsprozeß bildet das Kapital die letzte Etappe. Hier bleibt die Steuer liegen. Der Kapitalist hat immer alle Staatsausgaben aus seiner Tasche bezahlt, und je direkter diese Steuern von ihm erhoben wurden, umso billiger kam er davon. Darum wird auch jeder einsichtige Kapitalist fordern, daß alle indirekten Steuern restlos abgeschafft werden und daß alle Staatsausgaben unmittelbar vom Kapital gedeckt werden, und zwar auch heute, wo zu den gewaltigen Staatsschulden noch die Forderungen der Entente treten.

In dieser Erkenntnis werden wir

- a) alle Schulden des Reiches, mit Einschluß der Ententeforderungen, zusammen mit den laufenden Reichsausgaben restlos von der Reichskasse auf das Kapital abbürden;
- b) dagegen alle jetzigen Reichssteuern, Stempeln und Abgaben, direkte wie indirekte, abschaffen, mit Einschluß der Kornzölle und der Erbschaftssteuern.

Da die Abschaffung der indirekten Steuern den Reallohn über seinen Gleichgewichtspunkt heben wird, so werden die Löhne zunächst einen dem Steuererlaß entsprechenden Rückgang erfahren und die Kapitalerträge entsprechend heben. Das wird wohl der beste Beweis sein, wie töricht es ist, durch indirekte Steuern das Kapital schonen zu wollen.

Die Erhebung der unter a) genannten Kapitalsteuern erfolgt unmittelbar vom *Vermögensobjekt*. Wir werden den mit „Wertpapieren“ über die Grenze flüchtenden Steuerpflichtigen nicht nachlaufen. Wir werden sie auch nicht durch Gepäckrevisionen an der Grenze belästigen. Wir halten sie alle an der Leine, wenn wir das Kapital an der Wurzel fassen. Wir lassen darum alle Grenztorre weit auf, für alle, die die Lust verspüren, sich der Steuer durch die Flucht zu entziehen. Wir belasten das Land, den Wald, die Bergwerke, die Fabriken und überlassen dem Besitzer der über die Grenze verschobenen Wertpapiere die Sorge, diese Steuer zu zahlen.

Die Vermögensobjekte, die sich für hypothekarische Belastung eignen, werden mit einer Reichshypothek belastet. Die Steuern vom beweglichen Gut werden durch Wechsel erhoben, die der Aussteller entweder verzinst oder durch Liquidationen seiner Waren in bar einlöst. Die Steuern vom baren Geld werden in Natura erhoben und durch Einführung des Freigeldes den Steuerkassen zuge- trieben. Vermögensobjekte, die ihrer Natur nach sich leicht der Steuer entziehen können, Gold und Perlen, bleiben frei von allen Steuern, damit wir nicht die Ehrlichkeit besteuern. Ebenfalls frei von allen Steuern bleibt das Hausgerät, wie auch die Kunstgegenstände.

Mit der Erhebung dieser Steuern werden große Volkskreise sich bedeutende Einschränkungen in der Lebensführung auferlegen müssen, namentlich in bezug auf die Wohnung, da das Geld für die Bezahlung der zur Instandhaltung der Wohnung nötigen Dienerschaft nicht mehr reichen wird. Das führt dann zur Abgabe von Wohnräumen und zur Verschleuderung der in diesen Räumen stehenden Möbel. Unter derartigen Marktverhältnissen wäre es zwecklos, die Vermögenssteuer auch auf das Mobiliar auszudehnen. Sie ließe sich nur auf dem Wege der Auktion erheben und würde so gut wie nichts einbringen.

Von dem Gedanken ausgehend, daß die Staatsgläubiger, die Zeichner der Krieganleihen, nicht bestraft werden dürfen, d.h. daß sie durch den Krieg nicht *mehr* geschädigt werden dürfen, als alle anderen Besitzer von Vermögensobjekten und in der Erwägung, daß die Lage der Reichsfinanzen keine Besserung in der Lage der Staatsgläubiger zuläßt, ist es Gebot hoher Gerechtigkeit, alle Besitzer von Realvermögen auf dem Wege der Steuer den genannten Staatsgläubigern gleichzustellen. Es ist ein unerträglicher Gedanke, daß die Besitzer der „Goldwerte“ durch die Papierwirtschaft, also durch einen im gut oder schlecht verstandenen Interesse des Volkes vollführten Staatsstreich *185 Milliarden Goldmark* profitieren sollen, während durch denselben Streich die Inhaber von Papiervermögen bis zu 90% ihrer Habe verloren haben.

Bei den Besitzern von Staatspapieren, Hypotheken, Lebensversicherungen, Schuldscheinen, Obligationen usw. aus der Vorkriegszeit (reichlich 200 Milliarden Gold) beträgt der Verlust, den sie durch die Inflation zu Gunsten ihrer Schuldner erlitten haben, mehr als 90%, bei den Besitzern von Papieren aus der Kriegs- und Nachkriegszeit rund 50%.

Wir werden darum das Realvermögen mit 75% der Vorkriegsschätzung (Goldmark) belasten und die die Reichsbedürfnisse übersteigenden Einnahmen aus dieser Steuer zur Besserung der Lage der Staats- und Privatgläubiger benutzen, indem wir den durch die Verwässerung auf knapp 1/2% gesunkenen Realzins ertrag der „Papiervermögen“ je nach Möglichkeit heben und so einen Ausgleich schaffen in der Lage aller Vermögensbesitzer.

Erhoben wird die Steuer in der Weise, daß der Unterschied zwischen den Vorkriegspreisen (Gold) und den jetzigen aufgeblähten und sich noch weiter aufblähenden Papiergeldpreisen und Börsenkursen zu 75% der Reichskasse verpfändet, und je nach Umständen in bar, in Hypotheken oder Wechseln einkas- siert wird. Alle behördlichen Einschränkungen in der Preisgestaltung fallen fort, auch für die Wohnungsmieten. Ein jeder wird fordern, was er nach Lage des Marktes glaubt fordern zu können und zahlt von dem Mehr, das er erhält, 75% an die Reichskasse.

Beispiele: Eine Aktiengesellschaft hatte für 10 000 000 M. Aktien ausgegeben, die an der Börse 1914 mit 150 notiert wurden, was einem Kapital von 15 000 000 Goldmark entspricht. Die Aktien dieser Gesellschaft notieren heute infolge der allgemeinen Aufblähung 450 und vertreten somit ein Kapital von 45 Millionen Papiermark.

Um die ihr aufgelegte Steuer zu zahlen gibt diese Gesellschaft für 30 Millionen junge Aktien aus ($45 - 15 = 30$) und liefert davon 75% an das Reich ab. Das Reich verkauft diese Aktien dort, wo der beste Preis zu erzielen ist, auch im Ausland, um Devisen für die Reparationsschuld zu beschaffen.

Der obige Kurs von 450 entspricht jedoch bei weitem nicht der heutigen mehr als zehnfachen Inflation der Warenpreise und Produktionskosten. Er wird besonders durch die heutige so außerordentlich hohe Kapitalisationsrate (Zinsfuß) niedergehalten. Mit dem Rückgang des Zinsfußes und mit der Besserung der allgemeinen Verhältnisse steigt parallel der Kurs aller Aktien, normalerweise bis zur Höhe der zehnfach gestiegenen Produktionskosten, in unserem Falle also auf das Zehnfache des Kurses von 1914, also von 150 auf 1500. Diese Aktiengesellschaft wird durch fortlaufende Ausgabe von jungen Aktien die Dividenden auf der dem Kurse von 150 (1914) zugrunde gelegten Kapitalisationsrate halten und 75% dieser so ausgegebenen Aktien an das Reich abliefern, bis die zehnfache Inflation des Aktienkapitals von 1914 erreicht ist.

Beispiel 2. Ein Haus war 1914 bei einer Kapitalisationsrate von damals 4% für die Steuer mit 1 000 000 geschätzt. Mit Freigabe der Mietsverträge steigen die Mieten und entsprechen jetzt bei einer Kapitalisationsrate von 10% einem Kapital von etwa 2 000 000. Dem Besitzer dieses Hauses wird freigegeben, entweder 75% des Mehr an Einnahmen (reiner Mietsertrag) abzuliefern, oder eine entsprechende Reichshypothek zum Zinsfuß der angewendeten Kapitalisationsrate eintragen zu lassen, die dem Geiste dieses Gesetzes entsprechend *hinter* den Hypotheken vor 1914 zu stehen kommt. Der weiteren Steigerung der Mieten und dem Rückgang des Zinsfußes folgen möglichst hart auf dem Fuße (etwa alle zwei Jahre) die hypothekarischen Eintragungen des Reiches, und zwar auch hier so lange, bis daß die zehnfache Inflation erreicht ist. Privathypotheken werden nur bis zur Höhe der ursprünglichen Schätzung von 1 000 000 zugelassen, die dann an erster Stelle stehen.

Beispiel 3. Ein Acker brachte an Pacht vor dem Kriege 1000 M. ein. Derselbe Acker kann heute zu den gleichen Bedingungen für 4000 M. verpachtet werden. Vom Unterschied von 3000 M. hat der Besitzer 75% = 2250 M. als Jahresabgabe zu zahlen. Mit den steigenden Pachterträgen steigt die Steuer. Privathypotheken können an erster Stelle nur bis zur Höhe des ursprünglichen Steuerwertes eingetragen werden. Für weitere Hypotheken bleibt der Acker gesperrt bis zur Höhe der zehnfache Inflation dieses Steuerwertes.

Gestaffelte Vermögensabgabe.

Nachdem auf diese Weise zunächst einmal alle Vermögensbesitzer den Kriegsfolgen gegenüber gleichgestellt worden sind und damit erst eine

brauchbare Unterlage für die gestaffelte Vermögensabgabe geschaffen wurde, schreiten wir zur Erhebung dieser Abgabe, in dem Umfang, wie sie für die vollkommene Abbürdung aller Reichsschulden, nach Einschätzung des Ertrages der vorhin genannten Ausgleichsteuern für nötig erachtet wird.

Unter Berücksichtigung der Geldentwertung und um die weitere Proletarisierung des Volkes nach Möglichkeit zu verhindern, weil auch die schnelle Rückverwandlung des Proletariats in wohlhabende Vollbürger als das vornehmste Ziel dieses Regierungsprogrammes genannt ist, weil überdies Leben und Privateigentum nur durch Auflösung der durch den Kapitalismus proletariserten Massen vor den Angriffen dieser Massen auf die Dauer geschützt werden kann (siehe Rußland), wird für die gestaffelte Vermögensabgabe das steuerfreie Vermögensminimum auf die verhältnismäßig hohe Summe von 50 000 M. festgesetzt. Von da ab setzt die Vermögensabgabe ein, deren Staffelung mit 5% beginnt und mit 100% abschließt und so bemessen ist, daß das nach Erhebung der Steuer verbleibende Vermögen im Höchstfalle eine Million für den Kopf, also 10 Millionen Papiermark für eine zehnköpfige Familie nicht übersteigt. Dieser Steuer unterliegt alles innerhalb der deutschen Grenzen befindliche Vermögen mit den unter genannten Ausnahmen (Gold, Diamanten und Perlen, Hausgerät, Kunstgegenstände).

*

Wir haben die Steuern hoch angesetzt und wissen warum. Nicht Haß gegen das Privateigentum diktierte hier. Im Gegenteil, aus Sorge für das Privateigentum griffen wir so tief in die Taschen der Eigentümer. Wir müssen die Sicherheit haben, daß die Steuern *unter allen Umständen* zur Bilanzierung des Etat ausreichen werden. Außerdem darf man nicht vergessen, daß die Abschaffung aller anderen Steuern, mit Einschluß aller Erbschaftssteuern, aller Zölle dem Vermögen, nicht dem Lohne, zugute kommen wird. Auch das muß beachtet werden, daß wenn wir den Kapitalertrag zu 75% versteuern, wir logischerweise auch die Schulden der Einzelstaaten mit auf das Reich übernehmen müssen, da diese Schulden im versteuerten Kapitalertrag diskontiert sind.

Ein anderer viel wichtigerer Gesichtspunkt ist der: Es darf unter keinen Umständen zu einer zweiten, dritten, vierten usw. Vermögensabgabe kommen. Die Unsicherheit wirkt entnervend und zerstört die sittlichen Kräfte. Das Volk hört einfach auf zu arbeiten und zu sparen, es arbeitet höchstens von der Hand in den Mund, wenn es sich ewig (die Reparation erstreckt sich laut Vertrag über 40 Jahre) von Vermögensabgaben bedroht sieht. Kein Mensch arbeitet und spart für kommende Vermögensabgaben. Mit der wie oben bemessenen Vermögensabgabe wird nun jeder wissen, woran er ist, und wird sich gleich mit Macht an den Wiederaufbau seiner Privatwirtschaft setzen, in dem sicheren Bewußtsein, daß die Finanzen des Reiches nunmehr saniert sind und daß, was er sich von seinem Munde abspart, er für sich spart. Lassen wir dagegen durch eine niedrigere Bemessung der Steuersätze irgendeinen leichten Zweifel im Volke, ob solche Sätze auch genügen werden zur Bilanzierung des Etats, ob nicht doch noch die Notenpresse in Bewegung gesetzt werden muß, dann erlahmen auf der ganzen Breite der Wirtschaft die Kräfte, die sie in Betrieb erhalten sollen,

und dann kommt mit Naturnotwendigkeit gerade das, was das Volk befürchtete, als unmittelbares Produkt seiner Zweifel, eine neue Papiergeldflut, Zerreißung aller Verträge, aller mühsam wieder angeknüpften Fäden. Und wenn dann diese Papiergeldflut bei den wirtschaftlich Stärksten, bei den Landwirten abprallt, wenn die Bauern das Papiergeld abweisen? Wenn die Geldwirtschaft ganz versagt? Das wäre der Untergang, denn es wäre der Untergang der Arbeitsteilung.

Dieser Möglichkeit muß unbedingt vorgebeugt werden. Die Vermögensabgabe muß auf den ersten Hieb das Ziel erreichen, die Reichsfinanzen in Ordnung bringen. Angst vor Überschüssen brauchen wir nicht zu haben; wir haben Verwendung dafür. Nicht nur an die geprellten Besitzer von „Papiervermgen“ denken wir. Wir denken an die Millionen von Kriegsverletzten, an ihre kmmmerliche Unterstützung. Wir erheben die moralische Forderung zum Gesetz, daß die Kriegsverletzten wirtschaftlich den Unverletzten gleichgestellt, dazu mit einem Schmerzensgeld ausgestattet werden für das Schleppen ihrer hölzernen Glieder, für die Verunstaltung ihres Gesichts. Wir werden den sozialen Geist nicht den Rücksichten auf das Vermögen opfern, nach keiner Richtung hin, für keine Klasse unseres Klassenstaates. Haben am militärischen Zusammenbruch moralische Schwächen mitgewirkt, so sind diese auf die lächerliche Schonung zurückzuführen, die dem Vermögen hinter der Front zuteil wurde, während an der Front die Menschen zum Schutze desselben Vermögens geopfert wurden.

Das Reichswährungsamt.

Die Währung ist zugleich Folge und Voraussetzung gesunder Finanzen, gesunder Wirtschaft. Darum warten wir nicht den Erfolg unserer Steuergesetze ab, um dann erst an die Ordnung des Geldwesens zu gehen. Es *muß* hier alles Hand in Hand gehen.

Wir schreiten sofort zur Gründung des Reichswährungsamtes. Der Reichsbank wird das Notenmonopol entzogen. Dem Reichswährungsamt wird als alleiniger Maßstab für die Notenausgabe die Aufrechterhaltung des allgemeinen Preisstandes der Waren auf gleicher unveränderlicher Höhe vorgeschrieben. Es wird demnach Geld, neues Geld in Umlauf setzen, so oft und so lange der allgemeine Preisstand nach unten neigt und es wird umgekehrt Geld einziehen, so oft und so lange der allgemeine Preisstand nach oben strebt.

Den Maßstab zur Feststellung, ob die Warenpreise fallen oder sinken, liefert das Statistische Amt in Gestalt eines Indexes. Dieser Index steht unter der Aufsicht der Gewerkschaften, der landwirtschaftlichen Organisationen und der Handelskammern.

Den Verbrauchern wird durch dies Gesetz die Gewähr gegeben, daß die Preise nicht steigen werden, und den Gewerbetreibenden wird die Sicherheit vor jedem Preisabbau gegeben, so daß nunmehr alle eine feste Grundlage für ihre wirtschaftlichen Maßnahmen haben werden, eine Grundlage, die es bisher noch nie und in keinem Lande gegeben hat.

Um mit der oben gekennzeichneten Währungspolitik das ihr gesteckte Ziel, d.h. den Schutz der Wirtschaft vor Preisschwankungen und damit vor Konjunkturschwankungen, vor Krisen, Arbeitslosigkeit und Streik mit

unbedingter Sicherheit zu erreichen, bedarf es eines anderen Geldes als das herkömmliche Metall- und Papiergeld.

Von der Seite des Geldes her werden die Warenpreise gebildet.

- a) durch die Menge der ausgegebenen Noten;
- b) durch die Umlaufgeschwindigkeit der ausgegebenen Noten.

G. U, das ist der mathematische Ausdruck der Nachfrage in der Preisbildung. Das Reichswährungsamt muß die Nachfrage, d.h. also beide Faktoren kontrollieren, Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit. Diese Kontrolle verschafft ihm das Freigeld, das sich vom heutigen Geld dadurch unterscheidet, daß seine Umlaufgeschwindigkeit sich nicht ändern kann, sein Kreislauf zu jeder Zeit ein geschlossener bleibt. Solange dieser geschlossene Kreislauf des Geldes fehlt kann auch die beste Währungspolitik keine einwandfreie Arbeit leisten.

Wir werden daher unverzüglich die nötigen Vorkehrungen für die Einführung des Freigeldes treffen.

Wir werden es öffentlich verkünden, daß die Preise auf der gegebenen Höhe festgehalten werden, so daß kein Unternehmer noch einen Preisabbau zu befürchten hat, und kein Kaufmann noch aus Furcht vor Preissteigerung Waren über den Bedarf hamstert. Wir werden die Preise der wichtigsten Waren, wie sie vor dem Kriege gezahlt wurden mit dem Inflationsfaktor (10 – 12 – 15, je nachdem) multiplizieren und die so erhaltene Preisliste in allen Läden aushängen lassen mit der Mitteilung, daß diese Preise, deren Grundzahlen in natürlicher, durch die Produktionskosten beherrschten Rangordnung standen, für die nahe Zukunft wieder zu erwarten sein werden. So wird dann jeder wieder einen ungefähren Maßstab dafür haben, ob die Preise, die der Händler fordert, als teuer oder billig zu betrachten sind. Das, was dem Unternehmer heute fehlt, die Unterlage für seine Berechnungen, die wird auf diese Weise gleich zur Stelle sein. Dieselbe Unterlage wird auch dem Statistischen Amt zur Schaffung des Ausgangsindex dienen.

Von der Einführung des Freigeldes und der damit ermöglichten Festwährung ist folgendes als unausbleibliche Wirkung abzuleiten:

1. Schutz der Volkswirtschaft vor jeder Erschütterung des allgemeinen Preisstandes der Waren und damit Schutz vor Krisen, vor Arbeitslosigkeit, Streik, Zahlungseinstellungen, Unterbilanz im Staatshaushalt u. a. m.

2. Unhemmbare Fortführung der Produktion, auch gegen das Interesse des Kapitals, wenn als Folge dieser unausgesetzten Gütererzeugung der Zins der Kapitalien zu sinken beginnt, mit dem Erfolg, daß in Deutschland der Zinsfuß trotz Reparation in kurzer Zeit auf den international niedrigsten Stand sinkt, und daß bei internationaler Einbürgerung des Freigeldes der Zins des Sach- und Geldkapitals (der Mehrwert nach Marx) in erstaunlich kurzer Zeit *auf Null sinken muß und wird*. Für Deutschland, das zum Schuldnerstaat geworden ist, und jetzt allein für seine Reparationsschulden jährlich 6600 Millionen Goldmark Zins zu zahlen hat, liegt in dieser Entwicklungsmöglichkeit das Mittel, die Reparationen statt in 40 in 10 oder 15 Jahren zu tilgen.

Für das Proletariat bedeutet die Senkung des Kapitalzinses auf Null nichts geringeres, als daß es diese Welt nicht mehr wie bisher alle 20 Jahre für die Kapitalisten neu aufbauen muß, ohne sie jemals zu besitzen (die schrecklichste Sisyphosarbeit, die je verrichtet wurde), sondern daß diese Welt in 20 Jahren aus dem Besitze der Kapitalisten in den der Arbeiter hinübergleiten wird.

3. Senkung der allgemeinen Handelsprofitrate von jetzt reichlich 40% auf etwa 10%, weil bei einem unverrückbaren allgemeinen Preisstand der Waren eine sehr mäßige geistige Begabung zur Führung selbst der größten Geschäfte genügt, was nach allen Gesetzen des Wettbewerbs den Lohn solcher Arbeit auch auf die Höhe des allgemeinen Arbeitslohnes senken muß. Für die Volkswirtschaft bedeutet das einen Reingewinn von 30% der Gesamtwarenerzeugung.

*

Was nach diesen Leistungen zur Erfüllung des utopischen, sozialistischen Ideals noch zu tun ist, das wird durch das unmittelbar zu erlassende „Große Freilandgesetz“ erfüllt.

Valuta und Währung.

Je mehr wir durch die Reparationsverpflichtungen auf die Ausfuhr unserer Arbeitererzeugnisse angewiesen sind, umso größere Bedeutung gewinnt für uns die Valuta, d.h. das Verhältnis unseres Geldes zu dem des Auslandes. Jede Verschiebung des Tauschverhältnisses zwischen der Mark D.W. und dem Rubel, dem Pfund, dem Dollar, der Lira usw. hat einen der Bedeutung des Außenhandels entsprechenden Verlust oder Gewinn zur Folge, so daß solcher Handel dann zum reinen Glücksspiel ausartet oder zum Jagdgrund der großen Börsenspekulanten wird, die sich auf Kosten des Volkes ins Ungemessene bereichern.

Wir werden die in dieser Angelegenheit heute vollkommen ratlosen Völker nach Berlin zu einem allgemeinen internationalen Valutakongreß einladen und ihnen dort den folgenden, auf der Quantitätstheorie aufgebauten Plan einer internationalen Valuta-Assoziation zur Annahme empfehlen:

1. Jedes Land verwaltet sein Geld vollständig autonom, verständigerweise jedoch nach den Grundsätzen, die im vorigen Kapitel als für die D. Währung maßgebend gelten sollen, da sie sich scharf an die Quantitätstheorie, der heute unbestritten als richtig anerkannten Theorie des Geldes halten.

2. Jedes Land richtet die Notenausgabe nur allein nach den Ergebnissen der Warenpreisstatistik, nach dem Index. Das Land, das hier genaue wissenschaftliche Arbeit leisten will, führt zur Kontrolle der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes das hierfür unentbehrliche Freigeld ein. Der privatwirtschaftliche Geldbedarf der Kaufleute, Unternehmer, der à la hausse spielenden *[auf Steigen der Börsenkurse spekulierend]* Spekulanten bleibt bei der Bemessung der Notenausgabe unberücksichtigt. Das allein wird schon genügen, um die Valuta wenigstens vor groben Erschütterungen zu schützen.

3. Um jedoch die Valuta unbedingt vor jeder, auch der geringfügigsten Schwankung zu schützen, wird von den der Internationalen Valuta-Assoziation (I.V.A.) beitretenden Ländern ein *Weltwährungsbüro* errichtet (mit Sitz im Haag oder Bern oder Paris), dem die Aufgabe zufällt, das Indexermittlungsverfahren zu vervollständigen und zu vertiefen. Dieses Büro gibt eine besondere, völlig „ungedeckte“ Banknote heraus, die *Ivanote*, die in einem Umfange von 20% des nationalen Geldes an die einzelnen Staaten gegen Erstattung der Druckkosten, sonst aber kostenlos verteilt wird. Die *Ivanote* soll pari mit dem nationalen Geld umlaufen, gesetzliches Zahlungsmittel sein, und vollkommen frei in jeder Menge von einem Land zum anderen wandern können. Dort wo die Landesgeldeinheit nicht völlig mit der Einheit Iva übereinstimmt, werden die *Ivanoten* kostenlos zu einem bestimmten, unveränderlichen Preis gegen Landesgeld an der Grenze oder in der Hauptstadt umgetauscht.

4. Das System funktioniert nun so, daß wenn in einem Lande infolge mangelhafter Erfassung des Indexes oder infolge ungenügender Berücksichtigung desselben bei der Notenausgabe die Zahlungsbilanz passiv wird, zum Ausgleich des Saldos das Internationale Geld, die *Ivanote* ausgeführt wird. Es liegt dann im Interesse dieses Landes, durch Einzug nationalen Geldes den zu hohen allgemeinen Preisstand auf das internationale Niveau zu senken, damit die Zahlungsbilanz aktiv wird und die ausgewanderten Noten wieder zurückfließen. Geschieht das nicht, dann allerdings würden mit der Zeit alle *Ivanoten* zum Ausgleich der Zahlungsbilanz auswandern und dann würde sich ein Agio für die *Ivanoten* herausbilden.

*

Man erkennt hieraus, daß sich das *Ideal* der Währungsforscher, feste Landeswährung, verbunden mit fester Valuta sehr gut erreichen läßt und es ist anzunehmen, daß auf dieser Grundlage es nicht schwer werden wird, alle Staaten in kurzer Frist zu einem I.V.A.-Bund zusammenschließen.

Freiland.

Die Erde gehört allen Menschen. Ausnahmslos allen Menschen. Jedes Sonderrecht, das einzelne Personen oder Völker auf große oder kleine Teile der Erde an sich gerissen haben, ist ein Verstoß gegen das oberste aller Menschenrechte. Weil diesem Rechte aller Rechte in keiner Staatsverfassung je Geltung verschafft wurde, kam es von jeher überall zu Bürger- und Völkerkriegen, gingen die Völker des Altertums zugrunde und würde auch die heutige Kultur zugrunde gehen, wenn wir nicht dem Rechte aller Rechte rechtzeitig zu seinem Rechte verhelfen.

Wir schreiten sofort zur Verwirklichung dieses Rechtes innerhalb unseres Machtbereiches und instruieren auch unsere diplomatischen Vertreter im Ausland, das genannte Recht der

Rechte, das wir nicht zum Völkerrecht degradieren lassen, zur Richtschnur für die Betrachtung aller internationalen Fragen zu erheben. Wir laden alle Völker der Welt zu einem allgemeinen Freilandkongreß nach Berlin ein, namentlich auch die Staatsmänner, die ihre Reden mit den Schlagworten vom Völkerbund, Völkerrecht, Menschenrecht, Humanity, Abrüstung und Freihandel zu zieren wissen, und werden ihnen allen zeigen, wo der Hebel zur Verwirklichung all' dieser Ideale anzusetzen ist.

Das Privateigentum am Boden wird in Deutschland grundsätzlich aufgehoben, die bestehenden Privatrechte werden in kurzer Frist restlos abgelöst. Die Grundbücher werden für alle Eigentumsübertragungen geschlossen. Alles durch Erbschaftsteilung oder sonstwie zum Verkauf kommende Land *muß* vom Reich gekauft werden, und zwar zu dem Preise, der den Steuern zugrunde gelegt wurde. Mit Ablauf des Jahres 1950 müssen alle Bodeneigentumsrechte restlos abgelöst sein.

Das vom Reich erworbene Bau- und Ackerland wird nach den Bedürfnissen der Bauern und Unternehmer parzelliert und in öffentlicher Versteigerung in Pacht gegeben. Auch die Dauer dieser Pachtverträge richtet sich nach den Bedürfnissen der Wirtschaft. An diesen öffentlichen Pachtauktionen wird sich jeder Mensch, *ausnahmslos jeder Mensch*, einerlei welcher Herkunft er ist, beteiligen können. Das Pachtgeld fließt nach Tilgung der Reparationsschulden in die Mütterkasse und wird von dort an alle innerhalb der Reichsgrenzen lebenden Mütter nach der Zahl der Kinder gleichmäßig verteilt. Auch hier wird kein Unterschied gemacht zwischen Stämmen und Rassen. Wir gehen bei dieser Verteilung der Grundrenten vom Gesichtspunkt aus, daß die Grundrente ein Produkt der Volksdichtigkeit ist und daß sie denen gehört, die diese Volksdichtigkeit schaffen, also den Müttern.

Die gleichen Grundsätze gelten für Bergwerke, für Wälder, Wiesen, Steinbrüche, Wasserkräfte. Wo man dem Hauptgrundsatz auf verschiedene Weise gerecht werden kann, wie bei den Bergwerken, werden wir sie alle in Wettbewerb treten und dann die Erfahrung reden lassen.

Die Aufteilung der großen Güter, deren infolge der gestaffelten Vermögensabgabe wahrscheinlich viele an das Reich abgetreten werden, wird unter Berücksichtigung aller hier zu berücksichtigenden Gesichtspunkte, landwirtschaftlicher wie finanzieller Art, mit möglichster Beschleunigung betrieben werden. In der Zwischenzeit sollen sie als Pachtgüter ähnlich wie die preußischen Domänen verwaltet werden. Dort, wo, wie es oft der Fall ist, Zwerg- und Großberieb gemischt sind, werden die kleinen Wirtschaften aus dem Bestand der Großbetriebe zu lebensfähigen Wirtschaften erweitert.

Die Forsten werden nicht mehr von Hoflakaien als Jagdgründe für Landes- und Börsenfürsten verwaltet. Die Förster werden ihre forstwirtschaftlichen Kenntnisse voll ausnützen können. Ihnen werden wir finanztechnische Beiräte geben, die die Forstwirtschaft auch nach dieser Richtung wissenschaftlich leiten. Volkswirtschaftliche Gesichtspunkte allein sollen hier noch maßgebend sein. Unfruchtbare Abhänge werden bewaldet, fruchtbarer Waldboden gerodet werden. Die für diese Gesichtspunkte grundstürzenden

Entdeckungen auf dem Gebiete der künstlichen Dünger sollen hier weiteste Anwendung finden. Diese Arbeiten werden öffentlich in Verding gegeben und der gerodete und urbargemachte Boden dann wieder öffentlich an die Bauern verpachtet werden. Wir hoffen dadurch die drohende Auswanderung der tüchtigsten unserer Volksgenossen noch eindämmen zu können und darüber hinaus Deutschland wieder in ein Einwanderungsland zu verwandeln, damit die Zahl der Träger für die Reparationslasten statt abzunehmen im Gegenteil ständig zunimmt.

Aktive Währungspolitik

Sollen wir zur Goldwährung
zurück?

Ernst Frankfurth
Silvio Gesell

*

Aktive Währungspolitik - Sollen wir zur
Goldwährung zurück?



Freiland = Freigeld = Verlag · Erfurt

2. Auflage · 1921

Ernst Frankfurth.

Mit Nr. 24 der Zeitschrift „Geldreform“ beschloß ich, die Netze auf den Strand zu ziehen. Der selektorische Köder im Untertitel „Zeitschrift für die Herabsetzung des Geldes auf die Rangstufe der Ware und Arbeit“ hatte die erwünschte Wirkung gehabt. Weder vielerlei, noch viele Abonnenten hatte der Fischzug gebracht, dafür um so schwerere. Nur drei Mann, darunter Ernst Frankfurth. Ich hatte allen Grund, mit dem Erfolg zufrieden zu sein.

Man bedenke, was es damals – 1902/3 – bedeutete, mit nur 2 Jahrgängen einer Monatsschrift, die in 500 Exemplaren an die Bankiers, an Kaufleute, an die Presse, an Hochschullehrer usw. versandt wurde, drei Mann für den Kampf um die *Herabsetzung des Geldes auf die Rangstufe der Waren und der Arbeit* zu gewinnen! Wenn ich damals geschrieben hätte: „Zeitschrift für die Anbetung der Goldwährung und für die Vergötterung der Reichsbank“, wären meine Netze voll, zum Bersten voll, aber meine drei Abonnenten wären nicht dabei gewesen.

Ernst Frankfurth schrieb aus Arosa, einem Luftkurort in der Schweiz. Er hatte sofort die ganze Tragweite der in meiner Zeitschrift geforderten Umgestaltung des Geldwesens erfaßt und griff gleich tatkräftig mit ein. Seine Broschüre „*Das arbeitslose Einkommen*“ war seine erste Arbeit.

Die Zeitschrift für die Herabsetzung des Geldes hatte aber noch eine andere Wirkung gehabt. Ich mußte darauf bedacht sein, mich selbst wieder auf die Rangstufe des baren Geldes heraufzusetzen. So reiste ich 1906 nach Argentinien zurück, und *Ernst Frankfurth*, dessen Mittel keine Fortsetzung der Kur in Arosa gestatteten, folgte mir 1907 auf meine Einladung dahin nach. Wir arbeiteten zusammen in meinem Geschäft. Seine hohe Intelligenz und umfassende Bildung, die er nach seiner Aussage sich weniger auf der Universität als auf dem Liegestuhl in Arosa verschafft hatte, ermöglichten ihm, sich die zur Führung eines Unternehmens nötigen Sprach- und Fachkenntnisse in erstaunlich kurzer Zeit anzueignen, sodaß er sich bereits ein Jahr später in Montevideo selbständig machen konnte. Obschon er unter seinen Leidensgenossen in Arosa als der Hoffnungsloseste galt, hat er sie

doch alle, alle überlebt. Er führte seine „Langlebigkeit“ auf die hohe geistige Befriedigung zurück, die ihm das Studium des Geldwesens verschaffte. 1916 im Oktober starb er in Uruguay. Kurz vorher noch hatte er sein Buch „*Geldbriefe vom Silberstrom*“ herausgegeben. Er war einer der stolzesten und freiesten Männer, mit denen das Leben mich in Berührung gebracht, und einer der wenigen, deren Tod mich in Trauer versetzt hat.

Das erste Manuskript zur vorliegenden Schrift hatte ich in demselben Tone verfaßt, in dem auch mein Werk „Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag“ gehalten war. *Frankfurth*, der mich regelmäßig von Montevideo aus besuchte, war mit diesem Tone gar nicht zufrieden. Er meinte, die Schwierigkeiten beim Absatz der Zeitschrift für die Herabsetzung des Geldes von seinem Throne wären eine Wirkung dieses Tones. Wir hatten darüber lange Debatten. Ich hatte Erfahrungen auf diesem Gebiete. Wer die Wahrheit sucht, läßt sich durch Töne nicht schrecken. Und die 6000 Jahre alte Festung Mammons läßt sich nicht, wie das Gemäuer Jerichos, durch Töne aus dem Gleichgewicht bringen. Immerhin, es lag auch kein Grund vor, die Schwierigkeiten, die in der Sache lagen, unnötigerweise zu mehren. So schrieb ich das Buch um, auf Massenerfolg abgetönt. *Frankfurth* nahm 1908 das Manuskript hoffnungsfreudig auf einer Geschäftsreise mit nach Deutschland und überwachte den Druck, in dessen Kosten wir beide uns teilten.

Frankfurth schickte die Schrift an alle Parlamentarier, an die Presse in mehreren tausend Exemplaren. „*And now he sat, selfcollectet like a porcupine, with a squill pointed against every opposer*“.

Bei seiner Rückkehr nach Südamerika feierten wir den „Massenerfolg“. Nie haben zwei Menschen fröhlicher über einen vollkommenen Mißerfolg gelacht. Keine Zuschrift, keine Bestellung, keine Kritik. Nichts, absolut nichts! „Man fürchtet uns,“ meinte *Frankfurth*. „Kein Mensch hat das Buch gelesen“, antwortete ich, „mit Ausnahme der wenigen, die die nötige Intelligenz besitzen, um zu erkennen, daß eine aktive Währungspolitik ihren Interessen gefährlich werden könnte, und die schweigen“. Von der Presse hatte ich gar keine Unterstützung unserer Bestrebung erwartet. Mir ist es immer eine Selbstverständlichkeit gewesen, daß die großen Tageszeitungen sämtlich finanziell in der Hand der Haute finance [Hochfinanz] sind und den Befehl erhalten haben, keine Kritik der ihnen so nützlichen Reichsbankpolitik zu dulden. In einem vor kurzem im Bankverlag, Berlin W., Mansteinerstraße 9, erschienenen Buch von Argentarius „Briefe eines Bankdirektors an seinen Sohn“, heißt es: „Bis vor ein paar Jahren hat sich außer den wenigen Fachgelehrten (wer

sind diese paar Fachgelehrte?) niemand mit dem Geldwesen beschäftigt, und diejenigen, die es getan haben, sind im rein Theoretischen und Abstrakten stecken geblieben. Ganz erklärlich: Es hat ja seit Jahrzehnten an einer zwingenden Veranlassung gefehlt, sich mit dem Geld zu beschäftigen. Das Geld tat in allen Kulturländern brav und bieder seine Schuldigkeit. Das Geld war eine Selbstverständlichkeit, von der man nicht viel Worte zu machen brauchte.“ –

Also, wenn die Bankiers zufrieden waren, wenn Morgan und tausend andere Börsenräuber mit einem Schlage Börsendifferenzen (die nichts anderes als Währungspfuscherien sind) im Betrage von Millionen und Milliarden einstreichen, dann, dann ist der Beweis erbracht, daß die Goldwährung und ihre Hüterin, die Reichsbank, brav und bieder ihre Schuldigkeit getan hat!

Es wurde uns klar, daß die Goldwährung wirksam nicht mit Literatur allein angegriffen werden konnte, daß die „Macht der Wahrheit“ ewig der Übermacht der Lüge, des Schwindels erliegen würde. Wie die Dreadnoughts [Schlachtschiffe] Englands immer die zu ihrer Unterhaltung nötigen Mittel aufbringen, so schafft auch die Goldwährung der Börse die Mittel, sie zu verteidigen. Wir rechneten damit, daß wir nur mit Hilfe der Arbeiterorganisationen der Wahrheit zum Siege würden verhelfen können. Angesichts der Tatsache, daß die Dämonen es verstanden hatten, in die Literatur der Sozialdemokratie die Goldwährungstheorie als unantastbare Wahrheit einzuschmuggeln, war das vielleicht etwas utopisch gedacht.

Auf der Durchreise nach Deutschland sah ich Frankfurth zum letzten mal in Montevideo. Er verließ nur noch stundenweise das Bett. Kurz nach meiner Ankunft in Deutschland brach der Krieg aus. Am 3. August 1914 schreibt *Frankfurth* in seinem letzten der erwähnten *Geldbriefe vom Silberstrom*: „Da haben wir endlich die Bescherung. Si vis pacem, para bellum [Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor]. Ob man noch immer nicht genug für den Krieg gerüstet hatte, oder ob das Schlagwort mal daneben gehauen hat? Jetzt möchte ich nur eins, alle Beteiligten haben Goldwährung; jetzt möchte ich weiter nichts, als daß alle ohne Ausnahme an dieser vielgerühmten Währung festhielten. Festhielten, koste es was es wolle! Dann hätten wir nach 8 Tagen spätestens wieder Frieden. Die Staaten sanken wegen vollkommener Anämie an allgemeiner Erschöpfung zusammen. Rußland hätte noch längst nicht zu Ende mobilisiert, da könnte Väterchen Nikolaus schon wieder mit dem Palmwedel - winken. Aber ich fürchte, es kommt anders. Man hat die Goldwährung geduldig ertragen, so oft und so gern sie zu Arbeitslosigkeit, zu Hunger, Verbrechen und Elend mitten im Frieden zwang; aber

wenn das nervöse, feige Goldgeld die Völker hindert, über ihre derzeitigen Erbfeinde herzufallen, wenn es die besondere Arbeit, die auf Zerstörung und Totschlag gerichtet ist, lahmlegen will, das kann man sich nicht gefallen lassen, dann fliegt die Goldwährung über Bord.“

„Der eine Staat wird's so machen, der andere so. Pfuschen werden sie alle. Es wird sich manches am praktischen Beispiel zeigen, was bisher nur dem bewiesen werden konnte, der denken wollte. Es gilt also zu beobachten. Später reden wir wohl noch darüber. Vorläufig stelle ich diese Briefe ein. Die Zeit ist jetzt zu aufgeregt zum ruhigen Schreiben, oder ehrlicher gesagt, ich bin's“.

Die Beispiele, die der Krieg gebracht, hätte ich nun hier in dieser 2. Auflage verarbeiten können. Mich ekelt aber alles, was mit dem Krieg in Zusammenhang steht, dermaßen an, daß ich nicht einmal das von ihm gelieferte Beweismaterial gebrauchen kann. Außerdem lag mir daran, an dem Werke, das wir beide zusammen verfaßt hatten, nichts zu ändern. Einige Zusätze habe ich darum in Form von Fußnoten angebracht. So liefert das Buch auch in seiner 2. Auflage den authentischen Beweis, daß Argentarius mit seiner Behauptung, es habe sich niemand mit dem Gelde befaßt, nicht im Recht ist. Wenn man die unbequemen Schriften durch Nichtbeachtung umbringt, dann ist es leicht zu beweisen, niemand treffe in Deutschland die Schuld, daß die Goldwährung sich zum Nutzen der Spitzbuben so lange habe erhalten können.

Tempi passati! [Vergangene Zeiten!] Für so vieles sind die Ereignisse der letzten Zeit zum Grab geworden. Dieses Grab ist noch offen. Auch die Goldwährung wird da hineinfliegen. Schade, daß es Frankfurth nicht vergönnt ist, die Grabrede zu halten.

Silvio Gesell.

Der sogenannte Wert und die Währungspolitik.

In der bislang allgemein üblichen Behandlung der Währung wird das Verhältnis des Geldes zu den Waren ungenügend berücksichtigt. Die Währungspolitik beschränkt sich auf Maßnahmen für die Sicherung der Goldwährung. Erscheint diese außer Gefahr, so glaubt man alles in bester Ordnung. Dem Geldwesen wendet sich das öffentliche Interesse immer nur dann zu, wenn das Zusammenschrumpfen des Goldbestandes in den Notenbanken Bedenken erregt. Wächst dieser Goldbestand wieder, so ist auch die Währung wieder für eine Weile vergessen.

Auch die Wissenschaft, für die das Geldwesen doch immer noch ein schwarzer Kontinent ist und wo darum für den Forscherehrgeiz so schöne Lorbeeren winken, behandelt das Verhältnis des Geldes zu den Waren ganz besonders stiefmütterlich. Diese Behandlung beschränkt sich regelmäßig auf eine rein formale Beschreibung und dann auch oft nur auf eine nebensächliche Verwendung des Geldes. Die Frage, wie das Geld beschaffen sein muß, damit es seinen Zweck auf vollkommene Weise, ohne Nebenwirkung, erfüllt, wird regelmäßig umgangen oder nur flüchtig gestreift. Typisch in dieser Beziehung ist das Werk Knapps: „Staatliche Theorie des Geldes“. [Leipzig, Verlag von Duncker u. Humblot 1905.] In diesem sonst so gediegenen Buch wird das Verhältnis des Geldes zu den Waren überhaupt nicht erwähnt, das Geld nur einseitig als Zahlungsmittel, also rein juristisch behandelt; existierten keine Geldschulden, würde allgemein alles bar bezahlt, so würde Knapp jeden Stützpunkt für die Betrachtung des Geldes verlieren.

Der Grund dieser für das Geldwesen höchst nachteiligen öffentlichen Vernachlässigung liegt unseres Erachtens in dem immer noch herrschenden Wertglauben, in der von der Wissenschaft genährten Vorstellung, es hafte den Waren im allgemeinen und insbesondere auch dem Gelde eine eigentümliche, Wert zu nennende Eigenschaft an. Allerdings eine „übernatürliche Eigenschaft“, wie sie Marx nennt, aber immer doch eine *Eigenschaft*. Die gesamte Weltwährungsliteratur, die über die ganze Welt verbreitete Marx'sche Theorie stehen und fallen mit dieser Vorstellung. Von dieser Vorstellung bis zu der Annahme, das Geld und vornehmlich das Gold besäße jene „Wert“ genannte Eigenschaft in ganz besonders unerschütterlicher Form, ist nur ein Schritt, da jener sogenannte Wert zu den Eigenschaften der Materie Gold gerechnet wird und das Gold vor allen anderen Körpern sich besonderer Unveränderlichkeit rühmen kann.

Verständlich ist es, wenn man bei solchem Glauben eine besondere Währungspolitik kaum für nötig hält. Erscheint denn nicht auch jedes aktive Eingreifen des Staates von vornherein als überflüssig und hoffnungslos? Ist der Wert (einerlei was darunter gedacht ist) einmal als das Wesentliche am Gelde angesehen und rechnet man diesen sogen. Wert zu den *Eigenschaften* des Goldes, etwa wie das Gewicht zu den Eigenschaften des Eisens gezählt wird, so ist mit dem Prägen der Münzen, mit der Bestimmung ihres Gewichtes die Rolle des Staates im Geldwesen erschöpft und erledigt. Wie der Staat das Gewicht des Goldes nicht beeinflussen kann (spezif. Gewicht 19,33), so kann er auch seinen Wert nicht verändern, wenn der Wert wie das Gewicht eine Eigenschaft des Stoffes ist.

Und tatsächlich hat sich auch die Tätigkeit des Staates überall auf das Abwägen und Prägen der Münzen beschränkt.

Die Waage, das ist der ganze Verwaltungsapparat des Staates für die weitaus wichtigste aller staatlichen Verkehrseinrichtungen.

Man wird vielleicht hier einwenden, daß der Staat die Notenbanken, in Deutschland die Reichsbank, mit der eigentlichen Verwaltung des Geldes beauftragt. Aber worauf könnte sich noch solche Verwaltung beziehen, wenn das Wesentliche am Gelde, der sogen. Wert, als *Eigenschaft* des Goldes der Beeinflussung durch den Menschen ja von vornherein entzogen ist? Die Reichsbank teilt die allgemeine Ansicht, es stecke im Gold eine Eigenschaft, die man Wert nennt, und die das Wesentliche des Geldes ausmacht; und was könnte sie da an dieser *Eigenschaft* verwalten? Zwar existiert ein Verwaltungsrat der Reichsbank, mit Räten, Direktoren und einem Präsidenten, und man spricht auch von einer Währungspolitik der Reichsbank. Aber diese Verwaltung hat nur *ein* Ziel, die Sicherheit, d.h. Einlösbarkeit der Banknoten. Sind die Banknoten genügend mit Gold gedeckt, so lebt die Bankverwaltung sorglos. Zu den Waren und ihren Preisen unterhält die Reichsbank ebensowenig Beziehungen wie der Staat. Der ganze staatliche Verwaltungsapparat des Geldes, die Münze und die Reichsbank, kennt keine Warenpreise; ihm sind die Beziehungen des von ihm besiegelten Geldes zu den Waren völlig gleichgültig, und wir wüßten keine aktive Handlung dieses Verwaltungsapparates zu nennen, die sich mit Bewußtsein auf die Warenpreise richtete. Nicht eine! Staat und Reichsbank sind in dieser Beziehung vollkommen von der Wertfiktion beherrscht.

Der Reichsbankpräsident Koch gab eine Sammlung der sich auf das Geldwesen beziehenden deutschen Gesetze heraus, begleitete sie mit Kommentaren und einer Einleitung – und in dem ganzen ansehnlichen Buche kommen die Worte Preis und Ware überhaupt nicht vor.

Dieser von Staat und Volk geteilte und fast noch unerschütterte Wertglaube hat für die öffentliche Verwaltung des Geldes den Vorteil, daß alle wirtschaftlichen Katastrophen, die aus den Veränderungen in dem Tauschverhältnis zwischen Geld und Waren hervorgehen, allen möglichen Umständen, nur nicht dem Geld und seiner Verwaltung zugeschrieben werden können. Mit Hilfe der Goldwaage beweist die Reichs-

bank, daß an dem Gelde sich nichts verändert; daß Gewicht und Wert der Münzen von den Hoch- und Niedrigkonjunkturen, von dem Krach, der Krise, der Arbeitslosigkeit unangetastet geblieben sei.

Wer sich vom Wertglauben hat freimachen können, wer in den Ausdrücken: Wertmaß, eigener Wert, innerer Wert, Wertbewahrer usw. nichts als Phrasen sieht, wer im Tausch der Waren gegen Geld nicht das Ergebnis einer beiden Dingen immanenten Eigenschaft, sondern eine Handlung (oder besser zwei einseitige Handlungen der beiden handelnden Personen), wie jede andere Handlung sieht, der denkt anders über die Aufgaben des Staates in Bezug auf das Geldwesen.

Für die Wertapostaten [Abtrünniger] ist das Verhältnis des Geldes zu den Waren, das Tauschverhältnis, die Hauptsache am Gelde. Der Wertapostat verlangt ein festes Verhältnis zwischen Waren und Geld; und da er die Erfüllung dieses Wunsches nicht von *Eigenschaften* des Geldes erwartet, so verlangt er, daß der Staat mit derber Hand eingreifen soll, wo er bislang mit verschränkten Armen zuschaute. Der Wertapostat, der nichts von Werteigenschaften des Geldes weiß, sondern im Tausch zwischen Waren und Geld nur eine Handlung erblickt, verlangt, daß auch der Staat handeln soll, so oft sich das bestehende Verhältnis zwischen Waren und Geld zu verschieben droht. Der Wertapostat verlangt, daß, wenn die Preise steigen (Hochkonjunktur), der Staat die Nachfrage nach Ware durch Einzug von Geld dämpfen soll, und daß, wenn die Preise fallen, der Staat die Nachfrage durch Vermehrung des Geldangebots beleben soll. Der Wertapostat verlangt statt des heute geübten fatalistischen Zusehens zielbewußtes Eingreifen; er erwartet wirkliche *Währung* nur von einem ununterbrochenen, aktiven Regulieren.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Geldes.

Die Vorteile, die uns die Arbeitsteilung gegenüber der Urwirtschaft bietet, sind unberechenbar groß. Der Arbeitsteilung verdanken wir es, daß wir uns in manchen Dingen über den tierischen Standpunkt erheben konnten, daß wir Menschen geworden sind. Das Leben der überwiegenden Mehrzahl der Menschen hängt heute unmittelbar von der Arbeitsteilung ab. Wie der Bienenstock ohne die Arbeitsteilung undenkbar ist, so würden auch ohne die Arbeitsteilung vielleicht ⁹⁹/₁₀₀ der heutigen Bevölkerung Deutschlands verhungern, der Rest ein kümmerliches, tierisches Dasein fristen.

Die Arbeitsteilung bedingt den Austausch der Produkte und hängt von diesem ab. Sie kann sich nur so weit entwickeln, wie es der Tausch der Produkte gestattet. Die Grenzen der Arbeitsteilung werden durch die Schwierigkeit des Austausches, des Handels, gezogen. Sonst kann sich die Arbeitsteilung unbegrenzt erweitern und vertiefen. Wachsen die Schwierigkeiten des Handels, so leidet die Arbeitsteilung, und da die überwiegende Mehrzahl der Menschen heute nur geteilte Arbeit verrichten kann, so bedeutet Be-

schränkung der Arbeitsteilung in der Regel so viel wie Beschränkung der Arbeitsmöglichkeit (Arbeitslosigkeit).

Die Hauptschwierigkeiten des Handels wurden durch das Geld beseitigt. Ohne das Geld wäre die Ausdehnung der Arbeitsteilung an den Schwierigkeiten des direkten Tauschhandels gescheitert. Der Mensch fing erst dann an, Geschichte zu machen, als die Einführung des Geldes ihm gestattete, sich auf die Arbeitsteilung einzurichten.

Das Geld ist die Voraussetzung entwickelter Arbeitsteilung, und die Arbeitsteilung steht auf den Schultern des Geldes. Als Vorbedingung entwickelter Arbeitsteilung kann man das Geld die Wiege der Kultur nennen.

Dies muß betont werden; denn nur dann werden wir dem Geldwesen das zu seinem Verständnis nötige Studium widmen wollen, wenn wir uns überzeugt haben, daß von ihm und seiner Beschaffenheit unser Wohlergehen, unser Dasein abhängig ist.

Und es muß dies um so mehr hervorgehoben werden, als die Entwicklung des Scheck- und Wechselwesens vielfach die Meinung hat aufkommen lassen, das Geld spiele heute nur mehr eine untergeordnete Rolle. Man vergleicht die 8 Milliarden Mark, die in Deutschland umlaufen, mit den 400 Milliarden an sonstigem Reichtum (Häusern, Schiffen, Eisenbahnen) und glaubt an diesem Verhältnis die Bedeutung des Geldwesens überhaupt ermessen zu können. Das ist aber ganz und gar verkehrt. Diese 8 Milliarden darf man nicht nach ihrem Betrage bemessen, um ihre Bedeutung zu verstehen, sondern nach der von ihnen verrichteten Arbeit. Diese 8 Milliarden vermitteln einen jährlichen Produktaustausch von vielleicht 100 Milliarden, und da der Austausch Vorbedingung der Produktion ist, so kann man sagen, daß die 8 Milliarden an Geld jährlich 100 Milliarden das Leben geben. Der gesamte Reichtum an Häusern, Maschinen, Eisenbahnen, Schiffen ist, von diesem Standpunkt aus betrachtet, eine Gabe des Geldes und zwar eine periodisch sich wiederholende Gabe. Die Wechsel und Schecks haben zwar einen Teil des Bargeldes ersetzt; aber ist damit die volkswirtschaftliche Bedeutung des Geldes nicht noch gewachsen? Gründet der Wechsel, der Scheck, das gesamte Kreditwesen, sich nicht auf Bargeld, lauten nicht die Schuldverschreibungen aller Art auf Geld, und stürzt nicht das ganze Gebäude an Wechseln, Pfandbriefen, Staatsschulden, Obligationen usw. in sich zusammen, wenn man ihm das Bargeld, seine Unterlage, entzieht?!

Das Kreditwesen hat also die Bedeutung des Geldes nicht vermindert, sondern im Gegenteil außerordentlich erweitert und vertieft. [Flürscheim vergleicht dies Verhältnis mit einer umgekehrten Pyramide, von der das Geld die Spitze darstellt.]

Wer sich davon überzeugen will, daß die Vernachlässigung des Geldstudiums, wie sie heute in allen volkswirtschaftlichen Schriften so auffällig zu Tage tritt, durchaus ungerechtfertigt ist, der betrachte Anfang und Verlauf der letzten amerikanischen Krise. In Amerika wurde ein Teil des umlaufenden Geldes vom aufgeschreckten Publikum dem Verkehr entzogen, und diese

Störung des Geldumlaufs genügte, um die gesamte Volkswirtschaft zum Stillstand zu bringen. Die Arbeitslosigkeit, die nach Europa übergreifen hat, ist eine unmittelbare Folge jener Störung des Geldumlaufes. Vielleicht wird nun die Krise (die schon fast allgemein als Geldkrise angesehen wird) die Bedeutung des Geldwesens in ihr rechtes Licht rücken. Wie hoch man aber auch die Bedeutung des Geldes dabei wird einschätzen lernen: die Gefahr einer Überschätzung liegt nicht vor.

Der Bedarf an Geld.

Die Arbeitsteilung bedingt den Austausch der Arbeitsprodukte. Die Produkte der Arbeitsteilung, die noch auf den Austausch harren, d.h. die den Konsumenten noch nicht erreicht haben, nennt man Waren; und diese Waren, die zu ihrer Bewegung das Geld nötig haben, sind es, die das Geld haben aufkommen lassen. Je entwickelter die Arbeitsteilung, desto mehr Waren wirft sie auf den Markt, und umso mehr Geld wird nötig. *Den Geldbedarf mißt man also mit den Waren.* Ohne Waren hat das Geld keinen Zweck mehr; verschwindet die Arbeitsteilung, so verschwindet auch das Geld. Mit jeder Vermehrung der Wareneinfuhr, mit jeder Erweiterung der Arbeitsteilung wächst der Bedarf an Geld. Und umgekehrt natürlich.

Wer mit dieser ersten Folgerung aus dem Grundsatz, daß das Geld aus der Arbeitsteilung hervorgegangen ist, nicht einverstanden ist, der kann sich die Zeit sparen, dies Buch weiter zu lesen. Denn alles, was jetzt folgt, fußt darauf, daß Ware und Geldbedarf sich decken, daß man den Geldbedarf (Nachfrage nach Geld) nur mit den Wareneinfuhren schätzen kann. Wenn wir das Geld, wie es oft geschieht, als Tauschmittel bezeichnen, so wird die Richtigkeit dieser Folgerungen noch viel durchsichtiger. Die Arbeitsteilung erzeugt Waren, die Waren bedürfen des Austausches; und den Tausch vermittelt das Geld, daher der Name Tauschvermittler. Der Bedarf an Tauschmitteln muß also zusammen mit der Vermehrung der Tauschobjekte, d.h. der Waren, wachsen. Der Klarheit wegen, um Mißverständnissen vorzubeugen, werden wir in der Folge, so oft wir daran denken, das Wort Tauschmittel an Stelle des Wortes Geld gebrauchen. Wer beim Worte Geld an etwas anderes als an Tausch der Produkte der Arbeitsteilung denkt, wer das Geld von anderen Gesichtspunkten als von denen des Warenaustausches verwaltet wissen will, der wandelt auf Irrwegen; und jeder kann ihm Mißerfolg prophezeihen, ganz einerlei, ob es sich um einen Kaufmann, Politiker, Staatsmann oder Währungsforscher handelt. Sie alle sind auf Holzwegen, wenn sie den Geldbedarf anders als mit den Wareneinfuhren messen. Folgerichtig, theoretisch wie praktisch, kann das Geld nur vom Standpunkt der Ware und ihrer Erzeugerin, der Arbeitsteilung, aus beurteilt werden; denn aus der Arbeitsteilung und ihren Produkten, den auf den Austausch harrenden Waren, ist der Tauschvermittler, das Geld, hervorgegangen.

Man spricht vom Geldbedarf des Staates, der Unternehmer, der Notleidenden; aber daß es sich da um etwas anderes als um Geldbedarf im währungstechnischen Sinne handelt, sieht man sofort, wenn an Stelle des Wortes Geld das andere Wort Tauschmittel gesetzt wird. Denn weder Staat, noch Unternehmer, noch Notleidende wollen etwas für das Geld in Tausch geben. Bei den Unterhandlungen erkundigt sich der Staat, der Unternehmer auch nicht nach dem Tauschverhältnis, sondern nach dem Zins. *Sie wollen borgen, nicht tauschen*. Aus ihren Bedürfnissen heraus wäre niemals das Geldwesen entstanden. Der wirkliche Geldbedarf kommt von dem *Besitz* an Ware her; der vermeintliche Geldbedarf des Staates und der Unternehmer aber kommt vom *Mangel* an Waren.

Sie borgen das Geld, um sich damit Waren, die sie brauchen, zu verschaffen (Kreditbedarf).

Für die Währungstechnik scheidet somit der Geldbedarf der Bürger aus den zu berücksichtigenden Dingen aus. Für diese ist der Geldbedarf der Bürger ebenso unmaßgeblich, wie der der Bettler und Studenten. *Die Währungstechnik soll zu den Borgern und dem Zinsfuß keinerlei Beziehung unterhalten*.

Die Ware allein, die den Bedarf an Tauschmitteln erzeugt und so dem Gelde Leben einflößt, soll in der Währungstechnik berücksichtigt werden. Das Geld soll als das, was es ist, als Tauschmittel, verwaltet werden, und den Geldbedarf messen wir dann allein mit den Wareneinfuhren. Die Geldbürger mögen sich an den Geldverleiher wenden oder mögen sich die Waren, die sie kaufen wollen, direkt leihen; mit der Währung, mit der Verwaltung des Tauschmittels haben ihre Bedürfnisse nichts zu tun.

Das Maß des Geldbedarfes.

Entspringt der Bedarf an Tauschmitteln aus der Arbeitsteilung und ihrem Produkte, der Ware, so kann auch nur die Ware das Maß dieses Bedarfes an Tauschmitteln geben. Viel Ware, viel Bedarf an Tauschmitteln; wenig Ware, wenig Bedarf an Tauschmitteln.

Das Verhältnis des Bedarfes an Tauschmitteln zu dem Mittel der Befriedigung dieses Bedarfes, dem Gelde, also das Maß des Geldbedarfes, wird durch die Preise offenbart. Steigen die Preise, d.h. erhält man für dieselben Waren mehr Geld als sonst, so zeigt das, daß mehr Geld oder weniger Ware angeboten wird als vorher. Fallen die Preise, so beweist das, daß mehr Ware oder weniger Geld angeboten wird.

Mit der Feststellung, daß es sich hier um ein Verhältnis handelt, hat man sich aber nie begnügen wollen. Man hat nach dem Schuldigen gefahndet, wenn das bestehende Verhältnis eine Störung erfuhr, und vor dem „inneren Wert des Tauschmittels“ ersterbend, hat man nicht gewagt, von einem Zuviel oder Zuwenig an Geld zu sprechen, sondern die *Schuld* (!) bei den Waren gesucht und diesen eine Anpassung an das Tauschmittel zugemutet.

Aber bei dieser Auffassung wird vergessen, daß die Ware das primäre, das Tauschmittel das sekundäre ist. Im Anfang war die Arbeitsteilung; diese zeugte die Ware, die Ware aber zeugte den Bedarf an Geld, an Tauschmitteln.

Darum muß sich auch das Tauschmittel der Ware anpassen, und die gegenteilige Ansicht muß mit ebensolcher Entschiedenheit zurückgewiesen werden, wie etwa die Behauptung, der Schuh drückte, weil der Fuß zu groß und nicht weil der Schuh zu klein sei. Wie der Schuh dem Fuß, das Werkzeug der Arbeit, die Eisenbahn dem Verkehr angepaßt werden muß, so soll sich auch das Tauschmittel dem Bedarf an Tauschmitteln anschmiegen.

Auch aus rein praktischen Gründen kommt man zu der Forderung; denn das Angebot von Waren dem Angebot von Geld anpassen, heißt die Fabriken schließen, die Äcker brach liegen lassen, die Arbeiter dem Hunger aussetzen, während umgekehrt die Anpassung des Tauschmittels an den Bedarf (d.h. die Ware) nur Einzug und Ausgabe von Geld verlangt.

Dies muß hier mit um so mehr Nachdruck betont werden, als die Währungspolitik aller Länder keinen Zweifel aufkommen läßt, daß die Ansicht, die Warenproduktion habe sich dem Geldangebot anzupassen, ganz allgemein verbreitet ist.

Die Frage, ob der Mann hinkt, weil das eine Bein zu groß oder das andere zu klein ist, kann, ohne weitere Elemente in die Gleichung zu bringen, nicht entschieden werden. Betrachten wir aber den Mann und finden, daß das lange Bein zu seiner sonstigen Figur die normale Größe hat, so ist es klar, daß das kurze Bein unnormal, fehlerhaft, zu klein ist. Ebenso verhält es sich mit den Waren und Preisen. Arbeitsteilung und Warenangebot stehen immer in einem normalen, natürlichen Verhältnis zu einander, denn beide wachsen und schwinden immer gleichzeitig. Das Geld dagegen kann sich nicht direkt auf die Arbeitsteilung berufen; denn es wird nicht unmittelbar von dieser, sondern mittelbar durch den Staat erzeugt. Paßt also das Geld nicht auf die Waren, so ist es das Geld, das zu klein oder zu groß ist, und zwar nicht mehr im Verhältnis zur Ware allein, sondern zum Gesamtorganismus der Arbeitsteilung.

Da das Geld das Tauschmittel aller Waren ist und das Tauschverhältnis der Waren untereinander fortwährenden Veränderungen unterworfen ist, so ist die Frage, wie denn überhaupt Veränderungen im Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld gemessen werden können, nicht mit einzelnen Preisen zu beantworten; denn während z.B. Eisen im Preise steigt, können die Kartoffeln im Preise fallen. Zugleich ist zu beachten, daß es nicht einerlei ist, ob z.B. der Weizen, der in ungeheuren Massen auf den Markt kommt, Preisänderungen erfährt, oder etwa der Pfeffer, an dessen Preis nur die Krämer mit kaum 1/1000 ihres Kapitals interessiert sind.

Will man also feststellen, ob und inwieweit das Tauschverhältnis zwischen Geld und Waren sich verschoben hat, so muß man möglichst viele Preise notieren und die einzelnen Waren nach ihrer Bedeutung klassifizieren, so- daß die einzelne Ware das Resultat nach Maßgabe ihrer Bedeutung beeinflusst.

So gelangt man zu den sogen. Indexzahlen, wie sie z.B. der „Economist“ in London periodisch veröffentlicht. Je größer die Zahl der zur Statistik herangezogenen Waren ist, je sorgfältiger die Bedeutung der einzelnen Waren abgeschätzt wird, umsomehr wird das Ergebnis der Wirklichkeit nahe kommen und den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens genügen.

Wenn man aber gewissenhaft vorgehen will und nach einem mathematisch genauen Maß strebt, so kann man von Zeit zu Zeit, etwa alle Jahre einmal, die große, allgemeine Preisermittlung vornehmen, nach der Methode, die im letzten Teil dieser Schrift beschrieben wird. (s. S. 63).

Wie man den Geldbedarf nicht messen soll.

Volkswirtschaftlich betrachtet hat das Geld nur eine Verwendung, nämlich die seinem Zwecke entsprechende, als Tauschmittel. Das schließt nicht aus, daß das Geld privatwirtschaftlich andere Verwendung findet, die seiner volkswirtschaftlichen Bestimmung vollkommen fremd sind. So z.B. werfen die Goldschmiede die Münzen, die der Staat mit Unkosten für den Verkehr hat prägen lassen, in den Schmelztiegel, um daraus Uhrketten zu machen. Das ist offenkundiger Mißbrauch, der nur darum nicht bestraft wird, weil er sich nicht vermeiden läßt. Es ist ein Mißbrauch, weil die Goldschmiede das Geld nicht seiner Bestimmung entsprechend als Tauschmittel, sondern als Rohstoff für ihr Handwerk gebrauchen.

Und so kann man es immer Mißbrauch nennen, wenn das Geld anders denn als Tauschmittel gebraucht wird. So ist die Verwendung des Tauschmittels als *Sparmittel*, als Spekulationsinstrument, als Spielmarke (Lotterie) usw., volkswirtschaftlich betrachtet, Mißbrauch des Geldes.

Solange die Volkswirtschaft nicht unter diesem Mißbrauch zu leiden hat, kann man ja mit Geduld der Sache zusehen; aber auf keinen Fall darf man dulden, daß die Bedürfnisse der Sparer, der Spieler und Spekulanten maßgebenden Einfluß auf die Währungspolitik gewinnen.

Trotzdem geschieht dies allgemein. Wenn es z.B. heißt, daß die Bürger, Unternehmer, Spekulanten, Haussiers [jemand, der auf das Steigen der Kurse hinarbeitet], Kauflente mit der Unterbringung ihrer Anleihen auf wachsende Schwierigkeiten stoßen und daß darum der Zinsfuß gestiegen sei, so folgert man, daß es an Geld (Tauschmitteln) fehlt, und fordert, daß die Emissionsbanken mehr Tauschmittel drucken oder prägen sollen, damit der Zinsfuß gedrückt werde.

Und es ist nicht nur der Laie, der so denkt und urteilt, nein, sogar die Emissionsbanken, die berufenen Hüterinnen der Währung, teilen nur zu oft solche Ansichten. Und wenn sie bei steigendem Zinsfuß dem öffentlichen Drängen nachgeben und die Emissionen vermehren, so geschieht dies nicht etwa, weil sie nicht den Mut haben, diesem Drängen zu widerstehen, sondern weil sie selbst der Ansicht sind, steigender Zinsfuß beweise einen Mangel an Geld, an Tauschmitteln. Hat nicht Karl Helfferich, s.Z. Mitglied des Reichsbankdirektoriums, in der „Nation“ vom 24. März 1900 direkt den Zweifel ausgesprochen, „ob wohl jemand im Stande wäre, den Nachweis zu liefern, ob die steigenden Diskontsätze eine Erhöhung des Geldwertes oder ob die steigenden Preise einen Rückgang des Geldwertes bedeuten“! (Was mag wohl hier „Geldwert“ bedeuten?)

Dieser Satz ist ein klassisches Beispiel für die Verheerungen, die der Wertglaube selbst in widerstandsfähigen Köpfen anzurichten vermag. Helfferich glaubt an den Wert, er spricht von „innerem Werte“, vom Wertbewahrer, von der Wertbeständigkeit. Er behauptet, daß „unsere Goldwährung in Bezug auf Wertbeständigkeit“ allen Anforderungen, welche an ein gesundes Geld zu stellen sind, in hervorragendem Maße entspricht. (s. Helfferich, die Währungsfrage, S. 38). Und dann drückt er den Zweifel aus, ob überhaupt jemand im Stande sei, die Frage zu beantworten, ob die Schwankungen der Warenpreise auf Geldwertschwankungen hinweisen!

Wie kann man sich für die Goldwährung entscheiden, so lange man noch von solchen Skrupeln geplagt wird? Nehmen wir an, Helfferichs Frage würde in dem Sinne entschieden, daß die Schwankungen des Diskontosatzes Schwankungen des Geldwertes (einerlei was darunter verstanden wird) bedeuten, so wäre ja die behauptete Wertbeständigkeit des Goldes vor aller Augen als Schwindel entlarvt – denn der Diskontosatz ist in den letzten Jahren von 3 auf $7\frac{1}{2}\%$, also um das Doppelte gestiegen und gefallen. Nehmen wir an, Helfferichs Frage wäre in dem anderen Sinne beantwortet worden, nämlich, daß die Schwankungen der Warenpreise Schwankungen des Geldwertes beweisen, wo bliebe auch dann wieder die behauptete Wertbeständigkeit des Goldes? (Einerlei was darunter gemeint wird.) Denn diese Warenpreise haben in den letzten Jahren auch um wenigstens 25% geschwankt. In solche unentwirrbare Widersprüche verstricken sich die Wertgläubigen auf Schritt und Tritt. Ja man kann sagen, daß alle volkswirtschaftlichen Leitsätze nur darum in Sackgassen verlaufen, weil sie von einem Trugbilde, dem Wertglauben, ausgehen. Ehe dieser Wertglaube nicht mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden ist, ist an eine vernunftgemäße öffentliche Verwaltung des Geldes nicht zu denken.

Die Begriffsverwirrung, die sich in Helfferichs Zweifel offenbart, wird sinnfällig, wenn wir an Stelle des Wortes „Geld“ das beschreibende Wort Tauschmittel setzen. Wie kann man bei steigendem Diskontosatz von steigendem Bedarf an Tauschmitteln sprechen? Bei Darlehen spricht man von Diskonto, aber bei Darlehen werden keine Waren getauscht.

Es ist aber schon ein erfreulicher Fortschritt, daß Helfferich in seinen Betrachtungen bis zu diesem Zweifel vorgestoßen ist; andere Währungstheoretiker, die auch vom sogen. Wert ausgehen, werden in diesem Zweifel schon eine schwere Ketzerei erblicken.

Man gibt Geld her und erhält bei Verfall des Darlehens Geld zurück. Ein Tausch ist das nicht, und darum ist auch ein Tauschmittel überflüssig. Nehmen wir an, die Darlehen würden statt in dem aus Bequemlichkeit vorgezogenen Gelde in Sachgut, etwa Weizen, Bier oder Kattun gemacht und der Zins wäre dementsprechend in Realien zahlbar abgemacht. Nehmen wir an, der Zinsfuß stiege nun von drei auf sechs Pfund Weizen, Bier oder Kattun für 100 Pfund per Jahr, also auf 6%, würde solch hoher Zinsfuß auch auf eine „Erhöhung des Geldwertes“ hindeuten? (Einerlei was unter Geldwert zu verstehen ist.)

Die Verkehrtheit solcher Ansichten (natürlichen Ausflüssen des Wert-

glaubens) läßt sich noch auf vielen anderen Wegen nachweisen, doch am besten wird sie uns die Praxis zeigen.

Wäre nämlich hoher Zins Beweis eines Geldmangels und wäre es möglich, mit Hilfe einer Vermehrung des Geldumlaufes einem weiteren Steigen des Zinsfußes vorzubeugen, so müßte doch vermehrter Geldumlauf mit fallendem Zinsfuß und verminderter Geldumlauf mit steigendem Zinsfuß der Regel nach zusammenfallen. Das Gegenteil ist aber der Fall. Die Geschichte des Zinsfußes beweist uns, daß der Zinsfuß gestiegen ist, so oft und so lange der Geldumlauf vermehrt wurde und zwar ganz einerlei, ob der Geldumlauf durch vermehrte Prägung, durch vermehrten Druck, verdünnte Legierungen oder vergrößerte Umlaufgeschwindigkeit vergrößert wurde. Der Zinsfuß stieg und erreichte eine ganz ungewohnte Höhe, als die Räuberbande Pizarros Europa mit Gold überschwemmte; er stieg, als die kalifornischen Goldschätze ausgemünzt wurden; er stieg, als man in Deutschland in den erbeuteten Milliarden schwelgte. Und nicht allein bei Metallmünzen stieg der Zinsfuß mit jeder Vermehrung des Umlaufes, auch das Papiergeld zeigte dieselbe Erscheinung. Als Law [1671 – 1729] in Frankreich die Kaufleute mit Papiergeld zu sättigen versuchte, stieg der Zinsfuß, als die große Revolution den heute noch immer wieder auftauchenden und unausrottbaren Wahngedanken zur Tat werden ließ und den „Grund und Boden“ in Assignatenform (Bodennoten) „ausmünzte“, stieg der Zinsfuß, und er stieg auch, als Dr. Koch den Zinsfuß durch vermehrte Notenausgabe niederzuhalten versuchte.

Geschichtliche Tatsachen findet man in Gustav Billeter: Die Geschichte des Zinsfußes im Griechisch-Römischen Altertum bis auf Justinian.

Georg Wiebe: Geschichte der Preisrevolution des 16. und 17. Jahrhunderts.

Adam Smith: Inquiry into the causes etc.

In einer übersichtlichen Tabelle verarbeitet findet man dieses Material in Silvio Gesell: Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag. (Jetzt in 5. Auflage unter dem Titel „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ erschienen.)

Und umgekehrt.

Der Zinsfuß fiel noch zur Zeit der Römerherrschaft, als die Goldzufuhren aus Afrika nachließen und die spanischen Silberminen sich erschöpften. Er fiel in beiden Fällen, als die Schätze Montezumas und die kalifornischen Minen erschöpft waren; er fiel, als nach dem deutschen Milliardenrausch sich der Katzenjammer in Form von Goldexport einstellte.

Und der Zinsfuß ist jetzt von seiner Ende 1907 erreichten stolzen Höhe auf einen sehr bescheidenen Stand gefallen, während gleichzeitig durch Einzug von Noten und durch das Brachliegen bedeutender Barsummen der Geldumlauf erheblich eingeschränkt wurde.

Warum übrigens der Zinsfuß steigen muß, wenn man ihn durch vermehrten Geldumlauf herabzudrücken sucht, ist leicht zu erklären: Der Kaufmann (Unternehmer, Spekulant) kann Geld, auch geborgtes, nutzbringend verwenden (anlegen), so lange er hofft, daß er das, was er mit dem geborgten Geld kauft, vor dem Verfall des Wechsels über den Einstandspreis verkaufen kann, und *diese einzige Bedingung* des kaufmännischen Geldbedarfes ist erfüllt, so lange die Preise steigen, was wiederum eintreten muß, so oft und so lange das Geldangebot mit den Noten der Bank (oder

sonstwie) vermehrt wird. Mit dem Gelde, das die Notenbanken fabrizieren und durch Wechseldiskont in Umlauf setzen, vergrößern sie die Nachfrage auf den Warenmärkten, und die vermehrte Nachfrage treibt naturgemäß die Preise hoch. Die Emissionsbanken bereiten also mit ihren Noten den Boden für Differenzen à la hausse, denn sie treiben selbst die Preise hoch und erfüllen damit die einzige Bedingung des kaufmännischen privatwirtschaftlichen Geldbedarfes.

Je mehr Geld die Emissionsbanken und die Goldminen ausgeben, desto größer wird die Nachfrage nach käuflichen Dingen, desto größer wird auch die Differenz zwischen Einstandspreis und Erlös, *desto mehr wecken sie die spekulative Kauflust, und desto mehr werden die Banken um Geld bestürmt werden*. Man kauft für 100 mit der Aussicht (die die allgemeine Preistreiberei fast zur Sicherheit macht), das Gekaufte vor Verfall des Wechsels über 100 zu verkaufen. Und da das Gewinnbedürfnis keine Grenzen kennt und die Vergrößerung der Umsätze nur den Gewinn vergrößern kann, so sucht jeder seine Umsätze zu vermehren, bis er irgendwo an eine Grenze stößt, und das ist einfach die Grenze seines Kredites.

Die Emissionsbank kann also den Geldhunger mit ihren Noten nur reizen und wecken, niemals kann sie ihn stillen.

Dieser Geldhunger ist etwas rein persönliches, aus privatwirtschaftlichen Erwägungen und Interessen entspringend, und ist darum scharf zu unterscheiden von dem volkswirtschaftlichen Geldbedarf, den die Ware darstellt.

Und daß diese Erscheinung nicht eine Eigentümlichkeit der Banknoten, sondern vielmehr eine Begleiterscheinung des Geldes überhaupt, des Metall- wie des Papiergeldes ist, können wir an folgender Annahme ermessen.

Setzen wir den Fall, die Nachricht verbreite sich plötzlich, es wäre irgendwo in Asien unter der Eisdecke Sibiriens, unter den Sandhügeln Tibets ein neues Dorado entdeckt worden, das an Ausbeute alles Dagewesene in den Schatten stellt. Nehmen wir an, diese Nachricht werde durch die Ankunft einer Schiffsladung Gold auch bestätigt.

Würde eine solche Nachricht, die eine baldige und gewaltige Vermehrung des Geldumlaufes in Aussicht stellt, die Gesuche um Wechseldiskont bei den Emissionsbanken vermindern oder vermehren? Wären die Emissionsbanken im Rechte mit ihrer Annahme, daß sie den Geldhunger mit mehr Geld stillen können, so müßte man auch schließen, daß mit der Ankunft des sibirischen Goldes der Geldhunger befriedigt, daß die Gesuche um Wechseldiskont sofort nachlassen müßten. Und doch kann nur das Gegenteil eintreten.

Es ist klar, daß an dem Tage, wo die Nachricht von neuen, großen Goldfunden sich bestätigt, jeder sofort mit einer neuen gewaltigen Hochkonjunktur rechnen wird, daß sich bei allen, Groß und Klein, bei Kaufleuten, Privaten, Unternehmern, Spekulanten, Spielern und Rentnern eine lebhaftere Kauflust zeigen wird, daß jeder, um mit möglichst großen Beständen an der erwarteten Hausse beteiligt zu sein, so viel an Waren, Vorräten, Aktien, Rohmaterial, Grundstücken (mit allgemeiner Ausnahme der festverzinslichen Papiere), kaufen wird, wie es seine Barmittel und sein Kredit gestatten.

Es ist sonnenklar für alle, daß die erste Ladung Gold, die das neue Dorado in der Münze abliefern, *von einem kolossalen Andrang von Wechseln*

begleitet sein wird, die den Emissionsbanken zum Diskont vorgelegt werden.

Und je mehr Gold hereinströmt, desto größer wird auch der Zudrang zu den Schaltern der Emissionsbanken sein, und wenn die Münzstätten mit Überstunden arbeiten, so müssen auch die lithographischen Pressen der Emissionsbanken schneller rotieren, um die Banknoten zu liefern für den *neuen, großen, spekulativen Geldhunger, der mit der Vermehrung des Geldbestandes sich einstellt.*

Wenn wir auch die Welt mit einer Goldschicht überziehen könnten, so würde darum doch der Geldhunger nicht gestillt werden, und die Emissionsbanken müßten die Goldschicht noch mit einer Schicht Banknoten überziehen, ohne doch die Genugtuung zu haben, den Geldhunger gestillt zu sehen. Nirgends gilt das Sprichwort so absolut wie hier: „L'appétit vient en mangeant.“ [Der Appetit kommt beim Essen]. Und umgekehrt natürlich.

Nehmen wir an, daß an Stelle der Nachricht von dem Auffinden eines neuen Dorado das Gerücht sich verbreiten würde, die chinesische Regierung habe beschlossen, die Silbermünzen einzuziehen (wie es s.Z. das Deutsche Reich tat) und dafür goldene Münzen in Verkehr setzen, und daß zu dem Zwecke eine Goldanleihe in Europa von x Milliarden beschlossen worden (wie es Rußland, Italien usw. getan haben), die mit dem „inneren Wert“ der eingezogenen Silbermünzen garantiert sei.

Nehmen wir an, die Anleihe wäre auch gezeichnet worden und die erste Milliarde Gold sei schon nach Peking abgegangen. Nach der der Emissionspolitik zu Grunde liegenden Ansicht müßte nun eine große Nachfrage nach Banknoten sich einstellen, um das abwandernde Gold wieder zu ersetzen.

Und doch ist es auch hier wieder klar, daß dieser neue gewaltige Sieg der Goldwährung, die Niederreißung der chinesischen Silbermauer bei Kaufleuten, Unternehmern, Spekulanten usw. den Glauben an einen durch die Golddrainage hervorgerufenen Preisrückgang aller Waren, Aktien, Grundstücke erwecken, daß jedermann sich beeilen würde, alles Verkäufliche abzustoßen, um mit möglichst *geringen* Beständen an den von der Baisse erwarteten Verlusten beteiligt zu sein. Es ist klar, daß wenn alle nur an das Verkaufen, niemand an Kauf und Unternehmungen denkt, daß, wenn jeder erwartet, alle Waren würden morgen billiger als heute und übermorgen noch billiger sein, *das Geld kaufmännisch überhaupt nicht mehr angelegt werden kann* und daß infolgedessen niemand Geld von der Notenbank verlangen wird. Wenn Geld außer Land geht und die Preise sinken, dann ist auch der *Rest des Geldbestandes privatwirtschaftlich, kaufmännisch unbrauchbar*. Das Geld kann überhaupt nur so lange kaufmännisch umlaufen, als es in mindestens genügender Menge vorhanden ist und *angeboten wird*, um die Warenpreise auf gleicher Höhe zu erhalten. Genug oder nichts.

Eben in der Baissezeit lesen wir in der Frankfurter Zeitung vom 6. Februar 1909: „... es ist buchstäblich nicht möglich, für die flüssigen Gelder Unterkommen zu finden.“

Dies ist wohl die Beobachtung, die zu den merkantilistischen Übertreibungen führte. Sie bildet auch den Grundstock des bimetallistischen Arsenal. Die Bimetallisten behaupten immer, daß die Anhäufung des Goldes in den

Banken, ein Beweis des Geldmangels sei, während die Anhänger der Goldwährung diese Goldbestände als Geldüberschuß ansahen. Die Erfahrung gab aber dem Bimetallisten recht, denn als die afrikanischen Goldfelder anfangen, große Goldmassen auf den Markt zu werfen, da vermehrten sich die Bankbestände nicht (was der Theorie der Goldleute doch entsprochen hätte), sie wurden im Gegenteil sofort vom Handel beansprucht.

Die Emissionsbanken betreten somit einen *Circulus vitiosus* [Fehlerhafter Kreislauf], wenn sie den bei jeder Hausse sich einstellenden privatwirtschaftlichen Geldhunger als Geldbedarf im volkswirtschaftlichen, währungstechnischen Sinne ansehen und diesen Privatbedarf mit volkswirtschaftlichen Mitteln zu decken suchen. Dieser Bedarf ist, wie das Faß der Danaiden, bodenlos, seiner ganzen anatomischen Struktur nach unersättlich.

Man sieht hier deutlich, zu welchen Widersprüchen es führt, wenn die Emissionsbanken nicht zwischen privatwirtschaftlichem Geldhunger und volkswirtschaftlichem Bedarf an Tauschmitteln zu unterscheiden wissen, und es lohnt sich bei der außerordentlichen Bedeutung dieser Widersprüche, das Spiel der Kräfte, die hier in Aktion treten, näher zu betrachten, denn es ist klar, daß eine Wendung in dieser verkehrten Währungspolitik erst dann eintreten wird, wenn ihre Verkehrtheit nicht allein erfahrungsgemäß, sondern auch begrifflich erkannt worden ist.

Aus irgend einem Grunde, deren es ja im heutigen Geldsystem unzählige gibt, steigen die Preise und die Preissteigerung erweckt die kaufmännische, spekulative Kauflust. Die Kaufleute suchen Geld, um kaufen zu können und die Geldverleiher erhöhen der steigenden Nachfrage entsprechend ihre Forderungen. Der Zinsfuß steigt.

Nun erscheinen die Emissionsbanken auf dem Plane und sagen: *der Zinsfuß steigt; das beweist, daß es an Geld (an Tauschmitteln!) fehlt, und wir haben satzungsgemäß die Aufgabe zu erfüllen, die Schwankungen im Geldbedarf durch Notenausgabe auszugleichen. Wir haben also jetzt einzugreifen, wir müssen diesem wachsenden Bedarf an Geld ein vermehrtes Angebot entgegenwerfen, wir müssen mit unseren Noten den Zinsfuß herunterdrücken. Man würde uns Vorwürfe machen, wenn wir das nicht täten.*

Und sie geben allen, die Zins und Sicherheit bieten, nach Bedarf mit vollen Händen. Mit diesen neuen Noten erhöhen aber die Kaufleute die Nachfrage auf den Märkten und Börsen, treiben die Preise hoch, vergrößern die Differenzen à la hausse, nähren damit die Kauflust, erwecken neuen Hunger nach Geld, treiben den Zinsfuß weiter in die Höhe, was die Emissionsbank zu neuen Notenausgaben veranlaßt. (Schraube ohne Ende.)

Jedoch im System der Goldwährung ist die Notenausgabe scharf begrenzt durch die Metallwährung (zumeist Drittelwährung). Ist diese Grenze erreicht, so ist es aus mit den Emissionen. Ist es aber aus mit den Emissionen, so ist es auch aus mit der Nachfrage auf den Märkten, aus mit den Differenzen à la hausse, aus mit der Kauflust, aus mit dem privatwirtschaftlichen Geldhunger. Ist es bekannt geworden, daß die Emissionsbank die Dritteldeckung

erreicht hat, so weiß man auch, daß die Geldquelle versiegt ist und alle, die noch gestern nicht wußten, wie sie ihren Hunger nach käuflichen Dingen stillen sollten, sind plötzlich satt, zum Erbrechen satt. Ist der erste und wichtigste Haussier, die Notenbank, einmal ausgeschaltet, so kippt auch sofort die Hausse in Baisse um, und alle, die noch gestern Käufer waren, verwandeln sich in Verkäufer, und wer Geld hat – der sucht es nicht mehr in Waren, sondern in dem Gegenteil – in Geldforderungen anzulegen. Die kapitalkräftigen Käufer verwandeln sich in Geldverleiher. Aber Geld sucht jetzt Niemand mehr, höchstens noch solche, die in der Klemme sind.

Der Zins fällt dann nicht etwa, weil zu viel Geld angeboten wird (die Baisse beweist, daß das nicht sein kann), sondern weil es an Geld fehlt, um den Geldhunger länger zu unterhalten.

Weil die Emissionsbank unfähig ist, ihre tollen Versuche, den Zinsfuß durch Notenausgabe zu drücken, noch länger fortzusetzen – *darum* fällt der Zins.

Warum aber die Preise nicht die mit Hilfe der Noten erstürmte Höhe behaupten können, warum auf Hausse die Baisse, der Krach folgen *muß*, das soll nun gezeigt werden.

Der Rückfluß der Banknoten – eine Notwendigkeit der Stückelung und der industriellen Brauchbarkeit des Goldes.

Es sind in der Regel verschiedene Ursachen, die in- und durcheinandergreifend, die Banknoten zur Quelle zurücktreiben. Der größeren Klarheit wegen wollen wir aber diese Ursachen getrennt voneinander behandeln.

Es sei hier zunächst daran erinnert, daß jeder Wechsel, den die Emissionsbank diskontiert, eine Verschlechterung des Deckungsverhältnisses bedeutet, einerlei ob der Wechsel mit Noten oder mit Gold bezahlt wird. Das Deckungsverhältnis ist ein Bruch, dessen Zähler der Goldbestand, dessen

Nenner die ausgegebenen Noten sind. $\left(\frac{\text{Gold}}{\text{Noten}} \right)$ Der Ankauf eines Wechsels

bedeutet bei Barzahlung in Gold eine Verkleinerung des Zählers, bei Bezahlung in Noten eine Vergrößerung des Nenners. In beiden Fällen eine Verkleinerung des Bruches, jedoch mit dem Unterschied, daß eine Bezahlung in Gold stärker ins Gewicht fällt, als eine Bezahlung in Noten gleichen Betrages. Der Nenner darf ein vielfaches, gewöhnlich das dreifache des Zählers betragen, so daß im äußersten Fall die Bezahlung in Gold dreimal so schwer ins Gewicht fällt wie die Bezahlung in Noten und erst die dreifache mit Noten gekaufte Wechselmenge die gleiche Schwächung der Bank bewirkt, wie der mit Gold gekaufte Wechsel. Doch um eine Verschlechterung handelt es sich immer.

Wird nun bei Erreichung der Dritteldeckung (und zu dieser hin wird die Notenbank durch die Hausse immer getrieben) der Notenbank Gold entzogen, so muß sie, um die gesetzliche Dritteldeckung aufrecht zu erhalten,

für jede Mark, die man ihr in Noten zur Einlösung vorzeigt, eine Mark in Gold ausgeben und noch zwei Mark in Banknoten einziehen, was sie durch Verkäufe aus dem Wechselbestand bewirkt.

Der Fall aber, daß der Emissionsbank ein Teil der von ihr im Übermaß (Hausse) ausgegebenen Noten zur Einlösung vorgelegt wird, muß mit Notwendigkeit über kurz oder lang eintreten, und zwar

1. *Der Stückelung wegen*, weil der Verkehr nicht unbegrenzt viele Banknoten ohne entsprechende Mengen Kleingeld (Zehn- und Zwanzigmarkstücke) aufnehmen kann. Nehmen wir an, daß bei einem Münzumlauf von 4 Milliarden 2 Milliarden in Noten von 100 Mark und darüber ausgegeben wären und daß dies das richtige Mischungs- und Stückelungsverhältnis für den Verkehr sei, so würden bei einer Vermehrung des Notenumlaufes auf 3 Milliarden und unveränderter Münzmenge – zwei Milliarden an Münzen fehlen. Der Umstand, daß die Hausse die Münzen und auch die Noten verkleinert, bleibe hier unberücksichtigt. (Die jetzt in Umlauf befindlichen Noten von 1 – 2 – 5 – 10 – 20 – 50 M. sind ein Kriegserzeugnis.)

Nun kann man allerdings annehmen, daß das Stückelungsverhältnis durchaus kein starres ist, und daß die Emissionsbank, wenn sie es wünscht und sie die Unterstützung der sonstigen Banken und der Staatskassen hat, sehr wohl größere Mengen Noten in den Verkehr pressen kann.

Aber schließlich kommt doch der Augenblick, wo der Verkehr mit Banknoten von 100 Mark, 5 Pfund Sterling, 100 Franken und darüber gesättigt ist, wo darum jede neue Note zur Quelle zurückkehren muß, um gegen Kleingeld umgetauscht zu werden. Diese zur Bank zurückströmenden Noten treffen die Bank dann um so schwerer, je näher sie sich mit diesen Noten der Dritteldeckung gegenüber befindet.

Würden diese nicht zur Stückelung passenden Noten immer gleich und in demselben Verhältnis wie sie ausgegeben werden, zurückfließen, so wüßte die Bank, wie es mit der Aufnahmefähigkeit des Marktes steht und könnte dann danach handeln.

Aber es ist nicht so. Haussespekulation arbeitet in der Regel in großen Beträgen, und der Bequemlichkeit wegen verlangt sie das Geld in großen Abschnitten. Diese treiben sich dann im Großverkehr, bei Großkapitalisten, Banken, Grundstücksspekulanten usw. Gelegenheitsgeschäfte abwartend, längere Zeit herum und kommen nur allmählich in den Kleinverkehr, wo erst ihr Umlauf auf Schwierigkeiten stößt und diese den Umtausch gegen Kleingeld veranlassen.

Es vergeht also Zeit zwischen der Ausgabe und dem Rückfluß der Banknote und dadurch wird die Bank über die Aufnahmefähigkeit des Marktes getäuscht. In dieser Zwischenzeit gibt sie weiter Noten aus, nähert sich immer mehr der Dritteldeckung, und wenn dann die Noten zur Einlösung vorgezeigt werden, dann verursachen sie der Bank umso mehr Verlegenheit, je mehr Zeit zwischen Ausgabe und Rückfluß verstrichen ist.

Dieser Rückfluß der Noten geschieht aus rein zahlungstechnischen Gründen, nicht etwa weil ein Überfluß an Tauschmitteln vorhanden ist. Es herrscht nur ein Mißverhältnis in der Stückelung, im Verhältnis zu großen Stücken Mangel an Kleingeld; in Ländern, wie Nordamerika, wo Noten in jedem

Betrag bis herab auf einen Dollar ausgegeben werden, findet ein solcher Rückfluß natürlich nicht statt. Von Geldüberfluß kann jetzt, nachdem die Hausse alle Preise ergriffen hat, keine Rede mehr sein, da ja mehr Geld nötig ist, um die gleichen Waren umzusetzen, als vor der Hausse. Und was das Geld an Verschleißkraft eingebüßt, das muß die größere Menge ersetzen. Statt 100 gehören jetzt 120 – 130 – 150 M. auf den Kopf der Bevölkerung um dieselben Warenumsätze zu bewirken. Entsprungen bei Beginn der Hausse die Ansprüche an die Notenbank dem spekulativen Geldhunger, so handelt es sich jetzt bei der vollzogenen Hausse um echten Geldbedarf, denn das Geld wird von der Ware beansprucht. Statt 1000 M. braucht der Kaufmann 1500 M. für den gleichen Umsatz, der Unternehmer muß 150 000 M. statt 100 000 für das gleiche Haus aufwenden, und der Staatsbetrieb verlangt 3 statt 2 Milliarden. Fehlt es an Geld, um den Warenaustausch auf der erreichten Preishöhe zu bewirken, so setzt auch gleich die Baisse ein. Und das Geld wird fehlen, wenn die Noten zum Umtausch gegen Kleingeld zur Bank zurückfließen und diese dann für jede Mark in Gold drei Mark in Noten einziehen muß – zumal das Zurückströmen der Noten bei der Bank die irrige Meinung erwecken mag, daß die Noten einen Überfluß an Geld bedeuten und die Bank dadurch veranlaßt wird, noch weitere Einschränkungen des Notenumlaufes vorzunehmen.

Der Rückfluß der Banknoten zur Ausgabestelle geschieht auch

2. durch den durch die Hausse verursachten größeren Goldbedarf der Industrie. Gold ist industriell verwendbar; die Goldwährungstheorie behauptet sogar, daß der Geldstoff überhaupt industriell verwendbar sein müsse. Diese industrielle Verwendbarkeit wächst aber mit der größeren Wohlfeilheit des Goldes, die in der Hausse liegt. Erhält der Bauer für einen Sack Kartoffeln 10 Gramm Feingold, so erhält er durch die Hausse für denselben Sack jetzt 12 – 15 – 20 Gramm und für das Tagesprodukt erhält der Arbeiter 6 statt 3 Gramm Gold, da ja jede Mark – einerlei ob Silber oder Nickel, ein Recht auf Feingold gibt.

Diese relative Billigkeit des Rohstoffes kann natürlich nicht ohne Einfluß auf die Nachfrage nach Goldwaren sein. Das Gold sinkt von der ersten Gesellschafts-klasse in den Bereich der zweiten und dritten und würde, falls es sehr billig würde, in der breiten Masse des Proletariats Absatz finden. Der Weber im Eulengebirge kauft einen goldenen statt einen silbernen Ehering, der Bauer ersetzt die silberne Uhrkette durch eine goldene usw. Wo schon Gold in Gebrauch war, da wird Quantität und Qualität erhöht. Das 18karätige verdrängt das 14- und 8karätige Gold, und den von der Großmutter geerbten dünnen Armreifen verdrängt das breite massive Armband. Und auch sonst in der Industrie macht sich das Gold breit. Was man sonst versilbert, wird jetzt vergoldet, und Tafel-aufsätze, Wagengeschirr, Kirchenggerät, Heiligenbilder, Bilderrahmen usw. werden mit einer Goldschicht überzogen; in der Schwefelsäureindustrie ersetzt der goldene Kessel den schlechteren aus Blei oder den teureren aus Platin.

Und all dieses Gold ist Geldstoff, war oder wäre Geld: So geschieht es denn, daß so viel Noten die Emissionsbanken in den Verkehr bringen,

so vielen Goldmünzen weisen sie damit den Weg in den Schmelztiegel, und würden die Banken mit der Notenausgabe fortfahren, so würde auch mit der Zeit die letzte Münze eingeschmolzen werden.

Die Goldmünze entgeht ja nur deshalb dem Schmelztiegel, man trägt sie nur deshalb im Beutel, statt als Armband, weil sie zu teuer ist und ihr Preis die industrielle Massenverwendung ausschließt. Die Existenz der Münze verlangt, daß ihr Preis sie industriell *unbrauchbar* mache.

Das alles wäre nun ohne große Bedeutung, wenn das Abströmen des Goldes zur Industrie immer sofort Schlag auf Schlag der Notenausgabe folgte, denn dann würde bald ein Mangel an Münze (10- und 20-Markstücke) sich fühlbar machen, der einerseits der Hausse Nahrung entziehen würde, andererseits einen Rückfluß der Noten zur Bank (Umtausch gegen die fehlende Münze) verursachen, der die Bank zur Vorsicht mahnen würde. Aber zwischen der Ausgabe der Noten und der Abwanderung der Münze in die Industrie vergeht Zeit, und während dieser Zeit bleibt die Bank wieder ungewarnt, sie diskontiert sorglos weiter, und wenn dann der unausbleibliche Rückfluß der Banknoten eintritt, so trifft es die Bank wieder gerade dann, wenn sie der Dritteldeckung am nächsten ist und das Gold am schwersten entbehren kann. Je länger es dauert, ehe die Banknote das Einschmelzen der Münze zu einer Uhrkette veranlaßt, um so schlimmer die Wirkung. Und es ist unschwer anzunehmen, daß die Banknote zu dieser Metamorphose mehrere Jahre gebrauchen kann.

Wandert nun das Gold in den Schmelztiegel, so fehlt es wieder an der richtigen Stückelung und nur um das fehlende Kleingeld zu beschaffen, nicht weil die Note überschüssig wäre, wird sie der Bank zur Einlösung vorgezeigt.

Welche Verheerungen unter Umständen der industrielle Verbrauch der Münzen anrichten kann, läßt sich an folgenden Annahmen ermessen: Einer Emissionsbank werde von den afrikanischen Goldfeldern 1 Milliarde Mark zugeführt. Die Bank wird hierauf 3 Milliarden in Noten ausgeben können und wird auch dazu durch die Hausse, die bei solchem Goldzufluß sofort einsetzt, getrieben werden. Wir lassen hier alle Hemmungsmomente, die durch die Stückelung gegeben sind, bei Seite und nehmen an, daß die 3 Milliarden nach und nach im Laufe von zwei oder drei Jahren (der Lebensdauer der Hausse) ausgegeben wurden. Während dieser Zeit hat man viel, emsig gearbeitet und der allgemeine Wohlstand ist mächtig gefördert worden. Die Sparkassen strotzen von Einlagen, die Schuldner (das sind die produzierenden breiten Volksmassen) sind außerdem noch durch die Hausse entlastet worden. Im ersten Jahre der Hausse, der „goot times“ wie die Amerikaner sagen, hat man das Haus neu angestrichen, im zweiten Jahre hat man das sehnlichst gewünschte Piano angeschafft und im dritten Jahre der Hausse, nachdem alles Unentbehrliche angeschafft, denkt man an das Entbehrliche und kauft eine goldene Uhr, ein goldenes Armband, eine goldene Kette. Den Stoff hierzu entnehmen die Juweliere dem Umlauf. Wie viel Gold die Industrie nun brauchen wird, in welchem Verhältnis dieser Verbrauch zu den 3 Milliarden Noten stehen mag, ist natürlich nicht zu berechnen, aber eins

steht fest – je mehr Noten, je höher die Hausse, um so größer der industrielle Verbrauch der Münze. Stände nun dieser Verbrauch im Verhältnis zur Hausse (wie es sowohl die reine Goldwährungstheorie wie auch die Quantitätstheorie behauptet) so würden 3 Milliarden Noten 3 Milliarden Münzen in den Schmelztiegel werfen, und dieser Ausfall von 3 Milliarden an Münzen würde 3 Milliarden an Noten der Emissionsbank zuführen und zwar gerade gegen Ende der Hausse, im Moment, wo die Dritteldeckung erreicht und wo die Bank darum für jede Mark, die ihr in Gold entzogen wird, 3 Mark in Noten einziehen muß. Die 3 Milliarden in Gold, die man der Bank entzieht, würden also die Bank zwingen, durch Verkäufe aus dem Wechselbestand bis zu 6 Milliarden (6 Milliarden, wenn die Bank für ihre Wechsel nur Noten, kein Gold erhält; 3 x 3 Milliarden weniger 3 zur Einlösung vorgezeigter Milliarden = 6 Milliarden) in Noten dem Verkehr zu entziehen. Die industrielle Verwendbarkeit des Geldstoffes im Verein mit der Banknotenpolitik könnte also dahin führen, daß eine Zufuhr an Geldstoff von 1 Milliarde in Gold dem Verkehr schließlich bis zu 6 Milliarden Umlaufsmittel kosten könnte.

Daß es nicht so weit kommen wird, ist ja klar, da in diesem Zyklus viele Hemmungen auftreten. Es soll ja hier auch nur die Richtung gezeigt werden, in der die Banknotenpolitik sich bewegt. Für das, was wir beweisen wollen, genügt es, daß von den ausgegebenen Noten ein Teil mit Notwendigkeit gerade dann zurückkehrt, wenn die Bank der Dritteldeckung am nächsten ist.

In Ländern, wo die Stücklung der Banknoten bis herab auf einen Dollar, Rubel usw. gestattet ist, würde die Abwanderung der Münze zur Industrie überhaupt als Verkehrshindernis nicht beobachtet werden, da die kleinen Noten ja die Münze für Handelszwecke vollkommen ersetzen. Auch würde, während sich das Einschmelzen der Münzen vollzieht, kein Geldmangel sich fühlbar machen müssen, da ja die während der Hausse sich regelmäßig vermehrenden Wechsel, Schecks und die vergrößerte Umlaufgeschwindigkeit die Lücken ausfüllen können, die das Einschmelzen der Münzen in das Geldangebot reißen mag. Braucht aber dann die Notenbank Gold für die Aufbesserung ihrer Reserven und verkauft sie zu dem Zwecke Wechsel aus ihrem Bestande, so bringt dieser Verkauf nur Noten, kein Gold ein, weil ja der Verkehr von der Goldindustrie drainiert worden ist. Sie muß sich dann an das Ausland wenden (Amerika).

Aber noch aus einem andern, viel peinlicheren Grunde kann die Notenbank an die Inschrift ihrer Noten erinnert werden und zwar:

3. weil in Zeiten allgemeinen Mißtrauens (welches ja schon die Annäherung an die Mindestdeckung erwecken muß) das Geld dem Verkehr entzogen wird, um vergraben zu werden (they are hoarding the money, wie Roosevelt sagt) und weil man für solche Zwecke lieber Gold als Banknoten verwendet.

Wenn während der Hausse die in Sparsbüchsen, Strümpfen, Matratzen, Geldschränken aufbewahrten Geldmassen zum großen Teil in den Verkehr gelockt werden, so kehren diese Massen bei Erreichung der Dritteldeckung (das Signal des kommenden Konjunktumschwunges) in ihre Schlupfwinkel zurück, und trifft es sich, daß sich dieser Umschwung mit einer Panik ankündigt, so kann man annehmen, daß viele solcher Schatzbildner auch die Banknote mißtrauisch betrachten und sie für alle Fälle gegen Gold umtauschen.

Wir brauchen hier nicht weiter auf diesen Mißbrauch des Tauschmittels einzugehen, die letzten Ereignisse in Nordamerika haben es ja aller Welt gezeigt, wie die Panik wirkt. (Es ist hier von der 1907 in New-York ausgebrochenen Panik die Rede.)

—

Die Banknote treibt also die Preise hoch, kann sie aber nicht *auf der erreichten Höhe halten*, weil mit der Hausse das Gold absolut und relativ zusammenschmilzt, das Fundament der Banknote (nicht des Papiergeldes) also untergraben wird. Die Banknote, *so wie sie heute verwendet wird*, erzeugt also nur Differenzen, während *ihr eigentlicher Zweck doch die Glättung der Differenzen sein soll*.

Die Erhebung des Zinsfußes zum Maßstab des Geldbedarfes führt also nicht nur mit Notwendigkeit zu einer fortschreitenden Erhöhung des Zinsfußes, sondern treibt auch mit gleicher Notwendigkeit die Emissionsbanken zur Erschöpfung ihrer Mittel. (Dritteldeckung.) Und diese Erschöpfung ist dann für den Markt der Schreckschuß, das Zeichen der Debacle [Zusammenbruch], der Krach, der die Baisseperiode einleitet.

Wie der Alchimist dasselbe Experiment tausend und abermal wiederholt, immer in der heimlichen Hoffnung, daß durch eine glückliche Konstellation es doch einmal gelingen möge, so suchen nun schon seit ihrem Bestehen die Emissionsbanken den Zinsfuß mit vermehrten Geldmassen zu drücken. Sie haben immer nur das Gegenteil eines Erfolges wahrgenommen, aber das wird sie nicht hindern, morgen dasselbe unsinnige Experiment noch einmal zu versuchen. Und sie versuchen das gerne, denn die technischen Mißerfolge und die theoretische Blamage bringen ihnen Profite ein, die um so größer sind, je vollkommener der Unsinn zu Tage tritt, je höher der Zins unter dem Drucke der Banknote in die Höhe schnell. Wän ech nömme de Dubelen (dublones = Geld) han; an hot (der Theorie) os mirr nüst geläge.

Es ist natürlich gar nicht nötig, daß die Notenbank die gesetzliche Mindestdeckung der Noten erreicht, um die Baisse einzuleiten. Abgesehen davon, daß irgend ein Weltereignis, etwa ein Kriegsgerücht, mit einem Ruck den Glauben an die Hausse in einen Glauben an die Baisse verwandeln kann, ist auch die Tatsache, daß die Bank sich der Dritteldeckung *nähert*, ein genügender Anlaß, um vorsichtige Leute zur Zurückhaltung zu veranlassen. So lange das Erreichen der Dritteldeckung noch im weiten Felde liegt, treibt alles nach oben. Jeder kauft, der hohe Zinsfuß für das Leihgeld ist für die meisten Geschäfte bei einer ordentlichen Hausse ein geringes Hindernis – denn 6% machen nur 1/2% im Monat aus.

Ist man aber dicht bei der Dritteldeckung oder wird nur allgemein geglaubt, daß man bald diese Grenze erreichen wird, dann zieht sich jeder Vorsichtige zurück, und dieses Zurückziehen heißt nichts anderes, als die während der Hausse gesuchten und gekauften Waren abzustoßen, d.h. in Geld oder Geldforderungen zu verwandeln. Und davon wird ihn auch der jetzt zurückgehende Zinsfuß nicht abhalten, denn bei einer Baisse spielt der fallende Zinsfuß wieder nur eine geringe Rolle. – Was man am Zinsfuß etwa spart, verliert man ja doppelt und zehnfach am Rückgang der Warenpreise.

Diejenigen, die dem Gebaren der Notenbanken nur wenig Aufmerksamkeit schenken, und das sind in der Regel alle, die weiter ab von der Börse und tiefer in der Industrie stecken, kommen gewöhnlich etwas später zum Glauben an den Umschwung. In der Fabrik arbeitet noch alles mit Hochdruck an der Erfüllung der Lieferungskontrakte. Das sieht nicht nach Krise aus. Aber an der Börse sucht man alles in Geld oder Geldforderungen zu verwandeln. Wer Geld oder erstklassige Wechsel besitzt, kann getrost und mit Vergnügen der Baisse entgegensehen. Vor dem Rückgang der Preise und Kurse ist er geschützt; seine Forderungen lauten auf Geld und für dieses Geld erhält er morgen mehr als heute und übermorgen noch mehr. Aber die Forderung muß sicher sein, und kann die Baisse nicht viele Schuldner unsicher machen? Muß sie es nicht mit Notwendigkeit? Da erscheint Vielen bares Geld ohne Zins besser, als mancher Wechsel, den man noch gestern unbedenklich diskontierte. So wird die Baisse regelmäßig von einer Krediteinschränkung begleitet. Das Akzept wird abgelehnt, die Prolongation [Verlängerung] verweigert; Geld, bares Geld will die Bank sehen.

Nun wird der Produzent, der gestern noch nicht an einen Umschwung glauben wollte, stutzig, aber sollte er nicht wenigstens noch Zeit haben, langsam zu liquidieren? Er bezahlt darum den bei Ausbruch der Krise von der Emissionsbank noch weiter erhöhten Zins (Abwehrzins), um nur nicht seine Waren verschleudern zu müssen. Es handelt sich vielleicht nur um eine vorübergehende, kurze Erscheinung? So hält der hohe Zinsfuß der Hausseperiode noch über den Beginn der Baisse an, aber wenn ihn vorher der Schuldner mit Leichtigkeit aus den Überschüssen, die die Hausseperioden lieferten, aufbrachte, wird er jetzt von dem nach Luft schnappenden Unternehmer, aus seinem Kapital, von seinem Herzblut gezahlt. Bei der Hausse waren es freiwillig unternommene, *neue* Unternehmungen, für die er Zins zahlte; er bezahlte also den Zins auch freiwillig, aber die Liquidation oder Weiterführung des neuen Unternehmens ist keine freiwillige Handlung mehr, Der Unternehmer steckt jetzt in einer Zwangslage – er muß den verlangten Zins zahlen. Und je länger er für den Verkauf seiner Waren Zeit zu gewinnen sucht und den Wucherzins zahlt – um so schlimmer für ihn. Den Letzten beißen die Hunde – die Letzten, die vielen Letzten.

Im Sommer 1907 bot die Lage der Reichsbank keinen Anlaß mehr zu rasender Haussefreude; es war nicht mehr viel Haussefutter aus ihr herauszuholen. Und in den anderen Goldwährungsländern waren die Inflationen auch nicht mehr weit von ihrem währungstechnischen Maximum, aber mancher der à la Hausse lag, glaubte doch noch Zeit zu haben, und mancher hielt es sogar noch für nützlich, sich auf Vorrat mit Waren zu versehen. Da kamen die interessanten Geldmanipulationen der Könige von und in Amerika, und die Goldentnahmen aus der Deutschen Reichsbank für Amerika brachten das deutsche Institut gleich einen ordentlichen Ruck näher an die Minimaldeckung; so traten auch die Erscheinungen, die den Übergang von Hausse zu Baisse begleiten, mit einem Ruck und in besonderer Deutlichkeit auf, so daß der Zinsfuß den Reichsbankdiskont einen Rekord erleben lassen konnte. Um so schneller haben sich auch die Erscheinungen der vollendeten Baisse eingestellt,

deren charakteristischste, die Apathie des Geldes, der sinkende Zinsfuß ist. Ein großer Teil der Geldsurrogate ist verschwunden (Wechsel), die Banknotenmenge ist erheblich eingeschränkt, und trotzdem häuft sich das Bargeld in den Banken. Niemand kann etwas damit anfangen; selbst zinsfrei kann, solange die Baisse andauert, niemand das Geld zu neuen Unternehmungen verwenden.

Doch die Reichsbank ist stolz darauf, daß es ihr mit dem hohen Diskont gelungen ist, die Goldwährung verteidigt zu haben. Ein eitler Stolz, wie das folgende Kapitel zeigen wird.

Der Goldbestand der Emissionsbanken kein Maßstab der Notenausgabe.

Für die Betrachtung der Währungserscheinungen ist es nötig, zu unterscheiden zwischen den Notenemissionen, die gleichzeitig in allen Goldwährungsländern und solchen, die nur in einzelnen von diesen Ländern betrieben werden.

Erstere sind eine stetige Begleiterscheinung jeder allgemeinen internationalen Vermehrung der Gold- und Geldproduktion, da ja wie wir gesehen haben, der Geldhunger mit der Geldvermehrung zusammen wachsen muß und die Notenbanken es bisher als ihre Aufgabe betrachtet zu haben scheinen, diesen Geldhunger durch Vermehrung der Emissionen zu stillen.

Solche Notenemissionen haben auf die Zahlungsbilanz der einzelnen Länder keinen unmittelbaren Einfluß, denn da die der Goldvermehrung entsprechende Preissteigerung international ist, so bleibt das Verhältnis der Einfuhr zur Ausfuhr jedes einzelnen Landes unverändert. Nur bei den stark im Ausland verschuldeten Staaten ändert sich dieses Verhältnis insofern, als sie bei erhöhten Preisen weniger Ware für den Schuldzins an das Ausland abzuliefern haben und den Überschuß dann für vergrößerte Importe oder auch wohl in bar für währungs-technische Zwecke verwenden. (Argentinien z.B.)

Jede örtliche, d.h. einseitig nationale Notenvermehrung führt dagegen zu einseitig national erhöhten Preisen; daher zu erleichtertem Import und erschwertem Export von Waren und schließlich zu einer Verschiebung in der Zahlungsbilanz zugunsten eines Exportes von Gold. Das Material für diesen Export holt man sich mit den Banknoten von den Emissionsbanken.

Im Sinne der Goldwährung bedeutet hier Nation das Gebiet der Banknote. Nicht immer decken sich die Grenzen dieses Gebietes mit den politischen Grenzen des Landes.

So strömen dann die Banknoten zur Quelle zurück, und die Emissionsbank sieht nun ihren Goldschatz mit Sorgen zusammenschrumpfen. Diesen Goldschatz sucht sie zu verteidigen.

Nun gibt die Emissionsbank die noch gestern verteidigte Ansicht auf, daß sie im Sinne der einer Emissionsbank gestellten Hauptaufgabe wirke, wenn sie all denen, die Zins und Sicherheit bieten, Geld nach Bedarf gibt. Den Geldhunger der Kaufleute als Maß für die Notenausgabe erachtet sie

jetzt für gefährlich und ohne Rücksicht darauf, daß ihre Kundschaft auf den Bankkredit rechnete, um auf alle Fälle die einmal mit dem Bankkredit in Angriff genommenen Geschäfte wenigstens mit demselben Kredit liquidieren zu können, stellt die Emissionsbank den Diskont auf eine Höhe, die bei der Baisse weder dem Gewinn aus Differenzgeschäften, noch dem Realkapitalzins entspricht. Und andere Quellen gibt es doch nicht. Nur Leute, die sich in Not befinden, bezahlen z.B. den bei dem Ausbruch der amerikanischen Krise von der Reichsbank auf $7\frac{1}{2}$ und $8\frac{1}{2}$ Prozent erhöhten Zins. Nach dem Ausbruch jeder Krise handelt es sich ja nur mehr um *Liquidation* eingegangener Verpflichtungen, nicht um neue Geschäfte. Diese Liquidation erschwert die Notenbank im vermeintlichen Interesse ihres Barschatzes durch den Abwehrezins von $7\frac{1}{2}$ Prozent, der aber, wenn ihn jemand bezahlt, nur ein Notstandszins, also eigentlich Wucherzins sein kann.

Der Zinsfuß von $7\frac{1}{2}$ kann bei einer Hausse in der Regel leicht aufgebracht werden, da die Differenzen reichlich Deckung schaffen. Bei Liquidationen (Baisse) ist solcher Zins sicher Wucherzins, denn Liquidationen bringen Verluste, keinen Zins ein.

Wucherer ist nicht der Mann, der soviel nimmt wie er kann, sondern jener, der andere durch Darlehen zu Geschäften animiert, mit dem Hintergedanken, später den für die Fortführung der Geschäfte nötigen Kredit zu entziehen um die Verlegenheiten dann auszuheuten.

Just diese Rolle, wenn auch unbewußt, haben bisher die Emissionsbanken gespielt. Sie haben mit ihren Emissionen animiert, dann haben sie gebremst und denen, die in Verlegenheit gerieten, den Zinsfuß erhöht [Angeblich handelten sie im öffentlichen Interesse. Und die verantwortlichen Personen mögen auch ehrlich diese Meinung haben. Mir (S.G. 1921) aber wird es täglich klarer, daß diese verantwortlichen Personen, wie die Sitzredakteure mancher Zeitungen nur Puppen sind, die die Befehle der Hochfinanz ausführen, deren Einfluß sie ihre Stellung verdanken. Bei dem Krach von 1907 in New-York ist die Mitwirkung der Notenbank völlig erwiesen.]

Dabei liegen gewichtige Gründe vor für die Annahme, daß die zum Schutze des Goldschatzes eingeführte gewalttätige Erhöhung des Zinsfußes ($7\frac{1}{2}$ und $8\frac{1}{2}$ Prozent) unnötig ist, daß auch unter Beibehaltung, ja sogar unter Herabsetzung des Zinsfußes, die Gesuche um Wechseldiskont bald nach Eintritt der Goldausfuhr und noch bevor der Schatz der Emissionsbank erschöpft worden, zusammenschmelzen würden, weil eben mit der Goldausfuhrerscheinung die Unmöglichkeit einer weiteren Hausse der gesamten Geschäftswelt offenbar wird, was ja an sich mehr als ausreicht, um die Kauflust zu dämpfen, den Geldhunger zu stillen, und in das Gegenteil umschlagen zu lassen.

Die Zinshöhe und -erhöhung selber ist es gewöhnlich gar nicht, die Eindruck auf die Geschäftswelt macht, sondern vielmehr der dazugegebene Kommentar. Wenn die Bank von England, die Deutsche Reichsbank, die den Zinsfuß oft wechseln, den Diskont von 5 auf 6 erhöhen, so kann das eindrucklos bleiben, erhöht dagegen die Bank von Frankreich, die nur sehr selten den Diskontsatz ändert, den Zinsfuß von 3 auf $3\frac{1}{2}$, so kann das als ein gewichtiges Symptom dafür angesehen werden, daß die Bank ihren Goldbestand für bedroht hält und das macht dann Eindruck, nicht das halbe Prozentchen.

Es braucht auch gar nicht zur Goldausfuhr zu kommen, die Erreichung der Dritteldeckung hat genau dieselbe Wirkung. Weiß die Geschäftswelt, daß die Emissionsbank die Dritteldeckung erreicht hat, so weiß sie auch, daß die Hochkonjunktur ein Ende nimmt. Denn das Ende der Hochkonjunktur ist

zugleich der Anfang der Baisse und bedeutet für den gesamten Handel einfach Stillstand. Welcher Händler wird kaufmännisch Teer, Kalk, Petroleum usw. erwerben, wenn die erwartete Baisse den Verkaufspreis unter den Einstand zu drücken droht; welcher Unternehmer wird heute Eisen, Holz, Maschinen kaufen, wenn er hofft, daß er diese Dinge morgen billiger als heute, übermorgen aber noch billiger erhält, wenn er fürchten muß, daß die Konkurrenten, die *morgen* kaufen, einen Vorsprung haben werden gegenüber ihm, der *heute* kauft? Eine Sache kaufmännisch erwerben mit der Aussicht, sie ohne Gewinn, wahrscheinlich mit Verlust veräußern zu müssen (und das ist der Sinn der Baisse), das tut doch niemand; für solche Geschäfte gibt man kein Geld her und noch weniger borgt man sich welches. In solchen Zeiten läßt der Kaufmann das Geld unberührt, auch das der Emissionsbank.

Und tatsächlich sieht dann auch die Emissionsbank, bald nachdem die Goldausfuhr eingesetzt hat oder der Schatz auf die Dritteldeckung gefallen ist, daß das Geld vom Markte zur Bank zurückströmt, als Depotgelder, als Gelder, die der Kaufmann, der Unternehmer nicht verwenden kann. *Natürlich bringt die Emissionsbank die Erscheinung in Beziehung zu ihrem hohen Diskontosatz, was ihren Glauben an die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit ihrer Diskontopolitik mächtig stärkt!!*

Es wäre aber auch ohne die Diskontoerhöhung so gekommen, und dabei hätte die Bank dem Handel einen besseren Dienst erwiesen. Nach Eintritt der Goldausfuhr oder nach Erreichung der Dritteldeckung und der damit einsetzenden Baisse handelt es sich bei den Gesuchen um Wechseldiskont gewiß nicht mehr um neue Geschäfte, sondern nur um die Mittel zur Abwicklung noch nicht zu Ende geführter Geschäfte, um notleidende Geschäfte. Und diese Abwicklung dürfte die Emissionsbank nicht durch Erhöhung des Zinsfußes erschweren, sondern im Gegenteil durch mäßigen Zins erleichtern. Sie, die Emissionsbank, hat mit ihren Noten die Hausse ermöglicht, sie hat den Kaufmann zu neuen Unternehmen animiert, sie, die Emissionsbank hätte darum auch für eine möglichst verlustfreie Abwicklungsmöglichkeit dieser Geschäfte zu sorgen. Die Emissionsbank weiß auch, daß bei jeder Alarmierung des Handels, wie es jedesmal der Fall ist, wenn die Hochkonjunktur umschlägt, der Kredit eingeschränkt wird, und daß das Bargeld an die Stelle der Wechsel, der Stundung tritt, und daß infolgedessen größere Bargeldmassen nötig werden. Und es wäre doch eine schöne Aufgabe der Emissionsbank, durch Banknoten die Geldsurrogate (Wechsel, Scheck, Stundung usw.) zu ersetzen, denen der Alarm die Kursfähigkeit genommen.

Entschuldigt werden die Emissionsbanken für ihre brutale Zinserhöhung im Moment der Krise durch den Umstand, daß sie als ihre erste und wichtigste Pflicht die Aufrechterhaltung der Goldwährung, d.h. des Pariumlaufes von Kupfer, Nickel, Silber, Papier und Gold betrachten, und daß sie für die Zwecke der Auslandszahlungsbilanz in den umlaufenden Metallgeldmassen so gut wie keine Unterstützung finden. Das gesamte für den Export nötige Gold wird regelmäßig von den Privatbankiers nicht dem Umlauf, sondern dem Goldschatz der Emissionbanken entnommen.

Und dieser Goldschatz, so groß er auch sein mag, wird für das Verantwortlichkeitsgefühl der Emissionsbankdirektoren immer winzig klein erscheinen. [Welchen persönlichen Gewinn könnte auch einem Staatsbeamten die Übernahme einer Verantwortung bringen? Der Bürokrat läßt lieber ein Reich zugrunde gehen, ehe er sich mit einer Verantwortung belastet.] Ist es doch immer nur das unbedingte Vertrauen in die Einlösbarkeit der Banknote, das ihre Inhaber davon abhält, die Noten zur Einlösung vorzuzeigen. An dem Tage, wo die Einlösbarkeit zweifelhaft erscheint, werden sämtliche Noten der Emissionsbank zur Einlösung vorgezeigt. Und das wäre der Bankerott der Notenbank und zugleich auch die Unterbrechung aller Geschäfte, die bis dahin von den Banknoten vermittelt wurden.

Das Vorgehen der Notenbanken ist also verständlich. Aber was hat das alles, was hat der Goldschatz, die Einlösbarkeit, der Diskontosatz eigentlich mit dem Zwecke des Geldes, dem Warenaustausch zu tun?

Die Schwierigkeiten, auf die die Emissionsbanken stoßen, rühren daher, daß sie den Charakter des Geldes als Tauschmittel der Waren verkennen, daß sie sich nicht um die Warenpreise kümmern, daß es ihnen einerlei ist, ob die Preise steigen oder fallen. Würden sie bei den Emissionen sich nach den Warenpreisen statt nach dem privatwirtschaftlichen Geldhunger und ihrem Goldschatz richten, würden sie bei steigenden Preisen (Hochkonjunktur) den Diskont glatt verweigern, so würden auch keine Verschiebungen in dem bestehenden Verhältnis zum Warenimport vorkommen und die Schwankungen in der Zahlungsbilanz würden vermieden werden.

Die Warenpreise, nicht der Goldschatz sollen das Maß des Geldbedarfes sein. Es genügt, daß dieser Grundsatz in allen Ländern anerkannt wird, um die Schwankungen im Goldbestand der Emissionsbanken auf ein Minimum zu beschränken.

Das Geld ist Tauschmittel der Waren, und wo in der Verwaltung des Geldes die Richtlinien anderswo als bei den Waren gesucht werden, da kann man auch sicher sein, daß irgend etwas in Unordnung geraten wird. Der Goldschatz ist im System der Goldwährung ein Mittel zur Regulierung der Emissionen, aber als Maß des Geldbedarfes kann er niemals gelten. Wenn der Goldexport (resp. Import) jeder nationalen Vermehrung oder Verminderung der Notenemission *sofort* auf dem Fuße folgte, so könnte der Goldschatz wenigstens als Maß des internationalen Geldbedarfes im System der Goldwährung gelten. Aber das ist nicht der Fall. Genau wie die durch die Banknote erzeugte Hausse Zeit braucht, um das Gold der Industrie zuzuführen, so braucht auch bei einer einseitig nationalen Hausse die Banknote Zeit, um die Zahlungsbilanz zu beeinflussen und um das Gold über die Grenze zu werfen. Während dieser Zeit richtet sich die Volkswirtschaft auf die erhöhten Preise ein, und wenn dann in der Notenbank die Gefahr erkannt wird, so kann sie nicht bremsen, ohne eine Krise auszulösen. Denn Bremsen heißt in diesem Falle auf die Baisse hinarbeiten und Baisse heißt Krise. Und ist die Krise nicht der Beweis des Bankerottes der Währung? Was könnte durch den Bankrott der Währung (einerlei wie man sich diesen denkt) der Volkswirtschaft denn noch Schlimmeres erwachsen

als Krise mit ihrem Gefolge, der Arbeitslosigkeit, dem Hunger, der Revolte. Die Notenbank schützt den Goldbestand, sie sichert die Einlösbarkeit der Noten; aber mit welchen Opfern muß die Volkswirtschaft diese Leistung bezahlen? Wie viele Milliarden gehen dem Volke durch die Geschäftsstockung verloren, wie viele Kaufleute werden entehrt, wie viele Arbeiter werden zu Bettlern, wie viele Millionen Ausfälle erleiden die Staatseinnahmen durch die Baisse, die die Notenbank erzwingen muß – um ihren Goldschatz zu schützen? Diesen winzigen, elenden Goldschatz! Allein die Börsenverluste, die die Baisse erzeugt, betragen ein hundertfaches des Goldschatzes der Notenbank.

Die Krise, die die Arbeitsteilung tötet, ist überhaupt das Schlimmste, was der Volkswirtschaft geschehen kann, und welche Folgen auch der Bankerott der Notenbank nach sich ziehen mag – *schlimmer als der Bankerott der Arbeitsteilung können sie nicht sein* – da ja die Notenbank nur der Arbeitsteilung dienen soll.

Der Bankerott der Notenbank, die Uneinlösbarkeitserklärung, hat als Folge die Einführung eines Goldagio. Dieses Agio wirkt hemmend auf die Wareneinfuhr und fördernd auf die Warenausfuhr (man denke an die Konkurrenz des indischen Weizens, als das Gold und Silber auseinandergerissen wurden) – beides Dinge, die im allgemeinen in Deutschland nicht ungerne gesehen werden; hat man doch die Zölle eingeführt, um dasselbe Ziel zu erreichen. Ein Agio hätte z.B. die Agrarier wirksamer geschützt als die aufreizenden Kornzölle. Die Einführung eines Agios hätte die Krise unnötig gemacht, man hätte unentwegt weiter gearbeitet, und wo man arbeitet, entwickelt sich Wohlstand.

Die Volkswirtschaft würde mit dem Agio nicht zu leiden brauchen, besonders wenn die Notenbank es versteht, die Agiotage [Börsengeschäfte] durch zielbewußte Maßnahmen zu verhindern. Denn es ist erwiesen, daß Agio und Agiotage nicht notwendigerweise verbunden zu sein brauchen (s. Argentinien).

Aber wenn auch die Volkswirtschaft das Agio nicht zu fürchten braucht, ja sogar Vorteile daraus ziehen kann, so ist Agio privatwirtschaftlich doch von schweren Folgen begleitet; denn alle, die beim Aufkommen des Agio Verpflichtungen in Geld haben (Einfuhrhändler) und nur Forderungen in dem dem Agio unterworfenen Geld haben, müssen den Unterschied aus ihrer Tasche bezahlen, und mancher mag dabei ins Gras beißen. Immerhin aber sind diese einmaligen privatwirtschaftlichen Verluste nicht zu vergleichen mit denen, die die Baisse der Volkswirtschaft und der Privatwirtschaft, dem Staate und den Bürgern bereitet. Ist das Agio eine *Krankheit*, so ist die Baisse der *Tod* der Volkswirtschaft, und wenn die Emissionsbank zur Baisse greift, um ein Agio abzuwehren, so kann man sagen, daß sie den Kranken erwürgt, um ihn von seiner Krankheit zu befreien.

Die Waffe mag als Garantie für den Frieden gut sein und der Goldschatz als Garantie der Währung. [Wie sich Waffe und Gold bewährten, haben wir inzwischen erfahren.] Aber besser als die Waffe gewährleistet uns den Frieden die einfache Beseitigung des Zankapfels; besser als der Goldschatz schützt die Währung die Berücksichtigung der Warenpreise als Maßstab für die Notenausgabe.

In Deutschland denkt man gewöhnlich mit Schauern an die Möglichkeit eines Bankerottes der Notenbank, an die Einführung eines Agios. Weil man diese Krankheit nicht kennt, überschätzt man wohl ihre Bedeutung. Doch bietet die Geschichte der verschiedenen Völker keinerlei Grund, derart vor solcher Möglichkeit zu erschrecken. Nordamerika, England, Frankreich hatten wiederholt ein Goldagio, dazu noch die (leicht zu vermeidende) Agiotage; trotzdem erholte sich in jedem Falle die Volkswirtschaft schnell von den Schäden, die sie unter der reinen Goldwährung aus vielerlei Gründen erlitten hatte.

In Argentinien nannte der Präsident Juarez Celman das Agio – eine Fortschrittskrise – una crisis progresista. Und nicht mit Unrecht. Ihr beklagt Euch, sagte Juarez, über das hohe Goldagio! Aber seht doch, wie gearbeitet wird, wie man baut, wie die Industrie sich entwickelt, wie die Einwanderer hereinströmen. Das sind doch keine Symptome der Krise. In Europa heißt Krise soviel wie Arbeitslosigkeit, Hunger, Defizit. Hier sind trotz dem Agio die Arbeiter satt, fett und glücklich!

Ich (S. Gesell) entsinne mich gut, daß an dem Tage, wo die Revolution 1889 ausbrach und während noch aus dem Innern der Stadt verirrte Kugeln in meine Wohnung einschlugen, mein Nachbar ein gegenüberliegendes Grundstück abschritt und mit dem Maurermeister den Bau eines neuen Hauses verabredete.

Was soll ich denn tun, sagte er: Ich habe Geld, Banknoten, und das will ich vor der Möglichkeit schützen, daß es die Revolution durch neue Massenaufgaben noch mehr verwässert, als es schon ist. Gold kann ich nicht kaufen, denn ich habe keine Verwendung dafür; außerdem ist es jetzt natürlich ganz besonders hoch im Preise. So suche ich mich also zu schützen, indem ich das Papiergeld gegen Ziegelsteine verkaufe. – Los ladrillos valen mas que el papel. Und so wurde der Grundstein dieses Hauses unter dem Donner scharf geladener Geschütze gelegt.

Dieses Haus und andere waren direkt ein Produkt, ein Geschenk der Agiofurcht: Hätte man hier Gold als Geld gehabt, so wäre mein Nachbar sicher nicht durch den Kanonendonner auf den Gedanken gebracht worden, ein neues Haus zu bauen. Er hätte das Gold vergraben, und die Maurer und Zimmerleute usw. hätten gefeiert.

Die Revolution endete infolge allgemeiner Teilnahmslosigkeit, nicht zum mindesten deswegen, weil alle – um ihr Vermögen vor der Revolution zu schützen – anfangen zu bauen, zu säen, zu arbeiten.

Privat- und volkswirtschaftliche Bedeutung der Preisschwankungen.

Die Emissionsbanken kennen keine Warenpreise: Es ist ihnen völlig gleich, ob die Preise steigen oder fallen. Keine Emissionsbank führt eine Warenpreisstatistik, keine von ihnen tritt zu den Waren in nähere Beziehung. Meterstock, Litermaß und Waage sind in den Emissionsbanken unbekannte Dinge. Keiner der fünf Sinne wird hier gebraucht. Warenkenntnisse verlangt man von den Beamten dieser Banken nicht. Mit solch plebejischen [niederen] Dingen befassen sich die Institute nicht, die berufen sind, den Bedarf des Landes an Tauschmitteln mit ihren privilegierten Noten zu decken. Zu dem Streit, ob die Preise gefallen oder gestiegen sind, haben die Emissionsbanken nie Stellung genommen.

Und doch ist die Ware Grundlage und Voraussetzung des Geldes, ähnlich wie der Verkehr Grundlage der Eisenbahn ist. Ohne Ware gäbe es kein Geld. Der Austausch der Waren, das ist der einzige Zweck, der einzige Daseinsgrund des Geldes. Das Geld soll den Warenaustausch vermitteln, verbilligen, beschleunigen, erleichtern; es soll die dem Tauschhandel anhaftenden Übelstände umgehen. Dazu ist es da.

Und wenn das Geld für die Ware da ist, muß es sich nicht der Ware anpassen? Und wie kann man das Geld den Bedürfnissen der Ware

anschniegen, wie kann man das Geld zielbewußt verwalten, wenn man sich so gar hochmütig den Waren gegenüber verhält, wie es die Emissionsbanken tun?

Das Geld soll die Schwierigkeiten umgehen, auf die Hinz und Kunz stoßen, wenn sie ihre Produkte gegenseitig austauschen wollen, mehr nicht. Alle anderen Verwendungen des Geldes sind Anhängsel, Mißbräuche, Schmarotzer, dem Zwecke des Geldes entgegengesetzt und müßten eigentlich unterdrückt werden, zum mindesten keine Berücksichtigung oder gar Unterstützung finden. *Eine Emissionsbank hat sich mit nichts anderem als mit den Warenpreisen zu befassen.*

Die Verwendung des Geldes, also des Tauschmittels der Waren als Sparmittel dürfte nur geduldet werden, falls der Nachweis erbracht würde, daß der Warenaustausch nicht darunter zu leiden braucht. Würde es sich zeigen, daß der Warenaustausch eine solche Doppelverwendung seines Tauschmittels nicht ohne Nachteil verträgt, so müßte man ganz rücksichtslos eine materielle Trennung von Tausch- und Sparmitteln herbeiführen.

Die glatte, ungestörte Abwicklung des Tausches verlangt von der Geldverwaltung, daß das Geldangebot regelmäßig, zu allen Zeiten und unter allen Umständen so bemessen sei, daß Hausse- und Baisseperioden vermieden werden. Das Geld soll wahren, d.h. für eine Mark soll jeder über Ort und Zeit hinweg an Waren so viel erhalten, wie er selbst an Waren dafür gegeben hat, weder mehr noch weniger. Denn das ist der Sinn des Wortes „Währung“. [Mira in quibusdam rebus verborum proprietas est, et consuetudo sermonis antiqui quaedam efficacissimis notis signat. Seneca epist. 81.] Die Preise der Waren sollen, wenn nicht untereinander, so doch im Durchschnitt dem Gelde gegenüber fest bleiben. Nur so kann sich der Handel gesund entwickeln, nur so können Absatzstörungen und Arbeitslosigkeit vermieden werden. Nur bei festen Preisen kann der Handel alle diejenigen Einrichtungen treffen, ausbilden und zur Reife bringen, die auf eine Einschränkung der heutigen fabelhaften Handelsspesen gerichtet sind.

Der einzelne Händler braucht das nicht freiwillig oder gar gern zu tun; aber wie bei der Herstellung der Waren, so ist auch beim Handel das Gesetz der Konkurrenz darauf gerichtet, die Kosten des Handels gegen die unmittelbaren Interessen der Klasse (Kaufleute) herabzusetzen; ein Gesetz, dem sich niemand entziehen kann.

Nur bei festen Preisen kann sich der Handel normal, im sozialpolitischen Sinne entwickeln; nur bei festen Preisen kann das Geldwesen das Höchstmaß volkswirtschaftlichen Nutzens abgeben, das man begründeterweise von dieser weit- aus wichtigsten aller öffentlichen Verkehrseinrichtungen erwarten kann.

Aber es genügt nicht, daß dies so einfach behauptet werde; wir müssen uns durch Beweise davon überzeugen; denn sonst werden wir nie die Entschlußkraft entwickeln, die nötig ist, um all die durchgreifenden Maßregeln zu treffen, die absolut notwendig sind, um die Wiederholung der Hochkonjunkturen und Krisen zu vermeiden.

Wir müssen uns all den Schaden betrachten, den die Emissionsbanken mit der bisherigen theorielosen und unbedachten Ausgabe ihrer Noten verursachen; wir müssen die Wirkungen auf Volks- und Privatwirtschaft kennen, die die Emissionsbanken auslösen, wenn sie Banknoten einziehen und ausgeben, ohne sich dabei nach den Warenpreisen zu richten; wenn sie Banknoten

in den Verkehr bringen, obwohl die Hausse schon ein Übermaß von Tauschmitteln anzeigt, und wenn sie Tauschmittel verbrennen, obwohl die Baisse einen Mangel an Tauschmitteln beweist, wodurch das Aktivum der Kaufleute und Unternehmer in Differenzen aufgelöst, das Haben in Soll verwandelt und Millionen von ehrbaren Männern in Elend und Unehre gestürzt werden. Wir müssen den Zusammenhang zwischen dem Bankemissionswesen und der Arbeitslosigkeit der Volksmassen erkennen, wenn wir nach jahrzehntelangem Hosiannarufen die Politik der Emissionsbanken nun ans Kreuz schlagen wollen. [Die Politik der Emissionsbanken in allen Ländern ist zwar oft vom privatwirtschaftlichen Standpunkt (Agrarier in Deutschland) angegriffen worden. Niemals aber vom Standpunkt des Tauschmittels der Ware, der Arbeitsteilung, der Volkswirtschaft, des Geldzweckes.]

Wenn die Preise steigen.

Wenn die Preise steigen, so freut sich zunächst der Schuldner, und es trauert der Gläubiger. Jener bezahlt bei hohen Preisen Zinsen und Amortisationen mit einem Teil der sonst diesem Zwecke zu opfernden Produkte; dieser muß sich mit einem Teil der sonst für Zins erhaltenen Produkte begnügen. Wie ist man aber dazu gekommen, die Emissionsbanken, die vielfach, wie in Deutschland, mit Privatkapital gegründet wurden, zu ermächtigen, Freud und Leid willkürlich zu verteilen? Mit ihren Noten greift die Emissionsbank in die Taschen der Gläubiger und gibt, was sie findet, den Schuldnern. Hat z.B. der Bauer für den Hypothekenzins oder die Pacht 1000 Mk. oder Dollars zu zahlen, die er mit 100 Sack Kartoffeln zu erlangen pflegt, so spart er von diesen 100 Sack $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{3}$ oder gar $\frac{1}{2}$, wenn die Emissionsbanken mit ihren Noten die Preise hochtreiben. Zu 10 Mk. sind 100 Sack = 1000 M.; zu 12,5 M. sind 80 Sack schon 1000 M. [Jetzt (1921) hat die Reichsbank den Geldbestand von ursprünglich 5,3 Milliarden (Gold, Silber, Noten) auf 80 Milliarden und die Kartoffelpreise auf das 10 fache erhöht. Sie hat damit den Hypothekenschuldnern (wie allen Schuldnern) $\frac{9}{10}$ der Schuld erlassen zu Lasten der Gläubiger.] Ist nun der Preis gestiegen, weil die Emissionsbanken das Tauschverhältnis zwischen Geld und Waren verschoben haben, so ist es klar, daß die Emissionsbank dem Schuldner 20 Sack Kartoffeln geschenkt, dem Gläubiger aber 20 Sack genommen hat.

Solche Rolle mag sich ja beim Schutzpatron der Schuster sehr schön ausmachen; aber von den Emissionsbanken verlangen wir keine christliche Gleichmacherei, sondern eine rein kaufmännische Erledigung ihrer Hauptaufgabe, die darin besteht, den Bedarf an Tauschmitteln so zu decken resp. zu regeln, daß die Warenpreise allgemein weder nach oben noch nach unten sich verschieben, so daß der Gläubiger mit dem Gelde, daß ihm der Schuldner zahlt, dasselbe Quantum Waren erhält, welches der Schuldner s.Z. mit dem geborgten Gelde erstand. Nicht mehr, nicht weniger.

Eine Preiserhöhung der Waren von 10 Prozent ist für alle Gläubiger genau gleichbedeutend mit einem Abstrich von ihrem Kapital um 10 Prozent. Eine Preiserhöhung der Waren von 20 Prozent entspricht für die Gläubiger einem Kapitalverlust von 20 Prozent; nicht nominell, aber materiell.

Und man behauptet, daß in den Jahren 1905 – 1907 die Preise der Waren im Durchschnitt reichlich um 20 Prozent gestiegen sind! Ein Abstrich von 20 Prozent (materiell, nicht nominell) der Buchschulden, der Staats- und Gemeindesteuern, der kontraktlich auf Jahre festgelegten Pacht- und Mietgelder, der Hypothekenschulden, der Post-, Telegraphen- und Eisenbahntarife usw. genügt aber, um die hohen Dividenden zu erklären, die in jenen Jahren verteilt wurden. Das Geld zu diesen Dividenden stammt aus den Taschen der Gläubiger.

Übrigens sind diese Dividenden vielfach nur nominell so außergewöhnlich hoch. Hat der Aktionär an Dividenden 20 – 25 Prozent mehr Einnahmen, so muß er der allgemeinen Preissteigerung wegen 20 – 25 Prozent mehr für seinen Lebensunterhalt bezahlen, wie vor der Hochkonjunktur bei niedrigen Dividenden. Bleibt aber ein Unterschied zu seinen Gunsten, so erklärt er sich damit, daß während jeder Hochkonjunktur des flotten Geschäftsganges wegen die Produktionsmittel voll, d.h. rationell ausgebeutet werden können. Diesen Vorteil muß er aber bei der der Hochkonjunktur notwendigerweise folgenden Baisse wieder bezahlen; denn bei der Baisse wird unrationell gearbeitet.

Die Arbeiter, deren Löhne schwerfälliger als die Warenpreise sich den Schwankungen des Geldangebots anpassen, erleiden durch die von der Emissionsbank gestattete oder veranlaßte Teuerung einen dieser Teuerung ziemlich entsprechenden Verlust, und bis das Gleichgewicht durch Lohnkämpfe wieder hergestellt werden kann, vergehen Monate. Bei den Beamten ist die Sache noch schlimmer, indem hier noch das schwerfälligere geschriebene durch Teuerungszulage die Streiche der Emissionsbanken ausgleichen muß. Und bis das Gesetz eingreift, vergehen oft Jahre. Aber was ficht das die Emissionsbanken an? Sie kennen ja keine Warenpreise. Auch verlangen die Aktionäre dort, wo die Emissionsbanken Privatkapitalisten gehören, alle Jahre ihren Zins. Und es wäre doch zu viel von einem Privatkapitalisten verlangt, wenn man von ihm forderte, daß er, um der Hausse entgegenzuarbeiten, auf Zins verzichtend das Bankkapital vom Markte zurückziehen und auch auf das Emissionsrecht verzichten sollte! Hat man denn den Emissionsbanken vorgeschrieben, wann sie das Emissionsrecht ausüben, wann sie ihr Kapital in Umlauf setzen oder vom Markte zurückziehen sollen?

Die Milliarden, die die Gläubiger (Rentner, Pensionäre, Invaliden) verlieren, gewinnen die Schuldner (Unternehmer, Kaufleute, Staat und Gemeinde). Das Haben der Schuldner steigt dem Soll gegenüber um 10 – 20 – 30 Prozent. [Jetzt (1921) bei einer 15 fachen Inflation ist dieses Haben um 1500% gestiegen.] Wer 1 Million Mark an Hypotheken aufgenommen hat, um ein Haus, eine Fabrik zu bauen, gewinnt darauf entsprechend der allgemeinen Hausse 100 – 200 – 300 000 Mark. Wer von der Sparkasse 10 000 Mark geborgt, um Waren zu kaufen, gewinnt 1000 – 2000 – 3000 Mark. Das alles ohne die geringste Mühe. Denn diese Summen fließen den Schuldnern ganz unabhängig vom Unternehmer- und Handelsgewinn zu. Es ist ein Geschenk, das ihnen die berufene Hüterin der Währung, die Emissionsbank, aus den Taschen der Gläubiger mit Hilfe des Notenprivilegs, des Gesetzes, macht.

Bis hierher betrachtet, ist dieser erste Erfolg der Banknotenüberschwemmung rein privatwirtschaftlicher, juristischer Natur. Es ist eine einfache Machtfrage,

eine Frage der Abstimmung, ob die Emissionsbank die soziale Gleichmacherei als ihre Aufgabe zu betrachten hat. Wird das gewünscht, so braucht man die Emissionsbank nur von den Fesseln der Goldwährung zu lösen, und in kürzester Zeit wird sie das gesamte Haben der Gläubiger in einem Meere von Banknoten ersäufen, ohne daß man sie eines Verstoßes gegen ihre Satzungen wird bezichtigen können. Nach der Assignatenflut gab es in Frankreich keine Gläubiger und Schuldner mehr. [Lenin machte einen Strich durch die Staatsschulden; Havenstein ersäuft sie in einem Strom von Banknoten, allerdings auf höheren Befehl Helfferichs, Erzbergers, Wirths.]

Die Nachfrage nach ihren Noten und der Zinsfuß werden steigen, je mehr die Emissionsbank emittiert, und je mehr die Preise steigen, desto verwässert wird das Guthaben der Gläubiger, und desto sicherer wird der Schuldner der Bank.

Es ist eine noch ziemlich allgemein verbreitete Ansicht, daß die Goldwährung gegen solche Puschereien und Prellereien einen Schutz bildet. Tatsächlich liegt dieser Schutz bei den Gesetzgebern, nicht im Gold. Wünschen es die Gesetzgeber, so werden sämtliche Münzen durch Banknoten verdrängt. In allen Ländern, wo man solche Puschereien betrieben hat, war zuvor Metallgeld im Umlauf, in keinem Falle hat die Metallwährung der Notenüberschwemmung Widerstand leisten können. [Helfferich, der Vorsitzende des Vereins zum Schutze der deutschen (!) Goldwährung, wurde der Papiergeldfabrikant des Deutschen Reiches.]

Wenn man aber die Gläubiger nicht plündern will, so schreibe man der Notenbank vor, wann sie Noten ausgeben, wann sie solche einziehen soll, wann sie ihr eigenes, bares Betriebskapital dem Verkehr zu übergeben hat, und wann sie es vergraben soll. Die Sicherheit der Goldwährung, die Erhaltung des Goldschatzes auf der gesetzlich bemessenen Höhe, ist keine genügende Begrenzung der Notenausgabe. Das hat die ununterbrochene Kette von Hochkonjunkturen und Krisen doch genügend bewiesen.

Aber nicht nur rechtliche, auch schwerwiegende volkswirtschaftliche Folgen hat diese Plünderung einer Bürgerklasse zu Gunsten der anderen durch die Notenbank. Die gesamte Industrie erleidet durch diese Klassenplünderung und Klassenbegünstigung eine gewaltige Absatzverschiebung. Der Verkauf der sehr feinen Waren, wie sie die Rentner zumeist suchen, läßt nach, zugleich auch der Verkauf der sehr groben Waren, die die Schuldner in der Regel kaufen. Die durch die Noten der Emissionsbank versuchte und begonnene Gleichmacherei hat die Extreme in der Grobheit und Feinheit des Warenbedarfes abgestoßen, und dieser Nachfrage muß sich die Industrie und der Handel anpassen. Eine Menge Industriezweige werden notleidend, und in vielen Läden häufen sich die Lagerhüter. Eine Menge Arbeiter sieht sich genötigt, um der Arbeitslosigkeit zu entgehen, den Beruf und in der Regel damit auch den Wohnort zu wechseln.

Vom privatwirtschaftlichen, kleinbürgerlichen Standpunkt aus betrachtet sind das sehr wichtige Dinge.

Daß die Hausse, die die gesetzlich privilegierten Noten erzeugt, alle Kataloge, Preislisten, Kurszettel, Tarife usw. in Makulatur verwandelt, ist auch klar. Alle Preise müssen neu berechnet werden und zwar täglich, mit jedem Punkt, den die Preise ersteigen. Die Emissionsbank zwingt die

10 Millionen Kaufleute, Handwerker, Unternehmer, alle Preise zu revidieren; und wieviel Fehler mögen bei dieser Neuberechnung unterlaufen! Und wenn die Preise wenigstens auf der ganzen Linie gleichmäßig anziehen wollten, so könnte man durch einen gleichmäßigen Teuerungszuschlag (Agio) die Sache erledigen. Aber aus den oben angeführten und vielen anderen Gründen ist das nicht der Fall. Die natürliche, durch die Produktionskosten beherrschte Rangordnung, in der die Preise stehen, wird zerrissen. Bei einzelnen Waren (den sehr feinen und sehr groben), geht die Nachfrage und der Preis zurück, und um so stärker wächst die Nachfrage der anderen. Schließlich werden alle Preise durcheinander geworfen und der Begriff der Mark d.R.W., der bei allen immer nur aus einer Reihe bekannter Warenpreise besteht (anders kann auch die sogen. Werteinheit nicht aufgefaßt werden), verwildert und geht völlig verloren. Niemand weiß mehr, was eine Mark noch gilt. Alle Beziehungen des Geldes zu den Waren werden getrübt, und im Trüben läßt sich gut fischen. Die öffentliche Kontrolle der Preise durch das Publikum geht völlig verloren; die Kaufleute nehmen diese Unwissenheit wahr und plündern, übervorteilen das Publikum. Das zeitraubende Handeln in den Läden wird allgemeine Sitte, und die Kosten dieser Sitte werden auf die Warenpreise geschlagen. Die Bruttoprofitrate der Kaufleute geht in die Höhe. Dabei gewinnt die Nettoprofitrate wenig; denn wenn auch durch den Verlust der öffentlichen Kontrolle die Preise infolge der durch die Banknoten bewirkten Markt- und Preisanarchie die Profitrate erheblich steigt, so löst diese Steigerung eine größere, schärfere Konkurrenz aus, die zur einzigen Folge hat, daß der Absatz der einzelnen Kaufleute vermindert wird. Der Profit an den verkauften Waren steigt mit der Unstetigkeit der Preise zum Nachteil des Publikums und zu niemandes Vorteil, da sich dieser Profit auf eine größere Anzahl Kaufleute verteilt, die eine größere Masse Arbeit zu verrichten haben. (Feilschen des Publikums, Preisausrechnen usw., Lagerhüter.)

Dem *aufmerksamen* Beobachter entgeht es nicht, daß der Sinn für den Wucher, den Schacher, das Glücksspiel, das arbeitslose Einkommen im deutschen Volke mächtig im Zunehmen begriffen ist. Wäre dieser Schachergeist ein spezifischer Charakterzug der Juden (was er nach unserer Beobachtung durchaus nicht ist), so könnte man die Behauptung der Antisemiten, daß das deutsche Volk verjüdet sei, gelten lassen. Aber die „Verjüdelung“ haben weniger die Juden, als die Reichsbank (im Grunde genommen die Metallwährung) verursacht. Jedes Volk paßt sich den Verhältnissen an, und wenn die Reichsbank mit ihrer auf Hausse und Baisse, auf immerwährende Differenzen gerichteten Politik den Schacher großzieht, so darf man sich nicht wundern, daß zuletzt selbst der schönste Arier schäbig wird [Das alles war 1909 geschrieben und bezog sich auf die Hochkonjunktur der damaligen Zeit, die im Verlauf von 20 Jahren die Preise 20 – 40% gehoben hatte. Jetzt braucht man kein „aufmerksamer“ Beobachter zu sein, um die Richtigkeit dieser Sätze zu erkennen.]

Schmoller sagt:

„In einer Zeit, in der die Vermittlungstätigkeit (Handel) in der Gesellschaft von 3 und 5 auf 11 und 13%, ja teilweise auf 31% der Selbsttätigen gestiegen ist, in der diese Vermittlung einen steigenden Teil der Preise ausmacht.“ Artikel: Der Handel im 19. Jahrhundert. (D.Woche, S. 167.)

Das mag ganz richtig sein und stimmt mit den Beobachtungen überein, die jeder für seine Rechnung heute machen kann. Aber Schmoller hat für diese Erscheinung keine Erklärung; sie ist ihm rätselhaft, wie allen, die, wie er, das Studium des Geldwesens vernachlässigen. Das Geld ist die Grundlage des Tausches und darum der Schlüssel aller Rätsel.

Fände eine scharfe tägliche Anpassung des Geldangebots an das Warenangebot statt, so daß die Preisschwankungen der Waren unter einander auf das von den natürlichen Umständen bedingte Maß (Voll-, Mittel- und Fehlernten, Erfindungen, Modewechsel usw.) beschränkt blieben, träten zu diesen natürlichen Preisschwankungen nicht noch die künstlichen, viel häufigeren und schwereren Preisschwankungen, die von einem veränderten Verhältnis zwischen Geld- und Warenangebot herrühren, so würden sich mit der Zeit die Warenpreise genügend fest im Volke einprägen, daß der Handel einer Kontrolle unterworfen wäre und Jedermann wüßte, was er eigentlich für 1 Dollar, 1 Mark, 1 Rubel zu fordern hat. Unter der Goldwährung und der Mitwirkung der Emissionsbanken ist der Begriff Dollar, Schilling, Mark vollkommen verwildert; die sogenannte Werteinheit [Das wäre die Menge konkreter Dinge, die man für eine Mark zu erstehen hofft.] ist durch die tolle Anarchie, die die Emissionsbanken mit ihrer sinn- und ziellosen Politik hervorgeufen haben, zu einer Gallerte geworden. Es ist Niemand da, der im Stande wäre, die Preise von nur 10 verschiedenen Waren genau zu nennen.

Ohne Kenntnis einer Reihe von Preisen konkreter Dinge, namentlich von solchen, die man zur eigenen Lebensführung braucht, ist aber die Bedeutung irgend einer Geldsumme schlechterdings unbegreiflich. Nur wer die Geldsumme kennt, die er verausgabt, und seinen Brei mit Bewußtsein ißt, hat ein Urteil über den „Lytrischen Wert der Güter“. [Georg Friedrich Knapp sagt: „Lange hat es mir im Innersten widerstanden anzuerkennen, daß die nominale Werteinheit vollständig ausreicht für Urteile über den lytrischen Wert der Güter. Es war mein Irrtum, was der Irrtum fast aller ist: ich glaubte, Werturteile kämen nur zu Stande, wenn Güter mit Gütern verglichen werden. Wie einfach und anschaulich würde dadurch der ganze Vorgang! Wenn aber einmal diese Art der Beurteilung eingebürgert ist, dann ist es unnötig, Gut mit Gut zu vergleichen; dann können Werturteile über ein Gut abgegeben werden unter Benutzung der nominalen nur historisch definierten Werteinheit. Wer da bezweifelt, ob das wahr ist, den verweise ich auf die geschichtliche Entwicklung des lytrischen Verkehrs; solche Erscheinungen wie das echte Papiergeld sind wirklich; sie sind aber nur unter der Annahme nomineller Werteinheit möglich; also ist die Nominalität der Werteinheit, ebenso erfahrungsmäßig gefestigt, wie die Tatsachen der lytrischen Rechtsgeschichte“. Staatliche Theorie des Geldes, S. 14 (Verlag Duncker & Humblot, Leipzig 1905). Ich glaube, Knapp ist über den Widerstand in seinem Innersten voreilig hinweggeschritten; denn er, der keine Preise, keine Waren kennt, der es fertig bringt, eine staatliche Theorie des Geldes zu bringen, ohne, wie es scheint, überhaupt an Waren, Preise, Tauschmittel, Arbeitsteilung zu denken, der in dem Geld, einschließlich dem echten Papiergeld, kein Gut, keine Ware erblickt, kann unmöglich ein Urteil haben über den lytrischen Wert der Güter (falls darunter Tauschverhältnis der Waren gemeint ist. Etwas anderes kann es aber nicht sein; denn es gibt kein anderes Verhältnis der Waren untereinander).

Nur wer das Tauschverhältnis des Geldes zu den Waren, also Preise, kennt, hat ein Urteil über den lytrischen Wert der Güter. Die Erscheinung des echten Papiergeldes widerspricht nicht der Behauptung, daß Waren nur mit Waren verglichen werden können, sondern bekräftigt diesen Satz; denn das echte, an kein Metall, noch besondere Ware gebundene Papiergeld vereinigt in sich alle Merkmale der Ware, trotz seinem Papierstoff. (S. Gesell: „Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld“, Artikel: Warum man aus Papier Geld machen kann ..)]

Wohl hat der Bürger für jede Mark, jeden Dollar und Schilling ein haarscharf auf der Präzisionswaage abgewogenes Gewicht Gold zu fordern, aber das Quantum Tabak, Bier und Wurst, das er für die Mark auf dem Markte erwerben kann, das mißt ihm die Emissionsbank nicht einmal auf der Viehwaage zu. Und es ist doch der Tabak, das Bier, die Wurst, es ist

das Tauschverhältnis des Geldes zu den Waren, das den Bürger interessiert. Das Gold! Was geht den Bürger das Metall an? Es sind doch nicht alle Goldschmiede; nicht alle haben vor, den Erlös ihrer Produkte in Form einer Goldkette nach Hause zu bringen. Warum hat sich der Bürger für die Goldwährung entschieden? Doch nur, weil er mit der Goldwährung 15mal weniger Metall zu schleppen brauchte, als mit der Silberwährung. Möglichst wenig Metallballast und sonst genau so viel Ware, wie man selbst für das Geld gegeben hat – das fordert der Bürger.

Solange die Banken Noten nach dem privatwirtschaftlichen Bedarf der Hausseinteressenten ausgeben, steigen die Preise aller freien Waren. Doch nicht alle Waren sind frei; nicht alle Preise passen sich den Marktverhältnissen an.

Die Briefmarken z.B. machen die Hausse nicht mit, weil ihr Preis (d.h. das Porto) durch Gesetze geregelt ist. Seit 30 Jahren bezahlt man 10 Pfg. für einen Brief, und wie viele Hochkonjunktoren haben wir seit 30 Jahren gehabt? Überhaupt fast alles, was der Staat verschleißt – Telegramme, Frachten, Justiz, Religion, Sicherheit, Unterricht usw. – muß den Emissionsbanken den Tanz versagen. Tarife, Steuern, Zölle sind durch Gesetz und Verträge festgenagelt.

Wie behilft sich nun der Staat, wenn die Emissionsbanken die Warenpreise hochtreiben?

Der Staat erhält das gleiche Quantum Geld für seine Leistungen, während alles, was er kauft, mit Ausnahme der Beamtenarbeit, im Preise steigt. Der Proviant für das Heer, die Kohlen für Marine, Eisenbahnen, die Steine für öffentliche Bauten usw. muß der Staat 10 – 20 – 30% teurer bezahlen. Die Einnahmen bleiben unverändert (mit Ausnahme der Einkommen- und Konsumsteuern und der Bruttoeinnahmen aus dem bei jeder Hochkonjunktur wachsenden Eisenbahnverkehr), die Ausgaben wachsen. Resultat: ein Defizit; eine Anleihe; während doch gerade der Staat als Produzent und Schuldner großen Gewinn aus der Hochkonjunktur ziehen sollte.

Mit dem Bankerott der Währung (nicht anderes bedeuten die Preisaufschläge und Teuerungszulagen) geht ausnahmslos eine bedeutende Anspannung sämtlicher Produktionskräfte Hand in Hand. Sowie es heißt, daß die Preise anziehen, daß eine neue Hochkonjunktur im Anzuge sei, suchen alle Kaufleute und Unternehmer sich durch Lieferungsverträge auf Monate und Jahre hinaus mit Waren zu decken. Denn sie fürchten, dem Wettbewerb beim Verkauf der Waren zu unterliegen, wenn sie zu den erwarteten künftigen hohen Preisen kaufen müßten. Außerdem wären sie nicht sicher, überhaupt Ware zu erhalten; denn alle Kaufleute samt und sonders treibt die Selbsterhaltungspflicht, sich zu decken, d.h. *mehr* als gewöhnlich zu kaufen. Und wo soll dieses Mehr herkommen?

Während der letzten Hochkonjunktur waren die meisten Fabriken auf Monate, in manchen Zweigen, z.B. der Textilindustrie, auf Jahre hinaus verschlossen, d.h. sie nahmen keine Aufträge mehr an.

Beim Fabrikanten häufen sich infolge dieser Deckungskäufe die Bestellungen, und in der Meinung, er habe es mit einer dauernden Erscheinung zu tun, sucht er seine Fabrikanlagen zu erweitern, d.h. der wachsenden Nachfrage anzupassen. Es wird mit Überstunden gearbeitet; die gesamte Arbeiterreserve wird herangezogen, um den Stoff zu der immer wachsenden Nachfrage zu liefern.

Es kommt hinzu, daß man sich vor der der Hausse entsprechenden Verbilligung (Entwertung) des Geldes (weniger Ware für dasselbe Geld) nur dadurch schützen kann, daß man sich des Geldes entledigt, und zwar nicht durch Verleihen, durch Ankauf von festverzinslichen Papieren, von Pfandbriefen, sondern durch Ankauf von Dingen, die an sich kein Geld sind und auch nicht auf Geld lauten – also Waren, Grundstücke, Industrieaktien (keine Bankaktien), Häuser, Land usw. Wer das nicht tut, sondern sein Geld zur Sparkasse, zur Bank bringt, wer Pfandbriefe, Obligationen, Staatsanleihen, Wechsel usw. kauft, verliert einen der Hausse entsprechenden Teil seines Vermögens. Gewiß, er erhält sein Geld auf Heller und Pfennig zurück, für die nicht festverzinslichen Papiere sogar erhöhten Zinsfuß, und die Sicherheit der Anlage wächst auch. Nominell verliert er keinen Heller, aber materiell, an der sogen. Kaufkraft des Geldes. In diese Kaufkraft haben sich die Banknoten (und die mit diesen stets zusammen sich vermehrenden Privattauschmittel) geteilt und ihr 10 – 20 – 30% geraubt.

Das führt dann notwendigerweise dahin, daß alle, die sonst ihr Geld verliehen, sei es durch Ankauf von Pfandbriefen, von Wechseln oder Staatspapieren, sei es in Form eines Sparkassen- oder Scheckbuches, jetzt lieber selber Dinge kaufen, die die Hausse direkt mitmachen. Eine Menge dem Handel völlig fremder Personen werden so der Börse oder dem Markte zugeführt, die alles kaufen, was man ihnen anbietet. Dies bedeutet eine Ausschaltung von Zwischenhändlern, eine beschleunigte Geldzirkulation, eine vermehrte Nachfrage und steigende Preise. Dauert die Hausse an, so beweist dann schon die *Erfahrung*, daß jeder, der heute kauft, einen Vorsprung über den hat, der sich die Sache nochmal überlegt und erst morgen kauft. An Stelle der schwerfälligen Bedächtigkeit, die sonst eine Eigentümlichkeit des Geldbesitzers ist, tritt die Hast. Eilfertig wird dem Makler Auftrag gegeben, das Sparkassenbuch, die Wechsel, die festverzinslichen Papiere zu veräußern und dafür Dinge zu kaufen, die auf der anderen Schale der Waage liegen, und die hoch gehen, wenn die Geldschale fällt (Ware, Häuser, Industrieaktien). Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wächst im Verhältnis zu dieser Eilfertigkeit (oder verminderten Bedächtigkeit), und da das Angebot des Geldes und somit das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld sehr wesentlich *durch die Schnelligkeit des Geldumlaufes* beeinflusst wird, so steigen jetzt die Preise weit über die durch die Noten der Emissionsbanken erweiterten Grenzen. [Eine verdoppelte Schnelligkeit des Geldumlaufes ist für die Preise einer Verdoppelung der Geldmenge genau gleichbedeutend.]

Den Anstoß zur Hausse mag die vermehrte Goldproduktion geben. Die anziehenden Preise erwecken spekulative Kauflust, eine privatwirtschaftliche Nachfrage nach Geld. Dieser Nachfrage kommen die Emissionsbanken durch vermehrte Notenausgabe entgegen. Die Privattauschmittel

(Wechsel) gewinnen an Kredit, weil die Hausse die Schuldner allgemein begünstigt. Sie vermehren sich parallel zur Hausse und zur Ausgabe von Banknoten. Die nun ganz ausgesprochene Hausse beschleunigt die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.

Und ist diese Preissteigerung für alle, die an die deutsche Reichswährung glauben, für alle, die mit dem „festen inneren Werte der Mark der RW.“ aufgezogen wurden, nicht ein einwandsfreier, schlagender Beweis, daß das Angebot von Waren zu gering ist, daß die Produktion vermehrt werden, daß man mit Überstunden arbeiten, daß man den Betrieb erweitern soll? Man spricht von Überspekulation; aber woran soll sich denn der Unternehmer für die Abschätzung des Bedarfes an seinen Waren halten, wenn nicht an die Preise? Wem kommt es denn in den Sinn, anzunehmen, daß die Preissteigerung nur das äußere Zeichen des inneren Bankerotts der Emissionsbankpolitik und der Währung ist? Hans Biedermeier würde solchen Verdacht einfach für eine Sünde, ein Verbrechen halten. Wer darf es annehmen, daß die Preistreiberei keinem wachsenden Konsum, sondern einer Währungspuscherei zuzuschreiben ist, und daß infolgedessen gar kein Anlaß vorliegt, sich für eine Fortdauer der großen Nachfrage durch Erweiterung der Fabrikanlagen einzurichten?

Man bezeichnet es als einen Geniestreich des Direktors der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin, daß er z.Z. der großen Hausse 1899/1900 die Anlagen nicht, wie es seine Konkurrenten taten, durch Neubauten erweiterte, sondern durch Einführung der dreifachen Schicht (3 x 8 Stunden) die stürmisch wachsende Nachfrage zu befriedigen wußte. Der Direktor wußte, daß es sich nur um eine Eintagsfliege, um eine gewöhnliche Währungspuscherei handelte.

Nur wenige sind es, die solchen Verdacht hegen; nur wenige sind es, die die große Nachfrage auf die verschwenderische Notenausgabe zurückführen, nur wenige sind es, die sich vor der Katastrophe zu retten wissen, die bald genug hereinbricht.

Wenn die Preise sinken.

Das Geld ist kein lebloser Gegenstand, wie etwa die goldene Kette, die den Leib des Metzgermeisters schmückt. Das Geld ist auch nicht das passive Ding, das die Währungsliteratur aus ihm machen möchte (s. Knapp [Die Börsenspekulanten, Börsenkönige, die sogen. „haute finance“ haben natürlich das größte Interesse daran, solche Literatur zu unterstützen. Mit seiner Theorie des Geldes hat Marx die rote Garde direkt vor Mammons Tempel aufgestellt.]). Das Geld hat Kräfte, ungeheure, merkamotorische Kräfte (Verschleißkräfte), die, je nachdem sie gefesselt oder nutzbar gemacht werden, ein Land, eine Welt, ein Zeitalter zu ungeahnter Blüte oder in den Abgrund treiben können. Von der Verfassung des Geldes hängt es ab, ob die Mutter aller Kultur, die Arbeitsteilung, lebt oder stirbt.

Der Arbeiter singt zwar sein billiges Liedchen:

Alle Räder stehen still,
Wenn mein starker Arm es will.

Aber vorläufig ist das noch Zukunftsmusik. Diese Macht, die Räder zum Stillstand zu zwingen, hat heute nur einer im Lande, und das ist die Emissionsbank.

Nachdem die Emissionsbank die allgemeine Preistreiberei mit ihren Noten genährt und damit die Produktionskräfte aufs äußerste angespannt hat; nachdem sie beobachten konnte, daß alle Unternehmer, auf die Dauer der Verhältnisse rechnend, und die Hausse als einen Beweis des Warenmangels ansehend, ihre Betriebe erweiterten und Unsummen für neue, größere Maschinen verausgabten, erinnert sie sich plötzlich wieder ihrer Pflichten als Hüterin der Goldwährung.

Sie sieht, wie die Münzen zur Goldschmiede wandern, oder falls es sich um eine nationale Hausse handelt, wie die Banknoten zur Quelle zurückwandern und das Gold die Grenzen überschreitet. Sie sieht jetzt an den *Folgen* der Hausse, daß sie zu weit gegangen war mit der Notenausgabe. *Nicht an der Wirkung (der Hausse), sondern erst spät, zu spät, an der Rückwirkung (dem Goldexport) erkennt sie ihren Fehltritt.* Die Emissionsbank kümmert sich nicht um die Warenpreise; darum wird sie auch die direkte Wirkung ihrer Streiche garnicht gewahr. Sie erkennt die Gefahr der Notenüberschwemmung immer erst dann, wenn die Dämme durchbrochen sind. Dann erst wird sie sich bewußt, daß sie zu weit mit der Notenausgabe gegangen ist. Dann aber greift sie um so gröber zu, und mit dem größten Gleichmut, als ob weiter garnichts daran läge, wie jemand, der die Folgen seiner Missetaten nicht am eigenen Leibe zu spüren braucht, wie ein unverantwortliches Kind, entzieht sie nun wieder ihre Noten dem Verkehr, gerade in dem Moment, wo die Banknoten einen vernünftigen Zweck hätten. (Erleichterung der Hochkonjunkturliquidation.)

Aber das Geld hat den Charakter des Wolfes; es hat nur Mut, wenn es massenhaft, im Rudel auftreten kann. Sieht es die eigenen Reihen aus irgend einem Grunde sich lichten, so weicht es auch bald auf der ganzen Linie; die Furcht vor der Baisse lähmt seine merkamotorische Kraft, und feig zieht es sich vom Markte zurück.

Unseres Wissens ist es der Bimetallist Emil de Laveleye gewesen, der zuerst auf die höchst eigentümliche, für alle in dem Wertglauben Befangenen völlig unerklärliche Erscheinung aufmerksam machte, daß, wenn man das Geldangebot auf irgend eine Weise, etwa durch den Übergang von der Bimetallie zur Monometallie, verkleinert, der Rest des Geldes dann kaufmännisch unbrauchbar wird und sich in den Banken konzentriert.

Dieses Gesetz, welches wir das Laveleye'sche oder Bimetallistische Gesetz nennen möchten, ist für die Währungstechnik von größter Bedeutung. Es läßt keine Ausnahme zu und wirkt überall gleichmäßig, ob es sich um Goldwährung, Doppelwährung oder Papierwährung handelt. Am sinnfälligsten war das Wirken dieses Laveleye'schen Gesetzes vor einigen Jahren in Argentinien zu beobachten. Hier hatte man beschlossen, einen Teil der Staatseinnahmen dazu zu benutzen, jährlich einen größeren Betrag des umlaufenden Papiergeldes einzuziehen und zu verbrennen mit der ausgesprochenen Absicht, auf diese Weise die Preise zu drücken, damit alles recht billig werden sollte!! Das Resultat war, daß im Jahre 1899 zwei volle Drittel der gesamten Emission von 300 Millionen (also 200 Millionen) in den Banken brach lagen und zu einem nie gesehenen niedrigen Zinsfuß zu haben waren. Niemand konnte das Geld kaufmännisch anwenden; wer es wagte, hatte regelmäßig Verluste. Mit Ausnahme der wenigen, die das Laveleye'sche Gesetz kannten, wußte niemand die Erscheinung zu deuten. Als man im Jahre 1900 mit dem Verbrennen des Papiergeldes aufhörte, verschwanden auch sofort die Millionen auf den Banken und ergossen sich auf den Markt. Und

den Beweis, daß jene 200 Millionen nicht etwa überschüssig waren, liefert der Umstand, daß man seitdem, also in 8 Jahren, den alten Bestand an Papiergeld fast verdoppelt hat, ohne daß von einem Überschuß die Rede sein kann [Dieselbe Erscheinung beobachtet man zur Zeit in den Verein. Staaten, wo die Preise wie damals in Argentinien abgebaut werden. (1921)].

Die Erklärung, warum das Geld bei eintretender Baisse sich zurückzieht, haben wir mit der nötigen Ausführlichkeit im ersten Teil dieser Schrift gegeben. Jetzt wollen wir die Folgen dieser neuen Wendung der Emissionspolitik der Reichsbank uns näher ansehen.

Wenn die Preise fallen, so weint der Schuldner, und es lacht der Gläubiger. Der Schuldner muß bei fallenden Preisen eine größere Masse Güter von seinem Aktivum opfern, um den Zins seiner Schulden (Passivum) aufzubringen. Und diese größere Masse fließt in die Taschen der Gläubiger. Die Waren werden billig, jauchzt der Gläubiger. Die Schuld wird drückend, flucht sein Schuldner. So gleichen sich die Interessen wieder aus, die durch die vorhergehende Hausse verschoben wurden, beschwichtigt die Emissionsbank.

Dieser Ausgleich findet allerdings oft statt; aber er bildet doch nicht derart die Regel, daß man vom Standpunkt der Gerechtigkeit gleichgültig dem Auf- und Abwogen der Preise zusehen könnte. Viele, sehr viele Gläubiger werden durch die Hausse ruiniert und zu Schuldnern degradiert. Für diese bedeutet die nachfolgende Baisse keine Rehabilitation, sondern im Gegenteil einen neuen Keulenschlag auf den Kopf.

Und umgekehrt. Mancher Schuldner wird durch die Hausse in den Rentnerstand gehoben, der dann als solcher von der Baisse neue Vorteile gewinnt.

Die Kaufleute merken, daß sie bei einem weiteren Preisrückgang dem Bankrott entgegentreiben und zweifeln an ihrer Zahlungsfähigkeit. Um diese festzustellen, machen sie eine Inventur:

Bestand		Einstands- preis	Kosten	jetziger Preis	Inventur- Wert
1000	Kilo Garn	10	10 000	8, –	8 000
100	Tonnen Tau	500	50 000	400,–	40 000
50	Faß Heringe	60	3 000	45,–	2 250
500	Sack Mehl	20	10 000	25,–*)	12 500
20000	Kilo Speck	1	20 000	1,10*)	21 000
100	Fuhren Holz	20	2 000	22,–*)	2 000
2000	Tonnen Eisen	30	60 000	23,–	46 000
200	Ballen Tuch	200	40 000	150,–	30 000
50	Kisten Schuhe	150	7 500	120,–	6 000
60	Tonnen Nägel	50	<u>3 000</u>	40,–	<u>2 600</u>
	Einstandspreis		205 500		170 550
	Inventurpreis		<u>170 550</u>		
	Verlust	Mk.	34 950 = 20% des Kapitals		

Es ist durchaus nicht nötig, daß alle Preise fallen, um von einer allgemeinen Baisse sprechen zu können. Im obigen Beispiel sind drei mit *) versehene Artikel gestiegen, doch im Durchschnitt fielen die Preise um 35 000 Mark.

Verteilt sich die Baisse, die in unserem Beispiel 20% des Warenlagers beträgt, auf eine längere Zeitspanne, so fällt der Verlust auf alle

während der Baisse ein- und ausgehenden Waren, nicht auf die Waren allein, die bei der Inventur gerade auf Lager waren. Statt 20% auf einmal zu verlieren, verliert er vielleicht 10 mal nacheinander 2%. Das Ergebnis ist dasselbe.

Ein Verlust von 20% des Aktivums bedeutet aber bei der heute ausgedehnten Kreditwirtschaft in sehr vielen Fälle einfach den Verlust des Eigenkapitals, d.h. den Bankrott.

Vor der Baisse.

<i>Aktivum</i> , Waren	100 000	
Außenstände	<u>50 000</u>	
	150 000	
<i>Passivum</i>	<u>120 000</u>	
<i>Kapital</i>		30 000

Nach der Baisse

<i>Abschreibung</i> 20% der Waren	20 000	
20% Delkreder auf 50 000 **		
Außenstände	<u>10 000</u>	<u>30 000</u>
**) [vgl. S. 161]	Kapital	000

Es ist nämlich zu beachten, daß die Sicherheit der Außenstände (Kreditverkäufe) bei einer Baisse gleich zweifelhaft wird, und daß jeder gewissenhafte Kaufmann beim Umkippen der Hausse in Baisse einen der Baisse proportionalen Abstrich von seinen Forderungen machen wird, so oben 10 000 von 50 000.

Gehen nun die Preise noch weiter herunter, so muß in unserem Beispiel der Kaufmann seine Zahlungsunfähigkeit anmelden.

Uns es ist durchaus nicht unmöglich, daß, wenn die Preise um 20% gefallen sind, sie nicht noch weiter zurückgehen können [In den Verein. Staaten sind bereits die Preise seit Oktober 1920 weit über 20% gesunken. Zu Tausenden zählen bereits die kaufmännischen Zusammenbrüche.]. Denn die Emissionsbanken verstehen es heute, ordentliche Differenzen zu erzeugen. (Der Abstand zwischen Hoch- und Tiefstand der Preise scheint immer größer zu werden, je mehr das Geldwesen ausgebildet wird.) Wenn die Preise steigen, so werfen die Emissionsbanken (wie alle anderen Geldinstitute) ihr ganzes Kapital auf den Markt und beuten das Emissionsrecht voll aus. Und wenn die Preise dann fallen, dann haben sie nichts in den Händen, um der Baisse entgegenzuarbeiten; vielfach geschieht es auch, daß sie bei der Krise, auf ihre eigene Sicherheit bedacht, ihre Mittel dem Verkehr entziehen.

Nicht alle Preise machen die Baisse mit, sonst würden nur die Gläubiger und Schuldner lachen und weinen, und auch nur in dem Maße, wie sie Gläubiger und Schuldner sind. Die Preise, die die Hausse nicht mitmachten, rühren sich auch nicht bei der Baisse. Die Tarife der Staatsleistungen kümmern sich so wenig wie die Emissionsbank um die Marktpreise. Ob der

Weizen, der Spiritus, die Kohle 100 oder 200 kostet, ist dem Staate einerlei; er berechnet immer denselben Frachtsatz. Und so kommt es, daß die Fracht, die bei der Hausse etwa nur 50% des Preises ausmachte, jetzt bei der Baisse 60 – 70% beträgt. Auch die Löhne gehen nicht sofort herunter. Die Arbeiter streiken – lieber, als daß sie sich einen Lohnabzug gefallen lassen. Zwar geht der Lohn mit der Zeit auch herunter; aber in der Zwischenzeit muß der Unternehmer einen Lohn bewilligen, der nicht dem erzielbaren Verkaufspreis des Produktes entspricht – oder aber den Betrieb einstellen.

Dieses Benehmen der Arbeiter ist ein Produkt der heute vorherrschenden Lohntheorie, laut welcher die Lohnhöhe weniger ein Produkt der Marktverhältnisse als ein solches der sogen. Lohnkämpfe sein soll. Darum sucht der Arbeiter zu kämpfen, d.h. zu streiken und zu hungern. Doch endet in der Regel dieser sonderbare Kampf (Hungerkunst) mit dem ganz prosaischem Handeln und Feilschen. Im Grunde ist dieser sogenannte Lohnkampf nichts mehr als ganz gewöhnlicher Kuhhandel, und das Resultat des selbstmörderischen Kampfes hängt viel mehr von den Marktverhältnissen resp. den Emissionsbanken ab, als von der Fähigkeit der Arbeiter, dem Hunger zu widerstehen.

Auch die Steuern, sowohl die Staats- wie die Gemeindesteuern, bleiben unverändert; der Steuerbeamte kümmert sich nicht um die Preise der Produkte.

Die Pacht oder Miete für das Grundstück oder Gebäude wird von jedem vorsichtigen Unternehmer regelmäßig auf längere Zeit kontraktlich abgeschlossen. Gehen nun die Preise herunter, so müßten auch Pacht und Miete heruntergehen, damit das Gleichgewicht zwischen Erlös und Kosten erhalten wird. Aber was kümmert den Besitzer die Sorge seines Pächters. Er besteht auf seinem Schein und tröstet höchstens die Pächter mit der Aussicht, die ja die Erfahrung wahrscheinlich macht, daß wenn sich die Baisse ausgetobt, die Zeit für eine neue Hausse kommen wird.

Es ist die Regel, daß fast alle Unternehmer, ähnlich wie die Kaufleute, mit fremdem Geld arbeiten. Sie stecken fast alle bis tief an den Hals in Wechselschulden, Obligationsschulden, Kommanditschulden, Hypothekenschulden usw. – und alle diese Schulden sind Geldschulden. Hat der Unternehmer für Zins und Tilgung jährlich 10 000 zu zahlen, so bleibt die Summe gleich, wenn durch Rückzug der Preise der Erlös der Produkte von 100 000 etwa auf 80 000 zurückgeht. Die Gläubiger kümmern sich da nicht um die Warenpreise, sie verlangen ihr Geld zurück auf Heller und Pfennig, den vollen Betrag. Und wer wird ihnen solches übelnehmen, nachdem sie unter der vorangegangenen Hausse gelitten hatten?

Das Produkt des Unternehmens sei

1000 Ballen Zeug zu 100 gleich	100 000
--------------------------------	---------

Produktionskosten:

Pacht oder Miete	5 000	
Frachten	5 000	
Steuern	1 000	
Zinsen	9 000	
Von den Konjunkturen unberührte Produktionskosten	20 000	20 000
Blieben dem Unternehmer		80 000

um die Arbeiter und das Rohmaterial zu bezahlen und für den eigenen Lohn (Unternehmergewinn).

Geht nun der Erlös der 100 Ballen durch einen Preisverfall von etwa 25% von 100 000 auf 75 000 zurück, so bleiben für Rohstoffe, Löhne und Gewinn nur 55 000 zurück (nämlich 75 000 – 20 000), da ja die obengenannten Unkosten von den Konjunkturen unberührt bleiben. Rechnen wir, daß Löhne und Rohstoff gleichfalls 25% im Preise zurückgehen (was aber nicht für die Löhne sofort zutrifft), so hätte der Unternehmer hierfür $80\ 000 \div 25 = 60\ 000$ zu zahlen.

So stellt sich dann die Bilanz wie folgt:

Von den Konjunkturen unberührte Produktionskosten	20 000
Rohstoffe und Löhne nach 25% Konkurrenturrabatt	<u>60 000</u>
	Kosten 80 000
1000 Ballen zu 100 mit gleichem Konkurrenturrabatt (25%)	<u>75 000</u>
	Verlust 5 000

Dieser Verlust rührt direkt von den Produktionskosten her; er hat nichts zu tun mit dem Inventurverlust, den derselbe Unternehmer dadurch erleidet, daß er wie ein Kaufmann von seinem Lager an Rohstoffen, Halb- und Fertigprodukten einen der Baisse entsprechenden Abstrich machen muß.

Bei der Inventur hat der Unternehmer nach gesetzlicher Vorschrift nicht den Kostenpreis (den Preis, den er bezahlt hat) anzurechnen, sondern den Marktpreis, d.i. den Preis, den er am Tage der Inventur anlegen müßte, um sich in den Besitz der Inventurstücke zu setzen.

Eigentlich müßte dieser Abstrich sogar auf das sonstige Kapital (Häuser, Maschinen, Schiffe) ausgedehnt werden, was man nur darum nicht tut, weil man weiß, daß die Baisse ja doch wieder von einer Hausse abgelöst wird.

Aber alle diese Verluste der Schuldner zugunsten der Gläubiger, die viele Milliarden für ein Gebiet wie etwa das der Reichsbanknote betragen, erscheinen unbedeutend gegenüber den Verlusten, die das Volk als Ganzes, Gläubiger und Schuldner einbegriffen, dadurch erleidet, daß die Baisse den Handel, die kaufmännische Umlage des Geldes unmöglich macht und damit die Entwicklung der Industrie lähmt. Die Verluste, die die Schuldner durch die Baisse erleiden, existieren für das Ganze nicht; denn das Geld der Schuldner fließt in die Taschen der Gläubiger. Wird der Schuldner mager, so wird dafür der Gläubiger um so fetter; das Gesamtgewicht der Bürger bleibt unverändert. Wenn sich aber der Kapitalist auf dem Markte umsieht nach einer Neuanlage der bei ihm eingegangenen Gelder (Dividenden, bezahlte Wechsel, verkaufte Waren, zurückgezahlte Hypotheken usw. usw.) und ihm dann in Gestalt der Baisse überall nur Verluste entgegenstarren; wenn der Kapitalist sich sagt, daß er bei der andauernden Baisse gescheiter handelt, wenn er den beabsichtigten Neubau, die Gründung der Fabrik, die Erweiterung der Maschinenanlage usw. usw. auf morgen verschiebt, weil er doch morgen billiger als heute kaufen, bauen, gründen kann: so entstehen nicht einfache Verschiebungen im Soll und Haben der Bürger, sondern reale Verluste für das Volksganze. Denn die Arbeiter, die

das Geld des Kapitalisten sonst beschäftigt hätte, sie feiern, und das Nationalvermögen verliert die Produkte dieser Arbeiter.

Es ist keine Nachfrage da für die Arbeiter, heißt es dann im Rate der Stadtverordneten. Augenblicklich (November 1908) liegen in den Berliner Banken große Geldmassen unbeschäftigt, während sich die Stadtverordneten mit der Frage der Arbeitslosigkeit befassen. Es wurde in der Hochkonjunktur zu viel gearbeitet. Es war eine Überspekulation, die von der Profitsucht der Unternehmer, von der Geldgier der Arbeiter herrührte! So sagen die Zeitungen.

„Warum arbeiten die Proletarier mit Überstunden? Sie mußten doch wissen, daß die Arbeit nachher fehlen würde. Wie vom Weizen, so gibt es auch von der Arbeit einen Vorrat. Ist der Vorrat aufgezehrt, so ist keine Arbeit mehr da.“ Mit solchem Unsinn erklärt man die Arbeitslosigkeit.

Die Nachfrage nach Arbeit und Ware ist nichts anderes als ein kaufmännisches Rechenexempel. Steht der erwartete Gelderlös des Produktes über dem Einstandspreis, so fehlt es nie an Nachfrage – mögen die Preise noch so hoch stehen, möge die Produktion noch so großen Umfang haben. So lange die Preise fest sind oder steigen, ist die Nachfrage nach Ware und Arbeit nicht zu sättigen; denn immer wird in solchen Fällen der Handel einen Gewinn abwerfen, und dieser Gewinn ist immer *die einzige Voraussetzung* der Nachfrage des kaufmännischen Geldangebots.

Gehen dagegen die Preise abwärts und fällt dadurch der Erlös regelmäßig unter den Kostenpreis (Einstandspreis der Kaufleute, Produktionskosten der Unternehmer), so wird die Nachfrage nach Arbeitern weggefegt; und mögen die Arbeiter verhungern, es wird sie Niemand beschäftigen können. Wer es versucht, der macht Bankrott.

Die Bedürfnisse der Arbeiter nach Arbeit und Brot sind eine natürliche Lebensäußerung, die Nachfrage dagegen ein kaltblütiges kaufmännisches Rechenexempel.

Bei einer allgemeinen Baisse ist es materiell unmöglich, Geld gewinnbringend anzulegen. Wo der Kaufmann oder der Unternehmer den Fuß hinstellt, sinkt er ein. Spottbillig werden die Waren angeboten; die Arbeiter gehen mit ihren Forderungen herunter, doch niemand kann sie beschäftigen. Für den Kaufmann existiert billig und teuer gar nicht; er hat es auf die Differenz, den Unterschied zwischen Einstand und Erlös abgesehen. Dieser Unterschied allein interessiert ihn. Darum übt ein Herabgehen der Preise, ein Nachlassen in den Lohnforderungen der Arbeiter gar keinen verlockenden Einfluß auf ihn. Im Gegenteil: die bescheidene Haltung der Arbeiter macht ihn stutzig, das Zurückgehen der Preise schreckt ihn ab. Weiß er doch, daß, wenn er billig kauft, seine Konkurrenten auch billig kaufen und daß darum das Billigerwerden kein Vorteil (vom Standpunkt seines Warenlagers im Gegenteil ein Nachteil) für ihn ist. Was ihn interessiert, ist das Verhältnis des Verkaufspreises zum Einstandspreis, und er errechnet, daß bei der bestehenden Arbeitslosigkeit die Masse des Volkes nicht das Geld haben wird, um den Bedarf an Waren in Kauf resp. Nachfrage zu verwandeln, und daß dann die Verkaufspreise wegen ungenügenden Absatzes noch weiter heruntergehen werden.

Was nützt also das Billigerwerden der Waren! So ist nun die Kette geschlossen; ein vollkommener *circulus vitiosus*. Die Notenbanken kommen bei der Baisse dem Markte nicht zu Hilfe, ziehen sogar oft noch Kapital und Noten ein und setzen die Preise weiter herunter. Der Kapitalist findet keine Gelegenheit zu differenzbringenden Geschäften. Der Arbeiter feiert. Der Kaufmann folgert von der verminderten Arbeitsgelegenheit einen verminderten Warenkonsum und sinkende Verkaufspreise. Er bestellt nichts beim Unternehmer, wodurch neue Entlassungen notwendig werden usw.

Der verminderte Absatz bedeutet aber wieder Betriebsverluste für den Kaufmann und Unternehmer, und diese Betriebsverluste zusammen mit den schon beschriebenen Inventurlisten führen schließlich dahin, daß viele Kaufleute Ausverkäufe veranstalten, nur um sich das Geld für fällige Zahlungen zu verschaffen. Das verschärft dann auch wieder die Baisse. Schließlich stellt sich die Zahlungsunfähigkeit ein mit gerichtlichen Zwangsverkäufen.

Aber auch hier unter dem Stuhle des Auktionators gelangt der Stein noch nicht zur Ruhe, den die Emissionsbank mit ihrer sinnlosen Emissionspolitik ins Rollen gebracht.

Die häufiger werdenden Zahlungseinstellungen haben zur unausbleiblichen Folge, daß der Kredit eingeschränkt wird und daß ein großer Teil der Waren, die bis dahin mit Privattauschmitteln (Wechsel, Stundung usw.) ausgetauscht wurden, jetzt nur noch gegen Bargeld angeboten werden – und gerade zu einer Zeit, wo die Emissionsbanken das Geld in den Ofen werfen und die Kapitalisten aus Furcht vor Verlusten das Geld in Kellern verbergen.

Diese neue und große Verschiebung in dem Verhältnis zwischen Geld und Ware hat wieder eine neue Baisse zu Folge.

Und wir sind nicht am Ende der Leidensgeschichte. Auch die Staatskassen sollen an den Wunden mit leiden, die die Politik der Emissionsbank dem Handel schlägt, demselben Handel, den sie zu fördern berufen ist.

Geht mit dem Eintritt der Baisse die Möglichkeit verloren, das Geld sicher im Handel und in der Industrie anzulegen, werden von den Kaufleuten die Waren abbestellt, werden die Arbeiter entlassen usw., wie können da noch den Staatskassen Millionen zufließen, die ihnen sonst die Verkehrs- und Konsumsteuern einbringen.

Wie können die Post, der Telegraph, die Eisenbahnen dieselben Überschüsse abwerfen, wenn die Emissionsbank den Verkehr lahmgelegt hat?

Mit dem Eintritt der Baisse fallen alle Konsumsteuern entsprechend der verminderten Arbeitsgelegenheit und der dadurch herabgesetzten Konsumkraft, fallen alle Einnahmen aus den Getreidezöllen; denn der arbeitslose Proletarier ernährt seine Familie mit Kartoffeln, für Brot hat er kein Geld; fallen die Einnahmen aus den Wechselsteuern, weil die Baisse den Kredit einschränkt und der Wechsel unbrauchbar wird; fallen die Einnahmen aus der Fahrkartensteuer, weil das ganze Volk eine Stufe nach der 4. Klasse herabsinkt; fallen die Einnahmen aus den Eisenbahn-, Postbetriebsüberschüssen, weil bei der Baisse der Warentransport stockt; fallen die Einnahmen aus der Einkommensteuer, weil die Baisse allgemeine Bettelei, keinen Reichtum erzeugt; fallen die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer, weil das Nationalvermögen in Mark ausgedrückt entsprechend zur Baisse gefallen ist und weil dieses Nationalvermögen durch die Arbeitslosigkeit reale Verluste erfährt.

Und Hand in Hand mit den verminderten Einnahmen wachsen bei der Baisse eine Reihe von Staatsausgaben. Wenn die Preise fallen, so steigt die Zahl der Verbrechen, und aus leicht erklärlichen Gründen; denn auch der rechtlich denkende Mann, der keine Arbeit findet und dessen Kinder nach Brot schreien, geht auf die Landstraße und überfällt den ersten besten, der ihm begegnet. Für ihn muß dann der Staat die Strafanstalt erweitern. Dann

geht auch das Weib des Zuchthäuslers an Entbehrungen zu Grunde, wird in Spitälern auf Staatskosten verpflegt und wird auf Staatskosten begraben. (Die Spitäler bevölkern sich im gleichen Maße wie die Preise fallen). Und für die Kinder werden die Waisenhäuser erweitert.

So kann man in der letzten schroffen Folgerung sagen, daß die Emissionsbank mit ihrer Politik die Kirchhöfe, die Kranken-, Waisen- und Zuchthäuser bevölkert.

Wir wollen hier das Sündenregister der Emissionsbanken schließen. Es sind genug der Sünden aufgezählt, um sich ein Urteil erlauben zu können.

Die Emissionsbanken haben sich bei der Notenausgabe niemals um die Warenpreise gekümmert, obschon sie die Aufgabe übernommen haben, mit ihrem Kapital und mit Hilfe des Notenprivilegs die Schwankungen des Marktes im Bedarf der Tauschmittel auszugleichen. Sie haben Geld (Tauschmittel) ausgegeben, wenn die steigenden Preise einen Überschuß an Geld anzeigten, und haben Geld eingezogen, wenn die Preise fielen. Sie haben regelmäßig wie jedes andere Privatkapital Dividenden verteilt (die Reichsbankaktien stehen beträchtlich über Pari), was für eine Emissionsbank die ihre Aufgabe erfüllt, einfach unmöglich wäre. So hätte z.B. die Reichsbank etwa vom Jahre 1904/5 bis 1907 auf das Notenprivileg vollkommen verzichten, alle Noten verbrennen und noch ihr eigenes Kapital zurückziehen müssen, wenn sie der damals einsetzenden Hausse einen Damm hätte entgegenstellen wollen. Aber sie dachte nicht daran, nur eine einzige Note den Waren und Preisen zu opfern.

Und weil sie bei der Hausse nicht auf das Privileg der Notenausgabe und auf Dividenden verzichtete, darum konnte sie auch bei der einsetzenden Baisse dem Handel nicht zur Hilfe eilen.

Ihre regulierende Wirkung ist schlechter als Null; denn regulieren, ausgleichen heißt für eine Notenbank dem Markte den Überschuß an Geld entziehen und auf Zins verzichtend vergraben, um es dann dem Markte zuzuführen, wenn es dort fehlt. Die Notenbanken haben ungefähr die Rolle zu spielen, die den Zweck der Getreidespeicher ausmachten, welche Joseph in Ägypten bauen ließ. Diese Speicher nahmen die Überschüsse auf, um in Notjahren das fehlende hergeben zu können. Wann aber ist es den Emissionsbanken eingefallen, den Geldüberschuß, der sich in der Hausse offenbart, dem Verkehr zu entziehen?

Die Folge war, daß die Warenpreise auf und ab gegangen sind – genau so, vielfach noch schlimmer als in den Ländern mit der verpönten Papiergeldwirtschaft.

1. Weil die Preise stiegen, wurden die Gläubiger um Milliarden geschädigt, betrogen.

2. Wurden die Unternehmer, die feste Lieferungskontrakte hatten, in den Bankerott getrieben.

3. Wurde den Arbeitern und Beamten der Lebensunterhalt verteuert, während die Lohnbesserungen nur zögernd folgten, bei den Beamten Jahre auf sich warten ließen.

4. Wurde die Spielwut, die Spekulation großgezogen.

5. Wurden alle Preise durcheinander geworfen, alle Kataloge und Preislisten zu Makulatur, mußten sämtliche Preise täglich neu berechnet werden.

6. Wurde die Bruttoprofitrate auf Kosten der Konsumenten und zu Niemandes Vorteil erheblich erhöht.

7. Mußten viele Rentner ihre Ausgaben einschränken, wodurch eine Menge Industriezweige notleidend wurden und Tausende von Bürgern Beruf, Wohnort, Lebensgewohnheit wechseln mußten.

8. Wurden Millionen von Waren zu Ladenhütern.

9. Mußte der Staat Hunderte von Millionen mehr für Heeresproviand ausgeben.

10. Wurde das Steuerbewilligungsrecht der Volksvertretung zur Illusion. (Siehe unten S. 61).

11. Wurden die Unternehmer veranlaßt, ihre Betriebe zu erweitern; nur um zu spät zu erfahren, daß die gestiegene Nachfrage nur eine Eintagserscheinung, nur ein Schwindelprodukt der Banknoten waren.

Die Geschäftswelt hat aber noch nicht die Zeit gehabt, sich in all diese neuen Verhältnisse einzuleben, so muß auch schon die Notenbank die Noten einziehen, um die Goldwährung zu schützen. Die allgemeine Baisse, die diesen Einzug begleitet, hat dann zur Folge, daß:

1. Das Aktivum der Schuldner (Unternehmer, Landwirte, Kaufleute usw.) sich zum Passivum im Verhältnis zum Fortschreiten der Baisse verschiebt, was allein schon eine Menge Zahlungseinstellungen verursacht und Vermögensverschiebungen von vielen Milliarden verursacht.

2. Daß der Geldumlauf unterbrochen, der Handel rechnerisch unmöglich wird, jedes Geschäft Verlust, jedes neue Unternehmen Bankerott verspricht.

3. Daß der Warenabsatz gehemmt, die Arbeiter entlassen, der Konsum vermindert wird, die Löhne sinken.

4. Daß der Kredit eingeschränkt, die Wechsel und sonstigen Geldsurrogate aus dem Handel ausgeschaltet werden, weshalb der ganze Warenaustausch auf das Bargeld fällt, wodurch die Preise noch weiter sinken und neue Zahlungseinstellungen hervorrufen.

5. Daß die Einnahmequellen des Staates spärlicher fließen und das Staatsbudget mit Defizit abschließt.

6. Daß Zuchthäuser, Spitäler, Waisenhäuser und Friedhöfe erweitert werden müssen.

7. Daß Revolten ausbrechen, Attentate verübt werden, das ganze Volk zu Bettelei verdammt, in der Kultur die mühsam erklommenen Stufen wieder herabgestoßen wird.

Die meisten anarchistischen Attentate, auch Hödels und Nobilings Anschläge, fanden in Baissezeiten statt. Für diese Taten sind die Notenbanken vielleicht eher verantwortlich zu machen, als die anarchistische Literatur.

Währungstechnische Vorschläge für die Sicherung der nationalen und internationalen Währung.

Nationale Währungspolitik.

Das Geld ist ein Werkzeug des Warenaustausches, in letzter Linie der Arbeitsteilung. Die sachlichen Bedürfnisse dieses Warenaustausches (Handel), nicht die persönlichen Interessen, Wünsche und Begierden der Kaufleute sollen bestimmen, wie das Geld verwaltet werden muß. Von der höheren Warte der unpersönlichen Volkswirtschaft, nicht aus dem engen Gesichtskreis der Dividende, des Profites, der Differenz heraus soll die öffentliche Verwaltung des Geldes ihre Richtlinien nehmen. Der Kaufmann sucht Differenzen, die Volksinteressen verlangen die Beseitigung der Differenzen.

Das Geld wirkt ausschließlich durch den Preis, den es auf dem Markte erzielt. Sieht man von diesem Preis ab, so bleibt nichts übrig. Auf den Preis, den das Geld erzielt, also auf das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld muß sich daher die Aufmerksamkeit der Geldverwaltung konzentrieren.

Das Tauschverhältnis zwischen den Waren und Geld (der Preis) wird ausnahmslos durch Nachfrage und Angebot bestimmt. Wird viel Geld angeboten (Nachfrage), so steigt der Preis; das heißt das Tauschverhältnis ändert sich in dem Sinne, daß man mehr Geld für das gleiche Quantum Ware geben muß. Wird wenig Geld angeboten, so fällt der Preis. Wird viel Ware angeboten, so fällt der Preis; wird wenig Ware angeboten, so steigt der Preis. Wenig und viel sind also hier wie überall nur die groben Ausdrücke eines Verhältnisses. Mehr sagt der Preis nicht.

Damit der Handel seine sozialen Aufgaben erfüllen kann, muß der Preis fest bleiben, d.h. das Verhältnis im Angebot zwischen Waren und Geld muß über Ort und Zeit unverändert bleiben, so daß jeder ideell für eine Mark nach Jahr und Tag so viel Waren erhält, wie er selber für die Mark an Waren gegeben hat; weder mehr noch weniger.

Da das Angebot der im Umlauf sich befindenden Geldmassen großen Schwankungen unterworfen ist (s. die Panik in New York 1907), so müssen Vorkehrungen getroffen werden, um diese Schwankungen durch Einzug oder Ausgabe von entsprechenden Geldmengen von Staats wegen auszugleichen, d.h. das bisherige Zuviel und Zuwenig in dem Verhältnis zwischen Geld- und Warenangebot wird beseitigt, indem der Staat das Zuviel im Geldangebot einzieht und das fehlende Zuwenig ersetzt.

Entleert das Publikum die Geldreserven auf dem Markt, leeren sich die Bankdepots, die Strohmattatzen, die Strümpfe, die Sparbüchsen; wird durch eine optimistische Stimmung der Geldumlauf beschleunigt, erzeugt dieselbe Stimmung eine Masse Geldsurrogate, so muß der Staat eine entsprechende Masse an Bargeld dem Verkehr *entziehen*.

Umgekehrt, wenn Pessimismus die rosige Geschäftsstimmung ablöst und das ganze Volk sich auf das Bargeld stürzt, als auf den einzigen Anker, der Grund faßt, um dieses Geld dem Markt und seiner Bestimmung (dem Warenaustausch) zu entziehen und bis auf bessere Zeiten zu verbergen; wenn

infolge derselben Stimmung der Kredit und der Gebrauch der Geldsurrogate eingeschränkt wird – dann muß der Staat mit entsprechen Geldmassen zu Hilfe eilen.

Der Staat muß also die Schwankungen ausgleichen, denen das Geldangebot durch die Stimmung (Nervosität, Spekulation, Hoffnung, Angst und Panik unterworfen ist.

Das ist die erste und wichtigste Aufgabe des Staates in seinem Verhältnis zum Gelde, und diese Aufgabe überragt so weit alle anderen währungstechnischen Maßnahmen, daß sich diese samt und sonders der ersten unterzuordnen haben.

Man könnte einwenden, daß, wenn das Angebot von Geld Schwankungen unterliegt, die Warenproduktion sich diesen Schwankungen anzuschmiegen hat. Wird wenig Geld angeboten, so brauchen die Arbeiter „nur“ wenig Ware zu erzeugen, dann stellt sich das Gleichgewicht von selber her, ohne daß es nötig wird, mehr Geld in den Verkehr zu bringen. Man schließt einfach die Fabriken, entläßt einfach die Arbeiter, unterläßt einfach den beabsichtigten Neubau, läßt einfach die Felder brachliegen usw., und weil dann die Produktion der Waren und dementsprechend auch das Angebot nachläßt, so paßt sich das Angebot von Waren dem verminderten Angebot von Geld an, und die Preise ändern sich dann nicht mehr.

Für die Emissionsbanken hat diese zweite Methode vor allem den Vorzug der Bequemlichkeit. Sie brauchen sich dann um nichts mehr zu kümmern. Einerlei wieviel Geld sie in den Verkehr werfen – das Warenangebot paßt sich dem Geldangebot an. Für die Notenbank ist es viel bequemer zu sagen: „Paßt euch den Geldmassen an, die ich dem Verkehr übergebe, und laßt mich in Ruh!“ als wenn sie umgekehrt den Bedarf an Geld ermittelt und die Emission diesem Bedarf anpaßt.

Und tatsächlich haben sich ja auch die Emissionsbanken dem Trägheitsgesetz folgend regelmäßig für diese bequeme Methode entschlossen. Sie haben immer mit Seelenruhe und verschränkten Armen zugeschaut, wenn das Volk verzweifelte Anstrengungen machte, um nicht „zu viel“ zu produzieren, wenn die Warenpreise durch Arbeiterentlassungen vor weiteren Einbußen geschützt wurden. Die gute, die brave Reichsbank nannte diese Arbeiterentlassungen eine Folge der *Überproduktion*, und die hungernden und frierenden Arbeiter, die biederer Jünger Marx, die sich um soviel Nebensächliches kümmern, zu dieser währungstechnischen Blasphemie haben sie nichts zu bemerken.

Es ist auch in der Hauptsache dieser Methode zuzuschreiben, warum in den Ländern mit Papiergeld die Schwankungen der Preise in der Regel sehr groß sind.

Der Staat wirft hier ein Quantum Papiergeld auf den Markt, und mit diesem ehernen Bestand, dessen Angebot von tausenden Umständen beeinflusst wird, muß sich der Handel behelfen. So war z.B. in Argentinien die Emission im Jahre 1894 auf 300 Millionen bemessen, und mit diesen 300 Millionen mußte sich der Handel 6 volle Jahre bis 1900 behelfen. Auf das Wachstum der Bevölkerung, auf die steigende Produktion, auf die sich ausbreitende Arbeitsteilung usw. nahm die Regierung keinerlei Rücksicht. Sie machte es genau wie die Reichsbank: behelft euch mit meinen Emissionen, schränkt die Produktion ein, entlaßt die Arbeiter, wenn die Preise sinken. Und sie erzielte damit auch die gleiche Wirkung. Die Preise stiegen und fielen, und diesen Schwankungen suchte sich die Produktion anzupassen, indem sie heute Arbeiter zur Produktion heran-

zog, um sie morgen wieder zu entlassen. Die Produktion machte genau die gleichen Kapriolen wie in Deutschland. Es war zwar Papiergeld (soft money), kein hartes sondern potentiell weiches plastisches Geld, aber die Emissionspolitik war hart und hatte demgemäß auch dieselben Erfolge.

In einer 1898 erschienenen Broschüre [Silvio Gesell: La Cuesta monetaria argentina. 1898. Buenos Aires. Vgl. Schr.-Verz.] zeigte ich, daß die Agiotage durchaus keine Notwendige Begleiterscheinung der Papiergeldwährung, sondern nur eine Folge der starren, geistlosen Emissionspolitik sei. Als man zwei Jahre später (1900) meinen Vorschlägen entsprechend die Emission dem mit dem Geldkurs gemessenen Geldbedarf anpaßte, verschwand alsbald die Agiotage,

Überproduktion! Es war zuviel produziert worden. Aber das „zuviel“ deutet auf ein Verhältnis hin und wurde durch den Preisrückgang der Waren offenbart. Es waren also zu viel Waren erzeugt worden im *Verhältnis* zum Angebot des Geldes. Wäre mehr Geld angeboten worden, hätte die Überproduktion auch die Geldproduktion erfaßt, hätte sich das Geldangebot dem Warenangebot angeschmiegt, so wäre trotz der vermehrten Produktion kein Preisrückgang eingetreten, und wie hätte man in diesem Falle von Überproduktion reden können? *Gibt es denn für die Überproduktion ein anderes Maß als den Preisrückgang?* Man hat in den letzten Jahren alle Arbeiterreserven herangezogen, mit Überstunden, mit Tag- und Nachtschicht, mit vermehrten und verbesserten Maschinen gearbeitet, doch Niemand sprach von Überproduktion. *Trotz stark vermehrter Warenerzeugung stiegen die Preise.* Das Wort Überproduktion hörte man dann erst wieder, als das Verhältnis zwischen Waren und Geld sich verschob, als, nachdem Massen von Münzen in die Schmelztiegel und über die Grenze gewandert, die Reichsbank auch noch ihre Noten in den Ofen warf. Überproduktion besteht also immer nur im Verhältnis zum Geldangebot und kann infolgedessen als ein *Unterangebot von Geld* bezeichnet werden.

Die Frage, die zu beantworten ist, ist also die: Soll die Produktion sich dem Gelde oder das Geld sich der Produktion anpassen?

Wer sich fürs erste entscheidet, entscheidet sich für Krise, Bankerott, Defizit, Arbeitslosigkeit, Hunger, Revolte und Attentate. Wer aber den Mut hat, dem millionenstimmigen Beifall zum Trotze, der speziell der Reichsbank von jeher von Groß und Klein gezollt worden ist, für die andere Lösung zu stimmen, der betritt den Weg des Handels, der Arbeit, des Fortschrittes und des Wohlstandes.

Das Geld ist, das kann nicht genug wiederholt werden, ein Werkzeug des Handels, nichts als ein Werkzeug, und den sachlichen Bedürfnissen des Handels soll es angepaßt werden. Es ist nichts als ein Tauschmittel, und als Tauschmittel soll es verwaltet werden. Es soll zu jeder Zeit genau soviel Geld zum Angebot gegen Waren gebracht werden, daß der Durchschnitt der Preise nicht fallen, nicht steigen kann. Das Angebot von Geld soll den Bedürfnissen des Handels *täglich angepaßt, auf den Leib zugeschnitten werden.*

Zu diesem Zweck ist es vor allen Dingen nötig, daß der Einzug etwaiger Geldüberschüsse und die Ausgabe etwa fehlender Geldmassen vollkommen getrennt werde von dem Gebote des Gewinnes, des Zinses, der Dividende.

Das Geld soll eingezogen werden, solange die Warenpreise steigen; und es soll wieder gedruckt und in

Verkehr gebracht werden, solange die Preise fallen; dieses alles ganz unabhängig von der Bedingung eines Zinses oder Gewinnes oder fiskalischer Bedürfnisse.

Eine solche Aufgabe kann man keinem Privatkapital, nicht den Aktionären der Reichsbank zumuten, wie überhaupt die Hut allgemeiner Volksinteressen nicht die Aufgabe Privater sein kann. Übrigens wollen wir von den Reichsbankaktionären nichts geschenkt haben, wie auch diese kaum ihr Kapital für solch unprofitable Geschäfte noch hergeben würden. Wird der Sinn des Wortes „Geldbedarf“ in den Reichsbanksatzungen gesetzlich so ausgelegt, daß die Reichsbank Noten und Kapital einziehen und zu vergraben hat, so oft die Warenpreise (und in der Regel auch der Zinsfuß) steigen, so werden die Aktionäre die sofortige Rückzahlung ihrer Einlage fordern; denn für eine so kostspielige Hut allgemeiner Volksinteressen findet man kein Privatkapital.

Darum lautet auch die Forderung:

1. Der Reichsbank wird das Notenprivileg entzogen.
2. Das Notenprivileg wird einem neu zu gründenden Reichsgeldamt übertragen.

Das Reichsgeldamt.

Das Reichsgeldamt soll Geld einziehen, wenn die Preise steigen; es soll Geld ausgeben, wenn die Preise sinken.

Um Geld auszugeben und Geld einzuziehen, kann das Reichsgeldamt auf sehr verschiedene Weisen verfahren.

1. Das Geldamt kauft bei beobachteter Baisse Wechsel und bezahlt die Wechsel mit neuen Banknoten. So kommt mehr Geld in den Verkehr, und die Preise werden damit hoch gehalten, resp. vor Rückgang geschützt. Steigen die Preise über den normalen Stand, so verfährt das Geldamt umgekehrt; indem es keine Wechsel mehr verkauft, die vorher gekauften bei Verfall einkassiert und das so eingehende Geld verbrennt. So wird der Hausebewegung die Nahrung entzogen, und die Preise bleiben fest.

Um Geld auszugeben, bedarf das Geldamt des Emissionsrechtes, und zwar des allein durch die Bedürfnisse der Währung, d.h. der Aufrechterhaltung fester Preise beschränkten Emissionsrechtes. Keine festen Summen, sondern feste Preise bilden die Grenze der Notenausgabe für dieses Reichsgeldamt.

Um Geld einzuziehen, bedarf das Reichsgeldamt eines Kapitals. Dies Kapital bildet sich wie folgt: Die liquidierende Reichsbank zieht ihre Noten ein. Es entsteht ein Geldmangel, den das Reichsgeldamt durch Ankauf von Wechseln mit Hilfe neuer Banknoten deckt. Diese gekauften Wechsel bilden das Betriebskapital des Reichsgeldamtes, womit etwaiger Geldüberschuß durch Verkauf der Wechsel dem Markte entzogen werden kann.

Die Mittel zur Übernahme seiner Pflichten findet das Reichsgeldamt also schon fix und fertig in seiner Wiege, das ist das staatliche Emissionsrecht. Die Heranziehung des Privatkapitals, wie es bei der Gründung der Reichsbank geschah, ist für das Reichsgeldamt und für die Rolle, die es zu spielen hat, überflüssig.

Kauft das Geldamt auch fremde Wechsel oder Titel fremder Staatsschulden (englischer, französischer Konsols [Schuldschein für umgewandelte Schulden]), so kann es gleichzeitig auf den Wechselkurs regulierend wirken. (Hierauf kommen wir noch zurück).

Dieses System wird sich in ruhigen Zeiten bewähren. Es kann aber vorkommen, daß nicht genügend Wechsel zum Diskont angeboten werden, z.B. bei Kriegsgerüchten. In ruhigen Zeiten riskieren zahlungsunfähige Bürger nicht gerne Kapital; sie ziehen sich möglichst vom Markte zurück und brauchen dann keine Wechsel zu diskontieren.

In solchen Fällen, die regelmäßig von einem scharfen Rückgang der Preise begleitet sind, würde es dem Geldamt unmöglich werden, die Wechsel in der nötigen Menge aufzutreiben, um den Preisrückgang aufzuhalten. Das Geldamt könnte in solchen Fällen den Diskont für 3-Monatswechsel auf $\frac{1}{2}$ oder 0% setzen; es würde das Geld bei zahlungsfähigen Leuten nicht unterbringen können. (So steht z.B. heute der Privatdiskont in Paris auf 1%.)

Der Wechseldiskont als Mittel für die Regulierung der Währung im aktiven Sinne würde also für alle Fälle nicht genügen. Das Geldamt muß aber so bewaffnet sein, daß es unter allen Umständen, in allen nur erdenklichen Fällen Sieger bleibt. Darüber darf im Handel kein Zweifel herrschen, denn der Zweifel, ob das Geldamt in allen Fällen befähigt sei, den Markt vor einer Baisse zu schützen, genügt an sich schon, um den gesamten Geldumlauf zu unterbrechen und so die Baisse zu erzeugen. Wir erinnern hier an den bekannten Fall in der englischen Bankgeschichte. Der Bank ist die Emission auf einen bestimmten Betrag limitiert, und es war bekannt geworden, daß die Bank die Grenze erreicht hatte. Eine allgemeine Unsicherheit und Nervosität bemächtigte sich darauf des Handels. Die Depotbanken und Sparkassen wurden gestürmt; ein kolossaler Krach stand bevor. Da erhielt die Bank in letzter Stunde die Erlaubnis zu einer neuen Emission, und das genügte, um das Vertrauen wieder herzustellen. 5 *Minuten* nach Erteilung der Emissionserlaubnis war die Spannung und Panik verschwunden. Das Geld, das vom Publikum aus Furcht vor Geldknappheit zurückgehalten worden war (die Furcht vor Geldknappheit erzeugt Geldknappheit), floß zur Bank zurück, und die Bank hatte überhaupt nicht nötig, von der ihr erteilten Erlaubnis Gebrauch zu machen.

Solchen Geschichten muß vorgebeugt werden. Der Handel muß vor einer Baisse sicherer geschützt werden als vor dem Sturz des Himmels. Der Handel muß unbedingtes Vertrauen in die Währung haben. Darum lautet die zweite währungstechnische Forderung: 2. Das Reichsgeldamt wird befugt, für währungstechnische Zwecke Titel der Reichsanleihen in der Summe nach unbeschränkter und nur durch den Zweck beschränkter Menge auszugeben, und umgekehrt Titel der Reichsanleihen zu kaufen.

Durch den Verkauf von Titeln und Einzug des Erlöses (Geld) nimmt der Geldumlauf ab und in der Hausse wird vorgebeugt. Durch den Ankauf derselben Titel wird Geld in den Verkehr gebracht, und die Baisse verhindert.

Der Vorzug dieser Methode liegt in ihrer Einfachheit. Die materielle Arbeit, die damit verbunden ist, kann durch einen billigen Schreiber besorgt werden. Die Kontrolle ist überaus einfach – soviel Noten sind ausgegeben,

soviel Titel der Staatsschulden liegen in der Kasse. Keine Wechsel, keine Geschäfte mit Privatleuten, kein Risiko, ein ideales Amt für einen hagestolzen Bürokraten.

Diese Methode hat auch noch den vom Standpunkt der Währungstechnik wohl bedeutungslosen, für den Laien aber immerhin beachtenswerten Vorzug, daß die Geschäfte des An- und Verkaufes der Titel regelmäßig einen Profit für das Geldamt einbringen würden; denn *der Verkauf der Titel* (Geldeinzug) würde bei jeder Hausse vorgenommen werden müssen, und bei jeder Hausse gehen die Kurse der festverzinslichen Papiere naturgemäß herunter (warum ist schon gesagt) und *der Ankauf der Titel* (Geldausgabe) würde bei jeder Baisse vorgenommen werden, und bei der Baisse gehen die Kurse der festverzinslichen Papiere aufwärts.

Das Geldamt würde also gewöhnlich gerade dann Titel kaufen müssen, wenn die Kurse sinken, und dadurch billig kaufen, und die Titel verkaufen, wenn die Kurse steigen, also teuer verkaufen. In der Regel müßte also ein Gewinn zum Vorschein kommen. Diese Regulierung würde somit nicht nur dem Staate nichts kosten, sondern der Regel nach sogar etwas einbringen.

Das sind die Vorzüge dieser einfachen Methode der Geldmarktregulierung.

Doch im Geldwesen ist die Einfachheit, die Bequemlichkeit der Beamten nicht immer das Beste für den Warenaustausch. Und auf die Sicherheit des Warenaustausches kommt es an; die Bequemlichkeit kann erst dann berücksichtigt werden, wenn alle Waren unter Dach gebracht sind. Im Reichsgeldamt soll man nicht schlafen, sondern wachen und arbeiten.

Das Geld, daß das Reichsgeldamt durch Ankauf von Titeln der Staatsschulden auf den Markt zu bringen sucht, soll dort gegen *Waren* angeboten werden; denn um die Nachfrage und die Preise zu heben – darum allein, ganz allein kauft ja das Reichsgeldamt die Titel.

Welche Gewähr hat nun der Warenaustausch, daß der Mann, der die Titel dem Geldamt verkauft, auch dieses Geld gegen Waren anbietet? Kommt es nicht oft vor, ist es nicht vor 6 Monaten in Nordamerika vorgekommen, daß bei einer Krise die furchtsamen Bürger alles, auch die Staatspapiere zu verkaufen suchten, um das Gold zu *verscharren*?

Was würde es in solchen Fällen nützen, wenn das Reichsgeldamt durch Titelan Kauf Noten ausgibt, wenn die Titelverkäufer nichts Eiligeres zu tun haben, als den Erlös (Noten) gegen Münzen einzulösen und dieses Gold zu verbergen? Würde die Erleichterung solcher *Liquidation* (!) die Schwierigkeiten, die die Krise dem Geldamt so wie so schon bereitet, nicht noch ganz außerordentlich vermehren?

Dieses Verscharrtwerden des Geldes (hoarding the money) beim Ausbruch der Krise, gerade also zu einer Zeit, wo das Geld am nötigsten wäre, ist ja die Hauptschwierigkeit einer vernünftigen Geldverwaltung, und diesen offenbaren Mißbrauch des Tauschmittels darf das Geldamt nicht erleichtern, sondern muß es mit allen Mitteln erschweren. Der gedachte Ankauf von

Titeln der Staatsschulden bei einer Krise würde aber diesen Mißbrauch des Geldes ganz offenbar und erheblich erleichtern. Ohne Bedenken ist also diese Methode nicht.

Sie hat außerdem noch den Nachteil, daß, wenn der Verkäufer der Titel auch nicht die Absicht hat, den Erlös (Geld) zu verscharren, er der Regel nach doch nicht Waren kaufen wird, sondern andere Rententitel [Die Besitzer solcher Rentenpapiere gehören ja der Regel nach dem Rentnerstande an.], so daß das Geld erst auf Umwegen, vielleicht spät den Waren unmittelbar entgegentreten wird. Ehe das Geld des Reichsgeldamtes seine Wirkung auf diesem Wege ausüben kann, wird Zeit vergehen, und Zeit heißt in solchen Fällen Differenzen – die ja gerade verhütet werden sollen. Das Geld des Reichsgeldamtes soll unmittelbar wirken – also unmittelbar vom Publikum gegen Waren umgesetzt werden, damit die Preise fest bleiben. Das ist es, wonach wir streben; und solange keine absolute Gewähr gegen Preisschwankungen geboten wird, müssen wir nach Verbesserung der Waffen trachten, womit das Reichsgeldamt ausgerüstet werden soll.

Darum lautet auch die dritte Forderung:

3. Das Reichsgeldamt ist berechtigt, durch Steuerzuschläge und Steuererlaß die für die Aufrechterhaltung der Währung nötigen Geldmassen einzuziehen oder auszugeben.

Das Geldamt schreibt bei eintretender Baisse, um den Geldumlauf zu vermehren, einen Steuererlaß aus von 10 – 30 – 50 oder mehr Prozent auf alle Reichssteuern (inkl. Matrikularbeiträgen [Beiträge der Bundesstaaten an das Deutsche Reich]), und diesen Ausfall bei den Steuerkassen deckt das Reichsgeldamt durch Ausgabe neuer Noten. Beträgt dann der Mindereingang bei den Reichskassen bei x Prozent Steuererlaß 100 Millionen, so liefert das Geldamt diese 100 Millionen in neugedruckten Banknoten, die der Staat zu den Einnahmen schlägt. Das Volk aber kann mit den an Steuern gesparten 100 Millionen entsprechend mehr kaufen. Es hebt die Nachfrage und die Preise. Es sind 100 Millionen (oder 200, 500, 1000 Millionen) mehr im Umlauf. (Die indirekten Steuern und Zölle dürfen von diesem Währungssteuererlaß nicht berührt werden, da die Preise der versteuerten Waren sonst sinken würden).

Dieses System hat manches für sich. Sein Hauptvorzug ist, daß es unmittelbar wirksam ist, indem es keiner Verteilung des dem Verkehr zu übergebenden Geldes unter die Käufer bedarf. Das in den Verkehr zu pressende Geld ist schon verteilt in den Taschen der Steuerzahler. Statt zur Steuerkasse zu wandern, wandert es zurück zum Markte. Mit dem Betrag des Steuererlasses von 5, 100, 1000 Mark kauft der eine einen Kanarienvogel, auf den er wegen der Steuer verzichten mußte, der andere eine Nähmaschine, der dritte ein Reitpferd. Entsprechend der so gehobenen Nachfrage bleiben die Preise auf der gewünschten Höhe.

Aber das Geldamt muß nicht nur gegen die Baisse gewappnet sein, sondern auch gegen die Hausse. Es muß gegen alle Schwankungen der Währung bis an die Zähne bewaffnet sein.

Und wenn das Geldamt befugt ist, von den Steuern einen Abstrich zugunsten der Steuerzahler zu machen, so ist als Korrelat zu fordern, daß es auch befugt sein soll, durch Steuerzuschläge etwaigen Geldüberschuß dem Verkehr zu entziehen. Der Währungstechnische Mechanismus des Steuerzuschlages ist derselbe wie beim Steuerablaß, nur umgekehrt. Die Steuerämter werden angewiesen, auf alle Reichssteuern einen Währungszuschlag von 10 – 20 oder mehr Prozent zu erheben und das Produkt dieses Zuschlages dem Geldamt auszuliefern. Das Geldamt verbrennt dieses Geld. Die Steuerzahler müssen entsprechend dem Steuerzuschlag ihre Einkäufe einschränken. Der Kanarienvogel, die Nähmaschine, das Reitpferd werden nicht gekauft; die Nachfrage geht zurück, und die Preissteigerung wird vermieden.

Es sei hier bemerkt, daß bei einer Baisse die Preise stocken und ein Steuererlaß den meisten besonders willkommen sein wird, während bei einer Hausse die Geschäfte regelmäßig gut gehen und der Steuerzuschlag leicht erhoben werden kann.

Diese Methode hat neben dem schon genannte Vorzug der unmittelbaren Wirksamkeit auch noch den, daß sie das Interesse für die Währung im Volke lebendig erhalten wird. Denn die große Masse denkt nur, so lange sie gereizt wird, und ein Steuerzuschlag ist ein Reiz, der von jeher mächtig die Geister in Aufregung versetzt hat. Dä erfierliche Bieschlag, dat os et, wat de Bur bascht. Diese Aufregung wird dem Studium der Währung und das öffentliche Studium der Währung der Konsolidierung zu gute kommen, insofern als die währungspolitische Schulung der Volksmasse die beste, wenn nicht die einzige Gewähr bietet gegen bislang geübte Puscherei und Quacksalberei.

Der wahre Schutz der Währung gegen den staatlichen Mißbrauch liegt nicht im Metall, im Geldstoff, sondern in der währungspolitischen Schulung der ausschlaggebenden Majorität des Volkes. Was diese Majorität will, das geschieht. Ist diese Majorität in Währungsangelegenheiten auf Leithammel angewiesen (sie ist es leider überall), so geschieht, was die Leithammel wollen.

Nach den beiden zuerst erwähnten Methoden der Geldverwaltung geschieht alles ohne Sang und Klang im Büro des Geldamtes. Das Volk würde nur den Erfolg, nicht das „wie“ bemerken, und das Interesse für die ganze Sache würde bald einschlafen. Und es wäre doch so nötig, daß das Volk en masse wenigstens eine Generation lang sich gründlich mit den Währungsangelegenheiten befaßte, damit alle die aus dem Altertum auf uns überkommenen Vorurteile endlich einmal abgeworfen werden und die nationalökonomische Sprache (ein wahrer Augiastall) die für eine schnelle und sichere Verständigung nötige Reinigung erführe.

Keiner der volkstümlichen Ausdrücke, die in der Währungssprache gebraucht werden, kann als eindeutig angesehen werden.

Gegen die hier vorgeschlagene Währungssteuer wird man vielleicht den Vorwurf erheben, daß sie das Budgetrecht der Volksvertretung einschränkt. Dieser Vorwurf ist jedoch ungerechtfertigt. Mit viel mehr Recht könnte man ihn heute gegen die Emissionsbankpolitik erheben, indem es von dieser Politik abhängt, welchen materiellen Inhalt (Waren) die von der Volksvertretung ausgeschrieben Steuern erhalten sollen. Die Volksvertretung schreibt 100 oder 1000 Millionen an Steuern aus; aber was das Volk an Waren

hergeben muß (die Preise), um sich das Geld zu diesen Steuern zu verschaffen – das bestimmt die Emissionsbank. Die vom Geldamt ausgeschriebene Währungssteuer (der Steuererlaß) wird dagegen den ausgesprochenen Zweck verfolgen, das Budgetrecht gegen solche Eingriffe zu schützen, indem sie dem nominellen Betrag der Steuern den materiellen Inhalt (Waren) gibt, den sie nach Absicht der Volksvertretung auch haben sollen.

Wird das Geldamt befugt, durch Steuerablässe und Steuerzuschläge für währungstechnische Zwecke Geld auszugeben und Geld einzuziehen, so wird das allein genügen, das Vertrauen des Handels in die Währung zu befestigen – und dieses Vertrauen ist wiederum die Hauptstütze der Währung. Hat der Handel keine absolute Sicherheit gegen eine Baisse, liegt eine Baisse überhaupt noch innerhalb der Grenzen der Möglichkeiten, so genügt diese Möglichkeit an und für sich (dies kann nicht oft genug wiederholt werden), um den Umlauf des Geldes zum Stocken zu bringen. Und ein verlangsamter Geldumlauf bedeutet an sich schon eine Baisse. Die *Möglichkeit* einer Baisse erzeugt die Baisse. Ist dagegen das Geldamt so schwer bewaffnet, daß es unter allen Umständen das Heft in der Hand behält, so wird die Sicherheit vor der Baisse regelmäßigen Geldumlauf zur Folge haben, und solange der Geldumlauf regelmäßig ist, kann kein plötzlicher Preissturz eintreten. Krisen und Panik werden vermieden, und darum wird auch das Geldamt kaum jemals in die Lage kommen, von seiner Waffe (der Währungssteuer) Gebrauch zu machen. Dem bewaffneten Volk bietet sich am seltensten Gelegenheit, Gebrauch von der Waffe zu machen; die bloße Existenz der Waffe bürgt für Frieden. [Ob das wahr ist? 1909 waren viele dieser Meinung.]

Am besten wird es sein, daß dem Reichsgeldamt die Wahl unter diesen drei verschiedenen Methoden freigestellt werde. Hauptsache ist: Der Handel darf keinen Zweifel haben, daß das Reichsgeldamt den Markt *unter allen Umständen* vor Hausse und Baisse schützen kann, daß jedermann die Bewaffnung des Geldamtes für ausreichend hält, um den Kampf mit den sogen. Konjunkturen mit Sicherheit aufnehmen zu können. Je größer das Vertrauen des Handels in die Währung ist, um so regelmäßiger ist der Geldumlauf, um so seltener wird das Geldamt von seinen Waffen Gebrauch machen müssen.

Das Reichsgeldamt wird somit mit der Aufgabe betraut, den Geldumlauf den Warenpreisen in der Weise anzupassen, daß es Geld ausgibt, solange die Preise fallen, und umgekehrt Geld einzieht, solange die Preise steigen, um auf diese Weise feste Preise, d.h. Währung zu erzielen. Zu dem Zweck wird das Reichsgeldamt befugt:

1. Geld in jeder *nur durch den Zweck begrenzten*, sonst unbeschränkten Menge durch Wechseldiskont in den Verkehr zu bringen, und umgekehrt den Diskont nach Bedarf zu verweigern und durch Inkasso der fällig werdenden Wechsel Geld in unbeschränkter Menge einzuziehen und zu vernichten.

2. Geld durch Steuererlaß in unbeschränkter Menge in den Verkehr zu bringen und umgekehrt durch Steuerzuschläge Geld in unbeschränkter Menge dem Verkehr zu entziehen.

3. Geld durch Ankauf von Reichsschuldentiteln in unbeschränkter Menge auszugeben und umgekehrt durch Verkauf von Reichsschuldentitel (wozu ihm das Emissionsrecht für solche Titel erteilt wird) Geld in unbeschränkter Menge einzuziehen und zu vernichten.

Von dem Augenblick an, wo wir das Reichsgeldamt mit der Aufgabe betrauen, den Geldumlauf mit Hilfe solcher weitgehenden Vollmachten dem Stand der Warenpreise anzupassen, gewinnt die Frage: wie das Geldamt die Warenpreisschwankungen ermitteln soll, ganz außerordentliche Bedeutung; und es wird nötig, um das Geldamt vor dem Vorwurf der Parteilichkeit zu schützen, die Methode, wonach die Preisschwankungen ermittelt werden sollen, haarscharf vorzuzeichnen. Je größer die Gewalt des Geldamtes in Bezug auf die Mittel sein soll, um so weniger Wahl darf man ihm lassen in Bezug auf die Methode, nach welcher die Preisschwankungen zu ermitteln sind. Hier muß jede Willkür ausgeschaltet, alles muß klar, durchsichtig und genau sein. Man bedenke, daß jeder Unterschied im Preise des Geldes einen gleich großen Unterschied im Soll und Haben der Gläubiger und Schuldner erzeugt, daß eine Preisdifferenz von wenigen Prozenten Vermögensverschiebungen von vielen Milliarden bedeutet zu Gunsten der Gläubiger, wenn die Preise fallen, zu Gunsten der Schuldner, wenn die Preise steigen. Man bedenke, daß die Gläubiger immer im Glauben sein werden, daß die Preise zu hoch sind, daß die Schuldner umgekehrt behaupten werden, daß die Preise zu niedrig sind – falls man beiden nicht beweisen kann, daß sie sich irren.

Die Methode der sogen. „Index numbers“, die der ‚Economist‘ – in London veröffentlicht, und die darauf beruht, daß die Preise einer größeren Anzahl Stapelartikel (Ernte und Bergbauprodukte und sonstige Rohstoffe) nach den Börsennotierungen aufgezeichnet und nach ihrer Bedeutung klassifiziert werden, ist bekannt und hat vieles für sich, besonders die Einfachheit.

Aber wo es sich um Geld handelt, um die Beziehungen der Gläubiger zu ihren Schuldnern, da kommt es nicht auf die Einfachheit, sondern auf die Genauigkeit an. Haarscharf, auf den Pfennig genau muß den Gläubigern und Schuldnern der Nachweis erbracht werden, daß man im Deutschen Reich für 100 Mark am 1. Juli genau so viel Ware kaufen kann, wie am 1. Januar, daß man im Jahre 1959 für die im Jahre 1909 kontrahierte [vereinbarte] Hypothekenschuld genau so viel Ware (nicht zu verwechseln mit Arbeit) zu ihrer Tilgung wird hergeben müssen, wie man selbst mit dem Geld im Jahre 1909 erstanden hat. Wir müssen den Beweis der Währung unseres Geldes so klar zu führen wissen, daß wir alle die, die noch behaupten werden, sie wären durch die Nichtwährung des Geldes benachteiligt, bestohlen worden, wegen Versuch der Verächtlichmachung staatlicher Einrichtungen anklagen und verurteilen, oder besser auslachen können. Die Währung soll über allen Zweifel erhaben, der Kritik enthoben sein.

Um dieses zu erreichen, bedarf es einer genaueren Methode, als der der „Index numbers“ des ‚Economist‘.

Die Methode, die ich hier empfehle (zuerst im Jahre 1902 veröffentlicht in der Zeitschrift „Die Geldreform“) gründet auf folgenden Tatsachen:

Der Regel nach gewinnt der Kaufmann durch Preisverschiebungen bei einzelnen Waren, während er bei anderen verliert. Zieht er solchen Gewinn vom Verlust ab, so sagt ihm der Rest, wieviel er im Durchschnitt infolge solcher Preisänderung gewonnen oder verloren hat. Bringt er diesen Rest in Vergleich mit seinem Warenkapital, so weiß er in Prozenten, um wie viel im *Durchschnitt* die Preise seiner Waren gestiegen oder gefallen sind.

Er wird von seiner privatwirtschaftlichen Hausse oder Baisse sprechen.

Aber diese privatwirtschaftliche Hausse oder Baisse nimmt volkswirtschaftlichen Charakter an, wenn wir diese privatwirtschaftlichen Ergebnisse sammeln, wenn durch Gesetz alle Gewerbetreibenden gehalten werden, solche Berechnungen vorzunehmen und das Resultat einer Zentralstelle zu melden, wenn wir die aus Preisdifferenzen entstandenen Gewinne und Verluste sämtlicher Gewerbetreibenden zusammenzählen, diese Gesamtgewinne von den Gesamtverlusten abziehen und den Rest mit dem Gesamtkapital vergleichen. Wenn das Ergebnis dann etwa einen Gesamtgewinn von 5 oder 10% des in Waren angelegten Kapitals meldet, so werden wir mit vollem Recht von einer volkswirtschaftlichen, nicht mehr von einer privatwirtschaftlichen Hausse von 5 oder 10% sprechen.

Heben sich dagegen sämtliche privatwirtschaftlichen Inventurgewinne und Verluste (nicht mit Betriebsgewinnen zu verwechseln) ohne Rest auf, so wäre der wissenschaftliche, einwandfreie Beweis der Währung erbracht, nämlich der Beweis, daß im Durchschnitt sämtlicher Privatwirtschaften die Warenpreise weder gestiegen noch gefallen, daß also, volkswirtschaftlich betrachtet, die Warenpreise fest geblieben sind.

Hier folgen nun einige Muster solcher privatwirtschaftlichen Währungsberechnungen.

1. Kaufmann Müller:

<i>Lagerbestand</i>	Markt- oder <i>Inventurpreis</i>	Betrag	Einstands- oder <i>bezahlter Preis</i>	Betrag
1000 Strümpfe	2,20	2 200	2,10	2 100
300 Hemden	12,50	3 750	13,00	3 900
500 Hosen	9,30	4 650	9,60	4 800
700 Kragen	4,10	2 870	3,40	2 380
2000 Hüte	7,60	<u>15 200</u>	7,20	<u>14 400</u>
		28 670		27 580
Marktpreis oder Tagespreis		28 670		
Bezahlter Preis oder Einstandspreis		27 580		
	Gewinn	1 090	das ist 3,9% des Kapitals.	

Nach dieser Aufstellung sind die Waren, die Kaufmann Müller auf Lager hat, zum Teil im Preise gestiegen und zum Teil gefallen; im Durchschnitt aber stehen sie um 3,9% höher. Müßte er diese Waren am Tage der Inventur kaufen, so müßte er 28 670 auslegen, während er sie für 27 580 erstanden hat.

Von seinem privatwirtschaftlichem Standpunkt aus betrachtet wird Müller von einer Hausse sprechen.

2. Landwirt Schulze:

Ernte	erzielter Preis	Erlös	vorjähriger Preis	vorjähriger Erlös
100 Ztr. Roggen	16	1 600	18,—	1 800
1000 Ztr. Kartoffeln	3	3 000	2,50	2 500
50 Ztr. Wolle	100	5 000	110,—	5 500
5000 Liter Milch	0,10	500	0,09	450
50 Ztr. Mastochsen	80	<u>4 000</u>	90,—	<u>4 500</u>
		14 750		
Ernteerlös			14 100	
Zu vorjährigen Preisen berechnet			<u>14 750</u>	
			Verlust	650 oder 4,7%

seiner Produktion.

Vom Standpunkt seiner Privatwirtschaft wird *Schulze* von einer Baisse sprechen.

Grubenbesitzer Schmidt:

Förderung	erzielter Preis	Erlös	vorjähriger Preis	Betrag
10 000 t Kohlen	20	200 000	18	180 000
		Erlös		200 000
		zu vorjährigen Preisen		<u>180 000</u>
		Gewinn		20 000 = 10%

Nota. Hier, wie in der vorhergehenden Rechnung wird angenommen, daß nur jährlich einmal die Preise ermittelt werden sollen. Sollte das als ungenügend befunden werden und eine halb- oder vierteljährliche Ermittlung nötig sein, so müßten obige Rechnungen entsprechend geändert und statt der Jahresförderung nur der Lagerbestand aufgenommen werden, wodurch dann auch Wiederholungen wie in folgender Rechnung (Kohlen) vermieden werden.

4. Gießereibesitzer Schuster.

Auf Lager	Tagespreis	Betrag	Einstandspreis	Betrag
200 t Kohlen	20,00	4 000	18,00	3 600
450 t Eisen	6,00	27 000	70,00	31 500
1 t Messing	2000,00	2 000	3000,00	3 000
20 t Blei	250,00	<u>5 000</u>	400,00	<u>8 000</u>
		38 000		46 100
Bezahlt			46 100	
Am Tage der Inventur käuflich für			<u>38 000</u>	
			Verlust	8 100 = 17%

Von der Privatwirtschaft betrachtet, wird Schuster von einer schweren, ruinösen Baisse sprechen.

Suchen wir nun aus der Summe dieser privatwirtschaftlichen, sich widersprechenden Ermittlungen das Währungselement, das volkswirtschaftliche Fazit herauszustellen:

Zusammenstellung:

Stadt Aachen	auf Mk.	Gewinn	Verlust
1. Kaufmann Müller	28 670	1 090	–
2. Landwirt Schulze	14 100	–	650
3. Grubenbesitzer Schmidt	200 000	20 000	–
4. Gießereibesitzer Schuster	38 000	–	8 100
5. Tischlermeister A	25 000	550	–
6. Nudelfabrikant B	140 000	12 000	–
7. Tuchfabrikant C	240 000	–	16 700
8. Drogenhändler D	150 000	7 000	–
9. Kaffeehändler E	300 000	–	25 000
10. Gerbereibesitzer F	<u>170 000</u>	<u>–</u>	<u>15 000</u>
usw.	1 305 770	40 640	65 450
Gesamtentnahme	Mk.	40 640	
Gesamtverluste	Mk.	65 450	
Durchschnitts-Verlust	Mk.	24 810	

oder 2 Prozent von 1 305 770.

Nach dieser Rechnung standen die Preise im Durchschnitt um 2% zu niedrig. Das Angebot des Geldes war im Verhältnis zum Angebot der Waren zu gering, darum fielen die Preise im Durchschnitt um 2%. Will man nun die Preise um 2% heben, so muß Geld in Umlauf gebracht werden. Wie viel dazu nötig ist, kann nur die Erfahrung zeigen. Man vermehrt den Geldumlauf und hört auf, wenn eine neue Messung zeigt, daß die Preise die gewünschte Höhe erreicht haben. Und umgekehrt natürlich, falls die Preise gestiegen wären.

Nota. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß es sich hier nur um Inventurgewinn und – Verluste, nicht um Betriebsverluste, nicht um Dividenden der Aktiengesellschaften handelt. Diese Dividenden geben keinerlei Anhaltspunkt für die Währung, ebensowenig, wie die Erträge der Produktionsmittel, Häuser, Land, Eisenbahnen usw.; denn hier handelt es sich überall um Zins oder Rente, nicht um Preise.

Da in der Regel die Gewerbetreibenden nur jährlich einmal Inventur machen, so könnte mit dieser Methode der Preis des Geldes auch nur einmal im Jahr ermittelt werden. Für heutige Verhältnisse wäre das ungenügend, da bei der Unregelmäßigkeit im Geldangebot die Preise innerhalb eines Jahres sehr großen Schwankungen unterworfen sind. Ein Jahr ist für heutige Verhältnisse eine lange Frist. Man denke an den Preissturz nach Ausbruch der Krise in Nord-Amerika.

Mit den Reformen, die hier befürwortet werden, soll aber der Geldumlauf reguliert werden, wodurch Krisen, Panik, Krach, Boom und Konjunkturwechsel vermieden werden. Dadurch fallen die großen plötzlichen Preisschwankungen fort.

Sollte trotzdem eine häufigere Preisermittlung wünschenswert erscheinen, so könnte immerhin die schon erwähnte Methode der Index numbers des „Economist“ zur Aushilfe herangezogen werden. Man könnte die Handelskammern beauftragen, den Preis der Stapelartikel etwa monatlich zu ermitteln, und so könnte man sich vom Gang der Preise ein ungefähres Bild machen und vorbeugende Maßnahmen gegen Hausse und Baisse ergreifen. Als wirkliches Maß, sozusagen als Pariser Präzisions- und Normalmaß würde dann die große jährliche Preisermittlung dienen.

Internationale Währung.

Der nationale Austausch der Güter stellt an das Geld nur eine einzige wesentliche Forderung, das ist: Schutz vor der Echternacher Prozeßion, Schutz vor dem Vor- und Rückwärts der Preise, vor dem Aprilwetter, vor dem ewigen Wechsel der Konjunkturen. Ein über Ort und Zeit hinweg festes Verhältnis zwischen Waren und Geld, das ist das Bedürfnis des Handels, der der Volkswirtschaft dient. Das Bedürfnis des Händlers, der auf Differenzen spekuliert, ist privatwirtschaftlicher Art, und interessiert uns hier nicht.

Auch der Auslandshandel lechzt nach solcher Warenpreisstetigkeit, daneben aber bedarf er zu seiner gedeihlichen Entwicklung eines festen Verhältnisses zwischen dem in- und ausländischen Geld, damit man ohne Gefahr Zahlungsverpflichtungen in fremdem Geld auch dann noch eingehen kann, wenn man zu ihrer Erfüllung nur über inländische Geldquellen verfügt.

Also nach zwei Seiten wird Stabilität verlangt, und wenn es möglich ist, die Währung so zu gestalten, daß das nationale Geld auf dem nationalen Markt zu den Waren in einem festen Tauschverhältnis steht (wie im vorigen Kapitel gezeigt ist), wenn es andererseits praktisch erwiesen ist, daß das nationale Geld zu einer ausländischen Währung (der Goldwährung) in ein festes Verhältnis gebracht werden kann, wie es der glänzende Erfolg des mit den einfachsten Mitteln operierenden argentinischen Landgeldamtes (Caja de conversion) und das mit gleicher mathematischer Präzision funktionierende indische Geldamt zeigen – wenn dieses beides jedes für sich möglich ist, so fragt es sich nun, wie die beiden Forderungen sich vereinigen lassen.

Nehmen wir an, um diesen wichtigen Sachverhalt klarzulegen, daß man in Deutschland die Währung auf die Erhaltung fester Preise richtete und dabei ganz einseitig national, ohne Verständigung mit anderen Goldwährungsländern vorgehe: Geld ausgabe, wenn die Preise sinken, und einzöge, so oft und so lange die Preise steigen. Nehmen wir ferner an, die Goldwährungsländer ständen wie so oft wieder einmal im Zeichen einer Hausse, und daß während nun in allen anderen Ländern nach alter Weise die Hausse mit vermehrter Notenausgabe geheizt würde, man in Deutschland umgekehrt durch Einziehung von Noten der Hausse Nahrung entziehen würde, um das

Zuviel bei den Goldprägungen durch verminderten Notenumlauf auszugleichen und so die Warenpreise festzunageln. Wie lange würde es dauern, bis das Gold vom Auslande einströmen würde, um das Gleichgewicht der Warenpreise in Deutschland mit denen des Auslandes herzustellen? Hohe steigende Warenpreise im Auslande, feste, d.h. im Verhältnis zu den im Auslande gestiegenen, niedrige Preise im Inland fördern die Warenausfuhr, erschweren die Wareneinfuhr und verschieben die Zahlungsbilanz zu Gunsten der Goldeinfuhr.

Was soll nun mit diesem einströmenden und vom Standpunkt der Warenpreise überschüssige Gold geschehen?

Das einströmende Gold rückt, gestützt auf das freie Prägungsrecht, an die Stelle der eingezogenen Banknoten. Das Reichsgeldamt muß also immer weiter Noten einziehen, um dem einwandernden Gold Platz zu machen, indem es schließlich gar keine Wechsel kauft, während die täglich verfallenden Wechsel ihm Banknoten zuführen, die es verbrennt. Würden die Wechsel statt mit Noten mit Gold eingelöst, so wäre das natürlich gleichgültig; es kommt ja nur darauf an, daß Geld, Heizmaterial, Haussestoff, einerlei ob Gold oder Noten, eingezogen wird.

Hält die internationale, ausländische Hausse genügen lange an, dann muß der Augenblick kommen, wo nur noch Gold und zu 100% mit Gold gedeckte Noten umlaufen, wo das Reichsgeldamt durch das Notenprivileg keinen Einfluß auf die Währung mehr ausüben kann, wo es durch bares, gemünztes Geld einfach ausgeschaltet, an die Luft gesetzt worden ist. [In Schweden wurde während des Krieges dem Gold das Prägerecht entzogen. In Argentinien sind die Noten jetzt mit 80% gedeckt. Trotzdem ist dort ein Agio gegenüber dem Dollar von 30% (1921) entstanden. Die Regierung hat dort jeden Einfluß auf die Währung verloren.]

Von diesem Augenblick an müßten nun andere Maßnahmen ergriffen werden, um die deutsche Währung gegen die Goldüberschwemmung zu schützen, um zu verhindern, daß der deutsche Markt mit in den Haussetrubel gerissen wird.

Es steht einem ja frei, sich vorzustellen, daß die Warenhausse in den Goldwährungsländern besonders hartnäckig ist, etwa durch große Goldfunde oder, was noch leichter vorstellbar ist, – daß die Hausse durch ausländische Währungspuscherei bewirkt worden ist, die zur Hausse und schließlich zur Auswanderung des Goldes führen. In Deutschland z.B. ersetzte man die Silbermünzen s. Z. durch Gold und verursachte dadurch eine Silberüberschwemmung in allen Ländern, die dem Silber die Münze nicht gesperrt hatten; In Nord-Amerika verdrängte man das Gold durch Banknoten und trieb dieses Gold nach Europa, wo es mit Freude aufgenommen wurde, und wohin es die Nordamerikanische Hausse übertrug. Die deutschen Währungsgesetze boten keinen Schutz gegen diesen Schwindel.

Also nehmen wir an, der Einzug aller umlaufenden Noten hätte nicht genügt, und Deutschland hätte weiter zur Festhaltung seiner Preise gegen das einströmende Gold anzukämpfen, so blieb dem Reiche nichts anderes übrig, als das Gold direkt aufzuspeichern, indem es entweder durch Steuerzuschläge (s. S. 59), es von den Bürgern aufbringen ließ oder es direkt aufkaufte, und zwar dürfte es dieses Gold nicht mit Banknoten aufkaufen, sondern durch Ausgabe von zinstragenden Bonds, die kein Geld sind. Es würde der

Währung Opfer bringen, Zins bezahlen zu müssen; denn das Produkt der gemachten Schulden wäre vergrabenes Gold – trotz seinem sogen. „inneren Wert“ und obwohl es „Kapital an sich“ genannt wird, ein kostspieliger Besitz. Aber schließlich ist dieser Zinsverlust, auch wenn es sich um Hunderte von Millionen handelte, für die Volkswirtschaft ein Pfifferling, wenn es damit gelingen sollte, die deutsche Volkswirtschaft vor dem Einfall solch goldener Horden zu schützen. [Diese Politik betrieben die Ver. Staaten seit Jahrzehnten dem Silber gegenüber.]

Aber es ist wohl zu merken: indem Deutschland unter Beibehaltung der Goldwährung, des freien Prägerechtes, die Preise der Waren im Inland festhält, dafür Opfer bringt, dadurch daß es das auf dem Weltmarkt überschüssige Gold bei sich aufhäuft, so bringt es diese Opfer eben für alle Goldwährungsländer; denn so lange Deutschland Gold aufstapelt und dem Markte entzieht, saugt es der Hausse im Ausland die Nahrung ab. So würde Deutschland zum Regulator der Goldwährung – ein glanzvolles Amt, würdig der Kraft und Herrlichkeit der deutschen Volkswirtschaft, würdig auch vor allem der durch keine Zweifel angekränkten Hochschätzung, die die Goldwährung in den deutschen Landen genießt. Nirgends wird die Goldwährung so hoch eingeschätzt wie in Deutschland, nirgends hat sie so begeisterte Verehrer. Die Goldwährung ist für Deutschland mehr als ein Handelsprinzip; sie hat historische Bedeutung. Wie das Deutsche Reich mit dem Blute erschlagener Feinde getauft wurde, so haftet der Goldwährung der Nimbus der Kriegsbeute, der Milliarden an. Die Goldwährung ist für Deutschland eine Art Ruhmeshalle – sie ist eine Kriegstrophäe. Und was tut man nicht alles, um Kriegstrophäen vor Moder und Vergessenheit zu schützen, was wird Deutschland nicht alles tun, um die Goldwährung vor dem Zusammenbruche zu bewahren? [In Wirklichkeit tat Deutschland nichts, um die Goldwährung zu schützen. Es war nur leeres Zeitungsgeschwätz, was in der Öffentlichkeit zum Ruhme der Goldwährung gesagt wurde. Am Tage der Kriegserklärung brach die Goldwährung zusammen.]

Aber die Erfahrung zeigt, daß die Hausse in der Regel nicht lange dauert, und daß ihr die Baisse auf dem Fuße folgt. Wenn dieser Umschwung dann im Ausland eintritt und als Folge davon der deutsche Warenexport zurückgeht, die Wareneinfuhr aber wächst (weil ja Deutschland feste d.h. zur jetzigen Baisse im Ausland hohe Preise hat), so kippt auch die vorherige Goldeinfuhr bald in Goldausfuhr um, und dann wirft Deutschland (durch Rückkauf der verzinslichen Goldbonds) den während der Hausse aufgespeicherten Goldschatz wieder auf den Weltmarkt – wodurch wieder der Baisse entgegengearbeitet wird.

Dauert dann die Baisse im Auslande bis zur Erschöpfung der deutschen Goldbestände, dann bliebe nichts anderes übrig, als entweder mit einem Goldagio den Bankerott der Goldwährung, oder durch Mitmachen mit der ausländischen Baisse das Prinzip fester Preise fahren zu lassen, den Bankerott der Landeswährung zu erklären.

Die Konsolidierung der deutschen Währung, d.h. die auf Festigkeit der Preise, auf die Beseitigung von Hausse und Baisse, von Betrug und

Schwindel gerichtete aktive Währungspolitik kann also unter Umständen zum Bruch der Goldwährung führen. Das soll hier nicht verheimlicht werden.

Aber dieser Fall könnte nur eintreten, wenn es sich um langandauernde Baisseperioden handelt, die nicht durch Störungen des Geldumlaufes, sondern durch direkten Mangel an Geldmasse verursacht werden. Solche langandauernde, durch Geldmangel erzeugte Baisseperioden (man erinnere sich hier des Laveleye'schen Gesetzes – genug oder nichts –) kennt man ja mehrere. Das ganze Mittelalter, das tausendjährige, stumpfsinnige Mittelalter, war eine solche durch stetig sich verschärfenden Geldmangel, nur hier und dort, dann und wann, durch Verschlechterung des Münzfußes unterbrochene Baisseperiode, während welcher die Arbeitsteilung unmöglich war und die erst mit der Entdeckung Amerika's, mit den Raubzügen Pizarro's ein Ende nahm. Nicht Amerika, das Land, sondern das in Amerika gefundene Gold hat den Aufschwung auf allen Gebieten bedingt, *der seit Kolumbus so deutlich wahrnehmbar ist*, und es war auch wieder nicht das Gold, sondern das mit dem Gold hergestellte Geld, das der Baisse ein Ende bereitete und das die Arbeitsteilung freigab.

Wenn Italien schon im Quattrocento allen übrigen Ländern Europas voraus war, so dürften diese Leistung seiner Stellung als Weltbankier und der von überall her nach Italien abfließenden und dort reichlich umlaufenden Ablaßgelder zu setzen sein. (Reformation = Abwehrmaßregel gegen Goldabfluß)

Auch die Zeit des Überganges zur Goldwährung (1873 – 1890) war eine solche durch Geldmangel erzeugte Baisseperiode.

In solchen Fällen würde die hier vorgeschlagene nationale, aktive Währungspolitik unfehlbar zum Bruch der Goldwährung führen.

Das Ideal der Volkswirtschaft – feste Preise im Inland unter Aufrechterhaltung eines festen Verhältnisses des nationalen Geldes zum Gelde des Auslandes, läßt sich also ohne international wirksame Maßnahmen, ohne Verständigung mit den übrigen Goldwährungsländern nicht mit Sicherheit erreichen. Könnte man es aber erzielen, daß in allen Ländern die Währung einer gleichmäßigen Behandlung unterworfen würde, daß unsere hier entwickelten Grundsätze international anerkannt würden, so wären alle Schwierigkeiten beseitigt. Denn wird bei einer Hausse in allen Ländern gleichzeitig der Geldumlauf durch Einzug von Banknoten verringert (resp. bei eine Baisse vermehrt), so bleibt das ohne jeden Einfluß auf Ein- und Ausfuhr und auf die Zahlungsbilanz der einzelnen Länder, und die Goldverschiebungen, die wir bei einer einseitigen deutschen Währungspolitik vorhersahen, fallen fort. (Das Gesetz der kommunizierenden Röhren).

Und wird bei einer Baisse in allen Ländern gleichzeitig und nach denselben Grundsätzen der Notenumlauf vermehrt – so hebt sich überall das allgemeine Preisniveau, ohne daß auch da wieder Verschiebungen in der Zahlungsbilanz entstehen. Ein- und Ausfuhr von Waren wird dadurch nicht berührt; denn nicht die absolute Höhe der Preise führt zu Verschiebungen in der Zahlungsbilanz, sondern die relativ zum Auslande hohen oder niedrigen Preise. (Die Ausnahmen bei im Auslande verschuldeten Staaten haben wir bei einer anderen Gelegenheit schon erwähnt).

So bleibt denn nur mehr zu erörtern, ob es wohl möglich sein wird, andere Goldwährungsländer, wie Nordamerika, England, Frankreich, Österreich, Rußland, Italien, Skandinavien, Argentinien, Holland und die Schweiz zu veranlassen, im Verein mit Deutschland eine auf die Beseitigung der sogen. Konjunkturschwankungen, auf die Konsolidierung der Währung gerichtete aktive Währungspolitik zu betreiben, und dieser Frage wollen wir ein besonderes Kapitel widmen.

Internationale Währungsverständigung.

Die Vorteile des internationalen und interkontinentalen Produktaustausches überwinden die künstlichen Hindernisse, die kurzsichtige Geister seiner Entwicklung in Form von Zollschranken entgegenstellen, und lassen allem zum Trotz den Welthandel sich zu einer Lebensfrage aller Völker auswachsen. Der Weltgeist, der den Welthandel zeugt, ist über das Ideal mancher Patrioten brutal und siegreich hinweggeschritten; niemand spricht mehr vom geschlossenen Handelsstaat. [Der Krieg hat auch diese glücklichen Entwicklungskeime zerstört. England, der alte Welt- und Freihandelsstaat, ist durch Valutaschwierigkeiten, jetzt (1921) zum Schutzzollunsinn übergegangen.] Wie Alexander der Große die Welt für seinen Ehrgeiz brauchte, so sehnt sich jeder Unternehmer nach dem schrankenlosen Besitz der Welt für den Absatz seiner Produkte, und wenn es auch nur Stiefelwichse wäre.

Die Bedeutung des Welthandels wird überall immer mehr gewürdigt, und alle Völker zeigen, daß sie zur Pflege dieses Handels schwere Opfer zu bringen bereit sind. Manchen von diesen Opfern fehlt es an Zielbewußtsein; manche entspringen auch noch dem heidnischen Gedanken, den Welthandel durch Eroberung sich anzueignen – doch sind es immer Opfer, die auf dem Altar des Welthandels gebracht werden – einerlei ob sie aus Blut und Pulver, Geld und Vorurteilen, oder einfach aus der dem Studium der Sache geopfertem lieben Ruhe bestehen.

Um den Welthandel zu fördern, gibt die Kaiserin von China den Zopf auf, legt Bresche in die Grenzmauern ihres Reiches. Um den Welthandel zu erweitern und zu schützen, baut man kostspielige Kriegsflotten, überbrückt oder durchsticht die natürlichen Grenzen, die Gebirge und Ströme den einzelnen Nationen ziehen; aus Staatsmitteln unterstützt man unrentable Weltschiffahrt; ein kostspieliges, diplomatisches Corps wird überall unterhalten, man gibt sogar beträchtliche Teile der nationalen Selbständigkeit auf, indem man durch Verträge (Handelsvertrag, Postvertrag usw.) die staatliche Bewegungsfreiheit unterbindet. Auch die Goldwährung hat man nur darum eingeführt, weil man Vorteile von ihr für den Welthandel erwartete; und was hat man der Goldwährung nicht alles geopfert! Um die Goldwährung einzuführen, ist es nötig gewesen, dem Staat die kostspielige Liquidation der Silbermünzen aufzuhalsen; in Italien, Rußland, Österreich u.a. wurden besondere auswärtige Anleihen zu dem Zwecke gemacht; in Nord-Amerika wurden ganze

Berge von Silber mit verzinslichen Titeln der Staatsverschuldung aufgekauft – um das Silber zu vergraben. Überall wurden die Schuldner zu Gunsten ihrer Gläubiger geprellt, bestohlen (Not der Agrarier); man beugte das Recht und wandelte die in Silber gemachte Schuld in eine ganz andere Sache, man verdoppelte die Lasten aller Privat-, Staats- und Gemeindefschulden. Und nicht genug damit – man ließ die Vernunft auch noch Kapriolen schlagen, indem man „zum Schutze der Goldwährung“ Zölle einführte. Zölle, die den Welthandel drosseln! Den Welthandel opferte man der Goldwährung, den Zweck dem Mittel! Das alles, um den Welthandel zu pflegen, zu fördern.

Es ist Tatsache, daß dem Siegeszug der Goldwährung durch die Welt der Siegeszug der Schutzzolltheorie auf dem Fuße folgte. *Um die Goldwährung einzuführen oder sie zu sichern*, hat man danach getrachtet, durch Zölle eine aktive Zahlungsbilanz herbeizuführen und vergaß dabei ganz, daß die Goldwährungs-idee ein Kind der Freihandels-idee ist.

Sind das nicht Zeichen genug, daß die Völker allesamt bereit sind, etwas für die internationale Währung zu tun; daß sie gewillt sind, sich mit den Nachbarn in dieser Lebensfrage zu verständigen? Gewiß, es werden hier noch viele Vorurteile zu überwinden sein; aber wer, wie in Deutschland und Nord-Amerika, sogar die Vernunft der internationalen Währung opferte, der wird wohl auch ihr zu Liebe einige Vorurteile fahren lassen.

Man berufe darum eine Internationale Währungskonferenz ein und unterbreite ihr folgende Vorschläge:

1. Die Ausgabe von Banknoten ist in allen Staaten ausschließliches Vorrecht der Regierung: etwaige Verträge mit Privatbanken (in Deutschland der Reichsbank) werden gelöst.
2. Die Ausgabe von Banknoten erfolgt in allen Vertragsstaaten nach gleichen Grundsätzen; und zwar werden Banknoten ausgegeben, wenn die Warenpreise sinken, und es werden Banknoten eingezogen, wenn die Warenpreise steigen.
3. Ausgabe und Einzug von Banknoten erfolgt überall unabhängig von der Bedingung des Gewinnes, von der Scheu vor einem Verlust und von den Bewegungen des Zinsfußes.
4. Zur Feststellung der Warenpreisschwankungen wird in allen Vertragsstaaten eine nach gleichen Grundsätzen geführte Warenpreisermittelungsstatistik geführt.
5. Es wird ein internationales Währungsbüro mit Sitz in Bern oder sonstwo gegründet, in dem alle Fragen, die die Praxis aufwirft, erörtert werden. [In meiner Schrift „Internationale Valuta-Assoziation“ (Freiland-Freigeldverlag, Erfurt 1920) sind obige Vorschläge erneut, vervollständigt und breiter ausgeführt. S.G.]

Mancherlei Fragen wird das internationale Währungsbüro zu beantworten, mancherlei Schwierigkeiten zu beseitigen haben; aber wie groß auch diese Schwierigkeiten sein mögen, eines steht doch über allen Zweifeln fest – eine internationale Währung kann man nicht durch die Wahl des Geldstoffes (Gold), sondern nur durch internationale Verständigung in der Behandlung des Geldes erreichen. Jede einseitig nationale Behandlung des

Geldwesens führt mit der Zeit notwendigerweise zum Bruch der internationalen Währung, d.h. zu Schwankungen im Wechselkurs. Dabei hilft einem der billige Trost, daß die Schuld beim Nachbarn liegt, nicht im geringsten über die Schwierigkeiten der Lage hinweg. Was hilft es z.B. in Deutschland, daß man z.B. behauptete, nicht das Gold wäre dem Silber gegenüber im Preise gestiegen, sondern umgekehrt, das Gold fest geblieben und das Silber wäre gefallen? Diesen Trost hätte die mit Indien arbeitenden Kaufleute gerne für 10 Pfg. verkauft.

Eine nationale Goldwährung gibt es aber nicht, sie ist unmöglich. [Helfferich der Gründer des Vereins zum Schutze der „deutschen“ Goldwährung, gründete einen Verein zum Schutze des Unsinnnes. Und diesem Verein gehörten Mommsen und Virchow an!] Wer ihr nachstrebt, läuft einem Hirngespinnst nach. Die Goldwährung läßt eine nationale Behandlung nur in dem eng begrenzten Rahmen zu, den wir mit unseren Vorschlägen gezeichnet haben, und auch da noch müßte mit großer Vorsicht vorgegangen werden.

Die Hauptschwierigkeiten werden dem internationalen Währungsbüro aus der Verwendung des Goldes zu Industriezwecken und durch den Zins als Voraussetzung des Geldumlaufes entstehen. Und diese Schwierigkeiten werden mit der Zeit um so größer werden, je wirksamer der Warenaustausch gegen Krisen geschützt wird.

Es lohnt sich der Sache näher zu treten.

Die Verwendung des Goldes zu Industriezwecken wächst nicht nur, wenn der Preis des Goldes billig wird (Hausse), sondern ganz besonders auch dann, wenn der allgemeine Wohlstand wächst. Die Goldware ist ein Luxusartikel, und Luxus treibt man, wenn man satt ist. Werden nun durch die vorgeschlagenen Reformen die Preise festgehalten und Wirtschaftskrisen unmöglich gemacht, wird die Arbeit nicht jeden Augenblick unterbrochen, so hebt sich der allgemeine Wohlstand schnell und ununterbrochen. Damit aber wächst die Nachfrage nach goldenem Flitter. Und es würde genügen, wenn jeder Fabrikarbeiter, jeder Bauer seiner Liebsten eine goldene Kette, ein goldenes Armband kaufte, um sämtliche Münzen aufzubrauchen. In Deutschland z.B. wären das 20 Millionen Kilo Uhrketten und Uhrgehäuse zu 100 Gramm gleich 2 Millionen Kilo Feingold – oder 5580 Millionen Mark – mehr also als der gesamte Goldmünzenbestand.

Der Wohlstand frißt die Münze; das Verschwinden der Münze erzeugt die Baisse, und die Baisse frisst den Wohlstand. Die goldene Münze braucht also Bettelei, um zu existieren; durch die Baisse und die sie begleitende Wirtschaftskrise hebt sich die goldene Münze immer selbst aus dem Bereich der Massen. Volkswohlstand und Goldwährung schließen sich also gegenseitig notwendigerweise aus.

Nun kann man den Augenblick noch so weit hinausschieben, wo die Masse des Volkes in der Lage sein wird, goldenes Gerät zu kaufen; aber wenn es gelingt, die Krisen zu beseitigen, so müssen wir mit diesem industriellen Konsum der Münzen rechnen. Denn es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Krisen eine der Hauptursachen der heutigen bettelhaften Armut der Volksmassen sind.

Die Verwendung des Goldes zu Industriezwecken kann man aber im Interesse der Aufrechterhaltung der Goldwährung nach Belieben erschweren und verhindern, und zwar durch eine Goldwarensteuer. Wenn man für das Tragen einer goldenen Uhrkette, eines goldenen Armbandes eine jährliche Lizenz von 50 – 100 – 1000 Mark zu zahlen hätte (jede Kette müßte ähnlich den Hundemarken, mit einer Steuermarke versehen sein), so käme nicht mehr der Anschaffungspreis allein in Betracht, und mancher würde doch lieber eine seidene oder silberne Kette tragen. So würde die Münze vom Schmelztiegel ferngehalten. Solche Goldwarensteuer müßte natürlich, um keine Verschiebungen in der Handels- und Zahlungsbilanz zu erzeugen, international erhoben werden. Zwar bliebe von der reinen Goldwährung nicht mehr viel übrig, indem eine solche Steuer wie ein gewissermaßen umgekehrter Schlagschatz zu betrachten wäre, und zur Theorie der reinen Goldwährung paßt ein solcher Schlagschatz nicht. Aber man hat schon auf Kosten der Theorie der Praxis der Goldwährung so manche Konzessionen machen müssen (man denke an die zum Schutze der Goldwährung eingeführten Zölle), daß man diesen goldwährungstheoretischen Unsinn auch noch in Kauf nehmen kann.

Bei der Goldwährung muß man auch mit dem Zufall rechnen, und wenn wir eben annahmen, daß der Industrieverbrauch des Goldes der Währung Schwierigkeiten bereiten kann, so müssen wir auch den gegenseitigen Fall in Betracht ziehen, daß man Gold über den Bedarf der Industrie hinaus findet, und daß auch die Ausmünzungen über den Bedarf der Währung hinaus wachsen können.

In solchen Fällen bliebe nichts anderes übrig, als die entgegengesetzte Politik der Goldwarensteuer zu befolgen, indem man durch einen Schlagschatz das Gold von der Münze fernhält und dadurch der Industrie zuwendet. Erhebt man z.B. in der Münze 10 – 20 – 50% als Schlagschatz, so wird das ungemünzte Gold um 10 – 20 – 50 dem gemünzten Gold gegenüber billiger, und eine goldene Kette von 100 Gramm wird nur mehr 90 – 80 – 50 Gramm gemünztes Gold kosten (plus Arbeitslohn des Juweliers). Dies wird den Goldwarenkonsum natürlich heben.

Solcher Schlagschatz bedeutet ja auch wieder einen Vorstoß gegen die Theorie der Goldwährung; aber wenn es sich darum handelt, den Handel vor einer Hausse oder Baisse zu schützen, so darf man vor derartigen Schönheitsfehlern einer Theorie nicht zurückschrecken. Eine pockennarbige Währungstheorie ohne Krise ist immer besser als eine jungfräulich glatte Theorie inmitten einer verwüsteten Volkswirtschaft. Zuguterletzt sind es doch die Bedürfnisse des Handels, die uns sagen sollen, wie das Geldwesen behandelt werden muß.

Man könnte sich unter Umständen und, falls man den theoretischen Widerwillen gegen einen Schlagschatz oder eine Goldwarensteuer nicht überwinden kann, auch für eine Zeit lang mit einer *Wechselstempelsteuer* behelfen. Die Wechsel ersetzen das Geld, wirken also wie eine Vermehrung des Geldes; denn ersetzen heißt hier nicht verdrängen. Der Wechsel gesellt sich zu dem Geld; er ist Tauschmittel, wenn auch nur ein schmarotzendes. Soll nun der Umlauf von Tauschmitteln beschränkt werden, so kann man

statt des Schlagschatzes eine Wechselstempelsteuer [Die Steuer müßte bei jedem Besitzerwechsel, also nicht wie jetzt einmal für die ganze Umlaufzeit erhoben werden.] erheben, oder die etwa schon bestehende Steuer nach Bedarf bis zur völligen Unterdrückung der Wechsel erhöhen. Der Erfolg wäre derselbe, wie beim Schlagschatz. Je weniger Wechsel umlaufen, um so mehr Bargeld wird nötig. In Deutschland waren 1907 30 $\frac{1}{2}$ Milliarden Wechsel im Umlauf, deren Verschleißkraft vielleicht 1 – 2 – 5 Milliarden an Geld entsprachen. [Der Wechsel zirkuliert viel langsamer als das Bargeld, darum ist seine Verschleißkraft auch bedeutend geringer.] Hätte man 1905, als die Hausse einsetzte, die Wechselstempelsteuer verdoppelt oder verzehnfacht, so hätte man die Wechsel zum größten Teil unterdrückt und da dann mehr Bargeld nötig geworden wäre, so wäre es nicht zur Hausse gekommen. Und wären die Preise nicht so hoch gestiegen, so wären sie jetzt nicht so tief gefallen; die Volkswirtschaft hätte sich nicht den Hals gebrochen. Wird dann bei einer Baisse die Stempelsteuer ermäßigt oder aufgehoben, so kommt der Wechsel dem Bargeld zur Hilfe.

Man könnte sich auch noch behelfen: Man stellt das heutige System kleiner Münzen und großer Banknotenabschnitte auf den Kopf.

Nehmen wir an, die Goldmünzen würden nur in Stücken von 100 – 500 und 1000 Mk. geprägt, und daß man dafür Banknoten von 1 – 5 – 10 Mk. druckte (wie in Argentinien), so würde auch das jetzige Verhältnis im Gebrauch dieser Geldarten umgeworfen werden. Das Gold würde unbrauchbar für den täglichen Verkehr und würde den Geldämtern zum Umtausch gegen Banknoten übergeben werden. So kämen die Geldämter in den Gesamtbesitz des Goldes und hätten infolgedessen eine viel breitere Unterlage für die Banknotenpolitik, die so Spielraum für die Kapriolen der Goldproduktion bieten würde.

Natürlich und selbstverständlich – um wirksam zu sein, müßten die empfohlenen Maßnahmen immer gleichzeitig von allen Goldwährungsländern ergriffen werden. Alle Geldämter der Welt müßten auf einen Wink von Bern aus gemeinsam gegen Hausse und Baisse operieren. Je vollständiger der internationale Charakter der Goldwährung anerkannt wird – um so leichter läßt sich diese der Volks- und Weltwirtschaft dienstbar machen.

Zu solchem Goldwährungsbund gehört auch eine Liquidationsklausel. Die Schwierigkeiten, in die der lateinische Münzbund geraten ist, zeigen die Notwendigkeit einer solchen Klausel.

Aber die für eine solche Liquidationsklausel unentbehrliche, wissenschaftliche Untersuchung der Voraussetzungen der Goldwährung (es ist hier seiner Zeit alles vorausgesetzt, nichts geprüft worden) würde für die Goldwährung und ihre Theorie derart ungünstig ausfallen, solche vernichtende Aufklärung bringen, daß die Diskussion der Liquidationsklausel den geplanten Goldwährungsbund wahrscheinlich in die Brüche führen würde.

Eine solche Untersuchung darf daher auch in einem Buch wie dieses, das der Goldwährung zu Hilfe eilen soll, unter keinen Umständen angestellt werden. [Einen Einblick in die Verhältnisse, die in einer Liquidationsklausel der Goldwährung berücksichtigt werden müßten, bietet S. Gesells Schrift: Das Monopol der Schweizerischen Nationalbank. Verlag K. J. Wyß in Bern]

Ausblick.

Mit Hilfe der vorgeschlagenen Reformen würde sich der Handel für eine Weile ganz normal weiter entwickeln können. Unter Beibehaltung der Goldwährung und voller Ausbildung des der Goldwährung zu Grunde liegenden Gedankens ver-tragsmäßiger Internationalität der Währung kann man tatsächlich die Schäden der Goldwährung, die durch die ziellose Banknotenpolitik und durch die ungenü-gende Berücksichtigung des internationalen Charakters der Goldwährung überall zu Tage treten, beseitigen, und zwar für eine Reihe von Jahren. Man kann den Handel vor Baisse und Hausse schützen, freilich nicht durch passives Gehenlassen, sondern durch eine ununterbrochene Kette aktiver Handlungen.

Aber nun passiert etwas ganz Absonderliches, etwas Verdächtiges, etwas, was mit innerer Notwendigkeit das gesamte herkömmliche Geldwesen, die Goldwährung, die Doppelwährung wie auch die Papierwährung dem Bankerott, dem theoretischen wie dem praktischen Bankerott entgegentreibt, und zwar merkwürdigerweise um so schneller, um so sicherer, je wohlthätiger, je wirksamer die Reformen waren, womit wir die Schäden der Goldwährung zu umgehen suchten. Wir wollten mit unseren Vorschlägen die Wirtschaftskrisen unter Beibehaltung der Goldwährung beseitigen – jetzt wird es sich zeigen, daß die *Krise Voraussetzung und Lebenselement* der Goldwährung ist; daß die Goldwährung zu ihrem Bestande den Bankerott, die Arbeitslosigkeit, den Zins ebenso nötig hat, wie der Mensch die Luft. Die organischen Schäden der Goldwährung wie der ihr nachgeäfften Papierwährung müssen jetzt doch offen-bar werden.

Die Volkswirtschaft ist vor dem stetigen Wechsel der Konjunkturen gesichert. Das Geldangebot wird dem Warenangebot im In- und Auslande ständig und mit Sorgfalt derart angepaßt, daß die Warenpreise im Durchschnitt weder steigen noch fallen können. Keine Krise unterbricht mehr die ruhige Entwicklung der Volks- und Privatwirtschaft. Arbeitslosigkeit existiert nicht mehr. Seit 5 – 10 – 20 Jahren hat man ununterbrochen gearbeitet. Es ist jetzt von allem, was das Volk braucht, reichlich, überreichlich da, und trotzdem spricht niemand von Überpro- duktion, vom Niedergang der Preise. Es wird eben immer genau so viel Geld in den Verkehr gebracht, daß die Preise nicht fallen können. Und so lange die Warenpreise nicht sinken, ist der Tausch, der Handel möglich, kann der Kaufmann Ware gebrauchen, wird auch weiter gearbeitet. Das Geldangebot geht parallel mit der Warenproduktion.

Was bedeutet nun das alles: *wie verhält sich der Kapitalzins zu dieser Erscheinung?* Der Zins zeigt das Verhältnis an zwischen Borgern und Verleihern, wie der Preis das Verhältnis zwischen Käufern und Verkäufern anzeigt. Viele Borger, hoher Zins; viele Verleiher, niedriger Zins; wenig Borger, niedriger Zins; wenig Verleiher, hoher Zins.

Wenn nun seit 5 – 10 – 20 Jahren ohne Krise, d.h. ohne Unterbrechung gear- beitet worden ist; wenn die Arbeiter nicht mehr gezwungen werden, wochen- und monatelang zu feiern und in dieser Zeit ihre Ersparnisse aufzuzehren; wenn infolgedessen die Spareinlagen ohne Unterbrechung wachsen –

wächst da nicht die Zahl der Verleiher, geht da nicht die Zahl der Borger zurück, muß da der Zinsfuß nicht fallen, wie der Preis sinkt, wenn das Angebot steigt, die Nachfrage zurückgeht?

Und wenn der Zinsfuß sinkt, und während 5 – 10 – 20 Jahren ununterbrochen gebaut worden ist, muß da nicht die Wohnungsmiete entsprechend sinken, muß da nicht der Kapitalertrag (mit Ausnahme der Grundrente) ganz allgemein zusammen mit dem Zinsfuß fallen? Nehmen wir an, die Sparkassen böten Geld zu einem niedrigeren Zins an, als die Häuser und Fabrikanlagen abwerfen – so werden weiter Häuser und Fabriken gebaut werden.

Und dann kommt der Moment, er muß kommen, wo die Mieten heruntergehen ebenso wie der Kapitalzins der Industrie; wo die Häuser, die Schiffe, die Eisenbahnen, die Fabriken, die Gasanstalten, die Warenlager nicht mehr 5%, sondern 4 – 3 – 2% einbringen. Und wem kommt dieser Rückgang des Kapitalzinses wieder zu gute? Wem anders als dem Arbeiter der durch seine Ersparnisse den Zinsfuß heruntergedrückt hatte, und der nun mit höherem Lohne und niedrigerer Wohnungsmiete mehr sparen, den Zins also noch weiter drücken kann? Der Zins geht herunter, sinkt tiefer und tiefer, er wird ersäuft in einem Meer von Kapital, in einer parallel mit dem Rückgang des Zinsfußes wachsenden *Überproduktion von Kapital*.

Die sogen. Überproduktion an *Waren*, d.h. die Baisse, der Preisrückgang ist durch die Reformen in der Währungspolitik zu einer Überproduktion an Kapital umgekippt, und während die Baisse in den Preisen den Warenaustausch unmöglich machte, die Produzenten zur Niederlegung der Arbeit zwang, zieht die Arbeit aus dem Niedergang des Zinsfußes immer neue Anregung zu vermehrter Produktion, zu neuen Anläufen, die den Zins schließlich ganz beseitigen.

Es besteht kein Zweifel: der Zins muß fallen, sobald die Krisen, diese Mörderinnen der Volkswirtschaft, diese Zerstörerinnen der Güter, die mehr verwüsteten als die Hunnen, als die Pest, als die Kirchen, als der Krieg, unterdrückt, sobald die Arbeitslosigkeit beseitigt und die Masse des Volkes auf dem Anleihemarkt, vom Standplatz der Borger zu dem der Verleiher übergeht.

Wer aber verleiht Geld, das keinen Zins abwirft? Wie kommt das von den Sparern dem Verkehr entzogene Geld wieder in den Verkehr, wenn dem Sparer kein Zins geboten wird?

Kein Zins, kein Geld. Pas d'argent, pas de Suisses. Ohne Zins, kein Geldumlauf, und ohne Geldumlauf kein Warenaustausch. Keine Arbeitsteilung. Hunger.

Wie heute mancher seine Mittel wenig sicheren Unternehmen zur Verfügung stellt in der Hoffnung, einen höheren als den Durchschnittszins von $3\frac{1}{2}$ – $4\frac{1}{2}$ % zu erzielen, so würde auch bei einem Durchschnittszins von 0% mancher gewiß sein Geld hergeben in der Hoffnung, doch einen positiven Zins zu erzielen. Aber gerade so wie heute die große Masse sich mit dem Durchschnittszins zufrieden gibt (Vermögensanlage bei Sparkassen, in Pfandbriefen, Konsols usw.), so würde auch bei 0% die große Masse ihr Glück nicht wagen, und eben einfach das Geld, das bare Geld im Kasten lassen.

Die ganze Zeit der Kapitalüberproduktion wäre eine Zeit außerordentlichen wirtschaftlichen Fortschrittes; eine Zeit, wie wir sie in den glänzendsten

Geschichtsperioden nur angedeutet finden; aber der Fortschritt müßte schließlich auf ehernen Widerstand stoßen, auch die verbesserte Währung kann auf die Dauer den Wohlstand nicht vertragen.

Damit das gesparte Geld in Umlauf kommt, ist heute der Zins nötig; damit Zins erhoben werden kann, müssen die Borger zahlreicher als die Verleiher sein, muß ein Mangel an Kapital, an Fabriken, Schiffen, Häusern, ein Überfluß an Bettlern sein. Und diesen Mangel kann nur ein Vandal, die Krise, die Unterbrechung der Produktion, die Arbeitslosigkeit erzeugen. Um uns Bahn zu brechen aus der Sackgasse, müssen wir zerstören mit Bewußtsein, sengen und brennen, bis der Überfluß, in dem das Kapital erstickte, verschwindet und der Zins, dieser Erzfeind aller Kultur, seine Wiedergeburt feiern kann.

Flürscheim, der mit seinen sonst in vielen Beziehungen so vorgeschrittenen Währungsstudien leider nicht über diesen Punkt hinausgekommen ist, schlägt vor, daß der Staat für das sich in den Sparkassen aufhäufende Geld neues Geld drucken und durch Staatsausgaben in den Verkehr bringen soll.

Das Publikum würde also das Geld zu Hause behalten, wo es mit der Zeit zu Bergen sich anhäufen würde, während der Staat für den Einzug solcher Geldmassen nichts in Händen hätte als Kanäle, Tunnels, Kasernen. Kommt es dann vor, daß das Volk (etwa infolge einer Fehlernte) von den ersparten Geldern in größerem Maßstab Gebrauch machen will, so kann der Staat die einsetzende Hausse nicht verhindern. Es kommt zu Differenzen à la Hausse, die das Geld auf den Markt locken, und dazu führen, daß die während 5 – 10 – 20 oder noch viel mehr Jahren gesparten Geldmassen (Tausende von Millionen) sich lawinenartig auf den Markt ergießen und dort zu einer Rieseninflation führen.

Wir können alle Schäden der Goldwährung umgehen; wir können die Goldwährung für eine geraume Weile dem Handel dienstbar machen; wir können sie bemeistern. Aber das werden wir niemals erreichen, daß das Goldgeld (oder auf Gold lautende Banknoten, wie auch das gemeine Papiergeld) ohne Zins angeboten werde. Das Geld sammelt sich in den Sparkassen. In der Industrie, im Baugewerbe bringt es keinen Zins mehr ein. Niemand hat ein Interesse daran, es in Umlauf zu setzen. Sogar im Handel, im Warentausch, in seiner Domäne, versagt es seinen Dienst; denn bares Geld „in Ware stecken“, ohne Zins erwarten zu können, das tut niemand. Das Sparmittel hat das Tauschmittel erdrosselt; die siamesische *Mißgeburt, die materielle Vereinigung* von Tausch- und Sparmittel, begeht den zu ihrer Befreiung nötigen Brudermord. Das Sparmittel erweist sich in diesem Kampfe als das stärkere. Der Zins siegt, und erst mit der Wiedergeburt des Zinses wird der Geldumlauf wieder frei.

Muß es denn nun tatsächlich immer zu Zins- und Arbeitslosigkeit führen? Gibt es keinen Ausweg aus der Sackgasse, in die uns selbst eine vernunftgemäße Währungspolitik führen wird?

Der Wertapostat [der der Wertlehre abtrünnig ist], der, frei von allen Visionen, vorurteilslos an die Probleme der Volkswirtschaft herangeht, schaut mit Siegesbewußtsein in die Zukunft; er weiß, daß das Geldwesen ihm keine Schwierigkeiten mehr bereiten kann, die er nicht zu überwinden vermag. Der Wertapostat beherrscht das Geld. Wie der Schmied das starre Eisen nach seinem Willen formt, so formt der Wertapostat das Geld nach den Bedürfnissen der Volkswirtschaft, nach den Bedürfnissen des Volkes, das in der Kultur vorwärts kommen soll.

Die Wertvision unterwarf den Handel, die Arbeitsteilung, die Kultur der Herrschaft eines Hirngespinstes, eines Despoten, der um so tyrannischer regierte, je unzulänglicher und darum auch unverantwortlicher er war. Das vom Wertglauben malträtierte Geld wurde störrig und bockte; in der Hand des Wertapostaten wird es sich als williges Werkzeug, als ein wachstartig-plastischer Stoff erweisen.

Die Geldtheorie zur aktiven Währungspolitik.

Nachfrage und Angebot, d.i. das Quantum des angebotenen Geldes und das Quantum der angebotenen Waren, bestimmen das Verhältnis, in dem beide Dinge ausgetauscht werden.

Dies ist das Hauptgesetz des Tausches. Was das Newtonsche Gravitationsgesetz für die Astronomie, das bedeutet dieser Satz für die Volkswirtschaftslehre, die nicht mehr noch weniger sein kann, als ein bloßer Kommentar dazu.

Auch die Theorie des Geldes kann nur ein solcher Kommentar sein; was darüber hinaus schwebt oder darunter bleibt, ist für die Erklärung des Geldwesens unwesentlich. Weil das Grundgesetz der Volkswirtschaft nicht wie das der Astronomie mit einem berühmten Namen verknüpft ist, sondern der Marktweiberweisheit entstammt, dabei banal und abgedroschen klingt, hat sich die Wissenschaft nicht damit begnügen wollen und hat nach einer anderen Theorie gefahndet. Und da die Wissenschaft nun einmal im Wertwahn befangen war und dieser sogen. Wert als das Fundament der Volkswirtschaftslehre angesehen wurde, so war es natürlich, daß auch die gesuchte Theorie des Geldes mit diesem traurigen Hirngespinst verknüpft wurde.

Doch das Geld ist der *Brennpunkt* der Volkswirtschaft, und es konnte darum nicht ausbleiben, daß die Fadenscheinigkeit solcher Hirngespinnste in diesem grellen Licht sogar den Wertgläubigen offenbar wurde. Und in der Tat, lange bevor Gottl in seiner epochemachenden Schrift [Gottl, Der Wertgedanke. Jena. Gustav Fischer.] den Wertglauben als Wahnvorstellung abgetan und so allen darauf errichteten Theorien (den bürgerlichen wie den sozialistischen) das Fundament entzogen, waren schon die mit Werthalluzinationen verknüpften Geldtheorien auf dem Wege der gewöhnliche Kritik, die nicht die Voraussetzungen untersucht (hier also die Frage: Ist der Wert?) sondern sich mit der Hervorkehrung der inneren Widersprüche begnügt, als unhaltbar nachgewiesen worden.

So sagt Knut Wicksell: [Knut Wicksell, Geldzins und Güterpreise (S. III). Jena, Gustav Fischer.]

„Ich hegte schon den Verdacht und wurde durch ein eingehendes Studium, besonders von Tookes und seiner Anhänger Schriften mehr und mehr in demselben bestärkt, daß es neben der Quantitätstheorie in Wirklichkeit keine zweite gibt, welcher der Name einer durchgeführten, in sich zusammenhängenden Theorie des Geldes beigelegt werden könnte. Ist nun jene Theorie falsch oder inwieweit sie falsch ist, so gibt es bis heutigen Tages eben nur eine falsche Theorie des Geldes.“

Und die Quantitätstheorie, dieser letzte, zähe Sprößling des Werthbugs, verdankt diese Lebenskraft nur dem Umstand, daß er ganz aus der Art geschlagen ist. Im Irrenhaus geboren, ist er von vierschrotigen Marktweibern großgezogen worden, die niemals Wertvisionen haben. Was die Quantitätstheorie Positives leistet, verdankt sie der Lehre, daß Nachfrage und Angebot die Preise souverän bestimmen, und wo sie auf Schwierigkeiten und Widersprüche stößt, so ist es sicher gleich dort, wo sie die Rockschoße der Marktweiber losläßt, um im Wertschwindel die Elemente zu einem selbständigen Leben zu suchen.

Die Quantitätstheorie, die letzte die Wertepoche noch überlebende positive Geldtheorie, ist falsch, weil sie sich von der Wertsklaverei noch nicht völlig hat frei machen können, weil diese den Tausch der Produkte nicht als eine Handlung betrachtet, sondern als die Wirkung einer erdichteten Eigenschaft, eben des sogen. Wertes.

Nach der Quantitätstheorie ist es das Quantum des im Geld eingeschachtelten Wertes, was den Tausch veranlaßt, bestimmt, begrenzt. Also keine Spur einer Handlung. Wie das Gewicht des Eisens auf die Waagschale, so wirkt auch in dieser Theorie das Quantum des im Gelde aufgehäuften Wertes auf den Tausch, wobei allerdings der verdächtige Widerspruch ungelöst bleibt, daß dieser sogen. Wert nicht mit dem Quantum des Geldes wächst. Eine doppelte Menge Eisen gibt doppeltes Gewicht, aber eine Verdoppelung des Geldes verdoppelt nicht den Wert – was doch unbedingt der Fall sein müßte, wenn dieser mysteriöse Wert eine Eigenschaft wäre. Also eine ganz und gar unbegreifliche, übernatürliche Sache, ein wüster Gedankenbrei, oder wie Marx, der Hauptwertapostel es selber sagt – eine gespenstische Eigenschaft.

Freilich ist das nur die „naive“ Quantitätstheorie; aber die sogenannte kritische Quantitätstheorie, die neben dem Quantum des im Gelde konservierten Wertes noch der Umlaufgeschwindigkeit einen Einfluß auf das Tauschverhältnis einräumt, führt in diese Theorie ein Element ein, das in Wirklichkeit Alleinherrscher ist und das sich noch niemals zu solcher Nebenrolle hergegeben hat.

Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist nämlich eine willkürliche Handlung der Geldbesitzer (s. Kriegsschatz in Spandau, der in 40 Jahren nicht einmal angeboten wurde) und ist im Grunde nichts anderes als das, was man sonst die Nachfrage nennt.

Das gegen Waren vom Geldbesitzer willkürlich angebotene Geld – das ist die berühmte Nachfrage, die, je nachdem es die Geldbesitzer mit dem Kauf eilig (Hausse) oder nicht eilig (Baisse) haben, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gibt und die im Verein mit dem Warenangebot das Tauschverhältnis souverän bestimmt.

Wo also die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes als Element der Preisbestimmung anerkannt wird, da hat der Wertglaube keinen Platz mehr. Daher die Widersprüche, auf die die Wertsklaven mit der kritischen Quantitätstheorie stoßen, und die sie nur unter der Bedingung werden lösen können, daß sie das Wertgift aus ihrem Körper schaffen.

Nachfrage und Angebot bestimmen das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld, selbstherrlich, ohne eine Einschränkung.

Auf diesem Grundpfeiler steht auch die Theorie des Geldes, und wer zu einer vollständigen, logisch durchgeführten Theorie des Geldes gelangen will, dem bleibt nichts anderes mit dem Geld zu tun übrig, als mit Vor-, Nach-, Rück-, Weit-, und Umsicht alle Umstände zu untersuchen, die auf die Nachfrage und das Angebot des Geldes einwirken. Erst dann wird er sagen können, daß er eine Theorie des Geldes besitzt, daß er dieser wichtigsten aller staatlichen Einrichtungen nicht mehr verständnislos gegenüber steht, daß er das Geld beherrscht, und daß er nunmehr im Stande ist, vorurteilslos, weil frei von der Wertbesessenheit, alle Vorschläge selbständig zu prüfen, die in letzter Zeit auftauchten, um die im Gelde schlummernden merkamotorischen Kräfte der Volkswirtschaft statt dem Schwindel dienstbar zu machen.

Es gibt in der Volkswirtschaft nur Preise, durch Nachfrage und Angebot selbtherrlich bestimmte Preise. Der konkrete Preis, das was ich an Waren für Geld erstanden, d.h. in der Hand halte, und der abstrakte Preis, das was man wahrscheinlich, möglicherweise, voraussichtlich für eine Ware oder ein Stück Geld wird erzielen können. (Diesen letzten abstrakten Preis hat das Volk immer im Sinne, wenn vom Wert einer Sache die Rede ist; nicht aber so die Wissenschaft.)

Und mehr gibt es nicht. In Preisen löst sich die Privat-, Volks- und Weltwirtschaft auf. Auch die Wissenschaft wird, wenn sie einmal die Wertbrille ablegt, nur mehr Preise sehen.

Mit der Verscheuchung des Wertgespenstes verliert die heute betriebene Notenbankpolitik auch den letzten Schein eines theoretischen Rückhaltes. Diese Politik ist als nackte, geistlose Routine entlarvt. Vom Standpunkt einer geläuterten Geldtheorie, vom Standpunkt des Geldzweckes, der Arbeitsteilung aus, muß man sie direkt als Unsinn bezeichnen.
